

# **B e r i c h t**

Sozialbericht · Tätigkeitsbericht

# **ü b e r   d i e**

des Bundesministeriums für

# **soziale Lage**

Arbeit und Soziales · Wien 1991

# **1990**

# **Bericht über die soziale Lage**

Sozialbericht

Tätigkeitsbericht  
des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Wien 1991



## SOZIALBERICHT 1990

---

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bundesministerium für Arbeit und Soziales,  
Redaktion und für den Inhalt verantwortlich: Hans Steiner.  
1010 Wien, Stubenring 1

Grafik und Layout: Der Auer.

Druck: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., Wiener Straße 80, 3580 Horn

**SOZIALBERICHT 1990****INHALTSVERZEICHNIS**

---

<b>Vorwort .....</b>	<b>5</b>
<b>Sozialpolitische Vorschau .....</b>	<b>7</b>
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>17</b>

## **Sozialbericht**

<b>Die Arbeitsmarktlage 1990 .....</b>	<b>37</b>
<b>Die Entwicklung der österreichischen Sozialversicherung 1990 .....</b>	<b>84</b>
<b>Entwicklung und Verteilung der Einkommen 1990 .....</b>	<b>128</b>
<b>Sozial- und arbeitsrechtliche Auswirkungen eines EWR-Vertrages .....</b>	<b>164</b>

## **Tätigkeitsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

<b>Finanzielle und personelle Situation des BMfAuS .....</b>	<b>183</b>
<b>Sozialversicherung .....</b>	<b>186</b>
<b>Arbeitsmarktverwaltung und Arbeitsmarktpolitik .....</b>	<b>211</b>
<b>Versorgungs-, Sozialhilfe- und Behindertenangelegenheiten .....</b>	<b>246</b>
<b>Arbeitsrecht und Allgemeine Sozialpolitik .....</b>	<b>263</b>

**SOZIALBERICHT 1990****INHALTSVERZEICHNIS**

<b>Zentralarbeitsinspektorat .....</b>	<b>276</b>
<b>Allgemeine Grundlagenarbeit .....</b>	<b>303</b>
<b>Grundlagenarbeit für Frauenfragen .....</b>	<b>304</b>

## **Beiträge der Interessenvertretungen**

<b>Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft.....</b>	<b>310</b>
<b>Österreichischer Arbeiterkammertag.....</b>	<b>318</b>
<b>Österreichischer Gewerkschaftsbund .....</b>	<b>323</b>
<b>Vereinigung Österreichischer Industrieller .....</b>	<b>330</b>
<b>Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs .....</b>	<b>334</b>
<b>Österreichischer Landarbeiterkammertag.....</b>	<b>339</b>

## **Tabellen- und Übersichtsanhang**

<b>Arbeitsmarktlage 1990 .....</b>	<b>343</b>
<b>Sozialversicherung 1990 .....</b>	<b>408</b>
<b>Einkommen 1990 .....</b>	<b>462</b>



## Zum Geleit

Wie in den letzten Jahren kann auch für 1990 ein Beschäftigungsrekord festgestellt werden. 1990 standen mit 2,93 Millionen unselbständig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um 66.000 mehr als 1989 im Erwerbsleben. Begleitet wurde dieser Beschäftigungsrekord jedoch auch mit einer Erhöhung der Arbeitslosenrate von 5 auf 5,4 Prozent, da das Angebot an Arbeitskräften noch stärker angestiegen ist. Vor allem das Potential an ausländischen Arbeitskräften nahm stark zu: Im Laufe des Jahres 1990 von ca. 200.000 auf fast 300.000.

Ich möchte dabei auf einen Widerspruch in der Argumentation der Kritiker der Arbeitsmarktverwaltung hinweisen, die auf der einen Seite der Arbeitsmarktverwaltung die Hauptschuld für den Anstieg der Arbeitslosigkeit geben und auf der anderen Seite gleichzeitig für eine noch stärkere Liberalisierung beim Zugang ausländischer Arbeitswilliger am Arbeitsmarkt plädieren. Die Daten im diesjährigen Sozialbericht zeigen nicht nur den engen Zusammenhang von höherer Arbeitslosigkeit und der massiv gestiegenen Zahl ausländischer Arbeitskräfte, es wird auch auf den wachsenden Konkurrenzdruck innerhalb der ausländischen Arbeitskräfte mit den Folgen von Reallohnverlusten in diversen Wirtschaftsklassen hingewiesen. Als Folge der Entwicklung, daß neu eingereiste, „billigere“ Ausländer bereits längere Zeit im Land befindliche „teurere“ Ausländer vom Arbeitsplatz verdrängen sank 1990 das Niveau der durchschnittlichen Reallöhne bei den ausländischen Arbeitnehmern u.a. in den Branchen Bekleidung, Holz, Chemie, Metall, Bau und Handel.

In heftigen öffentlichen Polemiken wird der Arbeitsmarktverwaltung Ineffizienz und zu großzügiger Umgang mit den Geldmitteln vorgeworfen. Wie die Ausführungen im Sozialbericht belegen, stehen in den meisten Industriestaaten jedoch weit mehr Personal- und Geldmittel als in Österreich den Arbeitsmarktbehörden zur Verfügung. Für aktive Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik werden in Schweden 1,68 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in der BRD 1 Prozent, in Frankreich 0,8 Prozent oder in Großbritannien 0,69 Prozent ausgegeben. Der Prozentsatz für Österreich beträgt 0,28 Prozent. Während in der Bundesrepublik oder in Großbritannien mehr als 0,2 Prozent der Erwerbstätigen in der Arbeitsmarktverwaltung beschäftigt sind, beträgt der Anteil in Österreich 0,09 Prozent. So notwendig zweifellos eine weitere Effizienzsteigerung der Arbeitsmarktverwaltung ist, muß aber betont werden, daß eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht ohne entsprechende personelle und finanzielle Voraussetzungen möglich ist.

Auch die Sozialversicherung ist oft Gegenstand von Polemik in der öffentlichen Diskussion. So wird das im internationalen Vergleich niedere faktische Pensionsanfallsalter kritisiert, ohne gleichzeitig die wahren Ursachen dafür zu benennen. Das durchschnittliche faktische Pensionsanfallsalter von 58 Jahren ist zum geringeren Teil auf vorzeitige Alterspensionen zurückzuführen. Viel stärker fällt dabei die hohe Zahl an Invaliditätspensionen ins Gewicht. Fast die Hälfte aller 1990

**SOZIALBERICHT 1990****VORWORT**

in den Ruhestand getretenen Männer erhielten eine Pension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit. Die nicht selten vertretene Meinung, daß die Invaliditätspensionen immer weniger mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen in Verbindung gebracht werden können, werden durch die im Sozialbericht veröffentlichten Zahlen eindrucksvoll widerlegt: Männliche Invaliditätspensionisten sterben im Durchschnitt um mehr als 10 Jahre früher als männliche Alterspensionisten. Bei den Frauen beträgt der Unterschied immerhin 5 Jahre.

Ich vertrete deshalb die Meinung, daß zunächst gesundheitsfördernde Maßnahmen im Arbeitsleben, die sich in der Folge auf das faktische Pensionsanfallsalter und damit auf die Finanzierung der Pensionsversicherung auswirken, zu einer Besserung führen sollen. Reformen im Bereich der betriebsärztlichen Betreuung, des Arbeitnehmerschutzes, der Kontroll- und Sanktionsbefugnisse der Arbeitsinspektion oder der Mitgestaltungsrechte der Belegschaft müssen vorangetrieben werden.

Österreich hat sich verpflichtet, im Falle des Zustandekommens des EWR-Vertrages die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen der EG ins österreichische Recht umzusetzen. Ein Beitrag in diesem Sozialbericht beschreibt den österreichischen Anpassungsbedarf. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß eine Reihe von Detailanpassungen, jedoch keine gravierenden Änderungen erforderlich wären. Die Anpassungen würden in den meisten Fällen zu Verbesserungen führen.

Allen, die an der Gestaltung des Sozialberichtes mitgewirkt haben, möchte ich danken.

Josef Hesoun  
Bundesminister für Arbeit und Soziales

# **Vorschau und Zusammenfassung**



## SOZIALPOLITISCHE VORSCHAU

### SOZIALVERSICHERUNG

Der im Sommer 1991 versendete Entwurf einer **50. Novelle zum ASVG** beinhaltet als einen Schwerpunkt **Maßnahmen im Bereich der Krankenversicherung**. Dies steht auch im Einklang mit der Regierungserklärung vom 18. Dezember 1990 und dem Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien, die eine bessere Koordination von sozialen und medizinischen Leistungen und die Schaffung eines Netzes von Sozial- und Gesundheitssprengel als Aufgabenstellung dieser Legislaturperiode angeben. Die folgenden Maßnahmen stellen den Beitrag der Krankenversicherung zur Realisierung dieses Zieles dar:

- Umwandlung der medizinischen **Hauskrankenpflege** in eine **Pflichtleistung**
- Gewährung von medizinischen Maßnahmen der **Rehabilitation als Leistung der Krankenversicherung** im Rahmen der Krankenbehandlung unter Beibehaltung der Zuständigkeiten der Unfallversicherung und der Pensionsversicherung für die Rehabilitation in ihrem Wirkungsbereich
- Ermächtigung der Krankenversicherungsträger zur Verbesserung und zum Ausbau der **Maßnahmen der Gesundheitsförderung** (Krankheitsverhütung)
- Gleichstellung der **psychologischen und psychotherapeutischen Dienste** mit der ärztlichen Hilfe im Bereich der Krankenversicherung

Darüberhinaus sind noch die **Einbeziehung des ergotherapeutischen Dienstes in den Leistungskatalog** der Krankenversicherung sowie die Beseitigung des Ruhens des Wochen- und Krankengeldes bei Anstaltspflege bei gleichzeitigem Wegfall des Familien- und Taggeldes zu erwähnen.

Im Bereich der Unfallversicherung sieht der Entwurf eine zeitgemäße **Ausweitung der Liste der Wegunfälle** im Rahmen der Bestimmungen über die Arbeitsunfälle vor. Das gleiche gilt hinsichtlich der **Ausweitung der Liste der Berufskrankheiten**. Zu erwähnen ist schließlich eine deutliche Verbesserung der Regelung über den Anfall der Leistungen der Unfallversicherung, die insbesondere von der Volksanwaltschaft angeregt wurde.

Als Einleitung für die im Zuge der nach dem Wirksamwerden der 50. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz beabsichtigte „nächste Novellierung“ dieses Gesetzes nimmt der vorliegende Entwurf eine **Neuregelung der Aufwertungs- und Anpassungsbestimmungen der Pensionen** in Aussicht.

## SOZIALPOLITISCHE VORSCHAU

## SOZIALVERSICHERUNG

Endziel nach dem Arbeitsübereinkommen ist, die Aufwertung und Anpassung so umzugestalten, daß sich die Zuwächse der durchschnittlichen Einkommen bei Aktiven und Pensionisten (nach Abzug der Beiträge) künftig im Gleichklang entwickeln. Die vorliegende Neuregelung **beseitigt in einem ersten Schritt die Berücksichtigung der Arbeitslosenrate bei der Festsetzung der jährlichen Pensionsdynamik.**

Ferner verwirklicht der Entwurf eine weitere in der Regierungserklärung verankerte Absicht, nämlich eine **Erhöhung der Ausgleichszulagen-Richtsätze.** Dem Entwurf zufolge soll der Familienrichtsatz im Jahre 1992 9.317 S, der Richtsatz für Alleinstehende 6.500 S monatlich betragen.

Zu erwähnen ist weiters noch die sogenannte **Öffnung der Pensionsversicherung**, durch die jedermann ohne Nachweis von Vorversicherungszeiten Zugang zur Weiterversicherung in der Pensionsversicherung erhalten soll.

### **Spezifische Maßnahmen im Bereich der Sozialversicherung der Selbständigen:**

- Einführung der Möglichkeit der **Gewährung einer Betriebshilfe** in das Leistungsrecht der Krankenversicherung nach dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz **als Maßnahme zur Festigung der Gesundheit.**
- Beseitigung von Härten bei der Berücksichtigung des **Veräußerungsgewinnes** bei der Ermittlung der Beitragsgrundlage nach dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz.
- **Angleichung von Bestimmungen** des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes und des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes über die Berücksichtigung von
  - Zeiten des Präsenzdienstes als Ersatzzeiten,
  - Versicherungsmonaten zwischen dem 1.1.1947 und dem 31.12.1950 bei der Ermittlung der Bemessungszeit,
  - Beitragsmonaten der freiwilligen Versicherung bei der Ermittlung einer Bemessungsgrundlage nach § 122 GSVG oder nach § 113 BSVG. an das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz.

### **Neue Abkommen über Soziale Sicherheit:**

Nach dem für Juli 1991 zu erwartenden Abschluß des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens in den **USA** kann mit dem Inkrafttreten des Abkommens (nur Pensionsversicherung) Ende 1991 gerechnet werden.

Nach Abschluß der diesbezüglichen Expertenbesprechungen ist im Herbst 1991 die Unterzeichnung und anschließende parlamentarische Behandlung der Abkommen mit **Australien** (nur Pensionsversicherung), **Island, Kanada** (betreffend den Quebec Pensionsplan) und **Zypern** in Aussicht genommen.

## SOZIALPOLITISCHE VORSCHAU

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

Die mit der **CSFR** und **Ungarn** aufgenommenen Expertenbesprechungen betreffend den Abschluß umfänglicher Abkommen sollen so bald wie möglich fortgesetzt und abgeschlossen werden. Weiters ist die Aufnahme entsprechender Expertenbesprechungen mit **Polen** vereinbart worden.

1991 gab das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine **Analyse der Sozialversicherungsinstitutionen** in Auftrag, die 1992 abgeschlossen sein soll. Ziel ist es, in umfassender Sichtweise **alle organisatorischen Fragen hinsichtlich Effizienz und Bürgernähe** zu untersuchen.

### ARBEITSMARKTVERWALTUNG UND ARBEITSMARKTPOLITIK

Das Wirtschaftsforschungsinstitut erwartete im Juni 1991 für das laufende Jahr ein gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %-Punkte **niedrigeres Wirtschaftswachstum** von nur mehr 3 %, für 1992 ein wiederum gegenüber 1991 geringeres Wirtschaftswachstum von 2,8 %. Gleichzeitig wurden gegenüber den Vorjahren ebenfalls **geringere Beschäftigungszuwächse** von nur mehr 57.000 für das laufende Jahr und 24.000 für das Jahr 1992 angenommen. Das bedeutet eine merkliche **Abschwächung der Arbeitskräftenachfrage** von noch plus 2,3 % im Jahre 1990 auf nur mehr 1,9 % 1991 bei gleichzeitig **anhaltend starkem Wachstum des Arbeitskräftepotentials** von 2,6 % im Jahresdurchschnitt 1991. Analog zu diesen Einschätzungen wurde für das Jahr 1991 ein **Ansteigen der Arbeitslosenquote** auf 6 % (1990: 5,4%) und für 1992 auf sogar 6,2 % prognostiziert.

Vor diesem Hintergrund ist mit der massiven **Verschärfung der strukturellen Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt** und den damit einhergehenden negativen sozialen Auswirkungen wie Langzeitarbeitslosigkeit, instabilen Beschäftigungskarrieren unzureichend qualifizierter Arbeitskräfte und älterer Menschen, von Frauen und Ausländern sowie Schwierigkeiten beim Besetzen der offenen Stellen zu rechnen.

Um die damit verbundenen Aufgaben der österreichischen Arbeitsmarktverwaltung, nämlich einerseits die genannten Folgen des anhaltend starken Strukturwandels zu mildern, gleichzeitig aber auch diesen selbst positiv und aktiv zu unterstützen, bewerkstelligen zu können, ist es **notwendig, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu intensivieren**.

Auf organisatorischer Ebene wurde die **Reform der Arbeitsmarktverwaltung begonnen**. Im wesentlichen geht es dabei um die Umwandlung der AMV in ein öffentlich-rechtliches Dienstleistungsunternehmen. Als Grundlage für die Umgestaltung, die bis 1. Jänner 1994 realisiert werden soll, wird eine Organisationsanalyse zur Effizienz der Arbeitsmarktverwaltung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der Analyse sollen bis zum Frühjahr 1992 vorliegen, da sie den Ausgangspunkt für weitere Reformschritte bieten werden. Priorität wird angesichts des weiterhin bestehenden Mißverhältnisses zwischen der ständig steigenden Zahl der Arbeitsuchenden und den gegenüber dieser Entwicklung zurückbleibenden personellen und organisatorischen



## SOZIALPOLITISCHE VORSCHAU

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

Ressourcen der Arbeitsmarktverwaltung im Bereich Beratung und Vermittlung die **differezierte Betreuung** von eher leicht zu vermittelnden Personen (Aufwertung des offenen Kundenempfanges, Ausbau von Selbstbedienungsmöglichkeiten, Verbesserung der Auftragszentralen in den Arbeitsämtern etc.) und Personen mit Vermittlungsschwierigkeiten durch intensive, umfassende Beratung und Vermittlungsunterstützung haben.

Im Bereich der **Qualifizierungsmaßnahmen** der AMV wird die Weiterentwicklung des Ausbildungsangebotes etwa durch die Aufnahme neuer Ausbildungslehrgänge und den Ausbau der **individuellen Qualifikationsplanung** vorangetrieben werden.

In Ergänzung zu den derzeitigen Instrumenten der Förderung der Lehrausbildung beabsichtigt die AMV, im Rahmen der Förderung der **zwischenbetrieblichen Zusatzausbildung** für Lehrlinge ab September 1991 jenen Betrieben, die Lehrlinge in Kooperation mit geeigneten zwischenbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen während der Lehrzeit spezielle, über das Berufsbild hinausgehende Kenntnisse und Fertigkeit vermitteln, ein Beihilfenprogramm anzubieten.

Die **Beihilfen** werden in Form von Zuschüssen **im Ausmaß von 50% der Ausbildungskosten** gewährt, die von den zwischenbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen in Rechnung gestellt werden, höchstens jedoch monatlich S 8.000– für längstens 3 Monate pro Lehrling und Lehrjahr.

Zur Verbesserung der **Betreuung Behinderter** wird die Errichtung von **Arbeitstrainingszentren** für psychisch Behinderte in Vorarlberg und in Wien 1992 vorbereitet. Ebenso ist ein weiterer Ausbau der Berufsfindungszentren in Wien und Kapfenberg vorgesehen.

Besondere Maßnahmen werden auch für ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Frauen, Arbeitslose mit qualifikatorischen, sozialen, persönlichen Vermittlungsbehinderungen und Ausländer der zweiten Generation gesetzt. Besonders hervorzuheben sind unter anderem der **problemgruppenorientierte Ausbau der Vermittlungsunterstützung** in den Arbeitsämtern, der Ausbau der Förderung der Einschulung und Einstellung in Betrieben, der in den Jahren 1991 und 1992 besonders forciert werden soll, zumal dieses Förderinstrument seine Bedeutung insbesondere bei der Einstellung von älteren Arbeitslosen zeigt, sowie die Schaffung von Landes- bzw. Regionalstiftungen als eine Form der Arbeitsstiftung, an denen kleine und mittlere Unternehmungen teilnehmen können.

Es soll – gleichzeitig mit einer Erhöhung der Arbeitsvergütung für Strafgefangene – eine Arbeitslosenversicherungspflicht der Häftlingsarbeit festgelegt und damit **die Möglichkeit des Bezuges von Arbeitslosengeld als Existenzsicherung nach der Haftentlassung** eröffnet werden.

Weiters ist eine **Neuregelung des Exekutionsrechtes** für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung geplant, die die Pfändbarkeit insbesondere des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe unter Berücksichtigung eines erhöhten Existenzminimums ermöglichen soll.

## SOZIALPOLITISCHE VORSCHAU

## BEHINDERTEN- UND VERSORGUNGSFRAGEN

### BEHINDERTEN-, VERSORGUNGS- UND ALLGEMEINE SOZIALHILFEANGELEGENHEITEN

#### Neuregelung der Pflegevorsorge

Aufgrund einer Entschlieung des Nationalrates vom 27. September 1988 wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema „Vorsorge für pflegebedürftige Personen“ eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe hat in der Sitzung vom 22. Mai 1990 ihre Ergebnisse zu einem Bericht zusammengefat, der der Bundesregierung und dem Nationalrat vorgelegt wurde.

Derzeit arbeitet eine Expertengruppe im Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf der Basis dieses Berichtes einen Entwurf für **ein bundeseinheitliches Pflegegeld** aus, der bis Ende 1991 vorliegen soll.

#### Gesamtsterreichisches Behindertenkonzept

Einer weiteren Entschlieung des Nationalrates vom 27. September 1988 entsprechend soll in Zusammenarbeit mit den Ländern und unter Einbeziehung aller Rehabilitationstrgerein gesamtsterreichisches Behindertenkonzept erstellt werden. Dieses Konzept soll die Grundlage für die zukünftige Behindertenpolitik der Bundesregierung bilden.

Im Mittelpunkt des Konzeptes wird das Ziel einer umfassenden Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft stehen. **Schwerpunkte** werden deshalb neben der **beruflichen Rehabilitation** vor allem auch die Bereiche **Wohnen, Schule und Ausbildung, behindertengerechtes Bauen, öffentlicher Verkehr und Beratung** sein.

Das Behindertenkonzept soll im Jahr 1992, dem Ende der UN-Dekade der behinderten Menschen, fertiggestellt sein.

#### Bundesbehindertengesetz

Einer Forderung der Behindertenorganisationen und Behindertensprecher aller Parteien folgend soll die **Fahrpreismigung für behinderte Menschen ausgeweitet** werden. Weiters ist eine **Erhöhung** der in den Bestimmungen über den Nationalfonds zur besonderen Hilfe für behinderte Menschen festgesetzten **Kaufpreisgrenze für Behindertenkraftfahrzeuge** vorgesehen.

#### Behinderteneinstellungsgesetz

Mit Urteil vom 28. Juni 1990 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt, daß die **derzeitige Vollziehung des Kündigungsschutzes**, den begünstigte Behinderte genießen, **der Menschenrechtskonvention widerspricht**.

Aufgrund dieses Urteiles ist eine **Novellierung des Behinderteneinstellungsgesetzes erforderlich**, mit der auch verschiedene Modifikationen des Ausgleichstaxen- und Feststellungs-

**SOZIALPOLITISCHE VORSCHAU****ARBEITSRECHT**

verfahrens vorgenommen werden, die vor allem der Verwaltungsvereinfachung dienen sollen.  
**Harmonisierung des Versorgungsrechtes durch Zusammenführung der Versorgungsgesetze in einem einzigen Bundesversorgungsgesetz**

Da die einzelnen Bereiche des Versorgungswesens trotz der im wesentlichen gleichartigen Zielsetzungen eine sehr unterschiedliche Ausgestaltung erfahren haben, wird eine Harmonisierung des Versorgungsrechtes als erforderlich und zielführend angesehen. Eine **Zusammenführung der Versorgungsgesetze** (Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, Heeresversorgungsgesetz und Verbrechensofpergesetz) in einem „Bundesversorgungsgesetz“ wird deshalb angestrebt.

**ALLGEMEINE SOZIALPOLITIK UND ARBEITSRECHT**

Die Sozialpartnerberatungen über die erforderlichen Regelungen für die ständigen freien Mitarbeiter von Medienunternehmen(-diensten) im Rahmen des **Journalistengesetzes** werden fortgesetzt.

Im weiteren Lauf des Jahres 1991 werden vor allem offene Fragen im Zusammenhang mit dem **Betriebspensionsgesetz** hinsichtlich der Übertragung bestehender direkter Leistungszusagen auf Pensionskassen und des Übergangsrechts bzw. der Auswirkungen des Betriebspensionsgesetzes auf bestehende (alte) Leistungszusagen abzuklären sein.

Zur Vorbereitung der Schaffung eines **Dienstfreistellungsgesetzes** wird die Kollektivvertragsauswertung den Sozialpartnern als Unterlage für weitere Beratungen zur Verfügung gestellt.

Die Sozialpartnergespräche über eine **Neugestaltung des Arbeitszeitrechtes** sollen abgeschlossen und für **Krankenanstalten** eine eigene Arbeitszeitregelung unabhängig vom Rechtsträger getroffen werden.

In Entsprechung der Entschließung des Nationalrates sollen die Maßnahmen des **Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes** verbessert und neue Arbeitnehmergruppen einbezogen werden.

Die Bemühungen zur Novellierung des **Mutterschutzgesetzes** und die damit zusammenhängende Novellierung des **Hausbesorgergesetzes** sollen fortgeführt werden.

Im **Landarbeitsgesetz** ist die Nachvollziehung der Bestimmungen der Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 411/1990, sowie des Betriebspensionsgesetzes beabsichtigt.

Durch ein **Arbeiter-Vertragsrechtsgesetz** soll eine weitgehende Angleichung der Arbeiter und Angestellten auf dem Gebiet des Arbeitsvertragsrechtes erfolgen.

Eine **Lockerung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen im Bäckerarbeitsgesetz** wird zur Diskussion gestellt werden.



**SOZIALPOLITISCHE VORSCHAU****ARBEITSRECHT**

Im Rahmen der Reform aller gesetzlichen Interessenvertretungen **werden die Arbeiterkammern auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt**. Ein unter Beachtung der Vorgaben des Arbeitsübereinkommens und der Regierungserklärung erstellter Initiativantrag eines neuen Arbeiterkammergesetzes ist im Herbst 1991 dem Nationalrat vorgelegt worden. Mit der Neuregelung sollen vor allem eine **Stärkung der Inneren Demokratie und Kontrolle**, eine **Vereinfachung des Wahlverfahrens**, eine **Verbesserung der Rechte der Kammerzugehörigen** und eine genaue Determinierung der staatlichen Aufsicht erreicht werden.

Mit der geplanten **Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes** sollen vor allem wirksame Sanktionsregelungen beim Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgesetz getroffen werden. Damit soll einerseits ein weiterer Beitrag zum Abbau der Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben erfolgen und andererseits eine Angleichung an die EG-Rechtslage vorgenommen werden.

Die Anregungen und Vorschläge des Übereinkommens (Nr. 170) über chemische Stoffe samt zugehöriger Empfehlung Nr. 177, des Übereinkommens (Nr. 171) über Nachtarbeit mit zugehöriger Empfehlung Nr. 178, des Protokolls von 1990 zum Übereinkommen über die Nachtarbeit der Frauen aus dem Jahre 1948 sowie des Übereinkommens (Nr. 172) über die Arbeitsbedingungen in Hotels, Gaststätten und ähnlichen Betrieben samt zugehöriger Empfehlung Nr. 179, die auf der 77. und 78. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommen wurden, werden im Hinblick auf ihre Verwirklichung durch die österreichische Rechtsordnung geprüft.

**Sofern es zur Ratifizierung des EWR-Vertrages kommt, besteht Anpassungsbedarf hinsichtlich folgender arbeitsrechtlicher Normen:**

- Betriebsübergang;
- Gleichbehandlung von Männern und Frauen;
- Sozialvorschriften im Straßenverkehr.

In den Aufgabenbereichen **Arbeitsbeziehungen und Arbeiterbildung sowie Gleichstellung von Frau und Mann** werden die Aufbereitung von Daten und die Überprüfung der Auswirkungen getroffener sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Maßnahmen weitergeführt.

Im Rahmen der Vorbereitung der **Weltfrauenkonferenz 1995** und ihres Subthemas Beschäftigung werden die Schwerpunkte der Analyse-, Informations- und Bildungsarbeit auf den von den Vereinten Nationen vorgegebenen Prioritätenthemen Beseitigung der de-jure und de-facto Diskriminierung der Frau; Mechanismen im nationalen, regionalen und internationalen Bereich für die tatsächliche Integration der Frau in den Entwicklungsprozess ihrer Länder und verstärkte Mitwirkung der Frauen in diesen Prozessen liegen.

## ZENTRAL-ARBEITSINSPEKTION

Nach Überarbeitung der im Sommer 1991 eingelangten Stellungnahmen zum ausgesendeten Entwurf eines neuen Arbeitsinspektionsgesetzes wird dieser im Rahmen von Sozialpartnerverhandlungen diskutiert werden, um Einigung zumindest über die wesentlichsten Punkte zu erreichen. Der Entwurf sollte wegen der aufgrund der abgeschlossenen Reform des Verwaltungsstrafrechtes im Arbeitsinspektionsgesetz erforderlichen Änderungen jedenfalls noch in der Herbstsession 1991 in den Nationalrat eingebracht werden.

Mit den internen Vorarbeiten für die **neue MAK-Werte-Liste** wurde bereits begonnen. Im Herbst 1991 – nach Kundmachung der deutschen MAK-Werte-Liste, die traditionellerweise eine der wesentlichen Grundlagen auch für die österreichische Liste bildet – werden die Beratungen in Expertengesprächen bzw. im zuständigen Fachausschuß der Arbeitnehmerschutzkommission aufgenommen werden, um spätestens zum Jahresende einen Vorschlag für die MAK-Werte-Liste 1991 vorlegen zu können.

Nach Beschlußfassung in der Arbeitnehmerschutzkommission wird der Entwurf der neuen **Bauarbeiterschutzverordnung** dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zugeleitet werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Verordnung noch im Jahr 1991 im Bundesgesetzblatt kundgemacht werden kann. Damit wäre dieses Vorhaben, das seit September 1985 in Verhandlung steht, zu seinem positiven Abschluß gebracht und der Arbeitnehmerschutz im Interesse einer besonders unfallgefährdeten Arbeitnehmergruppe entscheidend ausgebaut und verbessert.

Eine Punctuation über alle internen Vorschläge zur **Novellierung des Arbeitnehmerschutzgesetzes** soll bis spätestens Ende 1991 fertiggestellt sein. Es ist vorgesehen, zunächst eine bloße Auflistung aller Änderungsvorschläge mit den Sozialpartnern zu diskutieren und erst aufgrund der Ergebnisse dieser Beratungen einen konkreten Entwurf auszuarbeiten. Noch im Jahr 1992 soll der Entwurf einer umfassenden Novelle zum Arbeitnehmerschutzgesetz dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zugeleitet werden.

Auch das Ausformulieren konkreter Entwürfe in bezug auf die erforderlichen **Anpassungen der Arbeitnehmerschutzvorschriften an die für Arbeitnehmer günstigeren EG-Regelungen** soll im Jahr 1992 abgeschlossen sein.

Ein Konzept mit legislativen Lösungen für den Bereich des Arbeitnehmerschutzes in bezug auf die mit **gentechnologischen Arbeitsvorgängen** verbundene Problematik wurde erarbeitet. Nach Diskussion dieses Entwurfs auf breiter Basis soll die legislative Umsetzung dieses Vorhabens in Angriff genommen werden.

Der Entwurf einer **Verordnung über die Kennzeichnung gefährlicher Arbeitsstoffe in den Betrieben** soll nach Abschluß des allgemeinen Begutachtungsverfahrens und allfälliger Sozial-

## SOZIALPOLITISCHE VORSCHAU

## GRUNDLAGENARBEIT

partnerverhandlungen neuerlich überarbeitet und im Bundesgesetzblatt kundgemacht werden.

Nach Abschluß der Beratungen hinsichtlich einer **Fachausbildung für Sicherheitstechniker** mit allen betroffenen Interessenvertretungen und Institutionen soll ein entsprechender Entwurf erstellt werden, der dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zugeleitet werden kann.

Der **Schutz der Bühnenarbeiter** kann, wie die Praxis zeigt, durch bestehende Arbeitnehmerschutzvorschriften nicht befriedigend gewährleistet werden, sodaß dringender Bedarf an einer Sonderregelung besteht, in der die Besonderheiten von Bühnenarbeiten, wie etwa das Arbeiten unter schwebenden Lasten, der Einsatz von Einrichtungen, die nur in Theatern vorzufinden sind, und die Verwendung bestimmter Arbeitsstoffe (z.B. zur Imprägnierung von Requisiten oder zur Erzielung besonderer Bühneneffekte) berücksichtigt werden. Es soll daher der Entwurf einer **Theatersicherheitsverordnung** ausgearbeitet werden.

Die aus der **Berggesetznovelle 1990** resultierenden rechtlichen, administrativen und organisatorischen Probleme sollen durch eine klare und eindeutige Regelung auf legislatischem Weg ausgeräumt werden.

### ALLGEMEINE GRUNDLAGENARBEIT

1991 wurden bzw. werden **Untersuchungen** u.a. über private und betriebliche Pensionsvorsorge in Österreich, die soziale Lage behinderter Menschen, die Kosten einer reformierten Pflegegeldregelung, die Entwicklung der Sozialausgaben, die Probleme älterer Arbeitnehmer, Armutsgefährdung in den EG-Staaten und in Österreich, Abfertigungen und über die unterschiedliche soziale, ökonomische und rechtliche Lage von Arbeitern und Angestellten vergeben und betreut.

Neben der Grundsatzabteilung besteht **seit 1. August 1991 eine Abteilung für Europäische Integration**. Sie führt die bisher im Rahmen der Grundsatzabteilung durchgeführten internationalen Aufgaben und Verhandlungen weiter. Die mit Abschluß des EWR zu erwartenden zunehmenden Kontakte mit der EG, die Organisation des wachsenden Informationsbedürfnisses und die juristischen Anforderungen bei der Auslegung des EWR-Vertrages werden im Rahmen dieser Abteilung betreut.

### GRUNDLAGENARBEIT FÜR FRAUENFRAGEN

Die weitere Mitarbeit an der **Pensionsreform** aus frauenspezifischer Sicht und die Fortführung der Arbeit am Maßnahmenkatalog zur beschleunigten Herbeiführung gleicher Chancen von Frauen und Männern gemeinsam mit Interessenvertretungen und Frauenvertreterinnen der Parteien werden Schwerpunkte bilden. Ebenso die Mitarbeit an der Neuformulierung von

## SOZIALPOLITISCHE VORSCHAU

## GRUNDLAGENARBEIT

**frauenspezifischen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen** (Kinderbetreuung, arbeitsmarktpolitische Frauenberatung), Vernetzung, Kontakte und Gespräche zur besseren Finanzierung der Frauenprojekte durch Länder und Gemeinden. Die Behandlung frauenspezifisch relevanter Arbeitsrechtsthemen bildet einen weiteren Schwerpunkt.

Die Bildungs- und Informationsarbeit und laufende Literaturdokumentation werden fortgeführt. Das **Förderungsprogramm** für **Frauenprojekte** und -initiativen (einschließlich Kinderbetreuungsprojekte) wird fortgeführt.

Gemäß den Schwerpunkten des Forschungsprogramms der Abteilung für grundsätzliche Angelegenheiten der Frauen werden **Forschungsvorhaben** geplant und umgesetzt. Besonders erwähnt seien hier Forschungsarbeiten und Änderungsvorschläge zum Problemkreis geringfügiger Beschäftigung. Weiters sind Untersuchungen zur EG-Sozialpolitik für Frauen, über Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung der Frauen, Entwicklung von Berufswahlmotiven, Berufsverläufe jugendlicher Mütter und eine Studie über „Frauenarbeitsrecht“ im Gange bzw. in Vorbereitung. Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen ist geplant.

**ZUSAMMENFASSUNG****ARBEITSMARKTLAGE 1990****Zusammenfassung****DIE ARBEITSMARKTLAGE 1990**

Die **Wohnbevölkerung** lag im Jahresdurchschnitt bei 7.718.200 Personen, was gegenüber 1989 einer Zunahme von 94.600 entspricht. Die Zahl der Ausländer erhöhte sich im Laufe des Jahres und erreichte am Jahresende 482.100.

Die allgemeine **Erwerbsquote nahm 1990 weiter zu**: von 69,3 % auf 70,0 %. Der Grund dafür liegt sowohl in einer weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen als auch, im Gegensatz zu den letzten Jahren in einer Zunahme der Erwerbsquote der Männer (Zustrom von v.a. jüngeren ausländischen Männern).

Die fortgesetzt günstige konjunkturelle Entwicklung bei zugleich weitgehender Liberalisierung der Ausländerbeschäftigungspolitik kam in einer **massiven Zunahme der Beschäftigung** zum Tragen (+66.371 oder +2,3 %). Mit 2.928.662 unselbständig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 1990 wurde neuerlich ein Beschäftigungsrekord erreicht, der Höchststand vor der Rezession (1981) wurde um mehr als 130.000 überboten.

Auch 1990 konzentrierten sich die **Beschäftigungszuwächse auf die mittleren Altersgruppen** (25- bis 39jährige), daneben fiel der Zuwachs aber auch bei den 50- bis 54jährigen hoch aus (weitgehend demographisch bedingt). **An den Rändern der Altersverteilung** (15- bis 18jährige, 55- und mehrjährige) war die **Beschäftigung abermals rückläufig**.

Von Jahresanfang bis Jahresende 1990 nahm das Potential an ausländischen Arbeitskräften um rund 92.800 oder 47,6 % auf 288.100 Personen zu. **Die Zahl der unselbständig beschäftigten Ausländer/innen stieg** im selben Zeitraum **um rund 82.000** oder 45,7 % auf 261.400 Personen und die der arbeitslosen Ausländer/innen um rund 10.800 oder 68,2 % auf 26.700 Personen an.

Im Jahresdurchschnitt 1990 betrug die Arbeitslosenzahl rund 165.800 und die **Arbeitslosenquote 5,4 %** (Männer: 4,9 %, Frauen: 6,0 %, Inländer: 5,2 %, Ausländer: 7,8 %). Vor allem infolge des hohen Anstiegs des ausländischen Arbeitskräfteangebots war bei gleichzeitig relativ hoher Zunahme der unselbständigen Beschäftigung erstmals seit 1987 auch wieder ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, u.z. sowohl hinsichtlich der Arbeitslosenzahl (+16.600 oder +11,1 %) als auch der Arbeitslosenquote (+0,4 %-Punkte). Dabei fiel der Anstieg bei den Frauen (+12,6 %) und Ausländern (+73,7 %) höher aus als bei den Männern (+9,9 %) und Inländern (+6,4 %).

## ZUSAMMENFASSUNG

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

Zunahmen der Arbeitslosigkeit gab es in allen Altersgruppen. Die **Lasten der Arbeitslosigkeit verlagerten sich jedoch insofern zu den höheren Altersgruppen**, als der Zuwachs bei den über 50jährigen (+27,6 %) wesentlich höher ausfiel als bei den Jugendlichen (+5,5 %).

Auch **über alle Ausbildungsstufen nahm die Arbeitslosigkeit zu**, und zwar insbesondere bei den Pflichtschulabschlüssen (+13,9 %) und den AHS-/BHS-Absolventen (+13,0 %). Das Arbeitslosigkeitsniveau hängt sehr stark mit der Qualifikation zusammen: Je niedriger die Ausbildung umso höher ist die Arbeitslosenquote. Die ausbildungsspezifischen Quotenunterschiede haben sich zudem noch vergrößert.

Das stark gestiegene Ausländerangebot führt zunehmend zur Verdrängung bzw. Substitution von Inländern und bereits länger ansässigen Ausländern durch neu einströmende Ausländer. **Hinweise für eine Inländersubstitution** finden sich vor allem in den Bereichen Erzeugung/Verarbeitung von Metallen, Beherbergungs-/Gaststättenwesen, Nahrungsmittel/Getränke/Tabak, Bekleidung/Bettwaren/Schuhe, Körperpflege/Reinigung/Bestattung und Handel/Lagerung.

Im Jahr 1990 war **mehr als ein Viertel (41.600) der vorgemerkten Arbeitslosen langzeitarbeitslos**.

Die Tatsache, daß im Jahr 1990 **64.800 Langzeitarbeitslose vermittelt** werden konnten bzw. aus der Arbeitslosigkeit abgingen, zeigt, daß es sich bei der Mehrzahl der Langzeitarbeitslosen keineswegs um eine weitgehend gleichbleibende Personengruppe handelt und daß auch in diesem Bereich deutliche Austauschprozesse stattfinden.

**Zunahmen der Arbeitslosigkeit gab es in allen Bundesländern.** Überdurchschnittlich war der Anstieg in Vorarlberg (+23,3 %), das allerdings nach wie vor die niedrigste Arbeitslosenquote verzeichnete (2,8 %), sowie in Oberösterreich (+18,4 %) und Niederösterreich (+17,3 %). Das höchste Arbeitslosigkeitsniveau wiesen nach wie vor das Burgenland (Quote: 7,6 %), Kärnten (7,0 %), die Steiermark (6,4 %) und Wien (5,8 %) auf.

**1990 bezogen 476.328 Personen (276.252 Männer, 200.076 Frauen) zumindest einmal Arbeitslosengeld und/oder Notstandshilfe**, waren also zumindest einmal von Arbeitslosigkeit betroffen. Nach zwei Jahren rückläufiger Entwicklung ist damit die Zahl der Betroffenen wieder spürbar angestiegen (+24.303 oder +5,4 %); sie lag damit um mehr als 230.000 über dem Niveau von 1980.

Es ist eine **ausgeprägte Konzentration der Arbeitslosigkeit** auf die oberen Dauergruppen feststellbar: So trugen jene 20 % der (leistungsbeziehenden) Personen mit den längsten Dauern beinahe die Hälfte (48,3 %) des Arbeitslosigkeitsvolumens (bzw. des Durchschnittsbestandes), während die unteren beiden Dezilgruppen mit einem Anteil von 3,3 % kaum bestandswirksam waren.

## ZUSAMMENFASSUNG

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

Der **Bestand an offenen Stellen stieg** um rund 10.000 oder 22,0 % auf 55.600 an. Rund die Hälfte des Abgangs offener Stellen erfolgte binnen Monatsfrist. Es wurden immer noch stark Hilfs- und Anlernkräfte nachgefragt, doch zeigt sich insgesamt eine leichte Abkühlung der Nachfrage, vor allem außerhalb Ostösterreichs.

Die **Zahl der Lehrstellensuchenden** ging auf 47.000 Jugendliche zurück. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl des Lehrstellenangebotes auf 58.100. Auf die Entwicklung der Zahl der Facharbeiter/innen hat dies (quantitativ) keinen negativen Einfluß, da immer noch weniger Fachkräfte aus dem Erwerbsleben ausscheiden als neu eintreten. Eine Neuorientierung der Lehrausbildung wird aber erforderlich sein, um qualitative Lücken zu schließen.

Die mittlere Höhe (Median) der monatlichen Leistungen an Arbeitslose (Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe inkl. allfälliger Familienzuschläge) betrug im Jahre 1990 S 6.599,—. Das **mittlere Arbeitslosengeld lag bei S 7.018,—, die mittlere Notstandshilfe bei S 5.473,—.**

## SOZIALVERSICHERUNG IM JAHR 1990

Gegenüber 1989 sind die **Sozialausgaben** um knapp 33 Mrd.S oder 7,3 % gestiegen und **wuchsen** damit - wie schon 1989 - **schwächer als das Bruttoinlandsprodukt** zu laufenden Preisen, sodaß ihr Anteil am BIP ("Sozialquote") um zwei Zehntel Prozentpunkte auf 26,6 % **sank**.

Die vorläufigen Gebarungsergebnisse der Sozialversicherungsträger für das Jahr 1990 weisen Gesamteinnahmen von 281.522 Mio.S aus, denen Gesamtausgaben vom 279.920 Mio.S gegenüberstehen.

Die **Einnahmen bestanden zu 77,7 % aus Beiträgen für Versicherte**, die sich auf 218.684 Mio.S beliefen. Der **Bund zahlte 1990 Beiträge in Höhe von 45.552 Mio.S**, wobei der Großteil auf die sogenannte Ausfallhaftung des Bundes zur Abdeckung der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Pensionsversicherung entfiel. Die sonstigen Einnahmen aus Vermögenserträgen, Kostenbeteiligungen der Versicherten etc. beliefen sich auf 17.286 Mio.S.

Die **Gesamtausgaben** von 279.920 Mio.S **verteilten sich zu 95,7 % auf Leistungen** (267.899 Mio.S) und zu 4,3 % auf sonstige Ausgaben (12.022 Mio.S). Der zu den sonstigen Ausgaben zählende Verwaltungsaufwand betrug 1990 7.647 Mio.S, d.s. 2,7 % des Gesamtaufwandes. Der **Anteil des Verwaltungsaufwandes** an den Gesamtausgaben ist damit gegenüber 1989 leicht gesunken.

Mit einem Anteil von 26,1 % an den Gesamtausgaben der Krankenversicherung, d.s. 19.148 Mio.S stellen die Kosten der ärztlichen Hilfe neben den Spitalskosten die bedeutendste

**ZUSAMMENFASSUNG****SOZIALVERSICHERUNG 1990**

Ausgabengruppe dar. Gegenüber 1989 sind die **Ausgaben für ärztliche Hilfe um 6,8 % gestiegen**. Auf den **Spitalsbereich entfallen 21.899 Mio.S oder 29,8 % der Gesamtausgaben der Krankenversicherung**.

Auch 1990 erzielte die Unfallversicherung wieder ein **positives Gebarungsergebnis**. Einnahmen von insgesamt 10.111 Mio.S standen Ausgaben von 9.068 Mio.S gegenüber.

Nach den vorläufigen Gebarungsergebnissen werden die **Gesamtausgaben der Pensionsversicherung 1990 rund 197.465 Mio.S** betragen, das sind um 6,8 % mehr als im Vorjahr. Der Bundesbeitrag betrug 44.546 Mio.S. Unter Einbeziehung der Ersätze für Ausgleichszulagen in Höhe von 7.381 Mio.S, die ebenfalls vom Bund erstattet werden, beliefen sich die **Zahlungen des Bundes** an die Pensionsversicherungsträger im Jahre 1990 auf **51.928 Mio.S**, d.s. um 2,7 % weniger als 1989.

1990 waren im Jahresdurchschnitt insgesamt 2.896.302 Personen pensionsversichert. Der Zuwachs von rund 67.400 Personen gegenüber dem Vorjahr ist auf den Zuwachs bei den Unselbständigen (+ 67.240) zurückzuführen. Der Pensionsstand nahm gegenüber dem Vorjahr weiter zu (+ 1,0 %) und liegt nunmehr bei **1.708.868 Pensionen im Jahresdurchschnitt**.

Die **Belastungsquote sank gegenüber 1989**. 1990 kamen **590 Pensionen auf 1.000 Versicherte** (1989: 598).

Die **höchstmögliche Eigenpension** (ohne Hilflosenzuschuß und Kinderzuschuß) betrug 1990 **21.344 S**, die höchste Witwenpension (ohne Zuschüsse) 12.807 S monatlich.

Die **Durchschnittspension** in der Pensionsversicherung der Unselbständigen betrug im Dezember 1990 **7.496 S**, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 5,5 % bedeutet. Die **Alterspensionen** stiegen um 4,7 % auf durchschnittlich **9.096 S**, die **Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit** um 5,9 % auf **7.573 S**. **Witwen- und Witwerpensionen** stiegen um 5,7% auf **5.339 S** und **Waisenpensionen** um 7,6% auf **2.328 S**.

Es bestehen weiterhin **große Unterschiede in den durchschnittlichen Pensionshöhen von Männern und Frauen**. Die **durchschnittliche Alterspension** betrug bei den **Männern** in der gesetzlichen Pensionsversicherung im Dezember 1990 **11.533 S**, bei den **Frauen** hingegen nur **6.676 S**.

Insgesamt erhielten mehr als **14,1 % der Bezieher einer Pension** aus der gesetzlichen Pensionsversicherung **noch mindestens eine weitere Pensionsleistung**. Bei Frauen, die nur eine Alterspension beziehen, beträgt die durchschnittliche Pensionsleistung 7.002 S, bei Männern hingegen 11.523 S. Die entsprechenden Werte für Invaliditätspensionen liegen bei 5.097 S (Frauen) und 8.945 S (Männer). Beim Zusammentreffen von Alterspension und



## ZUSAMMENFASSUNG

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

Witwen(Witwer)pension erhalten Frauen durchschnittlich 11.271 S, Männer 13.532 S, beim Zusammentreffen von Invaliditätspension und Witwen(Witwer)pension 8.900 S (Frauen) bzw. 10.971 S (Männer). Es ist bemerkenswert, daß die Summe der durchschnittlichen Mehrfachpensionen von Frauen unter der durchschnittlichen Pensionshöhe der Männer mit nur einer Pensionsleistung liegt.

Der **Pensionistenindex** als auch der Verbraucherpreisindex stiegen im Zeitraum **von 1970 bis 1991** um rund **172 %** und die **Pensionen** in der gesetzlichen Pensionsversicherung um **257%**. Weit über das Ausmaß der normalen Pensionsanpassung hinaus stiegen die Richtsätze für Ausgleichszulagenbezieher. Der Richtsatz für Alleinstehende stieg im Zeitraum von 1970 bis 1991 um rund 359%, jener für Verheiratete um rund 373%.

Vergleicht man die **Entwicklung der Ausgleichszulagen und der Hilflosenzuschüsse seit 1977**, so zeigt sich eine stark konträre Tendenz. Während es im Jahr 1977 noch 347.881 Bezieher einer Ausgleichszulage, das waren 24,5 % des Pensionsstandes, gab, **sank die Zahl der Ausgleichszulagen** auf 262.955 bzw. 15,3 % im Dezember 1990. Im Jahr 1977 betrug die Zahl der Bezieher eines Hilflosenzuschusses 172.910. Gemessen am damaligen Pensionsstand waren dies 12,2 %. Im Dezember 1990 **erhielten um ca. 60.000 Pensionisten mehr einen Hilflosenzuschuß**, d.s. 13,7 % aller Pensionisten.

Im Jahre 1990 gab es 104.905 erstmalige Neuzuerkennungen an Pensionen. 76 % aller **Direktpensionen werden erstmals vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsanfallsalters** (Männer 65, Frauen 60 Jahre) **in Anspruch genommen**.

Bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen könnten Frauen bereits mit 55 Jahren in Alterspension gehen. Da viele Frauen diese Voraussetzungen mit 55 Jahren aber noch nicht erfüllen, liegt ihr durchschnittliches Zugangsalter bei der Alterspension bei 59,7 Jahren. Männer gingen im Durchschnitt mit 62,1 Jahren in Alterspension.

Wesentlich geringer ist der Altersunterschied bei den **Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit** bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit, nämlich nur rund 18 Monate. **Männer** gingen im Durchschnitt **mit 53,9 Jahren** und **Frauen mit 52,4 Jahren in Pension**.

Die **durchschnittliche Neuzugangspension** einer **Alterspensionistin** betrug im Jahre 1990 **6.083 S**, die eines **männlichen Alterspensionisten 11.893 S**. Eine ähnliche Diskrepanz zeigt sich bei den Invaliditätspensionen. Hier beträgt die **Durchschnittspension bei Frauen 4.859 S**, jene der **Männer** beinahe das Doppelte, nämlich **9.389 S**.

Von den im Jahre 1990 verstorbenen Beziehern einer Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit verstarben 18 % vor Erreichen des 60. Lebensjahres (Männer) bzw. des 55. Lebensjahres (Frauen). Ein weiteres Indiz für die überproportionale

## ZUSAMMENFASSUNG

## EINKOMMEN 1990

gesundheitliche Gefährdung von Personen, die wegen geminderter Arbeitsfähigkeit aus dem Erwerbsleben ausscheiden, ist das bemerkenswerte Faktum, daß z.B. **die 1990 verstorbenen männlichen Invaliditätspensionisten ein um mehr als 10 Jahre niederes Lebensalter hatten als die 1990 verstorbenen männlichen Alterspensionisten.**

Der **durchschnittliche monatliche Ruhebezug der Bundesbeamten** (ohne ÖBB und Post) beträgt S 25.000,-. 4 % der Ruhebezüge liegen unter S 10.000,-, 36 % zwischen S 10.000,- und S 20.000,-, 35 % zwischen S 20.000,- und S 30.000,-, 20 % zwischen S 30.000,- und S 50.000,- und 5 % (ca. 2.200) über S 50.000,-.

Ein Vergleich der Ruhebezüge der Verwaltungsbeamten von Bund, Kärnten und Burgenland nach Verwendungsgruppe zeigt, daß die durchschnittlichen **Ruhebezüge der Bundesbediensteten** (ausgenommen Verwendungsgruppe A) in der Regel **unter denen der Landesbediensteten** liegen.

Der **mittlere Ruhebezug** (50 % verdienen mehr und 50 % verdienen weniger als ...) **der Bediensteten der österreichischen Bundesbahnen** betrug in November 1990 inklusive Hilfsen- und Haushaltszulage S 16.600,- und bei den **Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung** S 15.800,-.

## ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN 1990

Das Wachstum des Volkseinkommens verteilte sich auch 1990 unterschiedlich auf die verschiedenen Positionen. Die Brutto-Entgelte für unselbständige Arbeit (einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) nahmen mit 7,6 % etwas langsamer zu als das Volkseinkommen (8,1 %). Die überaus kräftige Konjunktur spiegelt sich auch in einer günstigen Gewinnentwicklung. Die **funktionelle Einkommensstruktur** hat sich damit **neuerlich zugunsten der Nicht-Lohneinkommen** verschoben.

Für 1990 errechnet sich eine Zunahme der Brutto-Masseneinkommen von 7,6 %, nach 5,8 % im Jahr zuvor. Netto gerechnet hat sich allerdings das Wachstum der Masseneinkommen von 8,6 % im Jahr 1989 auf 6,4 % verlangsamt, da der Entlastungseffekt der Steuerreform weggefallen ist.

Betrachtet man die reale Kaufkraft der verfügbaren persönlichen Einkommen (die neben den Netto-Lohneinkommen und Transfereinkommen auch Teile der Unternehmer- und Besitzeinkommen enthalten), so zeigt sich 1990 mit 4,5 % eine gegenüber 1989 fast unveränderte Zuwachsrate.

## ZUSAMMENFASSUNG

## EINKOMMEN 1990

Insgesamt haben im Jahresdurchschnitt 1990 die **Brutto-Leistungseinkommen je Beschäftigten mit 5,4 % stärker zugenommen als im Vorjahr** (1989: 4,7 %). Deflationiert mit dem Konsumpreisindex bedeutet das eine Steigerung der Brutto-Realeinkommen je Arbeitnehmer von 2,1 % (1989 ebenfalls 2,1 %). Die wichtigsten 1990 getätigten Lohnabschlüsse führten zu Tariflohnsteigerungen von 7 % bis 8 % und Ist-Lohnzuwächsen von etwa 5 1/2 %.

Das **mittlere monatliche Bruttoeinkommen** (14mal jährlich) betrug **1990 S 15.600,- (Männer S 18.100,-, Frauen S 12.500,-)**. Die Hälfte aller unselbständig Beschäftigten bezog Einkommen zwischen S 11.600,- und S 21.300,-.

Das unterste Einkommenszehntel der unselbständig Beschäftigten verdiente 1990 weniger als S 10.000,- (bei Umrechnung auf eine 40 Stunden Woche), während die bestverdienenden 10% mehr als S 27.900,- bezogen. Weniger als S 10.000,- brutto - bei Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigung - verdienten 1990 etwa 538.000 Personen. Nach Umrechnung des Arbeitsvolumens auf 40 Wochenstunden verdienten **ca. 310.000 Beschäftigte weniger als S 10.000,-**. Das heißt, daß ungefähr jede/r Zehnte unselbständig Beschäftigte 1990 von einem Mindestlohn von S 10.000,- profitiert hätte (225.000 Frauen und 85.000 Männer).

**Die Zahl der Inländer, die weniger als 10.000,- verdienten, sank 1990 um ein Drittel, während die Zahl der in Österreich beschäftigten Ausländer mit Verdiensten unter S 10.000,- um ein Drittel anstieg.**

**Rund 308.000** unselbständig Beschäftigte **verdienten 1990 mehr als S 27.900,-**. Sieben Achtel der Personen in dieser höchsten Einkommensgruppe entfallen auf Männer: 259.000 männlichen unselbständig Erwerbstätigen im obersten Zehntel stehen 49.000 weibliche gegenüber.

Die Hälfte aller männlichen und weiblichen Arbeiter verdiente 1990 zwischen S 10.700,- und S 18.100,-, **80 % der Löhne lagen zwischen S 7.700,- und S 22.300,-**.

Die Hälfte aller Angestellten (einschließlich der Vertragsbediensteten des Öffentlichen Dienstes) bezogen 1990 Einkommen zwischen S 12.100,- und S 25.300,-. Die Hälfte aller Beamten kam auf Bezüge zwischen S 15.600,- und S 24.800,-.

Bei den Industrieangestellten sind die Einkommensunterschiede größer als innerhalb anderer sozialrechtlicher Gruppen. So verdienten 1990 **Angestellte der Verwendungsgruppe I** mit einem durchschnittlichen Monatsgehalt von S 11.900,- **etwa ein Fünftel des Monateinkommens eines Angestellten der Verwendungsgruppe VI** (durchschnittliches Monatsgehalt S 54.400,-).

Interessant ist die Verteilung der Einkommen zwischen inländischen und ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern. Die **Löhne der männlichen ausländischen Arbeiter** liegen im

## ZUSAMMENFASSUNG

## EINKOMMEN 1990

ganzen Bereich der Einkommensverteilung **um rund ein Fünftel unter denen der österreichischen Arbeiter**, die ausländischen Arbeiterinnen beziehen im unteren Bereich der Verteilung über den Vergleichswerten der Österreicherinnen liegende Löhne, im mittleren und oberen Bereich bleiben diese jedoch niedriger als jene der jugoslawischen Staatsbürger.

Der **DurchschnittsbruttoBezug der öffentlich Bediensteten des Bundes** betrug 1990 ca. **S 21.800,-**. Der monatliche MindestbruttoBezug von vollzeitbeschäftigten Vertragsbediensteten und Beamten lag ab April 1990 bei ca. S 11.400,-. Während ca. **2/3 der Beamten Aktivverdienste über S 20.000,-** hatten, verdienten **ca. 4/5 der Vertragsbediensteten weniger als S 20.000,-**. Beim Vergleich von Beamten und Vertragsbediensteten ist jedoch zu berücksichtigen, daß das formale Qualifikationsniveau der Beamten im Durchschnitt über dem der Vertragsbediensteten liegt, ca. 20 % der Vertragsbediensteten teilzeitbeschäftigt sind und das Durchschnittsalter der Vertragsbediensteten mit 36 Jahren um 5 Jahre unter dem der Beamten liegt.

Mehr als 80 % der Beamten sind Männer und mehr als 60 % der Vertragsbediensteten sind Frauen. Die Durchschnittsentlohnung von Männern im öffentlichen Dienst des Bundes liegt bei S 23.600,- und ist um ca. 30 % höher als die der Frauen.

Der durchschnittliche **BruttoBezug der Postbediensteten** betrug im November 1990 **S 18.500,-**. Männliche Beamte verdienten durchschnittlich S 21.300,-, weibliche Beamte S 17.700,-, männliche Vertragsbedienstete (VB-I) S 14.600,- und weibliche Vertragsbedienstete (VB-I) S 11.300,-.

Bezüglich der aktiven Landesbediensteten liegen wie im Vorjahr Daten über rund 18.000 aktive Bedienstete der Bundesländer Kärnten und Burgenland vor. Der durchschnittliche **BruttoBezug der Kärntner Verwaltungsbeamten** lag bei **S 29.400,-** (Männer: S 32.000,-, Frauen: S 21.900,-); im **Burgenland** erzielten die **Beamten der allgemeinen Verwaltung** im Durchschnitt **S 30.900,-** (Männer: S 32.800,-, Frauen: S 21.500,-).

Zur Beschreibung der **Einkommensverteilung zwischen den selbständig Erwerbstätigen** wurde die Einkommensteuerstatistik aus dem Jahr 1988 herangezogen. Es wird vermutet, daß ein großer Teil der Einkommensteuerpflichtigen Einkommen aus zumindest zwei Einkunftsquellen bezieht. Die Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkünfte weist **ein weit-aus größeres Ausmaß an Ungleichheit auf, als die Verteilung der Löhne und Gehälter**: Während auf das oberste Zehntel 1988 45,7 % der Einkünfte entfielen, konnte die untere Hälfte der Einkommensteuerpflichtigen 1988 - wie bereits in den Jahren zuvor - nur etwa ein Sechstel der Gesamteinkünfte auf sich vereinigen.

## ZUSAMMENFASSUNG

## EWR-VERTRAG

Im Einkommensabschnitt des Sozialberichts werden auch einige **Indikatoren zum Lebensstandard** verglichen: Angestelltenhaushalte liegen über dem Durchschnitt der Beschäftigtenhaushalte, Haushalte von öffentlich Bediensteten befinden sich nahe am Durchschnitt. Letztere weisen zudem geringere innere Unterschiede auf als Angestelltenhaushalte. Ein unterdurchschnittlicher Lebensstandard zeigt sich in Arbeiterhaushalten, besonders bei Hilfsarbeitern.

Der Lebensstandard der Pensionisten liegt vor allem in den Bereichen Wohnen, PKW-Besitz, "moderne" Geräte, Urlaub und finanzielle Absicherung deutlich unter jenem der Beschäftigten.

Die nach der Haushaltsgröße und -zusammensetzung standardisierten **Haushaltseinkommen erreichen in den Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher arbeitslos ist, nur rund die Hälfte der entsprechenden Werte der Beschäftigtenhaushalte**. Vergleicht man arbeitslose Arbeiter mit den beschäftigten Arbeitern, so betragen die Nachteile bei den Haushaltseinkommen rund 40 %. Auch **bei allen Lebensstandardindikatoren ergeben sich bei den Arbeitslosenhaushalten niedrigere Ausstattungswerte. Bei den Sozialhilfeempfängern** zeigen sich durchwegs niedrige Ausstattungsquoten, die meist **noch deutlich unter jenen der Haushalte mit arbeitslosem Haushaltsvorstand** liegen.

Wie die Einkommensverteilung ist auch der **Lebensstandard der Selbständigenhaushalte** durch **hohe innere Disparitäten** gekennzeichnet. Während Selbständige außerhalb der Land- und Forstwirtschaft und Freiberufler mit Hochschulbildung (zusammen mit den obersten Angestellten- und Beamten-schichten) über den höchsten Lebensstandard verfügen, erreichen Selbständige mit Betrieben ohne Arbeitnehmer gerade den Durchschnitt aller Beschäftigtenhaushalte.

## RECHTLICHE AUSWIRKUNGEN EINES EWR-VERTRAGES IM BEREICH DER SOZIALPOLITIK

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß Österreich sich im Falle des Zustandekommens des EWR-Vertrages verpflichtet hat, **bis 1.1.1993** die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen der EG ins österreichische Recht umzusetzen, mit Ausnahme der beiden sozialversicherungsrechtlich relevanten Richtlinien im Gleichbehandlungsbereich, die bis 1.1.1994 umzusetzen wären. Dies bedeutet, daß bis zu diesem Zeitpunkt **14 Gesetzesnovellierungen zu erfolgen hätten**; in einigen Fällen wäre ein neues Gesetz notwendig.

Ausgehend davon, daß den **Freizügigkeitsbestimmungen** Verordnungsscharakter zukommt (Verordnung 1612/68 und Ergänzungen), sind diese Bestimmungen nach Ratifizierung des EWR-Vertrages unmittelbar anwendbares Recht und **bedürfen daher keiner eigenen österreichischen Gesetze**; grundsätzlich ist davon auszugehen, daß das Ausländerbeschäftigungsgesetz für EWR-Staatsbürger nicht mehr anwendbar ist. Ein solcher Passus könnte explizit im

## ZUSAMMENFASSUNG

## EWR-VERTRAG

Ausländerbeschäftigungsgesetz verankert werden.

Bezüglich der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hat die EG bisher fünf Richtlinien in Kraft gesetzt: Die Lohngleichheitsrichtlinie, die sogenannte Gleichbehandlungsrichtlinie, zwei Richtlinien im Sozialversicherungsbereich, die das Prinzip der Gleichbehandlung in den Systemen der gesetzlichen und betrieblichen Sozialversicherung verankern, eine Richtlinie betreffend die Selbständigen.

**Durch die im Vorjahr verabschiedete Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz wurde die österreichische Rechtslage weitgehend EG-konform gestaltet.**

**Der Europäische Gerichtshof** hat sich im vergangenen Jahr im Falle des Urteils "Barber" gegen ein unterschiedliches Pensionsalter in den betrieblichen sozialen Sicherungssystemen ausgesprochen und **eine unterschiedliche Pensionsaltersgrenze als mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz unvereinbar bezeichnet**. Damit ist die bestehende EG-Richtlinie betreffend die betrieblichen Sozialversicherungssysteme in Widerspruch mit dem EUGH-Urteil. Sollte die EG-Rechtslage dahingehend geändert werden, daß ein gleiches Pensionsalter für Männer und Frauen vorgesehen würde und Österreich im Rahmen der EWR-Organe einer Übernahme zustimmen würde, **ergäbe sich ein erheblicher Anpassungsbedarf in Österreich.**

Insgesamt zeigt sich, daß der Rechtsanpassungsbedarf im Bereich der österreichischen Sozialgesetzgebung bis zum Inkrafttreten eines EWR-Vertrages eine Reihe von Detailanpassungen erforderlich machen würde; **gravierende Änderungen des österreichischen Sozialrechtssystems wären allerdings mit einer Teilnahme am EWR nicht verbunden**. Dies ist sicherlich auch eng verknüpft mit der Tatsache, daß **die EG-Länder gerade im sozialpolitischen Bereich wenig Kompetenz an die EG-Organe abgetreten haben** und die Vielfalt der historisch gewachsenen Sozialsysteme einer starken Zentralisierung entgegensteht. Gleichzeitig war es bisher das Ziel der EG, diese Vielfalt auch zu erhalten und nur dort zu harmonisieren, wo aufgrund wirtschaftlicher Verpflichtungen Nachteile für die Arbeitnehmer entstehen und ein ausreichender Mindestschutz nur auf gesamteuropäischer Ebene sichergestellt werden kann.

**Die meisten Rechtsanpassungserfordernisse Österreichs auf sozialpolitischem Gebiet würden zu Verbesserungen führen.**

**ZUSAMMENFASSUNG****SOZIALVERSICHERUNG****TÄTIGKEIT DES BUNDEMINISTERIUMS FÜR ARBEIT UND SOZIALES****SOZIALVERSICHERUNG**

Die **49. ASVG-Novelle** hatte vor allem die Aufgabe, einige in der Vollzugspraxis zutage getretenen Mängel des Sozialversicherungsrechtes zu bereinigen und weitere Verbesserungen zugunsten der Versicherten und Pensions(Renten)bezieher einzuführen: Die **Verbesserung der Bestimmungen über die Renten- und Pensionsanpassung** und die **Einführung einer günstigeren Pensionsbemessungsgrundlage** für Versicherte, die nach Vollendung des 50. Lebensjahres (männliche Versicherte) bzw. nach Vollendung des 45. Lebensjahres (weibliche Versicherte) aus einem Dienstverhältnis ausscheiden und ein anderes Dienstverhältnis erstmalig mit einer geringeren Entlohnung aufnehmen.

Weiters wird eine Klarstellung der Versicherungspflicht von Ferialpraktikanten, die Normierung einer besonderen Meldepflicht für Leistungsbezieher im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit, die Klarstellung des Verfalles von Leistungsansprüchen infolge Zeitablaufes sowie Rechtsbereinigung im Bereich der Vorschriften über die Verwaltungskörper vorgesehen.

Schwerpunkte des am **1.1.1991 in Kraft** getretenen **Sozialrechts-Änderungsgesetzes** sind: die außerordentliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze im Jahre 1991 über das Ausmaß der Pensionsanpassung, der Zuschuß zu den Energiekosten und notwendige Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit dem Erwerbsgesellschaftengesetz.

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 15. Dezember 1990, mit dem die **Ruhensbestimmungen** in der Pensionsversicherung mit 31.3.1991 **als verfassungswidrig aufgehoben** wurden, machte eine Reihe von Neuregelungen erforderlich, die mit dem Sozialrechts-Änderungsgesetz 1991 vorgenommen worden sind. Dem Versicherten steht **nunmehr ein Anspruch auf Alterspension zu, wenn er während eines Zeitraumes von 6 Monaten ab dem Stichtag nicht bei seinem ehemaligen Dienstgeber erwerbstätig ist**; eine analoge Regelung ist auch für den Bereich der Selbständigen-Pensionsversicherung (Gewerbetreibende, Bauern) erfolgt. Nach Ablauf dieser Frist kann neben einer Beschäftigung die Pension bezogen werden. Die bisher in Geltung gestandene Stichtagsregelung bei den Alterspensionen, derzufolge diese Leistung nur gebührt, wenn der (die) Versicherte zu diesem Zeitpunkt keiner Pflichtversicherung unterliegt, bleibt unverändert. Die Alterspension gebührt nur, wenn die bisherige Erwerbstätigkeit zunächst aufgegeben wird; ein anderer Erwerb darf neben dem Pensionsbezug allerdings ausgeübt werden. Durch die Einführung einer Stichtagsregelung bei Pensionen aus einem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit durch das Sozialrechts-Änderungsgesetz 1991 wurde nunmehr klargestellt, daß das Dienstverhältnis beendet sein muß, damit ein Anspruch auf eine derartige Pensionsleistung entstehen kann. Für jene Fälle, in denen eine



## ZUSAMMENFASSUNG

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

Alterspension nicht zum frühestmöglichen Zeitpunkt, sondern erst nach der Erreichung des Anfallsalters in Anspruch genommen wird, sieht das Gesetz nunmehr eine von der Dauer des Aufschubes abhängende Erhöhung des Pensionsanspruches vor.

Ein weiteres wichtiges Ereignis im Bereich des Sozialversicherungsrechtes war die **Aufhebung der Bestimmungen über das unterschiedliche Pensionsanfallsalter bei weiblichen und männlichen Versicherten durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes** vom 6.12.1990. Diese Aufhebung tritt mit Ablauf des 30.11.1991 in Kraft. Mit Rücksicht auf die umfassende Bedeutung dieser Angelegenheit - nicht zuletzt auch für die Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung - findet derzeit eine eingehende Diskussion statt, wobei sich zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch kein präziser Reformvorschlag zum Ausdruck bringen läßt.

Durch zwei weitere Gesetzesänderungen im ersten Halbjahr 1991 wurde der Beitrag der gesetzlichen Sozialversicherung zur Krankenanstaltenfinanzierung im Jahre 1991 geregelt.

### ARBEITSMARKTVERWALTUNG UND ARBEITSMARKTPOLITIK

Das Jahr 1990 brachte im Jahresdurchschnitt mit 2,928.662 unselbständig Beschäftigten abermals einen **Beschäftigungsrekord**. Auch im ersten Halbjahr 1991 setzte sich der Trend starker Beschäftigungszuwächse fort. So waren im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1991 um 2,4% mehr unselbständig Beschäftigte zu verzeichnen als im ersten Halbjahr 1990. Das **Arbeitskräftepotential** hat sich seit 1988 ständig vergrößert und beträgt im Juni 1991 3,15 Millionen.

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen stieg 1990 im Jahresdurchschnitt (nach den Rückgängen 1988 und 1989) gegenüber dem Vorjahr um 11,1 % auf 165.795 an. Diese Zunahme der Arbeitslosigkeit setzte sich im ersten Halbjahr 1991 verstärkt fort. So waren im ersten Halbjahr 1991 durchschnittlich um 16,6 % mehr Arbeitslose vorgemerkt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die starke Zunahme der Ausländerbeschäftigung, der weiter voranschreitende Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft und die damit einhergehende **Segmentierung des Arbeitsmarktes** wirkten sich verstärkt zu Lasten spezifischer Personengruppen aus; entsprechend dieser verstärkten Strukturierung der Arbeitslosigkeit mußten Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitskräfte, Frauen und ausländische Arbeitskräfte besondere Beachtung durch die Arbeitsmarktpolitik finden.

Zu den wichtigsten legislativen Aktivitäten der Arbeitsmarktpolitik zählten die **Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes**, die Dynamisierung der Arbeitslosenversicherung und die Änderungen des Insolvenzentgeltsicherungsgesetzes.



## ZUSAMMENFASSUNG

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

Zudem wurde das **Ausländerbeschäftigungsgesetz** novelliert. Schwerpunkte dieser Novelle sind die Erleichterung des Erwerbes des Befreiungsscheines, das neue Höchstzahleninstrumentarium, der Ausbau des Integrationsprinzips, verbesserte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung sowie eine wesentliche Verfahrensbeschleunigung.

Im Bereich der **Beratungs- und Vermittlungstätigkeiten** der Arbeitsmarktverwaltung standen der Ausbau der Auftragszentralen, die Erstberatung und Erstinformierung über Besetzungsmöglichkeiten der Rat- und Arbeitsuchenden und der Betriebe, der Ausbau von Selbstbedienungseinrichtungen (SAMSOMAT) sowie generell die Verbesserung der Betriebsbetreuung und Betreuung offener Stellen im Vordergrund.

Zur **Förderung der Schulung**, der regionalen Mobilität und des Arbeitsantrittes konnten bis Ende Juni 1991 neuerlich Maßnahmen in erhöhtem Umfang gesetzt werden.

Die Palette der **Arbeitsmarktausbildungsmaßnahmen** wurde nicht nur durch die inhaltliche Verbesserung traditioneller Ausbildungslehrgänge, sondern auch durch die Berücksichtigung neuer Berufsfelder im Kursangebot erweitert.

Das Leistungsangebot der **AMV für Frauen** wurde 1990 insbesondere in den Bereichen Information, Beratung, Höherqualifizierung und Unterstützung der Kinderbetreuung entschieden verbessert. Im ersten Halbjahr 1991 wurde zusätzlich die Weiterbildung der Frauenreferentinnen der **Arbeitsämter** als Schwerpunkt gesetzt.

Zur arbeitsmarktmäßigen Integration von anerkannten **Konventionsflüchtligen** und Ausländern, die vor dem 1. April 1990 einen Asylantrag gestellt hatten, wurden intensive Vermittlungsaktivitäten gesetzt, Schulungen durchgeführt und zudem Flüchtlingsbetreuungsstellen eingerichtet.

Mittels spezifischer Instrumente der AMV ist es im Fall der **Gründungs- und Arbeitsmarktbetreuer** sowie Beratungsstellen gelungen, das Leistungsangebot der AMV durch die Bereitstellung betriebswirtschaftlicher und sozialpsychologischer Unterstützung noch weiter zu entwickeln und sich damit den Standards vergleichbarer Länder weiter anzunähern.

Die **Aktion 8.000** hat sich neuerlich als wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit erwiesen. So ist es allein im Jahre 1990 gelungen, insgesamt 4.587 Arbeitsplätze (1989: 3.880) zusätzlich zu schaffen.

Trotz der weiterhin unzureichenden Personalkapazität wurden die Bemühungen zur Verbesserung der Aufbau- und Ablauforganisation der AMV fortgesetzt. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen können aber Erfolge nur mit außerordentlich großem Aufwand erzielt werden. Um die gegenwärtigen Schwierigkeiten der AMV bei der Erfüllung der ihr vom Gesetzgeber vorge-

## ZUSAMMENFASSUNG

## VERSORGUNGS- UND BEHINDERTENFRAGEN

benen Aufgaben bewältigen zu können, sind grundlegende Verbesserungen in organisatorischer und personeller Hinsicht notwendig. Bei der geplanten **Reform der AMV** wird es im wesentlichen um die Umwandlung der AMV in ein öffentlich-rechtliches Dienstleistungsunternehmen gehen.

### VERSORGUNGS-, ALLGEMEINE SOZIALHILFE- UND BEHINDERTENANGELEGENHEITEN

Die Arbeitsgruppe zum Thema: „**Vorsorge für pflegebedürftige Personen**“ hat am 22. Mai 1990 einen Bericht erstellt, der sowohl der Bundesregierung als auch dem Nationalrat vorgelegt wurde. Auf der Grundlage dieses Berichtes wird ein Entwurf für ein bundeseinheitliches Pflegegeld konzipiert werden.

Mit dem Bundesgesetz über die Beratung, Betreuung und besondere Hilfe für behinderte Menschen (**Bundesbehindertengesetz - BBG**) wurden die behindertenrechtlichen Regelungen auf Bundesebene in einem Gesetz zusammengefaßt. Dieses Bundesgesetz trat mit 1. Juli 1990 in Kraft.

Mit Wirkung vom 1. März 1991 trat die Verordnung über die Ausstellung von einheitlichen Behindertenpässen für alle jene Schwerbehinderten in Kraft, für die eine Zuständigkeit des Bundes gegeben ist.

In der **Kriegsopferversorgung** hat sich gegenüber dem Jahre 1989 die Zahl der Beschädigten und Hinterbliebenen um 4,8 % bzw. 4,5 % verringert, der finanzielle Rentenaufwand um insgesamt 1,7 % erhöht.

Mit dem **Versorgungsrechts-Änderungsgesetz 1990**, BGBl. Nr. 285 und dem Sozialrechts-Änderungsgesetz 1990 (Art. IV, Art. V, Art. VIII), BGBl. Nr. 741, wurden u.a. das Kriegsopferversorgungsgesetz, das Heeresversorgungsgesetz und das Opferfürsorgegesetz geändert. Entsprechend der außerordentlichen Erhöhung der Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung wurden jene Versorgungsleistungen, die der Deckung des Lebensunterhaltes dienen, über die jährliche Anpassung hinaus erhöht.

Von den rund 122.000 Versorgungsberechtigten nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 bezogen zum 1. Juli 1990 rund 45.402 Personen einkommensabhängige Leistungen.

Der Aufwand für diese, den bedürftigen Kriegsopfern zugute kommenden Zusatzleistungen betrug im Jahre 1990 rund 1.893,8 Mill. S. Zu Jahresbeginn 1989 standen 1.291 Personen im Bezug von Rentenleistungen nach dem **Heeresversorgungsgesetz (HVG)**, mit 1. Jänner 1990 waren es 1.304 Personen (1.195 Beschädigte und 109 Hinterbliebene) und mit 1. Jänner 1991 waren es 1.335 Personen (1.227 Beschädigte und 108 Hinterbliebene).

## ZUSAMMENFASSUNG

## ARBEITSRECHT

In der **Verbrechensopferentschädigung** sind im Vergleich zum Vorjahr die finanziellen Hilfeleistungen um 20,2 % gestiegen.

Die Zahl der im Rahmen des **Behinderteneinstellungsgesetzes** begünstigten Personen ist gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 7,6 % gestiegen.

Von den im Statistikmonat August 1989 errechneten **41.710 Pflichtstellen** waren **19.961 nicht besetzt**. Entsprechend der Zahl der nicht besetzten Pflichtstellen wurden den österreichischen Dienstgebern im Jahre 1990 für das Kalenderjahr 1990 Ausgleichstaxen im Betrage von vorläufig rund 460 Mill.S von den Landesinvalidenämtern vorgeschrieben.

Die mit der Errichtung und dem Ausbau geschützter Werkstätten in Verbindung stehenden Aktivitäten wurden auch im Jahre 1990 unvermindert fortgesetzt. Zum 1. Oktober 1990 standen **In den geschützten Werkstätten** im Bundesgebiet bereits rund 1.100 Dienstnehmer, davon **rund 900 Behinderte, In Beschäftigung bzw. In Ausbildung**.

Aus Mitteln des **Nationalfonds** zur besonderen Hilfe für Behinderte wurden im Jahre 1990 Zuwendungen in Höhe von 6,9 Mill. S gewährt. Außerdem wurden auch zahlreichen dauernd stark gehbehinderten Menschen jene Mehrleistungen abgegolten, die ihnen durch die Erhöhung der Umsatzsteuer von 20 % auf 32 % bei der Lieferung von Kraftfahrzeugen entstanden ist. Die dafür aufgewendeten Mittel betrugen im Jahre 1990 29,8 Mill. S und wurden zur Gänze vom Bund ersetzt.

### ARBEITSRECHT UND ALLGEMEINE SOZIALPOLITIK

Durch das **Karenzurlaubs-Erweiterungsgesetz** wurde der Karenzurlaub für Väter und Mütter bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes verlängert. Weiters besteht die Möglichkeit, während des zweiten und dritten Lebensjahres des Kindes Teilzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen.

Im Zusammenhang mit dem **Pensionskassengesetz**, das die gesetzlichen Voraussetzungen für Errichtung, Betrieb und Überwachung von Pensionskassen regelt, ist das Betriebspensionsgesetz geschaffen worden, das unter anderem die arbeitsrechtliche Absicherung der betrieblichen Pensionszusagen regelt.

Durch mehrere Novellen wurde der Ausnahmekatalog der **Verordnung gemäß § 12 Arbeitsruhegesetz** um weitere Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe erweitert.

In einer Novelle zum **Entgeltfortzahlungsgesetz** wurden im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Umstrukturierungsmaßnahmen Regelungen getroffen, die für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall eine erstattungswirksame Anrechnung der Vordienstzeiten vorsieht.

## ZUSAMMENFASSUNG

## ARBEITSINSPEKTION

Eine Novelle zum **Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz** hat die Altersstaffelung für den Bezug des Sonderruhegeldes um zwei Jahre verlängert.

Das **Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz** wurde neu gefaßt, um entscheidende Änderungen, die in den letzten Jahren im Bereich der Land- und Forstwirtschaft eingetreten sind, zu berücksichtigen und eine Anpassung an die B-VG-Novelle 1974 vorzunehmen.

Durch die **Arbeitsverfassungsnovellen** des Jahres 1990 wurden die Mitwirkungsrechte des Betriebsrates bei Umstrukturierungsmaßnahmen verbessert und die Möglichkeiten der unternehmensübergreifenden Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen ausgebaut.

Überdies wurde mit dem Entfall des sogenannten „Sperrechts“ des Betriebsrates der allgemeine Kündigungsschutz bei Motivkündigungen verstärkt. Änderungen im Betriebsratswahlverfahren erfolgten durch die Einführung eines einheitlichen Stimmzettels und Senkung der Zahl der Unterstützungsunterschriften für Kandidaturen bei Betriebsratswahlen.

Mit der Novelle des **Gleichbehandlungsgesetzes** wurde das Gleichbehandlungsgebot auf alle Phänomene des Arbeitsverhältnisses, vor allem auch auf die Begründung des Arbeitsverhältnisses, ausgeweitet und die Möglichkeiten, den Anspruch auf Gleichbehandlung durchzusetzen, verbessert. Gleichzeitig wurde eine **Anwältin für Gleichbehandlungsfragen** eingeführt.

Mehrere legislative Vorhaben wurden 1990 in Angriff genommen oder fortgeführt, konnten aber noch nicht abgeschlossen werden. Dies betrifft insbesondere die Neuregelung des Journalistengesetzes, das Dienstfreistellungsgesetz, die Neugestaltung des Arbeitszeitrechts, das Mutterschutzgesetz, sowie das Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz.

Die **Publikations- und Informationstätigkeit** in den Bereichen Arbeit und Arbeitsbeziehungen, allgemeine Angelegenheiten der berufstätigen Frau, wurde fortgesetzt.

Vertreter des BMAS haben im Rahmen verschiedener **Internationaler Organisationen** bei der Behandlung von sozialpolitischen Fragen und Angelegenheiten berufstätiger Frauen mitgearbeitet.

## ARBEITSINSPEKTION

Der vom Zentral-Arbeitsinspektorat ausgearbeitete **Entwurf für ein neues Arbeitsinspektionsgesetz**, das eine wirksamere Durchsetzung des Arbeitnehmerschutzes ermöglichen soll, wurde im Mai 1991 zur allgemeinen Begutachtung ausgesendet.

Die **Verordnung über Einrichtungen in den Betrieben zur Durchführung des Arbeitnehmerschutzes** wurde aufgrund einer aus verfassungsrechtlichen Gründen erforderlichen

## ZUSAMMENFASSUNG

## ARBEITSINSPEKTION

Novelle zum Arbeitnehmerschutzgesetz geändert, wobei am bisherigen System der Einsatzzeitenregelungen, das sich in der Praxis bewährt hatte, festgehalten wurde.

Die **MAK-Werte-Liste 1990** wurde wie bisher auf Grundlage der deutschen **MAK-Werte-Liste** erstellt, jedoch wurden Grenzwerte für etwa 30 Arbeitsstoffe, die bisher in der Liste nicht enthalten waren, in die Liste aufgenommen und für etwa 30 weitere Arbeitsstoffe die bisherigen Grenzwerte zum Teil drastisch gesenkt. Die neue **MAK-Werte-Liste** brachte auch eine Senkung des Asbestgrenzwertes auf ein Viertel des früheren Wertes sowie eine Neufestlegung des Grenzwertes für Holzstaub.

Die Arbeiten an einer umfassenden Novelle zum **Arbeitnehmerschutzgesetz**, die den technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutz entscheidend verbessern soll, wurden fortgesetzt. Eine Punktation aller Änderungsvorschläge wird nach eingehenden Beratungen mit den Sozialpartnern die Basis für die Erstellung eines konkreten Gesetzentwurfes bilden.

Aufgrund der Ergebnisse eingehender Beratungen in einem Fachausschuß der Arbeitnehmerschutzkommission wurde der Entwurf einer neuen **Bauarbeiter-Schutzverordnung** neuerlich grundlegend überarbeitet, der nach Vorlagen an das Plenum der Arbeitnehmerschutzkommission im Herbst 1991 dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zugeleitet werden soll.

Zur **Anpassung des Arbeitnehmerschutzrechtes an das EG-Recht** wurden die umfangreichen EG-Vorschriften auf technischem und arbeitshygienischem Gebiet einer vergleichenden Untersuchung mit den österreichischen Arbeitnehmerschutzvorschriften unterzogen. Darauf aufbauend wurde eine Punktation aller im nationalen Recht erforderlichen Änderungen als Grundlage für die Ausarbeitung konkreter Entwürfe erstellt.

Ein Lösungskonzept für spezifische Arbeitnehmerschutzvorschriften im Bereich der **Gentechnologie** wurde erarbeitet. Nach Diskussion dieses Konzepts auf breiter Basis wird dessen legislative Umsetzung in Angriff genommen werden.

Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit des Zentral-Arbeitsinspektorates auf dem Vorschriftensektor bildeten die Asbestverordnung, die **Allgemeine Maschinen- und Geräte-Sicherheitsverordnung**, die **Elektrotechnikverordnung 1990**, die **Berggesetznovelle 1990** und die **Richtlinien zur Durchführung der besonderen ärztlichen Untersuchungen nach § 8 ANSchG**.

Von den in Vorbereitung stehenden Rechtsvorschriften besonders erwähnenswert sind die Rechtsgrundlagen zur **Erstellung eines flächendeckenden Netzes arbeitsmedizinischer Zentren unter Beteiligung der AUVA**, die **Verordnung über die Kennzeichnung gefährlicher Arbeitsstoffe in den Betrieben**, die **verpflichtende Fachausbildung für Sicherheitstechniker**, und die Maßnahmen zum **Schutz der Bühnenarbeiter** (Theatersicherheitsverordnung und Nachweis der Fachkenntnisse).

## ZUSAMMENFASSUNG

## GRUNDLAGENARBEIT

Als wichtige Maßnahmen auf dem administrativen Sektor wurden **Analysen des Unfallgeschehens** vorgenommen, **Schwerpunktaktionen** durchgeführt, für die Weiterentwicklung des Arbeitnehmerschutzes wesentliche **Studien** in Auftrag gegeben bzw. mitfinanziert, die **Arbeitsbedingungen in bezug auf den technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutz in den Betrieben** erhoben und dokumentiert, sowie die **Ergebnisse der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes** analysiert.

Auch wurde im Jahr 1991 eine **Rufbereitschaft** zur Sicherstellung der Erreichbarkeit von Arbeitsinspektoren auch außerhalb der Normaldienstzeit eingerichtet. Nunmehr ist ein Arbeitsinspektor pro Arbeitsinspektorat mittels Mobiltelefon auch während der Nachtstunden, am Wochenende und an Feiertagen erreichbar, um bei Arbeitsunfällen oder in Fällen sonstiger unmittelbarer Gefährdungen von Leben und Gesundheit von Arbeitnehmern sofort einschreiten zu können.

## GRUNDLAGENARBEIT

Die allgemeine Grundlagenarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erfolgt vor allem in den Schwerpunkten der Erarbeitung von Konzepten sowie Gutachten und anderen Unterlagen allgemeinen sozialpolitischen Inhalts; der Konzeption, Vergabe und Betreuung von Forschungsvorhaben und der Redigierung und Veröffentlichung des Sozialberichtes und von Forschungsergebnissen. Weiters werden Förderungen von Projekten und Initiativen mit sozialen Zielsetzungen durchgeführt.

1990 wurde u.a. eine **Untersuchung über hilfs- und pflegebedürftige Menschen** abgeschlossen und veröffentlicht. Ein Ergebnis der Studie ist, daß der von den Betroffenen gewünschte Umfang der nicht von Familienangehörigen abdeckbaren Haushaltsdienste mehr als doppelt so hoch als das bisherige Angebot an mobilen außerfamiliären Pflege- und Haushaltsdiensten sein sollte. Neben einer bedarfsgerechteren Regelung der Pflege- und Hilflosengelder wird ein massiver Ausbau der mobilen Pflege- und Haushaltsdienste eines der wichtigsten sozialpolitischen Aufgabengebiete in den 90er Jahren sein.

Die Arbeiten hinsichtlich **europäischer Integration** umfaßten folgende Aufgabenbereiche: die Vorbereitung der sozialpolitischen Belange des EWR-Vertrages und die Mitwirkung an den EWR-Verhandlungen, insbesondere im Rahmen der Verhandlungsgruppe IV (flankierende Maßnahmen) bei den EFTA-Verhandlungen sowie die Vorbereitungsarbeiten für einen österreichischen Beitritt zur EG im Rahmen des „avis“-Verfahrens. Weiters wurde eine Dokumentation für den EG-, EFTA- und EWR-Bereich sowie für Osteuropa-Aktivitäten des Ressorts und das GATT aufgebaut.

## ZUSAMMENFASSUNG

## GRUNDLAGENARBEIT

### GRUNDLAGENARBEIT FÜR FRAUEN

Ein wesentliches Ziel der Tätigkeit der Abteilung für grundsätzliche Angelegenheiten der Frauen ist die **Integration der Frauenbelange** in alle entscheidenden Fachbereiche und Entwicklungsprozesse des Ressorts, d.h. zum Beispiel Mitgestaltungsmöglichkeiten zugunsten der Frauen bei neuen Programmen etwa der experimentellen Arbeitsmarktpolitik.

Die Mitarbeit im ständigen Arbeitskreis der Frauenreferentinnen der Landesarbeitsämter konzentrierte sich auf die Bewertung und Weiterentwicklung der **Aktion „Arbeitsmarktverwaltung für Frauen“**.

Auf dem Gebiet des **Arbeitsrechtes** wurde begonnen, einen Katalog von änderungsbedürftigen geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Bestimmungen zu erstellen.

**Begleitsubventionen** für Frauenprojekte und einmalige Förderungen von Kinderbetreuungsinitiativen erfolgten im Rahmen des **Förderungsprogrammes für Frauenprojekte und -Initiativen**, welches weitergeführt wurde.

Seit April 1990 wird etwa einmal monatlich eine **„Fraueninformation“** zu aktuellen sozialpolitischen, insbesondere für Frauen relevanten Fragen erstellt.

**Forschungsarbeiten** wurden u.a. zur Erwerbssituation von Alleinerzieherinnen, über Frauenbeschäftigung und Betriebsübernahmen und über Bildungsmodelle und -konzepte für Frauen durchgeführt.

Neu begonnen wurde auch ein Forschungsprojekt über Umfang und Auswirkungen geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Unterhalb der sog. „Geringfügigkeitsgrenze“ (ab 1. Jänner 1991 S 2.772,- monatlich) besteht keine Versicherungspflicht in der Kranken- und Pensionsversicherung. Nach ersten Auswertungen hat sich innerhalb von fünf Jahren die Zahl der geringfügig Beschäftigten um ungefähr ein Drittel erhöht.





# Sozialbericht

# ARBEITSMARKTLAGE 1990

Johann Burgstaller, Ludwig Flaschberger, Franz Schmitzberger, Friedrich Waldherr  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

<b>1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen .....</b>	<b>38</b>
<b>2. Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Alter .....</b>	<b>39</b>
<b>3. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten .....</b>	<b>40</b>
<b>4. Beschäftigung der Selbständigen .....</b>	<b>42</b>
<b>5. Das Angebot an Unselbständigen .....</b>	<b>43</b>
<b>6. Beschäftigung der Unselbständigen.....</b>	<b>44</b>
6.1. Unselbständig Beschäftigte allgemein .....	44
6.2. Unselbständig Beschäftigte nach Altersgruppen .....	46
6.3. Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen .....	47
6.4. Unselbständig Beschäftigte regional.....	49
6.5. Ausländerbeschäftigung.....	50
6.5.1. Ausländerbeschäftigung nach Wirtschaftsbereichen .....	53
6.5.2. Österreichische Arbeitskräfte im Ausland .....	54
<b>7. Arbeitslosigkeit .....</b>	<b>55</b>
7.0. Vorbemerkung.....	55
7.1. Arbeitslosenzahlen und -quoten allgemein .....	56
7.2. Arbeitslosenzahlen und -quoten nach dem Alter .....	60
7.3. Arbeitslosenzahlen und -quoten nach der Ausbildung .....	62
7.4. Arbeitslosenzahlen und -quoten nach Berufen .....	63
7.5. Arbeitslosenzahlen und -quoten nach Wirtschaftsklassen .....	66
7.6. Zugänge in die Arbeitslosigkeit .....	67
7.7. Vormerkdauer und Verweildauer .....	69
7.8. Arbeitslosenzahlen und -quoten bzw. Zugänge nach Bundesländern .....	72
7.9. Leistungsbezieher: Betroffenheit und Dauer der Arbeitslosigkeit .....	73
7.9.1. Anteil der Leistungsbezieher an den vorgemerkten Arbeitslosen 1990 .....	74
7.9.2. Komponenten des Jahresdurchschnittsbestandes 1990: Betroffenheit und Dauer .....	74
7.9.3. Konzentration der Arbeitslosigkeit.....	76
<b>8. Entwicklung des Stellenangebots .....</b>	<b>78</b>
8.1. Stellenangebot insgesamt und nach Berufsbereichen.....	78
8.2. Abgeschlossene Laufzeit des Abgangs an offenen Stellen insges. und nach Berufen .....	79
<b>9. Lehrstellenmarkt .....</b>	<b>80</b>
<b>10. Arbeitslosigkeit international .....</b>	<b>81</b>
<b>11. Einkommenssituation von Arbeitslosen.....</b>	<b>82</b>

## 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Gegensatz zur deutlichen Abschwächung der Weltkonjunktur seit 1988 erlebten Österreich und die BRD im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung einen Aufschwung, der in Österreich bereits seit mindestens vier Jahren anhält. Das **BIP-Wachstum** betrug im Jahr 1990 voraussichtlich 4,6 % (1989: 4,0 %) und fiel damit **wesentlich höher aus als im Durchschnitt aller OECD-Länder** (voraussichtlich +2,8 %), der europäischen OECD-Länder (+3,0 %) und etwas höher als in der BRD (+4,5 %).

### Stetiger Aufwärtstrend der österreichischen Wirtschaft

Kenngrößen	Veränderung zum Vorjahr (%)	
	1989	1990
Bruttoinlandsprodukt real	+ 4,0	+4,6
Privater Konsum real	+ 3,2	+4,1
Dauerhafte Konsumgüter real	+11,5	+9,0
Brutto-Anlageinvestitionen real	+ 5,5	+6,9
Ausrüstungen netto <sup>1)</sup>	+ 7,2	+8,4
Bauten netto <sup>1)</sup>	+ 4,4	+5,7
Exporte i.w.S. real	+10,5	+9,2
Warenexporte real	9,2	8,8
Industrieproduktion <sup>2)</sup>	+ 6,3	+8,5
Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,6	+2,7

1) ohne Mehrwertsteuer 2) reale Wertschöpfung

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung;  
Monatsbericht 4/91; Wien 1991

### Anhaltender Exportboom verstärkt den Aufschwung der Industriekonjunktur

Hauptträger der Konjunktorentwicklung war im Jahr 1990 zunehmend das Exportwachstum. Vor allem aufgrund der gestiegenen Nachfrage aus dem vereinten Deutschland und den osteuropäischen Ländern stiegen die Warenexporte um 8,8 % an, sodaß die **österreichischen Exporteure** bei einem Welthandelswachstum von real 5,5 % deutlich **Marktanteile gewinnen** konnten. Dies bewirkte insofern eine Verlängerung des seit 1987 anhaltenden Aufschwungs der Industriekonjunktur, als die Wertschöpfung der Industrie real um 8,5 % anstieg.

Die Kaufkraftgewinne aus der Steuerreform 1989 bewirkten - wenngleich etwas verzögert - ein Anwachsen des privaten Konsums auf real 4,1 % und ein Absinken der Sparquote auf den noch immer leicht überdurchschnittlichen Wert von 13,9.

Die österreichische Industrie erreichte mit einem Produktivitätswachstum von 7,1 % insbesondere durch die erfolgreiche Umstrukturierung des verstaatlichten Bereiches wieder das Produktivitätsniveau der BRD. Da die Lohneinkommen netto (Masseneinkommen) mit 6,1 % stärker anwuchsen als die Gesamtproduktivität (+2,7 %), stiegen die Arbeitsstückkosten (Lohnsumme in Prozent der Produktion) um 3,4 % an, wodurch sich die relative Arbeitskostenposition Österreichs etwas verschlechterte.

## **2. Wohnbevölkerung**

Im Jahre 1990 kam die Öffnung der Grenzen der ehemaligen Ostblockstaaten auch in der österreichischen Bevölkerungsentwicklung voll zum Tragen. Die günstige Konjunkturlage und die etwas liberalere Ausländerpolitik führten aber auch dazu, daß die ausländische Wohnbevölkerung aus den traditionellen Herkunftsländern der Gastarbeiter, nämlich Jugoslawien und Türkei, stärker als in den Vorjahren angestiegen war.

### **Stärkste Bevölkerungszunahme seit Jahren**

Die Wohnbevölkerung lag im Jahresdurchschnitt bei 7.718.200, das waren um **94.600 mehr als im Jahre 1989** (+1,2 %). Im Vergleich dazu betrug der Zuwachs 1988/89 +27.500.

Der Beitrag der Geburtenbilanz zu dieser Zunahme der Bevölkerung im Jahre 1990 war mit +7.500 vergleichsweise bescheiden. Diese Zahl setzt sich aus 90.500 Geburten (+1.700) und 83.000 Sterbefällen (-500) zusammen. Die zahlenmäßig wichtigere Komponente stellt die Wanderungsbilanz dar. Diese beträgt bezogen auf den Jahresdurchschnitt +87.100. Betrachtet man den Anfangs- und Endbestand der Wohnbevölkerung im Jahre 1990, so ergibt sich aufgrund von Wanderungsgewinnen eine Zunahme von +123.100 (1989: +52.600).

### **Ausländische Wohnbevölkerung beträgt fast eine halbe Million**

Diese Entwicklung brachte es mit sich, daß die Zahl der in Österreich wohnhaften **Ausländer** im Jahresdurchschnitt auf **413.400** angestiegen ist, was gegenüber 1989 eine Zunahme von 90.800 (oder +28,1 %) bedeutet. 1988 lag die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung noch bei 298.700. Am Ende des Jahres 1990 betrug die Zahl der Ausländer bereits 482.100, wodurch die Dynamik des Zustroms im Jahresverlauf besonders zum Ausdruck kommt.

Wenn dieser internationale Wanderungsgewinn sich in den kommenden Jahren auch nicht in dieser Höhe fortsetzen wird, so rechnen Experten doch mit längerfristig höheren Wanderungsgewinnen und damit mit einer Zunahme der Wohnbevölkerung in Österreich. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung wird dazu nicht ausreichen. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate lag 1990 wie 1989 bei 1,45 Kindern je Frau, die Nettoerproduktionsrate bei 0,70 (1989: 0,69). Letztere Kennziffer

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ERWERBSPERSONEN UND ERWERBSQUOTEN**

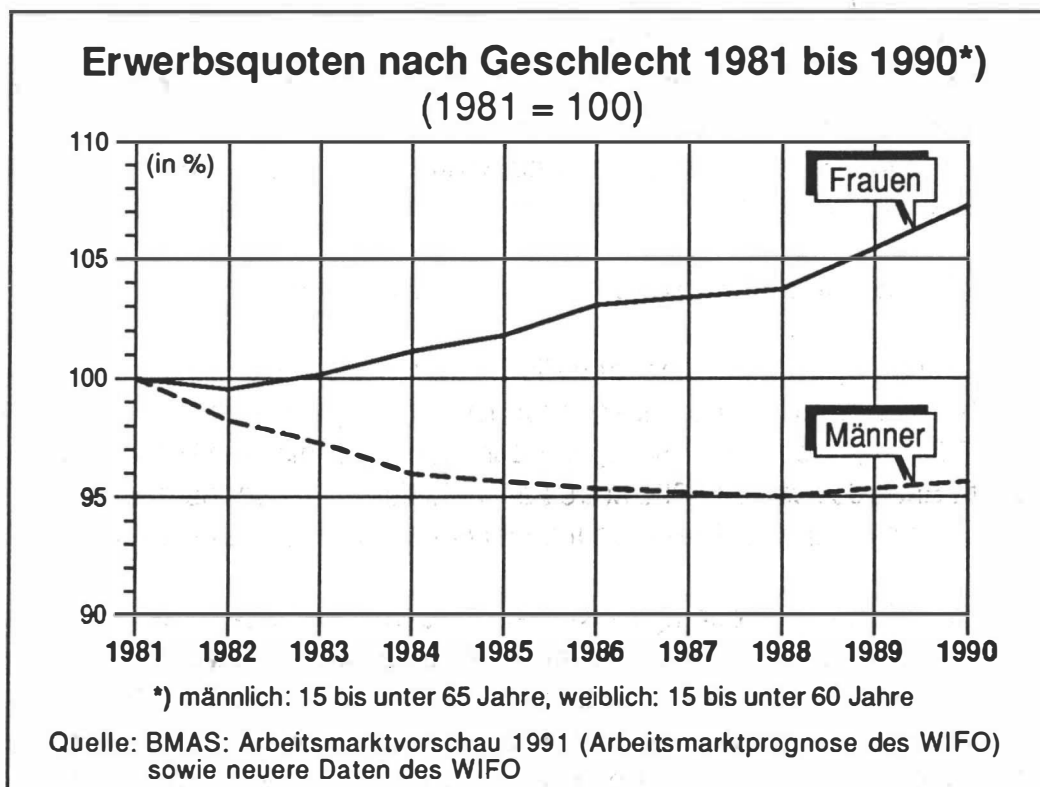
gibt an, ob das jeweils beobachtete Geburtenverhalten langfristig ausreichen würde, um die Bevölkerung zahlenmäßig auf einem gleichbleibenden Stand zu halten, was bei 1,0 gegeben wäre. Diese Zunahme der Wohnbevölkerung hatte einige Auswirkungen auf die Struktur der Bevölkerung. Wegen des Männerüberhangs beim Neuzustrom der Ausländer erhöhte sich der Anteil der Männer an der Wohnbevölkerung stärker als es der längerfristigen Entwicklung entsprochen hätte.

### 3. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten

Die Zahl der Erwerbspersonen, also die Summe der selbständig und unselbständig Beschäftigten sowie der vorgemerkten Arbeitslosen, wird von zwei Komponenten beeinflusst: Der Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Wohnbevölkerung und der Erwerbsbeteiligung dieser Wohnbevölkerung. Letztere wird als Erwerbsquote (= %-Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Wohnbevölkerung) dargestellt.

#### Weitere Zunahme der Erwerbsbeteiligung

Die allgemeine Erwerbsquote (15- bis unter 65jährige Männer sowie 15- bis unter 60jährige Frauen) erfuhr eine weitere Erhöhung, wodurch der kontinuierliche Anstieg der Erwerbsbeteiligung nach dem Tiefpunkt zu Mitte der achtziger Jahre fortgesetzt wurde. Die **Erwerbsquote** betrug **70,0 %** (1989: 69,3 %).





## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## ERWERBSPERSONEN UND ERWERBSQUOTEN

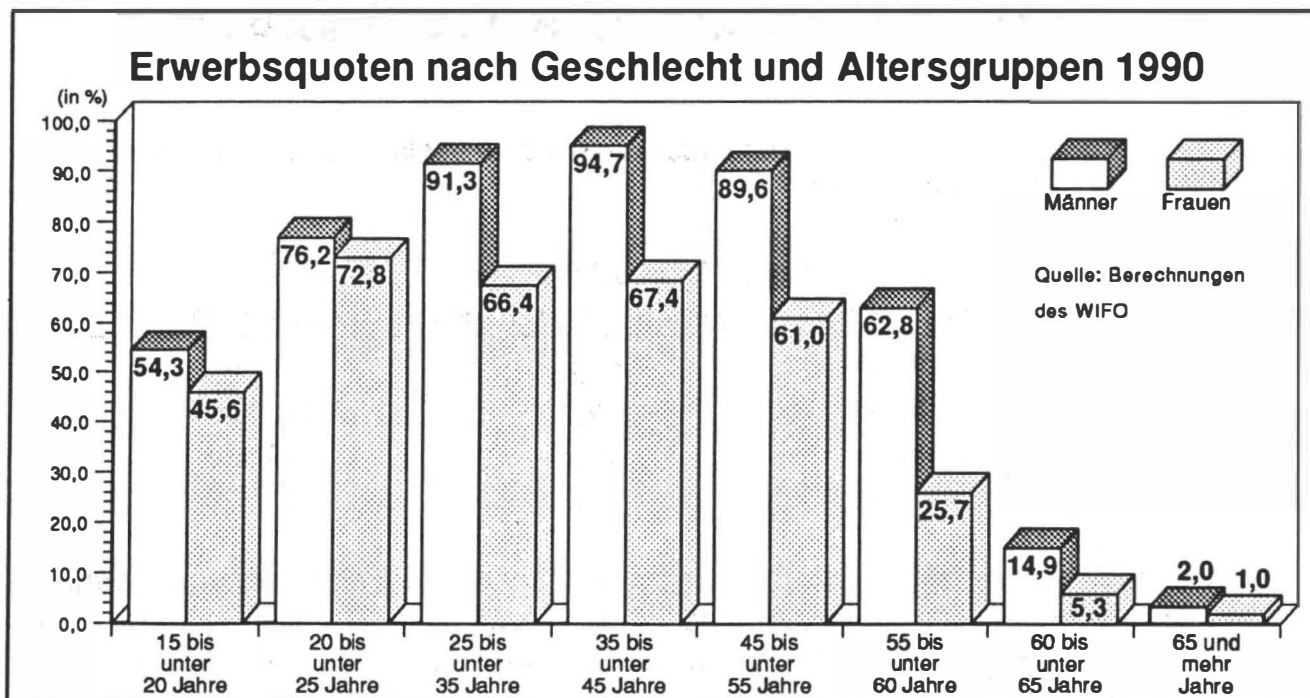
**Wegen Ausländerzustrom wieder steigende Erwerbsquoten bei Männern**

Während in den letzten Jahren die Zunahme der allgemeinen Erwerbsquote praktisch allein auf die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen zurückzuführen war, - jene der Männer sank bzw. wies wie 1989 nur geringe Zunahmen auf - ist 1990 auch eine deutliche Steigerung der männlichen Erwerbsbeteiligung festzustellen. Auch dieses Phänomen dürfte auf den verstärkten Zustrom, vor allem männlicher Ausländer im erwerbsfähigen Alter, zurückzuführen sein.

	Erwerbsquote in %		
	Männer	Frauen	insgesamt
1989	77,9	60,0	69,3
1990	78,4	60,8	70,0

Nach Altersgruppen betrachtet ergibt sich, daß bei den Männern in den Altersgruppen bis 45 Jahre eine zunehmende Erwerbsbeteiligung zu konstatieren ist (mit Ausnahme einer Stagnation bei den 20- bis unter 25jährigen), ab 45 Jahren aber tendenziell bereits eine sinkende Teilnahme am Erwerbsleben festzustellen ist. Von 100 45- bis 55jährigen Männern waren 1981 noch 92,7 erwerbstätig, 1990 nur mehr 89,6. Noch stärker gestaltete sich dieser **Rückgang bei den 55- bis 60jährigen**: Von 78,2 % 1981 auf 62,8 % 1990. Der noch im Vorjahr sich ergebende Anstieg der Erwerbsneigung der letzteren Gruppe war also offenbar keine Trendumkehr.

Anders verläuft die Entwicklung bei den **Frauen**. In allen Altersgruppen des Erwerbsalters **steigen die Erwerbsquoten**, oder es ist höchstens eine Stagnation festzustellen (20- bis 25jährige sowie 45- bis 55jährige).



**ARBEITSMARKTLAGE 1990****BESCHÄFTIGUNG DER SELBSTÄNDIGEN****Die Zahl der Erwerbspersonen erreichte mit über 3,5 Mio. einen Rekordstand**

Die kräftige Zunahme der Wohnbevölkerung ergab bei gleichzeitig steigender Erwerbsbeteiligung eine im Vergleich zu den Vorjahren deutlich stärkere Zunahme der Erwerbspersonen.

	Erwerbspersonen		
	Männer	Frauen	Zusammen
1989	1,999.428	1,438.739	3,438.167
1990	2,045.713	1,470.442	3,516.155
1989/90 abs.	+ 46.285	+ 31.704	+ 77.988
in %	+2,3	+2,2	+2,3

Im Gegensatz zum Jahre 1989 lag das Hauptgewicht der Zunahme auf seiten der Männer, die 59 % der Gesamtsumme abdecken. Ein Jahr zuvor lag der entsprechende Anteil lediglich bei 42 %.

Die **größten Zunahmen** sind bei beiden Geschlechtern **im Haupterwerbsalter** zwischen 25 und 45 Jahren zu konstatieren, wobei bei Männern der starke Zustrom an männlichen Ausländern, bei Frauen die Zunahme der Erwerbsbeteiligung die Hauptrolle dafür spielen. Außerdem weisen diese Altersgruppen generell steigende Wachstumsraten auf, die in den hohen Geburtenzahlen der ausgehenden fünfziger sowie der sechziger Jahre begründet sind.

**4. Beschäftigung der Selbständigen**

Die Zahl der selbständig Beschäftigten war auch im Jahre 1990 sinkend, wodurch eine längerfristige Entwicklung fortgesetzt wurde.

	Selbständig Beschäftigte		
	Landwirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft	Zusammen
1989	197.800	228.900	426.700
1990	189.500	232.200	421.700
1989/90 abs.	-8.300	+3.300	-5.000
in %	-4,2	+1,4	-1,2

Überwogen zu Beginn des Jahrzehnts noch die landwirtschaftlichen Selbständigen im Vergleich zu jenen aus der gewerblichen Wirtschaft, so kehrte sich das Verhältnis 1987 um. Dazu trug auch die günstige Konjunkturentwicklung bei, die die Abwanderung aus der Landwirtschaft

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****DAS ANGEBOT AN UNSELBSTÄNDIGEN**

beschleunigte und andererseits auch die Selbständigkeit im gewerblichen Bereich begünstigte. Seit 1987 ist ein kontinuierlicher, 1990 sogar ein leicht beschleunigter **Zuwachs an selbständig Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft** festzustellen.

## 5. Das Angebot an Unselbständigen<sup>1)</sup>

Bei anhaltend günstiger Konjunktur expandierte das Arbeitskräfteangebot 1990 erheblich stärker als erwartet.

Geschlecht	Unselbständiges Arbeitskräfteangebot 1990	Veränderung 1989/90	
		absolut	relativ in %
männlich	1,807.813	+ 44.785	+ 2,5
weiblich	1,286.642	+ 38.202	+ 3,1
insgesamt	3,094.457	+ 82.989	+ 2,8
darunter Ausländer	235.961	+ 58.016	+32,6

Im Jahresdurchschnitt 1990 stieg das Angebot an unselbständigen Arbeitskräften um rund 83.000 oder 2,8 % auf 3,094.457 an. Damit ist es erneut deutlich stärker gewachsen, als es aufgrund der demographischen Entwicklung sowie der längerfristigen Trends in der Erwerbsbeteiligung zu erwarten gewesen wäre.

### Sonderentwicklungen beeinflussen Arbeitsmarktgeschehen nachhaltig

Diese im Jahresverlauf 1990 zu beobachtende stürmische Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes ist vor dem Hintergrund von Sonderentwicklungen zu sehen, die das Arbeitsmarktgeschehen im Jahr 1990 in nachhaltiger Weise beeinflussten. Neben der deutlich verstärkten Migration von Arbeitsuchenden aus den Oststaaten sowie der spürbar gestiegenen Zahl von Asylwerbern (rund 11.300 Neuzugänge, für die im Laufe des Jahres in verstärktem Maße Integrationsbemühungen angestellt wurden), war es vor allem die mit der lebhaften Konjunktur einhergehende **weitgehende Liberalisierung der Ausländerbeschäftigungspolitik**, die das Arbeitskräfteangebot drastisch ansteigen ließ. So erhöhte sich dann auch das ausländische Arbeitskräfteangebot mit einem Zuwachs von rund 58.000 oder 32,6 %(!) auf 235.961 beträchtlich, und dies bei markant steigender Tendenz im Jahresverlauf (im Dezember 1990 lagen die analogen Werte bereits bei +93.000 bzw. 288.000). Damit ging auch knapp 70

1) Definiert als Summe aus unselbständig Beschäftigten und vorgemerkten Arbeitslosen



**ARBEITSMARKTLAGE 1990****BESCHÄFTIGUNG DER UNSELBSTÄNDIGEN**

% des Angebotszuwachses auf Ausländer zurück, rund drei Fünftel davon entfielen dabei auf Angehörige traditioneller Herkunftsländer (Jugoslawien, Türkei).

Damit ist für 1990 ein beträchtlich gestiegener Angebotsdruck zu konstatieren. Daß eine derart rasche, geradezu stürmische Angebotszunahme nicht ohne Friktionen am Arbeitsmarkt von-statten geht, war zu erwarten.

## 6. Beschäftigung der Unselbständigen

### 6.1. Unselbständig Beschäftigte allgemein

Mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes von 4,6 % erlebte die österreichische Wirtschaft 1990 das dritte Jahr eines veritablen Aufschwungs. Diese konjunkturelle Entwicklung kam in einer außerordentlich starken Zunahme der Beschäftigung zum Tragen.

Geschlecht	Unselbständig Beschäftigte	Veränderung 1989/90	
		absolut	relativ(%)
männlich	1,718.781	+36.457	+ 2,2
weiblich	1,209.880	+29.616	+ 2,5
insgesamt	2,928.662	+66.371	+ 2,3
darunter Ausländer	217.611	+50.230	+30,0

War die Beschäftigung bereits 1989 massiv angestiegen, beschleunigte sich das **Beschäftigungswachstum** 1990 abermals: Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg **um 66.371** (oder +2,3 %) auf rund 2,928.700 an (1,718.781 Männer, 1,209.880 Frauen). Damit wurde neuerlich ein Beschäftigungsrekord erreicht, der Höchststand vor der Rezession (1981) wurde um mehr als 130.000 überboten.

### Verstärkter Zustrom ausländischer Arbeitskräfte

Diese Entwicklung ist - wie bereits im vorhergehenden Kapitel erwähnt - eng mit der weitgehenden Liberalisierung der Ausländerbeschäftigungspolitik verknüpft, die es vor allem Staatsbürgern aus den traditionellen Herkunftsländern (Jugoslawien, Türkei) aber ebenso Arbeitsuchenden aus den Oststaaten ermöglichte, in Österreich eine Beschäftigung aufzunehmen.

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****BESCHÄFTIGUNG DER UNSELBSTÄNDIGEN**

So erreichten die ausländischen Arbeitskräfte 1990 einen Anteil von über 75 % am Gesamtbeschäftigungswachstum. Insgesamt wurden im Jahresdurchschnitt **217.611 unselbständig beschäftigte Ausländer** in Österreich registriert, um 50.230 (oder 30,0 %) mehr als im Jahr zuvor. In den letzten Monaten des Jahres 1990 wurde dabei die bisherigen Monatshöchststände aus dem Jahr 1973 bereits überboten.

Entgegen der langfristigen Entwicklung stieg 1990 die Beschäftigung der Männer (absolut) merklich stärker an als jene der Frauen (der Relativzuwachs fiel nach wie vor bei den Frauen höher aus): Der Beschäftigungszuwachs betrug bei den Männern rund 36.500 (oder +2,2 %), jener der Frauen lag bei 29.600 (oder 2,5 %). In dieser höheren (Absolut-)Zunahme der Männer spiegelt sich die weitgehende Erholung weiter Teile des Produktionsbereiches bzw. auch die lebhaftere Baukonjunktur und - damit verknüpft - die wachsende Bedeutung der Ausländerbeschäftigung wider. Der **Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung** erhöhte sich dennoch geringfügig und betrug 41,3 %.

**Unterschiedliche Dynamik von In- und Ausländerbeschäftigung**

Im Jahresverlauf zeigt sich dabei eine ausgeprägt unterschiedliche Dynamik von In- und Ausländerbeschäftigung:

	Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal			
	Inländer		Ausländer	
	absolut	relativ (%)	absolut	relativ (%)
1. Quartal 1990	+30.315	+1,1	+29.529	+19,2
2. Quartal 1990	+25.473	+1,1	+38.354	+23,5
3. Quartal 1990	+13.091	+0,5	+54.341	+31,0
4. Quartal 1990	- 4.313	-0,2	+78.695	+44,3

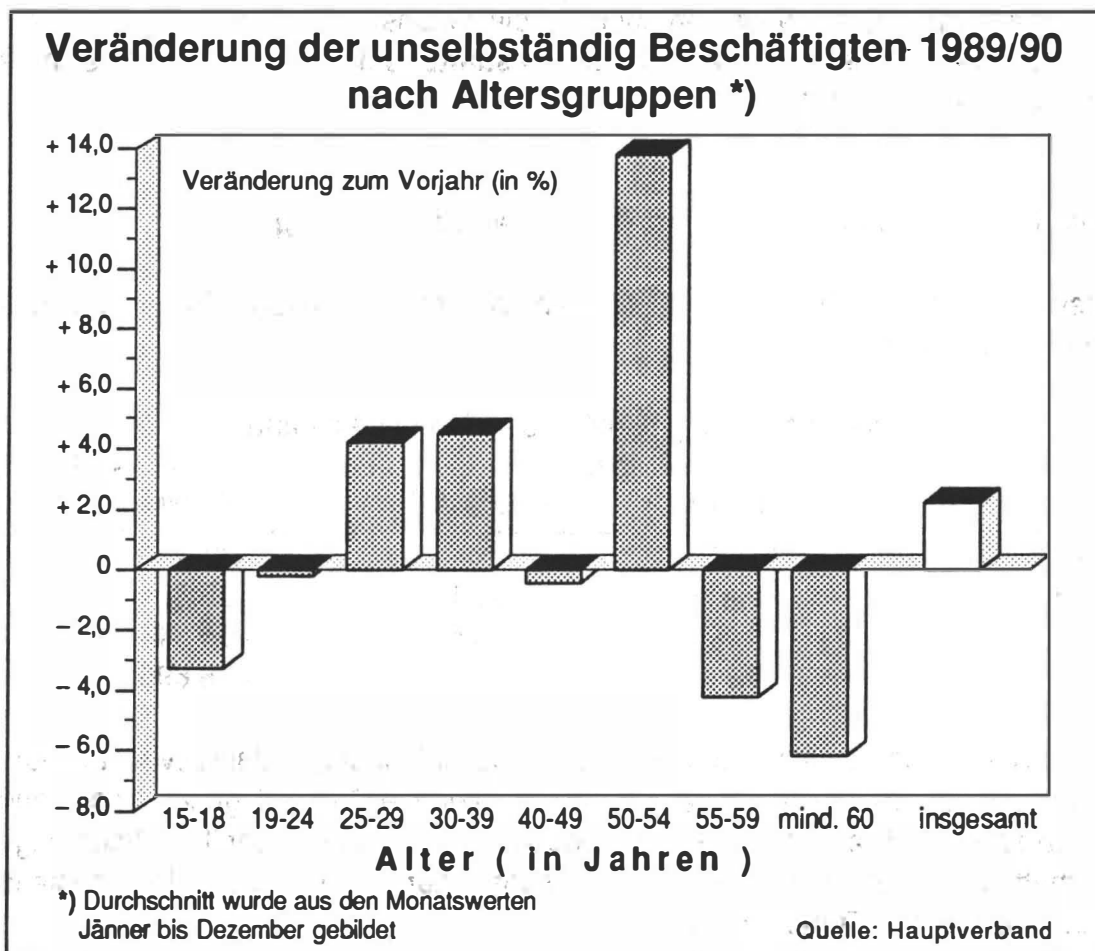
Während sich demnach das Wachstum der Inländerbeschäftigung im Jahresverlauf deutlich verlangsamte (im 4. Quartal war es sogar rückläufig), stieg die Beschäftigung der ausländischen Arbeitskräfte sprunghaft an. Über das Jahr gesehen (Jahresdurchschnittsbetrachtung) wurde das Beschäftigungswachstum der Männer sogar zur Gänze von den ausländischen Arbeitskräften getragen (Frauen: rund 41 %).

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## BESCHÄFTIGUNG DER UNSELBSTÄNDIGEN

## 6.2. Unselbständig Beschäftigte nach Altersgruppen

Altersspezifisch betrachtet zeigt die Beschäftigung in weiten Teilen ein ähnliches Bild wie im Vorjahr. Neben einer weitgehenden Stagnation bei den 19- bis 24jährigen ward die **Beschäftigung an den Rändern der Altersverteilung** (15- bis 18jährige, 55- und mehrjährige) erneut **rückläufig** (weitgehend demographisch bedingt, teils eine Folge sinkender Erwerbsbeteiligung, insbesondere bei den höheren Altersgruppen). Diesen Rückgängen stehen **kräftige Zuwächse bei den mittleren Altersgruppen** (25- bis 39jährige: ca. +53.663 oder +4,7 %) aber auch bei den 50- bis 54jährigen (+28.895 oder +13,6 %) gegenüber.



Der zugleich zu beobachtende Rückgang bei den 40- bis 49jährigen legt dabei den Schluß nahe, daß die Beschäftigungsexpansion bei den 50- bis 54jährigen keineswegs bedeutet, daß diese Altersgruppe - etwa aufgrund der anhaltend günstigen Konjunktur im Jahre 1990 - deutlich verbesserte Beschäftigungschancen am Arbeitsmarkt vorgefunden hätte, vielmehr kommen für beide Phänomene demographische Effekte zum Tragen.

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****BESCHÄFTIGUNG DER UNSELBSTÄNDIGEN****6.3. Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen****Beschäftigungszuwachs in allen drei Wirtschaftssektoren**

Die folgende Übersicht zeigt die sektorale Beschäftigungsentwicklung im Jahresdurchschnitt 1990:

Wirtschaftsbereich Beschäftigtenstatus	Jahresdurchschnitts- bestand	Veränderung zum Vorjahr absolut	relativ(%)
Primärsektor	27.915	+ 16	+0,1
Sekundärsektor <sup>1)</sup>	1,085.113	+17.572	+1,6
Tertiärsektor	1,767.597	+48.378	+2,8
Sektorensumme	2,880.625	+65.966	+2,3
Präsenzdiener <sup>2)</sup>	16.242	+ 605	+3,9
Karenzurlaubsgeldbezieher <sup>2)</sup>	31.795	- 200	-0,6
insgesamt	2,928.662	+66.371	+2,3

1) Wirtschaftsabteilungen 1-6, d.h. einschließlich Energie- und Wasserversorgung

2) Präsenzdiener und Karenzurlaubsgeldbezieher mit aufrechter Dienstverhältnis

Zunächst ist generell festzuhalten, daß - entgegen den langfristigen Entwicklungstendenzen (Schrumpfen des Primär- und Sekundärsektors, Expansion des Tertiärsektors) - die Beschäftigung in allen drei Wirtschaftssektoren anstieg.

Während allerdings im Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft) eher von einer Stagnation der Beschäftigung gesprochen werden kann, ist der anhaltende Anstieg im Sekundärsektor (Produktionsbereich) doch bemerkenswert (+17.572, +1,6 %).

Als nach wie vor markanteste Entwicklung ist hier jene des **Metallbereiches** zu nennen: Nach jahrelangen starken Beschäftigungsverlusten in den achtziger Jahren war die **Beschäftigung** bereits 1989 wieder **angestiegen**. Dieser Anstieg setzte sich 1990 fort (+6.676), allerdings bei sinkender Tendenz im Jahresverlauf.

Der anhaltende Aufschwung der **Baukonjunktur** bot die Grundlage dafür, daß die Beschäftigung im Bauwesen (+8.399) sowie in baunahen Branchen, insbesondere in der Be- und Verarbeitung von Holz (+1.992) **kräftig expandierte**.

Daneben weisen allerdings unerwartet viele Güterproduktionsbereiche nicht diese Beschäftigungsdynamik auf. Weiterhin rückläufig war die Beschäftigung etwa in der Erzeugung von **Bekleidung und Bettwaren, in der Ledererzeugung, in der Nahrungs- und Genußmittel-erzeugung, im Bergbau, in der Papiererzeugung** u.a.m.. Einschränkung muß allerdings ange-

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****BESCHÄFTIGUNG DER UNSELBSTÄNDIGEN**

führt werden, daß die **Beschäftigungsabnahmen** größtenteils nur von bescheidenem Umfang waren.

**Weitere Erholung der Industriebeschäftigung**

Die Beschäftigung in der Industrie (ohne Bau- und Sägeindustrie, Wasser- und Elektrizitätswerke) nahm 1990 jedenfalls einen noch günstigeren Verlauf als im Vorjahr. Während die Industriebeschäftigung in den achtziger Jahren kräftig schrumpfte, erholte sie sich 1989 in steigendem Maße (rund +3.700) und expandierte im Jahr 1990 recht kräftig (+8.500). Mit 544.849 Industriebeschäftigten lag das Niveau allerdings nach wie vor deutlich, nämlich um rund 82.500 unter dem Niveau des Jahres 1980, vor der Rezession.

**Dienstleistungsbereich weiterhin expansiv**

Im stark expansiven Dienstleistungsbereich waren 1990 - wie in den Vorjahren - durchwegs Beschäftigungszuwächse zu beobachten (neuerliche Ausnahme: Haushaltung, Hauswartung): Auf die folgenden zusammengefaßten Wirtschaftsklassen entfielen rund 80 % des Gesamtzuwachses im Tertiärsektor:

Handel; Lagerung .....	+16.000
Einrichtungen der Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger und Interessenvertretungen .....	+ 7.600
Realitätenwesen; Rechts- und Wirtschaftsdienst .....	+ 6.700
Verkehr; Nachrichtenübermittlung .....	+ 4.400
Gesundheits- und Fürsorgewesen .....	+ 4.100

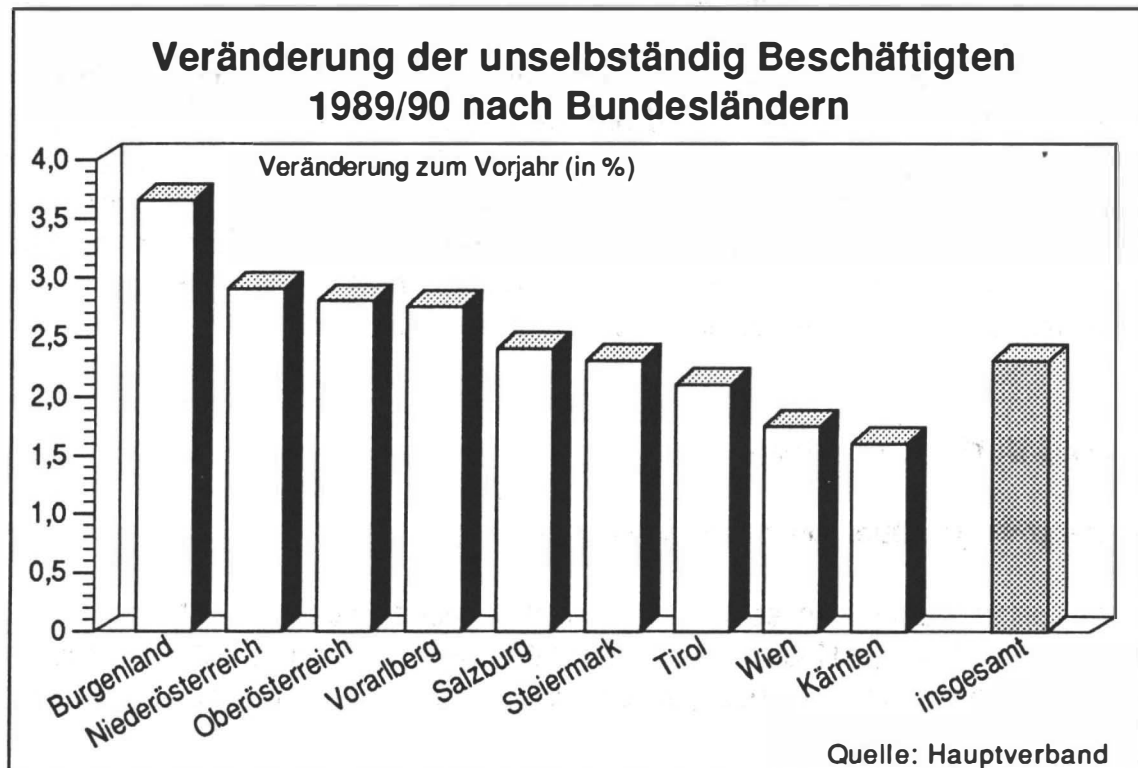
Neben diesen Spitzenreitern der Beschäftigungsausweitung entwickelten sich auch die übrigen Dienstleistungsbranchen insgesamt betrachtet recht günstig.

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## BESCHÄFTIGUNG DER UNSELBSTÄNDIGEN

## 6.4. Unselbständig Beschäftigte regional

1990 hat sich die **Beschäftigung** auf regional breiter Basis belebt, sie **stieg** erneut (bzw. wie im Vorjahr) **In allen neun Bundesländern** und großteils recht kräftig an. Im Jahresdurchschnitt war in den meisten Bundesländern sogar ein beschleunigtes Wachstum zu verzeichnen.



Die bereits im Vorjahr zu beobachtende wachsende Erholung der Beschäftigungssituation in der **Steiermark** setzte sich fort. Während die Beschäftigung in der Steiermark über Jahre hinweg der bundesweiten Entwicklung nachhinkte, konnte 1990 nunmehr zumindest ein durchschnittliches Wachstum registriert werden (+8.926 oder +2,3 %). Neben breit gestreuten Zuwächsen im Dienstleistungsbereich stützte vor allem der Handel, der Metallbereich und die günstige Baukonjunktur die Entwicklung in diesem Bundesland.

In **Wien** ist zwar ebenfalls eine Verbesserung der Beschäftigungssituation festzustellen, der Zuwachs fiel aber mit 13.075 oder 1,7 % neuerlich nur unterdurchschnittlich aus. Wien ist nach wie vor das einzige Bundesland, in dem die Beschäftigung in der Industrie und im (produzierenden) Gewerbe schrumpft, was allerdings durch kräftige Zuwächse im Dienstleistungsbereich (insbesondere im Handel sowie im Bereich Realitätenwesen/Rechts- und Wirtschaftsdienste einschließlich Personalvermittlung) wettgemacht werden kann.

In **Kärnten** blieb der Anstieg 1990 deutlich hinter dem Bundesmittel zurück (+1,6 %). Neben

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG

einer großteils weitgehenden Stagnation im Produktionsbereich und einer Vielzahl eher bescheidener Zuwächse im Dienstleistungsbereich, war lediglich im Handel sowie im Metallbereich eine größere Ausweitung der Beschäftigung festzustellen.

Mit Ausnahme von **Tirol** (+2,1 %) ist die Beschäftigung in den westlichen Bundesländern **Salzburg** (+2,4 %) und **Vorarlberg** (+2,8 %) erneut über dem Bundesdurchschnitt gewachsen. Die höchste Zuwachsrate wurde im **Burgenland** erzielt (+3,6 %).

Daneben setzte sich die bereits 1989 zu beobachtende günstige Beschäftigungsentwicklung in **Niederösterreich** (+12.883; +2,9 %) und **Oberösterreich** (+13.455; +2,8 %) fort. Neben dem Metallbereich in Niederösterreich und einer regen Bautätigkeit in beiden Bundesländern lag der Schwerpunkt des Beschäftigungszuwachses im Bereich privater Dienstleistungen, der stark überdurchschnittlich expandierte. Dabei fielen die Zuwächse in den Bereichen Handel und Verkehr/Nachrichtenübermittlung oder etwa in Oberösterreich auch im Bereich Realitätenwesen/Rechts- und Wirtschaftsdienste besonders hoch aus.

### 6.5. Ausländerbeschäftigung

#### 1990 war durch eine überaus starke Zuwanderung geprägt

Das ÖSTAT errechnete für dieses Jahr eine Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung in Österreich um rund 129.000 Menschen. Bereits 1989 gab es um rund 58.000 mehr, während im langjährigen Durchschnitt bis 1988 jährlich rund 20.000 Menschen die Absicht hatten, in Österreich zu bleiben.

Dabei hat die **Ostöffnung** zunächst nur zu einem kleineren Teil zum **Zuwanderungsschub beigetragen**: der größte Teil kam auch im Jahre 1990 immer noch aus den traditionellen Herkunftsländern Jugoslawien und Türkei.

Das genaue Zusammenspiel der die Wanderungen auslösenden Ursachen, wie Push-Faktoren im Herkunftsland und Pull-Faktoren im Zielland, bedarf noch der Klärung. Es scheint jedoch so zu sein, daß die Einstellung von zusätzlichen ausländischen Arbeitskräften erst mit der leichteren Verfügbarkeit in Zusammenhang mit der Liberalisierung der Ausländerbeschäftigungspolitik richtig in Gang kam.

Das Potential an ausländischen Arbeitskräften stieg von Jahresbeginn bis Jahresende 1990 um rund 92.800 (oder +47,6 %) auf 288.100 Personen an. Im Jahresdurchschnitt 1990 betrug das Ausländerpotential 236.000 Personen, um etwa 58.000 (oder 32,6 %) mehr als im Vorjahr. Fast vier Fünftel dieses Potentials entfielen auf die traditionellen Herkunftsländer Jugoslawien, Türkei und BRD.

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG

**Vom Zuwachs des Ausländerpotentials entfielen auf Arbeitskräfte aus Jugoslawien und aus der Türkei rund drei Fünftel, auf die sonstigen Länder, darunter vor allem aus Rumänien, rund zwei Fünftel.**

Die gute Konjunktur im Jahre 1990, mit einem Wirtschaftswachstum von +4,6 %, hat auch in jenen Betrieben Beschäftigungsverhältnisse entstehen lassen, die sonst Existenzprobleme gehabt hätten. Der generell zu beobachtende hohe Anteil von Ausländerarbeitsplätzen ohne besondere Qualifikationsanforderung deutet darauf hin.

### Deutliche Zunahme der Ausländerbeschäftigung

1990 stieg die Zahl der unselbständig beschäftigten Ausländer/innen um rund 50.200 (oder +30,0 %) auf 217.600 an und näherte sich damit dem Höchststand an Beschäftigten aus dem Jahre 1973. Der jahresdurchschnittliche **Ausländeranteil** an allen Beschäftigten stieg daher von 5,8 % (1989) auf **7,4 %** an. Von Jahresbeginn bis Jahresende 1990 erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Ausländer/innen um rund 82.000 (oder 45,7 %) auf 261.400 Personen.

Die Zusammensetzung der Beschäftigung nach Herkunftsländern sowie deren Anteil an der Zunahme betrug, so wie beim Potential, zu vier bzw. drei Fünftel ausländische Arbeitskräfte aus den traditionellen Herkunftsländern.

Die starke Zunahme der beschäftigten Ausländer/innen aus sonstigen Ländern hat im Jahr 1990 deren Anteil an der Gesamtzahl von 14,9 % auf 20,0 % erhöht. Trotz kräftiger absoluter Zunahmen schrumpfte der Anteil der Arbeitskräfte aus Jugoslawien von 54,3 % auf 50,8 %. Der Anteil jener aus der Türkei blieb mit 23,2 % fast gleich hoch.

### Starke Zunahme der Ausländerarbeitslosigkeit

Der starke Beschäftigungszuwachs wurde jedoch vom zusätzlichen Angebot an ausländischen Arbeitskräften deutlich übertroffen, sodaß es zu einem vergleichsweise sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit kam. Von Jahresbeginn bis Jahresende 1990 stieg die **Zahl der arbeitslosen Ausländer/Innen** um rund 10.800 oder 68,2 % auf **26.700** an. Im Durchschnitt 1990 waren 18.400 Ausländer/innen arbeitslos vorgemerkt, um rund 7.800 (oder +73,7 %) mehr als im Jahr 1989.

Über drei Fünftel aller arbeitslosen Ausländer/innen entfielen auf die traditionellen Herkunftsländer Jugoslawien und Türkei. Auf diese beiden Länder entfiel auch knapp die Hälfte der Zunahmen. Von den anderen Ländern ragte Rumänien mit einem Anteil von einem Achtel am Bestand und über einem Viertel am Zuwachs heraus.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach **Substitutions- und Verdrängungs-**



## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG

**vorgängen.** Während vor allem auf Ebene der Arbeitsämter konkrete Fälle bekannt sind, deuten die aggregierten Daten diese Vorgänge lediglich an. Mangels eingehender Untersuchungen liegen weiterhin gegensätzliche Meinungen vor: Jene vorwiegend aus unternehmernahen Bereichen, die derartige Vorgänge mit dem Hinweis bestreiten, daß die Neubeschäftigten und Arbeitslosen verschiedenen Segmenten des Arbeitsmarkts angehören und auf Lohnbewegungen nach unten, falls sie stattfänden, keinen Einfluß hätten. Jene aus arbeiternahen Bereichen behaupten hingegen, daß die Verdrängung bzw. der Austausch von älteren und/oder weniger qualifizierten in- und ausländischen Arbeitskräften (auch aus Lohnkostenüberlegungen) überhandnimmt.

### Kräftiger Zuwachs bei den Beschäftigungsbewilligungen

1990 nahmen die Erteilungen von Beschäftigungsbewilligungen über fünfmal so stark zu wie 1989. Von den Arbeitsämtern wurden 1990 286.100 **Beschäftigungsbewilligungen** erteilt, um rund 121.700 oder **+74,0 % mehr** als im Vorjahr. Die starke zusätzliche Belastung bei fast gleichem Personalstand der Arbeitsämter zeigte sich insbesondere bei den Erstanträgen, die sich innerhalb eines Jahres fast verdreifacht haben (Erstanträge betreffen jene Ausländer/innen, die erstmals in Österreich eine Beschäftigung aufnehmen wollen). 1990 wurden 103.400 Erstanträge bewilligt um rund 66.200 oder **177,8 % mehr** als im Vorjahr. Etwa ein Viertel der Erstanträge betraf Beschäftigungen bis zu 6 Monate und rund drei Viertel Beschäftigungen über 6 Monate.

**Beim Erteilen von Befreiungsscheinen** kam es 1990 zu einem **Rückgang**: Mit 30.700 Befreiungsscheinen gab es um rund 8.900 oder **22,6 % weniger** als im Vorjahr. Etwa zwei Drittel der Befreiungsscheine entfielen auf langjährig Beschäftigte, rund ein Fünftel auf Ehepartner von Österreicher/innen und über ein Neuntel auf Jugendliche der 2. Generation. 1990 wurden darüber hinaus erstmals 1.184 Arbeitserlaubnisse erteilt.

### Stärkere Zunahmen der unselbständig beschäftigten ausländischen Männer

Von den 217.600 unselbständig beschäftigten ausländischen Arbeitskräften waren 141.200 Männer und 76.400 Frauen. Die Zunahmen gegenüber dem Vorjahr waren bei den Männern mit rund 38.000 oder **36,9 %** weitaus stärker als bei den Frauen (+12.200 oder **+19,0 %**). Der Frauenanteil ging daher trotz steigender Beschäftigung von **38,4 %** auf **35,1 %** zurück und lag damit um über 6 %-Punkte unter dem Frauenanteil an allen Beschäftigten in Österreich.

**Nach Bundesländern** zeigt sich folgendes Bild: Über die Hälfte der unselbständig beschäftigten Ausländer/innen befanden sich 1990 in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland. Auf diesen Raum entfiel jedoch nur knapp die Hälfte der Beschäftigungszunahmen. In den Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg, mit rund einem Viertel der beschäftigten Ausländer/innen, gab es nur rund ein Fünftel der Zunahmen. Auf den Raum Steiermark, Kärnten und Oberösterreich entfiel rund ein Fünftel der beschäftigten Ausländer/innen aber rund ein Drittel

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG**

der Zunahmen. Während Kärnten bei den Zunahmen nur einen leicht höheren Anteil aufwies als beim Beschäftigtenstand, hatten Oberösterreich und die Steiermark bei den Zunahmen wesentlich höhere Anteile.

**6.5.1. Ausländerbeschäftigung nach Wirtschaftsbereichen**

Bei der im Juli 1990 durchgeführten Erhebung war nach einjähriger Unterbrechung wieder mehr als die Hälfte der unselbständig beschäftigten Ausländer/innen im Produktionsbereich tätig.

In folgenden Wirtschaftsbereichen gab es von Juli 1989 auf Juli 1990 die stärksten Zunahmen an unselbständig beschäftigten Ausländern und Ausländerinnen:

	Veränderung absolut	1989/90 in %
Bauwesen	+11.874	+55,0
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	+ 6.781	+30,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 6.436	+24,1
Be- und Verarbeitung von Holz	+ 3.236	+73,9
Erzeugung von Nahrungsmitteln und Getränken	+ 3.096	+45,2
Handel	+ 3.058	+18,6
Land- und Forstwirtschaft	+ 1.898	+43,3
Körperpflege, Reinigung	+ 1.640	+14,0

Diese Wirtschaftsbereiche beschäftigten 1990 nahezu drei Viertel aller Ausländer/innen, waren aber an den Zunahmen zu neun Zehntel beteiligt.

Der durchschnittliche Anteil der beschäftigten Ausländer/innen an allen Beschäftigten lag im Juli 1990 bei 7,2 %, um 1,3 %-Punkte mehr als im Juli 1989.

Folgende Wirtschaftsbereiche hatten höhere Ausländeranteile:

	Ausländeranteil	Veränderung 1989/90 in %-Punkten
Erzeugung von Textilien und Textilwaren	24,9	+2,5
Körperpflege, Reinigung	24,2	+2,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	22,7	+3,6
Land- und Forstwirtschaft	19,7	+6,0
Haushaltung, Hauswartung	18,8	-6,2
Erzeugung und Verarbeitung von Leder	16,3	+5,6
Bauwesen	13,6	+4,6
Erzeugung von Bekleidung, Bettwaren und Schuhen	12,8	+3,2

Diese Wirtschaftsbereiche hatten auch schon in früheren Jahren überdurchschnittliche Ausländeranteile, mit geringen Verschiebungen in der Rangreihe. Branchen mit hohen Ausländeranteilen reagieren allerdings deutlicher auf die momentane Verfügbarkeit ausländischer Arbeitskräfte, wobei auch konjunkturelle Bedingungen eine Rolle spielen.

### **6.5.2. Österreichische Arbeitskräfte im Ausland**

1990 stand einer Wohnbevölkerung von rund **500.000 Ausländern und Ausländerinnen in Österreich** eine solche von rund **400.000 Österreichern und Österreicherinnen im Ausland** gegenüber. Das Potential an unselbständig Beschäftigten machte jeweils rund die Hälfte aus (ÖROK).

Von den rund 200.000 österreichischen Arbeitskräften im Ausland hatten 1990 92.000 Personen in der BRD und 20.000 (kontrollpflichtige) Personen in der Schweiz ein aufrechtes Beschäftigungsverhältnis. In diesen beiden Ländern betrug die Zunahme 1990 5.300 Personen. Das genaue Ausmaß der gesamten Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte dürfte 1990 demnach deutlich unter der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte gelegen sein. Die Tendenz heimischer Betriebe, verstärkt ausländische Arbeitskräfte ohne besondere Qualifikation einzustellen und das gleichzeitige Inkaufnehmen des Verlusts qualifizierter österreichischer Arbeitskräfte, wenngleich in geringerem Ausmaß, dürfte mittelfristig nachteilig sein.

## 7. Arbeitslosigkeit

### 7.0. Vorbemerkung

In diesem Kapitel werden folgende **zwei unterschiedliche Konzepte** bzw. Grunddaten zur Beschreibung **von Arbeitslosigkeit** verwendet:

#### ● **Monatliche Auswertung der Datei der vorgemerkten Arbeitslosen:**

Den meisten derzeit vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales publizierten Arbeitsloskeitsstatistiken liegt das traditionelle Konzept der monatlichen Ausweisung von **stichtagsbezogenen Bestands- und Bewegungsdaten** betreffend die bei den österreichischen Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitslosen zugrunde: An jedem Stichtag (jeweils zum Monatsende) wird sowohl der Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen als auch die Summe der (episodenbezogenen) Zu- und Abgänge zwischen diesem Stichtag und dem Vormonatsstichtag nach verschiedenen arbeitsmarktspezifisch relevanten Kriterien erfaßt. Bei den Bestandszählungen werden aus den zwölf Monatsendbeständen Jahresdurchschnitte errechnet und bei den Zu- und Abgängen Jahressummen zur Beschreibung der Gesamtsumme an Bewegungen innerhalb eines Jahres.

Die Bestandszählungen erfolgen personenbezogen, die Bewegungszählungen jedoch episodenbezogen: So etwa kann eine bestimmte Person innerhalb eines bestimmten Beobachtungszeitraumes (z.B. eines Jahres) mehrere Arbeitslosigkeitsepisoden aufweisen und dementsprechend mehrmals als Arbeitsloser zu- oder abgehen. Falls allerdings eine Person zwischen zwei aufeinanderfolgenden Stichtagen zunächst ab- und dann wieder zugeht und die Zeitspanne zwischen diesem Ab- und Zugang weniger als 28 Tage beträgt, wird weder Zu- noch Abgang gezählt.

Zur Beschreibung der Dauer der Arbeitslosigkeit werden traditionellerweise zwei Kennwerte ausgewiesen, nämlich die Vormerkdauer des Bestandes und die Verweildauer des Abgangs an Arbeitslosen (nähere Beschreibung siehe Pkt. 7.7.).

#### ● **Jährliche Auswertung der Leistungsbezieherdatei:**

Wenngleich bei den Sonderauswertungen der Leistungsbezieherdatei des Bundesrechenzentrums nicht alle vorgemerkten sondern nur die leistungsbeziehenden Arbeitslosen erfaßt werden (Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher), hat dieses Konzept doch den Vorteil, daß damit exaktere und umfassendere personenbezogene Analysen möglich sind. Ausgehend von der Anzahl der innerhalb eines Kalenderjahres mindestens einen Tag leistungsbeziehenden "betroffenen Person" (=Betroffenheit) und der Summe der Leistungsbezugstage wird der Jahresdurchschnittsbestand an Leistungsbeziehern (=Durchschnittsbestand) und die **jahres-**

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

**durchschnittliche Gesamtdauer des Leistungsbezuges** einer Person (=Gesamtdauer) für die verschiedenen Auswertungsmerkmale (z.B. Geschlecht, Alter) wie folgt errechnet:

Durchschnittsbestand =  $\frac{\text{Summe der Leistungsbezugstage im Kalenderjahr}}{365 \text{ (bzw. 366)}}$

=  $\frac{\text{Betroffenheit} \times \text{Gesamtdauer}}{365 \text{ (bzw. 366)}}$

Gesamtdauer =  $\frac{\text{Summe der Leistungsbezugstage im Kalenderjahr}}{\text{Betroffenheit}}$

=  $\frac{\text{Durchschnittsbestand} \times 365 \text{ (bzw. 366)}}{\text{Betroffenheit}}$

Mit diesem Konzept wird der Jahresdurchschnittsbestand und die jahresdurchschnittliche (Gesamt)Dauer - abgesehen vom eingeschränkteren Personenkreis - insofern exakter erfaßt, als zu ihrer Errechnung tägliche und nicht monatliche Informationen verwendet werden.

### **7.1. Arbeitslosenzahlen und -quoten allgemein**

Der Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen hat sich längerfristig betrachtet im Gefolge des Konjunkturunbruchs von **1980 (53.200)** bis **1983 (127.400)** mehr als verdoppelt, stieg anschließend mit geringeren Zuwachsraten bis **1987 (164.500)** an, um sodann aufgrund der anhaltend günstigen Konjunkturlage bis **1989** wiederum mäßig zurückzugehen (**149.200**).

#### **1990 Erhöhung der Arbeitslosigkeit um 11 % v.a. Infolge des hohen Anstiegs des Ausländerangebots**

Bei den österreichischen Arbeitsämtern waren im Jahr **1990** rund **165.800 Arbeitslose** vorgemerkt; davon waren 89.000 (53,7 %) Männer, 76.800 (46,3 %) Frauen, 147.400 (88,9 %) Inländer und 18.400 (11,1 %) Ausländer. Von allen Arbeitslosen hatten 40.400 (24,4 %) eine Einstellungszusage, 45.400 (27,4 %) waren schwer vermittelbar, zumindest eine der beiden Kategorien traf auf 78.100 (47,1 %) Vorgemerkte zu.

Gegenüber dem Vorjahr kam es zu einer Zunahme um 16.600 oder 11,1 %, die bei den Frauen etwas höher ausfiel (+12,6 %) als bei den Männern (+9,9 %). Wie bereits seit 1984 verlief somit auch 1990 die Arbeitslosigkeitsentwicklung für die Frauen ungünstiger als für die Männer, sodaß der Frauenanteil an allen Arbeitslosen um 0,6 %-Punkte auf 46,3 % anstieg.

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT****Entwicklung verlief für Frauen und Ausländer ungünstiger**

Staatszugehörigkeit	Arbeitslosenzahl 1990			Absolutveränderung 1989/90		
	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.
Inländer	147.444	76.049	71.396	+ 8.831	+2.314	+6.518
Ausländer	18.351	12.984	5.367	+ 7.787	+5.718	+2.069
insgesamt	165.795	89.032	76.762	+16.618	+8.031	+8.586
Relativveränderung 1989/90 insgesamt(%)				+11,1	+9,9	+12,6

Die Arbeitslosigkeit nahm sowohl bei den Inländern als auch bei den Ausländern gegenüber dem Vorjahr zu. Die bereits seit Jahren für die Ausländer ungünstiger verlaufende Entwicklung setzte sich insbesondere auch im Jahr 1990 insofern fort, als die Zunahme bei den Ausländern mit 73,7 % (+7.800) wesentlich höher ausfiel als bei den Inländern (+6,4 %). Damit gingen fast **47 % aller Zunahmen der Arbeitslosigkeit zu Lasten der Ausländer**. Während bei den Inländern fast drei Viertel aller Zunahmen von Frauen getragen wurden (+6.500), war dies bei den Ausländern genau umgekehrt: fast drei Viertel der Zunahmen wurden von Männern abgedeckt (+5.700). Dementsprechend nahm der Anteil der Ausländer an allen Arbeitslosen deutlich zu, und zwar von 7,1 % auf 11,1 %.

Trotz anhaltend günstiger Konjunkturdaten und trotz der relativ starken Zunahme der unselbstständigen Beschäftigung stieg im Jahre 1990 auch wieder die Arbeitslosigkeit deutlich an. Einer der Hauptgründe hierfür ist der beachtliche Anstieg des unselbstständigen Arbeitskräftepotentials, getragen insbesondere vom hohen Wachstum des Angebots an unselbstständigen Ausländern. Wie das deutliche Beschäftigungswachstum zeigt, kann jedoch auch in einer günstigen Konjunktursituation ein derartig hoher Angebotszuwachs nicht vollständig in Beschäftigung gebracht werden, sodaß ein Teil davon arbeitslos wurde.

**Zunahme der Arbeitslosigkeit insbesondere bei Jugoslawen und Türken bzw. Infolge Erfassung der Asylwerber (Rumänen u.a.)**

Mehr als drei Fünftel aller arbeitslosen Ausländer des Jahres 1990 stammen aus den traditionellen Herkunftsländern Jugoslawien (7.400) und Türkei (4.000). Ferner kamen anteilmäßig neben der BRD (800) sehr viele arbeitslose Ausländer aus etlichen ehemaligen Ostblockländern, wie Rumänien (2.300), Polen (500) und CSFR (400). Die höchsten Zunahmen der Arbeitslosigkeit (gerundet) verzeichneten 1989/90

Jugoslawen.....	+2.200
Rumänen.....	+2.200
Türken.....	+1.400

Allein auf diese drei Länder entfielen fast drei Viertel aller Ausländerzunahmen.

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## ARBEITSLOSIGKEIT

Die Tatsache, daß im Jahr 1990 ein gewachsenes Inländerangebot mit einem außergewöhnlich stark gestiegenen Ausländerangebot zusammenfiel, führte aufgrund der teilweise zwischen Inländern und Ausländern bestehenden Konkurrenzsituation zu Substitutions- bzw. Austauschprozessen auf dem Arbeitsmarkt und in der Folge trotz günstiger Konjunkturbedingungen auch zu einem Ansteigen der Inländerarbeitslosigkeit. Diese Austauschprozesse bewirkten insbesondere, daß bestimmte Gruppen von beschäftigten Inländern (v.a. ältere, männliche) durch neu eingereiste (vielfach billigere, jüngere) Ausländer ersetzt wurden (siehe Kapitel 7.5.).

Im Jahresverlauf 1990 war im Vergleich zum Vorjahr ein **kontinuierlich wachsender Anstieg der Arbeitslosigkeit** zu verzeichnen (Ausnahme: Februar), und zwar sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern. Letztere verzeichneten allerdings praktisch bis März noch Abnahmen.

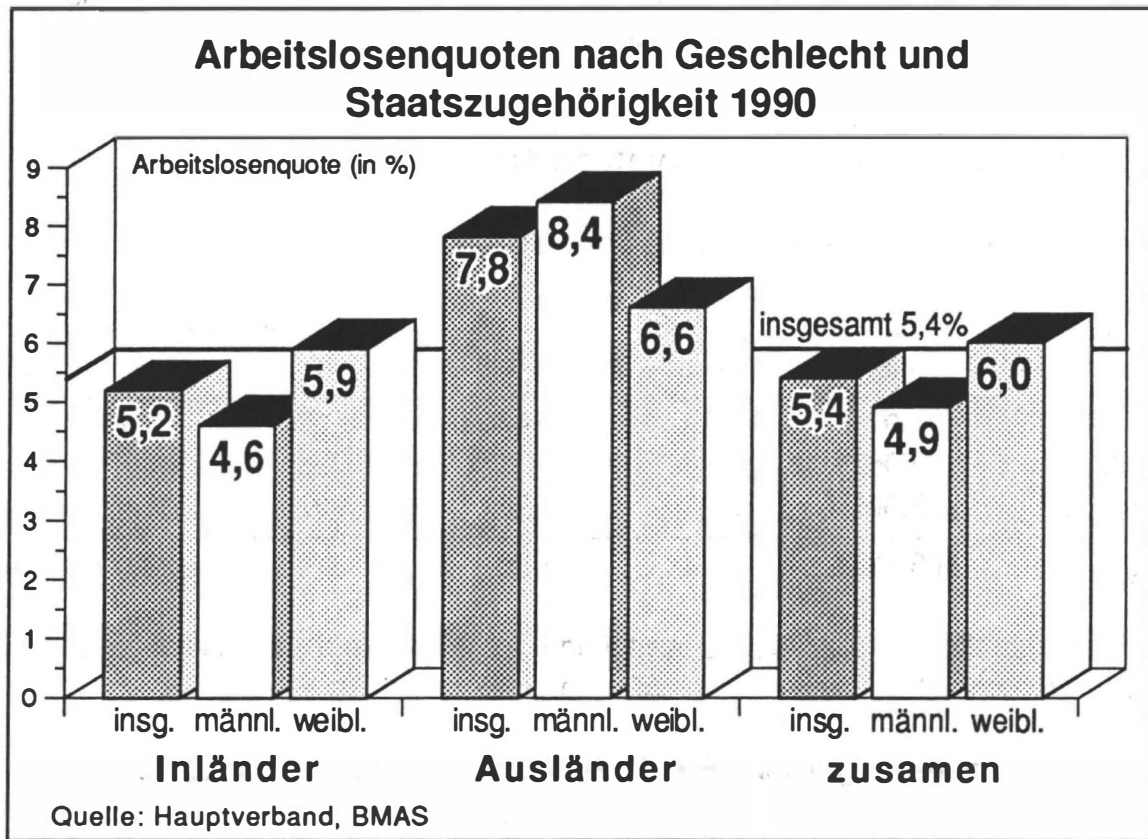
### 11.300 Asylwerber von der Arbeitsmarktverwaltung betreut

Infolge der Bemühungen der Arbeitsmarktverwaltung eingliederungswillige Asylwerber in den österreichischen Arbeitsmarkt zu integrieren, stieg auch die Zahl der Asylwerber, insbesondere der Rumänen an: Die Gesamtsumme der Neuzugänge an Asylwerbern belief sich 1990 auf 11.300 (darunter 5.900 Rumänen), wovon immerhin **nachweisbar 4.500 in Beschäftigung** gebracht werden konnten. Sowohl der Bestand als auch der Neuzugang erreichte im Mai einen Höhepunkt (7.100 bzw. 2.900) und ging bis Dezember bereits wieder leicht zurück (5.200 bzw. 600). Legt man die seit April 1990 erfaßten entsprechenden Daten auf einen Zwölfmonatsdurchschnitt um, so waren jahresdurchschnittlich **3.500 Asylananten als arbeitslos** vorgemerkt. Dementsprechend ist der Zuwachs der Gesamtarbeitslosigkeit 1989/90 zu etwas mehr als einem Fünftel und der Zuwachs der Ausländerarbeitslosigkeit zu fast 45 % auf die Erfassung der arbeitslosen Asylananten zurückzuführen.

### Drei Viertel des Anstiegs der Arbeitslosigkeit geht auf vermehrte Zugänge zurück

Der Bestandsanstieg gegenüber dem Vorjahr ist sowohl auf einen verstärkten Zugang als auch auf einen langsameren Abgang eines Teils der Arbeitslosen zurückzuführen, wobei sich der Anstieg im ersten Quartal zur Gänze aus einem verstärkten Zugang, im vierten Quartal jedoch bereits zu mehr als 45 % aus einem langsameren Abgang erklärt.

Zerlegt man die Veränderung des Arbeitslosenbestandes in seine **Zugangs- und Dauerkomponente** (hier: Dauer = Bestand x 365/Summe der Zugänge), so zeigt sich, daß der Arbeitslosenanstieg 1989/90 zu drei Viertel auf den Zugangsanstieg und zu einem Viertel auf den Daueranstieg zurückzuführen ist. Während bei den Männern das Zugangswachstum mehr als 97 % des Bestandsanstiegs erklärt, waren die Komponentenanteile bei den Frauen ziemlich ausgewogen (49,5 % zu 50,5 %). Bei den Inländern trägt vor allem die gestiegene Dauer zum Bestandswachstum bei (75 %), bei den Ausländern vor allem das Zugangswachstum (95 %).

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT****Anstieg der Arbeitslosenquote von 5,0 % auf 5,4 %**

1990 waren insgesamt 5,4 % des gesamten Arbeitskräftepotentials arbeitslos, und zwar 4,9 % Männer und 6,0 % Frauen. Wie bereits seit 1986 lag damit nicht nur die weibliche Quote über der männlichen, sondern nahm auch der geschlechtsspezifische Quotenabstand auf 1,1 %-Punkte zu.

Staatszugehörigkeit	Arbeitslosenquote 1990 (%)			Veränderung 1989/90 (in %-Punkten)		
	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.
Inländer	5,2	4,6	5,9	+0,3	+0,1	+0,4
Ausländer	7,8	8,4	6,6	+1,9	+1,8	+1,7
insgesamt	5,4	4,9	6,0	+0,4	+0,3	+0,5

**Arbeitslosenquote bei Frauen und Ausländern überdurchschnittlich hoch bzw. stärker zunehmend**

Die **Ausländer** hatten - wie bereits seit Jahren - insofern höhere Lasten der Arbeitslosigkeit zu tragen, als deren **Arbeitslosenquote mit 7,8 % deutlich über der der Inländer lag (5,2 %)**. Während bei den Inländern die Quote der Frauen höher ausfiel als die der Männer, war dies bei den Ausländern genau umgekehrt.



**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

1989/90 wuchs die Arbeitslosenquote um 0,4 %-Punkte an, und zwar bei den Frauen etwas stärker (+0,5 %-Punkte) als bei den Männern (+0,3 %-Punkte) bzw. bei den Ausländern wesentlich stärker (+1,9 %-Punkte) als bei den Inländern (+0,3 %-Punkte).

**7.2. Arbeitslosenzahlen und -quoten nach dem Alter**

Die Altersverteilung der Arbeitslosen wies 1990 folgendes Bild auf:

Alter (in Jahren)	Arbeitslosenzahl 1990			Absolutveränderung 1989/90		
	insg.	Inländer	Ausländer	insg.	Inländer	Ausländer
15-24	38.073	33.897	4.174	+ 2.001	- 420	+2.420
25-49	102.057	89.842	12.216	+ 9.062	+4.257	+4.806
mind. 50	25.666	23.706	1.961	+ 5.557	+4.996	+ 562
insgesamt	165.795	147.444	18.351	+16.618	+8.831	+7.787

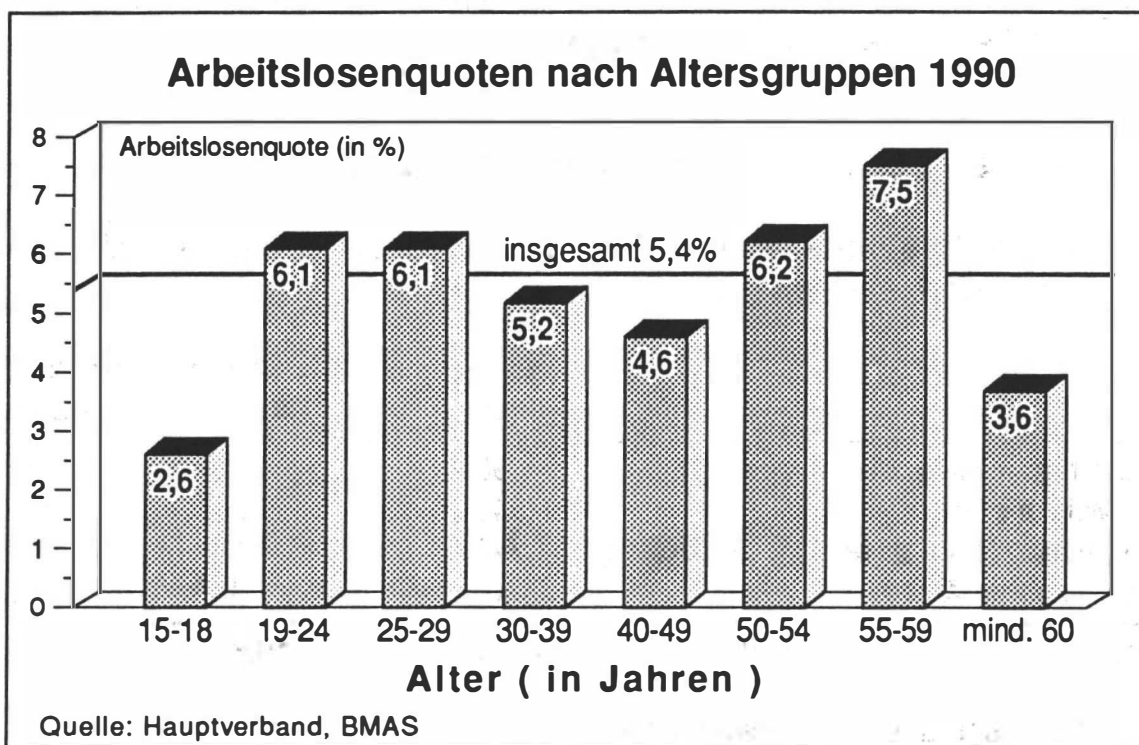
Demnach waren 23,0 % aller Arbeitslosen jünger als 25 Jahre, 61,6 % im Alter zwischen 25 und 49 Jahren und 15,5 % mindestens 50 Jahre alt.

**Zunahme der Arbeitslosigkeit in allen, insbesondere aber den höheren Altersgruppen**

Gegenüber dem Vorjahr kam es in allen Altersgruppen zu Zunahmen der Arbeitslosigkeit. Daß die Entwicklung aber - wie bereits seit Jahren - für die unteren Altersgruppen günstiger verlief als für die höheren, zeigt sich darin, daß die höchsten **Zunahmen der Arbeitslosigkeit bei den über 50jährigen (+27,6 %)**, die geringsten jedoch bei den unter 25jährigen auftraten (+5,5 %). Dadurch verlagerten sich die Lasten der Arbeitslosigkeit weiterhin zunehmend auf die höheren Altersgruppen. Während sich die Arbeitslosigkeitszunahme bei den 50- bis 54jährigen teilweise demographisch erklärt (starke Zunahme der Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe), ist dies bei den Jugendlichen nicht der Fall: Hier steht einer Abnahme der Wohnbevölkerung, des Arbeitskräfteangebots und der unselbständig Beschäftigten eine Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber.

**Jugendarbeitslosigkeit: Abnahme bei Inländern und Zunahme bei Ausländern**

Die Inländerarbeitslosigkeit nahm bei den Jugendlichen entsprechend dem demographischen Trend leicht ab (-1,2 %), jedoch in allen anderen Altersgruppen zu, wobei die Zunahmen bei den mindestens 50jährigen am höchsten ausfielen (+26,7 %). Hingegen kam es bei den Ausländern in allen Altersgruppen zu Zunahmen der Arbeitslosigkeit, allerdings mit einem entgegengesetzten Entwicklungsmuster: Mit steigendem Alter nahmen die Zunahmen fast durchwegs ab. Den höchsten Anstieg verzeichneten hier daher die Jugendlichen mit immerhin 138 % (+2.400). Somit ist der Gesamtanstieg bei den Jugendlichen zur Gänze auf den Anstieg der Aus-

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

länder, bei den 25- bis 49jährigen zu 53 % und bei den mindestens 50jährigen nur zu 10 % auf den Ausländeranstieg zurückzuführen.

Von den 38.100 vorgemerkten arbeitslosen Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 1990 waren 5.000 15- bis 18jährige und 33.000 19- bis 24jährige. Dazu kamen noch 3.100 Lehrstellensuchende. Da die **Jugendarbeitslosigkeit** insgesamt **nur unterdurchschnittlich wuchs** (+2.000 oder +5,5 %), ging der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an allen Arbeitslosen von 24,2 % auf 23,0 % zurück.

Da es sich beim Zuwachs der Jugendarbeitslosigkeit per Saldo ausschließlich um junge Ausländer mit zum Teil niedriger Qualifikation handelt, werden im Zusammenhang mit einer allfälligen zielführenden Integration dieser sozialen Gruppe entsprechenden Nachschulungsmaßnahmen eine bedeutende Rolle zukommen.

### **Hohe Arbeitslosenquoten bei den 19- bis 29jährigen und den 50- bis 59jährigen**

Wie bereits im Vorjahr waren die Arbeitslosenquoten bei den 19- bis 24jährigen (6,1 %), den 25- bis 29jährigen (6,1 %), den 50- bis 54jährigen (6,2 %) und den 55- bis 59jährigen (7,5 %) überdurchschnittlich hoch (Durchschnitt = 5,4 %). Am geringsten fiel die Arbeitslosenquote bei den Randaltersgruppen der 15- bis 18jährigen (2,6 %) und der - allerdings zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallenden - mindestens 60jährigen aus (3,6 %). Die Quote der 15- bis 24jährigen lag - wie bereits im Vorjahr - mit 5,2 % leicht unter dem Durchschnitt, inklusive Lehrstellensu-

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

chende jedoch leicht darüber (5,6 %). **In allen Altersgruppen war die weibliche Quote höher als die männliche (Ausnahme: 55- bis 59jährige).**

**7.3. Arbeitslosenzahlen und -quoten nach der Ausbildung**

Die vorgemerkten Arbeitslosen verteilten sich im Jahr 1990 wie folgt auf die verschiedenen höchsten abgeschlossenen Ausbildungsstufen:

Ausbildungsstufen	Bestand 1990	Veränderung 1989/90	
		absolut	relativ (%)
kein Abschluß, Pflichtschule	79.993	+ 9.761	+13,9
Lehre, Meisterprüfung	59.940	+ 4.338	+ 7,8
mittlere, höhere oder universitäre Ausbildung	24.347	+ 2.130	+ 9,6
Ausbildung ungeklärt	1.514	+ 387	+34,3
insgesamt	165.795	+16.618	+11,1

**Pflichtschulabschlüsse überwiegen deutlich**

Fast die Hälfte (**48,2 %**) aller vorgemerkten Arbeitslosen hatte 1990 **maximal einen Pflichtschulabschluß**, 36,2 % hatten eine Lehre oder Meisterprüfung, 6,0 % eine mittlere, weitere 6,0 % eine höhere und 2,7 % eine universitäre Ausbildung.

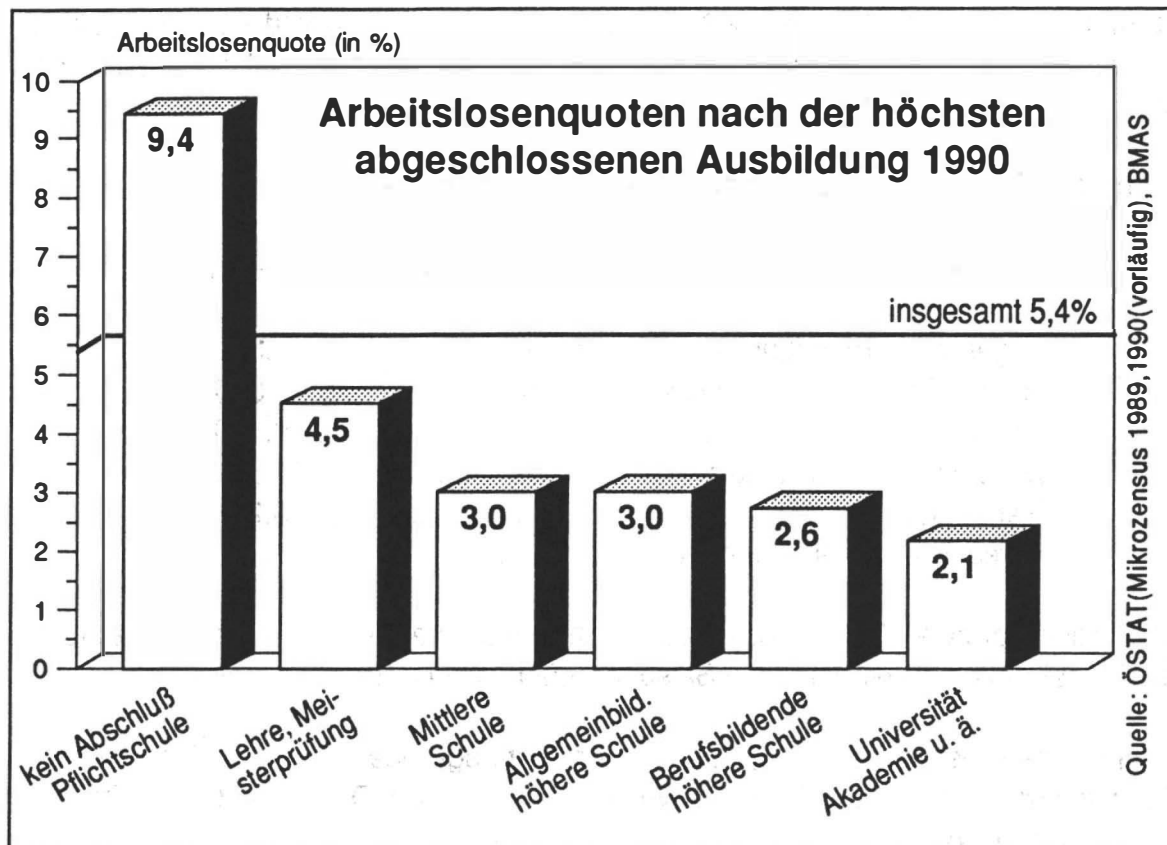
**Zunahmen in allen Ausbildungsstufen, insbesondere bei den Pflichtschulabschlüssen**

Gegenüber 1989 kam es in allen Ausbildungsstufen zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit. Am höchsten war der Anstieg bei den Pflichtschulabsolventen (+13,9 %) und den AHS-/BHS-Absolventen (+13,0 %), am geringsten bei den universitären Abschlüssen (5,9 %). Fast drei Fünftel aller Zunahmen entfielen auf die Pflichtschulabschlüsse. Mit Ausnahme der AHS- und universitären Abschlüsse wiesen die Frauen größere Zunahmen auf als die Männer.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man nur die Inländer betrachtet: Hier gab es überdurchschnittliche Zuwächse (Durchschnitt = 6,4 %) nur bei den Absolventen höherer (+11,4 %) und mittlerer Schulen (+7,3 %), während der Anstieg bei den Pflichtschulabsolventen (+5,9 %) etwas unter dem Durchschnitt lag.

**Je niedriger die Qualifikation umso höher die Arbeitslosenquote**

Wie bereits bisher nahm die Arbeitslosenquote mit steigender Qualifikation kontinuierlich ab. Dementsprechend waren die **Quoten bei den Pflichtschulabsolventen** mit 9,4 % **weit überdurchschnittlich** (Durchschnitt = 5,4 %) und lagen hier mehr als doppelt so hoch wie bei den

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

Absolventen einer Lehre oder Meisterprüfung (4,5 %) bzw. dreieinhalb- bis viereinhalbmals so hoch wie bei den BHS- (2,6 %) und universitären Abschlüssen (2,1 %). Bei allen Ausbildungsstufen fielen die weiblichen Quoten höher aus als die männlichen.

#### 7.4. Arbeitslosenzahlen und -quoten nach Berufen

Nach Berufsbereichen ergab sich für die Arbeitslosigkeit im Jahre 1990 folgendes Bild:

Saison/Nichtsaisonberufe	Bestand 1990	Veränderung 1989/90	
		absolut	relativ (%)
Saisonberufe <sup>1)</sup>	45.830	+ 2.846	+ 6,6
Nichtsaisonberufe	119.793	+13.652	+12,9
dav: Produktionsberufe <sup>2)</sup>	49.692	+ 6.843	+16,0
Dienstleistungsberufe i.w.S. <sup>3)</sup>	70.101	+ 6.809	+10,8
<b>insgesamt <sup>4)</sup></b>	<b>165.795</b>	<b>+16.618</b>	<b>+11,1</b>

1) land- und forstwirtschaftliche Berufe, Bauberufe, Fremdenverkehrsberufe

2) ohne Bauberufe      3) ohne Fremdenverkehrsberufe

4) einschließlich der berufsmäßig nicht zuordenbaren Arbeitslosen (Kategorie "unbestimmt")

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

Im Jahre 1990 waren 27,6 % aller Arbeitslosen in Saisonberufen und 72,3 % in Nichtsaisonberufen arbeitslos. Von letzteren entfielen wiederum 41,5 % auf Produktions- und 58,5 % auf Dienstleistungsberufe i.w.S..

**In sechs Berufsbereichen fast zwei Drittel aller Arbeitslosen**

Folgende Berufsgruppen wiesen 1990 die meisten Arbeitslosen auf (gerundet):

Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe .....	22.300
Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe .....	22.300
Bauberufe .....	19.400
Metallarbeiter, Elektriker .....	17.900
Handelsberufe .....	15.200
Hilfsberufe allgemeiner Art .....	13.200

110.300 oder fast zwei Drittel aller Arbeitslosen entfielen auf diese sechs Berufsgruppen und immerhin mehr als ein Viertel auf die Saisonberufe im Bau und Fremdenverkehr.

Eine detailliertere Betrachtung zeigt, daß in allen Berufsgruppen die Arbeitslosigkeit gegenüber 1989 anstieg (Ausnahme: Bergbau (-10), Steine/Erden (-114)). Die **größten Absolutzunahmen** betrafen **folgende Berufe**:

Metallarbeiter, Elektriker .....	+2.600
Hilfsberufe allgemeiner Art .....	+2.600
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe .....	+2.100
Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe .....	+1.900

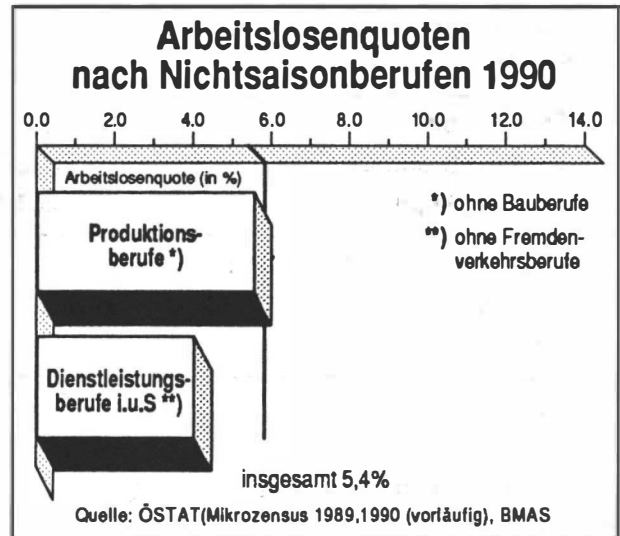
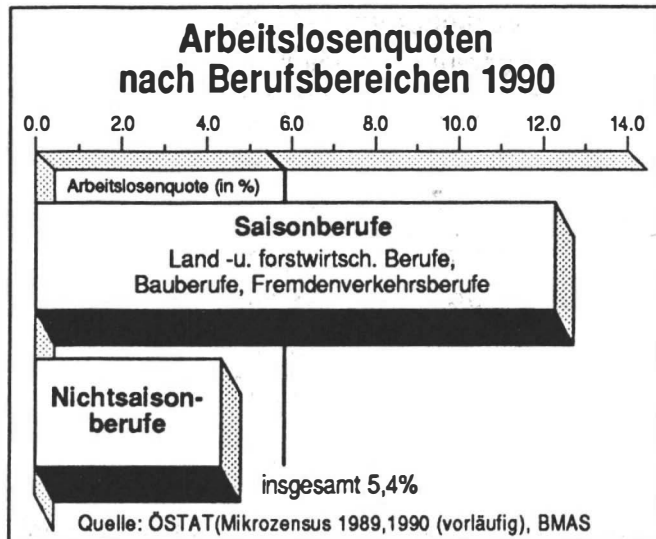
Allein diese vier Berufe deckten bereits 55 % des Gesamtzuwachses ab. Die Zunahme in den Bauberufen fiel mit 3,8 % (+700) vor allem deshalb relativ gering aus, weil im 1. Quartal 1990 infolge der günstigen Winterwitterung noch Abnahmen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen waren. Übrigens ist der Anstieg der Bauarbeitslosigkeit allein auf einen Anstieg der Ausländer (+1.400) zurückzuführen, während es bei den Inländern zu einem leichten Rückgang kam (-700).

**Arbeitslosenquote In den Saisonberufen wesentlich höher als In den Nichtsaisonberufe**

Die anhand von Beschäftigtendaten des Mikrozensus des Österreichischen Statistischen Zentralamtes berechneten berufsspezifischen Arbeitslosenquoten zeigen, daß im Jahr 1990 das **Niveau der Arbeitslosigkeit in den Saisonberufen fast dreimal so hoch war (12,4 %) wie in den Nichtsaisonberufen (4,4 %)**, und daß bei letzteren die Quote in den Produktionsberufen (ohne Bau) höher ausfiel (5,6 %) als in den Dienstleistungsberufen i.w.S. (ohne Fremdenverkehr; 3,9 %). Die Quote der Dienstleistungsberufe wird jedoch durch die hier mite

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

weitgehend kündigungsgeschützten Bereiche (z.B.: öffentlicher Dienst) im Niveau reduziert. In allen genannten Berufsbereichen lag die **Arbeitslosenquote der Frauen höher** als die der Männer.



**Folgende Berufsgruppen** mit jahresdurchschnittlich mindestens 1.000 Arbeitslosen, darunter alle typischen Saisonberufe, verzeichneten die **höchsten Arbeitslosenquoten**:

Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe .....	15,2 %
Hilfsberufe allgemeiner Art .....	15,1 %
land- und forstwirtschaftliche Berufe .....	10,7 %
Bauberufe .....	10,4 %
Bekleidungs- und Schuhhersteller .....	7,1 %

Bei den Metall- und Elektroberufen hingegen war die Quote mit 4,0 % nach wie vor unterdurchschnittlich.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich der **Anstieg der Arbeitslosigkeit vor allem auf die Nichtsaisonberufe** und hier wiederum insbesondere auf die nichtsaisonalen Produktionsberufe konzentrierte (z.B. Metallarbeiter/Elektriker) und daß die Saisonberufe nur einen verhältnismäßig geringen Anteil des Anstiegs trugen.

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT****7.5. Arbeitslosenzahlen und -quoten nach Wirtschaftsklassen**

Im Jahre 1990 hatten die vorgemerkten Arbeitslosen folgenden Status vor der Arbeitslosigkeit:

Status vor der Arbeitslosigkeit	Bestand 1990	Veränderung 1989/90	
		absolut	relativ (%)
aus Primärsektor	3.826	+ 134	+ 3,6
aus Sekundärsektor <sup>1)</sup>	67.202	+ 4.926	+ 7,9
aus Tertiärsektor	83.171	+ 7.497	+ 9,9
aus Berufstätigkeit insgesamt	154.199	+12.557	+ 8,9
Schulabgänger	2.247	- 491	-17,9
sonstige <sup>2)</sup>	9.349	+ 4.551	+94,9
insgesamt	165.795	+16.618	+11,1

1) einschließlich Energie- und Wasserversorgung

2) nicht in bestimmte Wirtschaftsklassen einordenbare Arbeitslose, längere Zeit vor Beginn der Arbeitslosigkeit nicht mehr Erwerbstätige (z.B. Berufsrückkehrer/innen)

**Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen kam aus dem Dienstleistungsbereich**

Im Jahre 1990 kamen 2,3 % aller Arbeitslosen aus der Land- und Forstwirtschaft, 40,5 % aus dem Produktionsbereich und 50,2 % aus dem Dienstleistungsbereich.

**In vier Wirtschaftsbereichen fast drei Fünftel aller Arbeitslosen**

Die höchsten Arbeitslosenanteile wiesen 1990 folgende zusammengefaßten Wirtschaftsklassen auf (gerundet):

Handel, Lagerung .....	25.800
Bauwesen .....	25.700
Beherbergungs- und Gaststättenwesen .....	25.600
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen .....	18.400

Allein in diesen vier Wirtschaftsbereichen waren demnach bereits fast 58 % aller Arbeitslosen anzutreffen, in den Saisonbranchen immerhin fast 31 %.

**Arbeitslosenquoten Im Produktionsbereich und In den Saisonbranchen überdurchschnittlich hoch**

Die Arbeitslosenquoten waren 1990 im Primär- (12,1 %) und Sekundärsektor (5,8 %) überdurchschnittlich hoch (Vergleichsquote: 5,1 %), jedoch unterdurchschnittlich im Dienstlei-

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

stungssektor (4,5 %). Bei Ausklammerung der typischen Saisonbranchen (Land-/Forstwirtschaft, Bauwesen, Beherbergungs-/Gaststättenwesen) ergibt sich eine wesentlich günstigere Gesamtquote von 4,2 % bzw. Wirtschaftsklassenquote (Quote ohne Schulabgänger und Sonstige) von 3,8 %. Für den Tertiärsektor errechnet sich bei Herausnahme der Fremdenverkehrsbranche eine Quote von 3,4 %, bei Herausnahme der weitgehend kündigungsgeschützten Bereiche Unterrichts- und Forschungswesen sowie Einrichtungen der Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger und Interessenvertretungen jedoch eine Quote von 6,0 %, die damit bereits leicht über der des Produktionsbereiches liegt. In allen Sektoren, insbesondere im Dienstleistungsbereich, fiel 1990 die Quote der Frauen höher aus als die der Männer.

Wie bereits 1989 verzeichneten folgende zusammengefaßten **Wirtschaftsklassen** mit jahresdurchschnittlich mindestens 1.000 vorgemerkten Arbeitslosen **die höchsten Arbeitslosenquoten**:

Beherbergungs- und Gaststättenwesen .....	16,9 %
Land- und Forstwirtschaft .....	12,1 %
Bauwesen.....	10,0 %
Körperpflege, Reinigung, Bestattung.....	8,7 %
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe.....	8,2 %
Kunst, Unterhaltung, Sport .....	8,0 %

Die Arbeitslosenquoten der typischen Saisonbranchen lagen somit durchgehend über bzw. bei 10 %. Sieht man von den weitgehend kündigungsgeschützten Bereichen ab, so fanden sich hingegen die niedrigsten Quoten bei:

Geld-, Kreditwesen, Privatversicherung .....	1,8 %
Verkehr, Nachrichtenübermittlung .....	2,2 %
Realitäten; Rechts- und Wirtschaftsdienste .....	3,6 %

**7.6. Zugänge in die Arbeitslosigkeit**

Im Jahre 1990 entwickelte sich die Summe der Zugänge in die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Staatszugehörigkeit	Summe der Zugänge in die Arbeitslosigkeit 1990			Absolutveränderung 1989/90		
	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.
Inländer	454.153	250.464	203.689	+ 7.036	+ 1.955	+ 5.081
Ausländer	82.505	59.717	22.788	+33.221	+25.334	+ 7.887
insgesamt	536.658	310.181	226.477	+40.257	+27.289	+12.968
Relativveränderung 1989/90 insgesamt(%)				+8,1	+9,6	+6,1



**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

**1990 wurden 536.700 Zugänge in die Arbeitslosigkeit** erfaßt, womit die Zugangszahl mehr als das Dreifache der jahresdurchschnittlichen Bestandszahl an Arbeitslosen ausmachte. Auf Männer entfielen 310.200 (57,8 %) aller Zugänge, auf Frauen 226.500 (42,2 %), auf Inländer 454.200 (84,6 %) und auf Ausländer immerhin 82.500 (15,4 %).

**Mehr als vier Fünftel des Zugangszuwachses wurde von Ausländern getragen**

Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Zugänge um 40.300 oder 8,1 % zu. Der Zuwachs war bei den Männern höher (+27.300 oder +9,6 %) als bei den Frauen (+13.000 oder +6,1 %). Mehr als vier Fünftel (+33.200) des Zugangszuwachses wurden von Ausländern getragen, bei den männlichen Zugängen waren es sogar fast 93 %. Vom gesamten Anstieg der Ausländerzugänge wiederum entfielen mehr als drei Viertel auf nur drei Staaten, nämlich Jugoslawien (+10.000), Rumänien (+8.900) und die Türkei (+6.200). Die höchsten Zuwächse an Zugängen unter den Ausländern gab es bei der Altersgruppe der 15- bis 29jährigen. Der Zugangsanstieg bei den Arbeitslosen mit maximal Pflichtschulabschluß (+24.600), der immerhin mehr als drei Fünftel des Gesamtanstiegs ausmachte, ist zur Gänze auf einen Ausländeranstieg zurückzuführen.

**Zugangsanstieg in den Nichtsaisonberufen, insbesondere den Produktionsberufen höher als in den Saisonberufen**

Die Zugänge an vorgemerkten Arbeitslosen wuchsen in den Saisonberufen deutlich schwächer (+5,1 %) als in den Nichtsaisonberufen (+9,8 %), wobei wiederum das Wachstum in den Produktionsberufen (ohne Bau) wesentlich stärker ausfiel (+13,0 %) als in den Dienstleistungsberufen (ohne Fremdenverkehrsberufe; +7,3 %). Der Anstieg in den Saisonberufen wurde zur Gänze von Ausländern getragen (Inländerrückgang).

In allen Berufsgruppen wuchsen die Zugänge gegenüber dem Vorjahr an (Ausnahme v.a.: Hausgehilfen). **Besonders hoch waren die Zuwächse in folgenden Berufen:**

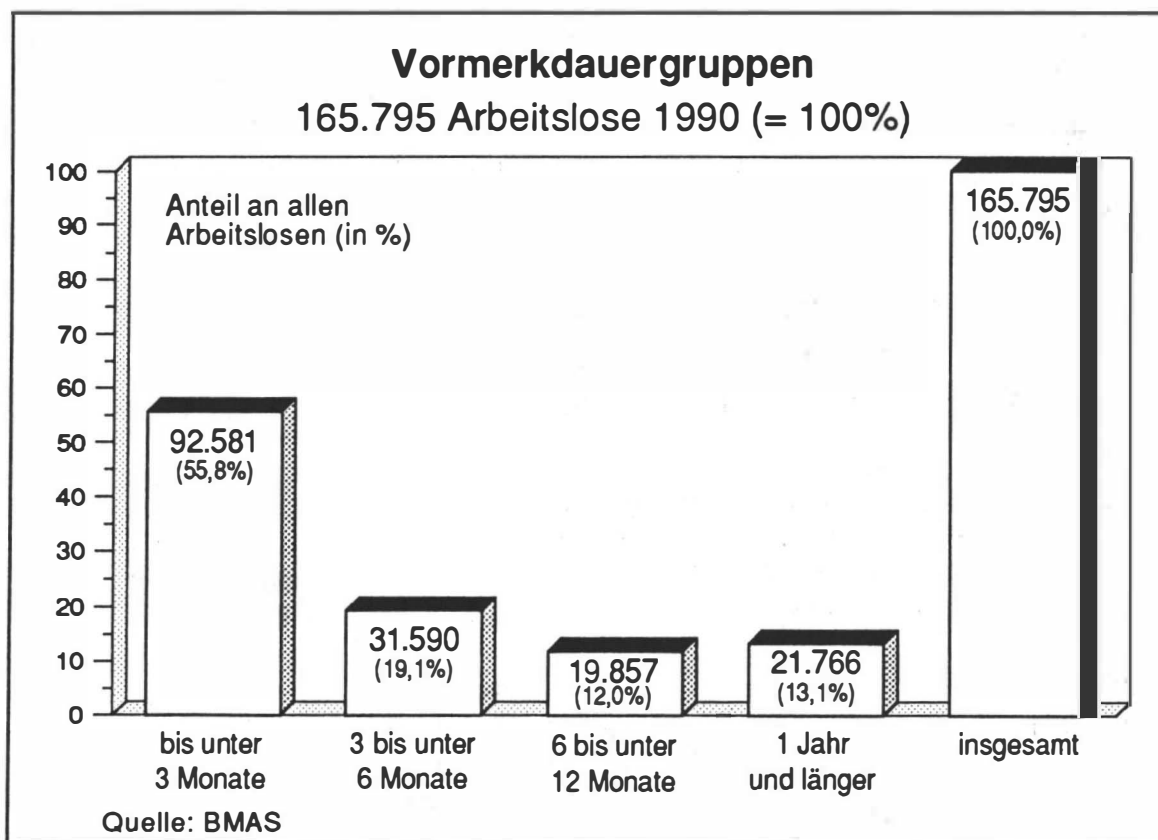
Hilfsberufe allgemeiner Art.....	+7.000
Metallarbeiter, Elektriker .....	+6.700
Bauberufe.....	+5.200
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe.....	+3.700
Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe.....	+3.000

Von diesen fünf Berufen wurden allein fast zwei Drittel aller Zugangszuwächse abgedeckt.

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT****7.7. Vormerkdauer und Verweildauer**

Die Vormerkdauer ist jene Zeitspanne, die zwischen dem Beginn einer Arbeitslosigkeit und dem jeweiligen Statistikstichtagsdatum liegt. Sie stellt somit die noch nicht vollendete Dauer einer Arbeitslosigkeitsepisode dar und wird aus den Bestandsmengen zum jeweiligen Monatsende errechnet. Hingegen ist die Verweildauer jene Zeitspanne, die zwischen dem Beginn und dem Ende einer Arbeitslosigkeit liegt. Sie entspricht somit der vollendeten Dauer einer Arbeitslosigkeitsepisode und wird monatlich aus den Abgängen des jeweiligen Monats berechnet.

1990 verteilte sich der Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen wie folgt auf die einzelnen Vormerkdauerkategorien:

**Mehr als ein Viertel des Arbeitslosenbestandes waren Langzeitarbeitslose (41.600)**

Die kürzeren Vormerkdauergruppen überwogen insofern, als mehr als ein Viertel des Bestandes (rund 41.600) eine Vormerkdauer von weniger als einem Monat, über 43 % (71.800) eine solche von weniger als zwei Monaten und fast 56 % eine solche von weniger als drei Monaten aufwies. Mehr als ein Viertel hatte eine Vormerkdauer von mindestens 6 Monaten, darunter über 13 % eine solche von mindestens einem Jahr. Bezeichnet man die über 6 Monate Arbeitslosen als Langzeitarbeitslose, so gab es bestandsbezogen im Jahre 1990 41.600 Langzeitar-

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

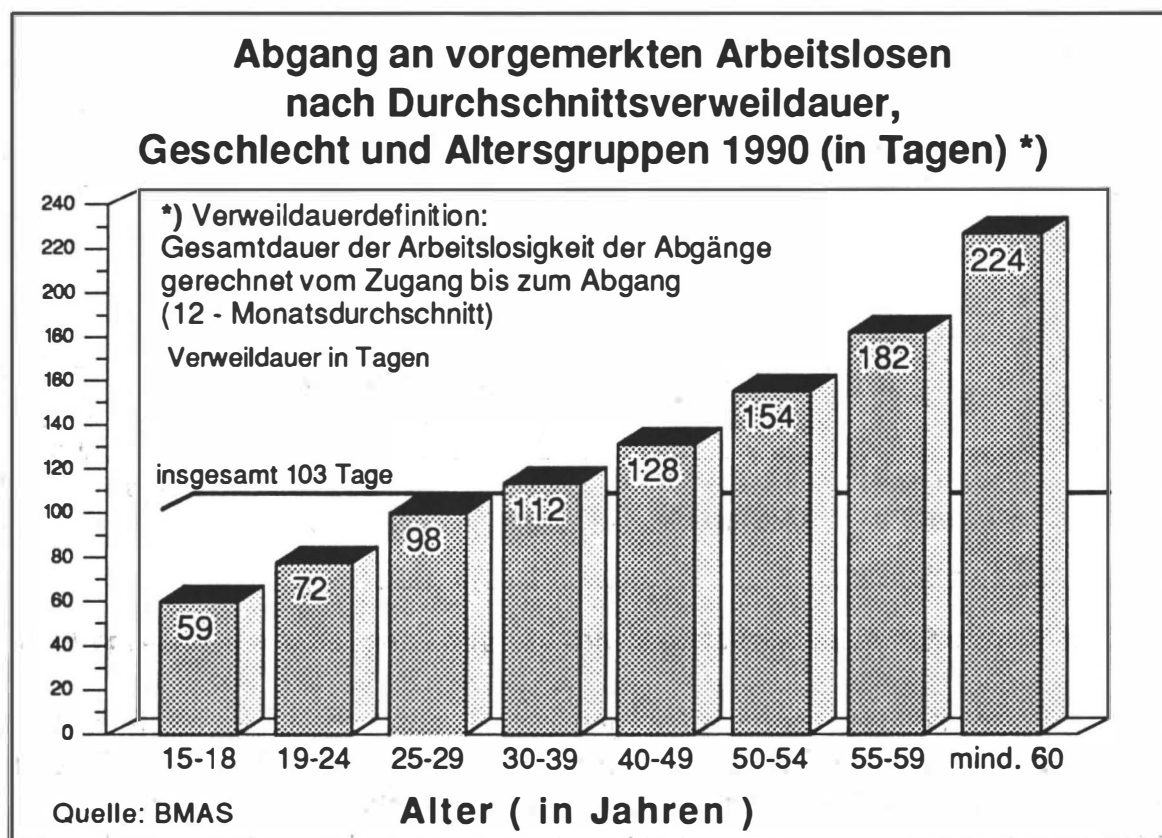
## ARBEITSLOSIGKEIT

beitslose (20.900 Männer, 20.700 Frauen) und einen Anteil an Langzeitarbeitslosen von 25,1 %. Der Anteil an Langzeitarbeitslosen war bei den Frauen etwas höher (27,0 %) als bei den Männern (23,5 %). Bei den Ausländern wiederum fiel dieser Anteil wesentlich geringer aus (9,4 %) als bei den Inländern (27,4 %).

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der **Langzeitarbeitslosen** an den Arbeitslosen: Während er bei den 15- bis 18jährigen nur 4,6 % ausmachte, betrug er bei den **55- bis 59jährigen Immerhin 51,6 %**.

### Verweildauer bei Inländern, Frauen und älteren Arbeitslosen überdurchschnittlich hoch

Die durchschnittliche Verweildauer betrug 1990 **103 Tage**. Sie war bei den Inländern beträchtlich höher (108 Tage) als bei den Ausländern (73 Tage), fiel (ebenso wie die Vormerkdauer) bei den Frauen deutlich höher aus (113 Tage) als bei den Männern (96 Tage) und nahm mit zunehmendem Alter insofern stark zu, als sie bei den mindestens 55jährigen (187 Tage) fast dreimal so hoch war wie bei den Jugendlichen (70 Tage).



Überdurchschnittlich fiel die Verweildauer ferner bei den höheren Ausbildungsstufen aus (Maturanten, Universitätsabsolventen). Außerdem lag sie bei den Nichtsaisonberufen (117

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## ARBEITSLOSIGKEIT

Tage), insbesondere den nichtsaisonalen Dienstleistungsberufen (124 Tage) deutlich höher als bei den Saisonberufen (79 Tage).

### Abnahme der Verweildauer Insbesondere bei den Männern

Im Gegensatz zur Vormerkdauer nahm die durchschnittliche Verweildauer im Vorjahresvergleich ab, und zwar insgesamt um 4 Tage. Diese Abnahme blieb jedoch auf die Männer beschränkt (-7 Tage), während bei den Frauen eine Stagnation auf relativ hohem Niveau zu verzeichnen war. **Abnahmen bei den 19- bis 49jährigen standen Zunahmen bei den 15- bis 18jährigen und insbesondere den mindestens 50jährigen gegenüber.** Überdurchschnittlich waren die Rückgänge bei den Pflichtschulabsolventen (teilweise aufgrund des stark gestiegenen Ausländerangebots) und bei den Maturanten. Die Rückgänge fielen ferner bei den Nichtsaisonberufen (-6 Tage) und insbesondere den Produktionsberufen (ohne Bau) deutlicher aus als bei den Saisonberufen (-2 Tage).

### 64.800 Langzeitarbeitslose konnten vermittelt werden bzw. beendeten ihre Arbeitslosigkeit

Betrachtet man die Summe der Abgänge im Jahr 1990 (525.600) nach Verweildauerklassen, so wird ersichtlich, daß die kürzeren Verweildauergruppen insofern stark dominierten, als fast ein Viertel aller Vorgemerkten (125.700) bereits innerhalb des ersten Monats wieder aus der Arbeitslosigkeit abging, über 46 % (243.500) innerhalb der ersten zwei Monate und fast zwei Drittel (341.200) innerhalb der ersten drei Monate. Wenngleich also der überwiegende Teil der abgehenden Arbeitslosen eher kurze Episodendauern aufwies, so konnten doch immerhin auch 12,3 % (rund 64.800) Langzeitarbeitslose vermittelt werden bzw. gingen aus der Arbeitslosigkeit ab. Dies macht deutlich, daß es sich bei den **Langzeitarbeitslosen keineswegs** um eine über längere Zeiträume weitgehend **gleichbleibende Personengruppe** handelt, und daß auch in diesem Bereich deutliche Austauschprozesse stattfinden.

Zusammenfassend wäre zu sagen, daß sich im Jahr 1990 die Vormerkdauer des Bestandes und die Verweildauer der Abgänge im Gegensatz zu 1989 insofern auseinanderentwickelten, als die **Vormerkdauer leicht anwuchs und die Verweildauer abnahm.** Die Zunahme der Vormerkdauer erklärt sich vor allem aus dem überdurchschnittlichen Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen mit einer mindestens dreimonatigen Vormerkung. Die Abnahme der Verweildauer geht vor allem auf das überdurchschnittliche Ansteigen von Kurzzeitarbeitslosen unter zwei Monaten (insbesondere bei den Ausländern) zurück, was bedeutet, daß diese Personengruppe erfolgreicher vermittelt werden konnte. Während also das kräftige Wachstum des Angebots vor allem an Ausländern zu einem starken Anwachsen von Kurzzeitarbeitslosigkeit führte, haben sich andererseits die Wiederbeschäftigungschancen der Langzeitarbeitslosen weiter verschlechtert. Zusätzlich wuchsen die geschlechtsspezifischen Unterschiede an.

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## ARBEITSLOSIGKEIT

## 7.8. Arbeitslosenzahlen und -quoten bzw. Zugänge nach Bundesländern

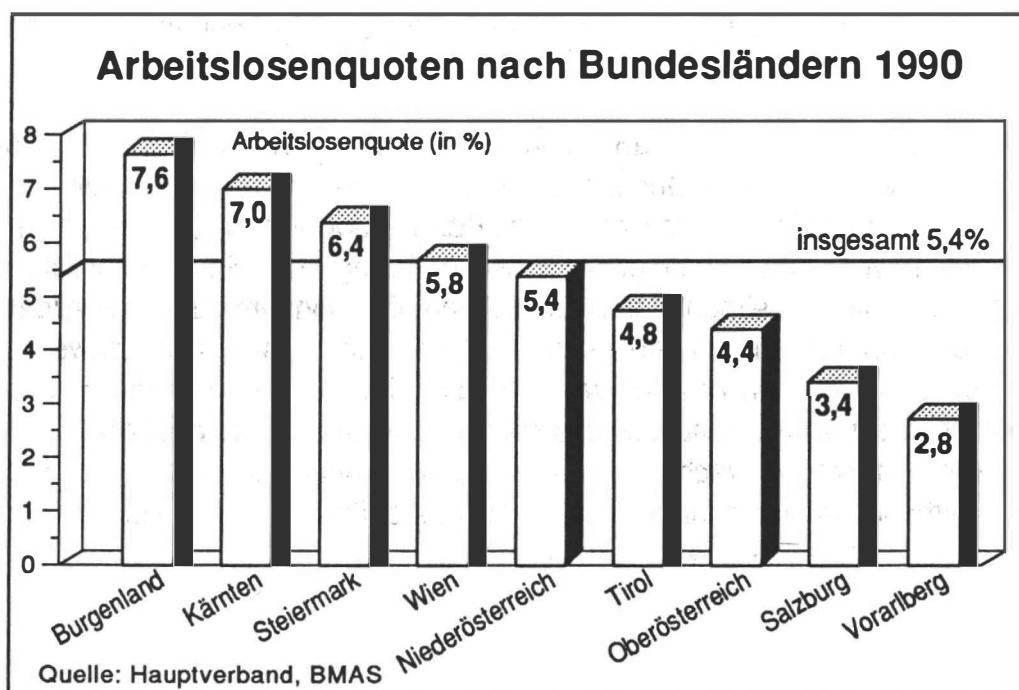
## Arbeitslosigkeitszunahmen in allen Bundesländern

Während es 1988/89 in allen Bundesländern zu Rückgängen der Arbeitslosenzahlen kam, verzeichneten 1989/90 alle Bundesländer trotz deutlicher Beschäftigungszuwächse auch neuerliche Zuwächse der Arbeitslosigkeit, und zwar sowohl bei Männern (Ausnahme: Stagnation in Kärnten) und Frauen als auch bei Inländern und Ausländern. **Überdurchschnittlich waren diese Zuwächse in folgenden Bundesländern** (Durchschnitt: +11,1 %):

Vorarlberg.....	+23,3 %
Oberösterreich.....	+18,4 %
Niederösterreich .....	+17,3 %

Dabei nahm im niveaumäßig nach wie vor günstigsten Bundesland Vorarlberg vor allem die Inländerarbeitslosigkeit relativ stark zu (+17,3 %), in Oberösterreich stieg sowohl die Arbeitslosigkeit der Inländer (+11,7 %) als auch der Ausländer deutlich an (+114,4 %), während in Niederösterreich immerhin mehr als 52 % des Gesamtzuwachses von Ausländern getragen wurden. In Nieder- und Oberösterreich kommt dabei vor allem das mit der Öffnung Osteuropas zusammenhängende hohe Ausländerangebotswachstum zum Tragen. Während die Inländerarbeitslosigkeit am stärksten in Vorarlberg, Oberösterreich und Niederösterreich anwuchs (+8,7 %), stieg die Ausländerarbeitslosigkeit insbesondere in den an die CSFR, an Ungarn oder an Jugoslawien grenzenden Bundesländern Burgenland (+315,1 %), Niederösterreich (186,2 %), Steiermark (+168,7 %) und Oberösterreich stark an. Mit Ausnahme von Vorarlberg und Wien entwickelte sich die Arbeitslosigkeit der Frauen in allen Bundesländern ungünstiger als die der Männer.

## Nach wie vor hohes Arbeitslosigkeitsniveau in Burgenland, Kärnten, Steiermark und Wien



**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

Wie bereits im Vorjahr waren die **Arbeitslosenquoten überdurchschnittlich in den Bundesländern**

Burgenland.....	7,6 %
Kärnten .....	7,0 %
Steiermark.....	6,4 %
Wien.....	5,8 % .

Die Quote für Niederösterreich entsprach genau dem Bundesdurchschnitt (5,4 %). Hinsichtlich des Arbeitslosigkeitsniveaus besteht also nach wie vor das traditionelle Ost-Westgefälle. Die westlichen Bundesländer einschließlich Oberösterreichs wiesen niedrigere Werte auf. Mit Ausnahme des Burgenlandes und von Wien waren die Arbeitslosenquoten bei den Frauen durchgehend höher als bei den Männern. Die Quoten der Ausländer lagen durchwegs höher als die der Inländer und waren besonders hoch in der Steiermark (17,4 %), im Burgenland (13,3 %), in Niederösterreich (10,2 %), Kärnten (8,9 %) und Oberösterreich (8,9 %). Die Jugendarbeitslosenquoten fielen am höchsten im Burgenland (7,7 %) und in Kärnten (7,2 %) aus.

### **7.9. Leistungsbezieher: Betroffenheit und Dauer der Arbeitslosigkeit**

Den bisherigen Ausführungen zur Arbeitslosigkeit lag die Statistik über die bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitslosen (Statistik der vorgemerkten Arbeitslosen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales) zugrunde. Sie erfaßt (unter anderem) monatliche Stichtagsbestände von Arbeitslosen sowie Bewegungsdaten für Zeiträume zwischen Stichtagen (episodenbezogen). Demgegenüber basieren die folgenden Ausführungen (mit Ausnahme 7.9.1.) **auf einer personenbezogenen (Sonder-) Auswertung der Leistungsbezieherdatei** des Bundesrechenzentrums. Diese erlaubt, zwischen von Arbeitslosigkeit "betroffenen Personen" (Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher) und Gesamtdauer (durchschnittliche Gesamtdauer des Leistungsbezuges im Kalenderjahr für die jeweils betrachtete Population) zu unterscheiden, wobei für die aus diesen Komponenten errechneten Bestände gilt:

$$\begin{aligned}
 \text{Durchschnittsbestand} &= \frac{\text{Betroffenheit} \times \text{Gesamtdauer}}{365 \text{ bzw. } 366} \\
 &= \frac{\text{Summe der Leistungsbezugstage im Kalenderjahr}}{365 \text{ bzw. } 366}
 \end{aligned}$$

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT****7.9.1. Anteil der Leistungsbezieher an den vorgemerkten Arbeitslosen 1990**

Im Unterschied zum Vorjahr ist die **Leistungsbezieherquote** (Anteil der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher in Prozent der vorgemerkten Arbeitslosen) 1990 **leicht gesunken**, und zwar von 86,3 % im Jahre 1989 auf 85,7 % im Jahre 1990.

War in den Vorjahren stets eine deutlich niedrigere Leistungsbezieherquote bei den Frauen zu konstatieren, so lag sie 1990 mit 86,3 % um immerhin 1,1 %-Punkte über jener der Männer (85,2 %). Deutliche Unterschiede sind nach wie vor auch zwischen den einzelnen Bundesländern festzustellen. Wie in den Vorjahren fiel die Quote in Tirol (94,1 %) und Salzburg (93,0 %) - beides Bundesländer mit hohem Saisonanteil der Arbeitslosigkeit - am höchsten aus, in Wien (81,4 %) war sie erneut am niedrigsten (immerhin 4,3 %-Punkte unter dem Bundesmittel).

**Gründe für den leichten Rückgang der Leistungsbezieherquote**

Der primäre Grund dürfte in der stark gestiegenen Zahl der (in geringerem Ausmaß leistungsberechtigten) **ausländischen Arbeitslosen** liegen (**Leistungsbezieherquote: 48,0 %**). Ihr Anteil an allen Arbeitslosen hat sich 1990 spürbar erhöht (um 4 %-Punkte auf 11,1 % im Jahresdurchschnitt). Im Zusammenhang damit ist auch die Zahl der ohnedies in geringerem Ausmaß leistungsberechtigten jugendlichen Arbeitslosen (15- bis 24jährige) 1990 wieder deutlich angestiegen.

Demgegenüber dürfte die spürbar gestiegene Leistungsbezieherquote bei den Frauen ein Indiz für altersspezifische Austauschprozesse im Beschäftigungssystem zu werten sein (verbesselter, rascherer Zugang bzw. erfolgreiche Konkurrenz durch Jugendliche oder auch durch Personen der "stillen" bzw. auch ausländischen Arbeitskräftereserve im Beschäftigungssystem).

**7.9.2. Komponenten des Jahresdurchschnittsbestandes 1990:  
Betroffenheit und Dauer**

Die personenbezogene (Sonder-)Auswertung der Leistungsbezieherdatei des Bundesrechnungszentrums weist für 1990 einen Jahresdurchschnitt an Leistungsbeziehern (Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher) von 150.537 aus, um immerhin 11,5 % mehr als im Jahr zuvor. Nach zwei Jahren eher schwacher rückläufiger Entwicklung ist nunmehr wieder ein **kräftiger Anstieg der Leistungsbezieherzahlen** zu konstatieren.



**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT****476.328 Personen zumindest einmal von Arbeitslosigkeit betroffen**

	Durchschnittsbestand	Änderung gegenüber Vorjahr (in %)	Betroffenheit	Änderung gegenüber Vorjahr (in %)	Gesamtdauer <sup>1)</sup>	Änderung gegenüber Vorjahr (in %)
1989						
Alle Personen	134.980	- 4,9	452.025	-2,7	109,0	-2,5
1990						
Alle Personen	150.537	+11,5	476.328	+5,4	115,4	+5,8
Männer	79.836	+ 7,4	276.252	+3,6	105,5	+3,7
Frauen	70.701	+16,6	200.076	+8,0	129,0	+8,0

1) Durchschnittliche Gesamtdauer des Leistungsbezuges im Kalenderjahr (kumuliert) für die jeweils betrachtete Population

1990 bezogen insgesamt 476.328 Personen (276.252 Männer, 200.076 Frauen) zumindest einmal Arbeitslosengeld und/oder Notstandshilfe, waren also zumindest einmal im Kalenderjahr von Arbeitslosigkeit betroffen. Damit ist die Zahl der Betroffenen um immerhin rund 24.300 oder 5,4 % gegenüber 1989 angestiegen (1988/89: -2,7 %), sie lag damit um mehr als 230.000 über dem Niveau von 1980 (dem letzten "Vollbeschäftigungsjahr" vor der Rezession).

**Markant ungünstigere Entwicklung bei den Frauen**

Die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen stieg mit rund +14.764 oder 8,0 % spürbar stärker an als jene der Männer (+9.539 oder +3,6 %). Dieser erneute kräftige Anstieg bei den Frauen ist sicherlich auch im Zusammenhang mit der vergleichsweise ungünstigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Dienstleistungsberufen zu sehen (ungeachtet der deutlichen Beschäftigungsexpansion in diesem Bereich).

War bereits bei der Betroffenheit eine ungünstigere Entwicklung bei den Frauen zu konstatieren, so ist dies hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit ebenfalls augenfällig.

1990 betrug die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit bei den Frauen 129 Tage, sie lag damit um immerhin rund 24 Tage über jener der Männer. Während sich zudem jene der Männer lediglich um knapp 4 Tage (oder +3,7 %) erhöhte, fiel der Zuwachs bei den Frauen mehr als doppelt so hoch aus (ca. 10 Tage; +8,0 %).



**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT****Ungleiche Verteilung der Lasten**

Diese Durchschnittsbetrachtung soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesamtdauer unter den von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen äußerst ungleich verteilt ist. Die Kluft zwischen Personen mit nur kurzer Dauer der Arbeitslosigkeit und jener Personengruppe mit den längsten Gesamtdauern ist beträchtlich, wobei sich **die Unterschiede in den achtziger Jahren**, vor allem auch in den letzten Jahren - in einer Zeit spürbarer Konjunkturbelebung - **sichtlich verschärften**.

Verteilung der Gesamtdauer des Leistungsbezuges in Tagen  
1. Dezil <sup>1)</sup>    5. Dezil(Median)    8. Dezil    9. Dezil

1989					
	Alle Personen	18	85	162	245
	Männer	15	78	147	232
	Frauen	22	94	181	263
1990					
	Alle Personen	20	89	177	273
	Männer	16	78	154	249
	Frauen	25	105	199	292

1) Dezile bezeichnen jeweils die Grenze einer 10 %-Gruppe von Personen (z.B. 5. Dezil = Median: 50 % der Verteilung liegen unter bzw. über dem Wert)

Quelle: IWS-ARBEITSLOS

**Polarisierung verschärft sich abermals**

Während 10 % der Leistungsbezieher weniger bis höchstens 20 Tage arbeitslos waren, war jener Personenkreis (10 %-Gruppe) mit den längsten Dauern mindestens 273 Tage ohne Beschäftigung. Im Unterschied zum Vorjahr hat sich die 9. Dezilgrenze nicht bloß geringfügig, sondern vielmehr sprunghaft erhöht.

**7.9.3. Konzentration der Arbeitslosigkeit**

Die enorme Konzentration der Arbeitslosigkeit wird augenscheinlich, wenn man den Anteil errechnet, den die einzelnen Dauergruppen (hier: Dezilgruppen) an der Gesamtzahl der Leistungsbezugstage (= Arbeitslosigkeitsvolumen bzw. standardisiert: Durchschnittsbestandteil) tragen.

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ARBEITSLOSIGKEIT**

Für 1990 ergibt sich dann folgendes Bild:

Dezil- gruppen	Dezilver- teilung der Gesamt- dauer	Mittelwert der Gesamt- dauer	%-Anteil an Arbeitslosig- keitsvolumen (bzw. Jahresdurch- schnittsbestand)	%-Anteil kumuliert
1.	20	11	0,9	0,9
2.	35	28	2,4	3,3
3.	54	44	3,9	7,2
4.	70	62	5,3	12,5
5.	89	79	6,9	19,4
6.	109	98	8,5	27,9
7.	137	122	10,6	38,5
8.	177	153	13,3	51,7
9.	273	215	18,6	70,3
10.	365	343	29,7	100,0

Quelle: IWS-ARBEITSLOS, BMAS (eigene Berechnung)

Die **beiden oberen Dauergruppen (9. und 10. Dezilgruppe)** tragen beinahe die  **Hälfte der "Gesamtlast" der Arbeitslosigkeit** (bzw. des Durchschnittsbestandes): Ihr Anteil am Arbeitslosigkeitsvolumen betrug 48,3 %, während die unteren beiden Dezilgruppen, also ein gleich großer Personenkreis (rund 95.300 Betroffene) mit nur 3,3 % kaum bestandswirksam waren. Die "unteren" 60 % der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen (rund 285.800 Personen) tragen sogar etwas weniger zum Bestand bei (27,9 %) als die Gruppe mit den längsten Dauern (10. Dezilgruppe, rund 47.600 Betroffene: 29,7 %).

Vor diesem Hintergrund wird zugleich einsichtig, warum der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit nach wie vor ein zentraler Stellenwert in der Arbeitsmarktpolitik zukommt.

## 8. Entwicklung des Stellenangebotes

### 8.1. Stellenangebot Insgesamt und nach Berufsbereichen

#### Starke Zunahmen an offenen Stellen schwächten sich im Jahresverlauf ab

1990 stieg der **Bestand an offenen Stellen** gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 10.000 oder 22,0 % auf rund **55.600** an, wobei bis Juli deutlich höhere Zunahmen gegenüber dem Vorjahr, bis Oktober ein Abflauen dieser Zunahmen und gegen Jahresende sogar leichte Abnahmen sichtbar wurden.

Während die Bestandszunahmen der ersten Monate des Berichtsjahres noch primär auf steigende Zugänge an offenen Stellen zurückzuführen waren, gewann in der Folge die **erhöhte Laufzeit** an Gewicht. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ließ in erster Linie nach, weil es aufgrund der leichteren Verfügbarkeit ausländischer Arbeitskräfte zu einer gewissen Sättigung vor allem in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten kam. Darüber hinaus hat sich die Nachfrage aber auch in den anderen Qualifikationsbereichen, wenngleich nicht so deutlich, abgesenkt, was auf ein Einpendeln der Konjunktur hindeutet.

Die Entwicklung der **Laufzeit der offenen Stellen hing stark von der Qualität der angebotenen Arbeitsplätze, den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung** ab. Zwar wird in den meisten Fällen nach oder über dem Kollektivvertrag bezahlt, doch scheint bei Misch Tätigkeiten der jeweils niedrigste Kollektivvertrag zum Maßstab zu werden. Das geänderte Suchverhalten der Betriebe, wie Dauermeldungen bei hoher Fluktuation oder vorsorgliche Meldungen bei schwankender Auftragslage und nicht zuletzt das "Tauziehen" um Beschäftigungsbewilligungen für Ausländer/innen und in kleinerem Umfang hohe Qualifikationsanforderungen trugen ebenfalls zu einer Zunahme der Laufzeit offener Stellen bei.

#### Hilfs- und Anlernkräfte wurden stark nachgefragt

Die in der Öffentlichkeit weit verbreitete Meinung, daß vor allem Facharbeiter/innen gesucht werden, bestätigte sich auch 1990 nicht: Es entfielen noch immer rund die  **Hälfte des Bestands** und rund die Hälfte der Zunahmen der offenen Stellen **auf Arbeitsplätze, für die keine besonderen Qualifikationen verlangt wurden.**

Durch die relativ stärkere Zunahme des Bestands an offenen Stellen als an Arbeitslosen ging die Stellenandrangsziffer von 3,3 (1989) auf 3,0 zurück.

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****ENTWICKLUNG DES STELLENANGEBOTES**

In folgenden Berufsbereichen waren die stärksten Zunahmen des Bestands an offenen Stellen festzustellen:

	Veränderung 1989/90	
	absolut	in %
Bauberufe	+1.710	+36,9
Metall-, Elektroberufe	+1.652	+20,6
Reinigungsberufe	+1.031	+45,8
Hotel-, Gaststätten-, Küchenberufe	+ 854	+10,3

## 8.2. Abgeschlossene Laufzeit des Abgangs an offenen Stellen insgesamt und nach Berufen

Die abgeschlossene Laufzeit der offenen Stellen ist die Zeitspanne vom arbeitgeberseitig gewünschten möglichen Antrittsdatum bis zur tatsächlichen Besetzung bzw. Abbuchung der offenen Stelle. Diese Laufzeit ist, mit Einschränkungen, ein Indikator für die Dauer der Suche nach Arbeitskräften, wobei längere Auswahlverfahren, wie bei Angestelltenberufen üblich, mit enthalten sind. Ein zunehmendes Problem stellen jene offenen Stellen dar, die aufgrund des verfügbaren Arbeitskräfteangebots zu "Grenzkonditionen" angeboten werden. Neben dem höheren Aufwand, diese Stellen zu besetzen, dauert es erfahrungsgemäß auch länger. Ob dieses **"Downgrading" der Qualität der offenen Stellen** für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft mittelfristig vorteilhaft sein wird, bleibt abzuwarten.

### Knapp die Hälfte der offenen Stellen ging in kürzester Zeit ab

Von den Arbeitsämtern wurden 1990 rund 262.400 offene Stellen besetzt und abgebucht; bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 68 Tagen, wobei knapp die Hälfte der Abgänge innerhalb von 30 Tagen erfolgte. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Abgänge um rund 23.900 an, aber auch die Laufzeit verlängerte sich um 14 Tage. Stärkere Abgänge länger laufender offener Stellen waren die Ursache, was darauf hindeutet, daß die Arbeitsämter auch unter erschwerten Bedingungen erfolgreich waren.

Rascher als im Durchschnitt gingen Stellen vor allem für Hilfskräfte, für Fremdenverkehrsberufe und für Büroberufe ab. Länger dauerte es für Bauberufe, für Metallberufe, für Handelsberufe und für Technische Berufe.

## 9. Der Lehrstellenmarkt

### Die Lehrstelleneintritte gingen demografisch bedingt zurück

Die Rückgänge der Zahl der Lehranfänger/innen, die die achtziger Jahre hindurch vor allem in Abhängigkeit vom demografischen Verlauf beobachtbar waren, werden sich noch bis Mitte der neunziger Jahre fortsetzen.

Die Gesamtzahl an Lehrstellensuchenden umfaßte 1990 rund 47.100 Jugendliche, während die Gesamtzahl an offenen Lehrstellen rund 58.100 betrug. Um die vor allem aus demografischen Gründen entstandene **Besetzungslücke** zu verkleinern, ist die verstärkte Aufnahme von Lehrstellensuchenden mit Vermittlungseinschränkungen, von ausländischen Lehrstellensuchenden sowie das Einbeziehen interessierter Jahrgänge, die bisher keine Möglichkeit zu einer Ausbildung hatten, sinnvoll. Flankierend dazu sollten Überlegungen zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Lehrausbildung, insbesondere deren Anbindung an das weiterführende Schulsystem, und nicht zuletzt bezüglich höherer Einkommen für Facharbeit angestellt werden. In den letzten drei Jahren haben rund **47 % der entsprechenden Geburtsjahrgänge eine Lehre begonnen, ein größerer Anteil als zu Beginn der achtziger Jahre**. Die jeweilige Neigung, einen Lehrberuf zu ergreifen, konnte die jahgangsbedingt rückläufigen Neuzugänge nur etwas verstärken oder abschwächen, aber nicht wesentlich beeinflussen.

### Die Zahl der Beschäftigten mit Lehrausbildung nimmt weiter zu

Die Versorgung der österreichischen Wirtschaft **mit Fachkräften** ist trotz der Abnahme bei den Lehrstelleneintritten (zahlenmäßig) **nicht gefährdet**. Aufgrund der Altersstruktur der Facharbeiter/innen scheiden immer noch weniger Fachkräfte aus dem Erwerbsleben aus als neu eintreten. Das Potential an Beschäftigten mit einer Lehrausbildung wird also weiter wachsen.

Dagegen wird häufig eingewendet, daß es Wirtschaftsbereiche gibt, in denen es bereits jetzt zu Problemen mit der Sicherung des Facharbeiterstandes kommt, während andere Branchen traditionell zuviele Facharbeiter/innen haben, die aber in den Mangelberufen nicht einsetzbar sind.

Nun gibt es in Österreich, grob formuliert, **zwei Ausbildungsqualitäten**: Auf der einen Seite eine betont gute Ausbildung in zumeist kapitalintensiven Bereichen, die sich aber aufgrund höherer Bildungsinvestitionen am Eigenbedarf orientiert und auf der anderen Seite ein breites Qualitätsspektrum in weniger kapitalintensiven Bereichen mit geringeren Investitionen in die Ausbildung und mit der Tendenz, mehr Lehrlinge auszubilden als dem Eigenbedarf entspricht. Im letzteren Bereich ist auch die Intention stärker vertreten, die Auszubildenden so rasch wie möglich produktiv einzusetzen. Durch das geringere Angebot an Lehrstellensuchenden wird es für diese meist kleineren Betriebe schwieriger, genügend Interessenten für eine Lehre zu gewinnen.

## ARBEITSMARKTLAGE 1990

## ARBEITSLOSIGKEIT INTERNATIONAL

Die früheren Überschüsse an ausgebildeten Facharbeitern und Facharbeiterinnen haben auch dazu geführt, daß **ein Viertel nicht ihrer Ausbildung entsprechend eingesetzt ist.**

Die Arbeitsmarktverwaltung wird sowohl von den Lehrstellensuchenden als auch von den Lehrbetrieben verhältnismäßig stark eingeschaltet. 1990 meldeten die Lehrbetriebe rund 44.900 offene Lehrstellen an die Arbeitsämter, was rund drei Viertel des gesamten verfügbaren Lehrstellenangebotes ausmachte. Gleichzeitig ließen sich rund 29.800 Lehrstellensuchende vormerken, somit rund zwei Drittel der gesamten Zahl an Lehrstellensuchenden in Österreich im Jahr 1990.

Die Jahresdurchschnittszahl von rund 3.100 Lehrstellensuchenden und 13.700 offenen Lehrstellen im Jahre 1990 gibt diese Dynamik kaum wieder.

### **10. Arbeitslosigkeit international**

Die EG publiziert monatlich Daten über die Arbeitslosigkeit ihrer Mitgliedsländer, die aus folgenden Quellen stammen (EUROSTAT: Arbeitslosigkeit):

- Saisonbereinigte und nicht saisonbereinigte Arbeitslosenquoten für einzelne Monate sowie für Jahresdurchschnitte
- Geschätzte Zahl der Arbeitslosen (Jahreswerte)
- Zahl der bei den Arbeitsämtern eingeschriebenen Arbeitslosen

Die beiden ersten Datenquellen gehen auf jährlich im Frühjahr durchgeführte Erhebungen über Arbeitskräfte zurück, die umfassende Ergebnisse über die Bereiche Beschäftigung, Arbeitszeit, Arbeitssuche, Arbeitslosigkeit u.ä. bieten und den Definitionen der ILO entsprechen. Die bei diesen Umfragen gewonnenen Daten werden anhand der bei den Arbeitsämtern eingeschriebenen Personen monatlich fortgeschrieben und zur Berechnung der Arbeitslosenquoten herangezogen. Die dritte angeführte Datenquelle bezieht sich auf die bei den Arbeitsämtern der einzelnen EG-Mitgliedsstaaten registrierten Arbeitslosen.

**Die Arbeitslosenquote Österreichs war auch 1990 deutlich niedriger als in den meisten EG- bzw. OECD-Ländern**

Für den **EG-Raum** wurden für 1990 im Durchschnitt und nach der ILO-Definition rund 12 Millionen Arbeitslose geschätzt, was einer **Quote von 8,3 %** entsprach. (Im Vergleich dazu waren bei den Arbeitsämtern der Gemeinschaft für denselben Zeitraum weitaus mehr, nämlich durchschnittlich rund 14,5 Millionen Personen vorgemerkt).

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****EINKOMMENSITUATION VON ARBEITSLOSEN**

Die OECD übernimmt im wesentlichen die Umfrageergebnisse der EG. Für 1990 ergaben die Berechnungen der OECD darüber hinaus für OECD-Europa eine Arbeitslosenquote von 8,0 % und eine Arbeitslosenzahl von rund 14,5 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr war die Arbeitslosigkeit leicht rückläufig.

**Österreich** hatte, nach der Einschätzung der OECD für 1990, eine **Arbeitslosenquote von 3,3 %** (auf Basis von Umfragedaten) und zählt damit im internationalen Vergleich zu den Ländern mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten.

## **11. Einkommenssituation von Arbeitslosen**

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ist nicht identisch mit jener der Leistungsbezieher von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe. Ein nicht unbeträchtlicher **Teil der Arbeitslosen bezieht keine Leistungen** nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, vor allem weil sie nicht die erforderlichen Beschäftigungszeiten nachweisen können. Setzt man den Durchschnittsbestand an vorgemerkten Arbeitslosen in Beziehung zum Durchschnittsbestand an Leistungsbeziehern, so ergibt sich ein Anteil von 85,7 % (Leistungsbezieherquote), 14,3 % sind also nicht Leistungsbezieher. Im Jahre 1989 waren noch 86,3 % Leistungsbezieher.

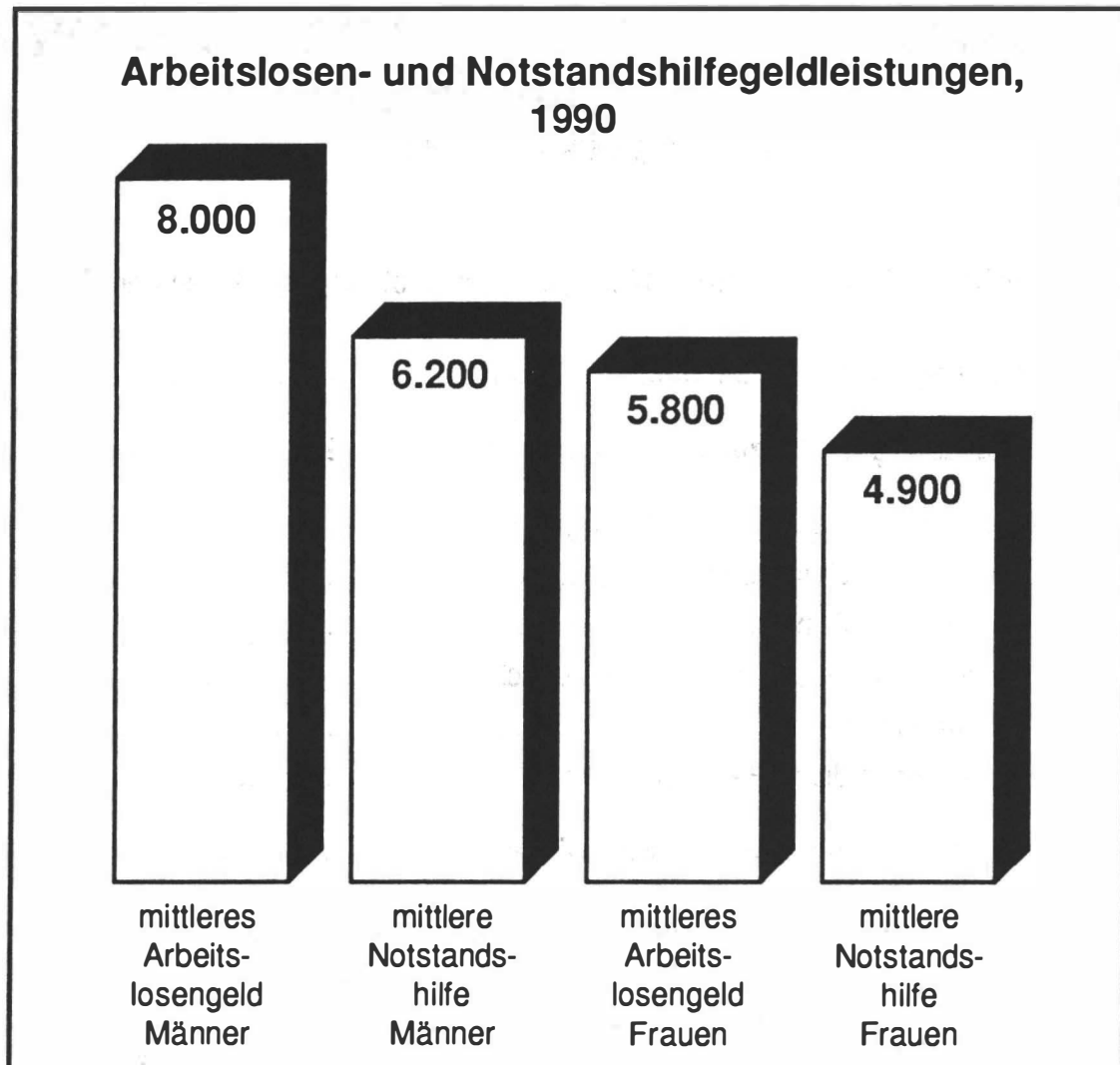
**Mittlere Höhe der Auszahlungssumme an Arbeitslose beträgt S 6.599,—**

Die mittlere Höhe (Median) der monatlichen Leistungen an Arbeitslose betrug im Jahre 1990 S 6.599,— (Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe inkl. allfälliger Familienzuschläge). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um S 381,— oder +6,1 %.

**Mittleres monatliches Arbeitslosengeld S 7.018,—**

Das mittlere Arbeitslosengeld betrug 1990 pro Monat S 7.018,— (inklusive allfälliger Familienzuschläge). Dabei gibt es **beträchtliche geschlechtsspezifische Unterschiede**. Der Median liegt bei **Frauen bei S 5.790,—**, bei **Männern aber bei S 7.952,—**. Diese Unterschiede ergeben sich hauptsächlich aus der niedrigeren Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld, das heißt den niedrigeren Löhnen bzw. Gehältern der Frauen vor der Arbeitslosigkeit. Die mittlere Bemessungsgrundlage lag 1990 bei Frauen bei S 12.435,—, bei Männern aber bei S 17.774,—. Ein weiterer Grund für die niedrigere Bemessungsgrundlage der Frauen und damit für das niedrigere Arbeitslosengeld liegt im höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigten.

**Zwischen 40 % und 50 % der arbeitslosen Frauen** müssen mit einem **Arbeitslosengeld** auskommen, das **unter dem Ausgleichsrichtsatz** für Alleinstehende in der Pensionsversiche-

**ARBEITSMARKTLAGE 1990****EINKOMMENSITUATION VON ARBEITSLOSEN**

rung liegt (2. Jahreshälfte 1990: S 5.574,—). Bei Männern liegt der vergleichbare Anteil zwischen 10 % und 20 %.

#### **Mittlere monatliche Notstandshilfe S 5.473,—**

Die mittlere Notstandshilfe ist vor allem wegen der Anrechnung von Einkommen der im Haushalt lebenden Angehörigen gegenüber dem Arbeitslosengeld deutlich reduziert. Auch hier sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede beachtlich, wenn auch etwas geringer als beim Arbeitslosengeld. Bei Frauen liegt der Median bei S 4.914,— bei Männern bei S 6.224,—. Das Verhältnis ist also 1 : 1,27, wogegen die Relation beim Arbeitslosengeld 1 : 1,37 beträgt. 30 % der **notstandshilfebeziehenden Frauen** müssen mit einer **monatlichen Leistung von unter S 4.000,—** auskommen, das waren 1990 immerhin etwa 15.000 Frauen.



# DIE ENTWICKLUNG DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG IM JAHRE 1990

Ursula OBERMAYR, Hans STEFANITS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales

<b>1. Sozialausgaben.....</b>	<b>86</b>
<b>2. Die Gebarung der Sozialversicherung im Jahre 1990.....</b>	<b>86</b>
2.1 Die Gebarung der Krankenversicherung .....	88
2.2 Die Gebarung der Unfallversicherung .....	92
2.3 Die Gebarung der Pensionsversicherung .....	95
2.3.1 Der Beitrag des Bundes zur Pensionsversicherung .....	96
2.3.2 Die Belastungsquote.....	98
2.3.3 Das volkswirtschaftliche Pensionskonto .....	99
<b>3. Pensionsbezieher und Pensionsniveau .....</b>	<b>101</b>
3.1 Die Entwicklung des Pensionsstandes .....	101
3.2 Pensionshöhe .....	103
3.2.1 Durchschnittliche Pensionsleistungen .....	103
3.2.2 Auslandspensionen .....	105
3.2.3 Personenbezogene Leistungen in der Pensionsversicherung .....	106
3.2.4 Pensionsanpassung .....	108
3.3 Zulagen und Zuschüsse in der Pensionsversicherung .....	108
3.3.1 Ausgleichszulagen .....	108
3.3.2 Hilflosenzuschuß .....	110
3.4 Neuzugänge an Pensionen .....	111
3.4.1 Durchschnittliches Pensionszugangsalter .....	112
3.4.2 Neuzugänge aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit.....	114
3.4.3 Pensionsanträge und Zuerkennungen.....	116
3.4.4 Höhe der neuzuerkannten Pensionsleistung .....	117
3.5 Abgänge an Pensionen .....	119

**SOZIALVERSICHERUNG****INHALTSVERZEICHNIS**

<b>4. Ruhebezüge Im Öffentlichen Dienst.....</b>	<b>123</b>
4.1 Ruhebezüge der Bundesbediensteten .....	123
4.2 Ruhebezüge der Post- und ÖBB-Bediensteten.....	125
4.3 Ruhebezüge der Landesbediensteten von Kärnten und Burgenland.....	126

**SOZIALVERSICHERUNG 1990****GEBARUNG DER SOZIALVERSICHERUNG****1. Sozialausgaben**

Nach vorläufigen Berechnungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung betragen die Sozialausgaben im Jahre 1990 rund 481 Mrd. S. In diesen Sozialausgaben sind Ausgaben der Sozialversicherungsträger und Aufwendungen der Gebietskörperschaften für soziale Sicherheit (einschließlich „Beamtenpensionen“) ebenso enthalten wie freiwillige Sozialleistungen von Unternehmen, die eine den Leistungen der Sozialversicherung vergleichbare Funktion erfüllen. Die Höhe dieser freiwilligen Sozialleistungen kann allerdings nur geschätzt werden.

Gegenüber 1989 sind die **Sozialausgaben** um knapp 33 Mrd. S oder 7,3% gestiegen und **wuchsen** damit – wie schon 1989 – **schwächer als das Bruttoinlandsprodukt** zu laufenden Preisen, sodaß ihr Anteil am BIP („Sozialquote“) um zwei Zehntel Prozentpunkte auf 26,6% sank.

**Sozialausgaben 1980 – 1990**

<b>Jahr</b>	<b>Sozialausgaben in Mio. S</b>	<b>Sozial- quote <sup>1)</sup></b>
<b>1980</b>	257.449	25,9
<b>1985</b>	364.603	27,0
<b>1989</b>	448.324	26,8
<b>1990 <sup>2)</sup></b>	481.044	26,6

1) Sozialausgaben in Prozent des BIP

2) Bundesvoranschlag

Quelle: WIFO

**2. Die Gebarung der Sozialversicherung  
im Jahre 1990**

Die vorläufigen Gebarungsergebnisse der Sozialversicherungsträger für das Jahr 1990 weisen Gesamteinnahmen von 281.522 Mio. S aus, denen Gesamtausgaben von 279.920 Mio. S gegenüberstehen. Im Vergleich zu 1989 stiegen die Gesamtausgaben mit 6,8% etwas schwächer als die Gesamteinnahmen mit 7,0%.

**Gesamteinnahmen:**

Die **Einnahmen bestanden zu 77,7% aus Beiträgen für Versicherte**, die sich auf 218.684

**SOZIALVERSICHERUNG 1990****GEBARUNG DER SOZIALVERSICHERUNG**

Mio. S beliefen. Davon stammten 31.983 Mio. S aus dem Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger. Die Beitragseinnahmen lagen um 9,7% über jenen des Vorjahres.

**Der Bund zahlte 1990 Beiträge in Höhe von 45.552 Mio. S**, wobei der Großteil auf die sogenannte Ausfallhaftung des Bundes zur Abdeckung der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Pensionsversicherung entfiel. Damit verringerte sich der Bundesbeitrag gegenüber 1989 um 2,4 Mrd. S, d. s. 5,0%. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß **1990 4,9 Mrd. S aus dem Reservefonds gemäß § 64 AIVG an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger** überwiesen wurden. Die sonstigen Einnahmen aus Vermögenserträgen, Kostenbeteiligungen der Versicherten etc. beliefen sich auf 17.286 Mio. S.

**Gesamtausgaben:**

Die Gesamtausgaben von 279.920 Mio. S verteilten sich zu **95,7% auf Leistungen** (267.899 Mio. S) und zu 4,3% auf sonstige Ausgaben (12.022 Mio. S). Der zu den sonstigen Ausgaben zählende Verwaltungsaufwand betrug 1990 7.647 Mio. S, d. s. 2,7% des Gesamtaufwandes. Der **Anteil des Verwaltungsaufwandes** an den Gesamtausgaben ist damit gegenüber 1989 leicht gesunken.

**Gebbarungsergebnisse in der Sozialversicherung insgesamt**

Beträge in 1000 Schilling

Bezeichnung	1990 <sup>1)</sup>	Änderung zu 1989 in%
<b>Gesamteinnahmen</b>	281,522.210	+ 7,00
Beiträge für Versicherte	218,684.586	+ 9,46
davon Beiträge aus dem Ausgleichsfonds	25,827.702	+ 23,83
Beiträge des Bundes (§ 80 ASVG, § 34 GSVG, § 31 BSVG)	45,551.588	- 5,05
Sonstige Einnahmen	16,706.036	+ 9,89
<b>Gesamtausgaben</b>	279,920.383	+ 6,77
Leistungsaufwand	267,898.530	+ 6,77
Sonstige Ausgaben	12,021.853	+ 6,69
<b>Saldo</b>	1,601.827	

<sup>1)</sup> vorläufige Gebbarungsergebnisse

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, eigene Berechnungen

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## GEBARUNG DER KRANKENVERSICHERUNG

Nach Versicherungszweigen betrachtet, entfielen **70,5% der Ausgaben** der Sozialversicherung **auf die Pensionsversicherung**, **26,2% auf die Krankenversicherung** und die restlichen **3,2% auf die Unfallversicherung**.

Gemessen an den Gesamtausgaben des Bundes werden die Ausgaben der Sozialversicherung 1990 voraussichtlich 49,9% betragen, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1,2 Prozentpunkten bedeutet.

Der Anteil des Bundes an den Ausgaben der Sozialversicherung (Bundesbeitrag und Ersätze für Ausgleichszulagen) wird allerdings nur 8,3% betragen und damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 9,1% liegen.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, das 1990 1.809.850 Mio. S (Schätzung) beträgt, ergibt dies einen Anteil von 15,6%. Damit hat der Anteil der Ausgaben der Sozialversicherung am BIP gegenüber 1989 weiter abgenommen (um 0,1 Prozentpunkte).

### 2.1 Die Gebarung der Krankenversicherung

Die vorläufigen Gebarungsergebnisse der Krankenversicherungsträger weisen für 1990 Gesamteinnahmen von 73.901 Mio. S aus, denen **Gesamtausgaben von 73.387 Mio. S** gegenüberstehen. Somit betrug der Überschuß 514 Mio. S.

#### - Einnahmen der Krankenversicherung:

Auf der Einnahmenseite konnte gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 7,4% erzielt werden. Zu 87,9% stammten die Einnahmen aus Beiträgen für Versicherte (64.995 Mio. S), zu 11,0% aus sonstigen Einnahmen aus Vermögenserträgen, Kostenersätzen, Rezeptgebühren etc. (8.153 Mio. S) sowie zu 1,0% aus Beiträgen des Bundes zur Krankenversicherung der Bauern (752 Mio. S).

Die Einnahmensteigerung ist in erster Linie auf einen **Zuwachs bei den Beiträgen für Versicherte** (+ 7,1% oder 4.333 Mio. S) zurückzuführen. Die Beiträge für Erwerbstätige nahmen um 7,3%, die für Rentner und Pensionisten um 6,3% zu. Die Beiträge für Arbeitslose stiegen um 15,4%, worin sich die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen im Jahr 1990 widerspiegelt.

Der Beitrag des Bundes zur Krankenversicherung der Bauern war 1990 geringfügig niedriger (- 0,2%) als 1989 und betrug 751.820 Mio. S. Hingegen stiegen die sonstigen Einnahmen um 10,6%.

Der Zuwachs von 7,1% bei den Einnahmen aus Beiträgen für Versicherte ist u. a. auf das durch die Erhöhung der Zahl der unselbständig Beschäftigten (+ 65.000 im Jahresschnitt) und die relativ hohen Lohnabschlüsse bedingte Anwachsen der Beiträge bei den Unselbständigen

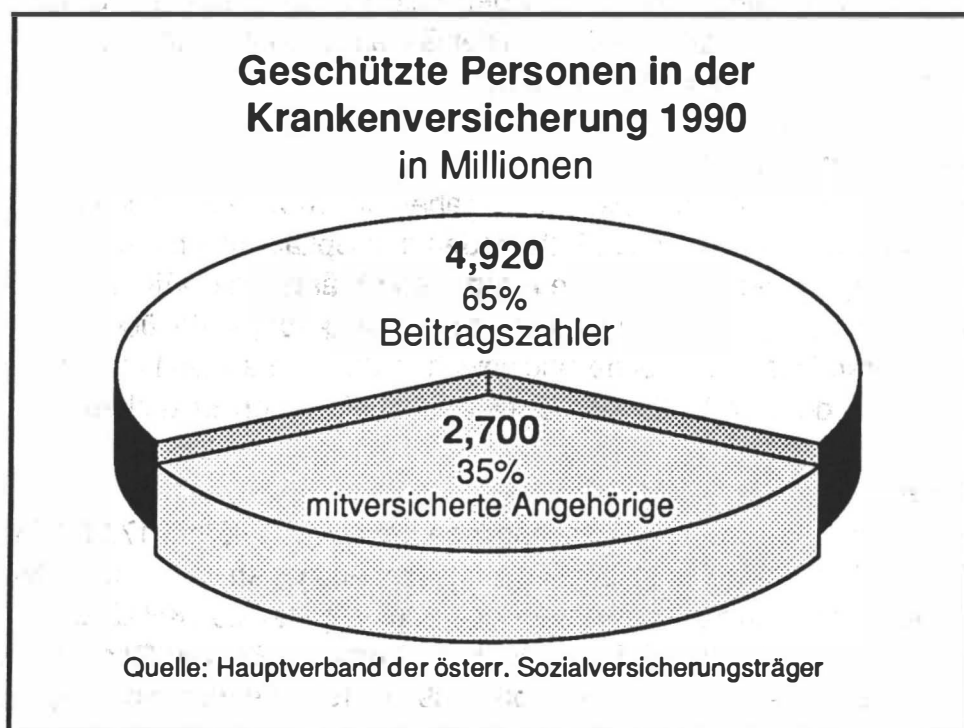
**SOZIALVERSICHERUNG 1990****GEBARUNG DER KRANKENVERSICHERUNG**

(+ 7,9%) zurückzuführen. Die Beitragseinnahmen in der Krankenversicherung der Selbständigen stiegen dagegen wegen des Rückganges bei den krankenversicherten Bauern nur um 0,4%.

**- Anzahl der Versicherungsverhältnisse in der Krankenversicherung:**

Die Anzahl der Versicherungsverhältnisse in der Krankenversicherung lag 1990 mit 5,090.917 um 1,6% über dem Wert des Vorjahres. Wie bereits oben erwähnt, ist die Zunahme in erster Linie auf die höhere Anzahl unselbständig Beschäftigter zurückzuführen.

Die längerfristig beobachteten Verschiebungen der Anteile der einzelnen Versichertenkategorien haben sich von 1989 auf 1990 im wesentlichen fortgesetzt. Innerhalb der Unselbständigen ist der Anteil der Angestellten weiter gestiegen. Die Zahl der Beamten hat sowohl absolut als auch relativ **geringfügig abgenommen**. Bei den Selbständigen hat – wie schon in der Vergangenheit – die Zahl der Gewerbetreibenden geringfügig zugenommen, die der Bauern ist weiter gesunken (- 4,2%).



Der Anteil der Renten- und Pensionsbezieher an allen Krankenversicherten ist etwas geringer als im Vorjahr. Dagegen lag die **Anzahl der krankenversicherten Arbeitslosen** wegen der Zunahme der Arbeitslosigkeit um **10,7% höher**. Ihr Anteil an allen Krankenversicherten hat entsprechend zugenommen.

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## GEBARUNG DER KRANKENVERSICHERUNG

Aufgrund von Mehrfachzählungen (wegen mehrerer Beschäftigungsverhältnisse, Zusammenreffen von Beschäftigungsverhältnis und Pension etc.) lag die Anzahl der tatsächlich versicherten Personen um rund 370.000 unter der Anzahl der Versicherungsverhältnisse (Stichtag 1. Juli 1990). Damit waren rund **4,721.000 beitragsleistende Personen** krankenversichert.

Zu den beitragsleistenden Krankenversicherten kommen nach Schätzungen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger noch rund **2,7 Mio. mitversicherte Angehörige** und ca. 200.000 bei Krankenfürsorgeanstalten versicherte Personen. Insgesamt waren 1990 99,1% der österreichischen Bevölkerung durch die gesetzliche Krankenversicherung geschützt.

Das Verhältnis zwischen Beitragsleistenden und Anspruchsberechtigten betrug 1990 in etwa 64 : 36.

### - Ausgaben der Krankenversicherung:

Mit rund 73.387 Mio. S liegen die Ausgaben der Krankenversicherung 1990 um 6,8% über denen des Vorjahres. Damit entfielen wiederum 26% der Ausgaben der gesamten Sozialversicherung auf den Bereich der Krankenversicherung. 94% der Gesamtausgaben der Krankenversicherung waren Leistungsaufwendungen (68.671 Mio. S).

### - Kosten der ärztlichen Hilfe:

Mit einem Anteil von 26,1% an den Gesamtausgaben der Krankenversicherung, d. s. 19.148 Mio. S stellen die Kosten der ärztlichen Hilfe neben den Spitalkosten die bedeutendste Ausgabengruppe dar. Gegenüber 1989 sind die **Ausgaben für ärztliche Hilfe um 6,8% gestiegen**. Wie schon in den vergangenen Jahren liegt diese Steigerungsrate über der vereinbarten Erhöhung der Honorarsätze. Die Gründe sind sowohl in der vermehrten Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe als auch in der sich ändernden Struktur der Leistungen zu suchen.

### - Spitalkosten:

Die Ausgaben für Anstalts- und Hauskrankenpflege betrugen 1990 mit 17.228 Mio. S um 4% mehr als im Vorjahr. Auf die Hauskrankenpflege entfielen Ausgaben von rund 31 Mio. S. Bezieht man auch die Überweisungen der Krankenversicherungsträger an den KRAZAF von 4.671 Mio. S ein, entfallen auf den **Spitalsbereich 21.899 Mio. S oder 29,8% der Gesamtausgaben der Krankenversicherung**. Der Anteil hat sich von 1989 auf 1990 geringfügig (- 0,3 Prozentpunkte) verringert.

Die Überweisungen der Krankenversicherungsträger an den KRAZAF sind von 1989 auf 1990 mit 14,2% deutlich schwächer gestiegen als im Vorjahresvergleich. Allerdings haben die Krankenversicherungsträger die Vergütungen an die Spitäler und den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds für das Jahr 1990 in diesem Jahr nicht zur Gänze geleistet. Die Nachzahlungen für 1990 werden erst die Erfolgsrechnungen für 1991 belasten.

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## GEBARUNG DER KRANKENVERSICHERUNG

**- Heilmittel und Heilbehelfe:**

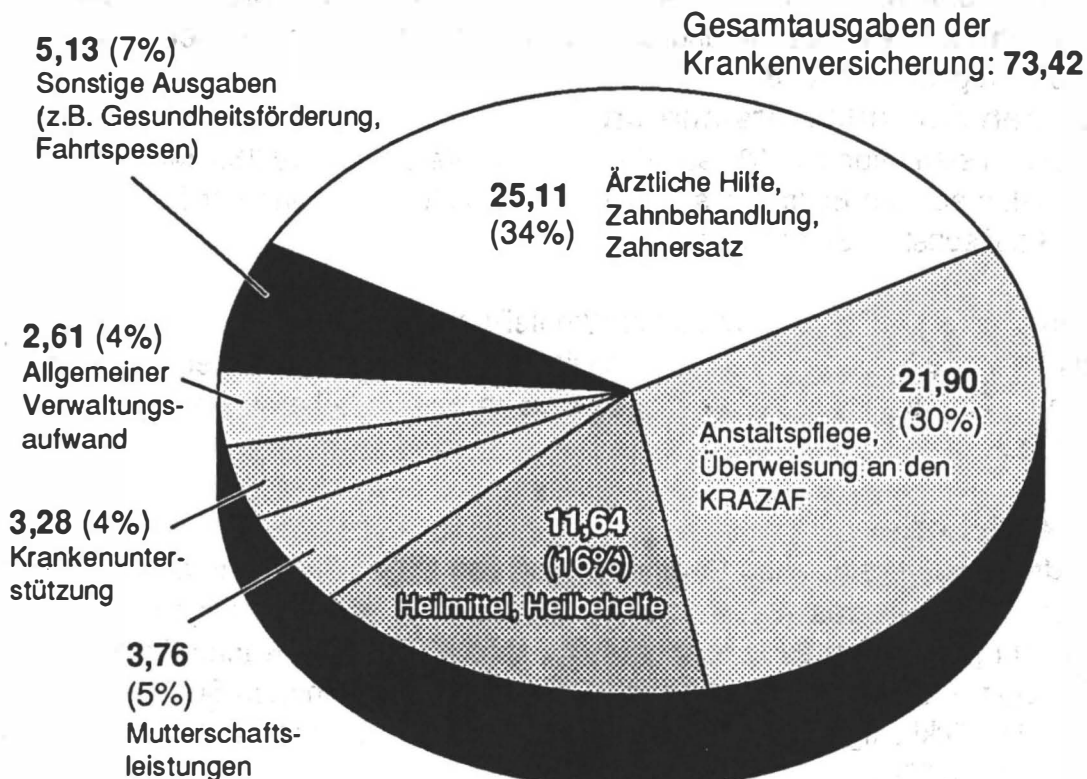
Die Ausgaben für Heilmittel (Medikamente) betrugen 1990 9.881 Mio. S, d. s. um 7,5% mehr als im Vorjahr. Die Steigerungsrate liegt somit sowohl über der Gesamtsteigerungsrate der Ausgaben der Krankenversicherung als auch über der durchschnittlichen Preissteigerungsrate. Die Differenz erklärt sich daraus, daß gegenüber 1989 sowohl die **Anzahl der Verordnungen als auch die durchschnittlichen Kosten** je Verordnung und je Versicherten **gestiegen** sind.

Die Ausgaben für Heilbehelfe und Hilfsmittel sind von 1989 auf 1990 um überdurchschnittliche 10,2% auf 1.754 Mio. S gestiegen. Die Ursache für die hohe Steigerungsrate ist wie bei den Heilmitteln einerseits in den Preissteigerungen für Heilbehelfe und Hilfsmittel, andererseits in der steigenden Anzahl von Verordnungen und der geänderten Struktur derselben zu suchen.

**- Zahnbehandlung und Zahnersatz:**

Die Ausgaben für Zahnbehandlung und Zahnersatz stiegen von 1989 auf 1990 um 4,9% auf 5.961 Mio. S. Damit lag die Zuwachsrate für diesen Ausgabenbereich wie schon im Vorjahr unter dem Gesamtdurchschnitt.

### Gebbarungsergebnisse in der Krankenversicherung in Milliarden öS



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger



## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## GEBARUNG DER UNFALLVERSICHERUNG

### - Krankenunterstützung:

Die Ausgaben für Krankenunterstützung (Krankengeld, Taggeld, Familiengeld) betrugen 1990 3.278 Mio. S, was eine Steigerung um 8,5% bedeutet. Die Krankenstandstage sind gegenüber 1989 gestiegen.

### - Mutterschaftsleistungen:

Ebenfalls überdurchschnittlich stark zugenommen haben die Ausgaben für Mutterschaftsleistungen (+ 11,2%); sie betrugen 1990 3.759 Mio. S. Ursache für die hohe Steigerungsrate ist, daß immer mehr Frauen Anspruch auf Wochengeld erlangen.

Mit einem Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben von 514 Mio. S hat die Krankenversicherung 1990 wieder ein positives Gebarungsergebnis erreicht. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Zahlungen an den KRAZAF noch nicht in voller Höhe erfolgten; die Nachzahlungen werden die Erfolgsrechnungen des Jahres 1991 belasten. Die Krankenversicherung der Bauern (- 174 Mio. S) befindet sich nach wie vor in einer schwierigen finanziellen Lage. Ein Defizit weisen weiters die Gebietskrankenkassen Wien und Tirol auf.

## 2.2 Die Gebarung der Unfallversicherung

Auch 1990 erzielte die Unfallversicherung wieder ein **positives Gebarungsergebnis**. Einnahmen von insgesamt 10.111 Mio. S standen Ausgaben von 9.068 Mio. S, einem Einnahmewachstum von 6,8% eine Steigerung der Ausgaben um 5,6% gegenüber. Der Gebarungsüberschuß betrug 1.043 Mio. S.

### - Einnahmen der Unfallversicherung:

Die Einnahmen stammten zu 93% aus Beiträgen für Versicherte (9.363 Mio. S). 3% oder 254 Mio. S entfielen auf den Beitrag des Bundes zur Unfallversicherung der Bauern und 5% oder 494 Mio. S auf sonstige Einnahmen.

Die Einnahmensteigerung von 6,8% ist größtenteils auf die vermehrten Beitragseinnahmen (+ 6,9% gegenüber 1989) zurückzuführen, die wiederum in der Zunahme der Zahl unfallversicherter Personen, für welche Beiträge geleistet wurden, und in höheren Beitragsgrundlagen ihre Ursache haben.

### - Unfallversicherte:

Die Zahl der unfallversicherten Personen stieg von 4,836.000 im Jahre 1989 auf **4,903.000** im Durchschnitt des Jahres 1990 (+ 1,4%). Die Zahl der Unselbständigen in der Unfallversicherung nahm gegenüber 1990 sogar um 2,3% auf 2,827.000 zu, während die der Selbständigen geringfügig (- 0,2%) auf 914.000 sank. Bei den unfallversicherten Schülern und Studenten setzte sich der rückläufige Trend 1990 nicht mehr fort; diese Versichertenkategorie nahm auf 1,162.000 zu (+ 0,3%).

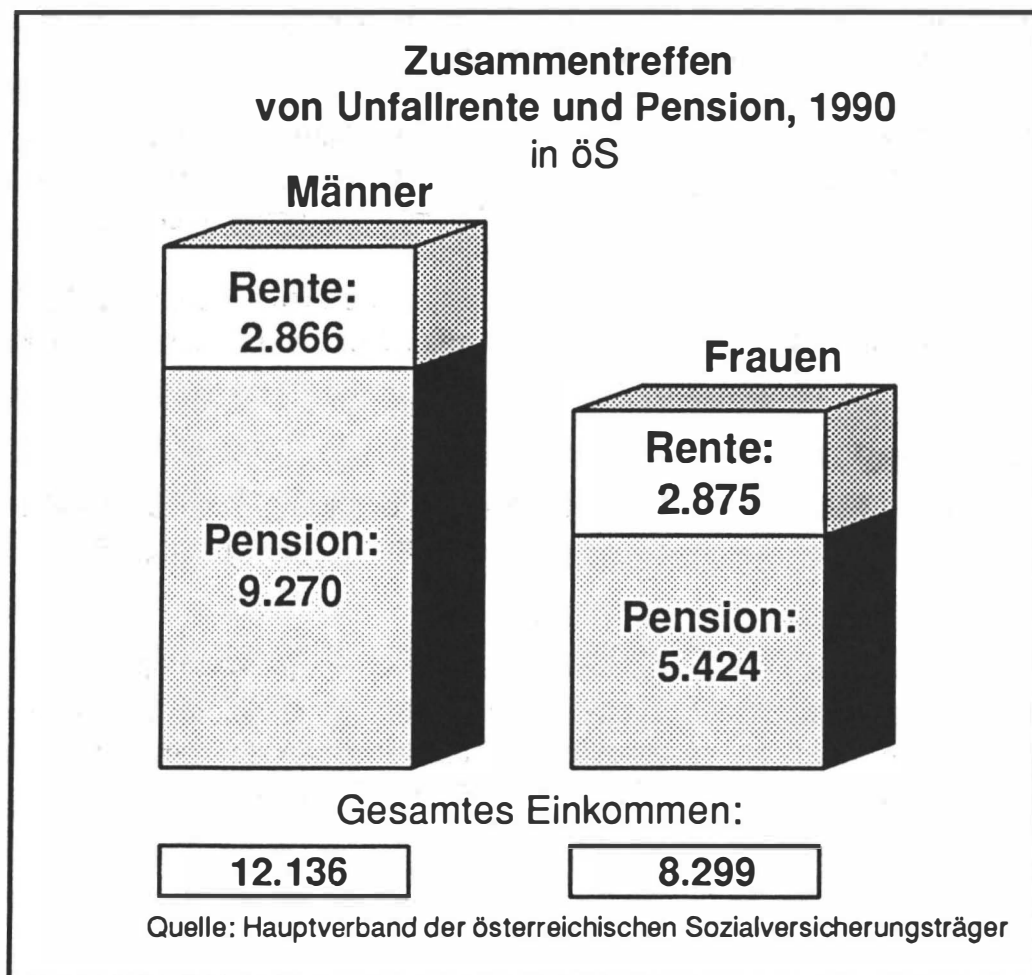
**SOZIALVERSICHERUNG 1990****GEBARUNG DER UNFALLVERSICHERUNG****- Ausgaben der Unfallversicherung:**

49,9 % der Gesamtausgaben der Unfallversicherung entfielen auf den Rentenaufwand (4.529 Mio. S). Gegenüber 1989 hat sich der Rentenaufwand somit um 4,6% erhöht. Die Steigerung ist zum einen auf eine Erhöhung der Zahl der Unfallrenten (+ 0,3) und zum anderen auf höhere Rentenleistungen zurückzuführen.

**- Unfallrenten:**

1990 bezogen 113.206 Personen eine Rente aus der Unfallversicherung. Davon entfielen 91.160 (+ 0,8) auf Versehrtenrenten und 22. 046 (- 1,7) auf Hinterbliebenenrenten.

Von den 91.160 Versehrtenrenten entfielen 88% auf Teilrenten wegen einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von bis zu 49 v. H. (80.375), 10% auf Teilrenten wegen einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 bis 99 v. H. und knappe 2% auf Vollrenten (1.786). Der geringe Anteil an Vollrenten spiegelt sich – wie im folgenden zu sehen ist – auch in der geringen Höhe der durchschnittlichen Unfallrente wider.



**SOZIALVERSICHERUNG 1990****GEBARUNG DER UNFALLVERSICHERUNG**

**Die durchschnittliche Rente** aus der Unfallversicherung betrug 1990 2.666 S und lag damit um 5,2% über dem Vergleichswert des Vorjahres. Die durchschnittliche Teilrente wegen einer Minderung der Erwerbsfähigkeit bis zu 49 v. H. betrug 1990 1.792 S (+ 5,8%), jene wegen einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 bis 99 v. H. 5.665 (+ 5,1%). Die durchschnittliche Vollrente betrug 1990 13.126 S (+ 4,5%).

Bei den Unfallrentenbeziehern ist zu beachten, daß diese in vielen Fällen zusätzlich zur Unfallrente eine Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (dauernden Erwerbsunfähigkeit), eine Alterspension oder eine Hinterbliebenenpension beziehen. Einer Sondererhebung des Hauptverbandes zufolge bezogen im Dezember 1990 rund **61% der Unfallrentner zusätzlich zur Unfallrente eine Pension**. Besonders hoch war der Anteil mit 73% bei Frauen.

Das durchschnittliche Einkommen jener Personen, die sowohl eine Unfallrente als auch eine Pension bezogen, lag einschließlich Zulagen und Zuschüssen bei 10.496 S monatlich (Männer 12.136 S, Frauen 8.299 S). Dabei fällt auf, daß die Differenz zwischen Männer- und Fraueneinkommen zur Gänze auf die unterschiedliche Pensionshöhe (Männer: 9.270 S, Frauen: 5.424 S) zurückzuführen ist. Bei den durchschnittlichen Unfallrenten dieses Personenkreises besteht praktisch kein Unterschied. In den oben genannten Einkommen sind etwaige Activeinkommen neben dem Renten- und Pensionsbezug nicht enthalten.

1990 wurden 22.046 Hinterbliebenenrenten ausbezahlt, von denen der Großteil (16.246) auf Witwen- und Witwerrenten, der Rest auf Waisenrenten (5.733) und Eltern- und Geschwisterrenten (67) entfiel. Wie bereits erwähnt, ist die Zahl der Hinterbliebenenrenten rückläufig.

Die durchschnittliche Witwen(Witwer)rente in der Unfallversicherung betrug 1990 4.086 S (+ 5,5%), die durchschnittliche Waisenrente 2.938 S (+ 5,8%) und die durchschnittliche Eltern- bzw. Geschwisterrente 2.363 S (+ 6,4%).

**- Unfallheilbehandlung:**

Rund ein Viertel der Ausgaben der Unfallversicherung entfiel 1990 auf Unfallheilbehandlung (2.255 Mio. S). Die Ausgabensteigerung gegenüber dem Jahr 1989 betrug 6,9%.

**- Sonstige Leistungen der Unfallversicherung:**

Auch die sonstigen Leistungsausgaben der Unfallversicherung für Rehabilitation, Unfallverhütung, Erste Hilfe, Körperersatzstücke und andere Hilfsmittel, Beiträge zur Krankenversicherung der Unfallrentner sowie Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger haben von 1989 auf 1990 stark zugenommen (+ 7,3% auf 928 Mio. S). Der Verwaltungsaufwand ist von 1989 auf 1990 um 9,8% gestiegen.

**SOZIALVERSICHERUNG 1990****GEBARUNG DER PENSIONSVERSICHERUNG****2.3 Die Gebarung der Pensionsversicherung**

Nach den vorläufigen Gebarungsergebnissen werden die **Gesamtausgaben der Pensionsversicherung 1990 rund 197.465 Mio. S** betragen, das sind um 6,8% mehr als im Vorjahr. Damit entfielen wiederum 70,5% der Sozialversicherungsausgaben auf die Pensionsversicherung.

Die vorläufigen Gesamteinnahmen belaufen sich auf etwa 197.511 Mio. S, das sind 6,9% mehr als im Jahr zuvor. Somit wurde 1990 voraussichtlich ein Gebarungsüberschuß von 46 Mio. S erzielt.

Die Entwicklung der Ausgaben in der Pensionsversicherung wird im wesentlichen durch die **ständig steigende Anzahl von Pensionen**, Struktureffekte, die sich insbesondere in der unter-

**Gebahrungsergebnisse des Jahres 1990 in der Pensionsversicherung der Unselbständigen und in der Pensionsversicherung der Selbständigen**

In Millionen Schilling

	Pensionsversicherung der		
	Unselbständigen	Selbständigen	insgesamt
<b>Einnahmen insgesamt</b>	165.773	31.738	197.511
Beiträge für Versicherte	105.525	7.398	112.923
Beiträge an den Ausgleichsfonds	30.194	1.209	31.402
Beiträge des Bundes	24.793	19.753	44.546
Ausgleichszulagenersätze	4.121	3.261	7.381
sonstige Einnahmen	1.141	117	1.258
<b>Ausgaben insgesamt</b>	165.687	31.779	197.465
Pensionsaufwand	142.860	24.907	167.767
Ausgleichszulagenaufwand	4.121	3.261	7.381
Gesundheitsvorsorge u.Rehabilitation	2.094	459	2.553
Beiträge zur KV der Pensionisten	10.583	1.934	12.517
sonstige Leistungen	1.284	12	1.296
Verwaltungsaufwand	3.355	888	4.242
Sonstige Ausgaben	1.389	316	1.706
<b>Saldo</b>	<b>+86</b>	<b>- 40</b>	<b>+46</b>

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## GEBARUNG DER PENSIONSVERSICHERUNG

schiedlichen Höhe und Zusammensetzung von neuankommenden und wegfallenden Leistungen niederschlagen, sowie die Höhe der jährlichen Pensionsanpassung bestimmt.

Von den Gesamtausgaben der Pensionsversicherung entfielen 85,0% auf den Pensionsaufwand. Der Pensionsaufwand stieg gegenüber 1989 um 6,6% auf 167.767 Mio. S. Damit lag die Zuwachsrate deutlich unter jener des Beitragsaufkommens (+ 10,8%). Der Pensionsstand nahm gegenüber dem Vorjahr weiter zu (+ 1,0%) und liegt nunmehr bei **1,708.868 Pensionen im Jahresdurchschnitt**. In absoluten Zahlen bedeutet dies eine **Zunahme um rund 16.500 Pensionen**. Die Pensionen wurden 1990 um 4% erhöht.

Der Aufwand für Ausgleichszulagen, der zur Gänze vom Bund ersetzt wird, betrug 1990 7.381 Mio. S, das sind um 15,8% mehr als im Jahr zuvor. Ursache für diese hohe Zuwachsrate ist die außerordentliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze, wodurch sowohl die Zahl der Ausgleichszulagenbezieher als auch die Höhe der tatsächlich ausbezahlten Ausgleichszulagen zugenommen haben. Der Beitrag der Pensionsversicherungsträger zur Krankenversicherung der Pensionisten lag mit 12.517 Mio. S um 6,5% über dem des Jahres 1989.

### 2.3.1 Der Beitrag des Bundes zur Pensionsversicherung

In der Pensionsversicherung standen 1990 Gesamteinnahmen von 197.511 Mio. S Gesamtausgaben von insgesamt 197.465 Mio. S gegenüber (vorläufige Gebarung). Die Einnahmen entfielen zu 73,1% auf Beiträge für Versicherte (144.326 Mio. S). Davon stammten 31.402 Mio. S aus dem Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger gemäß § 447g ASVG. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung der Beitragseinnahmen um 10,8%.

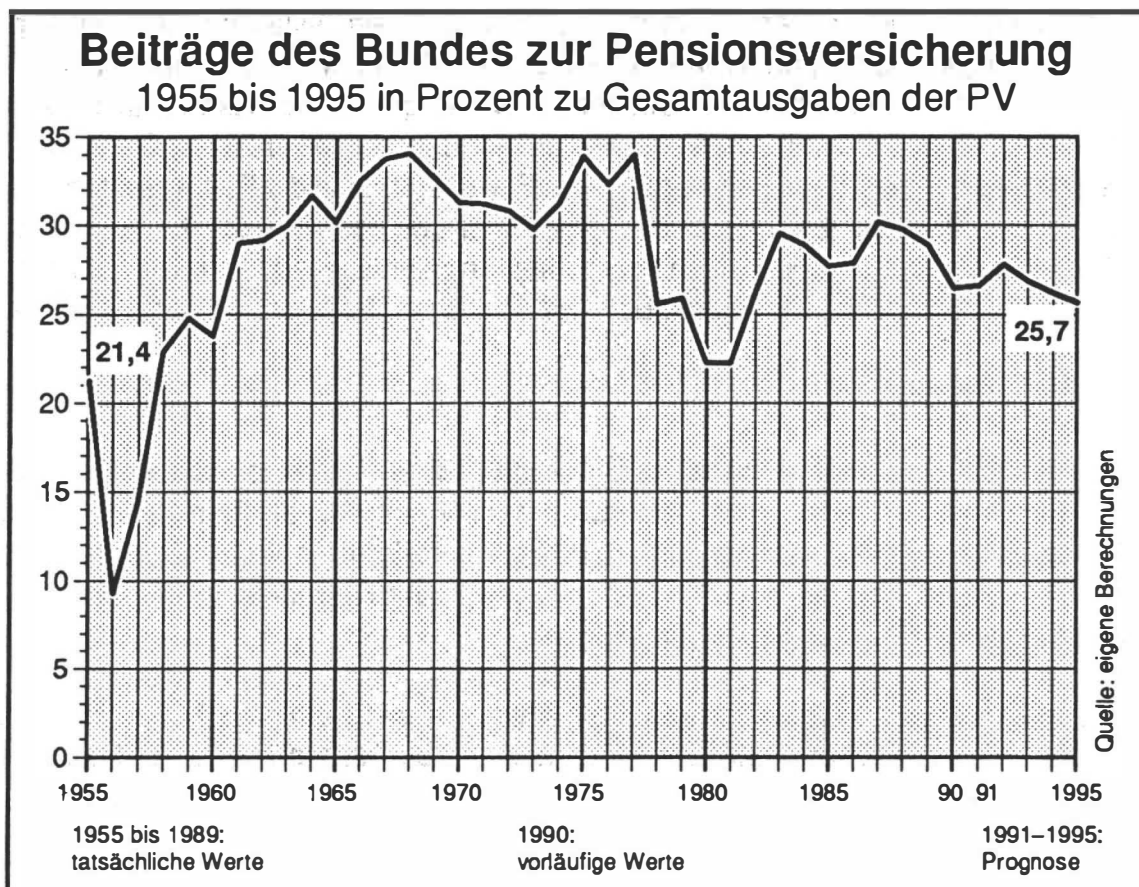
Dagegen **sank der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung um 5,2%**, das sind 2.422 Mio. S. Diese deutliche Entlastung des Bundesbudgets **war durch die günstige Einnahmenentwicklung und die Überweisung von 4,9 Mrd. S aus dem Reservefonds gemäß § 64 AIVG an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger möglich**.

Der Bundesbeitrag betrug 44.546 Mio. S. Unter Einbeziehung der Ersätze für Ausgleichszulagen in Höhe von 7.381 Mio. S, die ebenfalls vom Bund erstattet werden, beliefen sich die Zahlungen des Bundes an die Pensionsversicherungsträger im Jahre 1990 auf 51.928 Mio. S, d. s. um 2,7% weniger als 1989.

Seit 1955 (Inkrafttreten des ASVG) stieg der Anteil der Bundesmittel an den Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung – mit Unterbrechungen – auf den bisherigen Höchstwert von 34,1% im Jahre 1968 an. Danach sank er zeitweilig auf unter 29% ab, erreichte aber 1977 nochmals 34%. In weiterer Folge sank er zunächst auf unter 23% in den Jahren 1980 und 1981, um dann wieder bis auf 30,2% im Jahre 1987 zu steigen. 1990 lag der **Anteil der Bundesmittel** an den Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung bei **26,3%**.

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## GEBARUNG DER PENSIONSVERSICHERUNG



Betrachtet man die Gebarungsergebnisse der einzelnen Pensionsversicherungsträger, so zeigen sich gravierende **Unterschiede in der Finanzierungsstruktur**: Während sich der Anteil der Bundesmittel an den Gesamtausgaben in der Pensionsversicherung der Unselbständigen nur auf 20,9% beläuft und damit seit dem Vorjahr wiederum leicht gefallen ist, liegt er für die Pensionsversicherung der Selbständigen bei 70,8%; damit ist er gegenüber dem Wert des Vorjahres ebenfalls leicht gefallen. Für die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter beträgt der Anteil der Bundesmittel im Jahre 1990 27,7%, für die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten nur 10,8%. Im Bereich der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft liegt er 1990 bei 68,2%, im Bereich der Sozialversicherungsanstalt der Bauern sogar bei 74,5%.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen in der unterschiedlichen Gestaltung der Beitragssätze, den unterschiedlichen Belastungsquoten (Verhältnis von Versicherten zu Pensionsempfängern) und in strukturellen Effekten.

Eine bloße Trennung der Einnahmen der Pensionsversicherung in Beitragsaufkommen auf der einen und Bundesmittel auf der anderen Seite verbirgt, daß sich die **Bundesmittel aus sehr unterschiedlichen Komponenten zusammensetzen**: Die Pensionsversicherung gewährt Lei-

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

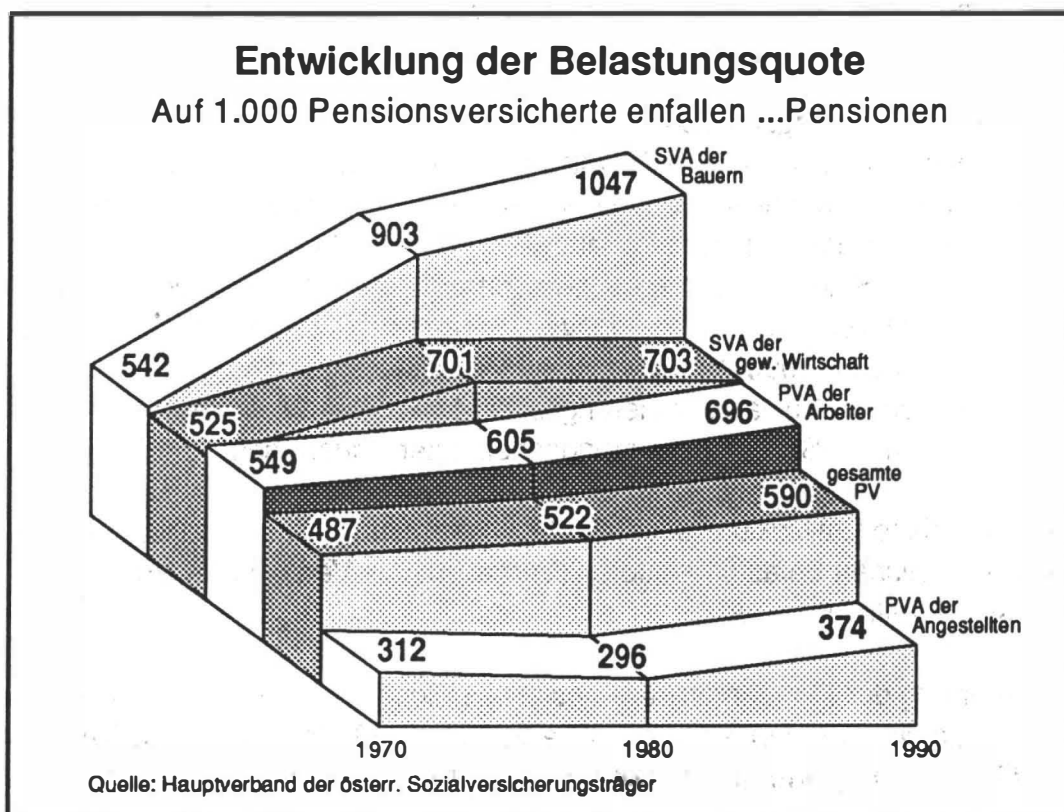
## GEBARUNG DER PENSIONSVERSICHERUNG

stungen, die keine Einkommensersatzfunktion haben und denen keine Beitragsleistung gegenübersteht, wie Ausgleichszulagen, Hilflöszuschuß und Kinderzuschuß. Weiters gibt die Pensionsversicherung für Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und der Rehabilitation sowie für die Krankenversicherungsbeiträge der Pensionisten beträchtliche Mittel aus. Im Bereich der Pensionsversicherung der Selbständigen werden vom Bund außerdem die Beitragseinnahmen aus Steuermitteln (v. a. Einnahmen aus der Gewerbesteuer und aus Abgaben für land- und forstwirtschaftliche Betriebe) verdoppelt. Von den gesamten öffentlichen Mitteln wird lediglich rund ein Drittel zur Abdeckung des nicht durch Beiträge gedeckten Pensionsaufwandes verwendet.

### 2.3.2 Die Belastungsquote

1990 waren im Jahresdurchschnitt insgesamt 2,896.302 Personen pensionsversichert. Der Zuwachs von rund 67.400 Personen gegenüber dem Vorjahr ist auf den Zuwachs bei den Unselbständigen (+ 67.240) zurückzuführen; letzterer wiederum auf die günstige Beschäftigungslage. Die Anzahl der Versicherungsverhältnisse in der Pensionsversicherung der Selbständigen nahm von 1989 auf 1990 geringfügig zu.

Die Zahl der Pensionsleistungen nahm im Vergleichszeitraum nur um rund 16.500 zu, sodaß die **Belastungsquote gegenüber 1989 sank**. 1990 kamen **590 Pensionen auf 1.000 Versicherte** (1989: 598).





## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## GEBARUNG DER PENSIONSVERSICHERUNG

Ein differenziertes Bild ergibt sich allerdings bei getrennter Betrachtung der Pensionsversicherung der Unselbständigen und der Pensionsversicherung der Selbständigen: In der Pensionsversicherung der Unselbständigen sank die Belastungsquote von 558 im Jahr 1989 auf 549 im Jahr 1990. In der Pensionsversicherung der Selbständigen hingegen stieg sie von 860 auf 861. Die ungünstigste Entwicklung zeigt sich bei der Sozialversicherungsanstalt der **Bauern**, wo 1990 bereits **1.047 Pensionen auf 1.000 Pensionsversicherte** kamen.

### 2.3.3 Das volkswirtschaftliche Pensionskonto

Um einen Überblick über die Altersversorgung in Österreich zu bekommen, ist die alleinige Betrachtung der gesetzlichen Pensionsversicherung nicht ausreichend. Vielmehr müssen auch die anderen Pensionssysteme einbezogen werden. Dies geschieht ansatzweise im Rahmen des volkswirtschaftlichen Pensionskontos, das seit einigen Jahren vom Österreichischen Statistischen Zentralamt erstellt wird.

Im volkswirtschaftlichen Pensionskonto werden die betragsmäßig bedeutendsten Sozialausgaben – nämlich Pensionen und Unfallrenten – unter Berücksichtigung aller Transferströme dargestellt.

1990 entfielen rund 70,4% der Aufwendungen für Pensionen und Renten auf die Sozialversicherungsträger. Der Rest verteilte sich auf Bund, Länder und Gemeinden.

Auf der Einnahmenseite entfielen 54,4% auf Beiträge für Versicherte und 24,3% auf Pensionsübernahmen der Gebietskörperschaften. Die Beiträge des Bundes zur gesetzlichen Pensionsversicherung beliefen sich auf 19,3%. Somit stammten in Summe 43,6% der Gesamteinnahmen vom Bund.

Dabei sind **stark abweichende Deckungsquoten** je nach Pensionssystem festzustellen. Im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung waren 73,2% der Ausgaben durch Beiträge für Versicherte gedeckt. Bei den Gebietskörperschaften liegt die Rate nur bei 16,2%, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß für pragmatisierte Bedienstete kein Arbeitgeberanteil geleistet wird. Um korrekte Aussagen über die Deckungsquote treffen zu können, müßte das Beitragsaufkommen für Bund, Länder und Gemeinden also mehr als verdoppelt werden. Nicht erfaßt sind auch die in Teilen des „halb-öffentlichen Sektors“ (Kammern, ORF, Sozialversicherungsträger etc.) überwiegend vom Dienstgeber finanzierten Zusatzpensionsleistungen.



## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## GEBARUNG DER PENSIONSVERSICHERUNG

## Das volkswirtschaftliche Pensionskonto 1989/1990

Mrd. S

Ausgaben	1989	1990*	Änderung in %	Einnahmen	1989	1990*	Änderung in %
Pensions- und Rentenaufwand	256,25	272,99	6,5	Beiträge für Versicherte	142,69	154,00	7,9
PV Unselbst. <sup>1</sup>	147,70	157,65	6,7	PV Unselbst. <sup>4</sup>	118,92	129,06	8,5
PV Selbständige	27,92	30,10	7,8	PV Selbständige	8,34	8,37	0,4
Unfallversicherung	4,33	4,53	4,6	Unfallversicherung	4,33	4,53	4,6
Bund <sup>2</sup>	42,37	45,00	6,2	Bund <sup>2</sup>	6,43	6,96	8,2
Länder, Gemeinden <sup>2</sup>	25,33	26,84	6,0	Länder, Gemeinden <sup>2</sup>	4,53	4,94	9,1
Sonst. öffentl. Rechtsträger	2,44	2,60	6,6	Sonst. öffentl. Rechtsträger	0,14	0,14	0,0
Kriegsopfer- und Heeresversorgung (Bund) <sup>3</sup>	6,16	6,27	1,8	Pensionsübernahme der öffentl. Rechtsträger	65,20	68,67	5,3
				Bund	42,11	44,31	5,2
				Länder, Gemeinden	20,79	21,91	5,4
				Sonst. öffentl. Rechtsträger	2,30	2,45	6,5
Sonst. Ausgaben d. PV-Träger	9,39	9,84	4,8	Beiträge des Bundes zur PV	55,94	54,51	-2,6
Gesamtausgaben	265,64	282,83	6,5	Unselbständige <sup>1</sup>	34,96	31,40	-10,2
Saldo: Einnahmenüberschuß	-0,06	+0,05	-	Selbständige	20,98	23,11	10,2
				Sonst. Einnahmen d. PV-Träger	1,75	5,70	225,7
				Gesamteinnahmen	265,58	282,88	6,5
Memorandum:				Memorandum:			
Anteil des Pensions- und Rentenaufwandes (in %) am BIP	15,3	15,1	-0,2	Anteil an den Gesamteinnahmen (in %)			
an den lfd. Ausgaben d. Staates	47,4	48,4	+2,3	Beiträge für Versicherte	53,7	54,4	0,7
an den lfd. Einnahmen der privaten Haushalte	20,9	20,4	-0,5	Pensionsübernahmen d. öffentl. Rechtsträger	24,6	24,3	-0,3
				Beiträge des Bundes zur PV	21,1	19,3	-1,8
				Sonst. Einnahmen der PV-Anstalten	0,7	2,0	1,3

\*) vorläufige Werte

1) Einschließlich Sonderruhegeld nach dem NSchG

2) Hoheitsverwaltung und Betriebe

3) Einschließlich Opferfürsorge und Kleinrentnerentschädigung

4) Einschließlich Beitrag nach dem NSchG

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

### 3. Pensionsbezieher und Pensionsniveau

#### 3.1. Entwicklung des Pensionsstandes

Die Anzahl der Pensionen nahm von 1989 auf 1990 um 1,0% oder 17.529 auf 1,718.665 zu (Vergleich der Dezemberwerte). Der Zuwachs ist zur Gänze auf das Ansteigen der Direktpensionen zurückzuführen. Die Alterspensionen nahmen um 10.547 (+ 1,3%), die Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit um 7.897 (+ 2,1%) zu. Dagegen sank die Anzahl der Hinterbliebenenpensionen um 915 (- 0,2%).

Die Ursachen für das fortgesetzte Wachstum des Pensionsstandes sind vielfältiger Natur: Immer mehr Personen erfüllen die Anspruchsvoraussetzungen für die vorzeitige Alterspension und nehmen diese auch in Anspruch. Insbesondere ältere Arbeitnehmer sehen sich mit großen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert und drängen deshalb in die Pension. Weiters nimmt durch die steigende Lebenserwartung die Bezugsdauer zu. Außerdem erwerben immer mehr Personen Anspruch auf mehrere Pensionen.

Der Pensionsstand stieg in der Pensionsversicherung der Unselbständigen wesentlich stärker (+ 16.502 oder 1,2%) als in der Pensionsversicherung der Selbständigen (+ 1.027 oder 0,3%). Mit Abstand den stärksten Zuwachs verzeichnete wiederum die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten mit + 2,4%. Darin äußert sich die Strukturverschiebung im Bereich der unselbständig Erwerbstätigen von den Arbeitern zu den Angestellten. Im Bereich der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter betrug der Zuwachs hingegen nur 0,7%. Die Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen (- 0,7%) und die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues (- 1,2%) hatten – wie schon in der Vergangenheit – Rückgänge zu verzeichnen. Die Pensionsstände der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (+ 0,2%) und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (+ 0,4%) wuchsen nur schwach.

Nach wie vor **entfallen knapp zwei Drittel aller Pensionsleistungen auf Frauen**. Der Frauenanteil ist allerdings gegenüber 1989 von 64,1% auf 63,9% zurückgegangen. Die Anzahl der an Männer ausbezahlten Pensionen stieg in diesem Zeitraum um 10.852 (+ 1,8%), die der an Frauen ausbezahlten Pensionen hingegen um 6.677 (+ 0,6%).

In erster Linie ist der hohe Frauenanteil an den Pensionsleistungen auf die große Zahl von Witwenpensionen (455.645 gegenüber 21.387 Witwerpensionen) zurückzuführen. Aber auch bei den Alterspensionen überwiegen Frauen mit 55,7%, da ihre Bezugsdauer wegen des niedrigeren Pensionszugangsalters und v. a. wegen der höheren Lebenserwartung deutlich länger ist als die der Männer. Außerdem ist die Erwerbsquote der Frauen in den letzten Jahrzehnten angestiegen, sodaß immer mehr Frauen in den Genuß einer Eigenpension kommen.

46,7% aller im Dezember 1990 ausbezahlten Pensionen waren Alterspensionen (801.805).

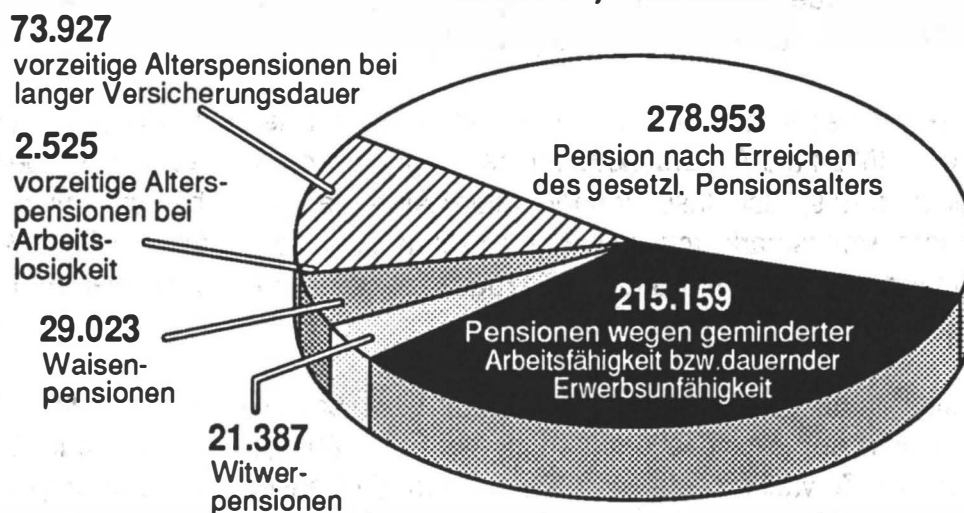
## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## ZAHL DER PENSIONEN

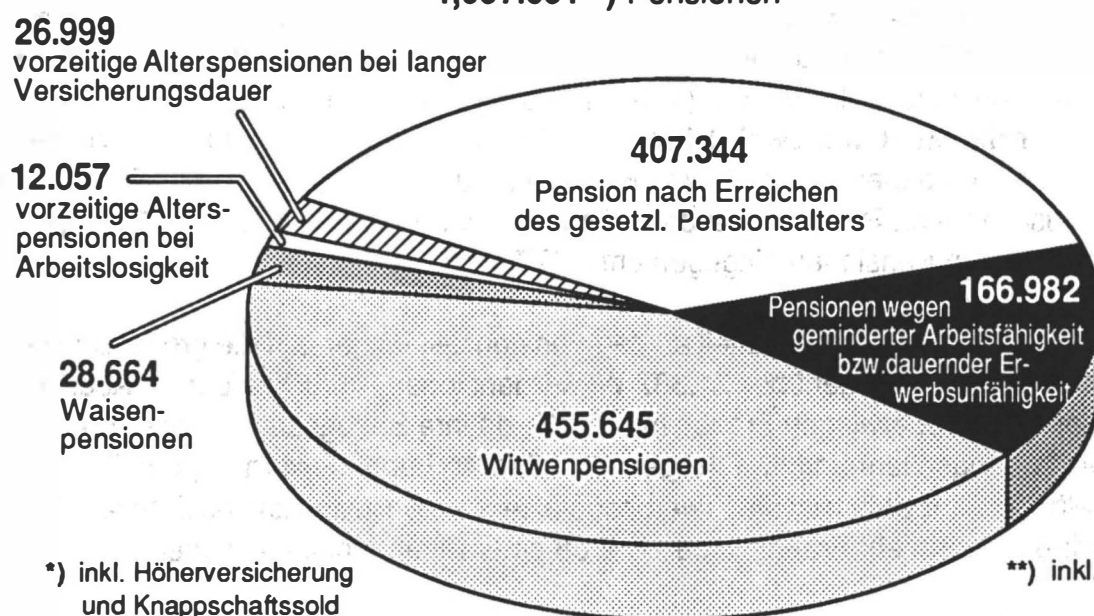
### Pensionsstand nach Geschlecht und Pensionsart

Stand Dezember 1990

**Männer:**  
620.974\*\*) Pensionen



**Frauen:**  
1.097.691\*\*) Pensionen



\*) inkl. Höherversicherung  
und Knappschaftssold

\*\*) inkl. Notare

Quelle: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger eigene Berechnungen

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## PENSIONSNIWEAU

22,2% entfielen auf Pensionen der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. dauernden Erwerbsunfähigkeit (382.141). Der Rest entfiel auf Hinterbliebenenpensionen.

### 3.2 Penslonshöhe

Die Höhe einer Pension wird einerseits durch die Höhe der Bemessungsgrundlage, andererseits durch die Anzahl der im Verlauf des Erwerbslebens angesammelten Versicherungsmonate bestimmt. Eine echte Mindestpension ist in der gesetzlichen Pensionsversicherung nicht vorgesehen, wohl aber wird mit dem Instrument der Ausgleichszulage eine bedarfsorientierte Mindestpension gewährt. Die **höchstmögliche Eigenpension** (ohne Hilflosenzuschuß und Kinderzuschuß) betrug 1990 **21.344 S**, die höchste Witwenpension (ohne Zuschüsse) 12.807 S monatlich.

Die folgenden **Durchschnittspensionsdaten** sind insofern **nur beschränkt aussagekräftig**, als aus ihnen nicht hervorgeht, ob eine Person eine oder mehrere Pensionen bezieht und wieviele Personen mit einer Pension das Auslangen finden müssen. Die bereits im Zusammenhang mit den Unfallrenten erwähnte Sondererhebung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger ergab zum Stichtag 1. Juli 1990, daß die Zahl der ausbezahlten Pensionen mit 1.954.881 jene der Pensionsbezieher (1.731.066) um 223.815 überstieg. 177.177 Personen – 14.630 Männer und 162.547 Frauen – bezogen 1990 mehr als eine Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung. Weitere 40.994 Personen – 6.757 Männer und 34.237 Frauen – bezogen neben einer Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung einen Ruhe- oder Versorgungsgenuß (Beamtenpension). 2.348 Personen (250 Männer und 2.098 Frauen) bezogen schließlich zwei Beamtenpensionen.

Auf der anderen Seite wurden 1990 (Dezemberwert) von den Pensionsversicherungsträgern 153.499 Pensionen an das Ausland überwiesen, wobei es sich dabei zu einem erheblichen Teil um Teilpensionsleistungen handelt. Klammert man an im Ausland lebende Pensionisten überwiesene Pensionen aus, ergeben sich deutlich höhere Durchschnittspensionen. Bei Mitberücksichtigung dieser Auslandspensionen beträgt z. B. in der Pensionsversicherung der Unselbständigen die durchschnittliche Alterspension S 9.100,—, während ohne Auslandspensionen die durchschnittliche Alterspension auf S 9.860,— ansteigt.

Schließlich sind in diesem Zusammenhang auch ausländische Pensionsleistungen an in Österreich lebende Pensionisten zu erwähnen. Unter Einbeziehung dieser ausländischen Teilleistungen würden sich ebenfalls höhere Durchschnittspensionsbezüge ergeben; entsprechende statistische Daten darüber liegen derzeit leider noch nicht vor.

#### 3.2.1 Durchschnittliche Pensionsleistungen

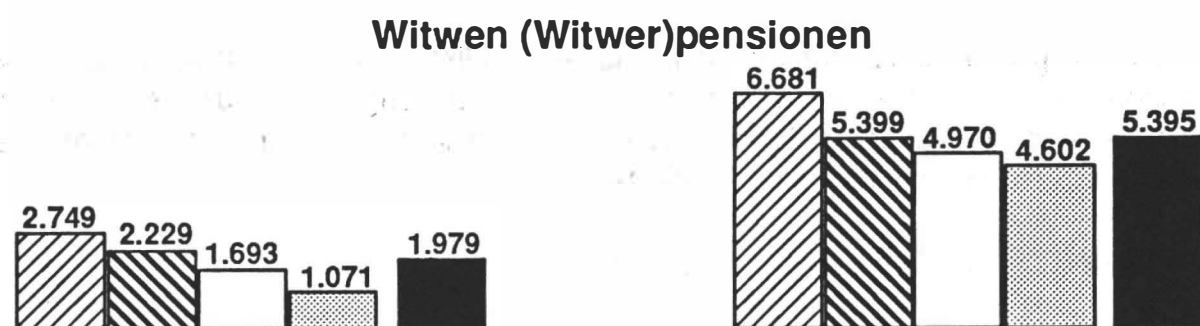
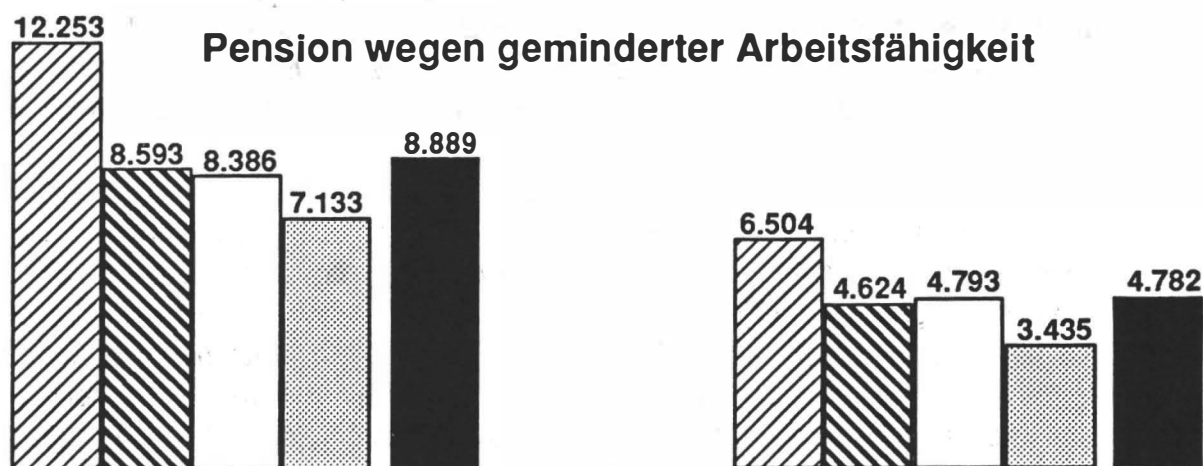
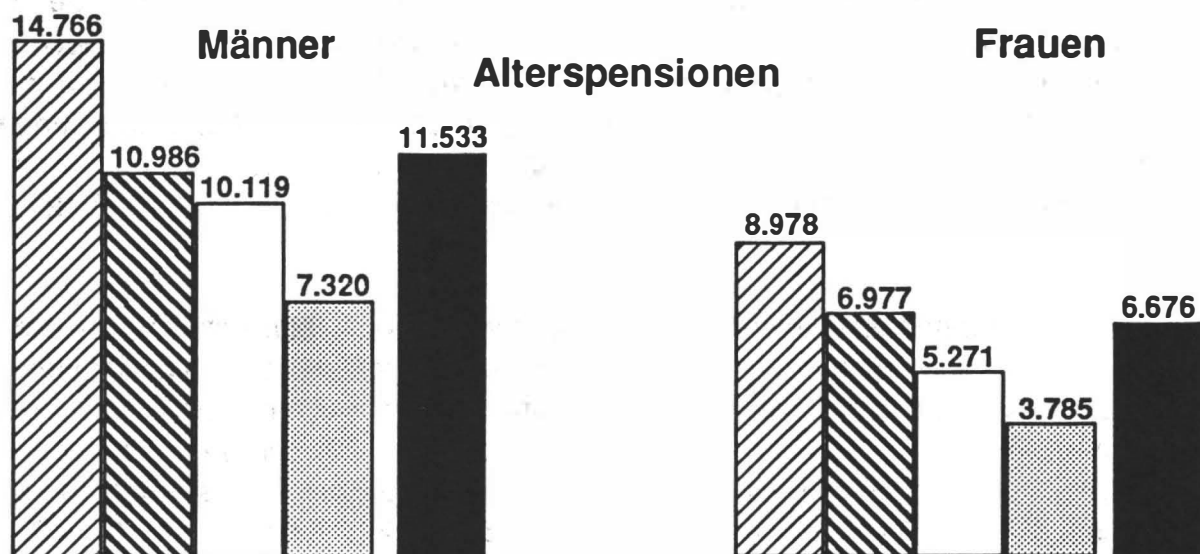
Die **durchschnittlichen Pensionsleistungen schließen in der folgenden Darstellung alle Zulagen und Zuschüsse mit ein.**

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## PENSIONSNIVEAU

## Durchschnittspensionen im Dezember 1990

PVA d. Angestellten      SVA d. g. Wirtschaft      PVA d. Arbeiter  
 SVA d. Bauern      gesamte PV



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## PENSIONSNIVEAU

Die **Durchschnittspension** in der Pensionsversicherung der Unselbständigen betrug im Dezember 1990 **7.496 S**, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 5,5% bedeutet. Die **Alterspensionen** stiegen um 4,7% auf durchschnittlich **9.096 S**, die **Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit** um 5,9% auf **7.573 S**. **Witwen- und Witwerpensionen** stiegen um 5,7% auf **5.339 S** und **Waisenpensionen** um 7,6% auf **2.328 S**.

In der Pensionsversicherung der Selbständigen lagen die Durchschnittspensionen größtenteils deutlich unter jenen der Unselbständigen, stiegen aber gegenüber 1989 stärker. Die Durchschnittspension betrug hier **6.087 S**, d. s. 7,9% mehr als 1989. Die Alterspension betrug im Schnitt **7.562 S** (+ 7,4%), die Pension wegen dauernder Erwerbsunfähigkeit **5.400 S** (+ 8,2%), die Witwen- bzw. Witwerpension **4.867 S** (+ 8,9%) und die Waisenpensionen **2.805 S** (+ 10,4%).

Die durchschnittlichen Pensionen in der Pensionsversicherung der Selbständigen steigen seit Jahren überproportional, da sich hier die Zusammensetzung des Pensionsstandes besonders stark ändert; niedrige Übergangspensionen fallen weg und werden durch höhere, neuankommende Pensionen ersetzt.

Eine getrennte Betrachtung nach dem Geschlecht zeigt weiterhin **große Unterschiede in den durchschnittlichen Pensionshöhen von Männern und Frauen**. Niedrigere Aktiveinkommen zum einen und Lücken im Versicherungsverlauf insbesondere durch die Erziehung von Kindern zum anderen bewirken, daß die Durchschnittspensionen der Frauen zum Teil wesentlich unter jenen der Männer liegen.

So betrug die durchschnittliche Alterspension bei den Männern in der gesetzlichen Pensionsversicherung im Dezember 1990 **11.533 S**, jene der Frauen hingegen nur **6.676 S**. Ein ähnliches Bild, wenn auch auf niedrigerem Niveau, zeigt sich bei den Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsfähigkeit). Hier betrug die Durchschnittspension bei den Männern **8.889 S**, die Durchschnittspension der Frauen hingegen **4.782 S**.

### 3.2.2. Auslandspensionen

Im Dezember 1989 wurden von den Pensionsversicherungsträgern **153.499 Pensionen** an Pensionisten mit Wohnsitz im Ausland überwiesen. Die durchschnittliche Höhe dieser Pensionen betrug **2.164 S** und lag damit deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt aller ausbezahlten Pensionen von **7.227 S**. Man kann allerdings davon ausgehen, daß die ins Ausland überwiesenen Pensionen in der Regel noch durch ausländische Teilleistungen ergänzt werden.

Läßt man die an im Ausland lebende Pensionisten bezahlten Pensionen außer Betracht, so ergeben sich bei den Durchschnittspensionen der Unselbständigen um 8,7% höhere Werte, mit anderen Worten, diese Pensionen senken das Niveau der österreichischen Durchschnittspensionen.

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## PENSIONSNIVEAU

Die Auslandspensionen in der Pensionsversicherung der Selbständigen sind zwar niedriger als die an in Österreich lebende Pensionisten bezahlten Pensionen, wirken sich aber wegen ihrer geringen Zahl (2.955 oder 0,9%) kaum auf den Gesamtdurchschnitt aus.

In der Pensionsversicherung der Unselbständigen machen die **an das Ausland überwiesene Pensionen** bereits einen Anteil von **10,8% aller Pensionen** aus, wobei dieser Anteil in den kommenden Jahren noch ansteigen wird.

### 3.2.3: Personenbezogene Leistungen in der Pensionsversicherung

Die Daten über die durchschnittliche Höhe der Pensionsleistungen sind insofern nur eingeschränkt aussagekräftig, als sie keinen Aufschluß über den Gesamtpensionsbezug einer Person (etwaiges Zusammentreffen mehrerer Pensionsansprüche) geben können.

Immerhin bezogen zum Stichtag 1. Juli 1990 **218.171 Personen** – 21.387 Männer und 196.784 Frauen – **zwei oder mehrere Pensionen**, von denen mindestens eine aus der gesetzlichen Pensionsversicherung stammte. **Weitere 43.342 Personen** – 7.007 Männer und 36.335 Frauen – bezogen (mindestens) **eine Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung und eine Beamtenpension**. Insgesamt erhielten mehr als 14,1% der Bezieher einer Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung noch mindestens eine weitere Pensionsleistung. Die mit Abstand häufigste Kombination ist das Zusammentreffen einer Eigen- und einer Witwenpension. 132.838 Frauen bezogen eine Alters- und eine Witwenpension, weitere 49.677 eine Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit und eine Witwenpension.

Für die finanzielle Lage der Pensionistinnen und Pensionisten bedeutet dies, daß vor allem die Einkünfte der Pensionistinnen durch Doppel- und Mehrfachpensionsbezüge höher sind als sich aus den durchschnittlichen Pensionsleistungen ergibt.

Zum Stichtag 1. Juli 1990 waren außerdem **48.918 Personen erwerbstätig und bezogen gleichzeitig mindestens eine Pension** (einen Ruhe- oder Versorgungsgenuß). Zu 63% waren dies Frauen. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe stellten auch hier Witwenpensionsbezieherinnen (22.557). Diese Zahlen sagen allerdings nichts über die Motive der Erwerbstätigkeit – etwa ob die Pensionsbezieher/innen wegen ihres geringen Pensionsbezuges einer Erwerbstätigkeit nachgehen – aus.

Die Daten über die durchschnittliche Höhe des Pensionseinkommens bei Bezug einer und bei Bezug von zwei Pensionen (Dezember 1990) zeigen, **daß sich der relative Abstand zwischen Männern und Frauen bei Bezug von zwei Pensionen verringert**. Frauen, die eine Alterspension bzw. eine Invaliditätspension und eine Witwenpension beziehen, erreichen etwas über 80% der entsprechenden Pension eines Mannes. Dagegen liegt die durchschnittliche Alterspension einer Frau bei Bezug von nur einer Pension bei 61%, die durchschnittliche Invaliditäts-

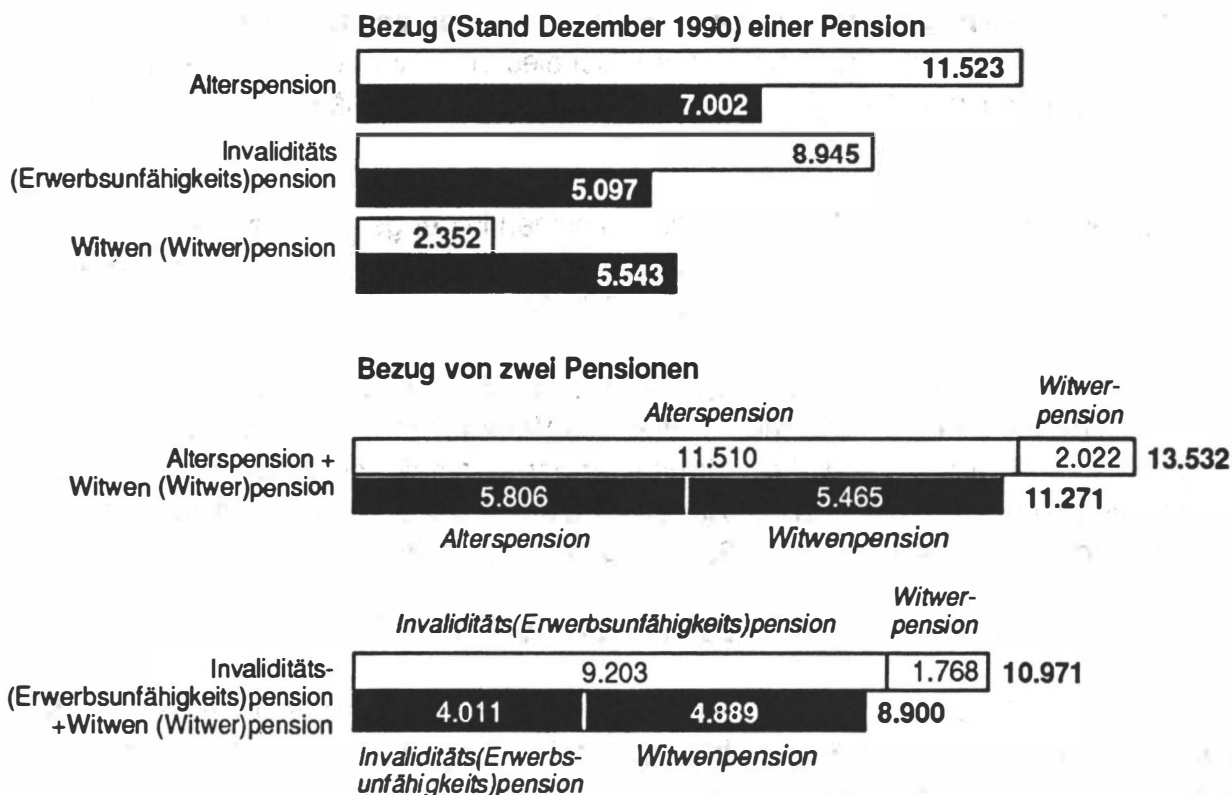


## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## PENSIONSNIWEAU

### Durchschnittliche Pensionsleistung \*) bei Bezug einer Pension und bei Bezug von zwei Pensionen

■ Frauen □ Männer



Quelle: Hauptverband d. öster. Sozialversicherungsträger

\*) einschließlich Zulagen und Zuschüsse

pension bei 57% der eines Mannes. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Witwerpension aufgrund einer Übergangsregelung nach wie vor erst zu zwei Dritteln der vollen Höhe ausbezahlt wird.

Bei Frauen, die nur eine Alterspension beziehen, beträgt die durchschnittliche Pensionsleistung 7.002 S, bei Männern hingegen 11.523 S. Die entsprechenden Werte für Invaliditätspensionen liegen bei 5.097 S (Frauen) und 8.945 S (Männer). Beim Zusammentreffen von Alterspension und Witwen(Witwer)pension erhalten Frauen durchschnittlich 11.271 S, Männer 13.532 S, beim Zusammentreffen von Invaliditätspension und Witwen(Witwer)pension 8.900 S (Frauen) bzw. 10.971 S (Männer).



## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## ZULAGEN UND ZUSCHÜSSE IN DER PV

### 3.2.4 Pensionsanpassung

Die Pensionen und Renten im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung wurden im Jahre 1990 zu Jahresbeginn um 3,0% und sodann zur Jahresmitte um ein weiteres Prozent erhöht, sodaß die **Erhöhung im Jahre 1990 4% beträgt**.

In den jüngst vergangenen Jahren gab die **unterschiedliche Pensionsanpassung im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung und bei den Pensionssystemen des öffentlichen Dienstes** des öfteren Anlaß zu Diskussionen. Bei diesen Diskussionen wird aber übersehen, daß es nur dann sinnvoll ist, Vergleiche zu ziehen, wenn man einen längeren Zeitablauf betrachtet.

In den Jahren von 1970 bis 1991 stiegen die Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung um rund 257%, d. h. auf das 3,6-fache, währenddessen die Pensionen der öffentlichen Dienste um rund 208% stiegen, d. h. auf das 3,1-fache.

Die Erhöhungen in beiden Systemen liegt jedoch um einiges höher als die Erhöhung des Preisniveaus. Sowohl der Pensionistenindex als auch der Verbraucherpreisindex stiegen im Zeitraum von 1970 bis 1991 nur um rund 172%. Weit über das Ausmaß der normalen Pensionsanpassung hinaus stiegen die Richtsätze für Ausgleichszulagenbezieher. Der Richtsatz für Alleinstehende stieg im Zeitraum von 1970 bis 1991 um rund 359%, jener für Verheiratete um rund 373%.

### 3.3 Zulagen und Zuschüsse in der Pensionsversicherung

Das Pensionsversicherungssystem gewährt neben den Pensionsleistungen noch **Ausgleichszulagen, Hilflosen- und Kinderzuschüsse**. Die Leistung dieser zusätzlichen Zulagen und Zuschüsse ist jedoch an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft. Im folgenden wird kurz die Entwicklung der Ausgleichszulagen und Hilflosenzuschüsse behandelt, auf eine eingehendere Darstellung der Kinderzuschüsse hingegen wird verzichtet.

#### 3.3.1 Ausgleichszulagen

Liegen Pension und sonstige Nettoeinkünfte und anzurechnende Beträge (wie Unterhaltsleistungen) unter einem bestimmten Richtsatz, so gebührt eine Ausgleichszulage in Höhe des Differenzbetrages. Bei Ehepaaren wird das gesamte Nettoeinkommen des Ehegatten bzw. der Ehegattin angerechnet.

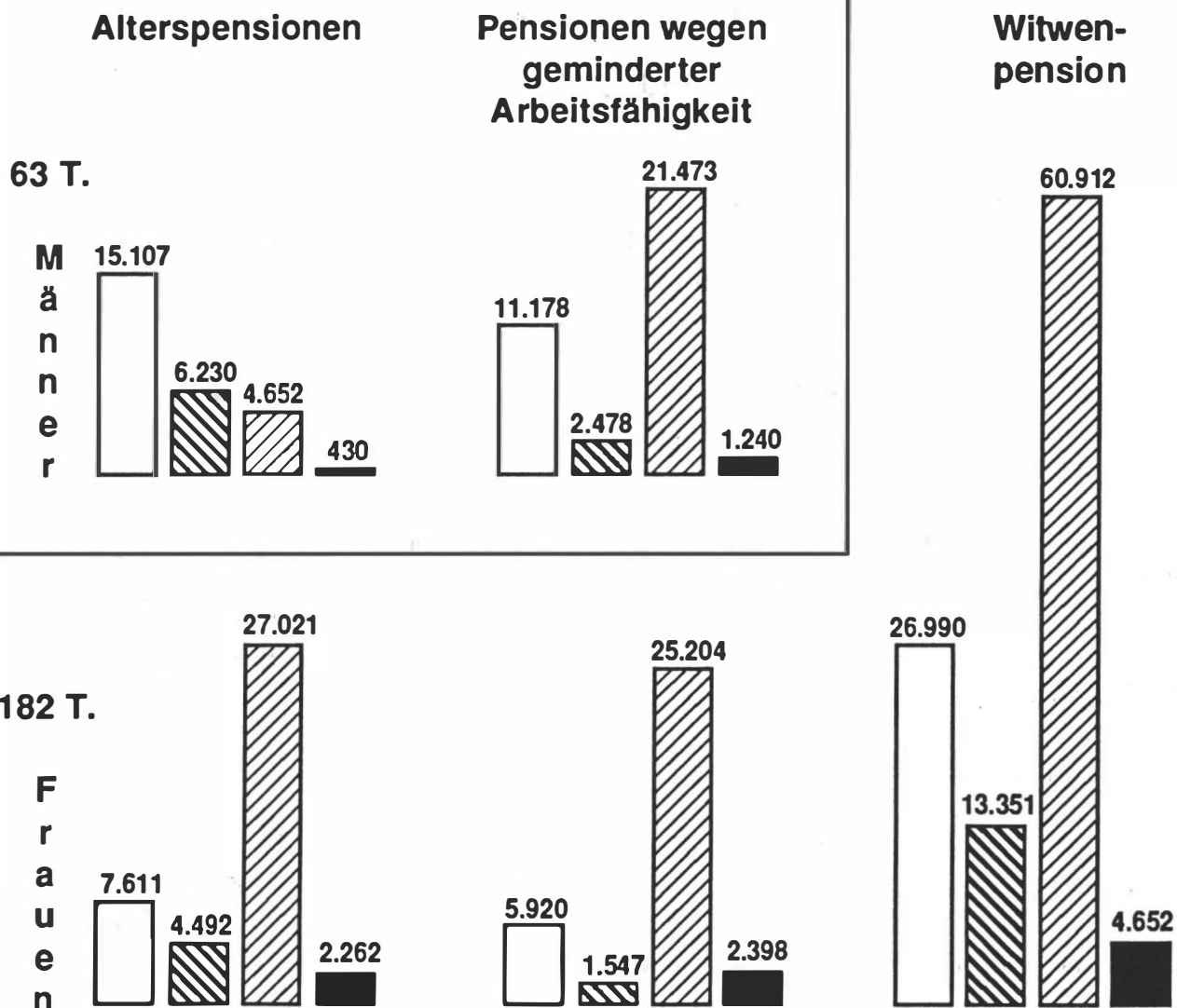
Der Richtsatz für Alleinstehende betrug im Jänner 1990 5.434 S, der Richtsatz für Pensionisten bzw. Pensionistinnen, die mit ihrer Ehegattin bzw. ihrem Ehegatten im gemeinsamen Haushalt leben, 7.784 S. **Mit 1. Juli 1990 erfolgte eine zusätzliche Erhöhung der Richtsätze auf 5.574 S (Alleinstehende) bzw. 7.984 S.** Gegenüber 1989 waren die Ausgleichszulagenrichtsätze um rund 7,2% angehoben worden.

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## ZULAGEN UND ZUSCHÜSSE IN DER PV

## Zahl der Ausgleichszulagenbezieher 1990

☐ SVA d. Bauern   
 ☒ SVA d. gew. Wirtschaft   
 ☒ PVA der Arbeiter   
 ☒ PVA der Angestellten



Quelle: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger, eigene Berechnungen

Im Jahre 1991 betragen die **Richtsätze 6.000 S (Alleinstehende) und 8.600 S (Verheiratete)**. Gegenüber dem Jahr 1990 bedeutet dies eine **Erhöhung um 9,0%**.

Im Dezember 1990 bezogen 262.955 Personen eine Ausgleichszulage. Dies entspricht 15,3%

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## ZULAGEN UND ZUSCHÜSSE IN DER PV

des Pensionsstandes. Gegenüber dem Dezember 1989 hat damit sowohl die Anzahl der Ausgleichszulagenbezieher (+ 17.507 bzw. + 7,1%) als auch ihr Anteil an allen Pensionen (von 14,4% auf 15,3%) zugenommen.

**Von den 262.955 Ausgleichszulagenbeziehern sind rund 73% Frauen.** Dies rührt vor allem daher, daß es im Bereich der Witwenpension 108.563 Frauen gibt, die eine Ausgleichszulage beziehen, das sind rund 24% aller Witwenpensionistinnen.

Relativ hoch ist auch der Anteil der Ausgleichszulagenbezieher bei den Pensionen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. der dauernden Erwerbsunfähigkeit:

17,4% aller männlichen und 21,1% aller weiblichen Bezieher einer derartigen Leistung bezogen im Dezember 1990 zusätzlich eine Ausgleichszulage. Bei den Alterspensionen ist der Anteil der Ausgleichszulagenbezieher vergleichsweise gering. Hier bezogen 7,5% aller männlichen und 9,3% aller weiblichen Alterspensionisten eine Ausgleichszulage.

Der Anteil der Ausgleichszulagenbezieher von durchschnittlich 15,3% schwankt je nach Versicherungsträger zwischen 2,6% in der Pensionsversicherung der Angestellten und 38,0% in der Pensionsversicherung der Bauern.

In der Pensionsversicherung der Bauern beziehen beiden Erwerbsunfähigkeitspensionen 40,3% aller männlichen Bezieher (Frauen 15,8%), bei den Alterspensionen 41,4% aller männlichen Bezieher (Frauen 25,7%) eine Ausgleichszulage. Dieser extrem hohe Anteil an Ausgleichszulagenbezieher wird nur noch von den bäuerlichen Witwenpensionen übertroffen, wo 61,7% aller Witwenpensionsbezieherinnen eine Ausgleichszulage erhalten.

### 3.3.2 Hilflosenzuschuß

Pensionisten, die derart hilflos sind, daß sie ständig der Wartung und Hilfe durch eine andere Person bedürfen, haben Anspruch auf einen Hilflosenzuschuß. Der Hilflosenzuschuß beträgt 50% der Pension, jedoch mindestens 2.618 S (1. Jänner 1990) bzw. 2.644 S (1. Juli 1990) und höchstens 2.826 S (1. Jänner 1990) bzw. 2.840 S (1. Juli 1990).

Im Dezember 1990 erhielten **235.572 Personen, d. s. 13,7% aller Pensionsbezieher, einen Hilflosenzuschuß.** Damit ist der Anteil der Hilflosenzuschußbezieher an den Pensionsbeziehern erstmals seit Jahren leicht gesunken (1989 13,9%).

Hilflosenzuschüsse werden besonders häufig in Verbindung mit Witwenpensionen (19,9%) und mit Pensionen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. der dauernden Erwerbsunfähigkeit (13,5% Männer, 16,0% Frauen) gewährt. Der Anteil der Hilflosenzuschußbezieher steigt mit zunehmendem Alter. Den geringsten Anteil von Hilflosenzuschußbeziehern

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## NEUZUGÄNGE AN PENSIONEN

weist die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten mit 8,8% des Pensionsstandes (niedriger Anteil an Berufsunfähigkeitspensionen) auf. Der höchste Anteil ist seit Jahren im Bereich der Sozialversicherungsanstalt der Bauern mit 19,0% zu verzeichnen. Hier beziehen rund 30% aller Witwenpensionistinnen einen Hilflosenzuschuß.

Vergleicht man die **Entwicklung der Ausgleichszulagen und der Hilflosenzuschüsse im Zeitablauf**, so zeigt sich **eine stark konträre Tendenz**. Während es im Jahr 1977 noch 347.881 Bezieher einer Ausgleichszulage, das waren 24,5% des Pensionsstandes, gab, sank die Zahl der Ausgleichszulagen auf 262.955 bzw. 15,3% im Dezember 1990.

Eine genau umgekehrte Entwicklung ist im Bereich der Hilflosenzuschüsse zu beobachten. Im Jahr 1977 betrug die Zahl der Bezieher eines Hilflosenzuschusses 172.910. Gemessen am damaligen Pensionsstand waren dies 12,2%. Im Dezember 1990 erhielten 235.572 Pensionisten einen Hilflosenzuschuß, d. s. 13,7% aller Pensionisten. Dieser Anstieg der Hilflosenzuschußbezieher ist Ausdruck der Zunahme der Zahl der älteren und pflegebedürftigen Pensionisten. Seit dem Jahr 1981 übersteigt der Aufwand für Hilflosenzuschüsse den Aufwand für Ausgleichszulagen. Im Jahr 1990 betrug der Aufwand für Hilflosenzuschüsse **rund 8,9 Mrd. S.**, jener für Ausgleichszulagen **7,4 Mrd. S.**

### 3.4 Neuzugänge an Pensionen

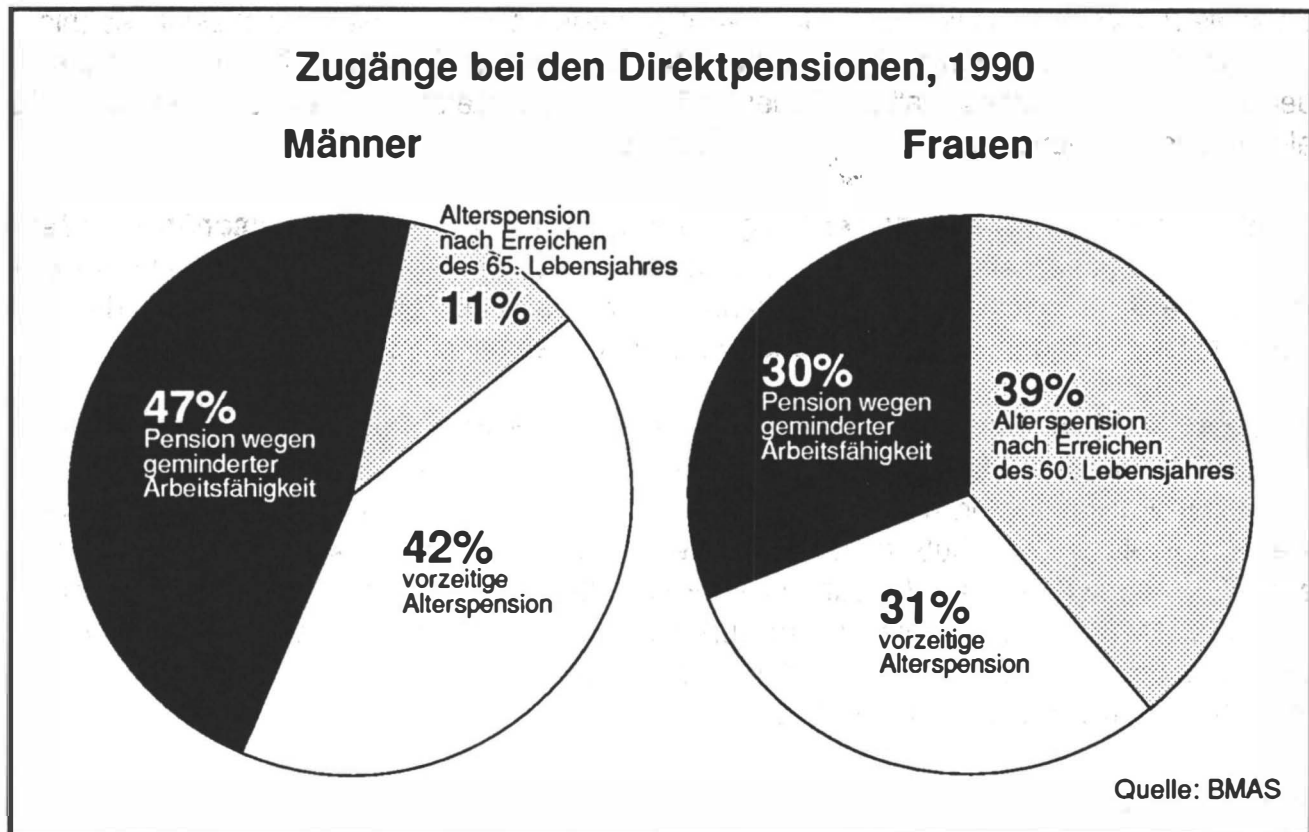
Im Jahre 1990 gab es **104.905 erstmalige Neuzuerkennungen an Pensionen**. Gegenüber dem Jahr 1989 bedeutet dies eine Zunahme der Neuzugänge von rund 250. Rund 27,3% bzw. 28.647 sind dabei Zugänge aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. der Erwerbsunfähigkeit. Dies ist eine Verringerung um 1.142 Zugänge gegenüber dem Jahr 1989. Damit ist wie schon im Jahr zuvor eine Abnahme der Zugänge in diesem Bereich zu verzeichnen. Der Zugang bei den Hinterbliebenenpensionen betrug 32.380, davon entfielen 26.225, d. s. 80%, auf Witwen(Witwer)pensionen, die restlichen 20% auf Waisenpensionen. Den höchsten Anteil am Pensionszugang weisen nach wie vor die Alterspensionen mit 43.878 bzw. 41,8% aus. Mehr als die Hälfte, 23.452 bzw. 53,4%, entfallen dabei auf vorzeitige Alterspensionen wegen langer Versicherungsdauer, 4.061 bzw. 9,3% auf vorzeitige Alterspensionen wegen Arbeitslosigkeit; der Rest, 16.365 bzw. 37,3%, sind normale Alterspensionen.

Wie in den Vorjahren ist der **Zugang um einiges höher als der Abgang** und führt mithin zu einer weiter steigenden Zahl an Pensionen. Im Zusammenwirken mit der Tatsache, daß die Höhe der neuzuerkannten Leistungen jene der wegfallenden Leistungen beträchtlich übersteigt, liegt ein wesentlicher Faktor für den jährlich steigenden Pensionsaufwand.

27.559, d. s. 96% aller Zugänge an Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit, gingen vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsanfallsalters in Pension. Zählt man die Zugänge an vorzeitigen Alterspensionen hinzu, so bedeutet dies, daß 55.072 bzw. 76% aller

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## NEUZUGÄNGE AN PENSIONEN



**Zugänge an Direktpensionen vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsanfallsalters (Männer 65, Frauen 60 Jahre) in Pension gehen.**

### 3.4.1 Durchschnittliches Pensionszugangsalter

Das unterschiedliche (gesetzliche) Pensionsanfallsalter für Männer und Frauen gibt seit Jahren immer wieder Anlaß zu Diskussionen. Dabei wird häufig außer acht gelassen, daß beim tatsächlichen Pensionszugangsalter kaum mehr ein Unterschied besteht. Frauen gehen durchschnittlich nur knapp neun Monate früher in Pension als Männer. **1990 gingen Männer im Schnitt mit 58,3 Jahren und Frauen mit 57,5 Jahren in Pension.**

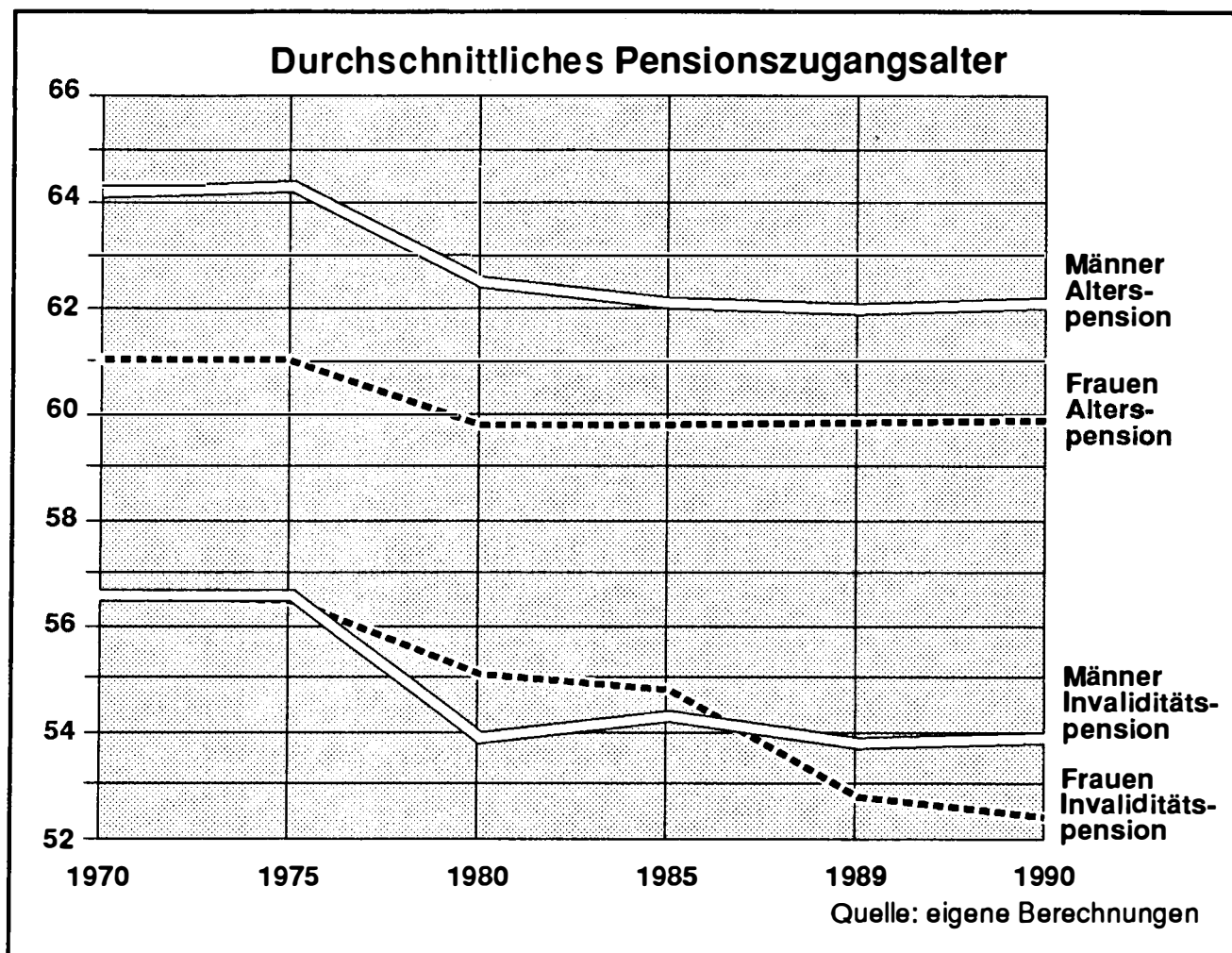
Bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen könnten Frauen bereits mit 55 Jahren in Alterspension gehen. Da viele Frauen diese Voraussetzungen mit 55 Jahren aber noch nicht erfüllen, liegt ihr durchschnittliches Zugangsalter bei der Alterspension bei 59,7 Jahren. Männer gingen hingegen im Durchschnitt mit 62,1 Jahren in Alterspension.

Wesentlich geringer ist der Altersunterschied bei den Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit, nämlich nur rund 18 Monate. Männer gingen im Durchschnitt mit 53,9 Jahren und Frauen mit 52,4 Jahren in Pension.

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## NEUZUGÄNGE AN PENSIONEN

In der Vergangenheit war das durchschnittliche Zugangsalter der Männer bei Invaliditätspensionen sogar häufig niedriger als jenes der Frauen. Hinzu kommt, daß **beinahe die Hälfte (46,6%) der Männer**, die 1990 in den Ruhestand traten, in die **Invaliditäts(Erwerbsunfähigkeits)pension** gingen. Bei den Frauen liegt der Anteil knapp unter einem Drittel (29,7%). Von den Neuzugängen in der Invaliditäts(Erwerbsunfähigkeits)pension waren 68,5% Männer.



1990 lag das durchschnittliche **Pensionszugangsalter in der Pensionsversicherung der Selbständigen** mit 59,9 Jahren bei den Männern und 59,1 Jahren bei den Frauen um rund zwei Jahre höher als in der Pensionsversicherung der Unselbständigen (58,0 bzw. 57,2 Jahre). Im Bereich der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter lag es mit 57,3 Jahren bei den Männern und 57,0 Jahren bei den Frauen deutlich niedriger als im Bereich der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten (Männer: 59,7 Jahre, Frauen: 57,5 Jahre). Dies ist u. a. auf den hohen Anteil an Invaliditätspensionen bei den Arbeitern zurückzuführen. Bei den Arbeitern gehen männliche Invaliditätspensionisten mit 53,4 Jahren, weibliche Invaliditätspensionisten mit 51,4 Jahren in Pension. Vergleichsweise niedrig ist das durchschnittliche Pensionszugangsalter bei

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

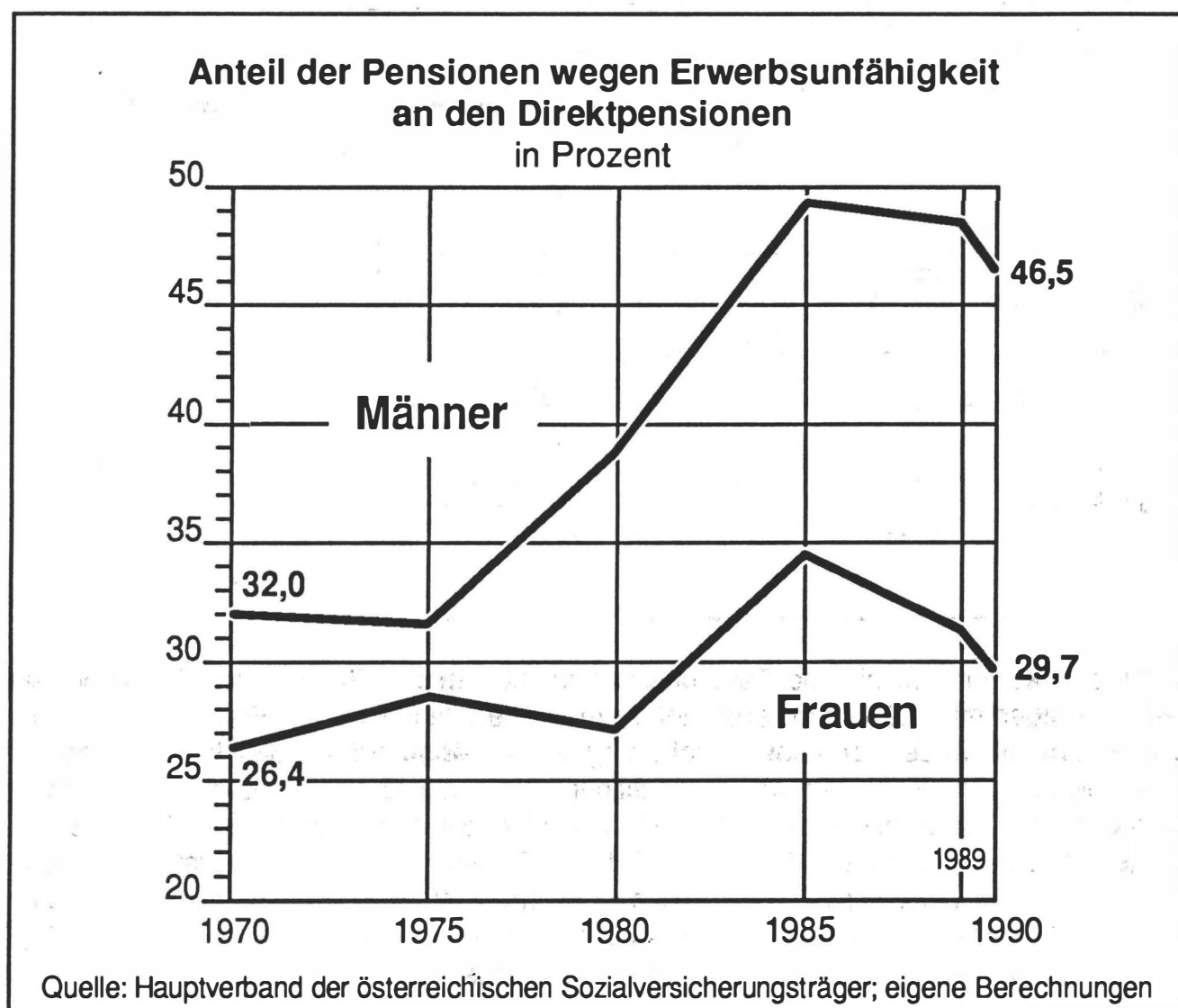
## NEUZUGÄNGE AN PENSIONEN

den Berufsunfähigkeitspensionen der weiblichen Angestellten, es beträgt 49,3 Jahre (Männer 54,1 Jahre).

Insgesamt ist das **Pensionszugangsalter** in den letzten beiden Jahrzehnten **gesunken**, bei den Männern allerdings stärker, sodaß sich der Abstand im durchschnittlichen Zugangsalter zwischen Männern und Frauen verringert hat. Seit dem Jahre 1989 ist allerdings eine Trendumkehr zu beobachten, das durchschnittliche Zugangsalter steigt leicht an.

### 3.4.2 Neuzugänge aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit

Wie bereits erwähnt, gab es im Jahr 1990 28.647 Zugänge aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit. Wie schon in den Vorjahren entfällt dabei ein



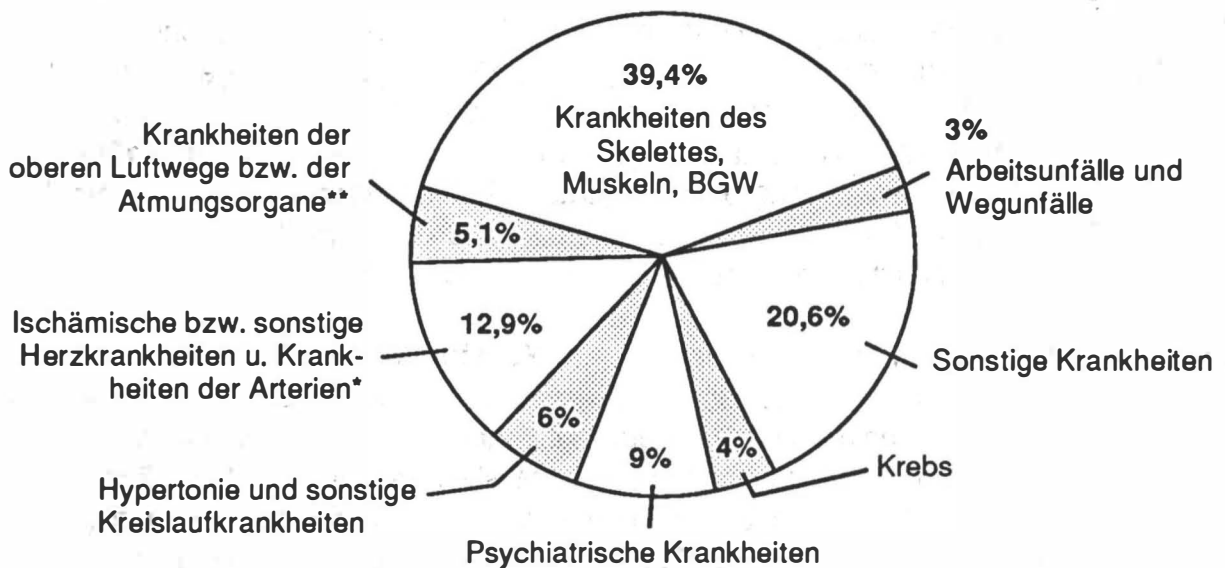
## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## NEUZUGÄNGE AN PENSIONEN

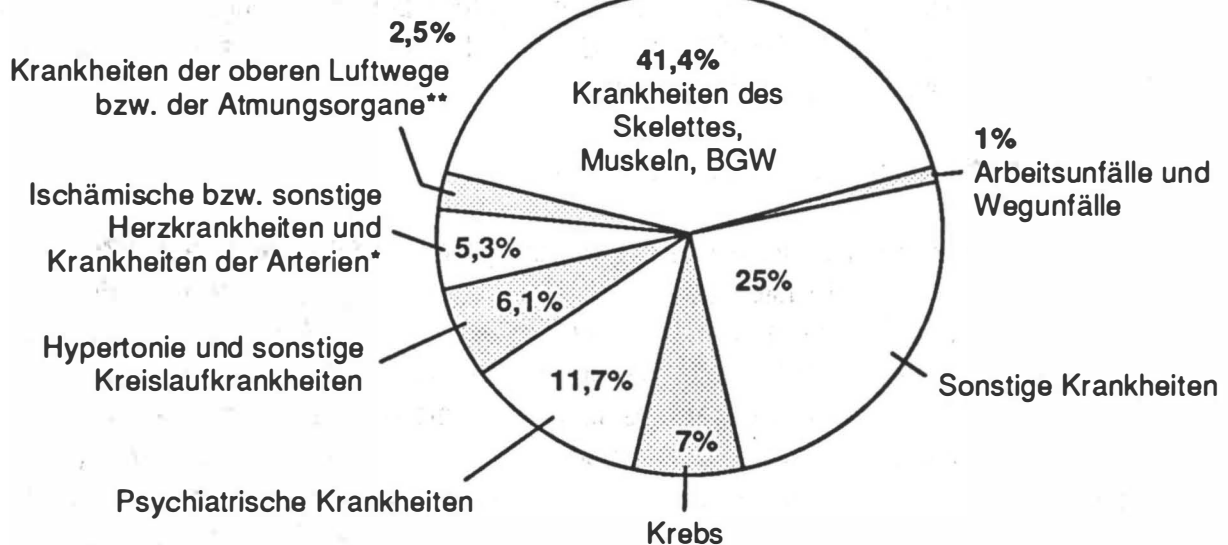
## Neuzuerkannte Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit im Jahre 1990

### Aufteilung nach Krankheitsgruppen

#### Männer



#### Frauen



\*) ohne rheumatische Herzkrankheiten

\*\*) ohne Tuberkulose

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger



## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## NEUZUGÄNGE AN PENSIONEN

Großteil auf die männlichen Arbeiter. Mit 13.169 Pensionszugängen machen sie beinahe 46% des gesamten Pensionszuganges an diesen Pensionen aus.

Mehr als zwei Drittel des gesamten Zuganges an Pensionen wegen geminderter Arbeits- (Erwerbs)fähigkeit entfällt auf Männer, ein Drittel auf Frauen.

Gemessen am Gesamtzugang an Direktpensionen beträgt der Anteil der **Zugänge wegen geminderter Arbeits(Erwerbs)fähigkeit** rund 41,2%. Im Jahr 1970 betrug dieser Anteil noch 29,7%, seither ist er **stetig gestiegen** und erreichte seinen bisherigen Höhepunkt mit 42,8% im Jahre 1988. Dieser Anstieg des Anteiles der Zugänge an Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit an den Direktpensionen vollzog sich – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – nahezu bei allen Versicherungsträgern. **Seit dem Jahre 1988** ist allerdings wieder ein **leichter Rückgang beim Zugang an Invaliditätspensionen** zu verzeichnen. Im Jahre 1990 weist die Sozialversicherungsanstalt der Bauern mit 58,0% den höchsten, die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten mit 25,0% den niedrigsten Anteil aus.

Unterschiede treten auch zutage, wenn man die **Pensionsneuzugänge nach den Krankheitsgruppen** betrachtet. Rund 40% aller Zugänge an Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit entfallen auf eine Krankheitsgruppe: Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates, des Skelettes und der Muskeln machen bei den Männern 39,4%, bei den Frauen 41,4% aller Zugänge aus. Besonders hoch ist der Anteil der Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, wo er mehr als 60% ausmacht (Männer 61,4%, Frauen 64,9%). Stark im Ansteigen begriffen sind psychiatrische Krankheiten. Diese Krankheiten verursachen beinahe 10% des Zuganges an Invaliditätspensionen (Männer 9,0%, Frauen 11,7%). Demgegenüber ist die Bedeutung der Herz- und Arterienkrankheiten in den vergangenen 2 Jahrzehnten anteilmäßig zurückgegangen. Im Jahr 1990 waren diese Krankheiten für 12,9% aller Männer und 5,3% aller Frauen das auslösende Moment für die Inanspruchnahme einer Invaliditätspension.

### 3.4.3 Pensionsanträge und Zuerkennungen

Im Jahre 1990 wurden von den Pensionsversicherungsträgern **148.158 Anträge auf Zuerkennung bzw. Umwandlung einer Pension** behandelt. Nicht alle Anträge stammen aus dem Jahr 1990, ein Teil datiert bereits aus dem Jahr 1989, wurde aber aufgrund der gewöhnlich mehrwöchigen Behandlungsdauer erst 1990 entschieden. In 105.845 Fällen, d. s. rund 71%, erfolgte die Zuerkennung einer Pension. Dabei kann es sich um die erstmalige Neuzuerkennung einer Pension als auch um sonstige Zuerkennungen handeln. Bei rund 17% aller Anträge erfolgte eine Ablehnung. Die **höchste Ablehnungsquote gibt es naturgemäß bei den Anträgen auf Zuerkennung einer Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit** bzw. Erwerbsunfähigkeit mit rund 32%, d. h., beinahe jeder dritte Antrag wurde vom zuständigen Sozialversicherungsträger abgelehnt. Auch dies veranschaulicht recht deutlich den in den vergangenen Jahren aufgetre-

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## NEUZUGÄNGE AN PENSIONEN

tenen, wenn auch nunmehr etwas abgeschwächten, Trend zur Inanspruchnahme einer derartigen Leistung. Im Jahr 1990 wurden bei der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter 28.415 Anträge auf Zuerkennung einer Alterspension und 32.843 Anträge auf Zuerkennung einer Invaliditätspension gestellt. Noch augenfälliger ist dieses Verhältnis bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, wo 3.998 Anträge auf Alterspension 9.038 Anträge auf Zuerkennung einer Erwerbsunfähigkeitspension gegenüberstehen. Die geringste Ablehnungsquote weisen – wie auch von der Sache her nicht anderes zu erwarten war – die Hinterbliebenenleistungen mit 6,6% auf. In 16.773 Fällen bzw. 11,3% aller Anträge erfolgte eine Umwandlung, eine Abtretung an einen anderen Pensionsversicherungsträger oder eine sonstige Erledigung.

Gegen die Bescheide der Sozialversicherungsträger wurden im Jahre 1990 15.211 (+ 6,2%) Klagen der Leistungswerber eingebracht. 10.215 Klagen betrafen dabei Invaliditätspensionen, 2.998 Hilflosenzuschüsse, der Rest entfiel auf Alters- und Hinterbliebenenpensionen, Ausgleichszulagen sowie sonstige Leistungen.

Seitens der **Arbeits- und Sozialgerichte** erfolgten 13.801 Klageerledigungen bzw. Entscheidungen, der Hauptteil entfiel wiederum auf Invaliditätspensionen (9.737) und Hilflosenzuschüsse (2.690). In 1.394 Fällen wurde der Klage stattgegeben, das sind 10,1% aller Fälle, 3.753 Fälle endeten mit einem Vergleich (27,2%). In 4.107 Fällen (29,8%) erfolgte eine Rücknahme der Klage, 4.057 Klagen (29,4%) endeten mit Abweisungen. 490 Fälle wurden sonstigen Erledigungen (Zurückweisungen, Zurückverweisungen) zugeführt.

1.526 Entscheidungen wurden von den Oberlandesgerichten (1.214) bzw. vom Obersten Gerichtshof (312) gefällt. 183 dieser Entscheidungen erfolgten zugunsten des Leistungswerbers, die restlichen Entscheidungen erfolgten zugunsten des Versicherungsträgers oder wurden einer sonstigen Erledigung zugeführt.

### 3.4.4 Höhe der neuzuerkannten Pensionsleistungen

Wie bereits erwähnt wurde, gibt es beträchtliche **Differenzen in den Pensionshöhen von Männern und Frauen**. Dies gilt nach wie vor auch in bezug auf die Höhe der Neuzugangspensionen. Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt: niedrigere Arbeitsverdienste und kürzere Versicherungszeiten bei den Frauen. Beträchtliche **Differenzen** bestehen nach wie vor **auch zwischen den einzelnen Pensionsversicherungsträgern**. So beträgt die durchschnittliche Neuzugangspension eines männlichen Arbeiters bei Alterspensionen 9.549 S, die eines männlichen Angestellten 15.444 S.

Die durchschnittliche Neuzugangspension einer **Alterspensionistin** betrug im Jahre 1990 6.083 S, die eines **männlichen Alterspensionisten** 11.893 S. Eine ähnliche Diskrepanz zeigt sich bei den Invaliditätspensionen. Hier beträgt die Durchschnittspension bei Frauen 4.859 S, jene der Männer beinahe das Doppelte, nämlich 9.389 S. Wie schon beim Pensionsstand liegen bei den Frauen auch hier die durchschnittlichen Witwenpensionen mit 5.599 S höher als

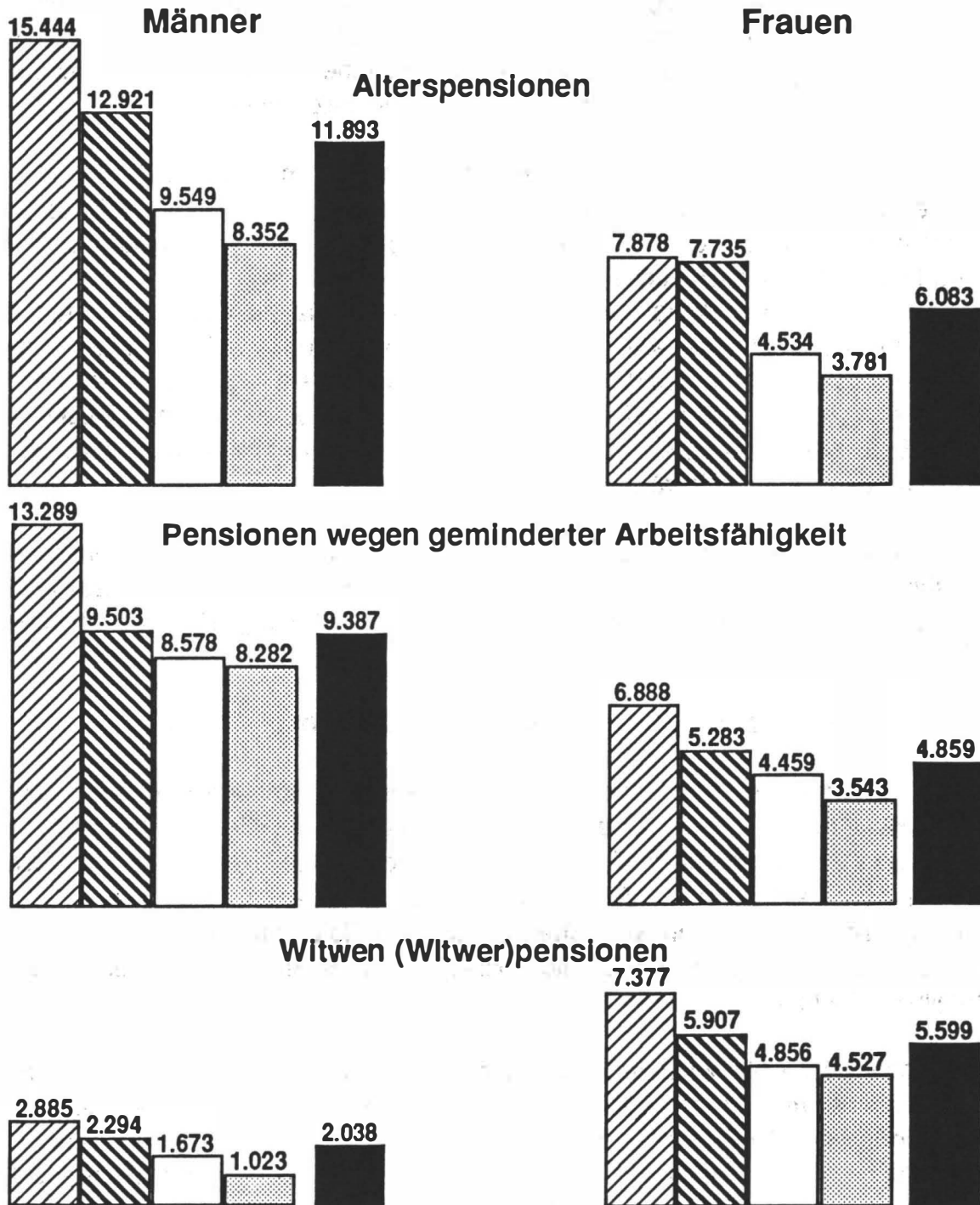
## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## NEUZUGÄNGE AN PENSIONEN

## Durchschnittspensionen des Pensionsneuzuganges 1990

PVA d. Angestellten    SVA d. g. Wirtschaft    PVA d. Arbeiter  
 SVA d. Bauern    gesamte PV

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen



## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## PENSIONSABGÄNGE

die Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit. Im Gegensatz zum Vorjahr ist im Jahre 1990 im allgemeinen wiederum ein Ansteigen der Neuzugangspensionen im Vergleich zu 1989 zu verzeichnen. Lediglich im Bereich der Pensionsversicherung der Arbeiter ist bei den Alterspensionisten ein Rückgang gegeben (Männer: - 2,3%, Frauen: - 1,0%).

Dieser Rückgang wird zumindest bei den Männern beinahe ausschließlich durch den stark gestiegenen Anteil jener Neuzugangspensionen verursacht, bei denen das zwischenstaatliche Sozialversicherungsrecht zur Anwendung gelangt. Die Einbeziehung dieser Fälle in die Neuzugangsst Statistik bewirkt eine erhebliche Verringerung der ausgewiesenen durchschnittlichen Pensionshöhe. Als Beispiel seien hier wiederum die männlichen Alterspensionisten der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter angeführt, wo im Jahre 1990 10% des Neuzugangs eine Pension von weniger als 400 S bezogen. Bei diesen geringen Pensionen handelt es sich in erster Linie um zwischenstaatliche Teilpensionen, die durch ausländische Teilleistungen ergänzt werden.

Ein ähnliches Bild liefert auch die Betrachtung der **Einkommensdezile** bei den Neuzugangspensionen: **Rund 60% aller Alterspensionistinnen beziehen eine Pension** (ohne Zulagen, ohne Zuschüsse) von **unter 6.100 S**. Bei den männlichen Alterspensionisten sind dies nur knapp 25%. Umgekehrt beziehen 50% aller männlichen Alterspensionisten eine Neuzugangspension von mehr als 12.550 S, währenddessen bei den Frauen 90% unter 12.200 S liegen.

Ähnliches gilt auch bei den **Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit** bzw. Erwerbsunfähigkeit. Hier bezogen rund **80% aller Frauen eine Pension von unter 6.400 S**, bei den Männern waren es nur rund 33%. 40% aller Männer beziehen hier eine Neuzugangspension von mehr als 10.500 S, diese Höhe wird von rund 95% der Frauen nicht erreicht.

Rund 60% aller Neuzugänge bei den Witwenpensionen beziehen eine Pension von weniger als 6.000 S, dessen ungeachtet sind die Witwenpensionen generell höher als die weiblichen Invaliditätspensionen. Auf eine eingehende Analyse der Witwerpension wird verzichtet, da zum einen die Zahl der Neuzugänge mit 3.668 noch relativ gering ist und zum anderen diese Leistung erst zu zwei Drittel ausbezahlt wird.

### 3.5 Abgänge an Pensionen

Im Jahr 1990 gab es rund 101.697 Pensionsabgänge. Mehr als die Hälfte aller Abgänge – rund 50,2% – entfiel auf die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter. In Summe macht der Anteil der Unselbständigen rund 78,0% aus.

Von den Pensionsabgängen entfielen 75.421 auf Abgänge wegen Tod des Pensionsbeziehers, d. s. rund 74%. Die restlichen 26% sind im wesentlichen Abgänge wegen Wegfalls der Voraussetzungen. Dazu zählen insbesondere die Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit bei Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit, Wiederverhehlung bei Wit-

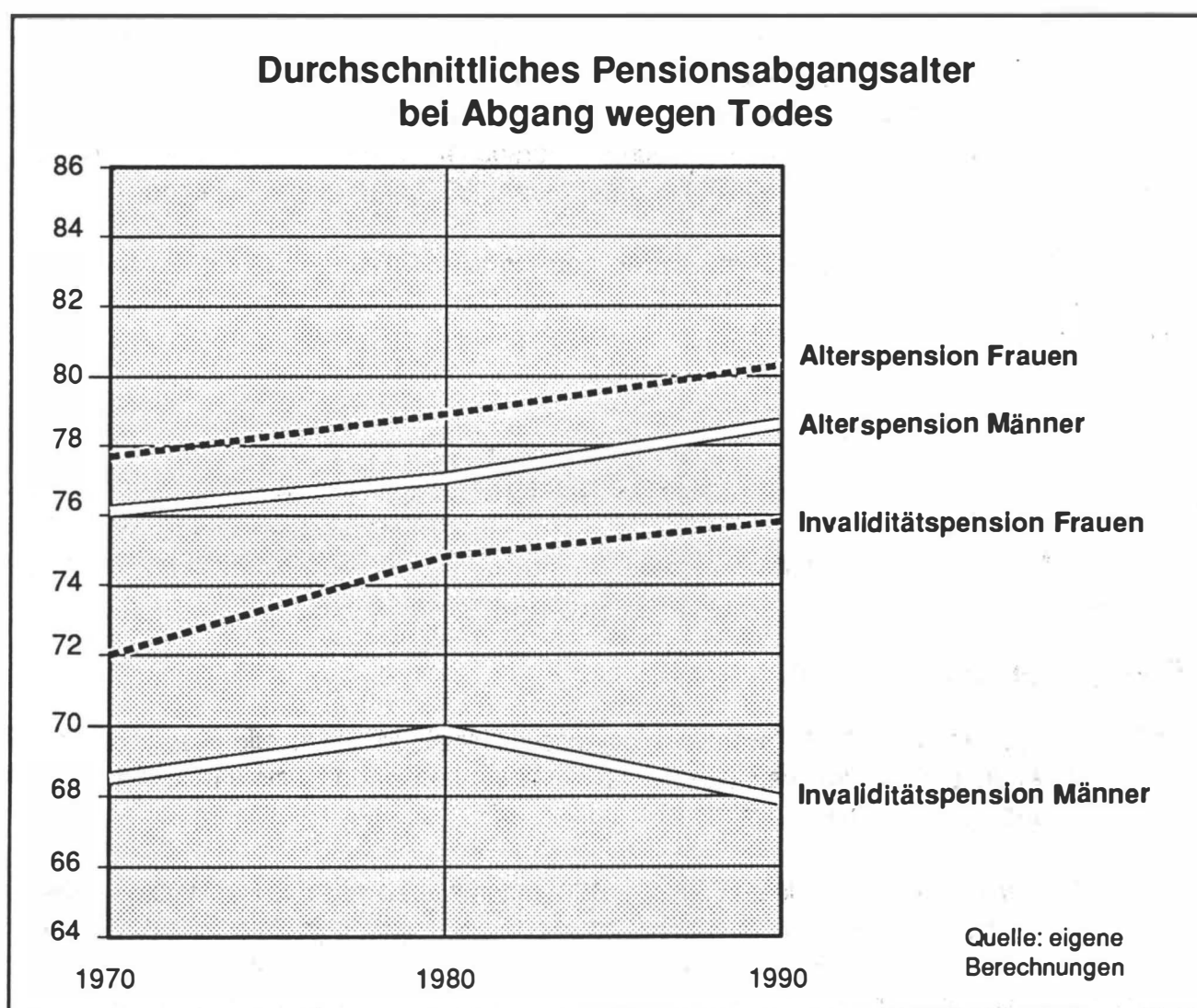
## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## PENSIONSABGÄNGE

wen(Witwer)pensionen sowie das Erreichen der Altersgrenze für die Gewährung einer Waisenpension.

Jedoch von oftmals größerem Interesse als die Zahl der Abgänge ist die **Dauer des Pensionsbezuges**, insbesondere bei Abgängen wegen Todes. Leider gibt es diesbezüglich keine Statistiken, die einen Überblick für die gesamte Pensionsversicherung erlauben würden. Lediglich die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter weist bereits seit geraumer Zeit in ihren Jahresberichten eine Statistik über die Pensionsbezugsdauer bei Direkt pensionen aus. Da diese Daten auch Aufschluß über die längerfristige Entwicklung geben, beschränkt sich die folgende Darstellung auf die Daten der Arbeiter:

Von 1970 bis 1990 **stieg die Bezugsdauer** bei männlichen Invaliditätspensionisten von 11,1 auf 13,8 Jahre, d. h. um beinahe drei Jahre. Bei weiblichen Invaliditätspensionisten stieg die Bezugs-



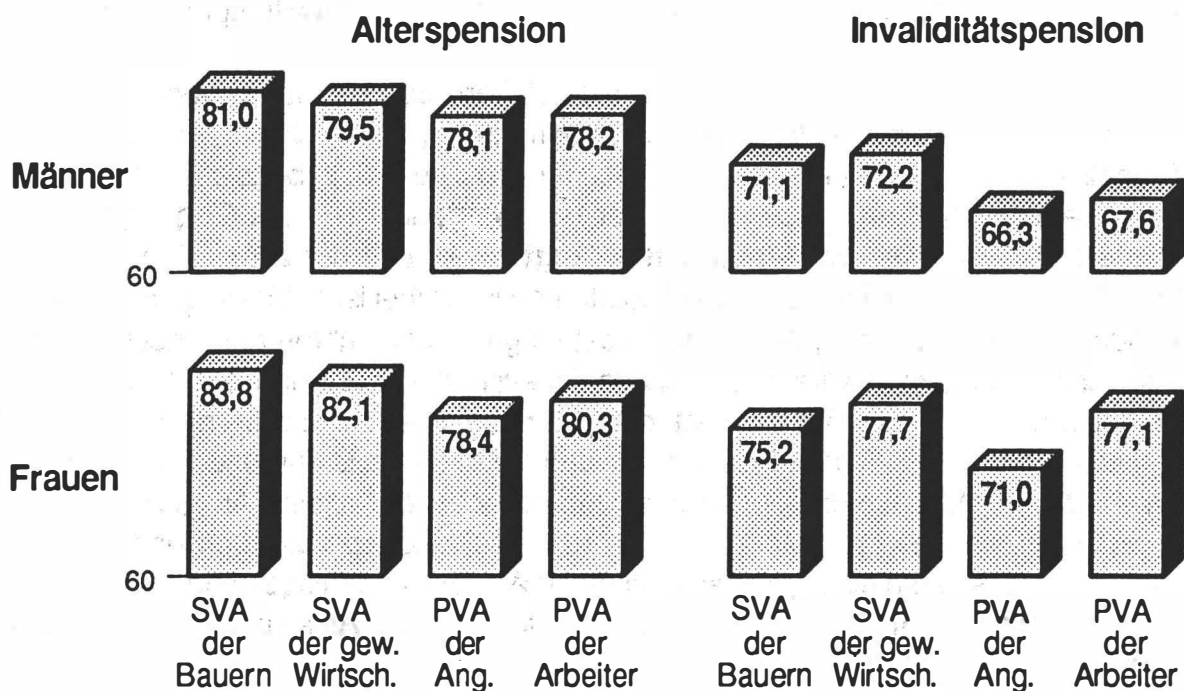
## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## PENSIONSABGÄNGE

dauer im selben Zeitraum sogar um beinahe sieben Jahre, von 15,1 auf 22,0 Jahre. Bei den Alterspensionisten beträgt der Anstieg der Bezugsdauer bei den Männern 5 Jahre (von 11,1 auf 16,0), bei den Frauen 4,4 Jahre (von 16,1 auf 20,5).

Die unterschiedliche Entwicklung resultiert daraus, daß die Bezugsdauer von zwei Faktoren, denen durchaus unterschiedliches Gewicht zukommen kann, dominiert wird. Zum einen von der Lebenserwartung zum Zeitpunkt des Pensionsantrittes, zum anderen vom Pensionsanfallsalter selbst. Die Entwicklung beider Faktoren wirkte in der Vergangenheit in Richtung einer Erhöhung der Pensionsbezugsdauer. Das **Pensionsanfallsalter** ist in den letzten beiden Jahrzehnten um einige Jahre **gesunken**, wobei das Ausmaß der Verringerung – wie wir bereits gesehen haben – jedoch nach Geschlecht und Pensionsart stark differiert. Umgekehrt ist natürlich auf die **Lebenserwartung** beträchtlich **gestiegen**. Betrug die Lebenserwartung eines 60-jährigen Mannes im Jahr 1970 noch rund 14,9 Jahre, so beträgt sie im Jahr 1990 bereits 18,1 Jahre, d. h. drei Jahre mehr. Bei den Frauen ergibt sich ebenfalls ein Anstieg von etwas mehr als drei Jahren, nämlich 3,5 Jahre. 1970 betrug die Lebenserwartung einer 60-jährigen Frau noch 18,8 Jahre, 1990 sind es bereits knapp über 22,3 Jahre.

### Durchschnittliches Pensionsabgangsalter bei Abgang wegen Todes 1990



Quelle: eigene Berechnungen



## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## PENSIONSABGÄNGE

Die ausgewiesene Lebenserwartung bezieht sich dabei immer auf einen konkreten Geburtsjahrgang, nämlich die in dem betreffenden Jahr 60-jährigen. Daher ist es durchaus richtig zu sagen, daß die durchschnittliche Bezugsdauer eines 60-jährigen Neuzugangspensionisten seiner Lebenserwartung entspricht.

Nicht auf einen konkreten Jahrgang, sondern ebenfalls auf alle gestorbenen Direktpensionsbezieher eines Jahres beziehen sich die folgenden Daten über das **durchschnittliche Pensionsabgangsalter** bei Abgängen wegen Todes: Im Zeitraum von 1970 bis 1990 erhöhte sich das durchschnittliche Pensionsabgangsalter bei weiblichen Alterspensionisten von 77,7 Jahren auf 80,3 Jahre, jenes der Männer von 76,2 Jahre auf 78,6 Jahre. Ebenso stieg das Pensionsabgangsalter von Bezieherinnen einer Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit von rund 72 Jahren auf beinahe 76 Jahre. Bei den männlichen Beziehern einer Invaliditätspension sank das Pensionsabgangsalter nach einem leichten Anstieg bis Anfang der 80-er Jahre von 68,8 im Jahre 1970 auf 68,2 im Jahre 1990.

Wie läßt sich das zum Teil recht stark unterschiedliche Pensionsabgangsalter zwischen Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeits(Erwerbs)fähigkeit erklären, eine Differenz, die etwa bei den Männern im Jahre 1990 zehn Jahre beträgt? Zum einen ist es sicherlich der Fall, daß **Bezieher einer Invaliditätspension aufgrund ihrer Krankheiten kürzer leben als Alterspensionisten. Zum anderen ist die Altersstruktur zwischen Invaliditäts- und Alterspensionisten stark unterschiedlich.** Der überwiegende Großteil der Invaliditätspensionen geht vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze für den Bezug einer Alterspension in Pension. Von diesen Pensionisten stirbt auch ein Teil vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze für die Alterspension.

Von den im Jahre 1990 verstorbenen 16.756 Beziehern einer Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit verstarben 2.961 (Männer 2.470, Frauen 491), d. s. 17,7%, vor Erreichen des 60. Lebensjahres (Männer) bzw. des 55. Lebensjahres (Frauen). Diese Zahlen belegen recht anschaulich, daß der **überwiegende Teil der Zugänge an Invaliditätspensionen nach wie vor krankheitsbedingt** erfolgt und nur zum Teil auf ungünstige arbeitsmarktpolitische Gegebenheiten zurückzuführen ist. Dabei ist natürlich auch zu beachten, daß gerade in jenen Bereichen, die in den jüngst vergangenen Jahren auf wirtschaftliche Probleme stießen und daher in verstärktem Maße Arbeitskräfte freisetzten, die Arbeitsbelastung vielfach höher als in anderen Branchen ist, d. h., hier kommt es zu einer Kumulierung von Risiken, nämlich Arbeitslosigkeit bzw. Frühpension und gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze.

Von den im Jahr 1990 verstorbenen Pensionisten bezogen 21,6% eine Ausgleichszulage und 48,1% einen Hilfenlosenzuschuß. Mit anderen Worten, beinahe jeder zweite Pensionist wird im Laufe seines Lebens derart hilflos, daß er ständig der Wartung und Pflege bedarf. Da die Lebenserwartung auch in Zukunft steigen wird, ist zu erwarten, daß der Anteil der Bezieher eines Hilfenlosenzuschusses noch steigen wird.

## **4. Ruhebezüge der Bundesbeamten, der ÖBB- und Postbediensteten und der Landesbediensteten von Kärnten und Burgenland**

Im folgenden werden zunächst die Daten der Bundesbeamten dargestellt, die im Jahre 1990 aufgrund des Pensionsgesetzes 1965 einen Ruhebezug oder deren Ehepartner einen Witwenversorgungsbezug erhielten. Es handelt sich dabei um ca. 47.000 Bezieher von Ruhebezügen und ca. 27.000 Bezieher von Witwenversorgungsbezügen. Weiters werden die 44.000 Ruhebezüge und 28.000 Versorgungsbezüge der ÖBB-Bediensteten und die 22.000 Ruhebezüge und 11.000 Versorgungsbezüge der Postbediensteten und schließlich 1.500 Ruhebezüge der Kärntner Verwaltungsbeamten, 3.400 Ruhebezüge der Kärntner Pflichtschullehrer, ca. jeweils 500 Versorgungsbezüge der Ehepartner von Kärntner Verwaltungsbeamten und Kärntner Pflichtschullehrer, 600 Ruhebezüge der Burgenländischen Verwaltungsbeamten und ca. 200 Versorgungsbezüge der Ehepartner von Burgenländischen Verwaltungsbeamten dargestellt.

### **4.1. Ruhebezüge der Bundesbediensteten**

Der **durchschnittliche monatliche Ruhebezug** (ohne ÖBB und Post) beträgt **S 25.000,-** und der mittlere Ruhebezug (50 % verdienen mehr und 50 % verdienen weniger als ...) **S 21.700,-**. 4 % der Ruhebezüge liegen unter **S 10.000,-**, 36 % zwischen **S 10.000,-** und **S 20.000,-**, 35 % zwischen **S 20.000,-** und **S 30.000,-**, 20 % zwischen **S 30.000,-** und **S 50.000,-** und 5 % (ca. 2.200) über **S 50.000,-**.

**81 % der Ruhebezugsempfänger** (ohne ÖBB und Post) sind **Männer**. Das durchschnittliche **Pensionsanfallsalter** (ohne Bahn und Post) liegt **bei Männern bei 60 Jahren** und **bei Frauen bei 58 Jahren**.

In allen Verwendungs- und Besoldungsgruppen liegen die **Ruhebezüge der Männer über denen der Frauen**. In den Verwendungsgruppen C und D der Allgemeinen Verwaltung beträgt der Einkommensvorsprung der Männer ca. 8 %, in der Verwendungsgruppe A ca. 20 % und bei den Hochschulprofessoren sowie den Bundeslehrern ca. 15 %. Ursachen dafür sind das durchschnittlich ein bis zwei Jahre frühere Pensionsalter und das damit meist einhergehende niedere Einkommen der Frauen zum Zeitpunkt der Pensionierung und schließlich das niedere Aktivleitzteinkommen der Frauen aufgrund weniger steiler Berufskarrieren und geringerer Nebengebühren.

Es existiert eine **breite Streuung hinsichtlich des Pensionierungsalters**. **10 %** der im Jahre



## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## RUHEBEZÜGE

Ruhebezüge <sup>1)</sup> (ohne ÖBB und PTV), ( 1. 12. 1990)

	Männer und Frauen		Frauen		Männer	
	Anzahl der Personen	Durchschnittsbrutto 2)	Anzahl der Personen	Durchschnittsbrutto	Anzahl der Personen	Durchschnittsbrutto
<b>Allg.Verwaltung</b>	19.287	23.751	4.769	18.677	14.518	25.417
<b>A</b>	2.471	45.834	264	37.855	2.207	46.789
<b>B</b>	6.116	26.727	1.032	23.530	5.084	27.376
<b>C</b>	6.014	18.070	2.264	17.145	3.750	18.628
<b>D</b>	2.375	13.869	1.148	13.342	1.227	14.363
<b>E</b>	349	11.052	61	10.861	288	11.093
<b>Handwerkl. Verwendung</b>	1.682	13.563	174	11.442	1.508	13.807
<b>Richter/ Staatsanwälte</b>	653	51.303	13	38.340	640	51.566
<b>ordentl.Univ.(Hochschul-)Professoren</b>	444	63.459	35	54.681	409	64.210
<b>Univ.Assistenten</b>	77	35.966	22	33.977	55	36.761
<b>Bundeslehrer</b>	6.298	37.034	2.635	33.509	3.663	39.569
<b>Beamte der Schulaufsicht</b>	279	44.723	27	43.241	252	44.881
<b>Wachebeamte</b>	14.523	20.631	116	16.436	14.407	20.664
<b>Berufsoffiziere</b>	912	33.051	—	—	912	33.051
<b>Gesamt <sup>3)</sup></b>	46.843	25.009	8.900	22.650	37.943	25.573
<b>Witwen/ Witwerbezüge</b>	26.597	12.701	26.435	12.722	162	9.190

Quelle: Personalinformationssystem des Bundes (PIS)

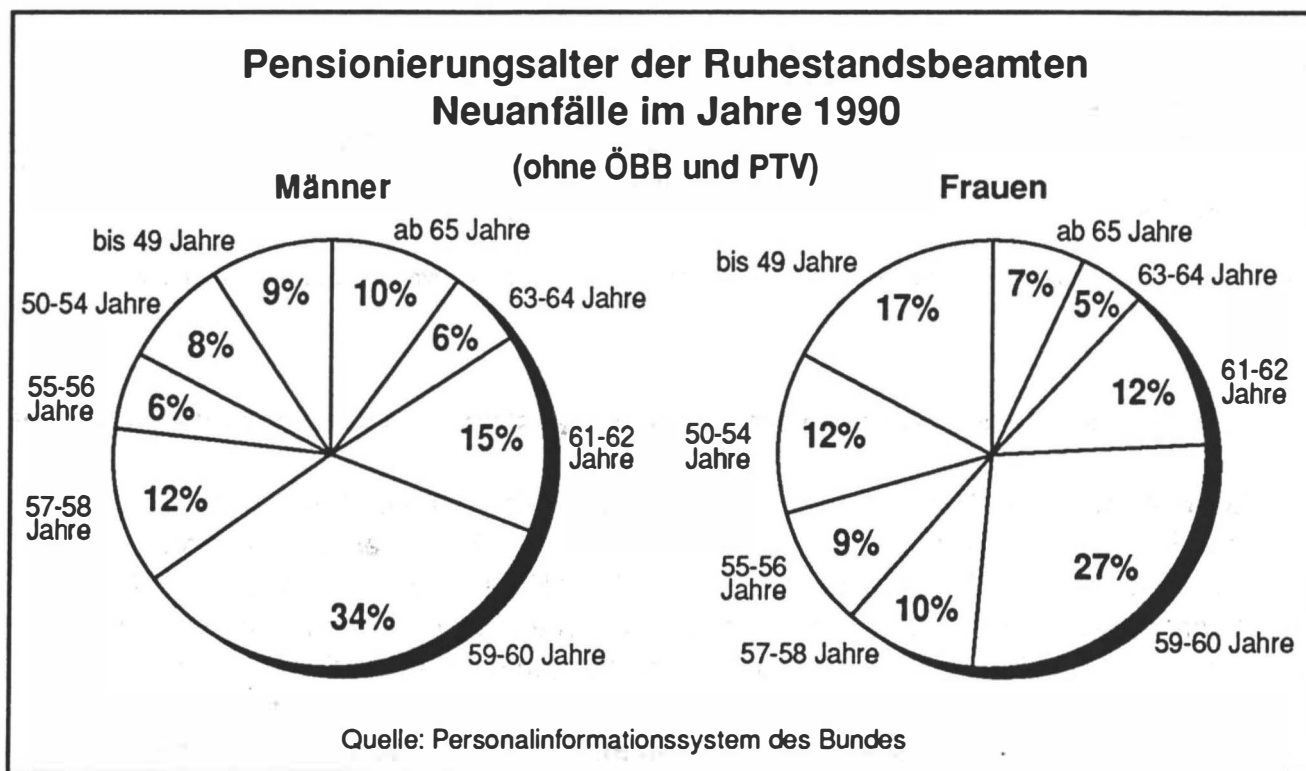
Fußnoten:

- 1) Der hier ausgewiesene Ruhebezug besteht aus dem Ruhegenuß und den nach dem Pensionsgesetz 1965 gebührenden Zulagen (z.B. Hilfflorenzulage, Ruhegenußzulage aus der Wachdienstzulage, Nebengebühreuzulage etc.), ausgenommen jedoch die Haushaltszulage. Bei der Bemessung des Ruhegenusses sind die nach den einschlägigen Rechtsvorschriften als ruhegenußfähig erklärten Zulagen (z.B. Verwendungszulage, Verwaltungsdienstzulage, etc.) berücksichtigt. Entsprechendes gilt auch für die Witwen(r)versorgungsbezüge.
- 2) Die Summe aller Ruhebezüge dividiert durch die Zahl der Ruhebezugsempfänger.
- 3) In der Gesamtzahl sind auch Ruhebezüge aus anderen Rechtsordnungen inkludiert: z.B. ca. 1000 Ruhebezüge aufgrund des Tabak-Pensionsstatuts und ca. 500 Ruhebezüge aufgrund der Salinenpensionsordnung.

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## RUHEBEZÜGE

1990 in den Ruhestand übergetretenen Personen (9 % der Männer und 17 % der Frauen) waren **unter 50 Jahre**, 27 % zwischen 50 und 59 Jahre (26 % der Männer und 31 % der Frauen), 33 % 60 Jahre (34 % der Männer und 27 % der Frauen), 20 % zwischen 60 und 65 Jahren (21 % der Männer und 17 % der Frauen) und ca. 10 % über 65 Jahre (10 % der Männer und 7 % der Frauen). Der relativ hohe Anteil von Personen, die schon vor dem 60. Lebensjahr in den Ruhestand treten, ergibt sich daraus, daß **in bestimmten Berufszweigen** (z.B. Wachebeamte, handwerkliche Verwendung) das **Risiko der Dienstunfähigkeit überproportional** gegeben ist.



### 4.2. Ruhe- und Versorgungsbezüge der Post- und ÖBB-Bediensteten

Der **mittlere Ruhebezug** (50 % verdienen mehr und 50 % verdienen weniger als ...) der **Bediensteten der österreichischen Bundesbahnen** betrug im November 1990 inklusive Hilfslosen- und Haushaltszulage **S 16.600,-** und bei den **Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung** **S 15.800,-**. Der mittlere Versorgungsbezug der ÖBB-Witwen lag bei **S 9.000,-** und der Post- und Telegraphenverwaltungs-Witwen bei **S 8.100,-**.

## SOZIALVERSICHERUNG 1990

## RUHEBEZÜGE

### VERTEILUNG DER RUHEGENUSSBEZÜGE UND DER WITWENVERSORGUNGSBEZÜGE BEI POST UND ÖBB

	Anzahl	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
<b>Post</b>				
Ruhegenußbezüge	33.416	14.020	15.900	19.880
- männlich	17.035	14.250	15.940	20.490
- weiblich	5.286	12.250	15.660	18.790
Witwen/Witwer	11.095	7.050	8.100	10.240
<b>ÖBB</b>				
Ruhegenußbezüge <sup>1)</sup>	43.615	14.130	16.560	19.820
Witwen/Witwer <sup>2)</sup>	28.319	7.610	8.950	10.790

1) davon 826 Frauen

2) davon 14 Männer

Quelle: Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung; Personalinformationssystem der ÖBB; eigene Berechnungen

#### 4.3. Ruhe- und Versorgungsbezüge der Landesbediensteten von Kärnten und Burgenland

Die **durchschnittlichen Ruhebezüge der Kärntner Verwaltungsbeamten** betragen **S 30.400,-** (Männer S 32.800,-, Frauen S 23.100,-). **Pragmatisierte Kärntner Landeslehrer** erhalten einen durchschnittlichen **Ruhebezug von S 27.600,-** (Männer S 31.700,-, Frauen S 24.900,-). Der durchschnittliche Witwenversorgungsbezug der Ehepartner von ehemaligen Kärntner Verwaltungsbeamten beträgt S 15.300,- und von ehemaligen Kärntner Landeslehrern S 13.900,-.

Der **durchschnittliche Ruhebezug der Verwaltungsbeamten von Burgenland** beträgt **S 30.600,-** (Männer S 32.300,-, Frauen S 19.800,-). Der durchschnittliche Witwenversorgungsbezug der Ehepartner von ehemaligen burgenländischen Landesbeamten beläuft sich auf S 14.800,-.

Ein Vergleich der Ruhebezüge der Verwaltungsbeamten von Bund, Kärnten und Burgenland nach Verwendungsgruppen zeigt, daß die **durchschnittlichen Ruhebezüge der Bundesbediensteten** (ausgenommen Verwendungsgruppe A) in der Regel **unter denen der Landesbediensteten** liegen. Über die möglichen Ursachen dieser Unterschiede (z.B. unterschiedliche Gehaltsschemen, Aufstiegsmuster, Zulagen und Mehrdienstleistungen im Berufsleben bzw. unterschiedliches tatsächliches Pensionszugangsalter) können aber keine Aussagen getroffen werden.

**SOZIALVERSICHERUNG 1990****RUHEBEZÜGE****Durchschnittliche Ruhebezüge der Bundesbediensteten  
und der Bediensteten von Kärnten und Burgenland, 1990**

<b>Allgemeine Verwaltung</b>	<b>Bund</b>		<b>Kärnten</b>		<b>Burgenland</b>	
	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>
<b>A</b>	46.800	37.900	45.200	37.700	48.600	32.600
<b>B</b>	27.400	23.500	34.400	28.400	32.200	26.800
<b>C</b>	18.600	17.100	23.000	22.200	21.900	20.700
<b>D</b>	14.400	13.300	16.800	15.900	17.300	14.100
<b>E</b>	11.100	10.900	11.800	9.200	13.400	-
<b>Allgemeine Verwaltung insg.</b>	<b>25.400</b>	<b>18.700</b>	<b>32.800</b>	<b>23.100</b>	<b>32.300</b>	<b>19.800</b>

Quelle: Personalinformationssysteme des Bundes, von Kärnten und Burgenland; eigene Berechnungen.

# ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN 1990

Karl GRILLITSCH, Josef JUCH

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Angela KÖPPL, Karl PICHELMANN

Institut für Höhere Studien

Hans STEINER

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Walter WOLF

Österreichisches Statistisches Zentralamt

Personalinformationssystem des Bundes/BM. f. F.

## 1. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE EINKOMMENSENTWICKLUNG .....130

1.1	Funktionelle Einkommensverteilung .....	130
1.2	Leistungseinkommen, Transfereinkommen (brutto, netto).....	132
1.3	Effektivverdienste, Tariflöhne; Lohndrift.....	133

## 2. EINKOMMENSSTATISTIKEN 1990 AUS DER SOZIALVERSICHERUNG ...134

2.1.	Datenlage .....	134
2.2.	Die Einkommen aller unselbständig Beschäftigten .....	134
2.3.	Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern .....	136
2.4.	Einkommen der obersten und untersten 10 %.....	137
2.4.1	Wieviele unselbständig Beschäftigte verdienten 1990 „weniger als 10.000 Schilling“? .....	137
2.4.2	Die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher der unselbständig Beschäftigten .....	140
2.5.	Die Löhne der Arbeiter .....	141
2.5.1	Wirtschaftsklassen .....	142
2.5.2	Bundesländer .....	142
2.5.3	Staatsbürgerschaft .....	143
2.6.	Die Gehälter der Angestellten .....	144
2.6.1	Wirtschaftsklassen .....	144
2.6.2	Bundesländer .....	145
2.7.	Die Bezüge der Beamten .....	145

**EINKOMMEN 1990****INHALTSVERZEICHNIS**

2.7.1	Bahn und Post.....	146
2.8.	Veränderungen gegenüber 1989 .....	146
<b>3. DIE INDUSTRIELLE LOHNSTRUKTUR .....</b>		<b>148</b>
<b>4. EINKOMMEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST; 1990.....</b>		<b>150</b>
4.1.	Bundesbedienstete (ohne Bahn und Post).....	151
4.2.	Postbedienstete.....	154
4.3.	Landesbedienstete von Kärnten und Burgenland .....	156
<b>5. DIE EINKOMMENSVERTEILUNG ZWISCHEN DEN SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGEN .....</b>		<b>158</b>
<b>6. DATEN ÜBER LEBENSSTANDARD UND EINKOMMEN AUS DEM MIKROZENSUS.....</b>		<b>159</b>
6.1.	Einkommensnachteile der Frauen durch ungünstige Karrierechance.....	159
6.2.	Lebensstandard: Zehnjahresvergleich .....	159
6.3.	Beschäftigtenhaushalte .....	161
6.4.	Pensionistenhaushalte .....	162
6.5.	Arbeitslosenhaushalte .....	162
6.6.	Sozialhilfeempfänger.....	163
6.7.	In Österreich beschäftigte jugoslawische und türkische Arbeiter .....	163

## EINKOMMEN 1990

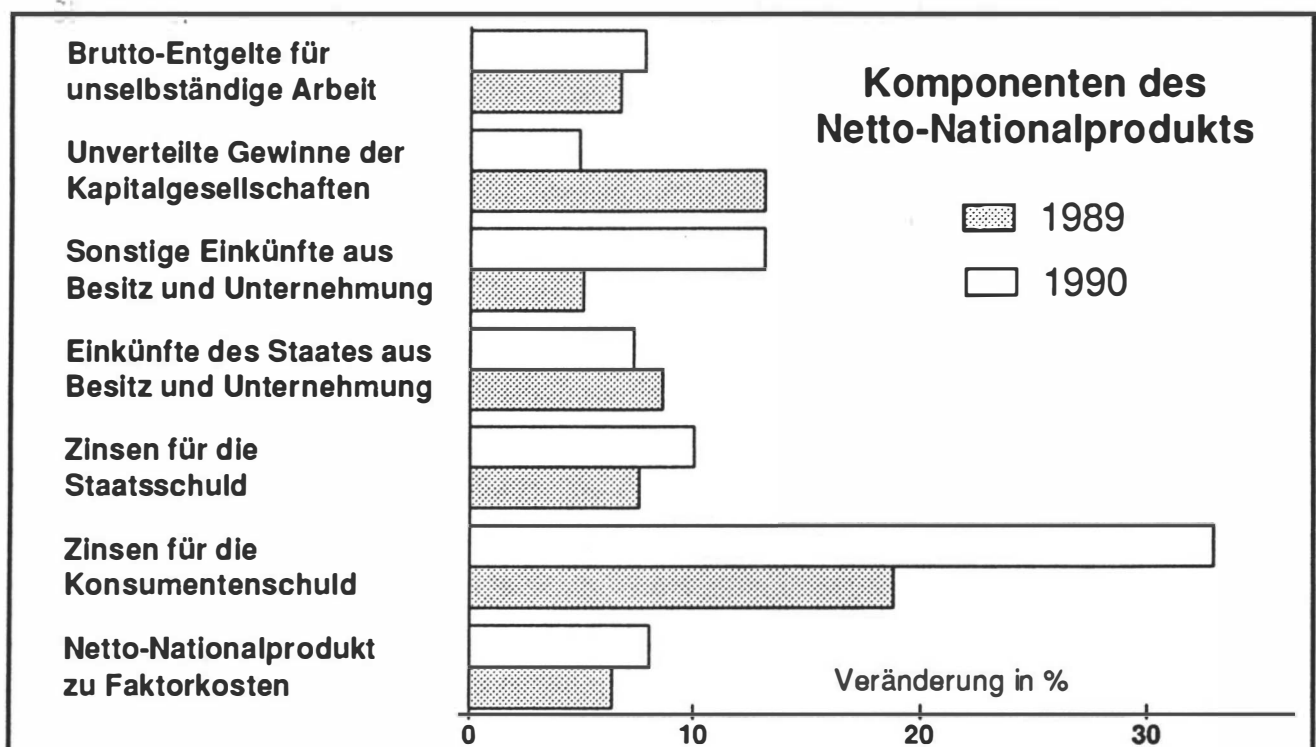
## GESAMTWIRTSCHAFTL. EINKOMMENSENTWICKLUNG

# 1. Gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung

## 1.1 Funktionelle Einkommensverteilung

Das österreichische **Brutto-Inlandsprodukt** erreichte im Jahr 1990 nach den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einen Wert von **1.789,4 Mrd. S** und lag damit nominell **um 7.5 % höher als im Jahr zuvor**. Preisbereinigt stieg das BIP um 4.9 %, nach 3.7 % und 4 % in den beiden Jahren zuvor. Nach Abzug des Saldo der Faktoreinkommen aus dem bzw. an das Ausland, der Abschreibungen und der indirekten Steuern (minus Subventionen) errechnet sich ein nominelles **Volkseinkommen** in der Höhe von **1.316,1 Mrd. S.**; dies entspricht einer **Zuwachsrate von 8.1 %**.

Das Wachstum des Volkseinkommens verteilte sich auch 1990 unterschiedlich auf die verschiedenen Positionen. Die Brutto-Entgelte für unselbständige Arbeit (einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) nahmen mit 7.6 % etwas langsamer zu als das Volkseinkommen. Die überaus kräftige Konjunktur spiegelt sich in einer **günstigen Gewinnentwicklung**. Die **Einkommen der privaten Haushalte aus Besitz und Unternehmung** (inkl. statistischer Differenz) **expandierten mit 12.8 %**; die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften blieben hingegen mit einer Zuwachsrate von 4.8 % hinter dem Volkseinkommenswachstum zurück. Der Abzugsposten Zinsen für die Staatsschuld stieg 1990 mit 9.8 % neuerlich stärker an als das

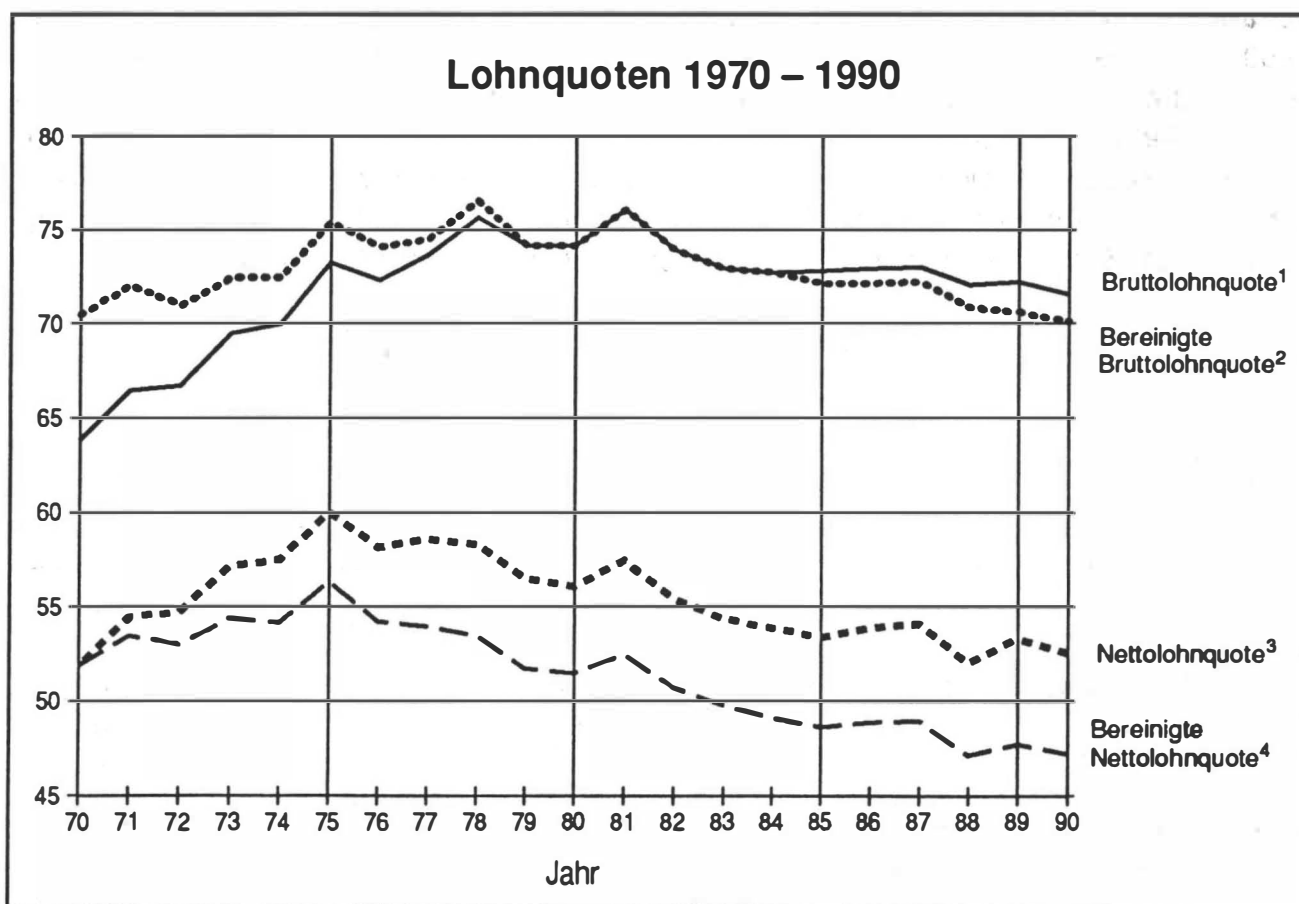


## EINKOMMEN 1990

## GESAMTWIRTSCHAFTL. EINKOMMENSENTWICKLUNG

Volkseinkommen; die Zinsen für die Konsumentenschuld waren 1990 um fast ein Drittel höher als im Vorjahr, was nur zum geringeren Teil auf das gestiegene Zinsniveau zurückgeführt werden kann.

Die funktionelle Einkommensstruktur hat sich damit 1990 neuerlich zugunsten der Nicht-Lohn-einkommen verschoben. Trotz einer kräftigeren Beschäftigungsausweitung ist die **unbereinigte Lohnquote**, das ist der Anteil der Brutto-Lohnsumme am nominellen Volkseinkommen, von einem Wert von 71.9 % in den Jahren 1988/89 auf 71.6 % im Jahr 1990 **gesunken**. Die um Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur bereinigte Lohnquote (Basis 1983) erreichte 1990 einen Wert von 70.0 % nach 70.6 % im Jahr zuvor.



- 1) Brutto-Lohnsumme dividiert durch nominelles Nettonationalprodukt zu Faktorkosten.
- 2) Brutto-Lohnquote bereinigt gegenüber Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur (= Lohnquote dividiert durch Index der Quote der unselbständigen Beschäftigten an den Erwerbstätigen) auf Basis 1983.
- 3) Netto-Lohnsumme dividiert durch Nettonationalprodukt zu Faktorkosten minus direkte Steuern der privaten Haushalte und Kapitalgesellschaften plus Lohnsteuerzahlungen der Pensionisten; vorläufige Werte.
- 4) Netto-Lohnquote bereinigt gegenüber Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur (= Lohnquote dividiert durch Index der Quote der unselbständigen Beschäftigten an den Erwerbstätigen) auf Basis 1983; vorläufige Werte.



**EINKOMMEN 1990****GESAMTWIRTSCHAFTL. EINKOMMENSENTWICKLUNG****1.2 Leistungseinkommen, Transfereinkommen (brutto, netto)**

Die **Leistungseinkommen (öffentliche und private Lohn- und Gehaltssumme)** erhöhten sich 1990 um 7.8 % (1989: 6.6 %), was sowohl auf die dynamische Beschäftigungsentwicklung wie die stärkeren Verdienstzuwächse zurückgeht. Deutlich **kräftiger als im Vorjahr expandierten auch die Transfereinkommen** mit 7.1 % (1989: 4.4 %), wofür in erster Linie kräftigere Pensionserhöhungen, aber unter anderem auch ein Mehr an Arbeitslosenunterstützungsleistungen, verantwortlich zeichnen. Insgesamt errechnet sich damit für 1990 eine Zunahme der Brutto-Masseneinkommen von 7.6 %, nach 5.8 % im Jahr zuvor. **Netto gerechnet hat sich allerdings das Wachstum der Masseneinkommen von 8.6 % im Jahr 1989 auf 6.4 % verlangsamt**, da der Entlastungseffekt der Steuerreform weggefallen ist. Die Abzüge stiegen 1990 mit 12.5 % kräftig an, im Jahr zuvor waren sie hingegen um 4.4 % gesunken. Unter Berücksichtigung der Inflation hat sich damit gegenüber 1989 fast eine Halbierung des Wachstumstempos der realen Netto-Masseneinkommen auf 3.2 % ergeben. Betrachtet man hingegen die reale Kaufkraft der verfügbaren persönlichen Einkommen (die neben den Netto-Lohneinkommen und Transfereinkommen auch Teile der Unternehmer- und Besitzeinkommen enthalten), so zeigt sich 1990 mit 4.5 % eine gegenüber 1989 fast unveränderte Zuwachsrate.

**Einkommensentwicklung 1989/1990**

	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Index 1983=100
	1989	1990	1990
<b>Leistungseinkommen <sup>1)</sup></b>	6.6	7.8	145.7
<b>Transfereinkommen <sup>2)</sup></b>	4.4	7.1	148.2
<b>Brutto-Masseneinkommen <sup>3)</sup></b>	5.8	7.6	146.5
<b>Abzüge <sup>4)</sup></b>	- 4.4	12.5	148.7
<b>Netto-Masseneinkommen <sup>5)</sup></b>	8.6	6.4	145.9
<b>Netto-Masseneinkommen, real</b>	5.9	3.2	120.8
<b>Verfügbares persönliches Einkommen <sup>6)</sup></b>	7.1	7.8	150.9
<b>Verfügbares persönliches Einkommen, real</b>	4.4	4.5	124.9

1) Einkommen aus unselbständiger Arbeit

2) Pensionen, Renten, Unterstützungen, Beihilfen und sonstige einseitige Barleistungen an private Haushalte.

3) Leistungseinkommen plus Transfereinkommen

4) Lohnsteuer einschließlich aller Zuschläge, Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, Pensionsbeiträge der Beamten, Wohnbauförderungsbeitrag, Arbeitslosenversicherungsbeiträge.

5) Bruttomasseneinkommen minus Abzüge

6) Nach Abzug der Zinsen für die Konsumentenschuld

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO; eigene Berechnungen.

**EINKOMMEN 1990****GESAMTWIRTSCHAFTL. EINKOMMENSENTWICKLUNG****1.3 Effektivverdienste, Tariflöhne; Lohndrift**

Insgesamt haben im Jahresdurchschnitt 1990 die Brutto-Leistungseinkommen je Beschäftigten mit 5.4 % um 0.7 Prozentpunkte stärker zugenommen als im Vorjahr (1989: 4.7 %). **Deflati- niert mit dem Konsumpreisindex bedeutet das eine Steigerung der Brutto-Realeinkommen je Arbeitnehmer von 2.1 % (1989 ebenfalls 2.1 %).**

Die **Steigerung** im Wachstum **der Effektivverdienste je Beschäftigten** war indes **nicht gleich- mäßig über alle Wirtschaftsbereiche verteilt**. So wuchsen in der Industrie die Brutto-Monats- verdienste je Beschäftigten um 7.5 %; ohne Berücksichtigung der Sonderzahlungen um 6.9 %. In der Bauwirtschaft hingegen stiegen die Brutto-Stundenverdienste je Arbeiter im Jahr 1990 mit 5.1 % nur unterdurchschnittlich an und blieben neuerlich hinter der Tariflohnentwicklung zurück.

Die überaus günstige Konjunkturentwicklung und die leichte Belebung des Preisauftriebs haben im Berichtsjahr 1990 auch zu einem Anstieg der Höhe der Tariflohnabschlüsse geführt. Die wich- tigsten Lohnabschlüsse lagen mit **Tariflohnsteigerungen von 7,8 % und Ist-Lohnzuwächsen um etwa 5 1/2 %** um 2 bis 3 Prozentpunkte über dem Vorjahrsniveau.

Insgesamt haben sich im Jahresdurchschnitt 1990 die Tariflöhne der Angestellten um 5.9 % erhöht, jene der Arbeiter um 6.2 %. Die Schemagehälter im öffentlichen Dienst wurden unter Berücksichtigung eines Nachschlags ab April um durchschnittlich 4.5 % angehoben. Unter- durchschnittliche Tariflohnsteigerungen waren in der Land- und Forstwirtschaft und im Bereich Verkehr, aber auch bei den Angestellten der Fremdenverkehrswirtschaft zu verzeichnen.

**Tariflohnentwicklung nach Branchen und sozialrechtlicher Stellung**

	Arbeiter <sup>1)</sup>			Angestellte <sup>3)</sup>			Öffentlich Bedienstete		
	% gegen das		Index 1986=100	% gegen das		Index 1986=100	% gegen das		Index 1986=100
	Vorjahr	1990		Vorjahr	1990		Vorjahr	1990	
	1989	1990	1990	1989	1990	1990	1989	1990	1990
Gewerbe	3.5	6.1	117.2	3.2	5.7	116.1			
Baugewerbe	2.9	6.4	117.2	2.6	5.9	116.0			
Industrie <sup>2)</sup>	4.1	6.6	118.4	5.0	6.6	119.2			
Handel	3.8	5.8	115.9	3.8	5.8	116.0			
Verkehr	3.2	4.8	114.4	3.2	4.7	114.6	4.2	4.9	114.0
Fremdenverkehr	3.5	5.8	117.1	2.8	3.8	113.6			
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen				3.5	6.0	116.3			
Land- und Forstwirtschaft	3.0	4.7	114.3	3.2	4.9	114.4			
Öffentl. Dienst	-	-	-	-	-	-	3.9	4.5	113.2
Insgesamt	3.7	6.2	117.4	3.9	5.9	116.8			

1) Wochenlöhne 2) Inklusive Bauindustrie und Elektrizitätswerke 3) Monatsgehälter

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

## EINKOMMEN 1990

## VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN

Eine Gliederung der Tariflohnentwicklung der Arbeiter nach Qualifikationsstufen zeigt, daß 1990 in Gewerbe und Industrie sowie im Fremdenverkehr mit geringerem Qualifikationsniveau auch die Tariflohnsteigerungen relativ niedriger ausfielen.

Bemerkenswert ist schließlich die **Entwicklung der Lohndrift**, die 1990 in der Gesamtwirtschaft **negativ** ausfiel, d.h., daß **die Effektivverdienstzuwächse geringer ausfielen** (um 0.2 Prozentpunkte) **als die Tariflohnsteigerungen**. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, daß das starke Wachstum des Arbeitskräfteangebots im Jahr 1990 die Verdienstmöglichkeit gedämpft hat.

## 2. Einkommensstatistiken 1990 aus der Sozialversicherung

### 2.1. Datenlage

Eine ausführliche Darstellung der ab dem Jahr 1987 vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger auf einer neuen Grundlage erstellten Statistik über die beitragspflichtigen Arbeitseinkommen der unselbständig Beschäftigten findet sich im Sozialbericht des Vorjahres (S.348 f.). Ausgewiesen wird die Verteilung der Jahreseinkommen (in Form von auf einen Versicherungstag standardisierten, personenbezogenen Daten, die auch die Sonderzahlungen berücksichtigen) der Arbeiter, Angestellten und Beamten (ohne Lehrlinge). Verdienste über der Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung - 1990 lag diese Grenze ohne Sonderzahlungen bei 28.800 S - werden nur mit dem Betrag der Höchstbeitragsgrundlage erfaßt. Da die wöchentliche Arbeitszeit (Teilzeit, Überstunden) nicht bekannt ist, kann (ohne externe Hilfsmittel) keine nach dem wöchentlichen Arbeitsvolumen standardisierte Auswertung erstellt werden.

Erstmals stehen nun Informationen aus dieser Datenquelle über die Verteilung der Arbeitseinkommen nach der Staatsbürgerschaft zur Verfügung: Da diese Auswertungen auch für das Jahr 1989 gerechnet wurden, ist auf dem Hintergrund der stark steigenden Zahl in Österreich beschäftigter ausländischer Arbeitnehmer eine differenzierte Analyse der Verdienstentwicklung möglich.

Eine Änderung wurde in der Präsentation der Daten vorgenommen: Der in Österreich übliche Sprachgebrauch versteht unter dem „Monatsverdienst“ nicht ein Zwölftel, sondern ein Vierzehntel des Jahresverdienstes, um Mißverständnisse zu reduzieren, werden daher im Textteil nur mehr Vierzehntel der beitragspflichtigen Jahreseinkommen ausgewiesen, die Daten im Tabellenanhang geben allerdings, wie bisher, die vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger veröffentlichten Zwölftel wieder.

### 2.2 Die Einkommen aller unselbständig Beschäftigten

Wie im Vorjahr beziehen sich die Daten auf alle versicherten Arbeiter, Angestellten und pragmatisierten Beamten von Bahn und Post, sowie auf rund 80 % der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften:

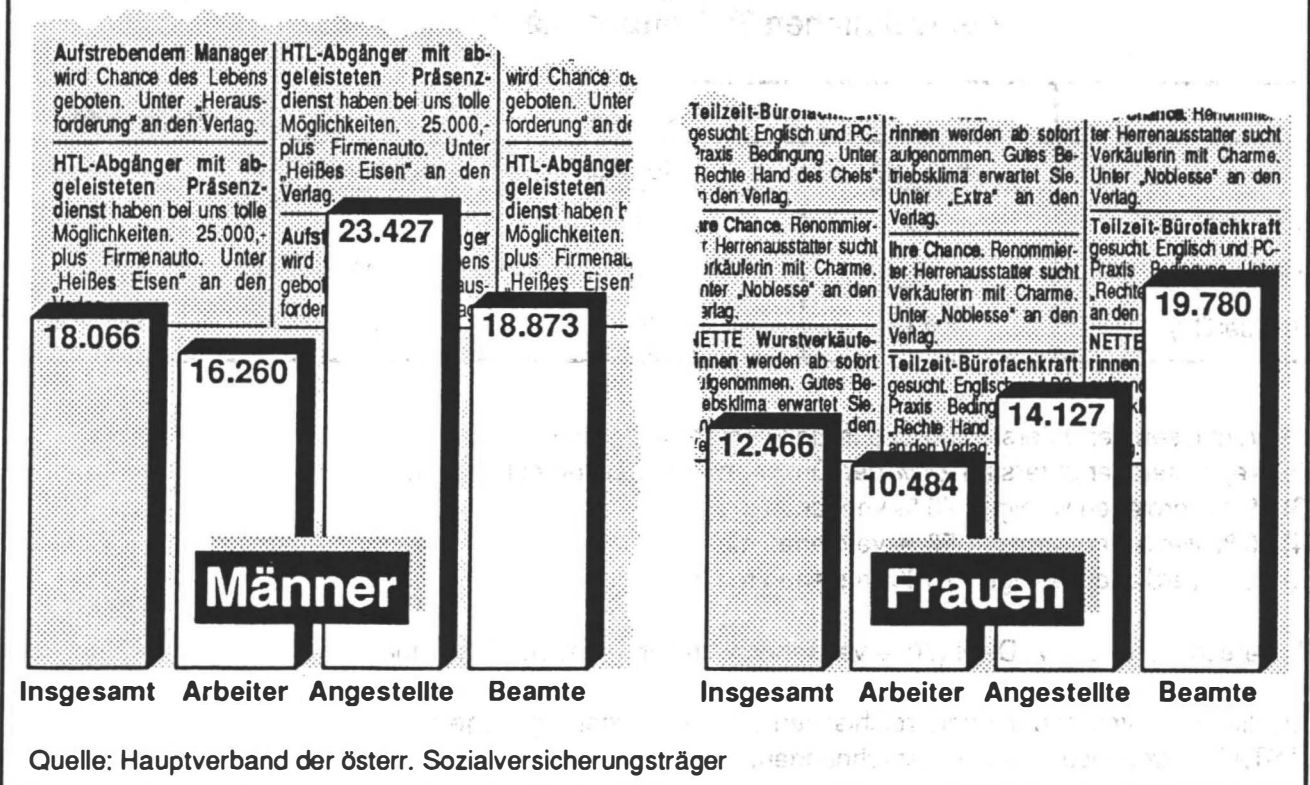
**EINKOMMEN 1990****VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN**

	Zahl der Personen			Mittleres Brutto-Monats-einkommen in S		
	Männer u.Frauen	Männer	Frauen	Männer u.Frauen	Männer	Frauen
<b>Arbeiter</b>	1,487.502	972.309	515.193	14.135	16.260	10.484
<b>Angestellte</b>	1,328.037	614.178	713.859	17.508	23.427	14.127
<b>Beamte</b>	288.301	221.001	67.300	19.122	18.873	19.780
<b>Insgesamt</b>	3,084.466	1,792.271	1,292.195	15.753	18.066	12.466

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

**Das mittlere Bruttoeinkommen betrug 1990 15.753 S.** Die Hälfte aller unselbständig Beschäftigten bezog Einkommen zwischen 11.619 S und 21.326 S, 80 % der Einkommensverteilung liegen im Bereich zwischen 8.204 S und 27.910 S.

Daß die entsprechenden Relationen bei den Frauen eine größere (relative) Spannweite ergeben als bei den Männern, erklärt sich aus dem weit höheren Anteil von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen der Frauen: Nach den Ergebnissen des Mikrozensus des Statistischen Zentralamtes wiesen 1990 21.1 % der unselbständig beschäftigten Frauen, aber nur 1.7 % der unselb-

**Mittleres Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten 1990**

**EINKOMMEN 1990****VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN**

ständig beschäftigten Männer eine Normalarbeitszeit zwischen 13 und 35 Wochenstunden auf. Unter Berücksichtigung der Teilzeitarbeit ist also die Ungleichheit der Einkommensverteilung der Frauen etwas geringer als jene der Männer.

**2.3. Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern**

Die Zuhilfenahme der Arbeitszeitdaten des Mikrozensus-Grundprogramms für das Jahr 1990 ermöglicht es auch, durch das Weglassen der Einkommen der teilzeitbeschäftigten Frauen zu einem realistischeren Bild der Einkommensdisparitäten zwischen Frauen und Männern zu gelangen. Die Anteile von Frauen mit einer Wochenarbeitszeit zwischen 13 und 35 Stunden betrugen bei Arbeiterinnen 24.6 % (Österreicherinnen: 25.7 %, Ausländerinnen: 18.9 %) und bei Angestellten 20.6 %. (Die Teilzeitquoten der Beamtinnen werden wegen der Schwierigkeiten bei der Erfassung der Arbeitszeit der Lehrerinnen hier nicht einbezogen.)

Wird vereinfachend davon ausgegangen, daß sich in den untersten 20 % der Einkommen der weiblichen Angestellten und ausländischen Arbeiterinnen bzw. in den untersten 25 % jener der Arbeiterinnen (österreichischer Staatsbürgerschaft und Arbeiterinnen insgesamt) nur Teilzeitbeschäftigte finden, und engt man – unter Außerachtlassen der wenigen teilzeitbeschäftigten Männer – den Vergleich der beiden Einkommensverteilungen auf die verbleibenden 80 bzw. 75 % der Frauen ein, so lassen sich folgende Einkommensvorteile der Männer errechnen:

**Einkommensvorteile der Männer gegenüber den Frauen unter Weglassen  
der weiblichen Teilzeitbeschäftigten (in %)**

	Arbeiter			Angestellte <sup>2</sup>
	gesamt <sup>2</sup>	Österreich <sup>2</sup>	Ausländer <sup>1</sup>	
1. Quartil <sup>3)</sup>	33	37	17	31
Median <sup>4)</sup>	40	42	23	48
3. Quartil <sup>5)</sup>	43	46	25	47*)

1) Weglassen der untersten 20 % der Einkommensverteilung der Frauen

2) Weglassen der untersten 25 % der Einkommensverteilung der Frauen

3) 25 % verdienen weniger, 75 % verdienen mehr

4) 50 % verdienen weniger, 50 % verdienen mehr

5) 75 % verdienen weniger, 25 % verdienen mehr

\*) Berechnet für das 7. Dezil (70 % verdienen weniger, 30 % verdienen mehr)

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;  
ÖSTAT Mikrozensus; eigene Berechnungen.

## EINKOMMEN 1990

## VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN

Die geschlechtsspezifischen Einkommensdisparitäten der Arbeiter mit österreichischer Staatsbürgerschaft liegen im unteren Bereich der Einkommensverteilung deutlich über den Vergleichswerten der Angestellten, im mittleren Bereich sind sie geringer, und im oberen Bereich sind sie in beiden Verteilungen etwa gleich hoch.

Die geringeren Einkommensnachteile der Arbeiterinnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft gegenüber den männlichen ausländischen Arbeitern gehen in erster Linie auf das stärkere Zurückbleiben der Löhne der Männer zurück: Das Einkommensminus gegenüber den Arbeitern mit österreichischer Staatsbürgerschaft beträgt rund ein Fünftel bei den Männern und weniger als 5 % bei den Frauen.

### 2.4 Einkommen der obersten und untersten 10 %

Zwei Hauptschwierigkeiten in der Datenlage stellen sich der Beschreibung der äußeren Bereiche der Einkommensverteilung entgegen:

- Im untersten Verteilungsbereich sind wegen des Fehlens von Angaben über die wöchentliche Arbeitszeit externe Informationen und Annahmen über Teilzeitbeschäftigte notwendig.
- Im obersten Verteilungsbereich verhindert die Beschränkung der Informationen über die Einkommenshöhe durch die Höchstbeitragsgrundlage eine detaillierte Darstellung.

Wie bereits im vorigen Sozialbericht wird ausgehend von der politischen Mindestlohndiskussion wieder versucht, eine Schätzung über die Zahl der Unselbständigen, die weniger als 10.000S verdienen, vorzulegen; zum obersten Bereich werden einige Strukturinformationen zu den am besten verdienenden 10 % der Unselbständigen präsentiert.

#### 2.4.1 Wieviele unselbständig Beschäftigte verdienen 1990 „weniger als 10.000 Schilling“?

Es wird hier postuliert, daß mit „monatlich 10.000 Schilling“ das **Brutto-Einkommen** ohne anteilige Sonderzahlung **bei einer wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 36 und 40 Stunden gemeint ist**. Das Fehlen von Informationen über die wöchentliche Arbeitszeit macht zahlreiche Annahmen notwendig, sodaß die folgenden Daten als Schätzungen für Größenordnungen und nicht als exakte Ergebnisse verstanden werden müssen.

Der Kreis der Niedrigeinkommensbezieher besteht aus drei Gruppen:

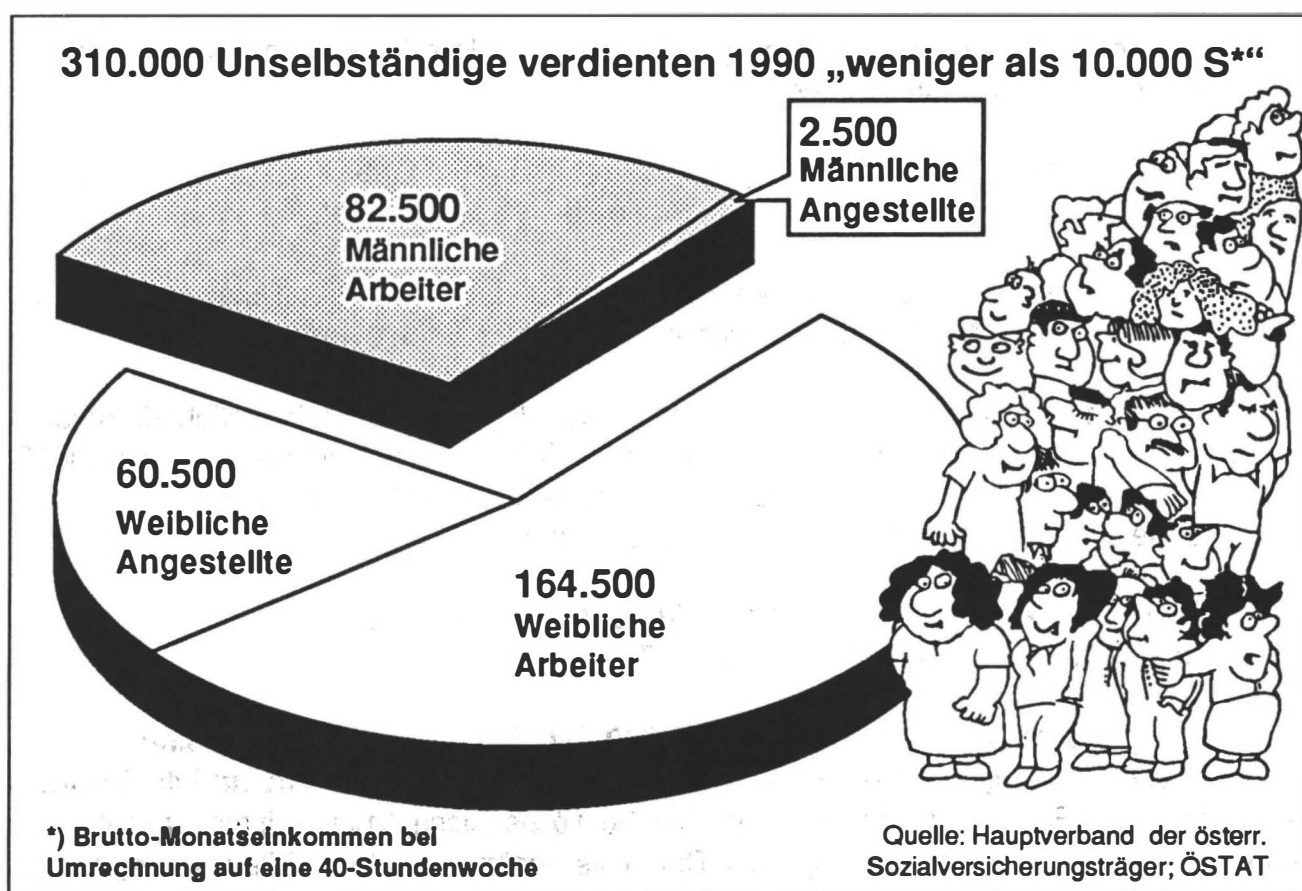
- **Nicht-Teilzeitbeschäftigte** mit einem Einkommen von weniger als 10.000S: Nimmt man an, daß alle Teilzeitbeschäftigten weniger als 10.000S verdienen, so errechnen sich **rund 102.000 Arbeiterinnen, 70.000 männliche Arbeiter und 20.500 weibliche Angestellte** mit einer



**EINKOMMEN 1990****VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN**

wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 35 Stunden und einem Einkommen von 10.000 S. (Dazu kommen noch ein paar Tausend männliche Angestellte.)

■ **Tellzeitbeschäftigte, die auch bei Leisten der kollektivvertraglich festgesetzten Normalarbeitszeit nicht mehr als 10.000 S verdienen würden:** Einkommensdaten nach Wirtschaftsklassen erscheinen hier wenig hilfreich, da nach den Ergebnissen des Mikrozensus die Mehrzahl der Teilzeitbeschäftigten auf wenig qualifizierte, branchenunabhängige „Jede-Frau-Berufe“ wie Reinigungsberufe, Bürohilfskräfte, Verkäuferinnen und Kassierinnen entfällt. Es wird daher angenommen, daß 40 % der teilzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und 20 % der teilzeitbeschäftigten weiblichen Angestellten zu den Betroffenen zu rechnen sind, das ergibt (nach den Beschäftigungszahlen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger) rund 51.500 Arbeiterinnen und rund 31.000 weibliche Angestellte.



■ Beschäftigte, die nur deshalb ein Einkommen über 10.000 S beziehen, weil sie **mehr als 40 Wochenstunden** arbeiten bzw. über kollektivvertraglich vereinbarte Zeit hinaus Überstunden leisten: Hier sind die meisten zusätzlichen Annahmen notwendig, denn einerseits sind Überstunden stark von Branchen und der konjunkturellen Situation abhängig, andererseits weisen Ergebnisse aus dem Mikrozensus auf Zusammenhänge zwischen niedrigem Einkommen und

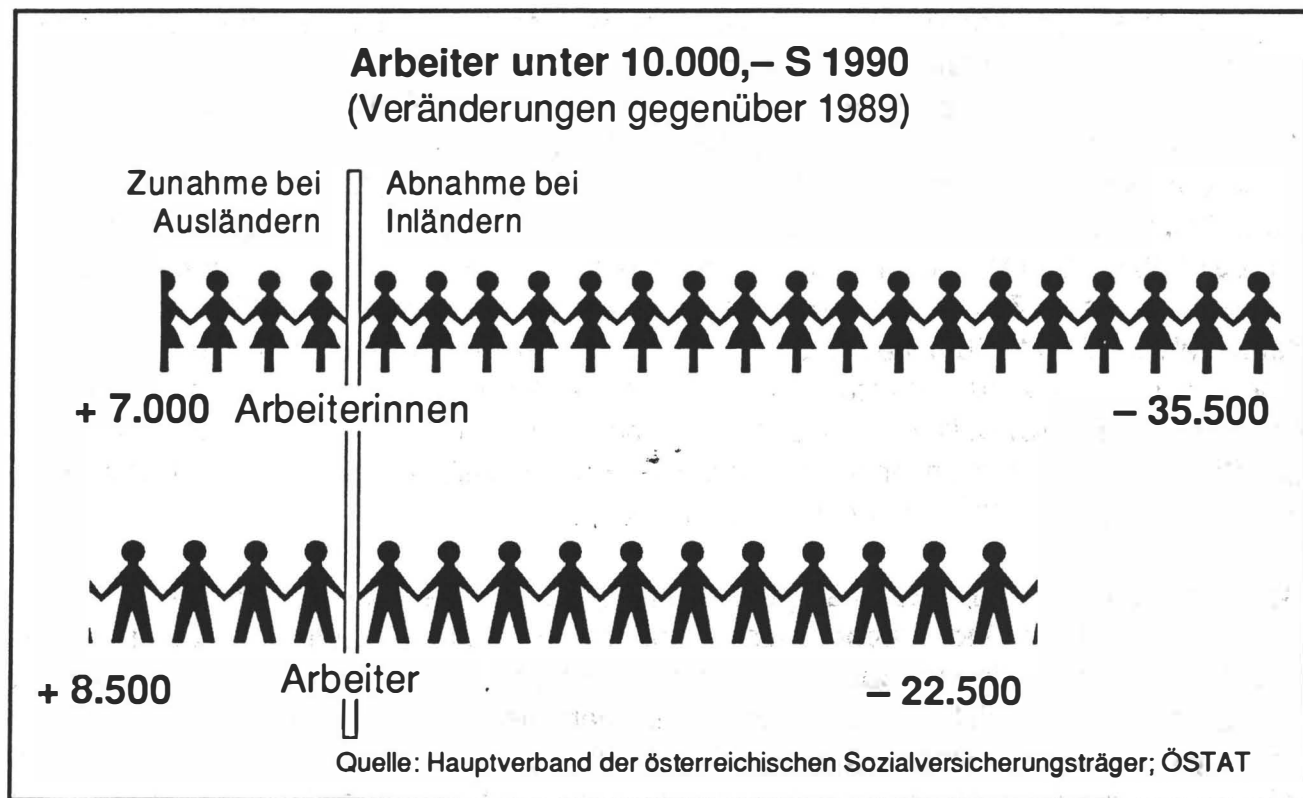
**EINKOMMEN 1990****VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN**

höheren Überstunden hin. Beschränkt man den „sensiblen Bereich“ auf Einkommen, die um maximal 10 % über 10.000 S liegen, und nimmt man je ein Fünftel der Arbeiterinnen und der weiblichen Angestellten sowie (wegen der höheren Überstundenquoten der Männer) ein Viertel der männlichen Arbeiter in der jeweiligen Einkommensverteilung an, so zählen **rund 11.000 Arbeiterinnen, 9.000 weibliche Angestellte und 12.500 männliche Arbeiter** zu den Betroffenen. (Hinzuzurechnen wären wohl auch hier einige männliche Angestellte.)

Addiert man diese Schätzgrößen von Beziehern von Einkommen „unter 10.000 Schilling“, erhält man insgesamt **rund 310.000 Betroffene**, das bedeutet, daß ungefähr jeder Zehnte unselbständig Beschäftigte von einem Mindestlohn von 10.000 S profitieren würde, davon **225.000 Frauen** (anteilmäßig entspricht das rund 18 % der weiblichen Arbeiter, Angestellten bzw. 32 % der Arbeiterinnen und 8 % der weiblichen Angestellten ohne die Beamtinnen) und **85.000 Männer** (9 % der männlichen Arbeiter).

**Im Vergleich zu 1989** bedeuten diese Zahlen einen Rückgang um **120.000 Arbeiter und Angestellte**, die nun nicht mehr „unter 10.000 Schilling monatlich“ verdienen.

**1990 sank die Zahl der Inländer, die weniger als 10.000 S verdienten um 1/3, während die Zahl der Ausländer mit Verdiensten unter 10.000 S um 1/3 anstieg.**





**EINKOMMEN 1990****VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN**

Nach den Zahlen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger waren im Jahresdurchschnitt 1990 225.700 ausländische unselbständig Beschäftigte sozialversichert, gegenüber dem Jahr 1989 bedeutet dies eine Zunahme um 44 %.

Insgesamt verdienten 1990 rund 31.000 männliche und 27.000 weibliche ausländische unselbständig Beschäftigte **weniger als 10.000 Schilling**, anteilmäßig waren **43 % der ausländischen Arbeiterinnen** und **22 % der männlichen ausländischen Arbeiter** betroffen.

Stellt man diese Zahlen den – unter den gleichen Annahmen – für das Jahr 1989 berechneten gegenüber, so ergibt sich (parallel zur Steigerung der Zahl der in Österreich beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer um 44 %) eine Zunahme dieser Gruppe von Niedrigverdienern bei den Arbeiterinnen um rund 7.000 und bei den männlichen Arbeitern um 8.500. Während 1989 **42.500 ausländische Beschäftigte unter 10.000 S** verdienten, **erhöhte sich diese Zahl im Vorjahr auf rund 58.000**. Bei den österreichischen Beschäftigten ging im selben Zeitraum diese Gruppe der Niedrigverdiener von 387.500 auf 252.000 Betroffene zurück.

#### **2.4.2. Die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher der unselbständig Beschäftigten**

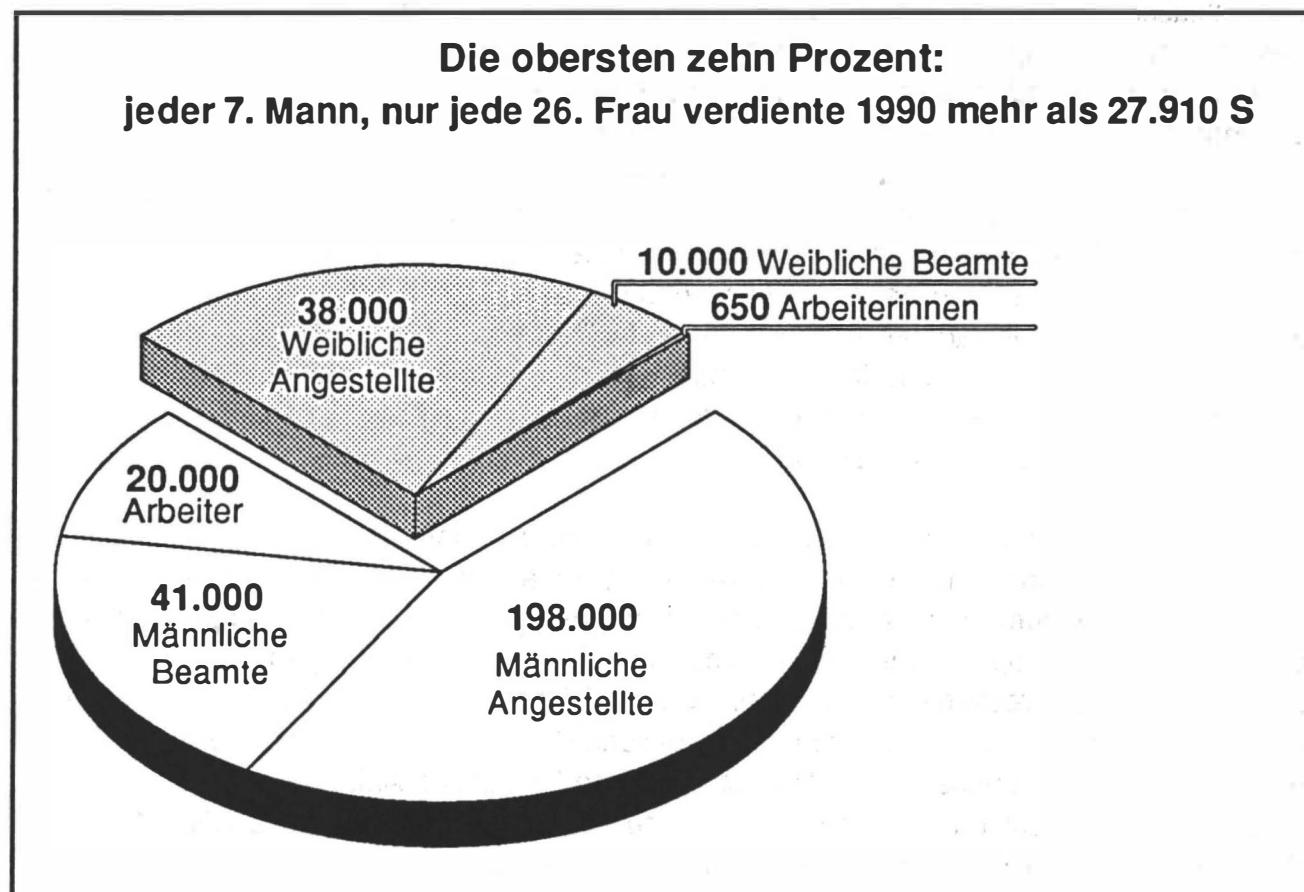
**Rund 308.000 unselbständig Beschäftigte verdienten 1990 mehr als 27.910 S.** Um detailliertere Informationen über die Zusammensetzung dieses Personenkreises zu erhalten, wird hier auf die Beitragsgrundlagenstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zurückgegriffen, da diese über die dort ausgewiesenen Stufen der Beitragsgrundlagen einen besseren Zugang erlaubt.

Sieben Achtel der „Spitzenverdienste“ entfallen auf Männer: **259.000 männlichen Unselbständigen** im obersten Zehntel **stehen 49.000 weibliche gegenüber**. Nach der sozialen Stellung dominieren **Angestellte** (insgesamt **236.000**, 198.000 Männer und 38.000 Frauen), pragmatisierte **Beamte** stellen **51.000** Personen (41.000 Männer und 10.000 Frauen) und **Arbeiter** nicht ganz **21.000** (20.000 Männer und 650 Frauen). Etwas mehr als die Hälfte der männlichen Angestellten im obersten Zehntel der Einkommensverteilung kommt aus nur drei Wirtschaftsklassen, der Metallbranche (41.000), dem Handel (34.000) und Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung (22.000); fünf weitere Wirtschaftsklassen (Gebietskörperschaften, Bau, Realitätenwesen, Chemie und Energie) weisen Kontingente zwischen 16.000 und 10.000 männliche Angestellte auf. Bei den Spitzenverdienerinnen stellen weibliche Angestellte in Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung mit 5.000 Personen die größte Gruppe.

Bezogen auf die jeweiligen Beschäftigtenzahlen ergeben sich sehr unterschiedliche Anteile von „Spitzenverdienern“: **Jeder siebte männliche, aber nur jede 26. weibliche unselbständig Beschäftigte** findet sich **im obersten Einkommenszehntel**; bei Angestellten und Beamten beträgt der Anteil von Einkommensbezieher, die mehr als 27.910 S verdienen, jeweils 17,8 %, allerdings haben Beamtinnen (14,9 %) fast dreimal so „gute Chancen“ auf ein Spitzeneinkommen wie weibliche Angestellte (5,3 %), während bei den Männern der Anteil im obersten Ein-

**EINKOMMEN 1990****VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN**

kommensdezil (mit 18.6 %) fast nur halb so hoch ist wie bei männlichen Angestellten (32.2 %). Bei den Arbeitern gelingt nur kleinen Randgruppen der Sprung unter die „Spitzenverdiener“ (insgesamt 1.4 %, Männer: 2.0 %, Frauen: 0.1 %).



Männliche Angestellte und Beamte gehören zwar zu den Gruppen mit deutlich höheren Anteilen von Überstundenleistenden, es ist jedoch davon auszugehen, daß auch eine Standardisierung der Wochenarbeitszeit kaum zu großen Änderungen der oben beschriebenen Disparitäten führen würde.

### 2.5. Die Löhne der Arbeiter

Die Hälfte aller Arbeiter verdienen 1990 zwischen 10.674 S und 18.099 S, 80 % der Löhne lagen zwischen 7.656 S und 22.292 S.

Die durchschnittliche Zahl von Versicherungstagen je Person betrug bei den Arbeitern 277 Tage (Männer: 282 Tage, Frauen: 268 Tage) und war damit um rund ein Achtel geringer als bei den Angestellten und Beamten (insgesamt: 318 Tage, Männer: 329 Tage, Frauen: 306 Tage). Da die wiedergegebenen Einkommensdaten auf den Versicherungstag standardisiert und daher Unterschiede in der Einkommenssicherheit ausgeblendet sind, unterschätzen sie die Einkommensnachteile der Arbeiter - besonders der Arbeiterinnen - bei den tatsächlich „realisierten Jahreseinkommen“.

## EINKOMMEN 1990

## VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN

### 2.5.1. Wirtschaftsklassen

Dort wo es die Stichprobengröße zuläßt, werden in der Übersicht der Arbeiterlöhne nach Wirtschaftsklassen aus dem Mikrozensus-Grundprogramm die Durchschnittswerte (in einer parallelisierten Auswertung) für die Anteile von Teilzeitbeschäftigten und von Beschäftigten mit einer über 40 Wochenstunden liegenden Normalarbeitszeit berichtet. **Männliche Arbeiter** erzielen in der **Energie- und Wasserversorgung**, im **Bergbau**, in der **Papier- und in der Druckereibranche** (gemessen am Median) **Einkommensvorteile** von rund einem Viertel; wieweit diese auf die Abgeltung von Sonderformen der Arbeitszeit wie Schicht- und Nachtarbeit zurückgehen, läßt sich aus den vorliegenden Daten nicht quantifizieren. Die niedrigsten Werte (mit Einkommensnachteilen von mehr als 20 %) ergeben sich für männliche Arbeiter (abgesehen von der Haushaltung/Hauswartung mit vielen Teilzeitbeschäftigten) in Körperpflege/Reinigung, in Kunst, Unterhaltung und Sport, in der Fremdenverkehrsbranche (trotz eines fünfmal so hohen Anteils von Wochenarbeitszeiten über 40 Stunden wie im Durchschnitt aller Arbeiter), sowie in der Bekleidungs- und in der Lederbranche.

**Arbeiterinnen weisen in der Metall- und in der Glasbranche** (allerdings bei einer Teilzeitquote, die nur halb so hoch ist wie im Durchschnitt der Arbeiterinnen) im Vergleich mit allen Arbeiterinnen ein **Einkommensplus** von rund einem Viertel auf, trotz eines doppelt so hohen Anteils von Teilzeitbeschäftigten wie im Durchschnitt in den Einrichtungen der Sozialversicherungsträger, Interessenvertretungen und Gebietskörperschaften ergibt sich dort ein mittleres Einkommen, das um 15 % über dem aller Arbeiterinnen liegt. Abgesehen von Verkehr, Nachrichten weisen Arbeiterinnen in den Wirtschaftsklassen mit hohen Anteilen von Teilzeitbeschäftigten niedrige Meßzahlen auf; der im Vergleich zu den Männern weniger ungünstige Wert in der Bekleidungsbranche ist vor dem Hintergrund einer Teilzeitquote, die weniger als die Hälfte des Durchschnitts aller Arbeiterinnen beträgt, zu sehen; ähnliches gilt für den Fremdenverkehr, wo darüber hinaus noch fast dreimal so hohe Anteile von Wochenarbeitszeiten über 40 Stunden hinzukommen.

### 2.5.2. Bundesländer

Durch das Einbeziehen der Unterschiede in der wöchentlichen Arbeitszeit erfahren die Aussagen über Lohn disparitäten nach Bundesländern einige Änderungen. (Daß die Einkommensdaten sich auf den Arbeitsort und die Arbeitszeitdaten auf den Wohnort beziehen, beeinträchtigt die Ergebnisse in erster Linie durch die Pendler der Ost-Region.) So weist der Mikrozensus 1990 für männliche Arbeiter in den Bundesländern, für die sich knapp über dem Österreich-Durchschnitt liegende Einkommen zeigen, sehr unterschiedliche Anteile bei Wochenarbeitszeiten über 40 Stunden aus (Vorarlberg 17 % gegenüber jeweils rund 3 % in Oberösterreich und der Steiermark). Bei den Arbeiterinnen wirken sich in erster Linie Unterschiede bei den Teilzeitquoten aus: Bezogen auf die **vier Länder mit überdurchschnittlichen Einkommen** zeigen sich für drei (**Salzburg, Tirol, Vorarlberg**) nahe beim Österreich-Durchschnitt liegende Teilzeitquoten,

## EINKOMMEN 1990

## VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN

gleichzeitig jedoch deutlich höhere Anteile von Wochenarbeitszeiten über 40 Stunden, in **Wien** dagegen eine 10 Prozentpunkte über dem Österreich-Wert liegende Teilzeitquote bei einem leicht unterdurchschnittlichen Anteil von Überstundenleistenden. Die beiden **Bundesländer mit den niedrigsten Einkommensmeßzahlen**, das **Burgenland** und die **Steiermark**, weisen gleichzeitig auch die geringsten Anteile von teilzeitbeschäftigten Arbeiterinnen auf.

### 2.5.3. Staatsbürgerschaft

Erstmals liegen nun auch Auswertungen der Einkommensstatistik des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger (für die Jahre 1989 und 1990) vor. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese Daten ein realistisches Bild der Einkommenssituation der in Österreich beschäftigten Arbeitnehmer mit ausländischer Staatsbürgerschaft liefern, wenn es auch in einigen Fällen vorkommen kann, daß bereits eingebürgerte ehemalige ausländische Staatsangehörige noch mit ihrer früheren Staatszugehörigkeit eingehen (vor allem dann, wenn der eingebürgerte Arbeitnehmer keinen Dienstgeberwechsel nach der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft vorgenommen hat). Allerdings kam es für die Jahre 1989 und 1990 zu Untererfassungen in Kärnten und der Steiermark, sodaß 1990 ca. 10.000 ausländische Arbeiter zuwenig ausgewiesen werden. (In der Steiermark wurden nur Deutsche, Jugoslawen und Türken erfaßt, alle übrigen Ausländer jedoch einer „Sonstigen Staatsbürgerschaft“ zugeordnet; die Kärntner Ausfälle waren unsystematisch.)

Einbezogen waren fast 200.000 Ausländer (134.000 Männer und 62.000 Frauen), die im Jahr 1990 (mindestens einen Tag) als Arbeiter in Österreich sozialversichert waren. Die durchschnittliche **Zahl von Versicherungstagen der ausländischen Arbeiter lag deutlich unter jener der österreichischen Arbeiter** (ausländische Arbeiter männlich: 233 zu 290 Tage, ausländische Arbeiterinnen: 240 zu 272 Tage).

Die **Löhne der männlichen ausländischen Arbeiter** liegen im ganzen Bereich der Einkommensverteilung um **rund ein Fünftel unter denen ihrer österreichischen Kollegen**, die ausländischen Arbeiterinnen beziehen im unteren Bereich der Verteilung über den Vergleichswerten der Österreicherinnen liegende Löhne, im mittleren und oberen Bereich bleiben diese jedoch bis zu 5 % zurück. Hinter diesen Einkommensnachteilen der ausländischen Arbeiter stehen Unterschiede in der beruflichen Qualifikation und Branchenzugehörigkeit, aber auch niedrigere Einstufung und Entlohnung.

Außer für die jugoslawischen und die türkischen Staatsangehörigen, die die stärksten Kontingente (Jugoslawen: 45 % der männlichen und 60 % der weiblichen ausländischen Arbeiter bzw. Türken: 28 und 19 %) stellen, wurden die Auswertungen noch für Deutsche, Polen, Rumänen, Tschechoslowaken und Ungarn vorgelegt; diese sieben Nationen repräsentieren 92 % der ausländischen Arbeiter. Für diese **Gruppen von Staatsangehörigen zeigen sich zum Teil erhebliche Lohnunterschiede**: Während bei den Männern die mittleren Einkommen der Deutschen

## EINKOMMEN 1990

## VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN

um 9 % und die der Jugoslawen um 15 % hinter den Vergleichswerten der Österreicher zurückbleiben, betragen die Einkommensnachteile der Polen, Tschechoslowaken, Türken und Ungarn zwischen 21 und 24 % und die der Rumänen sogar 28 %. Bei den Arbeiterinnen weisen Deutsche und Jugoslawinnen eine den Österreicherinnen vergleichbare Lohnverteilung auf, das Minus der Tschechoslowakinnen und der Türkinnen beträgt rund ein Zehntel, für Polinnen, Rumäninnen und Ungarinnen liegt es zwischen 15 und 18 %; im unteren Verteilungsbereich ist der Abstand zum Lohnniveau der Österreicher(innen) meist etwas geringer als im mittleren und oberen Bereich.

**Nach Wirtschaftsklassen** ergeben sich für **männliche ausländische Arbeiter** meist **Einkommensnachteile** zwischen 10 und 20 % zu den Vergleichswerten der Österreicher, rund ein Viertel beträgt das Einkommensminus **in der Land- und Forstwirtschaft, im Bergbau und in der Papierbranche**; am höchsten (abgesehen von Hauswartung) fällt der Abstand mit rund einem Drittel **in der Bekleidungsbranche** aus (1989 hatte er nur 23 % betragen, im Jahr 1990 verdoppelte sich im Vergleich zu 1989 die Zahl der in dieser Wirtschaftsklasse beschäftigten ausländischen männlichen Arbeiter). Ein deutlich unterdurchschnittliches Minus ergibt sich in der Branche Verkehr, Nachrichten, einzig in der Textilbranche erreichen die männlichen ausländischen Arbeiter das Lohnniveau der Österreicher, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß sich der regionale Beschäftigungsschwerpunkt der Ausländer in Vorarlberg befindet und das dortige Lohnniveau um fast ein Zehntel über dem Österreich-Durchschnitt dieser Branche liegt. Wegen des Fehlens von Angaben über die wöchentliche Arbeitszeit (Teilzeit!) ergeben sich für die Branchenvergleiche der ausländischen Arbeiterinnen Schwierigkeiten bei der Interpretation der Daten.

Von wenigen Ausnahmen (männlichen Arbeitern in der Textilbranche, in Steine/Glaswaren sowie in der Metallbranche) abgesehen, liegen die **Löhne der türkischen Staatsangehörigen** durchwegs **niedriger als jene der jugoslawischen Staatsbürger**.

### 2.6. Die Gehälter der Angestellten

**Die Hälfte aller Angestellten** (einschließlich der Vertragsbediensteten des Öffentlichen Dienstes) bezogen 1990 **Einkommen zwischen 12.077 S und 25.281 S**, das erste Dezil der Gehälter lag bei 8.180S, das neunte Dezil überstieg die (in diesem Jahr mit 28.800 S festgesetzte) Höchstbeitragsgrundlage.

#### 2.6.1. Wirtschaftsklassen

**Männliche Angestellte** weisen die stärksten inneren Unterschiede nach der Einkommenshöhe auf. Als „Hochlohnbranchen“ präsentieren sich hier mit Abstand der **Bergbau (+39 %)** und die **Papierbranche (+37 %)**, gefolgt von **Energie- und Wasserversorgung** und der **Chemiebranche** mit einem Plus von gut einem Fünftel, **die niedrigsten Einkommen** zeigen sich **im Fremdenverkehr** (trotz des weit überdurchschnittlichen Anteils von Wochenarbeitszeiten über 40 Stun-

## EINKOMMEN 1990

## VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN

den) und **in Verkehr, Nachrichten**. Die niedrigen Werte für das Gesundheits- und Fürsorgewesen (und Sozialversicherungsträger, Interessenvertretungen und Einrichtungen der Gebietskörperschaften) dürften durch Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse (z.B. von Beamten) verursacht sein. Eine günstige Einkommenssituation für weibliche Angestellte findet sich meist in den selben Branchen wie bei den Männern (wobei diese allerdings meist mit unterdurchschnittlichen Teilzeitanteilen einhergehen), hinzu kommt noch Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung.

Auch bei den weiblichen Angestellten in der Fremdenverkehrsbranche sind hohe Anteile von überdurchschnittlich langen Arbeitszeiten betroffen.

### 2.6.2. Bundesländer

Nach Bundesländern zeigen sich **die niedrigsten mittleren Einkommen der männlichen Angestellten im Burgenland** (-14 % im Vergleich zum Bundesdurchschnitt), **in Kärnten** (-8 %) und **in Tirol** (-7 %). In den drei Bundesländern, in denen das Einkommen der männlichen Angestellten den Österreich-Vergleichswert übersteigt, zeigen sich folgende Anteile von Beschäftigten mit mehr als 40 Wochenstunden: in Oberösterreich 9 %, in Wien 10 % und in Vorarlberg 20 %, wobei der Durchschnitt aller männlichen Angestellten 9 % beträgt.

Auch **bei weiblichen Angestellten** ergibt sich das stärkste **Gehaltsminus im Burgenland** (-1% bei unterdurchschnittlichem Teilzeitanteil) gefolgt von **Tirol** (-7 %). Der günstige Wert in Vorarlberg ist vor dem Hintergrund des hohen Anteils von Beschäftigten mit langer Wochenarbeitszeit zu sehen. Die relativ niedrige Maßzahl Kärntens wird durch eine niedrigere Teilzeitquote akzentuiert.

In einer kombinierten Betrachtung der Einkommensdisparitäten nach Bundesländern und Wirtschaftsklassen erweisen sich für Angestellte und auch für Arbeiter die Unterschiede nach Wirtschaftsklassen viel bedeutender als jene nach Bundesländern - die globalen Differenzen zwischen den Bundesländern spiegeln gerade Unterschiede in der Branchenstruktur wider. Dagegen weichen die Verdienste größerer Beschäftigtengruppen innerhalb einer Wirtschaftsklasse nur selten um mehr als  $\pm 20$  % vom Bundesdurchschnitt ab.

### 2.7. Die Bezüge der Beamten

Wie bisher sind die pragmatisierten Beamten der Gemeinden Wien und Graz, der oberösterreichischen und Tiroler Landeslehrer, Landes- und Gemeindebediensteten, einiger Landeshauptstädte sowie einiger kleinerer Gemeinden nicht erfaßt.

**Die Hälfte aller Beamten kam auf Bezüge zwischen 15.562 S und 24.791 S**, das erste Dezil der Bezüge lag bei 13.616 S, das neunte Dezil überstieg – wie bei den Angestellten – die Höchst-

## EINKOMMEN 1990

## VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN

beitragsgrundlage. Während sich im unteren und oberen Bereich der Einkommensverteilung höhere Werte für die männlichen Beamten ergeben, liegen die Bezüge der Beamtinnen im mittleren Bereich über jenen der Männer.

### 2.7.1. Bahn und Post

Von der Zuordnung der Beamten zu Wirtschaftsklassen ist nur jene für „Verkehr, Nachrichten“ interpretierbar, die im Wesentlichen die pragmatisierten Beamten von Bahn und Post umfaßt. Beamtinnen stellen hier mit einem Anteil von 6 % an den rund 103.300 Bediensteten nur eine kleine Gruppe dar.

Das mittlere Einkommen betrug 17.508 S (Männer: 17.632 S, Frauen: 15.901 S), **die Hälfte der Bezüge lag zwischen 15.211 S und 21.586 S**, 80 % zwischen 13.613 S und 26.112 S.

### 2.8. Veränderungen gegenüber 1989

**Das mittlere Einkommen aller unselbständig Beschäftigten erhöhte sich 1989/90 um 5.1 %** (Männer 5.1 %, Frauen 5.8 %), Arbeiterinnen sowie männliche und weibliche Angestellte und Beamte verzeichneten Zuwachsraten zwischen 5 1/2 und 6 %, männliche Arbeiter blieben mit 4.8 % etwas hinter diesen Steigerungen zurück.

**Sehr unterschiedliche Veränderungsraten** zeigen sich **bei Arbeitern nach der Staatsbürgerschaft**: Österreichische Arbeiterinnen und männliche Arbeiter kamen auf einen Lohnzuwachs von rund 6 %, dagegen erhöhte sich der mittlere Lohn der ausländischen Arbeiterinnen um nur 2 %, der mittlere Lohn der männlichen ausländischen Arbeiter blieb im Vergleich zu 1989 sogar unverändert. Daß ausländische Arbeiterinnen im unteren Bereich der Lohnverteilung höhere Zuwachsraten aufweisen, dürfte auf die im Vergleich zum Vorjahr um fast 5 Prozentpunkte niedrigere Teilzeitquote dieser Gruppe zurückzuführen sein. Es fällt auf, daß jene Gruppen ausländischer Arbeiter, die die stärksten Kontingente stellen, nämlich bei den Männern Jugoslawen und Türken sowie bei den Frauen Jugoslawinnen die ungünstigste Entwicklung unter den verschiedenen Nationalitäten aufweisen.

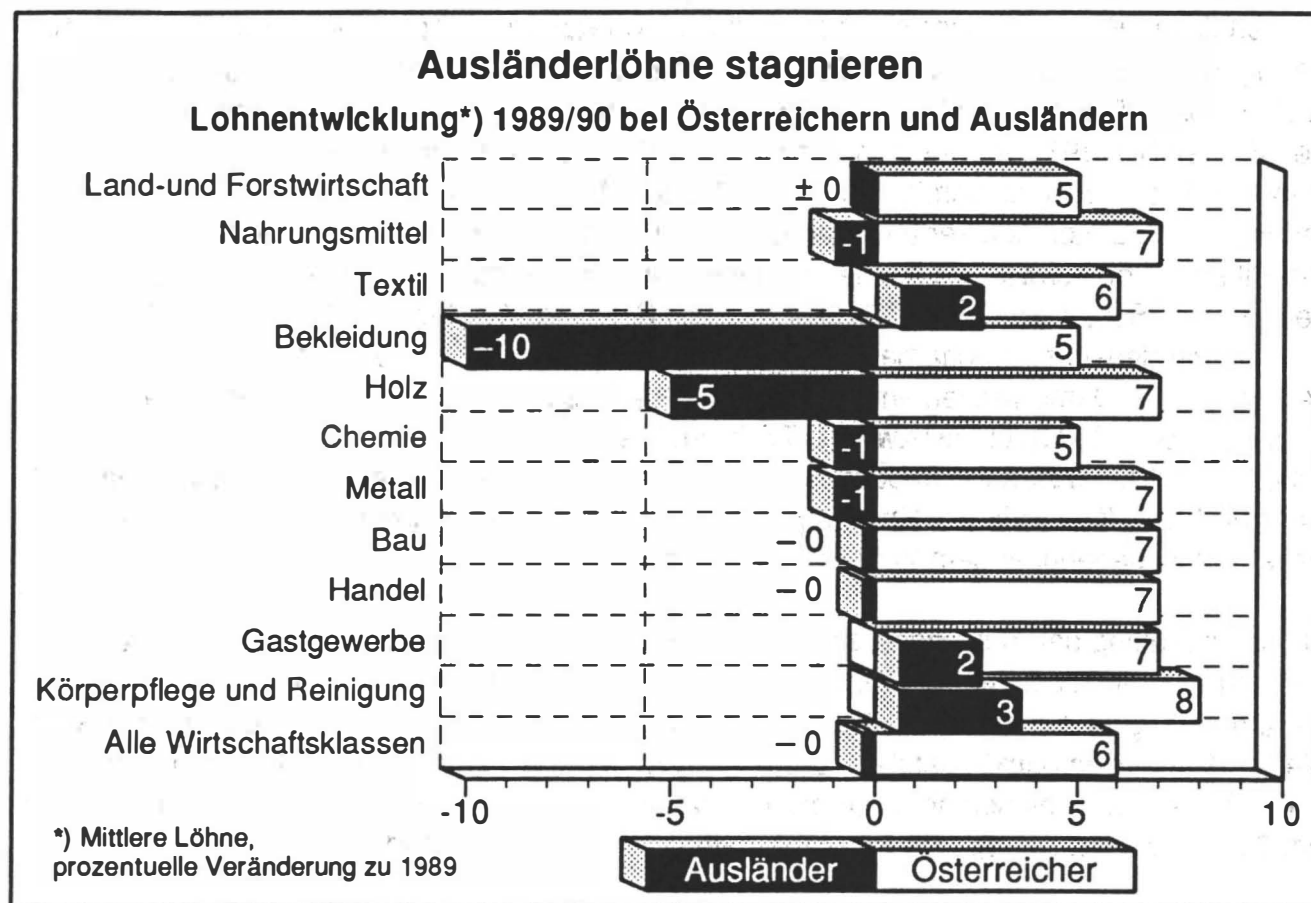
Noch eindrücklicher ist die **Gegenüberstellung der Lohnentwicklung von österreichischen und ausländischen Arbeitern** für die **hinsichtlich der Ausländerbeschäftigung relevanten Wirtschaftsklassen**: Während österreichische Arbeiter durchwegs Steigerungsraten zwischen 6 und 7 % erreichten, weisen ausländische Arbeiterinnen (im mittleren und oberen Bereich) jeweils geringere Zuwachsraten auf, und männliche ausländische Arbeiter **verzeichnen sogar in einigen Wirtschaftsklassen Rückgänge im Lohnniveau** gegenüber 1989. So erhöhte sich z.B. in der **Bekleidungsbranche** der mittlere Lohn der männlichen österreichischen Arbeiter um 5 %, der mittlere Lohn der ausländischen Arbeiter (deren Zahl sich in dieser Wirtschaftsklasse während eines Jahres verdoppelt hat) ging jedoch um 10 % zurück, in der **Holzbranche** sank



## EINKOMMEN 1990

## VERTEILUNG BEI DEN UNSELBSTÄNDIGEN

das Lohnniveau der männlichen ausländischen Arbeiter um 5 %; stagnierende Nominallohne (d.h. Reallohnneinbußen) traten in der **Land- und Forstwirtschaft**, der **Nahrungsmittel**-, der **Chemie**-, der **Metall**- und der **Baubranche** sowie im **Handel** auf.



Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, daß **die ausländischen Arbeiter** einem „Verdrängungswettbewerb“ ausgesetzt sind und versucht wird, sie **durch „billigere“ neue Ausländer zu ersetzen**. Trotz der starken Zunahme der ausländischen Arbeiter (Männer um rund die Hälfte, Frauen um ein Drittel) kam es (abgesehen von Textil und Bekleidung) zu keinen größeren Beschäftigungsrückgängen bei den österreichischen Arbeitern; die Lohnentwicklung der Österreicher war homogen. Dagegen erhöhten sich die Lohnnachteile der Ausländer gegenüber den österreichischen Arbeitern von 1989 auf 1990 bei den Männern von -14 % auf -20 % und bei den Frauen (trotz Rückgangs ihrer Teilzeitquote um 5 Prozentpunkte) von ± 0 auf 4 %.



### 3. Die industrielle Lohnstruktur

Die Datenbasis für die folgenden Ausführungen sind Erhebungen der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft. Das durchschnittliche **Monatsverdienst für einen Industriearbeiter** betrug im September 1990 **S 15.280,-**, dies entspricht einem **Stundenverdienst von S 92,95** (Lohnstatistik für Industriearbeiter im September 1990 der Bundeswirtschaftskammer). Gegenüber September 1989 ist der durchschnittliche Stundenverdienst um 6.3 % gestiegen. Der Zuwachs in den Stundenverdiensten nach Qualifikationsstufen war bei den weniger qualifizierten Industriearbeitern stärker ausgeprägt. Mit einem Anstieg von 6.8 % gegenüber 1989 konnten Hilfsarbeiter, schwer, die höchsten Steigerungsraten verzeichnen. Ein Hilfsarbeiter, schwer verdiente im September 1990 S76,80 gegenüber S71,88 im September 1989. Die Erhöhung der Stundenverdienste für Facharbeiter und besonders qualifizierte angelernte Arbeiter betrug 5.8 % bzw. 5.9 %. Damit verdienten Facharbeiter bzw. besonders qualifizierte angelernte Arbeiter im September 1990 S105.38 bzw. S98.77. **Industriearbeiter mit niedriger Qualifikation** (Hilfsarbeiter, leicht) **verdienten im September 1990 69 % des Stundenverdienstes eines Facharbeiters.** Die Differenz in der Entlohnung zwischen hoch- und niedrigqualifizierten Industriearbeitern blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Überzahlung der Industriearbeiter betrug 1990 zwischen 37.3 % bei besonders qualifizierten angelernten Arbeitern und 20.0 % bei Hilfsarbeitern, schwer. Für die Industriearbeiter insgesamt betrug die durchschnittliche Überzahlung 1990 30.7 %. Gegenüber September 1989 ist sie um 1.2 Prozentpunkte gefallen. Die stärksten Einbußen in der Überzahlung mußten dabei Hilfsarbeiter, leicht hinnehmen. Für diese Qualifikationsstufe verringerte sich die Überzahlung um 2.3Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr und erreichte 1990 21.7 %.

Die **Einkommensdisparitäten bei den Industrieangestellten** hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. **Angestellte der Verwendungsgruppe I** verdienten 1990 mit einem durchschnittlichen Monatsgehalt von **S 11.885,-** etwa ein Fünftel des **Monatseinkommens eines Angestellten der Verwendungsgruppe VI** (durchschnittliches Monatsgehalt **S 54.410,-**). Der Zuwachs des durchschnittlichen Monatsgehalts eines Industrieangestellten beträgt gegenüber 1989 6.3 %, der stärkste Anstieg wurde in den Verwendungsgruppen II und VI mit je 6.5 % erreicht. Die Überzahlung bei den Industrieangestellten machte 1990 im Durchschnitt 25 % aus und weist damit im Gegensatz zu den Industriearbeitern einen leichten Anstieg von 0.4Prozentpunkten auf. Nach Qualifikationsstufen zeigt sich eine uneinheitliche Entwicklung. Für niedrig qualifizierte Industrieangestellte in der Verwendungsgruppe I gab es 1990 im Vergleich zu 1989 einen Rückgang in der Überzahlung während für hochqualifizierte Industrieangestellte der VerwendungsgruppeVI die Überzahlung um 0.7Prozentpunkte zunahm.

Die industrielle Lohnhierarchie **nach Industriebranchen** zeigt in den ersten Rängen leichte Verschiebungen im Vergleich zum Vorjahr. Gereiht nach Ist-Löhnen im Jahr 1990 **nimmt die Papiererzeugung den ersten Rang ein**, gefolgt von der Eisenhüttenindustrie und der chemi-

**EINKOMMEN 1990****INDUSTRIELLE LOHNSTRUKTUR**

schen Industrie. Im wesentlichen haben sich aber in der branchenspezifischen Lohnhierarchie, gemessen an den durchschnittlichen Ist-Löhnen gegenüber 1989, keine Änderungen ergeben. Der Abstand zwischen den **Hochlohnbranchen (Papierherzeugung, chem. Industrie, Eisenhütten, Bergbau)** und den **Niedriglohnbranchen (Textil-, Bekleidungs-, Lederindustrie)** hat sich auch 1990 nicht verringert. Der durchschnittliche Ist-Lohn in der Bekleidungsindustrie erreicht auch 1990 nur etwa 55 % des durchschnittlichen Ist-Lohns der papiererzeugenden Industrie, die 1990 in der branchenspezifischen Lohnhierarchie auf Rang 1 liegt.

Unterschiede gibt es in der Rangordnung gereiht nach Kollektivvertragslöhnen und Ist-Löhnen. Diese treten aufgrund unterschiedlicher Zulagensysteme in den einzelnen Industriebranchen zutage.

**Industrielle Lohnstruktur**

	Stundenverdienst in S <sup>3)</sup>			Überzahlung in %		Monats- <sup>4)</sup> verdienst
	1980	1989	1990	1989	1990	1990
<b>ARBEITER<sup>1)</sup></b>						
Facharbeiter	66.23	99.58	105.38	31.1	29.9	17.325
bes. qualifizierte						
angelernte Arbeiter	61.26	93.24	98.77	38.7	37.3	16.240
qualifizierte						
angelernte Arbeiter	55.94	83.12	88.24	32.4	31.3	14.510
sonstige						
angelernte Arbeiter	49.04	74.69	79.60	32.8	31.7	13.090
Hilfsarbeiter, schwer	48.82	71.88	76.80	21.4	20.0	12.625
Hilfsarbeiter, leicht	44.54	68.17	72.38	24.0	21.7	11.900
Insgesamt	57.16	87.43	92.95	31.9	30.7	15.280
	Monatsgehalt in S			Überzahlung in %		
<b>ANGESTELLTE<sup>2)</sup></b>	1980	1989	1990	1989	1990	
Verwendungsgr. I	6.695	11.195	11.885	17.0	16.4	
II	8.400	12.840	13.675	16.6	17.1	
III	11.270	17.555	18.610	20.6	20.7	
IV	15.615	24.565	26.090	25.5	25.8	
V	22.090	34.610	36.795	28.5	28.9	
VI	33.215	51.090	54.410	27.2	27.9	
Insgesamt	15.150	24.165	25.695	24.6	25.0	

1) Arbeiter: September 1980, September 1989, September 1990.

2) Angestellte: Jänner 1980, Jänner 1989, Jänner 1990 (ohne Bauindustrie, ohne Vorarlberg).

3) Lohnarbeit + Akkordarbeit + Prämienarbeit; effektive Bruttolöhne in der letzten Septemberwoche 1990 inkl. bestimmter regelmäßiger platzgebundener Zulagen mit lohnartigem Charakter, aber ohne Überstundenentgelte.

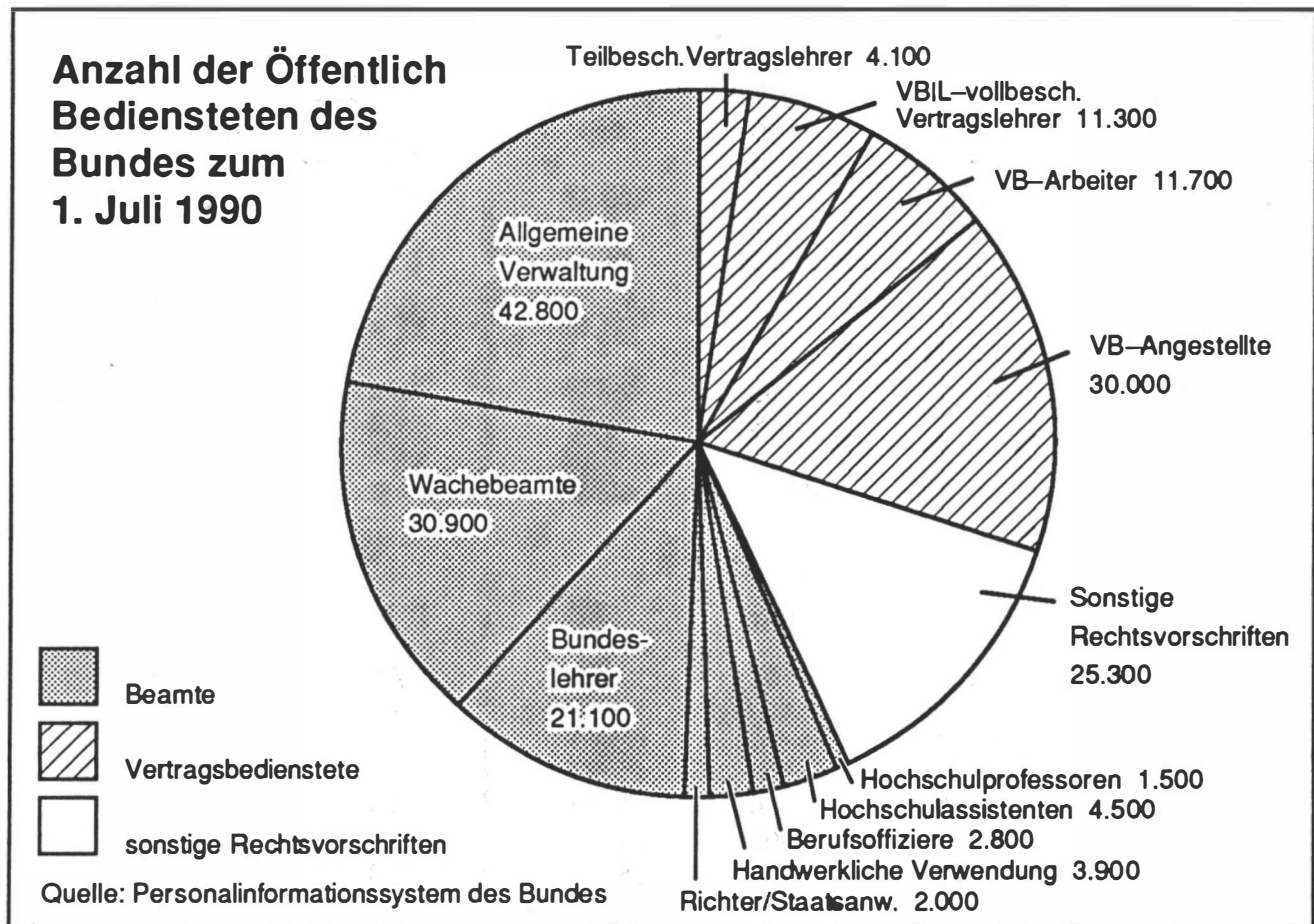
4) Umrechnungsfaktor auf Monatsverdienste: bezahlte Arbeitsstunden je Industriearbeiter im Sept. 1990 (164,4 Std.

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

## 4. Einkommen im öffentlichen Dienst; 1990

(Bundesbedienstete, Postbedienstete,  
Landesbedienstete von Burgenland und Kärnten)

Es werden zunächst die Aktiveinkommen von ca. 193.000 Personen referiert, die in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis zum Bund stehen und im Personalinformationssystem des Bundes erfaßt sind. Es handelt sich hierbei um ca. 110.000 Beamte (nach dem Gehaltsgesetz), um ca. 59.000 Vertragsbedienstete und um ca. 24.000 Personen mit anderen Rechtsvorschriften (v.a. Zeitsoldaten und teilzeitbeschäftigte Lehrbeauftragte).



Weiters wird über die Brutto-Bezüge von rund 66.000 aktiven Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung berichtet. Informationen über die Aktivbezüge von Landesbediensteten werden zur Zeit nach wie vor nur von den Bundesländern Kärnten und Burgenland weitergegeben.

## EINKOMMEN 1990

## ÖFFENTLICHER DIENST

### 4.1 Bundesbedienstete (ohne Bahn und Post)

Die im Personalinformationssystem des Bundes erfaßten Bruttobezüge setzen sich aus den monatlichen Gehältern (Entgelten) vom 1.7.1990, allen Zulagen (mit Ausnahme der Haushaltszulage) und den Nebengebühren (vor allem für Überstunden) vom 1.3.1990 zusammen. Anteilige Sonderzahlungen (13. und 14. Gehalt und Aufwandsentschädigungen) wurden nicht miteinbezogen.

Dieser hier verwendete Einkommensbegriff für öffentlich Bedienstete entspricht in etwa der Lohnstufenstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, in der die Löhne und Gehälter aller privatrechtlich Beschäftigten erfaßt sind.

Der **Durchschnittsbruttobezug** der im Personalinformationssystem gespeicherten **öffentlich Bediensteten des Bundes** betrug 1990 **ca. S 21.800,-** und der Medianbezug (50 % verdienen mehr und 50 % verdienen weniger als ...) lag bei S 18.500,-. Der **monatliche Mindestbruttobezug** von vollzeitbeschäftigten Vertragsbediensteten und Beamten lag ab April 1990 bei **ca. S 11.400,-**.

Während **ca. 2/3 der Beamten Aktivverdienste über S 20.000,-** hatten (34 % zwischen S 20.000,- und S 30.000,-, 25 % zwischen S 30.000,- und S 50.000,- und 7 % über S 50.000,-), verdienten **ca. 4/5 der Vertragsbediensteten weniger als S 20.000,-**. Der Durchschnittsverdienst der Beamten war mit ca. S 27.600,- um ca. 80 % höher als der Durchschnittsverdienst der Vertragsbediensteten mit ca. S 15.300,-.

Beim Vergleich von Beamten und Vertragsbediensteten ist jedoch zu berücksichtigen, daß das formale Qualifikationsniveau der Beamten im Durchschnitt über dem der Vertragsbediensteten liegt, ca. 20 % der Vertragsbediensteten teilzeitbeschäftigt sind und das Durchschnittsalter der Vertragsbediensteten mit 36 Jahren um 5 Jahre unter dem der Beamten liegt.

Bei einer **Reihung der durchschnittlichen Bruttobezüge verschiedener Gruppen der öffentlich Bediensteten** ergibt sich: Vertragsbedienstete – Arbeiter: S 11.300,-, Vertragsbedienstete - teilzeitbeschäftigte Bundeslehrer: S 13.200,- (vor allem AHS- und BHS-Lehrer), nicht inkludiert sind die Pflichtschullehrer von Volks- und Hauptschulen, Vertragsbedienstete – Angestellte: S 13.900,- (im Entlohnungsschema a: S 19.800,-, im Entlohnungsschema e: S 12.600,-), Beamte – Allgemeine Verwaltung D: S 14.600,-, Beamte - handwerkliche Verwendung: S 15.700,-, Beamte – Allgemeine Verwaltung C: S 17.700,-, Vertragsbedienstete – vollzeitbeschäftigte Bundeslehrer (vor allem AHS- und BHS-Lehrer, nicht inkludiert sind die Pflichtschullehrer von Volks- und Hauptschule): S 22.200,-, Wachebeamte: S 22.000,-, Beamte – Allgemeine Verwaltung B: S 24.500,-, Berufsoffiziere: S 28.000,-, Universitätsassistenten: S 33.700,-, Beamte – Allgemeine Verwaltung A: S 38.300,-, pragmatisierte Bundeslehrer (vorallem AHS- und BHS-Lehrer, nicht inkludiert sind die Pflichtschullehrer von Volks- und Hauptschulen): S 39.600,-, Richter und Staatsanwälte: S 44.100,-, Universitätsprofessoren: S 61.300,-.

## EINKOMMEN 1990

## ÖFFENTLICHER DIENST

Bruttobezüge <sup>1)</sup> der öffentlich Bediensteten des Bundes <sup>2)</sup>, 1990

	Männer und Frauen		Frauen		Männer	
	Anzahl d. Bediensteten	Durch- <sup>3)</sup> schnitts- brutto	Anzahl d. Bediensteten	Durch- <sup>3)</sup> schnitts- brutto	Anzahl d. Bediensteten	Durch- <sup>3)</sup> schnitts- brutto
<b>Gehaltsgesetz 1956</b>						
Allg. Verwaltung	42.765	23.416	10.510	19.275	32.255	24.766
A	6.176	38.267	1.168	30.938	5.008	39.977
B	14.031	24.501	3.765	20.679	10.266	25.903
C	9.758	17.711	4.154	16.570	5.604	18.556
D	2.386	14.559	1.399	13.902	987	15.489
E	197	13.768	24	12.568	173	13.935
C (UO.F)	8.334	21.360	-	-	8.334	21.360
D (UO.F)	1.883	17.530	-	-	1.883	17.530
Handwerk/Verwendg.	3.891	15.679	215	13.921	3.676	15.781
Richter/Staatsanwälte	1.983	44.106	389	34.107	1.594	46.546
ord.Univ. (Hochschul)						
Professoren	1.477	61.297	80	52.351	1.397	61.809
Univ.assistenten	4.549	33.671	726	31.735	3.717	34.141
Bundeslehrer	21.112	39.617	9.122	33.658	11.990	44.150
Beamte d. Schul-						
aufsicht	202	54.725	19	54.897	183	54.708
Wachebeamte	30.850	21.966	273	19.312	30.577	22.778
Berufsoffiziere	2.789	27.984	-	-	2.789	27.984
Gehaltsgesetz Insg.	109.618	27.645	21.402	26.243	88.726	27.984
<b>Vertragsbedienstetengesetz 1984 <sup>3M)</sup></b>						
Entlohnungsschema I	30.038	13.914	19.859	13.442	10.179	14.827
(„Angestellte“)						
a	1.080	19.822	412	18.881	668	20.402
b	4.655	15.740	2.778	15.205	1.877	1.653
c	8.265	14.885	5.836	14.543	2.429	15.706
d	13.856	12.752	10.244	12.375	3.612	13.822
e	1.212	12.611	224	11.784	988	12.799
Entlohnungsschema II						
(„Arbeiter“)	11.673	11.332	7.401	9.642	4.272	14.261
Entlohnungsschema IL						
(vollbeschäftigte						
Vertragslehrer)	11.293	22.206	5.951	21.239	5.342	23.284
Entlohnungsschema IIL						
(teilbeschäftigte						
Vertragslehrer)	4.120	13.230	2.652	13.658	1.468	12.546
Vertragsbediensteten-						
gesetz Insg.	58.805	15.304	36.190	14.049	22.615	17.311
<b>Gesamt<sup>3)</sup></b>	<b>193.240</b>	<b>21.812</b>	<b>62.028</b>	<b>17.991</b>	<b>131.212</b>	<b>23.619</b>

Quelle: Personalinformationssystem des Bundes

Fußnoten siehe nächste Seite

**EINKOMMEN 1990****ÖFFENTLICHER DIENST**

Die **Durchschnittsentlohnung von Männern im öffentlichen Dienst** des Bundes liegt bei S 23.600,- und **ist um ca. 30 % höher als die der Frauen**. Dieser Unterschied hängt zunächst mit der überproportionalen Vertretung der Männer bei den Beamten und in den höherqualifizierten Besoldungs-, Verwendungs- und Entlohnungsgruppen zusammen. Mehr als 80 % der Beamten sind Männer und mehr als 60 % der Vertragsbediensteten sind Frauen.

**Aber auch innerhalb der Besoldungs- und Verwendungsgruppen** (vor allem mit höheren Qualifikationsanforderungen) sind **größere geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede** feststellbar, die auf das unterschiedliche Alter und unterschiedliche Mehrdienstleistungen, aber auch auf unterschiedliche Karrieren zurückzuführen sind. Der DurchschnittsbruttoBezug eines männlichen A-Beamten der Allgemeinen Verwaltung liegt um 30 % höher als der der Akademikerinnen. Bei B-Beamten beträgt die geschlechtsspezifische Differenz der Durchschnittsgehälter 25 %. Ähnliche Einkommensunterschiede sind zwischen pragmatisierten männlichen und weiblichen Bundeslehrern und Universitätsprofessoren zu beobachten.

Der hier referierte BruttoBezug ist die Summe von Bruttogehalt (entgelt), Nebengebühren (vor allem Mehrdienstleistungen) und Zulagen. Vor allem **bei den pragmatisierten Bundeslehrern (AHS- und BHS-Lehrer) und bei den Wachebeamten** sind die **Nebengebühren ein wesentlicher Bestandteil des BruttoBezuges**. Die durchschnittliche Mehrdienstleistungsvergütung beträgt bei pragmatisierten Bundeslehrern ca. S 10.000,- und bei Wachebeamten ca. S 5.000,-. **Überdurchschnittlich hohe Zulagen** sind bei den **Richtern, Staatsanwälten und Universitätsprofessoren** zu verzeichnen (ca. S 5.000,-).

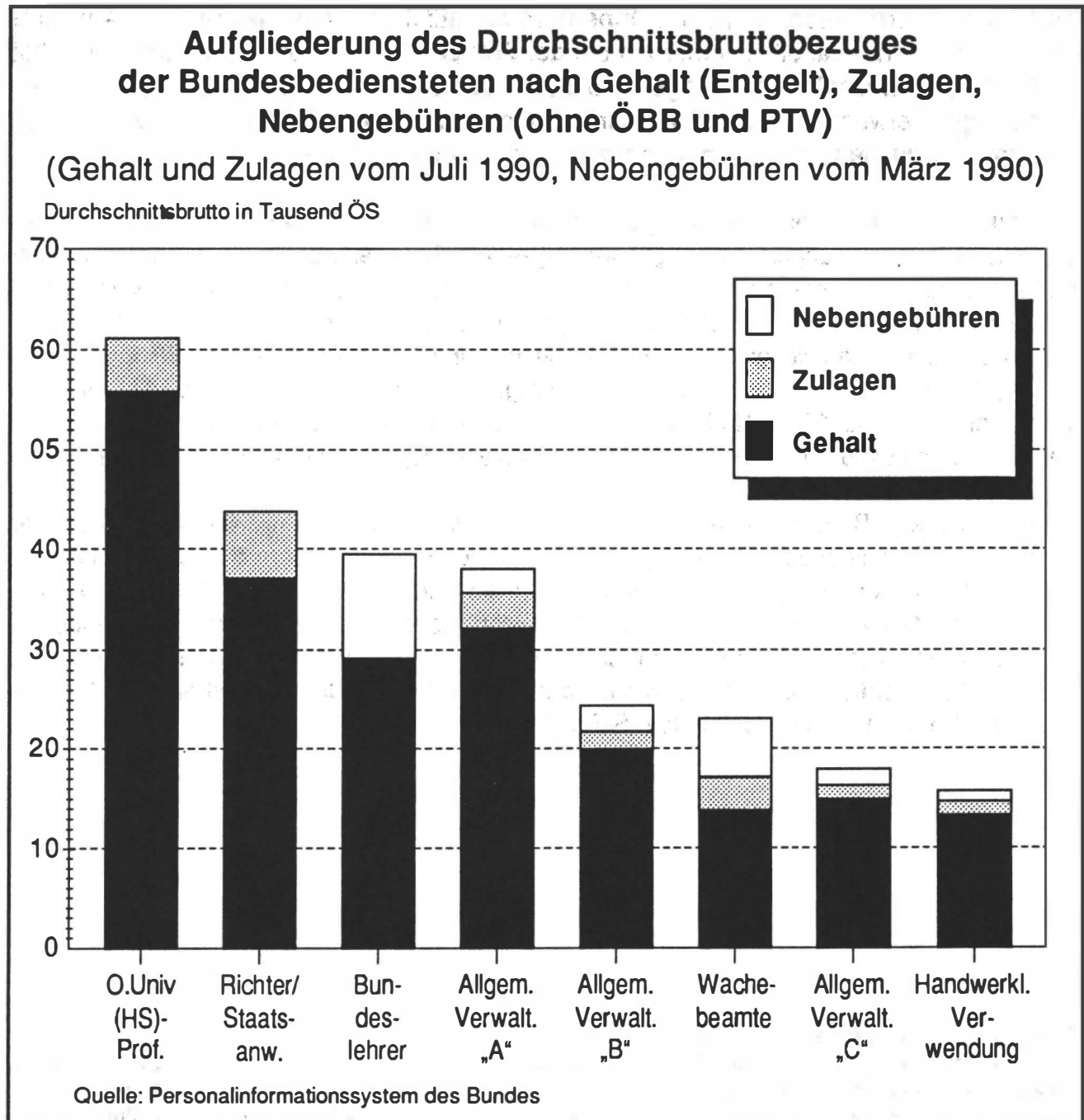
**F u ß n o t e n** (zur Tabelle auf der vorherigen Seite)

- 1) Die hier referierten BruttoBezüge inkludieren das Gehalt bzw. das Entgelt, alle Zulagen (außer der Haushaltszulage) und die wichtigsten Nebengebühren (z.B. für Überstunden). Aufwandsentschädigungen werden nicht mitberücksichtigt. Der Stichtag für die Bezüge ist der 1.7.1990 und für die Zulagen und Nebengebühren der 1.3.1990.
- 2) Post- und Bahnbedienstete sind hier nicht erfaßt.
- 3) Die Gesamtzahl entspricht nicht der Summe der Subgruppen, da einige Subgruppen in der Tabelle nicht extra ausgewiesen werden.
- 4) Bei der Interpretation der Einkommensdaten vor allem der Vertragsbediensteten ist zu berücksichtigen, daß in diesen Subgruppen Teilzeitbeschäftigten in relevanter Zahl vertreten sind. Ca. 20 % aller Vertragsbediensteten sind teilzeitbeschäftigt (ca. 10 % der Vertragsbediensteten im Entlohnungsschema I, ca. 30 % der Vertragsbediensteten in II, ca. 30 % der Vertragsbediensteten in I/L und ca. 45 % der Vertragsbediensteten in II/L).
- 5) Die Summe aller BruttoBezüge dividiert durch die Zahl der Einkommensbezieher.



## EINKOMMEN 1990

## ÖFFENTLICHER DIENST



## 4.2 Postbedienstete

Die rund 62.000 Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung gliedern sich in rund 3/4 Beamte und 1/4 Vertragsbedienstete. Rund 85 % der Postbeamten sind Männer, bei den Vertragsbediensteten liegt der Männeranteil knapp über 50 %. **Der durchschnittliche Bruttobezug aller Postbediensteten betrug im November 1990 S 18.500,-.** Männliche Beamte verdienten durchschnittlich S 21.300,-, weibliche Beamte S 17.700,-, männliche Vertragsbedienstete (VB-I) S 14.600,- und weibliche Vertragsbedienstete (VB-I) S 11.300,-.

**EINKOMMEN 1990****ÖFFENTLICHER DIENST****Durchschnittliche Bruttobezüge der Postbediensteten (in öS)**

	Männer		Frauen	
	Zahl	Brutto- bezüge	Zahl	Brutto- bezüge
<b>Beamte</b>				
PT 1	174	53.067	11	47.543
PT 2	1217	38.234	117	32.231
PT 3	3536	29.765	842	24.172
PT 4	2798	23.036	1489	17.662
PT 5	5638	21.934	1309	16.838
PT 6	4683	20.354	1579	16.214
PT 7	2584	18.294	.	19.131
PT 8	17474	18.425	874	15.771
PT 9	495	15.535	563	13.607
<b>Vertragsbedienstete</b>				
<b>Angestellte</b>				
a	9	29.480	8	19.840
b	238	17.960	299	14.156
c	941	15.453	2484	12.240
d	5739	14.522	2454	10.506
e	946	13.415	514	9.244
<b>Arbeiter</b>				
p 1	1	14.970	-	11.958
p 2	46	14.954	-	-
p 3	140	12.650	7	11.761
p 4	60	15.593	34	7.854
p 5	35	13.502	2569	7.859
<b>insgesamt</b>	<b>46754</b>	<b>20.114</b>	<b>15156</b>	<b>13.589</b>

Quelle: Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung



## EINKOMMEN 1990

## ÖFFENTLICHER DIENST

## 4.3 Landesbedienstete von Kärnten und Burgenland

Bezüglich der aktiven Landesbediensteten liegen Daten über rund 18.000 aktive Bedienstete der Bundesländer Kärnten und Burgenland vor. Im Gegensatz zu Kärnten sind allerdings für das Burgenland die Pflichtschul-Landeslehrer nicht erfaßt. Die Bruttobezugsdefinitionen sind analog zu jenen der Bundesbediensteten, etwaige Haushaltszulagen sind inkludiert. Als Referenzzeitraum fungiert für die allerdings burgenländischen Landesbediensteten der April 1990, für die Kärntner Landesbediensteten der November 1990. Separat ausgewiesen werden die Bediensteten der Landeskranken- und Pflegeanstalten.

## Bezüge der Aktiven Landesbediensteten Kärntens (in öS)

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Anzahl	Ø Einkommen	Anzahl	Ø Einkommen	Anzahl	Ø Einkommen
<b>Verwaltungsbeamte</b> <sup>1)</sup>	1.495	29.410	1.110	32.010	385	21.910
<b>Verw. Gruppe A</b>	368	46.730	329	47.890	39	36.980
<b>B</b>	591	30.070	474	30.920	117	26.650
<b>C</b>	525	21.290	272	23.480	253	18.930
<b>D</b>	117	17.080	74	17.420	43	16.490
<b>E</b>	-	-	-	-	-	-
<b>Beamte in handwerklicher Verwendung</b>	74	22.610	73	22.700	1	.
<b>Pragmatisierte Lehrer</b>	4.144	25.770	1.360	29.620	2.784	23.890
<b>Vertragsbedienstete</b> <sup>2)</sup>						
<b>Im Entl. Schema I</b>	830	17.380	393	19.000	437	15.920
<b>Vertragsbedienstete</b>						
<b>Im Entl. Schema II</b>	1.162	17.220	848	19.240	314	11.750
<b>Vertragslehrer I/L</b>	790	21.490	320	24.350	470	19.590
<b>Vertragslehrer II/L</b>	876	14.330	259	11.740	617	15.420
<b>Landeskranken-</b>						
<b>anstalten</b>	5.459	22.440	1.502	27.760	3.957	20.420
<b>- Ärzte</b>	651	43.910	457	46.290	194	38.300
<b>- Pflege- und med. techn. Personal</b>	2.815	22.150	454	21.870	2.361	22.200
<b>- Verwaltungs- u. Betriebspersonal</b>	1.993	15.840	591	17.960	1.402	14.940

1) Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung; ohne Landeskrankenanstalten

2) Ohne Vertragsbedienstete der Landeskrankenanstalten

Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung; eigene Berechnungen.

**EINKOMMEN 1990****ÖFFENTLICHER DIENST**

**Der durchschnittliche Bruttobezug der Kärntner Verwaltungsbeamten lag bei S 29.410 (Männer: S 32.010; Frauen S 21.910). Im Burgenland** erzielten die Beamten der allgemeinen Verwaltung im Durchschnitt **S 30.860 (Männer: S 32.780; Frauen: S 21.510)**. Nach Verwendungsgruppen aufgeschlüsselt zeigen sich leichte Einkommensvorsprünge der Kärntner Landesbediensteten. Vertragsbedienstete im Entlohnungsschema I (Angestellte) erreichten in Kärnten Durchschnittsbezüge von S 17.380 (Burgenland S 17.500); im Entlohnungsschema II (Arbeiter) betrugen die Werte S 17.220 für Kärnten und S 17.090 für das Burgenland.

**Bezüge der Aktiven Landesbediensteten BURGENLAND (in öS)**

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Anzahl	Ø Einkommen	Anzahl	Ø Einkommen	Anzahl	Ø Einkommen
<b>Beamte d. allg. Verwaltg.<sup>1)</sup></b>	605	30.860	502	32.780	103	21.510
<b>Verw. Gruppe A</b>	168	44.430	156	45.440	12	31.360
<b>B</b>	256	29.220	221	30.270	35	22.540
<b>C</b>	168	21.080	118	21.790	50	19.390
<b>D</b>	13	14.420	7	15.200	6	13.500
<b>E</b>	-	-	-	-	-	-
<b>Beamte in handwerklicher Verwendung</b>	23	27.340	23	27.340	-	-
<b>Pragmatisierte Lehrer</b>	37	35.880	25	38.490	12	30.450
<b>Vertragsbedienstete im Entl.Schema I<sup>1)</sup></b>	604	17.500	240	20.120	364	15.770
<b>Vertragsbedienstete im Entl.Schema II<sup>1)</sup></b>	871	17.090	722	18.140	149	12.040
<b>Vertragslehrer I/L</b>	39	20.520	20	19.580	19	21.520
<b>Kranken-/Pflegeanstalten VB-I</b>	927	22.620	261	27.490	666	20.720
<b>- VB-II</b>	353	16.560	81	18.540	272	15.970

1) Landesbedienstete ohne Landeskranken- und Pflegeanstalten

Quelle: Amt der Burgenländischen Landesregierung; eigene Berechnungen.

**Die Landesbeamten der allgemeinen Verwaltung in den Bundesländern Kärnten und Burgenland erzielen damit auf allen Verwendungsstufen deutlich höhere Bruttobezüge als die Bundesbeamten der allgemeinen Verwaltung.** Der Einkommensvorsprung der Landesbeamten gegenüber den Bundesbeamten erreicht in den einzelnen Verwendungsgruppen Werte zwischen 15 und 20 Prozent. Zu beachten bleibt allerdings, daß das Durchschnittsalter der Landesbeamten höher als jenes der Bundesbeamten liegt.

## 5. Die Einkommensverteilung zwischen den selbständig Erwerbstätigen

Zur Beschreibung der Einkommensverteilung zwischen den selbständig Erwerbstätigen kann die letztverfügbare **Einkommensteuerstatistik aus dem Jahr 1988** herangezogen werden. In Betracht ziehen muß man bei der Interpretation der Daten jedoch, daß in der Land- und Forstwirtschaft Pauschalierungen der Einkünfte ausgewiesen sind. Zu berücksichtigen ist auch, daß 1988 bereits 43.1 % der in der Einkommensstatistik ausgewiesenen Einkünfte (nach Ausgleich mit Verlusten) aus „unselbständiger Arbeit“ stammten.

Vergleicht man die Einkommensverteilung 1988 mit jener des Jahres 1987 zeigt sich folgendes Bild. Der Anteil der Einkünfte aus „Gewerbebetrieben“ blieb mit 29.8 % etwa auf dem gleichen Niveau wie 1987. Dies gilt auch für die Einkünfte aus „nichtselbständiger Arbeit“: 1987 betrug der Anteil dieser Einkünfte 43.2 % und 1988 43.1 %. Die Einkünfte aus „selbständiger Arbeit“ steigen 1988 wieder leicht auf 17.8 % an. Auf die übrigen Einkunftsarten (Land- und Forstwirtschaft, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstige Einkünfte) entfielen 9.4 % der einkommensteuerpflichtigen Einkommen (1987: 9.8 %).

Die Reihung der durchschnittlichen Einkommen nach Veranlagungsfall weist die gleiche Struktur auf wie in den letzten Jahren. **Die höchsten durchschnittlichen Einkünfte** (nach Verlustausgleich) wurden **in der Kategorie „selbständige Arbeit“** mit 320.280 erreicht. Damit konnte im Vergleich zum Jahr 1987 eine Steigerung um etwa 20.000 je Veranlagungsfall erzielt werden. In der Reihung folgten **Einkünfte aus „Gewerbebetrieb“**, die je Veranlagungsfall 229.540 betrugen. Dann folgten **Einkünfte aus „nichtselbständiger Arbeit“** mit 226.530. Das Auseinanderklaffen der Zahl der Veranlagungsfälle und der Zahl der einkommensteuerpflichtigen Personen gibt einen Verweis darauf, daß **ein großer Teil der einkommensteuerpflichtigen Einkommen aus zumindest zwei Einkunftsquellen bezieht**.

Die Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkünfte weist ein weitaus größeres Ausmaß an Ungleichheit auf, als die Verteilung von Löhnen und Gehältern. **Auf das oberste Zehntel der Einkommensteuerpflichtigen entfielen 1988 45.7 % der Einkünfte**. Wie bereits in den Jahren zuvor konnte die untere Hälfte der Einkommenssteuerpflichtigen auch 1988 nur etwa ein Sechstel der Gesamteinkünfte auf sich vereinigen.

## 6. Daten über Lebensstandard und Einkommen aus dem Mikrozensus

Im Juni 1989 wurden im Mikrozensus des Statistischen Zentralamts nach 1974, 1979 und 1984 zum vierten Mal Fragen nach der Ausstattung der Haushalte gestellt. Erstmals wurde in diesem Mikrozensus-Sonderprogramm auch das Einkommen der Unselbständigen, Pensionisten und Arbeitslosen erhoben – Hauptergebnisse der Einkommensdaten (und auch Hinweise zur Datenqualität) waren bereits im letztjährigen Sozialbericht enthalten, hier sind noch einige weiterführende Auswertungen nachzutragen.

### 6.1 Einkommensnachteile der Frauen durch ungünstige Karrierechancen

Die alleinige Betrachtung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern bei gleicher beruflicher Tätigkeit oder bei gleicher Schulbildung über die bereits berichtet wurde, verstellt den Blick auf die unterschiedliche Einstufung von Männern und Frauen in der betrieblichen Hierarchie: Dieses „Zugangschancen“- und **Einstufungs-Problem** zeigt sich auf allen Ebenen: So sind von den Personen mit Pflichtschule ohne Lehrabschluß **In Arbeiterberufen** rund 30 % der Männer, aber 45 % der Frauen als Hilfsarbeiter beschäftigt; bei den Personen mit Lehrabschluß, die in einem Arbeiterberuf tätig sind, verfügen mehr als drei Viertel der Männer, jedoch nur rund die Hälfte der Frauen über einen ihrem Lehrabschluß entsprechenden Arbeitsplatz.

Bei Personen **In Angestelltenberufen** treten **Unterschiede in den „Karrierechancen“** in den Vordergrund. Drei von vier Frauen mit einem Lehrabschluß verrichten als Angestellte Hilfs- oder gelernte Tätigkeiten, bei den Männern beträgt dieser Anteil nur rund die Hälfte. Bei Personen in Angestelltenberufen mit dem Abschlußzeugnis einer mittleren (Fach)schule schaffen nur 8 % der Frauen, aber 40 % der Männer den Sprung zu einer höheren/hochqualifizierten oder führenden Tätigkeit. Die Hälfte der Maturantinnen in Angestelltenberufen ist in mittleren Tätigkeiten beschäftigt, bei den Männern finden sich nur 16 % auf dieser Hierarchiestufe, rund 45 % sind als höhere Angestellte und fast ein Drittel als hochqualifizierte bzw. führende Angestellte tätig. **Im Öffentlichen Dienst** zeigen sich **die stärksten geschlechtsspezifischen Karriereunterschiede in den obersten Rängen der Universitätsabsolventen.**

### 6.2 Lebensstandard: Zehnjahresvergleich

Zwischen 1979 und 1989 vollzogen sich bei einigen **Indikatoren zum Lebensstandard** weitreichende Veränderungen: Während Ende der 70er Jahre 38 % der Haushalte über eine **Wohnung** mit Bad und Zentralheizung verfügten und der Anteil von Substandardwohnungen (Wohnungen ohne sanitäre Installationen) noch 15 % betrug, verbesserte sich dieses Verhältnis bis Ende der 80er Jahre auf 60 % Wohnungen mit Bad und Zentralheizung zu 6 % Substandardwohnungen.

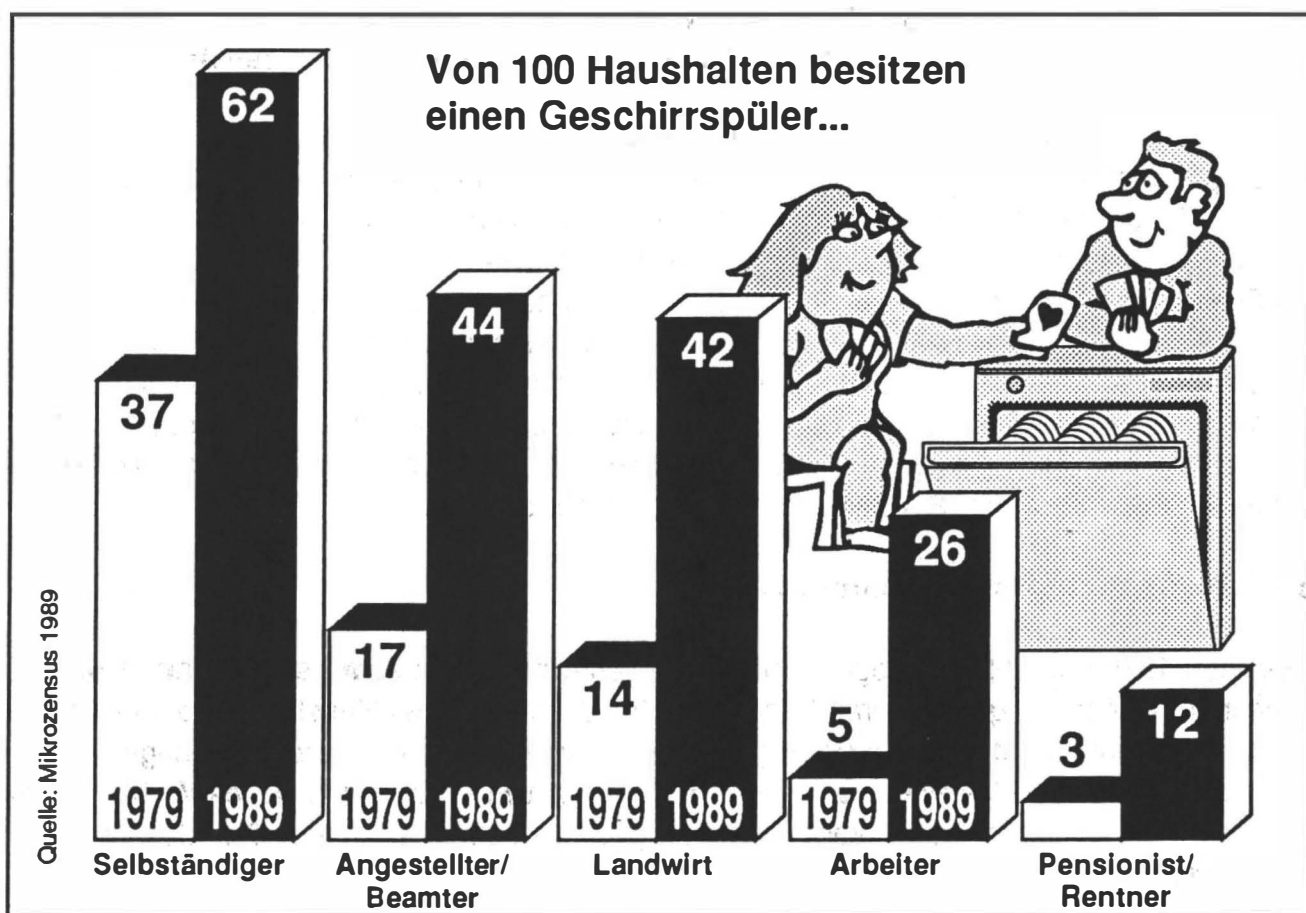
## EINKOMMEN 1990

## DATEN ZUM LEBENSSTANDARD

1979 gab nur ein Drittel der Haushalte an, sich einen Urlaub (=mindestens vier Übernachtungen) zu leisten, 1989 verreiste jeder zweite Haushalt, die Erhöhung der Ferienwohnungen beschränkte sich im wesentlichen auf die Wiener Haushalte.

Rasante Entwicklungen kennzeichnen die **Ausstattung der Haushalte mit Freizeitgeräten**: Bereits jeder dritte Haushalt besaß 1989 einen Videorecorder (1979: 2 %), rund 90 % ein Farbfernsehgerät (Verdoppelung des Anteils gegenüber 1979) und fast die Hälfte eine Stereoanlage (Steigerung auf das Zweieinhalbfache).

Nur mehr geringe Zuwachsraten weisen – bei einem bereits Ende der 70er Jahre hohen Ausgangsniveau – **bei den Haushaltsgeräten** Waschmaschinen, Kühl- und Gefriergeräte sowie die Telefonausstattung auf. Im Vergleich zu den Freizeitgeräten drangen Geschirrspülmaschinen eher langsam vor: 1989 verfügten erst 28 % der österreichischen Haushalte über diese Möglichkeit zur Verringerung der Haushaltsarbeit (1979 war es nur ein Zehntel aller Haushalte). Nicht so sehr der Preis des Gerätes selbst, sondern die notwendigen Vorleistungen (Installationen bzw. Umbau oder Neuanschaffung der Einbauküche) dürfte der Grund für das zögernde Durchsetzen sein. Das Vorhandensein einer **Geschirrspülmaschine** stellt einen **trennscharfen**



## EINKOMMEN 1990

## DATEN ZUM LEBENSSTANDARD

**Lebensstandard-Indikator** dar: Nur ein Achtel der Pensionistenhaushalte, aber rund 40 % der Beschäftigtenhaushalte haben eine Geschirrspülmaschine, bei Selbständigen beträgt der Ausstattungsgrad 62 %, bei Arbeitern nur 26 %.

Die Ausstattungsichte der Haushalte mit (mindestens) einem **PKW** erhöhte sich zwischen 1979 und 1989 von 55 auf 63 %. **Beim privaten und öffentlichen Verkehr** zeigen sich starke Stadt-Land-Unterschiede: 1989 verfügten drei Viertel der Haushalte in ländlichen Gebieten, zwei Drittel in Kleinstädten und nur wenig mehr als die Hälfte in den Mittel- und Großstädten über (mindestens) ein Auto, einen Zweitwagen besitzt jeder vierte Haushalt in ländlichen Gemeinden, gegenüber jedem sechsten in Kleinstädten und jedem elften in den Mittel- und Großstädten (die Zunahme im Vergleich zu 1977 betrug fünfzehn, acht und zwei Prozentpunkte).

Die hohe Inanspruchnahme von Zeitkarten für den öffentlichen Verkehr (Wochen-, Monats- oder Jahreskarten) in den Groß- und Mittelstädten bildet offenbar eine wirksame Barriere gegen die Zunahme von Zweitwagen. Im Österreich-Durchschnitt hatten 1989 (frühere Zahlen liegen nicht vor) die Haushalte, in denen (mindestens) ein Mitglied eine Zeitkarte für ein öffentliches Verkehrsmittel (Schülerfreifahrt nicht miteinbezogen!) besitzt, mit 19 Prozent nur drei Prozentpunkte Übergewicht gegenüber den Haushalten mit Zweitwagen, regional ergeben sich jedoch sehr unterschiedliche Relationen: Während in ländlichen Gemeinden mit 8:26 Prozent und im kleinstädtischen Bereich mit 10:17 Prozent jeweils ein klarer Vorsprung der Zweitwagen gegenüber den Zeitkarten besteht, „führen“ die Zeitkarten in den Mittel- und Großstädten im Verhältnis 33:9 Prozent.

### 6.3 Beschäftigtenhaushalte

**Angestelltenhaushalte** liegen bei den meisten Indikatoren über dem Durchschnitt der Beschäftigtenhaushalte, **Haushalte von öffentlich Bediensteten** befinden sich **nahe am Durchschnitt** und weisen geringere innere Unterschiede auf als Angestelltenhaushalte. **Unterdurchschnittlicher Lebensstandard** zeigt sich in **Arbeiterhaushalten**, besonders Hilfsarbeiter weisen in den Bereichen Wohnen und Haushaltsgeräte ein Ausmaß von Unterausstattung auf, das im Sinne der „kumulativen Deprivation“ als Armutsgefährdung interpretiert werden kann. Die Lage der **Selbständigenhaushalte** ist durch **hohe innere Disparitäten** gekennzeichnet. Während Selbständige außerhalb der Land- und Forstwirtschaft und Freiberufler mit Hochschulbildung (zusammen mit den obersten Angestellten- und Beamten-schichten) über den höchsten Lebensstandard verfügen, erreichen Selbständige mit Betrieben ohne Arbeitnehmer gerade den Durchschnitt aller Beschäftigtenhaushalte. Spezifische Lebensumstände prägen weitgehend das Bild der bäuerlichen Haushalte, Unterausstattung bei zum „normalen“ Lebensstandard gehörenden Ausstattungsindikatoren ist bei Kleinbauern kaum seltener als bei nicht qualifizierten Arbeitern.

Detaillierte Auswertungen dieses Mikrozensus-Programms liegen auch nach Familientypen vor:



## EINKOMMEN 1990

## DATEN ZUM LEBENSSTANDARD

danach treten **Ausstattungsdefizite der Alleinerzieher(Innen) stärker hervor als bei kinderreichen Familien**. Im Vergleich zu den Ergebnissen nach Familientypen sind die nach der Berufsschicht des Haushaltsvorstands dargestellten Unterschiede weitaus trennschärfer und bieten auch einen besseren Zugang zur Lokalisierung der Armutsgefährdung als die bloße Berücksichtigung der Kinderzahl.

### 6.4 Pensionistenhaushalte

Der **Lebensstandard der Pensionisten liegt in den Bereichen Wohnen, PKW-Besitz, „moderne“ Geräte, Urlaub und finanzielle Absicherung deutlich unter jenem der Beschäftigten**. Bezogen auf die zuletzt vor der Pensionierung ausgeübte berufliche Tätigkeit läßt sich eine Parallelverschiebung zu den Beschäftigten konstatieren, allerdings treten bei den Pensionisten die inneren Disparitäten – vor allem bei den trennscharfen Indikatoren – noch weit deutlicher hervor als bei den Beschäftigten.

Die Ergebnisse über die **Ausstattung der Haushalte ehemaliger Kleinbauern und Hilfsarbeiter sowie von Ausgleichszulagenbeziehern** machen deutlich, daß die vielzitierte „Beseitigung der Altersarmut“ noch keineswegs als abgeschlossen bezeichnet werden kann. So leben nur 23 % der Ausgleichszulagenbezieher in Wohnungen mit Bad und Zentralheizung, der Anteil in Substandardwohnungen beträgt 27 %, durch negative Umweltbelastungen sind 32 % der Wohnungen beeinträchtigt, und 42 % der Haushalte geben an, daß eine Großreparatur bei der Wohnung/beim Haus notwendig wäre. Unterausstattungen umfassen größere Gruppen der Ausgleichszulagenbezieherhaushalte: 13 % haben kein Fernsehgerät, 18 % keinen Elektro- oder Gasherd, 22 % keine Waschmaschine, 58 % lesen nicht regelmäßig Tageszeitung, in 82 % war keine Person auf Urlaub und 89 % verfügen über keinen PKW.

### 6.5 Arbeitslosenhaushalte

Die (nach der Haushaltsgröße und -zusammensetzung standardisierten) Haushaltseinkommen erreichen in den Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher arbeitslos ist, nur rund die Hälfte der entsprechenden Werte der Beschäftigtenhaushalte, vergleicht man arbeitslose Arbeiter mit den beschäftigten Arbeitern, so betragen die Nachteile bei den Haushaltseinkommen rund 40 %.

**Bei allen Lebensstandardindikatoren** ergeben sich bei den Arbeitslosenhaushalten **niedrigere Ausstattungswerte**: Hinsichtlich der Haushalts- und Freizeitgeräte, deren Anschaffung wohl zum Teil noch auf „bessere Zeiten“ zurückgeht, erscheinen die Unterschiede weniger gravierend als in bezug auf die Wohnstandards, die Möglichkeiten, Urlaub zu machen, die Ausstattung mit einem PKW und die finanzielle Absicherung.

Unterausstattung bei den Geräten, die bereits einen hohen Grad von Ausstattungssättigung auf-

## EINKOMMEN 1990

## DATEN ZUM LEBENSSTANDARD

weisen, ergeben für Arbeitslosenhaushalte folgendes Bild: Mehr als ein Viertel verfügt über kein Telefon, ein Zehntel hat (weder in der Wohnung noch im Haus) eine Waschmaschine; überdies liest in mehr als einem Drittel der Arbeitslosenhaushalte keine einzige Person regelmäßig Tageszeitung. (Diese Werte beziehen sich auf Haushalte, in denen ein Haushaltsmitglied arbeitslos ist; Haushalte mit arbeitslosem Haushaltsvorstand bleiben noch stärker hinter dem Niveau der Beschäftigten zurück.)

### 6.6 Sozialhilfeempfänger

Jeder fünfte Haushalt wohnt in einer Substandardwohnung, ein Drittel der Wohnungen ist durch Umweltbelastungen betroffen, und in der Hälfte der Wohnungen wären Großreparaturen notwendig. Jeder achte Haushalt verfügt weder über einen Elektro- noch über einen Gasherd, ein Viertel über keine Waschmaschine und ein Drittel über kein Telefon.

Auch für die übrigen Indikatoren zeigen sich durchwegs **niedrige Ausstattungsquoten**, die **meist noch deutlich unter jenen der Haushalte mit arbeitslosem Haushaltsvorstand liegen**.

### 6.7 In Österreich beschäftigte jugoslawische und türkische Arbeiter

Vom Juni 1989 liegen Informationen über den Lebensstandard der in Österreich beschäftigten ausländischen Arbeiter vor. Die Hälfte der jugoslawischen und türkischen Arbeiter lebte in Substandardwohnungen, nur jeder achte Haushalt verfügte über eine Wohnung mit Bad und Zentralheizung. Mehr als 40 Prozent gaben an, daß ihre Wohnung dunkel, feucht oder durch Geruchsbelästigung beeinträchtigt ist, in ebenfalls 40 Prozent der Wohnungen waren Großreparaturen notwendig. Nur beim Farbfernsehgerät und beim Videorecorder reichen die Ausstattungswerte der ausländischen Arbeiter relativ nahe an das durchschnittliche Niveau aller Arbeiterhaushalte heran. Die Ausstattungsquote beim Telefon beträgt nicht einmal die Hälfte aller Arbeiterhaushalte. Ein Drittel der türkischen Arbeiterhaushalte verfügt über keine Waschmaschine, und ein Achtel der jugoslawischen hat weder einen Elektro- noch einen Gasherd. Der Zugang zu Informationen ist sehr eingeschränkt: In zwei Drittel der jugoslawischen und türkischen Arbeiterhaushalte liest niemand regelmäßig Tageszeitung.

Im Hintergrund dieser niedrigen Haushaltsausstattung stehen die **meist recht niedrigen Einkommen** der ausländischen Arbeiter: Ein Teil der Einkommensunterschiede geht auf die geringe berufliche Qualifikation (bzw. Einstufung) der ausländischen Arbeiter zurück, aber selbst verglichen mit dem Durchschnitt aller Haushalte von angelernten Arbeitern weisen türkische Arbeiter in dieser Schicht (im Unterschied zu den geringen Differenzen bei jugoslawischen Arbeitern) ein um rund 30 % niedrigeres Haushaltseinkommen auf. Mehr als ein Drittel der Haushalte in Österreich beschäftigter türkischer Arbeiter findet sich im untersten Zehntel der Einkommensverteilung.



# RECHTLICHE AUSWIRKUNGEN EINES EWR-VERTRAGES IM BEREICH SOZIALPOLITIK

Silvia HELLMER, –  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
(in enger Kooperation mit den Sektionen)

<b>1. Freizügigkeit der Wanderarbeitnehmer .....</b>	<b>165</b>
<b>2. Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer .....</b>	<b>166</b>
<b>3. Arbeitsrecht .....</b>	<b>167</b>
3.1. Betriebsübergangsrichtlinie.....	167
3.2. Insolvenzrichtlinie.....	168
3.3. Richtlinie über Massenentlassungen .....	169
3.4. Sozialcharta und Aktionsprogramm der Gemeinschaft.....	169
<b>4. Sozialvorschriften im Straßenverkehr .....</b>	<b>172</b>
4.1. Verordnung über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr .....	172
4.2. Verordnung über das Kontrollgerät im Straßenverkehr .....	173
<b>5. Gleichbehandlung von Frauen und Männern.....</b>	<b>174</b>
5.1. Lohnleichheitsrichtlinien.....	174
5.2. Gleichbehandlungsrichtlinien .....	174
5.3. Sozialversicherungsrichtlinien.....	175
5.4. Richtlinien betreffend Selbständige .....	176
<b>6. Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer .....</b>	<b>177</b>
<b>7. Resumee .....</b>	<b>181</b>

## EWV-VERTRAG

## WANDERARBEITER

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß Österreich sich im Falle des Zustandekommens des EWR-Vertrages verpflichtet hat, bis 1.1.1993 die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen der EG ins österreichische Recht umzusetzen, mit Ausnahme der beiden sozialversicherungsrechtlich relevanten Richtlinien im Gleichbehandlungsbereich, die bis **1.1.1994** umzusetzen wären. Dies bedeutet, daß bis zu diesem Zeitpunkt **14 Gesetzesnovellierungen zu erfolgen hätten**; in einigen Fällen wäre ein neues Gesetz voraussichtlich notwendig.

Im einzelnen wäre folgender Anpassungsbedarf gegeben:

### **1. Freizügigkeit der Wanderarbeitnehmer**

Ausgehend davon, daß den Freizügigkeitsbestimmungen Verordnungscharakter zukommt (Verordnung 1612/68 und Ergänzungen), sind diese Bestimmungen nach Ratifizierung des EWR-Vertrages unmittelbar anwendbares Recht und bedürfen daher keiner eigenen österreichischen Gesetze; grundsätzlich ist davon auszugehen, daß **das Ausländerbeschäftigungsgesetz für EWR-Staatsbürger nicht mehr anwendbar ist**. Ein solcher Passus könnte explizit im Ausländerbeschäftigungsgesetz verankert werden.

Allerdings wäre noch zu diskutieren, ob es nicht sinnvoll wäre, in Österreich - entsprechend der Vorgangsweise in der Bundesrepublik Deutschland - im Zusammenhang mit den Einreise-, Aufenthalts- und Verbleibsrechten von EWR-Bürgern in Österreich eine **rechtstechnisch inhaltliche Präzisierung in einem eigenen österreichischen Gesetz** vorzunehmen (Definition, Einschränkung der Freizügigkeit, Geltung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes u. a.).

Im Falle einer solchen Vorgangsweise wäre eine enge Kooperation mit dem Innenressort erforderlich.

Weiters ergibt sich aus der **Umsetzung des "Gleichbehandlungsgrundsatzes"**, wie er in der Verordnung 1612/68 verankert ist, ein rechtlicher Anpassungsbedarf hinsichtlich des besonderen Kündigungsschutzes für Präsenzdienler/Zivildienler und Behinderte; im Falle der Ratifikation des EWR-Vertrages wären die österreichischen Bestimmungen - **Arbeitsplatzsicherungsgesetz und Behinderteneinstellungsgesetz** - dahingehend zu ändern, daß der besondere Kündigungsschutz auch auf alle EWR-Staatsbürger Anwendung findet (Prinzip der Nichtdiskriminierung).

Das Prinzip der Gleichbehandlung bezieht sich auch auf alle steuerlichen und sozialen Begünstigungen für Wanderarbeitnehmer. Hinsichtlich des Behinderteneinstellungsgesetzes bedeutet dies, daß die **Förderungsmöglichkeiten des Behinderteneinstellungsgesetzes auch allen EWR-Bürgern zugutekommen müßten** (dies gilt auch für die Sozialhilfe, die jedoch in den Zuständigkeitsbereich der Länder fällt oder die Wohnbauförderung, Stipendien u.a., die ebenfalls nicht in die Zuständigkeit des Sozialressorts fallen).

**EWR-VERTRAG****WANDERARBEITER**

Ein **Anpassungsbedarf** ergäbe sich weiters beim **Arbeitsverfassungsgesetz**, welches das **passive Wahlrecht zum Betriebsrat** sowie zum Jugendvertrauensrat an die österreichische Staatsbürgerschaft knüpft; gleiches gilt für das **passive Wahlrecht zur Behindertenvertrauensperson**. Entsprechend dem Gleichbehandlungsgrundsatz wäre das **passive Wahlrecht** im Arbeitsverfassungsgesetz und im Behinderteneinstellungsgesetz auch auf EWR-Staatsbürger auszuweiten.

Grundsätzlich ist auch davon auszugehen, daß Kollektivverträge, wie der Sparkassenkollektivvertrag, der die Beschäftigungsaufnahme in diesem Bereich an die österreichische Staatsbürgerschaft knüpft, als nichtig für EWR-Staatsbürger zu betrachten ist.

## **2. Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer**

Um die Freizügigkeit der Wanderarbeitnehmer in der Gemeinschaft zum Vorteil dieser Arbeitnehmer auszugestalten, sieht das Gemeinschaftsrecht, welches zur Gänze in den EWR übernommen wird, vor, daß **für die Wanderarbeitnehmer ein umfassender sozialversicherungsrechtlicher Schutz** gewährleistet ist. Die entsprechende Verordnung der EG (1408/71 und die dazugehörige Durchführungsverordnung 574/72 sowie die Beschlüsse und Empfehlungen der Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer) stellt jedoch vom Grundsatz her auf **Koordinierungsvorschriften zwischen den Mitgliedsstaaten** ab. Materiell umfassen diese Koordinierungsvorschriften die Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung sowie Familienleistungen und Familienbeihilfen (ausgenommen sind die Sondersysteme der Beamten und ihnen Gleichgestellte, die Leistungssysteme für Kriegsoffer und die Sozialhilfe).

Im Falle der Ratifikation des EWR-Vertrages würde dies bedeuten, daß die Koordinierungsbestimmungen im Sozialversicherungsbereich (Verordnung 1408/71 und Durchführungsverordnung 574/72) unmittelbar anwendbares Bundesrecht darstellen, sodaß keine Änderung der nationalen österreichischen Rechtslage erforderlich ist.

Hinsichtlich der faktischen Auswirkungen ergeben sich allerdings Unterschiede im Vergleich zum bisherigen zwischenstaatlichen Recht (Österreich hat mit allen EWR-Staaten mit Ausnahme von Island bilaterale Abkommen im Sozialversicherungsbereich): **Insgesamt wären die Wanderarbeitnehmer durch die Anwendung der EG-Bestimmungen im Vergleich zu diesen bilateralen Abkommen bessergestellt.**

### 3. Arbeitsrecht

Grundsätzlich geht die EG im Bereich der Sozialpolitik vom **Prinzip der Subsidiarität** aus, d.h. die **Sozialpolitik bleibt im wesentlichen in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten**. Dies zeigt sich sehr deutlich auf dem Gebiet des Arbeitsrechts: Die Gemeinschaft hat bisher **nur vereinzelte Richtlinien auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes** erlassen:

- die **Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen**
- die **Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers**
- die **Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über Massenentlassungen**.

Der Anpassungsbedarf des österreichischen Rechts an die arbeitsrechtlichen EG-Bestimmungen stellt sich wie folgt dar:

#### 3.1. Betriebsübergangsrichtlinie

Ziel der Richtlinie ist es, die **Ansprüche der Arbeitnehmer bei Betriebsübergang zu wahren**. In diesem Zusammenhang regelt die Richtlinie einerseits die Vertragsübernahme und Haftungsfragen, andererseits Kündigungsschutz und Kollektivvertrags- sowie Betriebsverfassungsrecht.

**Hinsichtlich der Vertragsübernahme weicht das österreichische Recht vom EG-Recht ab.** Während das EG-Recht vorsieht, daß die Rechte und Pflichten aus den bestehenden Arbeitsverhältnissen aufgrund der Betriebsübernahme auf den Erwerber übergehen, ist nach österreichischem Recht der neue Arbeitgeber grundsätzlich nicht verpflichtet, die Arbeitnehmer des Betriebes zu übernehmen. Eine Übernahmepflicht besteht in Österreich nur für Betriebsratsmitglieder. Eine diesbezügliche Anpassung der österreichischen Rechtslage könnte z.B. durch die Schaffung eines **neuen Bundesgesetzes** erfolgen.

Hinsichtlich des **Kündigungsschutzes der Arbeitnehmer** verwehrt die Richtlinie eine Kündigung aus dem Grunde des Betriebsübergangs. Im österreichischen Arbeitsrecht ist eine Kündigung eine einseitige Willenserklärung, die keiner Angabe von Gründen bedarf. Es steht jedem österreichischen Arbeitgeber jederzeit frei, ein Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen oder vertraglich vereinbarten Kündigungsfristen und Termine ohne Angabe eines Kündigungsgrundes aufzulösen. Dieses Recht kann auch im Zusammenhang mit einem Betriebsübergang ausgeübt werden. Gemäß § 105 Arbeitsverfassungsgesetz kann der Betriebsrat bzw.

**EWR-VERTRAG****ARBEITSRECHT**

der betroffene Arbeitnehmer (in betriebsratspflichtigen Betrieben) die Kündigung bei Vorliegen bestimmter Gründe oder wenn sie sozial ungerechtfertigt ist, anfechten. Die Tatsache des Betriebsübergangs allein ist kein betriebliches Erfordernis im Sinne des § 105 Abs. 3 Zi. 2 lit. b, das zur Rechtfertigung einer Kündigung herangezogen werden kann. Da die Richtlinie ermöglicht, jene Gruppe von Arbeitnehmern aus dem Anwendungsbereich auszunehmen, auf die sich die innerstaatlichen Vorschriften des Kündigungsschutzes nicht erstrecken – das wären vor allem jene Arbeitnehmer, die nicht unter den allgemeinen Kündigungsschutz des Arbeitsverfassungsgesetzes fallen. Aus dieser Sicht wäre die österreichische Rechtslage, allerdings nur hinsichtlich der Arbeitnehmer in betriebsratspflichtigen Betrieben, EG-konform.

**3.2. Insolvenzrichtlinie**

Ziel der Richtlinie ist es, die Ansprüche der Arbeitnehmer zu regeln, deren Arbeitgeber zahlungsunfähig geworden sind (Konkurs).

Die **Bestimmungen des österreichischen Insolvenzentgeltsicherungsgesetzes (IESG) sind EG-konform** und entsprechen hinsichtlich des geschützten Personenkreises, der gesicherten Ansprüche, der Höhe der Sicherungszahlungen, dem Schutz der sozialrechtlichen Ansprüche und der Ausgestaltung der Garantieeinrichtung (Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds) der EG-Richtlinie. In einzelnen Bereichen ist das österreichische Recht für die Arbeitnehmer günstiger, wie beispielsweise hinsichtlich des geschützten Personenkreises und des notwendigen Schutzerfordernisses (neben laufendem Entgelt werden auch sonstige Begünstigungen erstattet). Die **Richtlinie sieht jedoch vor, daß günstigere nationale Vorschriften beibehalten bzw. eingeführt werden können.**

Die Richtlinie sieht weiters vor, daß die Mitgliedsstaaten die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Berechtigten aus betrieblichen und überbetrieblichen Ruhegenußzusagen, die außerhalb der gesetzlichen Pensionsversicherungssysteme liegen, treffen; ob die im Zusammenhang mit dem Betriebspensionsgesetz geschaffenen Sicherungsmaßnahmen den Anforderungen der Richtlinie entsprechen, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

Österreich hat jenen Personenkreis (Gesellschafter, denen ein beherrschender Einfluß auf die Gesellschaft zusteht), der vom IESG ausgeschlossen ist, als Ausnahme von der Richtlinie im EWR-Vertragsentwurf vorgesehen; die EG-Kommission sieht jedoch eine explizite Ausnahme als nicht erforderlich an, da Artikel 10 der Richtlinie es den Mitgliedsstaaten freistellt, die zur Vermeidung von Mißbräuchen notwendigen Maßnahmen zu treffen oder die Garantiepflicht abzulehnen oder einzuschränken, wenn sich herausstellt, daß die Erfüllung der Verpflichtung wegen des Bestehens besonderer Bindungen zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber und gemeinsamer Interessen, die sich in einer Kollusion zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber ausdrücken, nicht gerechtfertigt ist. Eine endgültige Stellungnahme der EG-Kommission ist noch nicht erfolgt.

### 3.3. Richtlinie über Massenentlassungen

Ziel der Richtlinie ist der Schutz der Arbeitnehmer, die von Massenentlassungen bedroht sind; die Richtlinie sieht vor, daß der Arbeitgeber mit Arbeitnehmervertretern Verhandlungen aufnehmen muß, um die Möglichkeit der Vermeidung oder Verminderung der Massenentlassung und die Herabsetzung der sozialen Folgen zu erörtern. Die **Entlassung ist vom Arbeitgeber bei der zuständigen nationalen Behörde (Arbeitsamt) schriftlich anzuzeigen**.

In Österreich ist das Verfahren bei Massenentlassung im § 45a des Arbeitsmarktförderungsgesetzes (AMFG) geregelt und ermächtigt den Bundesminister für Arbeit und Soziales durch Verordnung bestimmte fachliche und örtliche Bereiche festzulegen, für die das „Frühwarnsystem“ zur Anwendung kommen soll. Die Verordnung kann nur für eine bestimmte Dauer erlassen werden. Demgegenüber gilt die EG-Richtlinie für alle Branchen und Gebiete (Ausnahme: öffentliche Verwaltung); eine zeitliche Begrenzung ist nicht vorgesehen.

Die derzeit in Kraft stehende Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales sieht lediglich vor, daß Arbeitgeber aus dem Bereich der Sektionen Gewerbe, Industrie, Handel und Geld-, Kredit- und Versicherungswesen verpflichtet sind, das zuständige Arbeitsamt schriftlich zu verständigen, bevor sie den Beschäftigtenstand innerhalb von vier Wochen reduzieren. Durch das Gesetz selbst sind vom Geltungsbereich land- und forstwirtschaftliche Arbeitnehmer ausgeschlossen. **Da damit EG-Konformität nicht vorliegt, wäre § 45a des Arbeitsmarktförderungsgesetzes (und die entsprechende Verordnung des Bundesministers) zu novellieren.**

Hinsichtlich der Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer ist die Richtlinie erfüllt.

**Unterschiede zum EG-Recht** bestehen weiters zwischen der Anzahl der zu entlassenden Arbeitnehmer, für die Anzeigepflicht beim Arbeitsamt besteht. Im EG-Recht ist ein höheres Schutzniveau der Arbeitnehmer in Klein- und Mittelbetrieben gegeben (Anzeigepflicht bei Entlassung von 20 Arbeitnehmern unabhängig von der Betriebsgröße). Weiters ist im EG-Recht vorgesehen, daß auch die Gründe für den Beschäftigtenabbau gegenüber dem Arbeitsamt anzugeben sind.

### 3.4. Sozialcharta und Aktionsprogramm der Gemeinschaft

Sozialcharta und Aktionsprogramm der Gemeinschaft haben zum Ziel, gemeinsam mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes die sozialen Grundrechte in der Gemeinschaft zu verankern und die Arbeitnehmerinteressen verstärkt umzusetzen, damit der Binnenmarkt sich für alle Arbeitnehmer und Bürger im Sinne des Fortschritts auswirkt.

Auf Basis dieser Zielsetzung hat die **EG-Kommission 48 Vorschläge** für Rechtsakte und Maßnahmen im Rahmen ihres Aktionsprogrammes erarbeitet, die als einen wesentlichen Schwerpunkt die rechtliche Ausgestaltung grenzüberschreitender Arbeitsbedingungen und des Arbeitsrechtes formulieren. In Verwirklichung dieses Aktionsprogrammes hat die Kommission auch bereits eine Reihe arbeitsrechtlich relevanter Vorschläge erarbeitet:

**EWR-VERTRAG****ARBEITSRECHT**

- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über den Nachweis für **Arbeitsverhältnisse (schriftlicher Arbeitsvertrag)**
- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über bestimmte **Arbeitsverhältnisse** hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, (Teilzeit, befristete Arbeitsverhältnisse inkl. Saisonarbeit, Leiharbeit; die Richtlinie enthält Regelungen hinsichtlich der **Gleichbehandlung von Arbeitnehmern mit solchen a-typischen Arbeitsverhältnissen mit Vollzeitarbeitern**, z.B. bei Berufsausbildungsmaßnahmen, Sozialdiensten u.a., sowie hinsichtlich Arbeitnehmervertretungsorganen, Begründungspflicht für Zeitarbeitsverträge u.a.)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über bestimmte **Arbeitsverhältnisse im Hinblick auf Wettbewerbsverzerrungen** (Teilzeit, befristete Arbeitsverhältnisse, inkl. Saisonarbeit, Leiharbeit; die Richtlinie sieht Regelungen hinsichtlich der Gleichstellung von Arbeitnehmern mit solchen a-typischen Arbeitsverträgen mit Vollarbeitern vor, und zwar bei der Anwendung der gesetzlichen und betrieblichen Systeme des sozialen Schutzes sowie Regelungen hinsichtlich Jahresurlaub, Ansprüche bei Kündigung, Dienstalterszulagen; weiters ist festgelegt, daß Zeitarbeit nicht auf Dauer gerichtet sein darf)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Ergänzung von Maßnahmen zur **Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Zeitarbeitnehmern** (betrifft technischen Arbeitnehmerschutz für Zeitarbeiter)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für bestimmte Aspekte der **Arbeitszeitgestaltung** (Regelungen betreffend tägliche und wöchentliche Mindestruhezeiten, Jahresurlaub, bestimmte Aspekte der Nacht- und Schichtarbeit)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Maßnahmen zur **Förderung von Verbesserungen im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Schwangeren, Wöchnerinnen und stillenden Müttern am Arbeitsplatz** (Gesundheitsschutz, Nachtarbeitsverbot, „Mutterschaftsurlaub“ von insgesamt 14 Wochen)
- Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Ergänzung des SE-Statuts hinsichtlich der Stellung der Arbeitnehmer (**alternative Modelle der Mitbestimmungsrechte bei der Europäischen Aktiengesellschaft**)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einsetzung europäischer Betriebsräte zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer im gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (Verfahren zur Bildung eines **europäischen Betriebsrates bei grenzüberschreitend tätigen Unternehmen**)

Da es sich bei diesen arbeitsrechtlichen Richtlinien **lediglich um Vorschläge** handelt, **sind sie nicht Bestandteil des EWR-Vertrages**. Sie könnten erst mit Inkrafttreten des EWR-Vertrages



## EWR-VERTRAG

## ARBEITSRECHT

Gegenstand der Behandlung im „joint-body“ (Abstimmungsorgan des EWRs neben dem EWR-Rat) sein und dann bei Zustimmung der EFTA-Länder und Ratifikation durch deren nationale Parlamente EWR-Recht werden; d.h. diese Richtlinienentwürfe werden auch dann, wenn sie im EG-Rat beschlossen werden, erst ab 1. 1. 1993 in den EWR-Gremien beraten und erst in der Folge (1993/1994) in Österreich umzusetzen sein (Umsetzungsfristen!).

Deshalb ist derzeit noch kein gesetzlicher Anpassungsbedarf in Österreich gegeben (dies auch deshalb, da die Richtlinienentwürfe der Kommission vielfach abgeändert werden).

Grundsätzlich ist allerdings zu den einzelnen Richtlinienentwürfen zu bemerken, daß sie in der Substanz von Österreich erfüllt werden. Hinsichtlich der gesetzlichen Verpflichtung zu einem **schriftlichen Arbeitsvertrag** – eine solche rechtliche Verpflichtung besteht derzeit in Österreich nicht – wäre entweder ein neues Bundesgesetz zu schaffen oder die Novellierung des Angestelltengesetzes und des ABGBs vorzusehen.

Die **Richtlinienentwürfe** zu den Regelungen **betreffend Teilzeitbeschäftigte und Zeitarbeitnehmer** sind **größtenteils erfüllt**; **Novellierungsbedarf** besteht **bezüglich der Begründungspflicht für Zeitarbeitsverhältnisse** (Angestelltengesetz und ABGB oder allenfalls könnte ein neues Bundesgesetz über (befristete) Arbeitsverhältnisse geschaffen werden); Handlungsbedarf bestünde **weitere hinsichtlich der Einführung rechtlicher Instrumente, die Teilzeitarbeitnehmern den gleichen Zugang zu Berufsausbildung und Sozialansprüchen in den Unternehmen garantieren**, sowie der Unterrichtspflicht im Falle der geplanten Einstellung von Vollzeitarbeitnehmern, der Senkung der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung sowie möglicherweise Eingriffe in Kollektivverträge, die unterschiedliche Dienstalterszulagen für Teilzeitarbeitnehmer und Vollzeitarbeitnehmer vorsehen.

Hinsichtlich des Richtlinienentwurfes „über bestimmte **Aspekte der Arbeitszeitgestaltung**“ wären **rechtliche Anpassungen** zugunsten der Arbeitnehmer in Österreich erforderlich, **wie keine Aufeinanderfolge von Schichten bei Nachtarbeit, keine Überstunden bei gefährlichen oder besonders belasteter Nachtarbeit, Gesundheitsuntersuchungen für Nachtarbeiter und Versetzungsgebot im Falle einer nachtarbeitsbedingten Schädigung, Information des Arbeitsinspektorates bei regelmäßiger Nachtarbeit**. Erforderlich wären daher Novellen (Detailanpassungen) zum Arbeitszeitgesetz, Arbeitsruhegesetz, Nachtschicht-Schwerarbeitergesetz sowie eine Novelle zum Landarbeitergesetz. Trotz dieser teilweisen Verbesserungen im Arbeitsrecht durch EG-Anpassung ist jedoch nicht davon auszugehen, daß diese Richtlinienentwürfe eine weitreichende Verbesserung für die Arbeitnehmer darstellen; betrachtet man zum Beispiel, daß der Richtlinienentwurf betreffend die Zeitarbeit nur eine 12stündige Ruhezeit innerhalb 24 Stunden vorsieht und beispielsweise eine Regelung der täglichen Normalarbeitszeit auf EG-Ebene überhaupt nicht vorgesehen ist, zeigt sich deutlich, daß **die sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Zielsetzungen auf EG-Ebene sicherlich lediglich einen „Minimal“-Konsens darstellen**.

Hinsichtlich der gesetzlichen Regelung betreffend die **Mitbestimmung in europäischen Aktiengesellschaften** wäre zur Absicherung des geltenden Mitbestimmungsmodells eine Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz erforderlich. Auch die Einrichtung eines europäischen Betriebsrates müßte durch eine Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz in Österreich verankert werden – allenfalls könnte auch ein eigenes Bundesgesetz geschaffen werden.

Gerade zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer in grenzüberschreitend tätigwerdenden Unternehmen in Europa wurden bereits mehrere Vorschläge von der Kommission vorgelegt; bisher kam es jedoch zu keiner Einigung der Mitgliedsländer – dies zeigt einerseits die hohe politische „Sensibilität“ dieses Regelungsbedarfes, andererseits die Schwierigkeit, einen gemeinsamen Konsens aller EG-Mitgliedsstaaten in einem so wichtigen Bereich zu erreichen.

## 4. Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Die zentralen Bestimmungen der EG in diesem Bereich sind:

- Die Verordnung über die **Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr** und
- die Verordnung über das **Kontrollgerät im Straßenverkehr**.

Diese Verordnungen enthalten **Regelungen über Lenk- und Ruhezeiten** der Lenker und **über das Kontrollgerät** im internationalen Straßenverkehr, unabhängig davon, ob es sich um Arbeitnehmer oder um selbständige Fahrer handelt.

### 4.1. Verordnung über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Die **Regelung weicht** von den österreichischen Arbeitnehmerschutzvorschriften insbesondere **im Hinblick auf die täglichen Lenkzeiten sowie die höchstzulässigen wöchentlichen Lenkzeiten**, aber auch in bezug auf Ruhepausen und Wochenruhe **ab**. Da Artikel 11 der EG-Verordnung jedoch vorsieht, daß günstigere Bestimmungen in den Mitgliedsländern aufrechterhalten werden können, **könnte** für österreichische Lenker **die nationale Rechtslage beibehalten werden**; ausländische Lenker wären jedoch nicht an die österreichischen Vorschriften gebunden – für sie kommt die EG-Verordnung zur Anwendung. Die Arbeitgeberseite sieht jedoch in einer Nichtanpassung der österreichischen Rechtslage Wettbewerbsnachteile für die österreichischen Frächter.

Weiters hat Österreich das internationale Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Personals (AETR) unterzeichnet, dessen Regelungen sowohl vom österreichischen als auch vom EG-Recht abweichen. Obwohl auch die EG-Staaten AETR-

## **EWR-VERTRAG**

## **SOZIALVORSCHRIFTEN IM STRAßENVERKEHR**

Mitglieder sind, gelten im Straßenverkehr zwischen den EG-Staaten die oben angeführten Verordnungen, zwischen EG-Staaten und anderen AETR-Staaten jedoch das AETR.

In den Anfang des Jahres 1991 stattgefundenen Verhandlungen auf internationaler Ebene wurde jedoch die inhaltliche Angleichung von EG-Verordnung und AETR bis 1.1.1992 in Aussicht genommen. **Die von Österreich geforderte Übergangsfrist für die Übernahme der Sozialvorschriften des AETR und der EG-Verordnung war daher im Rahmen der EWR-Verhandlungen nicht durchsetzbar.**

**Grundsätzlich könnten** jedoch auch bei Inkrafttreten des EWR-Vertrages sowie der AETR-Revision **die österreichischen Lenkzeitvorschriften für österreichische Lenker beibehalten werden.** Dies wird voraussichtlich auf Widerstand der Arbeitgebervertretungen stoßen, allerdings wären vom Standpunkt der Arbeitnehmerseite die für die Arbeitnehmer günstigeren Bestimmungen aufrechtzuerhalten. Eine **etwaige Anpassung** der österreichischen Rechtslage an die internationalen Sozialvorschriften im Straßenverkehr **würde Novellen zu nachfolgenden österreichischen Gesetzen erfordern: Arbeitsruhegesetz, Arbeitszeitgesetz, Landarbeitsrecht (und Verkehrsrecht/ Zuständigkeit des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr).**

### **4.2. Verordnung über das Kontrollgerät im Straßenverkehr**

Hinsichtlich der Verordnung über die Einführung eines Kontrollgeräts im Straßenverkehr **müßte in Österreich statt des Fahrtenbuches ein mechanisches Kontrollgerät,** das auch die Kontrolle der Lenkzeiten und Ruhezeiten ermöglicht, verwendet werden. Eine verstärkte Kontrolltätigkeit über die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen wäre vom Arbeitnehmerstandpunkt aus wünschenswert. Dies sowohl, um die Unfallgefahr auf der Straße durch übermüdete Fernfahrer zu vermeiden (laut Information der Arbeiterkammer werden tatsächlich bis zu 13 Stunden täglich am LKW gefahren!), sowie aus verkehrspolitischen Überlegungen.

Hinsichtlich der Übernahme der entsprechenden EG-Verordnung ins nationale Recht wurde eine Übergangsfrist von zwei Jahren festgelegt – damit ist **Österreich das einzige Land, das eine so lange Übergangsfrist in Anspruch nimmt.** Aus Sicht der Arbeiterkammer müßte das Ziel sein, die Kontrollen der Lenkzeiten so rasch wie möglich zu verstärken, sodaß es sinnvoll wäre, die Einführung eines solchen Kontrollgerätes möglichst rasch umzusetzen. Gespräche mit dem Verkehrsressort werden in unmittelbarer Zeit noch geführt, um diese Forderung der Arbeitgeber wieder rückgängig zu machen; dies insbesondere, da Österreich nunmehr das einzige Land ist, das eine solche Übergangsfrist in Anspruch nimmt.

Bei Übernahme der EG-Verordnung über das Kontrollgerät im Straßenverkehr wäre vor allem eine **Novellierung des Kraftfahrrechts sowie des Arbeitszeitgesetzes und der Fahrtenbuchverordnung erforderlich.**

## 5. Gleichbehandlung von Frauen und Männern

Die EG hat bisher **fünf Richtlinien im Gleichbehandlungsbereich** in Kraft gesetzt:

- Die **Lohnleichheitsrichtlinie**,
- die sogenannte **Gleichbehandlungsrichtlinie**,
- zwei Richtlinien im Sozialversicherungsbereich, die das **Prinzip der Gleichbehandlung in den Systemen der gesetzlichen und betrieblichen Sozialversicherung** verankern,
- eine **Richtlinie betreffend die Selbständigen**.

### 5.1. Lohnleichheitsrichtlinien

Die Lohnleichheitsrichtlinie stellt neben das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ das **Prinzip der „gleichwertigen Arbeit“**. Das Prinzip der gleichwertigen Arbeit zielt auf die Systeme beruflicher Einstufung, in Österreich sind das die Kollektivverträge, und besagt, daß Systeme beruflicher Einstufung auf „für Männer und Frauen gleichen Kriterien“ beruhen müssen. In der Praxis bedeutet dies z.B., daß die Anwendung von einseitigen Einstufungskriterien als diskriminierend interpretiert wird, wie beispielsweise Leichtlohngruppen in Kollektivverträgen. Weiters stellt die Richtlinie auf ein Verbot auch der indirekten Diskriminierung ab.

Durch die im Vorjahr verabschiedete **Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz wurde die österreichische Rechtslage EG-konform gestaltet**; grundsätzlich besteht derzeit kein Anpassungsbedarf im Hinblick auf die Lohnleichheitsrichtlinie der EG. Problematisch erscheint allerdings, daß nach der Richtlinie gleichheitswidrige Kollektivvertrags- oder Betriebsvereinbarungsbestimmungen als nichtig zu werten oder für nichtig zu erklären sind, da in Österreich die Nichtigkeitserklärung nur aufgrund eines Rechtsstreites erfolgen kann.

### 5.2. Gleichbehandlungsrichtlinien

Die Gleichbehandlungsrichtlinie untersagt jede geschlechtsspezifische Diskriminierung und zwar im Hinblick auf den Zugang zur Beschäftigung, die Arbeitsbedingungen, den Aufstieg im Beruf, Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung sowie die Beendigung eines Dienstverhältnisses. Auch die Gleichbehandlungsrichtlinie stellt auf ein mittelbares Diskriminierungsverbot ab. Ausnahmen sind nur zum Schutz der Frauen oder der Förderung von Frauen zur Beseitigung tatsächlich bestehender Ungleichheit zulässig. Die Gleichbehandlungsrichtlinie bezieht auch öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse und Selbständige in den Geltungsbereich der Richtlinie ein. Das österreichische Gleichbehandlungsgesetz schließt demgegenüber den öffentlichen Dienst explizit aus; damit ist die **österreichische Rechtslage diesbezüglich nicht EG-konform**; rechtliche Anpassungsmaßnahmen in Österreich wären allerdings vom Bundeskanzleramt bzw. von den Ländern zu setzen.

Ein weiterer Anpassungsbedarf der österreichischen Rechtslage besteht dahingehend, daß die im Gleichbehandlungsgesetz vorgesehenen Sanktionen bei Verstoß gegen das Gleichbehand-



**EWR-VERTRAG****GLEICHBEHANDLUNG**

lungsgebot lediglich im Ausmaß des „Vertrauensschadens“ vorgesehen sind; die EG-Rechtslage sieht jedoch vor, daß im Falle national vorgesehener Sanktionen, diese in einem angemessenen Verhältnis zum Schaden stehen - dies wäre beim Ersatz des bloßen „Vertrauensschadens“ (Portospesen!) nicht gegeben. Diesbezüglich wäre daher eine **Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes zur Einführung wirksamer Sanktionen bei Verstößen gegen das Gleichbehandlungsgebots erforderlich**.

**5.3. Sozialversicherungsrichtlinien**

Im Bereich der Sozialversicherung existieren zwei Gleichbehandlungs-Richtlinien der EG – eine Richtlinie bezieht sich auf die Systeme der gesetzlichen Sozialversicherung, die zweite Richtlinie auf Systeme der betrieblichen Sozialversicherung. Grundsätzlich gilt auch für diese beiden Richtlinien das Prinzip der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, jedoch bestehen **gewisse Ausnahmen, wie z. B. daß Unterschiede in den Altersgrenzen zwischen Mann und Frau in den jeweiligen nationalen Systemen bestehen bleiben können**, sowie werden auch explizit Vergünstigungen für Personen gestattet, die Kinder aufgezogen haben sowie hinsichtlich der Leistungen für Hinterbliebene.

Allerdings hat sich der **Europäische Gerichtshof** im vergangenen Jahr im Falle des Urteils „Barber“ **gegen ein unterschiedliches Pensionsalter** in den betrieblichen sozialen Sicherungssystemen ausgesprochen und eine unterschiedliche Pensionsaltersgrenze als mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz unvereinbar bezeichnet. Damit ist die **EG-Richtlinie** betreffend die betrieblichen Sozialversicherungssysteme **in Widerspruch mit dem EUGH-Urteil**. Eine diesbezügliche Bereinigung der EG-internen Rechtslage muß noch erfolgen.

Weiters hat die Kommission zu den beiden genannten Sozialversicherungsrichtlinien im Gleichbehandlungsbereich bereits einen Vorschlag für eine Novellierung vorgelegt, der eine gleiche Altersgrenze sowohl in der gesetzlichen als auch in der betrieblichen Altersversorgung vorsieht. Dieser Richtlinienentwurf wurde jedoch im Rat nicht verabschiedet; Vorbehalte wurden von Belgien, Frankreich, Italien und Portugal vorgebracht, Großbritannien und Griechenland haben einen Prüfvorbehalt eingelegt. Unmittelbar ergibt sich daher kein Anpassungsbedarf der österreichischen Rechtslage im Hinblick auf die Pensionsaltersgrenze; **sollte** allerdings die EG-Rechtslage dahingehend geändert werden, daß ein **gleiches Pensionsalter für Männer und Frauen vorgesehen** würde und Österreich im Rahmen der EWR-Organen einer Übernahme zustimmen würde, **ergäbe sich ein erheblicher Anpassungsbedarf in Österreich**.

Derzeit besteht insbesondere ein **Anpassungsbedarf hinsichtlich** der Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen dahingehend, daß technische Anpassungen im ASVG, GSVG und BSVG wie folgt vorgenommen werden müßten: **Die Festsetzung der Faktoren für die Bemessung des besonderen Steigerungsbetrages bzw. der Höherversicherungspension in der Pensionsversicherung** sieht derzeit unterschiedliche Faktoren für Männer und Frauen vor; diese unterschiedliche Behand-

**EWR-VERTRAG****GLEICHBEHANDLUNG**

lung der Geschlechter wäre zu beseitigen; die Berechnungsgrundlage für den Überweisungsbetrag nach § 308 (6) ASVG wird derzeit für Männer und Frauen unterschiedlich ermittelt - diese Bestimmung müßte geschlechtsneutral ausgestaltet werden; da der im ASVG, GSVG und BSVG vorgesehene Kinderzuschlag als Ausnahme von der Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in der Richtlinie nur für die Altersversicherung formuliert wurde, wäre für Leistungen bei Invalidität eine geschlechtsneutrale Formulierung vorzunehmen. Insgesamt müßten daher in diesen Bereichen Novellen zum ASVG, GSVG und BSVG bis zum 1.1.1994 erfolgen.

Hinzuweisen ist weiters darauf, daß auch für die beiden Sozialversicherungsrichtlinien normiert wird, daß der Grundsatz der Gleichbehandlung auch den **Fortfall jeglicher mittelbaren Diskriminierung** beinhaltet, was auch hinsichtlich der österreichischen Rechtslage Bedeutung haben könnte, wie beispielsweise hinsichtlich der **Geringfügigkeitsgrenze**, da insbesondere Frauen in Teilzeitbeschäftigung unter die Geringfügigkeitsgrenze fallen.

**5.4. Richtlinien betreffend Selbständige**

Die Richtlinie betreffend Selbständige hat zum **Ziel, daß** auch die selbständige und **mithelfende Ehefrau**, die kein eigenes Einkommen aus dieser Tätigkeit besitzt, **wie etwa die Bäuerin, sozialversicherungsrechtlich gleichgestellt ist.**

Die Richtlinie sieht auch die Schaffung eines eigenen Versicherungsschutzes für Selbständige vor, d.h. die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung – falls dieser nicht durch das System der sozialen Sicherheit der selbständig Erwerbstätigen gegeben ist. Weiters bezieht sich die Richtlinie auch auf die Gleichstellung der selbständigen Frau bei Schwangerschaft und Mutterschutz.

Dieser Richtlinie entsprechen in Österreich die einschlägigen Sozialversicherungsgesetze, wie das ASVG, BSVG und GSVG sowie das Familienlastenausgleichsgesetz und das Betriebshilfegesetz. In einzelnen Detailbereichen wird jedoch für Österreich ein rechtlicher und fachlicher **Anpassungsbedarf** gegeben sein und zwar **im Hinblick auf die Schaffung einer Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung für Selbständige.** Derzeit existiert in Österreich keine Möglichkeit für Selbständige, die noch keine Pensionsversicherungszeiten erworben haben, sich freiwillig zu versichern. Eine diesbezügliche **Selbstversicherung in der Pensionsversicherung** wurde aber **bereits mit der zur Begutachtung versendeten 50. Novelle zum ASVG zur Diskussion gestellt.**

Im Bereich des Mutterschutzes für Selbständige dürfte durch das Familienpaket eine entsprechende EG-Konformität auch im Hinblick auf die Selbständigen hergestellt worden sein.

Weitere **Richtlinienvorschläge** im Bereich der Gleichbehandlung von Männern und Frauen existieren **hinsichtlich der Beweislast im Bereich des gleichen Entgelts** und der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, sowie **hinsichtlich des Elternurlaubes und des Urlaubs**

**EWR-VERTRAG****GESUNDHEITS- UND ARBEITNEHMERSCHUTZ**

**aus familiären Gründen.** Die beiden Richtlinienvorschläge sind bereits lange in Beratung, konnten jedoch bisher vom Rat nicht verabschiedet werden. Der Richtlinienvorschlag zur Beweislastumkehr würde in Österreich eine Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz erfordern; der Richtlinienvorschlag über Elternurlaub und Urlaub aus familiären Gründen ist bereits größtenteils erfüllt; eine Novellierung des Mutterschutz- und Elternkarenzurlaubsgesetzes wäre jedoch in einzelnen Bereichen erforderlich (z.B. Anspruchsberechtigte); **hinsichtlich des Urlaubs aus familiären Gründen wäre eine Novellierung des § 1154b ABGB und des Abschnitts 2 des Urlaubsgesetzes (Pflegefreistellung) vorzunehmen oder ein eigenes Bundesgesetz über Dienstfreistellung zu schaffen.**

Derzeit sind allerdings diese beiden Richtlinienvorschläge der Gemeinschaft nicht im Beratungsstadium. Im Falle einer neuerlichen Überarbeitung durch die Kommission und die Vorlage an den Rat wäre der entsprechende Anpassungsbedarf für Österreich nochmals zu prüfen; dies insbesondere auch dahingehend, daß diese Richtlinien ja auch noch Gegenstand von Verhandlungen im Rahmen der EWR-Organen sein müßten.

## **6. Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer/ Technischer und arbeitshygienischer Arbeitnehmerschutz**

**EG-Vorschriften auf dem Sektor des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes:**

- die **Rahmenrichtlinie** des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von **Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit.**

Aufgrund dieser Rahmenrichtlinie wurden bisher **Einzelrichtlinien für folgende Bereiche** erlassen:

- **Arbeitsstätten**
  - **Arbeitsmittel**
  - **persönliche Schutzausrüstungen**
  - **Arbeiten mit Bildschirmgeräten**
  - **Handhabung schwerer Lasten, die Gefährdungen der Lendenwirbelsäule mit sich bringen**
  - **biologische Arbeitsstoffe sowie**
  - **Gefährdung durch Karzinogene;**
- die **Richtlinie** des Rates vom 27. November 1980 zum **Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe bei der**



**EWR-VERTRAG****GESUNDHEITS- UND ARBEITNEHMERSCHUTZ**

**Arbeit**, die im Jahre 1988 eine außerordentlich wichtige Änderung erfuhr. **Einzelrichtlinien** zu dieser Rahmenrichtlinie wurden **für** folgende Stoffe erstellt:

- **Blei**
- **Asbest**
- **Lärm**
- **Verwendungsverbote und Verwendungsbeschränkungen für bestimmte Arbeitsstoffe und Arbeitsverfahren.**

Die Bestimmungen der beiden erwähnten Rahmenrichtlinien stellen einen integrierten Bestandteil der Einzelrichtlinien dar. Der erstgenannten Rahmenrichtlinie kommt insofern erhöhte Bedeutung zu, als ihre Bestimmungen auch auf die Rahmenrichtlinie über chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe voll anwendbar sind.

Bei der Übernahme der Rahmen- und Einzelrichtlinien in das nationale Recht ist zu beachten, daß sie Vorschriften sind, in denen Mindeststandards festgelegt werden, die von den Mitgliedsstaaten auf jeden Fall eingehalten werden müssen. Bestimmungen bereits bestehender Arbeitnehmerschutzvorschriften, durch die ein höheres Sicherheitsniveau erreicht wurde, werden durch Übernahme von EG-Richtlinien in den nationalen Rechtsbestand nicht berührt; bei der Ausarbeitung künftiger Arbeitnehmerschutzvorschriften **steht es den Mitgliedstaaten frei, die von der EG festgelegten Mindeststandards durch strengere Bestimmungen zu ergänzen.** Besonderes Augenmerk ist in Anbetracht dieser Tatsache auf jene Bestimmungen der EG-Richtlinie zu legen, die hinsichtlich des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes eine Verbesserung der Arbeitssituation nach sich ziehen.

Im folgenden werden unter diesem Aspekt die wesentlichsten Änderungen, die durch die Umsetzung der EG-Richtlinien in das nationale Recht bewirkt werden, angeführt:

Richtlinie des Rates über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit

Der Arbeitgeber wird verpflichtet, **für jeden Arbeitsplatz eine Risikoabschätzung** (Evaluierung des Arbeitsplatzes) **durchzuführen**, aufgrund derer er die geeigneten Maßnahmen zur Minimierung der für die Arbeitnehmer bestehenden Gefahren oder Beeinträchtigungen von sich aus zu treffen hat. Die Evaluierung der Arbeitsplätze ist durch **Aufzeichnungen zu dokumentieren.**

Die Arbeitgeber werden weiters durch die Bestimmungen dieser Richtlinie verpflichtet, eine **Liste über diejenigen Arbeitsunfälle** zu führen, die einen Arbeitsunfall des Arbeitnehmers von mehr als drei Tagen zur Folge hatten; ebenso **hat der Arbeitgeber Berichte über diese Arbeitsunfälle für die zuständige Behörde auszuarbeiten.**

Der Arbeitgeber hat Arbeitnehmern oder deren Vertretern zu ermöglichen, sich bei allen Fragen,

## **EWR-VERTRAG**

## **GESUNDHEITS- UND ARBEITNEHMERSCHUTZ**

die die Sicherheit und den Gesundheitsschutz betreffen, zu beteiligen, deren Meinung zu sicherheitstechnischen Problemen und ihnen das Recht einzuräumen, Vorschläge zu unterbreiten.

Nach den Bestimmungen der Richtlinie sind in den Betrieben **„Arbeitnehmervertreter mit einer besonderen Funktion bei der Sicherheit und beim Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer“** zu wählen oder zu bestellen. Diesen Arbeitnehmervertretern steht das Recht auf eine besondere Unterweisung im Hinblick auf sicherheitstechnische Belange zu; darüberhinaus ist der Arbeitgeber verpflichtet, ihnen eine ausreichende Arbeitsbefreiung ohne Lohnentfall zu gewähren und die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigen. Ebenso darf dieser Personengruppe aus ihrer Tätigkeit, die sie in ihrer Funktion als Arbeitnehmervertreter in Sicherheitsfragen und Fragen des Gesundheitsschutzes ausüben, keinerlei Nachteile entstehen.

Unter Berücksichtigung der Art der Tätigkeit und Größe der Unternehmen können die Mitgliedsstaaten diejenigen Unternehmenspartner festlegen, in denen sämtliche Maßnahmen zur Verhütung berufsbedingter Gefahren vom Arbeitgeber selbst wahrgenommen werden können; in allen anderen Fällen hat der Arbeitgeber von ihm benannte Arbeitnehmer, außerbetriebliche Fachleute oder Dienste mit diesen Aufgaben zu betrauen: dies entbindet jedoch nicht den Arbeitgeber von seiner Verantwortung hinsichtlich der Einhaltung der für seinen Betrieb geltenden Arbeitnehmerschutzvorschriften. Alle in diesem Zusammenhang erwähnten Personen bzw. Dienste müssen über eine entsprechende Qualifikation auf dem Gebiet des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes verfügen; von den Mitgliedsstaaten ist festzulegen, welche Fähigkeiten und Kenntnisse hierfür erforderlich sind.

Die Mitgliedsstaaten haben dafür zu sorgen, daß **jeder Arbeitnehmer sich auf Wunsch einer präventivmedizinischen Überwachung unterziehen kann.**

Die angeführten Bestimmungen der **Grundsatzrichtlinie müssen durch eine Novelle des Arbeitnehmerschutzgesetzes in das österreichische Arbeitnehmerschutzrecht übernommen werden.**

Zu den **Einzelrichtlinien** wäre zu bemerken, daß eine **Vielzahl von Datallanpassungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes** und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen **notwendig** sein wird, um die erwähnten Einzelrichtlinien „EG-konform“ umsetzen zu können.

Insbesondere wäre in diesem Zusammenhang die **Richtlinie des Rates über Bildschirmarbeitsplätze** zu erwähnen. Nach den Bestimmungen dieser Richtlinie haben die Arbeitnehmer das Recht auf eine angemessene Untersuchung der Augen und des Sehvermögens durch eine entsprechend qualifizierte Person. Sollte es sich aufgrund dieser Untersuchungen als erforderlich erweisen, haben die Arbeitnehmer das Recht auf eine augenärztliche Untersuchung. Darüberhinaus sind den Arbeitnehmern spezielle Sehhilfen zur Verfügung zu stellen, wenn die Ergebnisse der Untersuchungen aufzeigen, daß sie notwendig sind und normale Sehhilfen nicht verwendet werden können.

**EWR-VERTRAG****GESUNDHEITS- UND ARBEITNEHMERSCHUTZ**

Eine Änderung des Arbeitnehmerschutzgesetzes wird auch die Implementierung der Richtlinie des Rates über den **Schutz der Arbeitnehmer gegen die Gefährdungen durch Karzinogene bei der Arbeit** zur Folge haben, in der u.a. vorgesehen ist, daß der Arbeitgeber eine Liste über jene Arbeitnehmer zu führen hat, für die aufgrund der Sicherheitsanalyse ihres Arbeitsplatzes ein Risiko an Krebs zu erkranken besteht. **Für solche Arbeitnehmer ist eine angemessene Überwachung deren Gesundheit obligatorisch.** Die Gesundheitsüberwachung muß ebenfalls durch eine „persönliche Gesundheitsakte“ dokumentiert werden. Diese Gesundheitsakte und die erwähnte Liste müssen mindestens 40 Jahre aufbewahrt werden – stellt das Unternehmen seine Tätigkeit ein, so sind diese Unterlagen der zuständigen Behörde zur Verfügung zu stellen.

Die einschneidendste Änderung, die durch die Richtlinie zum **Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Stoffe bei der Arbeit** bewirkt wird, beruht auf der Bestimmung, daß bei der Festlegung von Grenzwerten für gesundheitsgefährdende Arbeitsstoffe auch deren Probenahme, die Meßmethoden und die Bewertung der Ergebnisse geregelt werden müssen. Für chemische Arbeitsstoffe wird in einem Anhang zu dieser Richtlinie ein Meßverfahren beschrieben, das eine objektive Beurteilung der Exposition gegenüber einem bestimmten Schadstoff gewährleisten soll.

In Sonderfällen müssen die Arbeitnehmer, die einem Schadstoff ausgesetzt waren, die Möglichkeit haben, nach Beendigung der Belastung eine allgemeine Überwachung ihres Gesundheitszustandes in Anspruch zu nehmen.

Zu den Einzelrichtlinien wäre generell zu bemerken, daß **die diesbezüglich in Österreich geltenden Rechtsvorschriften einen höheren Schutzstandard aufweisen.** Eine wertvolle Ergänzung zur Gesundheitsüberwachung stellen jedoch die in diesen Richtlinien festgelegten periodischen Kontrollmessungen der Schadstoffkonzentration am Arbeitsplatz dar.

Die **Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer durch ein Verbot bestimmter Arbeitsstoffe oder Arbeitsverfahren** hat zur Folge, daß zu den bisher in Österreich durch die Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung ausgesprochenen Verwendungsverbote bzw. Verwendungsbeschränkungen für bestimmte Arbeitsstoffe vier weitere Agenzien hinzukommen.

Für die **Richtlinie über biologische Arbeitsstoffe** gibt es in den österreichischen Rechtsvorschriften nichts Gleichwertiges, sodaß die Bestimmungen dieser Richtlinie zum Teil in das Arbeitnehmerschutzgesetz und zum Teil in die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen übernommen werden muß.

## 7. Resume

Insgesamt zeigt sich, daß der Rechtsanpassungsbedarf im Bereich der österreichischen Sozialgesetzgebung bis zum Inkrafttreten eines EWR-Vertrages eine Reihe von Detailanpassungen erforderlich machen würde; **gravierende Änderungen des österreichischen Sozialrechtssystems wären allerdings mit einer Teilnahme am EWR nicht verbunden.** Dies ist sicherlich auch eng verknüpft mit der Tatsache, daß die EG-Länder gerade im sozialpolitischen Bereich wenig Kompetenz an die EG-Organe abgetreten haben und die Vielfalt der historisch gewachsenen Sozialsysteme einer starken Zentralisierung entgegensteht. Gleichzeitig war es bisher das Ziel der EG, diese Vielfalt auch zu erhalten und nur dort zu harmonisieren, wo aufgrund wirtschaftlicher Verpflichtungen Nachteile für die Arbeitnehmer entstehen und ein ausreichender Mindestschutz nur auf gesamteuropäischer Ebene sichergestellt werden kann.



# **Tätigkeitsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

## FINANZIELLE UND PERSONELLE SITUATION DES BMAS

# DIE FINANZIELLE UND PERSONELLE SITUATION DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im Jahre 1990 bei den Kapiteln 15 „Soziales“ und 16 „Sozialversicherung“ sind aus der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
Soziales .....	36.311,547	27.671,035
Sozialversicherung .....	53.523,427	1.856,830
	89.834,974	29.527,865

Die **Ausgaben im Ressortbereich** erreichten demnach im Jahre 1990 rund **89.835 Millionen Schilling** oder rund 14 % des Gesamthaushaltes des Bundes.

**Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales standen** für die Erfüllung seiner Aufgaben laut Stellenplan im Jahre 1990 ohne saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete (z.B. Heizer, Reinigungskräfte) **4.890 Planstellen zur Verfügung**, die sich wie folgt verteilen:

Zentralleitung .....	418
Landesarbeitsämter .....	3.270
Landesinvalidenämter .....	767
Prothesenwerkstätten .....	27
Heimarbeitskommissionen .....	8
Arbeitsinspektion .....	400
Summe .....	4.890



## FINANZIELLE UND PERSONELLE SITUATION DES BMAS

# Kapitel 15 „Soziales“ und Kapitel 16 „Sozialversicherung“ Erfolg 1990

	Ausgaben				Einnahmen			
	Gesetzliche Ver- pflichtungen <sup>1)</sup>		Ermessens- ausgaben		zusammen			
	Mio. S	%	Mio. S	%	Mio. S	%	Mio. S	%
Sozialversicherung	53.523,427	59,58	-	-	53.523,427	59,58	1.856,830	6,29
Kriegsopferversorgung, Heeresversorgung, Opfer- fürsorge und Kleinrent- nerentschädigung	6.739,846 <sup>2a)</sup>	7,50	127,337	0,14	6.867,183 <sup>2a)</sup>	7,64	46,048	0,16
Arbeitsmarkt- verwaltung <sup>1)</sup>	24.433,354 <sup>2a)</sup>	27,20	4.139,498	4,61	28.572,852 <sup>2a)</sup>	31,81	27.230,317	92,22
Sonstiges <sup>3)</sup>	711,840 <sup>2c)</sup>	0,79	159,672*	0,18	871,512 <sup>2c)*</sup>	0,97	394,670*	1,33
Insgesamt	85.408,467 <sup>2d)</sup>	95,07	4.426,507	4,93	89.834,974 <sup>2d)*</sup>	100,00	29.527,865*	100,00

1) einschließlich Personalausgaben 3) Aufgliederung siehe folgende Tabelle

2) Hievon Personalausgaben:

Mio. S

a) 231,504

b) 935,837

c) 310,503

d) 1.477,844

\* im Hinblick auf die Kapitalsumme unnatürlich gerundet

## FINANZIELLE UND PERSONELLE SITUATION DES BMAS

### Aufgliederung der "Sonstigen Ausgaben" und "Sonstigen Einnahmen" Erfolg 1990

	Sonstige Ausgaben			Sonstige Einnahmen
	Gesetzliche Verpflichtungen <sup>1)</sup>	Ermessens- ausgaben	zusammen	
	Millionen Schilling			
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	202,207	71,558 *	273,765 *	25,461 *
Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen	4,059	4,446	8,505	0,941
Allgemeine Fürsorge (ohne Kleinrentner- entschädigung)	—	55,485	55,485	—
Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	362,131	-	362,131	363,319
Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete	2,037	—	2,037	—
Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz	0,192	—	0,19	—
Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen	2,655	0,853	3,508	0,000
Arbeitsinspektion	138,559	27,330 *	165,889 *	4,949
	711,840	159,672 *	871,512 *	394,670 *

1) einschließlich Personalausgaben

\* im Hinblick auf die Kapitelsumme unnatürlich gerundet

## SOZIALVERSICHERUNG

1.	49. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz .....	187
2.	17. Novelle zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz .....	193
3.	15. Novelle zum Bauernsozialversicherungsgesetz .....	195
4.	20. Novelle zum Beamten-, Kranken- und Unfallversicherungsgesetz .....	196
5.	Pensionskassen- und Betriebspensionsgesetz .....	196
6.	Karenzurlaubserweiterungsgesetz .....	197
7.	Änderung des Bezügegesetzes .....	198
8.	Sozialrechts-Änderungsgesetz 1990 .....	199
9.	Änderung des ASVG aufgrund der Einführung „unabhängiger“ Verwaltungssenate .....	202
10.	Änderung des Bundesgesetzes über die Errichtung des KRAZAF .....	202
11.	Sozialrechts-Änderungsgesetz 1991 .....	202
12.	Verordnungen und Kundmachungen .....	206
13.	Internationale Tätigkeit .....	207

## 1. 49. Novelle zum ASVG

**Das Bundesgesetz vom 17. Mai 1990, BGBl. Nr. 294, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wurde:**

Im Vordergrund dieser Novelle, standen wichtige sozialpolitische Maßnahmen, so vor allem eine **Änderung der Bestimmungen über die Renten- und Pensionsanpassung** und eine damit im Zusammenhang stehende zusätzliche Erhöhung der Pensionen um 1 v. H. Analoges gilt für die Ausgleichszulagenrichtsätze und die Renten aus der Unfallversicherung. Diese Pensionserhöhung, die zusammen mit der im Zuge der 48. ASVG-Novelle erfolgten Anpassung einer **Pensionserhöhung um 4 v. H. für das Jahr 1990** entspricht, bedeutet eine Aktualisierung der Anpassung um ein weiteres Jahr und damit eine Vorwegnahme der vorgesehenen Änderung der Grundsätze für die Festsetzung des Anpassungsfaktors.

Im einzelnen erscheinen folgende Neuerungen als erwähnenswert:

Sachlich ungerechtfertigt war die bisherige Unterscheidung der **Ferialpraktikanten** hinsichtlich ihrer Versicherungspflicht; Schüler oder Studenten waren nach der bisherigen Rechtslage während der im Lehrplan oder in der Studienordnung vorgeschriebenen praktischen Tätigkeit jedenfalls in der Unfallversicherung teilversichert. Übten sie jedoch diese praktische Tätigkeit in persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit gegen Entgelt aus, waren sie Dienstnehmer im sozialversicherungsrechtlichen Sinne und daher vollversichert. Nunmehr wurde für alle Ferialpraktikanten, die für ihre Tätigkeit einen über der Geringfügigkeitsgrenze liegenden Arbeitsverdienst erhalten, eine **Vollversicherung** geschaffen.

Weiters wurde die Zugehörigkeit der **Universitäts(Hochschul)assistenten** als Vertragsbedienstete zur Pensionsversicherung der Angestellten klargestellt; damit wurde die Bestimmung an das neue Hochschullehrer-Dienstrecht angepaßt.

Die Möglichkeit einer **Selbstversicherung in der Pensionsversicherung** für Personen, die sich der **Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden behinderten Kindes** widmen und deren Arbeitskraft aus diesem Grund gänzlich beansprucht wird, wurde **um drei Jahre verlängert**. Diese Selbstversicherung endete nach der bisherigen Rechtslage, wenn das Kind das 27. Lebensjahr vollendet hatte; von nun an bildet das 30. Lebensjahr die obere Grenze.

Eine Übergangsbestimmung stellt sicher, daß auch in jenen Fällen, in denen die Selbstversicherung wegen Vollendung des 27. Lebensjahres des Kindes am 30. Juni 1990 bereits beendet und das 30. Lebensjahr des Kindes noch nicht erreicht war, nachträglich die Selbstversicherung bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres verlängert werden kann.

**SOZIALVERSICHERUNG****49. NOVELLE ASVG**

Des weiteren erfolgte eine Klarstellung dahingehend, daß **bei Bestehen einer Pflichtversicherung**, gleichgültig nach welchem Bundesgesetz, eine **Formalversicherung** in der Pflichtversicherung bzw. eine Formalversicherung in der freiwilligen Versicherung **nicht bestehen kann**.

Der bisherige **Begriff "Gesundenuntersuchung"** wurde **durch den Terminus "Vorsorge(Gesunden)untersuchung"** ersetzt; Motiv dafür war das Argument, das Ziel einer Untersuchung sei es, vorsorglich auch vermeintlich Gesunde zu untersuchen, um gegebenenfalls bisher nicht bekannte Krankheitszustände aufzuspüren.

Eine Rechtsgrundlage wurde auch dafür geschaffen, daß Abkommen über Aufbau und Führung der **Dokumentation des österreichischen Sozialversicherungsrechts** mit den Betreibern anderer Dokumentationssysteme geschlossen und dadurch Kosten eingespart werden können. Ferner ist vorgesehen, daß der **kostenlose Zutritt zur SOZDOK** auch den Gerichten und anderen Stellen der Gebietskörperschaften unter der Bedingung zugestanden wird, daß auch die von diesen Stellen betriebenen Rechtsdatenbanken der Sozialversicherung kostenlos zugänglich gemacht werden.

Zum Thema **Datenschutz** ist zunächst festzuhalten, daß der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger nicht nur seine in § 31 Abs. 3 Z 14 und Z 15 ASVG geregelten Aufgaben wahrzunehmen hat, sondern auch in anderen Zusammenhängen als datenschutzrechtlicher Dienstleister für die Sozialversicherungsträger tätig ist (z. B. bei der Führung einer Vertragspartnerdatenbank). § 31 Abs. 9 ASVG wurde daher auch unter Berücksichtigung zwischenzeitlich erfolgter Änderungen des Datenschutzrechtes terminologisch angepaßt und außerdem allgemeiner gefaßt, um alle datenschutzrechtlich relevanten Tätigkeiten des Hauptverbandes für die Sozialversicherungsträger gesetzlich abzusichern.

Gesetzesänderungen hinsichtlich der **Meldeverpflichtung der Zahlungsempfänger** betrafen zwei Bereiche: Erstens wurde im ASVG eine Meldeverpflichtung Anspruchsberechtigter auf Geldleistungen aus den Versicherungsfällen der Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder der Mutterschaft vorgesehen. Die Bestimmung soll die Versicherungsträger vor allem in die Lage versetzen, beim Leistungsempfänger erforderlichenfalls eine Kontrolle vorzunehmen, bei der die Auswirkungen einer während eines Krankenstandes oder eines Wochengeldbezuges ausgeübten Erwerbstätigkeit auf seinen laufenden Leistungsanspruch gezielt geprüft werden können. Zweitens haben Bezieher einer Pension aus der Pensionsversicherung (mit Ausnahme von Beziehern einer Knappschaftspension, eines Knappschaftssoldes sowie einer Waisenpension) während des Leistungsbezuges bzw. während des Ruhens des Leistungsanspruches jede Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sowie die Höhe des Erwerbseinkommens und jede Änderung der Höhe des Erwerbseinkommens binnen sieben Tagen zu melden, soweit dies für den Fortbestand und das Ausmaß der Bezugsberechtigung maßgebend ist.

## SOZIALVERSICHERUNG

## 49. NOVELLE ASVG

Aufgrund der bisher in Geltung gestandenen Bestimmungen über die **Verjährung von Beiträgen** konnten nur die Beiträge für die ihrer Fälligkeit vorangegangenen zwei Jahre eingefordert werden, obwohl für den Versicherten alle sozialversicherungsrechtlich begründeten Ansprüche aus seiner gesamten Beschäftigungszeit gewahrt bleiben mußten. Zur Beseitigung dieses unbefriedigenden Zustandes wurde nunmehr vorgesehen, daß die Verjährung des Rechtes des Versicherungsträgers auf Feststellung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen solange gehemmt ist, als ein Verfahren in Verwaltungssachen bzw. vor den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts über das Bestehen der Pflichtversicherung oder die Feststellung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen anhängig ist.

Bisher hatten die Pensionsversicherungsträger hinsichtlich der **Umbauten von Gebäuden**, die deshalb nicht genehmigungspflichtig sind, weil damit keine Änderung des Verwendungszweckes verbunden ist, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Kostenaufstellung bekanntzugeben. Aufgrund dieser setzte der Bundesminister für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen einen Finanzierungsrahmen fest. Um den mit dieser Vorgangsweise verbundenen großen administrativen Aufwand zu vermeiden, wurde vorgesehen, den in Betracht kommenden Pensionsversicherungsträgern, unabhängig vom jeweiligen tatsächlichen Finanzierungsbedarf, für jedes Geschäftsjahr einen fixen Betrag als Zuschuß für die gegenständlichen Investitionen, zu gewähren.

Nach der bisher bestandenen Rechtslage war der **Verfall von Leistungsansprüchen infolge Zeltablaufes** nicht durchwegs eindeutig geregelt. Um Rechtsunsicherheiten zu vermeiden, wurde nunmehr die folgende Regelung getroffen:

Der Anspruch auf Leistungen aus der Krankenversicherung, mit Ausnahme eines Anspruches auf Kostenerstattung (Kostenersatz) oder auf einen Kostenzuschuß, ist vom Anspruchsberechtigten bei sonstigem Verlust binnen zwei Jahren nach seinem Entstehen, bei nachträglicher Feststellung der Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung binnen zwei Jahren nach Rechtskraft dieser Feststellung, geltend zu machen.

Der **Anspruch auf Kostenerstattung** (Kostenersatz) oder auf einen **Kostenzuschuß** ist vom Anspruchsberechtigten bei sonstigen Verlust binnen 42 Monaten nach Inanspruchnahme der Leistung geltend zu machen. Bei nachträglicher Feststellung der Versicherungspflicht oder der Versicherungsberechtigung verfällt der Anspruch frühestens nach Ablauf von zwei Jahren nach Rechtskraft dieser Feststellung.

Der Anspruch auf bereits fällig gewordene Raten zuerkannter Renten (Pensionen) aus der Unfall- und Pensionsversicherung verfällt nach Ablauf eines Jahres seit der Fälligkeit.

Durch den **Ausschluß der aufschiebenden Wirkung einer Beschwerde gegen einen Bescheid über die Enthebung eines Versicherungsvertreters** soll sichergestellt werden, daß

**SOZIALVERSICHERUNG****49. NOVELLE ASVG**

die entsendungsberechtigten Stellen auch im Falle der Einbringung einer Beschwerde gegen die Enthebung eines Versicherungsvertreters von ihrem Entsendungsrecht so bald wie möglich Gebrauch machen können. Darüber hinaus wurde klargestellt, daß die nachträgliche Aufhebung eines solchen Enthebungsbescheides nicht zurückwirkt, sodaß alle vor dieser Aufhebung gesetzten rechtserheblichen Handlungen des (einstweiligen) Nachfolgers des enthobenen Versicherungsvertreters rechtswirksam bleiben.

Für Träger der Krankenversicherung, deren Sprengel sich nicht über mehr als ein Land erstreckt, war bisher im Gesetz vorgesehen, daß der zuständige **Landeshauptmann unmittelbare Aufsichtsbehörde** ist, **wenn der Versichertenstand 300. 000 nicht übersteigt**; diese Grenze wurde auf **400. 000 Versicherte** erhöht.

Klarestellt wurde, daß sämtliche **Leistungen der Krankenanstalten**, mit Ausnahme der im § 27 Abs. 2 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957, angeführten Leistungen mit den vom Versicherungsträger gezahlten Pflegegebührenersätzen, mit den im § 27a des Krankenanstaltengesetzes vorgesehenen Kostenbeiträgen, bei Angehörigen des Versicherten auch mit dem Kostenbeitrag nach § 148 Z 2 ASVG, und mit den Beiträgen der Krankenversicherungsträger zum Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds abgegolten sind.

In der gesetzlichen Krankenversicherung wurde vorgesehen, daß **Leistungen aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft** beim Vorliegen entsprechender Vorversicherungszeiten (siehe hiezu den Gesetzeswortlaut) auch dann zu gewähren sind, wenn der Versicherungsfall nach dem Ende der Pflichtversicherung eintritt und der Beginn der 32. Woche vor dem Eintritt des Versicherungsfalles während des Bestandes der beendeten Pflichtversicherung liegt. Diese Regelung gilt jedoch nur dann, wenn die Pflichtversicherung nicht aufgrund einer Kündigung durch die Dienstnehmerin oder einer einvernehmlichen Lösung des Dienstverhältnisses geendet hat. Durch diese Gesetzesänderung soll sichergestellt werden, daß der Anspruch auf Leistungen aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft beim Vorliegen entsprechender Vorversicherungszeiten unabhängig davon besteht, wann die Pflichtversicherung geendet hat, sofern die Schwangerschaft während des Bestandes der Pflichtversicherung eingetreten ist. Diese Regelung wurde allerdings nicht durch die 49. Novelle zum ASVG eingeführt, sondern parallel dazu durch das Karenzurlaubserweiterungsgesetz, BGBl. Nr. 408/1990; sie wird lediglich wegen des gegebenen Zusammenhanges und des gleichen Wirksamkeitsdatums bereits an dieser Stelle besprochen und im folgenden Text noch einmal erwähnt.

Wird in der Unfall- oder Pensionsversicherung für ein doppelt verwaistes Kind ein **Antrag auf Waisenrente** nach einem Elternteil gestellt, so gilt dieser Antrag in Hinkunft gleichzeitig als Antrag auf Waisenrente bzw. Waisenpension nach beiden Elternteilen.

Das Höchstausmaß der **Integritätsabgeltung in der Unfallversicherung** orientiert sich an der jeweiligen Höchstbemessungsgrundlage in der Unfallversicherung zum Zeitpunkt des Eintrittes



## SOZIALVERSICHERUNG

## 49. NOVELLE ASVG

des Versicherungsfalles. Da die Möglichkeit besteht, daß eine Integritätsabgeltung erst nach einem längeren Zeitraum nach Eintritt des Versicherungsfalles festgestellt werden kann, wurde für diese Fälle eine Anpassung des Höchstbetrages für diese Integritätsabgeltung vorgesehen. Die näheren Bestimmungen hinsichtlich der Integritätsabgeltung sind in vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Überwachungsausschuß des Versicherungsträgers zu erlassenden Richtlinien zu regeln, die der Zustimmung des Bundesministers für Arbeit und Soziales bedürfen.

Mit Wirksamkeit ab 1. Juli 1990 wurden die Renten aus der Unfallversicherung, die nach festen Beträgen zu bemessen sind, um 1 v. H. erhöht. Für andere **Renten aus der Unfallversicherung** wurde diese Erhöhung dann vorgenommen, wenn der Versicherungsfall vor dem 1. Juli 1988 eingetreten ist. Ist der Versicherungsfall nach dem 30. Juni 1988, aber vor dem 1. Jänner 1989 eingetreten, so war die Rente um 0,5 v. H. zu erhöhen. Als Abgeltung der Erhöhung für das erste Halbjahr 1990 sind außerordentliche Sonderzahlungen vorgesehen. Zu den nach festen Beträgen bemessenen Renten aus der Unfallversicherung, die im Monat Juli bezogen wurden und bei denen der Versicherungsfall vor dem 1. Jänner 1990 eingetreten ist, gebührte eine außerordentliche Sonderzahlung in der Höhe von 7 v. H. der für den Monat Juni ausgezahlten Rente einschließlich der Zuschüsse. Hinsichtlich der im Monat Juli bezogenen Renten, die nicht nach festen Beträgen bemessen sind, und bei denen der Versicherungsfall vor dem 1. Jänner 1989 eingetreten ist, gilt folgendes: Die außerordentliche Sonderzahlung gebührte, wenn der Versicherungsfall vor dem 1. Juli 1988 eingetreten ist, in der Höhe von 7 v. H., wenn der Versicherungsfall nach dem 30. Juni 1988, aber vor dem 1. Jänner 1989 eingetreten ist, in der Höhe von 3,5 v. H. der für den Monat Juni ausgezahlten Rente einschließlich der Zuschüsse.

Um Härtefälle aufgrund des in der Pensionsversicherung herrschenden Antragsprinzips zu vermeiden, wurde die in § 86 ASVG vorgesehene **Antragsfrist für Waisenpensionen** von 6 Monaten nunmehr auch um die Dauer des Verfahrens zur Bestellung eines Vormunds **verlängert**. Wird für ein doppelt verwaistes Kind eine Waisenpension beantragt, so erlangt dieser Antrag auch für den Anspruch nach beiden Elternteilen Rechtswirksamkeit und gilt für alle Sozialversicherungsträger und zwar auch dann, wenn der Versicherungsfall vor dem 1. 7. 1990 eingetreten ist.

**Für die Pensionsanpassung wird künftig** nicht mehr die zwei Jahre zurückliegende Lohn- und Gehaltsentwicklung, sondern **die aktuelle Entwicklung maßgebend sein**. Diese Bestimmungen sind erstmalig für die Festsetzung des Anpassungsfaktors für das Jahr 1991 anzuwenden.

Rückwirkend ab 1. Jänner 1988 gelten Zeiten, während derer das Arbeitslosengeld ausschließlich wegen der Gewährung von Urlaubsentschädigung oder Urlaubsabfindung ruht, als **Ersatzzeiten**.

**Beiträge zur Selbstversicherung** in der Pensionsversicherung **für Zeiten der Pflege eines behinderten Kindes** gelten nunmehr auch dann als rechtswirksam entrichtet, wenn sie nach dem Stichtag entrichtet worden sind.

**SOZIALVERSICHERUNG****49. NOVELLE ASVG**

Durch die schrittweise verfügte Leistungsunwirksamkeit von Ersatzzeiten können **Beitragszeiten der Weiterversicherung**, die sich mit Schul- bzw. Hochschulzeiten zeitlich decken, infolge der Bestimmungen über die Rangfolge von Versicherungszeiten nicht zur Ermittlung des Steigerungsbetrages herangezogen werden.

Rückwirkend mit 1. Jänner 1988 gilt für die **Ermittlung des Steigerungsbetrages** daher folgende Reihenfolge:

- Beitragszeit der Pflichtversicherung
- leistungswirksame Ersatzzeit
- Beitragszeit der freiwilligen Versicherung und
- leistungsunwirksame Ersatzzeit.

Für **männliche Versicherte, die nach Vollendung des 50. Lebensjahres**, und für **weibliche Versicherte, die nach Vollendung des 45. Lebensjahres** aus einem Dienstverhältnis ausscheiden und ein anderes Dienstverhältnis erstmalig mit einer geringeren Entlohnung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit, die die Pflichtversicherung nach dem GSVG bzw. nach dem BSVG begründet, mit geringeren Einkünften aufnehmen, tritt, wenn es für sie günstiger ist, **anstelle der Bemessungsgrundlage zum Stichtag die Bemessungsgrundlage gemäß § 238a ASVG**. Bemessungszeitpunkt für diese Bemessungsgrundlage ist der erste Jänner des Jahres, in dem der (die) Versicherte aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden ist. Dies gilt allerdings nur in jenen Versicherungsfällen, in denen der Stichtag nach dem 30. Juni 1990 liegt.

Bei der Beurteilung der Voraussetzungen für den **Anspruch auf eine Ausgleichszulage** waren der Ermittlung des Nettoeinkommens aus einem land(forst)wirtschaftlichen Betrieb **bisher 85 v. H. des Versicherungswertes** (§ 12 des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes) zugrunde zu legen. Durch die gegenständliche Novelle wurde diese Meßgröße **auf 70 v. H. des Versicherungswertes reduziert**. Wurde die Bewirtschaftung eines land(forst)wirtschaftlichen Betriebes aufgegeben, der Betrieb übergeben, verpachtet oder auf andere Weise jemanden zur Bewirtschaftung überlassen, so gilt ab 1. Jänner 1990 als monatliches Einkommen für Personen, die mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben, bei einem Einheitswert von 77. 000 S und darüber sowie bei alleinstehenden Personen bei einem Einheitswert von 54. 000 S und darüber ein Betrag von 35 v. H. des jeweils in Betracht kommenden Ausgleichszulagenrichtsatzes (§ 293 ASVG).

Im Rahmen der **sozialen Maßnahmen der Rehabilitation** können Mittel der Pensionsversicherung nunmehr auch zur **Förderung und Unterstützung von gemeinnützigen Einrichtungen**, die die Forderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Sozialversicherten zum Ziele haben, mit der Maßgabe verwendet werden, daß die Träger der Pensionsversicherung für diese Zwecke in jedem Geschäftsjahr bis zu 0,005 v. T. der Erträge an Versicherungsbeiträgen aufwenden können.

**SOZIALVERSICHERUNG****17. NOVELLE GSVG**

Alle **Pensionen**, für die der Stichtag vor dem 1. Jänner 1990 liegt, wurden ab 1. Juli 1990 **mit dem 1,010fachen vervielfacht**. Ebenso wurden Hinterbliebenenpensionen erhöht, für die der Stichtag in der Zeit vom Jänner bis Juli 1990 liegt, wenn sie von der Pension bemessen wurden, auf die ein verstorbener Pensionist Anspruch hatte und der Stichtag vor dem 1. Jänner 1990 gelegen ist.

Zu allen Pensionen, für die der Stichtag vor dem 1. Jänner 1990 liegt, zu Hinterbliebenenpensionen auch dann, wenn der Stichtag in der Zeit vom Jänner bis Juli 1990 liegt und wenn diese Pensionen von der Pension des (der) Verstorbenen bemessen wurde, auf die der (die) Verstorbene Anspruch hatte, gebührte eine **außerordentliche Sonderzahlung** in der Höhe von 7% der für den Monat Juni ausgezahlten Pension einschließlich der Zuschüsse und der Ausgleichszulage.

**Feste Beträge**, mit Ausnahme der Richtsätze für die Ausgleichszulage und des oberen Grenzbetrages für den Hilflosenzuschuß, waren mit dem 1,010fachen zu vervielfachen.

## **2. 17. Novelle zum GSVG**

Das Bundesgesetz vom 17. Mai 1990, BGBl. Nr. 295, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wurde:

Die 17. Novelle zum GSVG **sieht bei bedingter Zurücklegung der Gewerbeberechtigung einen Ausnahmegrund von der Pflichtversicherung** in der Kranken- und Pensionsversicherung vor; bisher war der Ausnahmegrund lediglich hinsichtlich der Pensionsversicherung gegeben. Mit der bedingten Zurücklegung einer Gewerbeberechtigung erfüllt der Pensionswerber auch die besondere Anspruchsvoraussetzung für einen Pensionsanspruch.

Mit der 16. Novelle zum GSVG wurde eine **Verminderung der Beitragsgrundlage um Veräußerungsgewinn und Sanierungsgewinn** vorgesehen, wenn dies der Versicherte bis zum Ablauf des Beitragsjahres beantragt. Die Praxis hat gezeigt, daß die für die Minderung der Beitragsgrundlage maßgeblichen Einkommensteuerbescheide in vielen Fällen erst nach Ablauf des Beitragsjahres zugestellt werden. Aus diesem Grunde sieht die 17. Novelle zum GSVG in diesen Fällen eine entsprechende **Verlängerung der Antragsfrist** bis zum Ablauf des sechsten auf den Eintritt der Rechtskraft des Bescheides folgenden Monatsersten vor.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird analog zu der diesbezüglichen Regelung im ASVG auch der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft als Träger der Pensionsversicherung ab 1. Jänner 1991 für **nicht genehmigungspflichtige Umbauten** pro Geschäftsjahr ein fixer Betrag, unabhängig vom tatsächlichen Finanzierungsbedarf, überwiesen.

**SOZIALVERSICHERUNG****17. NOVELLE GSVG**

Das GSVG legt fest, daß der **Ehegatte bzw. Lebensgefährte**, sofern es sich um eine in § 2 Abs. 1 FSVG angeführte Person bzw. den Bezieher einer Pension nach dem FSVG handelt, **nicht als Angehöriger nach dem GSVG gilt. Diese Ausschlußbestimmung** wurde um jene Ehegatten bzw. Lebensgefährten **erweitert**, deren Pensionsbezug auf eine Erwerbstätigkeit, die die Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung nach dem GSVG als Wirtschaftstreuhand begründet hat, zurückgeht; bei Beziehern einer Hinterbliebenenpension, wenn der Verstorbene Wirtschaftstreuhand war. Eine Übergangsbestimmung sorgt dafür, daß für Pensionsbezieher, die am 30. Juni 1990 als Angehörige einen Leistungsanspruch nach dem GSVG hatten, die Angehörigeneigenschaft weiterhin besteht.

Das GSVG wurde des weiteren dahingehend ergänzt, daß **nicht nur der Ehegatte, sondern auch der Lebensgefährte nicht mehr als beitragsfrei geschützter Angehöriger gilt, wenn er im Ausland eine Erwerbstätigkeit** ausübt, die bei einer Ausübung im Inland, die Pflichtversicherung in einer gesetzlichen Krankenversicherung begründen würde.

**Personen, die von der Pflichtversicherung in der Krankenversicherung nach dem GSVG ausgenommen sind**, weil sie aufgrund einer anderen gesetzlichen Krankenversicherung oder wegen einer Mitgliedschaft zu einer Krankenfürsorgeeinrichtung eines öffentlich-rechtlichen Dienstgebers krankenversichert sind, **können über Antrag die Krankenversicherung nach dem GSVG aufrechterhalten bzw. begründen.** Die Beitragsbemessung zu dieser Krankenversicherung erfolgt von allen Einkunftsarten, die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesen sind. Erreicht die auf diese Weise ermittelte Beitragsgrundlage nicht die Sachleistungsgrenze, so gilt die Sachleistungsgrenze und 1 Schilling als Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung. Eine Beendigung durch Austritt ist nicht vorgesehen. Mit 1. Jänner 1990 wurde im Wege einer gesamtvertraglichen Regelung die **Sachleistungsgrenze von S 150. 000,- auf S 280. 000,- erhöht.** Da dieser exorbitante Anstieg für viele Versicherte zu einer nicht unerheblichen Beitragsbelastung führte, wurde in einer Übergangsbestimmung vorgesehen, daß die betroffenen Personen die Möglichkeit haben, die zusätzliche Krankenversicherung nach dem GSVG bis 31. Dezember 1990 durch Austritt zu beenden.

**Bis 31. Dezember 1986 war die Beitragsgrundlage bei Beginn der Versicherung** und in den folgenden beiden Kalenderjahren **ein fixer Betrag**, der unter der Mindestjahresbeitragsgrundlage lag. Dies führte vereinzelt, wenn diese Beitragsgrundlage in den Pensionsbemessungszeitraum fiel, zu einer reduzierten Bemessungsgrundlage. Die gegenständliche **Novelle sieht vor, daß Versicherte, die aufgrund dieser Regelung Pensionseinbußen hinnehmen mußten**, über Antrag eine **Erhöhung der ursprünglichen Neuzugangsbeitragsgrundlage** entsprechend den damals tatsächlich laut Einkommensteuerbescheid erzielten Einkünfte erwirken können.

Schließlich wird durch eine Reihe weiterer Bestimmungen der gegenständlichen Novelle eine **sinngemäße und analoge Übernahme von Regelungen aus der** vorhin besprochenen **49 .**

**Novelle zum ASVG** bewirkt, die im Hinblick auf die Gleichartigkeit der Regelungsbereiche angezeigt war. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Regelung über den Verfall von Leistungsansprüchen infolge Zeitablaufes, die Reduzierung der Anrechnung von Einkünften aus einem land(forst)wirtschaftlichen Betrieb und die außertourliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze sowie die außertourliche Pensionserhöhung und Sonderzahlung mit 1. Juli 1990.

### 3. 15. Novelle zum BSVG

Das Bundesgesetz vom 17. Mai 1990, BGBl. Nr. 296,  
mit dem das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert wurde:

Die 15. Novelle zum BSVG sieht für jene Fälle, in denen ein Versicherungswert nicht ermittelt werden kann, weil von den Finanzbehörden für den land(forst)wirtschaftlichen Betrieb ein Einheitswert des land(forst)wirtschaftlichen Vermögens gemäß den §§ 29 bis 50 des Bewertungsgesetzes nicht festgestellt wird, im wesentlichen eine **Angeleichung an die geänderte Rechtslage bei der Bildung der Beitragsgrundlage an das GSVG** vor. Bei dieser Anpassung wurde darauf Rücksicht genommen, daß im BSVG die Zeiten der Pflichtversicherung in der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung voneinander abweichen können. Maßgeblich sind die Zeiten der Pflichtversicherung in der Unfallversicherung. Die Beträge von Investitionsbegünstigungen, die gewinnerhöhend aufgelöst und schon einmal bei der Ermittlung der Beitragsgrundlage berücksichtigt wurden, sind über Antrag des Versicherten außer Betracht zu lassen. Der Versicherte hat das Recht, den Antrag bis 30. Juni des Kalenderjahres einzubringen, in dem sich die gewinnerhöhende Auflösung der Investitionsrücklage bzw. des Investitionsfreibetrages auf die Beitragsgrundlage auswirkt.

§ 80 Abs. 2 BSVG wurde in der Weise ergänzt, daß **an die Stelle des Versicherten der Ehegatte für die Entrichtung des Selbstbehaltes tritt, wenn die Pension gemäß § 71 Abs. 4 BSVG getrennt ausbezahlt wird** und einer der beiden Ehegatten dies beantragt.

Im Zusammenhang mit der Bestimmung über die Abgeltung der **Leistungen der Krankenanstalten** (§ 91 Z 2 BSVG regelt diese nun analog zum ASVG) wurde auch berücksichtigt, daß das BSVG für den Versicherten eine 20%ige Kostenbeteiligung vorsieht.

Für eine Reihe weiterer Bestimmungen dieser Novelle gilt sinngemäß die vorstehende abschließende Feststellung zur 17. Novelle zum GSVG über die Übernahme von Regelungen aus der 49. Novelle zum ASVG.

## 4. 20. Novelle zum B-KUVG

Das Bundesgesetz vom 17. Mai 1990, BGBl. Nr. 297, mit dem das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert wurde:

Infolge eines Fehlens einer Ausnahmebestimmung im B-KUVG bestand für nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes Pflichtversicherte, wenn sie **Zivildienst** leisteten, im Hinblick auf den § 8 Abs. 1 Z 4 lit. d ASVG eine Doppelversicherung (ASVG und B-KUVG) in der Kranken- und Unfallversicherung. Der gegenständliche Personenkreis wurde daher von der Pflichtversicherung in der Kranken- und Unfallversicherung nach dem B-KUVG ausgenommen.

Bisher galt der schuldlos geschiedene Ehegatte als Angehöriger, wenn die sonstigen Voraussetzungen einer Angehörigeneigenschaft erfüllt waren. **Bei einer einvernehmlichen Scheidung** gibt es nun aber zwar keinen Verschuldensauspruch, **die Ehepartner müssen jedoch eine Vereinbarung über die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen treffen.** Dieser Rechtslage wird nun dadurch Rechnung getragen, daß die Angehörigeneigenschaft nicht mehr an den Verschuldensauspruch anknüpft, sondern an die Unterhaltsberechtigung gegenüber dem früheren Ehegatten. Die Angehörigeneigenschaft bleibt solange aufrecht, als Unterhalt zu leisten ist; auf das Ausmaß des zu leistenden Unterhaltes wird nicht abgestellt. Der Ehescheidung wird eine Nichtigerklärung oder Aufhebung gleichgestellt.

Eine Reihe weiterer Bestimmungen der Novelle dient der Übertragung von Regelungen der 49. Novelle zum ASVG in den gegenständlichen Rechtsbereich; zu nennen sind hier insbesondere der Verfall von Leistungsansprüchen infolge Zeitablaufes und die Abgeltung der Leistungen der Krankenanstalten.

## 5. Änderung des ASVG durch Einrichtung eines Pensionskassen- und Betriebspensionsgesetzes

Das Bundesgesetz vom 17. Mai 1990, BGBl. Nr. 282, mit dem betriebliche Leistungszusagen gesichert (Betriebspensionsgesetz – BPG) und (unter anderen) das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wurde:

Nach dem Wortlaut des § 1 Abs. 1 des Betriebspensionsgesetzes regelt dieses Gesetz die Sicherung von Leistungen und Anwartschaften aus Zusagen zur die gesetzliche Pensionsversicherung ergänzenden Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung (Leistungszusagen), die dem Arbeitnehmer im Rahmen eines privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses vom Arbeitgeber gemacht werden. Durch dieses Gesetz wurde das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz dahingehend geändert, daß **Beiträge nicht als Entgelt im sozialversicherungsrechtlichen Sinn (§ 49 ASVG) gelten, die der Dienstgeber für seine Dienstnehmer im Sinne des § 2 Z 1 des**

**SOZIALVERSICHERUNG****KARENZURLAUBSERWEITERUNGSGESETZ**

**Betriebspensionsgesetzes leistet**, soweit diese Beiträge nach § 4 Abs. 4 Z 2 lit. a bzw. § 26 Z 7 des Einkommensteuergesetzes 1988 nicht der Einkommen(Lohn)steuerpflicht unterliegen. Erläuternd dazu wird bemerkt, daß es sich bei den Beiträgen im Sinne des § 2 Z 1 BPG um solche handelt, die vom Arbeitgeber an eine Pensionskasse zugunsten des Arbeitnehmers und seiner Hinterbliebenen zu zahlen sind.

## **6. Karenzurlaubserweiterungsgesetz**

Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1990, BGBl. Nr. 408, mit dem das Eltern-Karenzurlaubsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Betriebshilfegesetz und eine Reihe von anderen Vorschriften geändert sowie eine Regelung über die Wiedereinstellungsbeihilfe geschaffen wurde:

Durch dieses Gesetz wurden die **Schutzfristbestimmungen des ASVG** dahingehend **ergänzt**, daß die Leistungen aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft auch zu gewähren sind, wenn der Versicherungsfall nach dem Ende der Pflichtversicherung eintritt und der Beginn der 32. Woche vor dem Eintritt des Versicherungsfalles während des Bestandes der beendeten Pflichtversicherung, die mindestens 13 Wochen bzw. 3 Kalendermonate ununterbrochen gedauert haben muß, liegt. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Pflichtversicherung aufgrund einer Kündigung durch die Dienstnehmerin oder einer einvernehmlichen Lösung des Dienstverhältnisses geendet hat. Die Voraussetzung von mindestens 13 Wochen bzw. drei Kalendermonaten entfällt, wenn die Versicherte in den letzten 36 Monaten vor dem Ausscheiden aus der Pflichtversicherung mindestens 12 Monate in der Krankenversicherung nach dem ASVG oder einem anderen Bundesgesetz pflichtversichert war. Tritt in der Zeit zwischen dem Ende der Pflichtversicherung und dem Eintritt des Versicherungsfalles oder danach während der Zeit, für die Anspruch auf Leistungen aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft besteht, der Versicherungsfall der Krankheit ein, gebühren die Leistungen aus diesem Versicherungsfall.

Als **Ersatzzeiten** aus der Zeit nach dem 31. Dezember 1955 gelten in dem Zweig der Pensionsversicherung, in dem die letzte vorangegangene Versicherungszeit bzw. beim Fehlen einer solchen, in dem die erste nachfolgende Versicherungszeit vorliegt, bei einer weiblichen Versicherten höchstens die nach der frühestens am 1. Jänner 1971 erfolgten Entbindung nach einem lebend geborenen Kind liegenden zwölf Kalendermonate oder nach der frühestens am 1. Juli 1990 erfolgten Entbindung nach einem lebend geborenen Kind liegenden 24 Kalendermonate.

Ab 1. Juli 1990 **gebührt im Anschluß an Betriebshilfe** (Wochengeld) nach dem Betriebshilfegesetz, BGBl. Nr. 359/1982, **Teilzeitbeihilfe**. Anspruch auf "Teilzeitbeihilfe" haben Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind und zum Kreis der Anspruchsberechtigten auf Betriebshilfe (Wochengeld) nach dem BHG zählen. Diese Teilzeitbeihilfe (ein Äquivalent zum Karenzurlaubsgeld für unselbständig erwerbstätige Mütter) gebührt, solange die Mutter mit ihrem neugeborenen Kind in Hausgemeinschaft



lebt und das Kind überwiegend selbst pflegt bzw. solange sich das Kind in einer Krankenanstalt in Pflege befindet, längstens für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet vom Tag der Geburt des Kindes an. Ein Recht auf Teilzeitbeihilfe besteht auch bei Annahme eines Wahlkindes. Die Teilzeitbeihilfe beträgt für verheiratete und für nicht alleinstehende Mütter täglich S 78,-, für alleinstehende Mütter täglich S 116,-, wobei diese Werte jährlich ab dem 1. Jänner eines jeden Jahres (erstmalig ab 1. Jänner 1991) mit dem Anpassungsfaktor vervielfacht werden.

Der **Anspruch auf Betriebshilfe** (Wochengeld) und Teilzeitbeihilfe ruht grundsätzlich bei Verbüßung einer Freiheitsstrafe und bei Auslandsaufenthalt. Darüber hinaus ruht der Anspruch auf Teilzeitbeihilfe u. a. auch während eines Dienstverhältnisses, des Bezuges von Karenzurlaubsgeld oder Teilzeitbeihilfe nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, des Bezuges von Kranken- oder Wochengeld des Bezuges von Sonderunterstützung nach den Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes sowie des Bezuges einer Pension aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. der dauernden Erwerbsunfähigkeit.

Das **Wochengeld** nach dem BHG wird – wie bisher – je zur Hälfte durch Beiträge der Pflichtversicherten und aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bestritten. Die Aufwendungen für die Teilzeitbeihilfe werden zur Gänze aus dem Familienlastenausgleichsfonds gedeckt.

## **7. Änderung des Bezügegesetzes und des B-KUVG**

Das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 731/1990, mit dem das **Bezügegesetz** und das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert wurden:

Das mit 1. Dezember 1990 in Kraft getretene Bundesgesetz normiert, daß für Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, weiters für den Bundespräsidenten, die Mitglieder der Bundesregierung, die Staatssekretäre, den Präsidenten sowie den Vizepräsidenten des Rechnungshofes und die Mitglieder der Volksanwaltschaft, die Versicherung auch nach der Beendigung der die Versicherung begründenden Tätigkeit bis zum Ende des betreffenden Monats dann weiterbestehen bleibt, wenn ihnen oder ihren Hinterbliebenen ab Beginn des folgenden Monats aufgrund dieser Tätigkeit Ruhe- oder Versorgungsbezüge gebühren.

## 8. Sozialrechts-Änderungsgesetz 1990

Das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 741/1990, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz und andere Gesetze geändert wurden:

Der Nationalrat hat in seiner Sitzung vom 22. November 1990 Änderungen im Sozialversicherungsrecht beschlossen, die größtenteils mit 1. Jänner 1991 in Kraft getreten sind. Diese Änderungen gehen auf einen Initiativantrag zurück und wurden daher nicht expressis verbis als Novellen bezeichnet.

**Schwerpunkte der Gesetzesänderungen** sind, wie schon teilweise einleitend bemerkt wurde:

Die Festsetzung des für die **Renten- bzw. Pensionsanpassung** maßgeblichen Anpassungsfaktors für das Jahr 1991 mit 1,050 – und somit Erhöhung der Renten und Pensionen im Jahre 1991 um 5%, die **außerordentliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze** im Jahre 1991 über das Ausmaß der Pensionsanpassung, der **Zuschuß zu den Energiekosten** (Paralleländerung zur Änderung der Sozialversicherungsgesetze) und notwendige Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit dem **Erwerbsgesellschaftengesetz (EGG)**. Mit dem EGG wurde eine neue Gesellschaftsform für Personengesellschaften geschaffen, die die Vorteile der OHG und der KG auch Nicht-Vollkaufleuten eröffnet.

Da die offene Erwerbsgesellschaft hinsichtlich der sozialversicherungsrechtlichen Fragen mit der offenen Handelsgesellschaft bzw. die Kommandit-Erwerbsgesellschaft hinsichtlich der sozialversicherungsrechtlichen Fragen mit der Kommanditgesellschaft vergleichbar ist, wurden die für die offene Handelsgesellschaft bzw. für die Kommanditgesellschaft geltenden Regelungen auch für die Erwerbsgesellschaften vorgesehen.

Die **Gesellschafter einer offenen Erwerbsgesellschaft** sowie die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommandit-Erwerbsgesellschaft **unterliegen der Pflichtversicherung in der Unfallversicherung nach dem ASVG**, sofern diese Gesellschaften Mitglieder einer Kammer der gewerblichen Wirtschaft sind (die Kranken- und Pensionsversicherung dieses Personenkreises ist im GSVG geregelt).

Es wurde klargestellt, daß die zur Vertretung einer Erwerbsgesellschaft berufenen Personen im Rahmen ihrer Vertretungsmacht neben dem durch sie vertretenen Beitragsschuldner für die von diesem zu entrichtenden Sozialversicherungsbeiträge insoweit haften, als die Beiträge infolge schuldhafter Verletzung der den Vertretern auferlegten Pflichten nicht eingebracht werden können.

Wenn eine Erwerbsgesellschaft als Dienstgeber Sozialversicherungsbeiträge eines Dienstneh-

**SOZIALVERSICHERUNG****SOZIALRECHTS-ÄNDERUNGSGESETZ 1990**

mers einbehält oder von diesem übernimmt und dem berechtigten Versicherungsträger vor-enthält, können alle zu deren Vertretung befugten natürlichen Personen bzw. Organmitglieder oder Organe bestraft werden.

Das **"Haftungsprivileg" des Dienstgebers** bei Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten kommt auch der Erwerbsgesellschaft als Dienstgeber zugute; auch für sie bzw. die Mitglieder ihrer geschäftsführenden Organe oder persönlich haftenden Gesellschafter gelten also die Bestimmungen des § 333 ASVG über die Einschränkung der Schadenersatzpflicht des Dienstgebers gegenüber dem Dienstnehmer bei Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten) und des § 334 ASVG über die Haftung des Dienstgebers bei Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten) gegenüber den Trägern der Sozialversicherung.

Abweichend von den gesetzlichen Bestimmungen für die Ermittlung der **Aufwertungszahl** und des **Anpassungsfaktors** wurden diese Werte für das Jahr 1991 gesetzlich wie folgt festgelegt:

Aufwertungszahl 1991: 1,043

Anpassungsfaktor 1991: 1,050.

Die **Richtsätze für Ausgleichszulagen** wurden für die Zeit ab dem 1. Jänner 1991 **über das Ausmaß der normalen Anpassung (5%) hinaus erhöht**.

Personen, die im Dezember 1990 Anspruch auf Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Bevorschussung von Leistungen aus der Pensionsversicherung oder Sondernotstandshilfe für Mütter oder auf Sonderunterstützung haben, gebührte in diesem Monat unter bestimmten Voraussetzungen eine **Abgeltung für Erhöhungen der Energiekosten im Ausmaß von S 1.000,-**. Jenen Personen, für die ein Anspruch auf diese Abgeltung nicht besteht und die im Monat Jänner 1991 eine Ausgleichszulage zu einer Pension aus der Pensionsversicherung nach dem ASVG, dem GSVG oder dem BSVG bezogen, gebührte in diesem Monat zur Pension ein **Zuschuß zu den Engerglekosten** im Ausmaß von 1.000 Schilling.

Eine kleine Gruppe von Pensionisten (Fälle, in denen eine Invaliditäts(Berufsunfähigkeits)pension, ein Sondergeld oder eine Sonderunterstützung im 1. Halbjahr 1990 in eine Alterspension umgewandelt wurde), hatte zwar einen Stichtag im Jahre 1990, die Pensionshöhe basierte jedoch auf den Grundlagen aus der Zeit vor dem 1. Jänner 1990. Das Sozialrechts-Änderungsgesetz 1990 sieht vor, daß auch diese Gruppe von Pensionisten in den Genuß der 1%igen Pensionserhöhung ab 1. Juli 1990 und der außertourlichen Sonderzahlung kommt.

Fällt eine Pension innerhalb von fünf Jahren nach Wegfall einer anderen Pension an, so tritt anstelle der Bemessungsgrundlage zum Stichtag oder der Bemessungsgrundlage bei Vollen- dung des 50. Lebensjahres für die Bemessung des bis zum Bemessungszeitpunkt der wegge- fallenen Leistung erworbenen Steigerungsbetrages die Bemessungsgrundlage, von der diese

## SOZIALVERSICHERUNG

## SOZIALRECHTS-ÄNDERUNGSGESETZ 1990

---

Leistung zu bemessen war. Hat ein Leistungswerber nach dem Bemessungszeitpunkt der weggefallenen Leistung mindestens 36 Beitragsmonate der Pflichtversicherung erworben, gilt diese Regelung nur dann, wenn es für den Leistungswerber günstiger ist. Diese Bemessungsgrundlage aus einem früheren Versicherungsfall ist mit jenem Anpassungsfaktor zu vervielfachen, der auf die entzogene oder erloschene Pension im Falle ihrer Weitergewährung anzuwenden gewesen wäre.

Das Sozialrechts-Änderungsgesetz 1990 sieht vor, daß für diese Anpassung für das Jahr 1990 als Anpassungsfaktor das Produkt der Faktoren 1,03 und 1,01 (= 1,0403) heranzuziehen ist.

Diese Neuregelung tritt rückwirkend mit 1. Juli 1990 in Kraft.

Sofern Erwerbsgesellschaften Mitglieder der Kammern der gewerblichen Wirtschaft sind, werden die **Gesellschafter einer offenen Erwerbsgesellschaft und die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommandit-Erwerbsgesellschaft** ab 1. Jänner 1991 **in die Pflichtversicherung** in der Kranken- und Pensionsversicherung nach dem GSVG **einbezogen**. Unfallversichert ist dieser Personenkreis analog den Gesellschaftern von OHG bzw. KG nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz.

Durch die Ausdehnung des Versichertenkreises im § 2 Abs. 1 Z. 2 GSVG wird klargestellt, daß die für Gesellschafter einer OHG bzw. KG geltenden Rechtsvorschriften des GSVG über Beginn und Ende der Pflichtversicherung, der Beitragspflicht sowie über die Erfüllung der besonderen Pensionsanspruchsvoraussetzungen auch für Gesellschafter einer OEG bzw. KEG voll zum Tragen kommen.

Im Hinblick auf die Erweiterung des Versichertenkreises um die persönlich haftenden Gesellschafter einer Erwerbsgesellschaft war es auch notwendig, die Haftungs- und Strafbestimmungen im BSVG analog dem ASVG zu ergänzen.

Bezüglich der außertourlichen Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze, der nachträglichen Pensionserhöhung und der Gewährung eines Heizkostenzuschusses gelten für den Anwendungsbereich des BSVG die vorstehenden entsprechenden Ausführungen zum ASVG sinngemäß.

## **9. Die Einführung der „unabhängigen Verwaltungssenate“ und die dadurch bedingte Änderung des ASVG**

Das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 24/1991, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Richterdienstgesetz, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, die Bundesforste-Dienstordnung 1986, das Pensionsgesetz 1965, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 aus Anlaß der Einrichtung von unabhängigen Verwaltungssenaten geändert wurden:

Durch dieses Gesetz wurden für den Bereich des ASVG und des AIVG 1977 nach Maßgabe der diesbezüglichen Erfordernisse der sozialversicherungsrechtliche Schutz und die daraus ableitbaren **Ansprüche der Mitglieder von unabhängigen Verwaltungssenaten** unter Bedachtnahme auf ihren dienst(besoldungs)rechtlichen Status geregelt.

## **10. Änderung des Bundesgesetzes über die Errichtung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (KRAZAF)**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 70/1991, Bundesgesetz, BGBl. Nr. 234/1991 mit denen das Bundesgesetz über die Errichtung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, BGBl. Nr. 281/1988, das Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Notarversicherungsgesetz 1972, das Betriebshilfegesetz und das Entgeltfortzahlungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert sowie die finanzielle Beteiligung der Träger der sozialen Krankenversicherung am Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds geregelt wurde:

Durch diese Gesetze wurde dem aktuellen Stand der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die **Krankenanstaltenfinanzierung** Rechnung getragen und u. a. der **Beitrag der gesetzlichen Sozialversicherung** zu dieser Finanzierung festgelegt.

## **11. Sozialrechts-Änderungsgesetz 1991**

Das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 157/1991, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Freiberufliche Sozialversicherungsgesetz und eine Reihe von anderen Vorschriften geändert wurden:

**SOZIALVERSICHERUNG****SOZIALRECHTS-ÄNDERUNGSGESETZ 1991**

Anlaß für die Gesetzesänderungen war in erster Linie die **Aufhebung der Ruhensbestimmungen** durch den Verfassungsgerichtshof (Erkenntnis vom 15. Dezember 1990), **betreffend die Alterspensionen, die Pensionen bei geminderter Arbeitsfähigkeit und die Witwen(Witwer)pensionen**. Diese Ruhensbestimmungen sahen vor, daß ein Teil der Pension ruhte, wenn der Pensionist eine Erwerbstätigkeit ausübte und das Erwerbseinkommen bestimmte Grenzwerte überstieg. Bei den genannten Pensionen mit einem Stichtag vor dem 1. April 1991 wurde das Ruhen ab 1. April 1991 ersatzlos aufgehoben.

In diesem Zusammenhang wurden nunmehr durch das Sozialrechts-Änderungsgesetz die folgenden Begleitmaßnahmen gesetzt:

Eine der Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Alterspension war - von Ausnahmen (z. B. Hausbesorger) abgesehen - bisher, daß am Stichtag weder in der Pensionsversicherung nach dem ASVG noch nach dem GSVG noch nach dem BSVG eine Pflichtversicherung besteht. Diese grundsätzliche Regelung behält das Sozialrechts-Änderungsgesetz 1991 zwar bei, sieht aber als zusätzliche besondere Anspruchsvoraussetzung für Dienstnehmer vor, **daß vom Versicherten innerhalb von 6 Kalendermonaten ab dem Stichtag keine nach dem ASVG die Pflichtversicherung begründende Erwerbstätigkeit bei dem Dienstgeber ausgeübt wird, bei dem sie während der letzten 6 Monate vor dem Stichtag überwiegend ausgeübt worden ist**. Die gleiche Wirkung hat auch eine unselbständige Erwerbstätigkeit bei einem anderen Unternehmen, das sich im wirtschaftlichen Entscheidungsbereich des Dienstgebers befindet oder mit diesem in einer konzernartigen Verbindung steht. Diese zusätzliche besondere Anspruchsvoraussetzung gilt analog auch für vergleichbare Fälle einer auf einer fortgeführten Erwerbstätigkeit beruhenden Pflichtversicherung nach dem GSVG oder dem BSVG.

Wurde somit eine solche Erwerbstätigkeit innerhalb der 6-Monate-Frist aufgenommen, dann ist die Alterspension zu entziehen. Eine solche Entziehung wird mit dem Tag des Beginnes der Erwerbstätigkeit wirksam. Im Anschluß daran ist - unabhängig vom Zeitpunkt der Antragstellung - der Zeitpunkt des Wegfalls der Entziehungsgründe, Stichtag und Zeitpunkt des Pensionsanfalles, wenn er auf einen Monatsersten fällt, sonst der dem Wegfall folgende Monatserste.

Für eine **vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer** war bereits bisher eine Anspruchsvoraussetzung, daß der (die) Versicherte am Stichtag weder selbständig noch unselbständig erwerbstätig sein durfte. Eine Erwerbstätigkeit aufgrund derer ein Erwerbseinkommen bezogen wurde, das die Höhe der jeweils in Betracht kommenden Geringfügigkeitsgrenze nicht überstieg, hatte hiebei unberücksichtigt zu bleiben. Eine solche vorzeitige Alterspension fällt nach bisherigem Recht mit dem Tag weg, an dem der (die) Versicherte eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, aus der ein Einkommen erzielt wird, das den Betrag der Geringfügigkeitsgrenze übersteigt. Endet diese Erwerbstätigkeit, so lebt die Pension auf die dem Träger der Pensionsversicherung erstattete Anzeige über das Ende der Erwerbstätigkeit im früher gewährten

## SOZIALVERSICHERUNG

## SOZIALRECHTS-ÄNDERUNGSGESETZ 1991

Ausmaß mit dem dem Ende der Erwerbstätigkeit folgenden Tag wieder auf. Eine Antragstellung ist nicht erforderlich.

Das Sozialrechts-Änderungsgesetz 1991 sieht nun für besondere Fälle der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit vor, daß die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer zu entziehen ist und daß sie nach dem Ende dieser Erwerbstätigkeit wieder beantragt werden muß. Diese Regelung gilt für jene Arten einer Erwerbstätigkeit, die - nach dem vorhin Gesagten - auch bei Alterspensionen zu einer Entziehung führen würden.

Ist in den Fällen des **Überganges einer vorzeitigen Alterspension** bei langer Versicherungsdauer **in eine Alterspension** ab dem Zeitpunkt, ab dem die vorzeitige Alterspension als Alterspension gebührt, die 6-Monate-Frist für die neuen besonderen Anspruchsvoraussetzungen noch nicht abgelaufen, sind diese Voraussetzungen für die verbleibende Frist auch für die Alterspension bis zum Ablauf von 6 Monaten, gerechnet ab dem Stichtag für die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer, zu erfüllen. Diese neuen Bestimmungen sind nicht anzuwenden, wenn der Stichtag der vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer vor dem 1. April 1991 liegt.

Für den Anspruch auf eine **Invalditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension** wurde für die Zeit nach dem 31. 3. 1991 als neue Anspruchsvoraussetzung eingeführt, daß der (die) Versicherte am Stichtag weder in der Pensionsversicherung nach dem ASVG noch in der Pensionsversicherung nach dem GSVG oder BSVG pflichtversichert sein darf. Es darf auch am Stichtag kein Anspruch auf einen der im § 23 Abs. 2 des Bezugesgesetzes bezeichneten Bezüge bestehen.

Durch das in Rede stehende Gesetz wurde die Möglichkeit eröffnet, die Invalidität auch dann verbindlich feststellen zu lassen, wenn der Antrag auf eine entsprechende Pension abgelehnt werden müßte, weil der Versicherte am Stichtag in der Pensionsversicherung nach dem ASVG, GSVG oder BSVG pflichtversichert ist. Über einen solchen Antrag auf Feststellung der Invalidität haben die Versicherungsträger in einem gesonderten Verfahren zu entscheiden. In diesem Zusammenhang wurde auch der **Katalog der Leistungssachen erweitert**. Als Leistungssache gilt nunmehr auch die Feststellung der Invalidität außerhalb des Leistungsfeststellungsverfahrens. Die diesbezüglichen Bestimmungen gelten entsprechend auch für die Feststellung der Berufsunfähigkeit.

Weiters wurde durch das Sozialrechts-Änderungsgesetz 1991 für Fälle des Aufschubes der Geltendmachung des Alterspensionsanspruches die folgende Besserstellung der Anspruchsberechtigten eingeführt:

Anspruch auf eine **erhöhte Alterspension** besteht, wenn die Alterspension erst nach Erreichung des Anfallsalters in Anspruch genommen wird, die Wartezeit nach den am Stichtag der erhöhten Alterspension in Geltung gestandenen Rechtsvorschriften erfüllt ist und keine Alterspension



## SOZIALVERSICHERUNG

## SOZIALRECHTS-ÄNDERUNGSGESETZ 1991

bezogen wird. Das Gesetz sieht für diese Fälle eine von der Dauer des Pensionsaufschubes abhängende prozentuelle Pensionserhöhung vor. Ist es für den Versicherten günstiger, so gebühren außerdem die auf die Zeit bis zum Beginn des Pensionsaufschubes entfallenden Steigerungsbeträge und der Leistungszuschlag von jener Bemessungsgrundlage, die sich bei Beginn des Pensionsaufschubes nach den am Stichtag der erhöhten Alterspension in Geltung gestandenen Rechtsvorschriften ergeben hätte.

Mit dem Sozialrechts-Änderungsgesetz 1991 wurden **auch die Ruhensbestimmungen im Bereich der Pensionsversicherung der selbständig Erwerbstätigen (GSVG, BSVG) aufgehoben**. Hier ruhten die Alterspensionen, die Erwerbsunfähigkeitspensionen und grundsätzlich die Witwen (Witwer)pensionen zur Gänze, wenn der Pensionsbezieher eine die Pflichtversicherung nach dem GSVG bzw. BSVG begründende Erwerbstätigkeit ausübte. Eine Erwerbstätigkeit außerhalb des Gewerbes bzw. außerhalb der Landwirtschaft führte nicht zu totalem, sondern zu teilweisem (maximal 40%igem) Ruhen. Für Witwen (Witwer), die den Betrieb des verstorbenen Ehegatten fortführen, sahen die Gesetze Sonderbestimmungen (maximales Ruhen 40% der Witwen/Witwerpension) vor. Auch dieses Ruhen wurde mit 1. April 1991 aufgehoben.

Neben der bisher in Geltung stehenden besonderen Anspruchsvoraussetzung für eine Alterspension, daß der Versicherte am Stichtag weder in der Pensionsversicherung nach dem ASVG, GSVG noch BSVG pflichtversichert sein durfte, hat der Gesetzgeber die neu eingeführten zusätzlichen Anspruchsvoraussetzungen des ASVG (sechsmonatige Ausschußfrist) sinngemäß auch auf die Pensionsversicherungen nach dem GSVG und dem BSVG übertragen.

Anspruch auf eine **Erwerbsunfähigkeitspension nach dem GSVG bzw. BSVG** hatte nach alter Rechtslage der (die) Versicherte, wenn neben dem Eintritt des Versicherungsfalles und der Erfüllung der Wartezeit als besondere Anspruchsvoraussetzung am Stichtag keine die Pflichtversicherung nach dem GSVG bzw. BSVG begründende Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde. Der Bezieher einer Erwerbsunfähigkeitspension mußte am Stichtag nur seine selbständige gewerbliche oder landwirtschaftliche Tätigkeit aufgeben, je nachdem, ob er eine Erwerbsunfähigkeitspension nach dem GSVG oder BSVG bezog. Eine gleichzeitig am Stichtag ausgeübte unselbständige oder selbständige Erwerbstätigkeit, die die Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung nach einem anderen Bundesgesetz begründete, verhinderte nicht den Anspruch auf Erwerbsunfähigkeitspension. Mit der Aufhebung der Ruhensbestimmungen wurden auch die **besonderen Anspruchsvoraussetzungen** für eine Erwerbsunfähigkeitspension **analog dem ASVG strenger gefaßt**.

Die neue Rechtslage sieht vor, daß der Versicherte am Stichtag weder in der Pensionsversicherung nach dem ASVG noch nach dem GSVG oder BSVG pflichtversichert sein noch Anspruch auf einen der im § 23 Abs. 2 des Bezügegesetzes bezeichneten Bezüge haben darf. Im Bereich des GSVG ist - wie schon bisher - eine weitere Voraussetzung die Zurücklegung des Gewerbescheines.

Weitere Neuregelungen für die Bereiche des GSVG und des BSVG entsprechen vollinhaltlich

## SOZIALVERSICHERUNG

## VERORDNUNGEN UND KUNDMACHUNGEN

den neuen Bestimmungen des ASVG. Es wird daher auf die diesbezüglichen Ausführungen betreffend

- Entziehung der Alterspension bzw. vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer
- neuer Stichtag nach Entziehung der Alterspension bzw. vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer
- vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer
- Übergang der vorzeitigen Alterspension in die Alterspension hingewiesen.

Übte ein **Pensionsberechtigter nach dem FSVG** eine die Pflichtversicherung begründende freiberufliche Erwerbstätigkeit aus, so ruhte die Pension nicht zur Gänze, sondern nach Maßgabe der Bestimmungen des § 60 GSVG maximal mit 40%.

Analog der Pensionsversicherung nach dem ASVG, GSVG und BSVG wurde dieses Ruhen für Pensionsbezieher nach dem FSVG mit 1. April 1991 aufgehoben.

Anspruch auf **Alterspension nach dem FSVG** besteht bei Erfüllung der allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen (§ 130 Abs. 1 GSVG) und der weiteren Voraussetzung, daß am Stichtag die die Pflichtversicherung nach dem FSVG begründende Erwerbstätigkeit eingestellt sein muß. Nach der bisher bestandenen Rechtslage entfiel diese besondere weitere Anspruchsvoraussetzung bei einem (einer) Versicherten, der (die) das 70. Lebensjahr vollendet hat. Diese Begünstigung wurde mit 1. April 1991 insoferne aufgehoben, als nur mehr für freiberuflich tätige Ärzte eine Sonderregelung vorgesehen ist. Diese müssen die ärztliche Tätigkeit am Stichtag und danach nicht aufgeben, wenn durch die Einstellung der Tätigkeit die ärztliche Versorgung am Niederlassungsort bzw. im Einzugsgebiet gefährdet wäre.

## 12. Verordnungen und Kundmachungen

### Die Feststellung des Ausmaßes fester Beträge im Sozialversicherungsrecht

In der Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales vom 11. Juni 1990, BGBl. Nr. 333/1990,

werden die Beträge, die für die zweite Hälfte des Kalenderjahres 1990 an die Stelle im ASVG, GSVG und BSVG genannter fester Beträge treten, unter Zugrundelegung der Verordnung vom 19. Dezember 1989, BGBl. Nr. 653 neu festgelegt.

## SOZIALVERSICHERUNG

## INTERNATIONALE TÄTIGKEIT

### Ermittlung des Richtwertes für 1991

In der Kundmachung des Bundesministers für Arbeit und Soziales für das Kalenderjahr 1991, BGBl. Nr. 756/1990, wird der aufgrund des § 108d des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes ermittelte Richtwert für das Kalenderjahr 1991 mit 1,029 festgelegt.

### Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge

In der Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, BGBl. Nr. 792/1990, wird das Ausmaß der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz, dem Betriebshilfegesetz und dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1991 neu festgesetzt.

### Aufhebung der Ruhensbestimmungen durch den Verfassungsgerichtshof

Mit der Kundmachung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 15/1991, wird verlautbart, daß § 94 ASVG, der die Ruhensbestimmungen enthielt, als verfassungswidrig aufgehoben wurde. Die Aufhebung ist mit Ablauf des 31. März 1991 in Kraft getreten.

### Aufhebung der Bestimmungen über das unterschiedliche Pensionsanfallsalter durch den Verfassungsgerichtshof

In der Kundmachung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 32/1991, wird die Aufhebung bestimmter Wortfolgen in § 236 Abs. 1 und 2 und in § 253b Abs. 1 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof: (Bestimmungen über das **unterschiedliche Pensionsanfallsalter bei weiblichen und männlichen Versicherten**) mit Ablauf des 30. 11. 1991 verlautbart. In einer weiteren Kundmachung wird die Aufhebung des unterschiedlichen Pensionsalters von Männern und Frauen mit 29. 2. 1992 in der bäuerlichen Sozialversicherung verlautbart.

## 13. Internationale Tätigkeit

Infolge der geänderten politischen Verhältnisse in den **osteuropäischen Staaten** wurden im Frühjahr 1990 die vor Jahren abgebrochenen Verhandlungen über den Abschluß von **Abkommen über Soziale Sicherheit** mit der **CSFR** und **Ungarn** wieder aufgenommen.

Mit den **USA** konnte nach abschließenden Besprechungen am 13. 7. 1990 ein Abkommen im Bereich der Pensionsversicherung unterzeichnet werden. Das am 4. 12. 1989 unterzeichnete Abkommen mit **Tunesien** ist am 1. 3. 1991 in Kraft getreten.

## SOZIALVERSICHERUNG

## INTERNATIONALE TÄTIGKEIT

Darüber hinaus wurden Expertenbesprechungen betreffend Abkommen im Bereich der Sozialen Sicherheit mit **Australien** (nur Pensionsversicherung), **Island**, **Kanada** (betreffend den Quebec Pensionsplan) und **Zypern** neu aufgenommen bzw. fortgesetzt.

Die Bemühungen, insbesondere im Interesse der im Ausland beschäftigten bzw. beschäftigt gewesenen österreichischen Staatsbürger Abkommen über Soziale Sicherheit abzuschließen bzw. bestehende Abkommen der Rechtsentwicklung in den Vertragsstaaten anzupassen, konnten auch im Jahre 1990 erfolgreich fortgesetzt werden. Im einzelnen ist hiezu folgendes zu bemerken:

### Inkrafttreten

Am 1. 1. 1990 ist das Dritte Zusatzabkommen vom 14. 12. 1987 zum Abkommen über Soziale Sicherheit mit der **Schweiz** (BGBl. Nr. 545/1989) sowie die Dritte Zusatzvereinbarung vom 12. 12. 1989 zur Durchführungsvereinbarung zu diesem Abkommen (BGBl. Nr. 48/1990) in Kraft getreten. Das Dritte Zusatzabkommen sieht neben der Berücksichtigung innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Rechtsänderungen in den beiden Staaten insbesondere eine Erstreckung des Unfallversicherungsschutzes auf in Vorarlberg wohnende Kinder vor, die der Schulpflicht in einer schweizerischen Sonderschule nachgehen.

Am 1. 3. 1991 ist das mit **Tunesien** am 4. 12. 1989 geschlossene Abkommen über Soziale Sicherheit (BGBl. Nr. 33/1991) sowie die Durchführungsvereinbarung hiezu vom 10. 12. 1990 (BGBl. Nr. 34/1991) in Kraft getreten. Das Abkommen bezieht sich auf die Krankenversicherung (jedoch nur hinsichtlich der Zuordnung der Pensionsempfänger zur Krankenversicherung des jeweiligen Wohnortstaates), die Unfall- und Pensionsversicherung der unselbständig und der selbständig Erwerbstätigen und die Familienbeihilfe. Es sieht für die Staatsangehörigen der beiden Staaten die Gleichbehandlung, die Gebietsgleichstellung hinsichtlich der Gewährung von Leistungen aus den erwähnten Versicherungszweigen sowie die Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten für den Erwerb von Leistungsansprüchen aus der Pensionsversicherung vor.

Ferner ist am 1. 1. 1990 das Zusatzabkommen vom 13. 12. 1988 zum Abkommen mit der Europäischen Organisation für Kernforschung (**CERN**) im Bereich der Sozialen Sicherheit in Kraft getreten (BGBl. Nr. 592/1989). Das Zusatzabkommen trägt den seit Inkrafttreten des Abkommens im Jahre 1974 in Österreich eingetretenen Rechtsänderungen Rechnung und ermöglicht insbesondere auch den Erwerb von Versicherungszeiten in der österreichischen Pensionsversicherung während der Tätigkeit beim CERN.

### Unterzeichnung

Am 13. 7. 1990 wurde ein **Abkommen über Soziale Sicherheit mit den USA** unterzeichnet. Das Abkommen bezieht sich unter Berücksichtigung der amerikanischen Verfassungslage nur auf den Bereich der Pensionsversicherung und sieht neben der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen insbesondere die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten für den Erwerb von Leistungsansprüchen und die Gebietsgleichstellung hinsichtlich der Gewährung der Leistungen vor.

## SOZIALVERSICHERUNG

## INTERNATIONALE TÄTIGKEIT

### Parlamentarische Behandlung

Neben dem bereits in Kraft getretenen Abkommen über Soziale Sicherheit mit **Tunesien** hat auch das Abkommen mit den **USA** im Herbst 1990 bereits die parlamentarische Genehmigung in Österreich erhalten.

### Verhandlungstätigkeit

Expertenbesprechungen betreffend den Abschluß von Abkommen über Soziale Sicherheit wurde mit **Australien** (nur Pensionsversicherung), **Island**, **Kanada** (betreffend den Quebec Pensionsplan) und **Zypern** sowie mit der **CSFR** und **Ungarn** neu aufgenommen bzw. fortgesetzt. Darüberhinaus wurden Expertenbesprechungen durchgeführt

- mit **Griechenland** betreffend eine Gesamtrevision des Abkommens über Soziale Sicherheit,
- mit den **Niederlanden** betreffend ein Zusatzabkommen zum Abkommen über Soziale Sicherheit,
- mit der **Bundesrepublik Deutschland**, Liechtenstein und der Schweiz betreffend ein Zweites Zusatzübereinkommen zum **Vierseitigen Übereinkommen** im Bereich der Sozialen Sicherheit sowie
- mit der **Bundesrepublik Deutschland** betreffend die Auswirkungen des deutschen Einigungsvertrages.

### Europarat

Die im Rahmen des Leitungskomitees für Soziale Sicherheit ausgearbeitete und am 6. 11. 1990 zur Unterzeichnung aufgelegte (revidierte) Europäische Ordnung der Sozialen Sicherheit wurde am 19. 2. 1991 von Österreich unterzeichnet.

In Zusammenarbeit mit dem Leitungskomitee für Soziale Sicherheit wurde am 26. 10. 1990 in Lissabon ein Kolloquium über die Rolle von Zusatzsystemen in den Sozialsystemen (insbesondere Pensionsversicherung) durchgeführt.

Im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten hat der Europarat auf Einladung des Ressorts vom 3. bis 5. 4. 1991 in Wien ein Seminar für osteuropäische Experten betreffend Koordinierungsinstrumente im Bereich der Sozialen Sicherheit durchgeführt. Vertreter des Ressorts haben auf Einladung des Europarates als Vortragende auch an entsprechenden Seminaren in Budapest (20. bis 22. 11. 1990) und Sofia (17. bis 20. 6. 1991) teilgenommen.

### Europäische Integration

Die Untersuchungen betreffend die sich aus einer Rezeption des EG-Rechtes im Bereich der Sozialen Sicherheit für Österreich ergebenden Auswirkungen wurden unter anderem auch im Rahmen von ersten fact-finding-Gesprächen mit den zuständigen EG-Experten fortgesetzt. Durch den EG-EFTA/Dialog zur Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) erhielten diese Untersuchungen eine neue Dimension, die zur Einsetzung einer gemeinsamen EG-EFTA-Expertengruppe betreffend den Bereich der Sozialen Sicherheit geführt hat.

Auf die beigeschlossene Übersicht betreffend Pensions- und Rentenüberweisungen von Österreich in die Vertragsstaaten bzw. von den Vertragsstaaten nach Österreich wird hingewiesen.

## SOZIALVERSICHERUNG

## INTERNATIONALE TÄTIGKEIT

### Pensions- und Rentenüberweisungen von Österreich in die Vertragsstaaten bzw. von den Vertragsstaaten nach Österreich <sup>1)</sup>

Vertrags- staaten	Fälle XII. 1989.	aus Österreich Gesamtjahres- betrag in öS.	Fälle XII. 1989.	nach Österreich Gesamtjahres- betrag in öS
<b>Zusammen</b>	134. 463	3,263,723. 000	134. 582	3,680,633. 000
<b>Belgien</b>	684	14,146. 000	219	6,838. 000
<b>BRD</b>	81. 291	1,366,296. 000	101. 894	2,931,039. 000
<b>Dänemark 2)</b>	43	3,233. 000	—	—
<b>Finnland</b>	15	722. 000	13	1,707. 000
<b>Frankreich 3)</b>	1. 495	47,319. 000	1. 067	20,224. 000
<b>Griechenland</b>	500	9,418. 000	37	566. 000
<b>Großbritannien.</b>	4. 750	289,067. 000	2. 812	52,037. 000
<b>Irland (ab 1. 12. 89)</b>	20	117. 000	3	240. 000
<b>Israel</b>	4. 491	286,511. 000	74	1,442. 000
<b>Italien</b>	7. 290	96,889. 000	6. 506	216,096. 000
<b>Jugoslawien</b>	23. 534	757,302. 000	1. 459	3,210. 000
<b>Kanada</b>	1. 780	83. 718. 000	328	9,081. 000
<b>Liechtenstein</b>	221	4,876. 000	1. 345	54,014. 000
<b>Luxemburg</b>	45	1,821. 000	46	14,882. 000
<b>Niederlande</b>	633	15,584. 000	1. 175	35,596. 000
<b>Norwegen</b>	24	1,782. 000	24	1,859. 000
<b>Philippinen</b>	5	530. 000	—	—
<b>Portugal</b>	25	1,953. 000	1	12. 000
<b>Schweden</b>	713	25,071. 000	676	25,720. 000
<b>Schweiz</b>	2. 883	102,252. 000	16. 501	305,470. 000
<b>Spanien</b>	335	25,951. 000	388	535. 000
<b>Türkel</b>	3. 686	129,165. 000	14	65. 000

Stand: Juni 1991

1) Daten aus 1989. Für 1990 liegen aus mehreren Vertragsstaaten noch keine Zahlenangaben vor

2) Keine Daten vorhanden

3) Daten aus 1988

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

# ARBEITSMARKTVERWALTUNG UND ARBEITSMARKTPOLITIK 1990

<b>1. Legistische Änderungen .....</b>	<b>213</b>
1.1. Änderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977 .....	213
1.1.1. Sondernotstandshilfe für verheiratete Mütter .....	213
1.1.2. Karenzurlaubsgeld für Väter .....	213
1.1.3. Zwei Jahre Karenzurlaubsgeld .....	213
1.1.4. Leistungsverbesserung für Arbeitslose .....	213
1.2. Dynamisierungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung .....	214
1.3. Änderungen des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes .....	214
1.4. Novelle 1990 zum Ausländerbeschäftigungsgesetz .....	214
<b>2. Statistik und Arbeitsmarktbeobachtung .....</b>	<b>215</b>
<b>3. Arbeitsmarkt- und Berufsforschung .....</b>	<b>217</b>
<b>4. Aktivitäten der aktiven Arbeitsmarktpolitik.....</b>	<b>218</b>
4.1. Organisation der AMV, Personaleinsatz, Personalschulung .....	219
4.2. Leistungsbilanz der AMV .....	221
4.2.1. Ausgaben im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik .....	222
4.2.2. Ausgaben im Rahmen der "passiven" Arbeitsmarktpolitik .....	223
4.3. Aktivitäten zur Verbesserung der Beratung, Information und Vermittlung .....	226
4.3.1. Verbesserung der Informierung und Vermittlung von Rat- und Arbeitssuchenden und Dienstgebern.....	226
4.3.2. Verbesserung der Unterstützung bei der Berufswahl durch die Einrichtung von Berufsinformationszentren (BIZ) und Berufsinformationsstellen (BIST) .....	226
4.3.3. Zusammenarbeit mit den Schulbehörden zur Verbesserung der Unterstützung bei der Berufswahl.....	227
4.4. Verbesserung der Schulungsmaßnahmen .....	228
4.4.1. Anpassung der Bildungsmaßnahmen an den technischen und gesellschaftlichen Wandel .....	228
4.4.2. Optimierung der Qualifikationsplanung.....	229
4.4.3. Förderung der Schulung .....	229



**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****INHALTSVERZEICHNIS**

4.5.	Förderung der Lehrausbildung .....	230
4.6.	Förderung der regionalen Mobilität und des Arbeitsantrittes .....	232
4.7.	Spezielle Maßnahmen für Behinderte .....	233
4.8.	Spezielle Maßnahmen für Frauen .....	234
4.9.	Initiativen für ältere Arbeitnehmerinnen .....	235
4.10.	Initiativen für Asylwerber .....	236
4.11.	Spezifische Instrumente der Arbeitsmarktverwaltung .....	237
4.11.1.	Beratungs- und Betreuungseinrichtungen .....	237
4.11.2.	Aktion 8000 .....	237
4.11.3.	Arbeitsstiftungen und stiftungsähnliche Maßnahmen .....	239
4.12.	Betriebliche Förderungsmaßnahmen .....	240
4.13.	Schlechtwetterentschädigung und produktive Arbeitsplatzförderung .....	242
4.13.1.	Die Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe .....	242
4.13.2.	Beihilfen zur Abgeltung der Wintermehrkosten .....	242
<b>5.</b>	<b>Ausländerbeschäftigung .....</b>	<b>243</b>

# 1. Legistische Änderungen

## 1.1. Änderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977

### 1.1.1. Sondernotstandshilfe für verheiratete Mütter

Seit 1.1.1990 haben einen Anspruch auf **Sondernotstandshilfe auch verheiratete Mütter**, deren Ehegatten kein oder ein geringes Einkommen haben (BGBl. Nr. 649/1989).

### 1.1.2. Karenzurlaubsgeld für Väter

Ab 1.1.1990 gelten folgende Regelungen:

- Anspruch auf **Karenzurlaubsgeld auch für Väter**, wenn die Mutter auf die Inanspruchnahme des Karenzurlaubsgeldes verzichtet oder keinen Anspruch hat
- die sonstigen Bestimmungen für Mütter, die Anwartschaft, Höhe, Beginn, Dauer des Karenzurlaubsgeldes gelten für Väter analog
- der Vater kann das Karenzurlaubsgeld zur Gänze oder abwechselnd mit der Mutter in Anspruch nehmen
- begünstigte Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld nach geteiltem Karenzurlaubsgeldbezug. (Eltern-Karenzurlaubsgesetz, BGBl. Nr. 651/1989, Art. VI)

### 1.1.3. Zwei Jahre Karenzurlaubsgeld

Am 1. 7. 1990 sind folgende Bestimmungen in Kraft getreten:

- **Verlängerung des Karenzurlaubsgeldbezuges** von einem auf zwei Jahre
  - bei **Teilzeitbeschäftigung** im zweiten und/oder dritten Lebensjahr des Kindes vermindert sich das Karenzurlaubsgeld aliquot; es gebührt höchstens in der halben Höhe.
  - **Teilzeitbeihilfe** in der Höhe des halben Karenzurlaubsgeldanspruches bei unselbständig erwerbstätigen Müttern, die zwar Anspruch auf Wochengeld nach ASVG haben, die aber nicht die Anwartschaft im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erfüllen.
  - **Wiedereinstellungsbeihilfe** für den Arbeitgeber, wenn ein Elternteil das Karenzurlaubsgeld bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes in Anspruch nimmt (Antragsmöglichkeit ab 1. 7. 1992).
- (Karenzurlaubserweiterungsgesetz, BGBl. Nr. 408/1990, Art. VIII, XXI und XXII)

### 1.1.4. Leistungsverbesserungen für Arbeitslose

Ab 1. 7. 1990 gelten folgende Verbesserungen:

- **einheitliche Nettoersatzquote von 57,9%** nunmehr in allen Lohnklassen

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****LEGISTISCHE ÄNDERUNGEN**

- **Erhaltung der Bemessungsgrundlage** für Männer ab dem 50., für Frauen ab dem 45. Lebensjahr bei Aufnahme einer niedriger entlohten Beschäftigung. (Eine analoge Regelung wurde auch für die Pensionsversicherung geschaffen.)
- Möglichkeit des Arbeitslosengeldbezuges für invalide bzw. berufsunfähige Personen nach erfolgreicher Rehabilitation
- erleichterte Gewährung von Arbeitslosengeld bei einer nebenberuflichen Hausbesorger-tätigkeit
- Verbesserung beim Pensionsvorschuß des Arbeitsamtes
- Sicherung des Fortbezuges beim Arbeitslosengeld. (BGBl. Nr. 412/1990)

**Nicht realisiert** konnte hingegen ein **Mindeststandard im Bereich der Arbeitslosenversicherung** werden, obwohl rund 60.000 Bezieher mit einem Arbeitslosengeld (Notstandshilfe), das niedriger als der Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende ist, ihre Auslagen finden müssen.

Das Vorhaben konnte aufgrund massiver Einwendungen der Unternehmerseite nicht verwirklicht werden. Die Unternehmerseite hat eine Grundabsicherung in der Arbeitslosenversicherung mit dem Hinweis auf den dadurch entstehenden Lohndruck, der zu höheren Leistungen der Unternehmer an die Arbeitnehmer führen würde, nachdrücklich abgelehnt.

**1.2. Dynamisierungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung**

Mit Wirkung ab 1. Jänner 1991 wurden

- das höchste Arbeitslosengeld von bis dahin S 374,80 auf S 384,70 täglich angehoben
- der Familienzuschlag von S 19,90 auf 20,90 täglich hinaufgesetzt und
- die Freigrenzen bei der Anrechnung von Einkommen auf die Notstandshilfe mit 5,0 % erhöht.

**1.3. Änderungen des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes**

Mit 1. 7. 1990 erfolgten Anpassungen und Anspruchserweiterungen bei der Gewährung von Insolvenz-Ausfallgeld im Zusammenhang mit der völligen Neuordnung des betrieblichen Pensionswesens (Betriebspensionsgesetz, BGBl. Nr. 282/1990, Art. IV).

**1.4. Novelle 1990 zum Ausländerbeschäftigungsgesetz**

Dieses am 1. Oktober 1990 in Kraft getretene Gesetz (nur die Übergangsbestimmung der Z 48, § 32 Abs. 1 trat bereits mit 1. August 1990 in Kraft) enthält insbesondere folgende Neuerungen:

- **Erleichterter Erwerb des Befreiungsscheines** durch Herabsetzung der erforderlichen

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****STATISTIK UND ARBEITSMARKTBEOBACHTUNG**

Beschäftigungszeiten auf fünf Jahre innerhalb der letzten acht Jahre und bei Verlängerung auf zweieinhalb Jahre innerhalb der neuen Geltungsdauer von fünf Jahren

- Einführung einer jeweils zwei Jahre geltenden Arbeitserlaubnis für den Ausländer nach einjähriger Beschäftigung, welche ihm die Arbeitsaufnahme auf einem beliebigen Arbeitsplatz innerhalb des Bundeslandes ermöglicht, in dem er zuvor mit Beschäftigungsbewilligung tätig war; der Arbeitgeber muß lediglich Meldeverpflichtungen erfüllen
- Gesetzliche Verankerung der **Berücksichtigung des Integrationsgrades der Arbeitskräfte** bei der Prüfung der Arbeitsmarktlage
- Erweiterung des Ausnahmekataloges für wissenschaftliche Tätigkeiten, Abkommen mit den europäischen Gemeinschaften und, soweit Gegenseitigkeit besteht, für in Tirol und Vorarlberg tätige Südtiroler und Trientiner
- Vorlage ärztlicher Zeugnisse nur mehr erforderlich, sofern eine Verordnung dies vorsieht
- Unterkunftserklärung nur bei erstmaliger Beschäftigung, gänzlicher Entfall für Grenzgänger
- Im Kontingentverfahren auch bei erstmaliger Beschäftigung keine Prüfung der Arbeitsmarktlage
- Kontingentüberziehungsverfahren beim Arbeitsamt
- **Gesetzliche Obergrenze der Ausländerbeschäftigung** im Ausmaß von 10 % des Arbeitskräftepotentials vorerst für zwei Jahre
- Ausbau der Möglichkeit, durch Verordnung Höchstzahlen für die Beschäftigung von Ausländern festzusetzen
- **Verfahrensbeschleunigungen**
- Vorläufige Beschäftigungsberechtigung bei Nichteinhaltung der Entscheidungsfrist ohne Verschulden des Arbeitgebers
- Ausbau der Kontrollbestimmungen insbesondere gesetzliche Verankerung des Zutrittsrechtes der Kontrollorgane zum Betrieb
- Parteistellung der Landesarbeitsämter im Verwaltungsstrafverfahren
- Verpflichtung zur Bereithaltung des Arbeitsberechtigungs dokumentes
- **Bevorzugte Integration** der seit mindestens 1. April 1990 ununterbrochen in Österreich gemeldeten und aufenthaltsberechtigten Ausländer durch Verzicht auf Prüfung der Arbeitsmarktlage bei Antragstellung auf Beschäftigungsbewilligung bis spätestens 31. Oktober.

## **2. Statistik und Arbeitsmarktbeobachtung**

Entsprechend dem gesetzlichen Auftrag gemäß § 1 Abs.2 AMFG sorgt die Arbeitsmarktverwaltung für die laufende Arbeitsmarktbeobachtung. Ihre Ergebnisse stellen eine der Grundlagen für die Durchführung der Arbeitsmarktpolitik dar.

Im Zuge der Einführung des EDV-unterstützten Arbeitsmarktservices wurde die Statistikerstel-

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****STATISTIK UND ARBEITSMARKTBEOBACHTUNG**

---

- lung und -präsentation in der Arbeitsmarktverwaltung grundlegend geändert und auf einen zeitgemäßen Stand gebracht.
- Mit der **monatlichen Publikation „Arbeitsmarktdaten“** wird ein rascher und umfassender Überblick über die aktuelle Arbeitsmarktlage (Arbeitslose, offene Stellen, Lehrstellensuchende, offene Lehrstellen usw.) geboten.
  - Die Daten für diese Publikation entstammen der statistischen **Datenbank der AMV SAMIS** (=Statistisches Arbeitsmarktinformationssystem). Diese Datenbank enthält eine Vielzahl von Informationen über den Arbeitsmarkt, sachlich und regional differenziert gegliedert.
  - Seit Jänner 1988 wurde die Zählung der **Leistungsbezieher** neu konzipiert und ebenfalls datenbankmäßig organisiert. Seit 1991 ist dieser Bereich in das Datenbanksystem SAMIS integriert.
  - Seit Mitte 1988 ist eine teilweise EDV-Unterstützung der **Statistiken über die Ausländerbeschäftigung** in Betrieb, wodurch eine raschere und umfassendere Information über diesen Teilarbeitsmarkt möglich wurde. Im Zusammenhang mit der Novelle zum AuslBG vom Oktober 1990 wurde es notwendig, die Statistiken über die Ausländerbeschäftigung entsprechend zu adaptieren und zu erweitern.
  - Aufgrund des mit 1. Juli 1988 in Kraft getretenen **Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes** (BGBl. Nr.196/88) wurde die erste diesbezügliche statistische Erhebung per Ende Juli 1989 durchgeführt und ausgewertet. Seither wird diese Erhebung jährlich wiederholt.
  - Die **Publikation „Die Arbeitsmarktlage Im .. Quartal 19..“** wird ab dem ersten Quartal 1989 erstellt. Sie stellt eine Ergänzung zu den monatlich erscheinenden „Arbeitsmarktdaten“ (Tabellensammlung) dar und enthält Analysen über die Arbeitsmarktlage des jeweils abgelaufenen Quartals (einschließlich Tabellen, Graphiken und Karten).
  - Außerdem wurde im Juni 1989 erstmals ein **Jahresbericht über die Arbeitsmarktlage** veröffentlicht. Diese Publikation wird seither jährlich erstellt („Die Arbeitsmarktlage 19..“).
  - Die Entwicklung einer flexiblen, problemorientierten Datenbankabfragemöglichkeit im Rahmen von SAMIS (beliebige Tabellenkonfigurationen einschließlich statistischer Funktionen) ist 1989 soweit fortgeschritten, daß dieses Instrument der Arbeitsmarktbeobachtung (**SAMFA** = SAMIS-Freie Abfrage) Anfang 1990 in Echtbetrieb gehen konnte.
  - Im Auftrag des und in Zusammenarbeit mit dem BMAS erstellt das Österreichische Institut für Raumplanung (ÖIR) monatlich vor allem graphisch aufbereitete **„Arbeitsmarktpreise“** und einmal jährlich für jeden Arbeitsamtsbezirk Österreichs ein eigenes **„Arbeitsmarktbezirksprofil“** mit den Daten des jeweils abgelaufenen Jahres.

- Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales läßt jährlich eine **Sonderauswertung der Leistungsbezieherdatei** des Bundesrechenamtes durchführen (mit einer Zeitreihe ab 1979), die aufgrund ihres Konzeptes (Darstellung der **Betroffenheit** und Dauer der Arbeitslosigkeit) ein wertvolles zusätzliches Beobachtungsinstrument zur laufenden Statistik darstellt.
- Im Jahre 1989 wurde eine grundlegende Neukonzeption der im Rahmen der jährlichen Arbeitsmarktvorschau durchzuführenden Betriebsbefragung in Angriff genommen. Damit soll die Aussagekraft dieser **Arbeitskräftebedarfserhebung**, die die **makroökonomische Prognose** ergänzt, verbessert werden. Die erstmalige Durchführung nach dem neuen Konzept erfolgte im Jahre 1990 für die Arbeitsmarktvorschau 1991.

### 3. Arbeitsmarkt und Berufsforschung

In letzter Zeit wurden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales u.a. folgende Forschungsprojekte abgeschlossen:

- Analyse von individuellen Beschäftigungskarrieren auf Basis administrativer Massendaten
- Internationale und regionale Unterschiede in der Entwicklung der strukturellen Arbeitslosigkeit
- Evaluation der betrieblichen Einschulungs- und Einstellungsförderung
- Beschäftigungspolitik in Schweden - ein Vergleich mit Österreich
- Psychosoziale Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit
- Stabile Arbeitsplätze für Frauen in innovativen Frauenprojekten in Europa: österreichische und europäische Modelle als Anregung für eine arbeitsmarktpolitische Regionalpolitik
- Qualifikation, Laufbahn und Wertorientierung
- Zur Ausbildungs- und Berufssituation von Mädchen und Frauen in nicht traditionellen Berufen in Oberösterreich
- Leitfaden zur Berufsorientierung
- Arbeit und Lernen in der Aktion 8.000
- Evaluation von Beschäftigungsmaßnahmen in Oberösterreich
- Arbeitsstiftungsmaßnahmen

Zusätzlich wurden das System zur Beobachtung der Wirkung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weiterentwickelt, sowie in der Berufsforschung die Informationsmaterialien laufend aktualisiert.

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## AUSGABEN

## 4. Aktivitäten der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Sowohl das vorangegangene, besonders aber das neue Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung übertragen der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine besondere Verantwortung für die Erreichung der Vollbeschäftigung. Wie schwierig dies unter den gegenwärtigen Arbeitsmarktvhältnissen ist, geht aus dem Kapitel „Arbeitsmarktlage“ dieses Sozialberichtes hervor. Abgesehen von der bereits in Angriff genommenen Strukturreform der AMV wird von der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowohl die Lösung aktueller Aufgaben unter Zuhilfenahme einer breiten Palette zur Verfügung stehender Instrumente als auch die Bedachtnahme auf mittelfristig virulent werdende Probleme erwartet.

In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, daß das **Gesamtausmaß der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich (0,28% BIP 1989) unabhängig von der Höhe der Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich sehr gering ist.** Nicht nur Länder mit wesentlich höherer Arbeitslosigkeit als Österreich wenden wesentlich mehr für aktive Arbeitsmarktpolitik auf, sondern auch Länder mit ähnlich hoher bzw. sogar deutlich niedrigerer Arbeitslosigkeit. Dazu kommt ein im internationalen Vergleich besonders ungünstiges Verhältnis zwischen aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik, das den untergeordneten Stellenwert aktiver Maßnahmen im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Aufwendungen Österreichs widerspiegelt.

### Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich 1988 bzw. 1989

Länder	aktive Maßnahmen in % des BIP 1)	aktive und passive M. in % BIP 1)	Verhältnis aktive - passive M. 1)	ALO-Rate 2) 1989
Schweden	1,68	2,38	71:29	1,4
Belgien	1,18	4,23	28:72	9,3
Holland	1,13	3,77	30:70	7,4
Finnland	1,02	2,26	45:55	3,5
BRD	1,00	2,32	43:57	5,6
Norwegen	0,91	1,96	46:54	4,9
Frankreich	0,80	2,87	28:72	9,4
Italien	0,80	1,52	53:47	12,1
Spanien	0,78	3,14	25:75	17,3
Großbrit.	0,69	1,62	43:57	6,2
Griechenl.	0,54	0,93	58:42	7,5
Österreich	0,28	1,24	23:77	5,0 3)

#### Quellen:

- 1) Labour Market Policies for the 1990s - OECD; Die Angaben beziehen sich auf die letztverfügbaren Daten der Jahre 1988 bzw. 1989;
- 2) Economic Outlook July 1991, OECD
- 3) Alo-Rate Österreich offiziell 1989, Arbeitsmarktdaten 1990



#### 4.1. Organisation der AMV, Personaleinsatz, Personalschulung

Im Berichtszeitraum war vorrangiges Ziel aller organisatorischen Bemühungen, trotz weiterhin unzureichender personeller Kapazitäten, das Serviceangebot der Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung auszuweiten und qualitativ zu verbessern.

Im Arbeitsmarktservice, das die Bereiche Information, Beratung und Vermittlung von Rat- und Arbeitsuchenden sowie Betreuung von Betrieben und offenen Stellen umfaßt, orientierten sich die organisatorischen Maßnahmen an der „Anweisung 88“, in der die Richtlinien für die Tätigkeit im AMS formuliert sind.

Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren:

- Die **Aufwertung und Ausweitung der Funktionen des Offenen Kundenempfanges (OKE)** als vorgeschaltete, offen gestaltete und unbürokratische Anlaufs-, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle im Arbeitsamt. Interne Personalumschichtungen zu Gunsten des OKE ermöglichten in einer Reihe von Ämtern die Verlagerung der Betreuung von Personen mit geringen Betreuungsbedürfnissen und -notwendigkeiten in den OKE und damit eine teilweise Entlastung der Berater im Bereich der Intensivbetreuung. Unterstützt wurden diese Bemühungen um eine differenzierte und selektive Betreuung der Kunden durch den Ausbau von Selbstbedienungsmöglichkeiten (Einsatz von Samsomaten).
- Bemühungen zur **Verbesserung der Effizienz der Auftragszentrale in den Arbeitsämtern**, Ausbau dieser Auftragszentralen als eigenständige Organisationseinheiten für eine umfassende Betreuung der Betriebe und der offenen Stellen. Damit stehen den Betrieben fixe, jederzeit erreichbare und mit großem Expertenwissen ausgestattete Ansprechpartner im Arbeitsamt zur Verfügung. Das Serviceangebot reicht dabei von detaillierter Informationserteilung und Beratung in allen für die Betriebe relevanten Fragestellungen über die Entgegennahme von Vermittlungsaufträgen, die Vereinbarung von Betreuungs- und Vermittlungsstrategien mit dem Betrieb bis zur laufenden Vermittlungs- und Überwachungstätigkeit auch unter Berücksichtigung und Einbeziehung von vermittlungsunterstützenden Maßnahmen (Förderungs- und Qualifizierungsangeboten, etc.).

Auch in allen anderen Bereichen, wie etwa im Bereich der Arbeitsmarktförderung, der Ausländerbeschäftigung und der Leistung werden laufend Maßnahmen und Aktivitäten gesetzt, um die jeweiligen Arbeitsabläufe zu optimieren und die Voraussetzungen für eine möglichst effiziente Aufgabenerfüllung zu schaffen.

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## PERSONAL

## Übersicht zur Personalbelastung der AMV

BELASTUNGSINDIKATOREN	1986	1987	1988	1989	1990
<b>Vorgemerkte Arbeitslose</b>					
Bestand	151972	164468	158631	149177	165795
(Veränd. gg. 1980 in %)	185,9	209,4	198,4	180,6	211,9
Zugänge	552604	510101	511089	496401	536658
(Veränd. gg. 1980 im %)	46,5	35,2	35,5	31,6	42,3
Offene Stellen-Bestand	24693	26836	31184	45599	55622
<b>PERSONALENTWICKLUNG</b>					
LAÄ + AÄ	3226	3315	3289	3288	3286
(Veränd. gg. 1980 in %)	21,8	25,2	24,2	24,1	24,0
AÄ-Service	1354	1420	1384	1377	1405
(Veränd. gg. 1980 in %)	16,0	21,7	18,6	18,0	20,4
AÄ-Leistung	861	892	908	923	900
(Veränd. gg. 1980 in %)	47,3	52,6	55,3	57,8	53,8

## Verhältnis AMV-Personal zur Zahl der Erwerbstätigen international in %

Österreich (1990).....	0,09
Belgien (1985/1987).....	0,15
Schweden (1989).....	0,17
Großbritannien (1985).....	0,21
BRD (1985/1988).....	0,22

Die Weiterentwicklung der Organisation und die Ausweitung sowie die Differenzierung der Dienste erhöht allerdings auch die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen der Arbeitsmarktverwaltung. Der systematischen **Ausbildung der Mitarbeiterinnen** kommt daher zentrale Bedeutung zu. Dem entsprechend gab es im letzten Jahr intensive Bemühungen, die Grundausbildung für neu eintretende MitarbeiterInnen zu verbessern sowie die Weiterbildung der MitarbeiterInnen mit längerer Berufspraxis durch Seminare in den Bereichen Leistung und Arbeitsmarktservice in allen Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern zu forcieren. Daneben wurde ein Konzept der professionellen Schulung der Servicemitarbeiter erarbeitet, mit dessen Durchführung in der ersten Jahreshälfte 1991 begonnen wurde.

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen können Erfolge oft nur mit außerordentlich großem Aufwand erzielt werden. **Die zentralen Probleme der Arbeitsmarktverwaltung**, nämlich die

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## GESAMTAUSGABEN

mangelnde Selbständigkeit und Unabhängigkeit durch die Einbindung in die öffentliche Verwaltung, insbesondere in Budget- und Personalangelegenheiten, sowie das Fehlen einer eigenen Ausbildungseinrichtung für die MitarbeiterInnen als auch die unzureichende personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Arbeitsmarktverwaltung insgesamt, blieben bisher ungelöst.

Im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung wurde festgelegt, „daß die Ziele einer aktiven Arbeitsmarktpolitik eine Strukturreform der Arbeitsmarktverwaltung erforderlich machen.“

Im wesentlichen geht es dabei um die Umwandlung der AMV in ein öffentlich-rechtliches Dienstleistungsunternehmen. Als Grundlage für die Umgestaltung, die bis 1. Jänner 1994 realisiert werden soll, wird eine Organisationsanalyse zur Effizienz der AMV in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der Analyse sollen bis zum Frühjahr 1992 vorliegen und den Ausgangspunkt für die weiteren Reformschritte bilden.

### 4.2. Leistungsbilanz der AMV

Weil sich 1990 nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Beschäftigungsdynamik wesentlich erhöht hat, waren (bei rund 2 Mio. Anmeldungen von Beschäftigungen bei den Krankenkassen) fast **537.000** Personen, d.s. um über 8 % mehr gegenüber 1989, bei den Arbeitsämtern als **Arbeitsuchende** erfaßt. Darüberhinaus wurden **267.000 Arbeitgeber**, die mit Aufträgen an die Arbeitsmarktverwaltung herantreten waren, **beraten und betreut**. **Durch die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter haben im Jahr 1990 rund 338.000 Arbeitnehmerinnen eine Arbeit aufgenommen**. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 10.000 Vermittlungsfällen bzw. von mehr als 3 %. Auch konnte die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 105 auf 103 Tage gesenkt werden. In gleicher Weise ist es den Arbeitsämtern - und das bei einem unveränderten Servicepersonalstand - in höherem Maße gelungen, mittelbar oder unmittelbar zur Besetzung der von den Arbeitgebern gemeldeten offenen Stellen beizutragen. Rund 203.000 Arbeitsplätze wurden unter Einschaltung der Arbeitsämter abgedeckt. Das bedeutet mehr als 16.000 zusätzliche Besetzungen oder einen relativen Zuwachs von 8,6 % gegenüber 1989. Zudem konnten 50 % der offenen Stellen innerhalb von 4 Wochen besetzt werden. Die Zahl der **Beratungs-, Informations- und Vermittlungskontakte** wurde 1988 von rund 2,5 Mio. auf 3,3 Mio. im Jahr 1990 gesteigert.

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****GESAMTAUSGABEN****4.2.1. Ausgaben im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik**

**Struktur der Ausgaben im Rahmen der aktiven AMP**  
**In Mio S.**

Programm	1988	1989	1990	BVA 1991
HP1 <sup>1</sup> Arbeitsmarktservice	114,21	135,37	208,62	279,00
HP 2 Mobilitätsförderung (P21 Arbeitsmarktausbildung)	989,24 978,15	1.340,90 1.328,71	1.551,45 1.539,19	1981,00 1.960,00
HP3 Arbeitsbeschaffung (P34 AMP-Maßnahmen gem. § 39a)	957,56 492,74	842,26 272,53	932,46 88,07	1.964,50 364,50
HP4 Lehrausbildung und Berufsvorbereitung	187,99	166,11	179,55	200,00
HP5 Behinderte	347,57	454,01	620,30	600,00
HP6 Ausländer	16,00	30,59	90,68	60,00
HP8 Ausstattung	89,05	76,38	50,16	80,00
<b>Insgesamt</b>	<b>2.701,62</b>	<b>3.045,62</b>	<b>3.633,21</b>	<b>5.164,50</b>
Anteil der „aktiven“ Ausgaben (ohne § 39a) am BIP in %	0,16	0,20	0,24	
Anteil der „aktiven“ Ausgaben (ohne § 39a) an den Gesamtausgaben der AMV in %	9,0	11,3	12,9	

<sup>1</sup> Ohne „Ausstattung“ und „Verwaltungskosten“

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## GESAMTAUSGABEN

Die konsequente Verfolgung des Zieles der Arbeitsmarktverwaltung, die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes an die wachsenden Anforderungen einer dynamischen Wirtschaft zu fördern, kommt generell in der trotz kurzfristig sinkender Arbeitslosigkeit 1988 und 1989 gegenüber den Vorjahren ständigen **Erhöhung der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik** von 1988 bis 1990 um 60 % (ohne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 39a) und im wachsenden Anteil der „aktiven“ Ausgaben gemessen am BIP (1988: 0,16 %; 1989: 0,20 %; 1990: 0,24 %) zum Ausdruck, im speziellen aber im offensiven Ausbau der Instrumente zur Förderung der Arbeitsmarktausbildung von 978 Mio. S 1988 auf 1.539 Mio. S 1990 (+ 57 %).

Selbst gemessen an den Gesamtausgaben der Arbeitsmarktverwaltung hat die Bedeutung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wenn auch langsam (wegen des raschen Anstiegs der Ausgaben für „passive“ arbeitsmarktpolitische Instrumente), so doch kontinuierlich von 9,0 % 1988 auf 12,9 % 1990 zugenommen, woran die Wahrnehmung der besonderen Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie sie der Arbeitsmarktverwaltung in den beiden letzten Regierungsübereinkommen übertragen worden war, zu erkennen ist. Durch die verschiedenen Förderaktivitäten der Arbeitsmarktverwaltung wurden im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre Beschäftigungseffekte von jeweils einem halben Prozentpunkt erzielt, was bedeutet, **daß ohne die Arbeitsmarktförderung die Arbeitslosenquote 1988 5,7 % anstatt 5,3 %, 1989 5,5 % statt 5,0 % und 1990 5,9 % und nicht 5,4 % betragen hätte.** Über diese positiven **Beschäftigungseffekte** läßt sich somit für die Jahre 1988 bis 1990 ein durchschnittlicher Deckungsgrad von **fast 50 % der Förderaufwendungen** durch so eingesparte Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung errechnen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß in diese Berechnung ausschließlich die unmittelbaren Kosten für die AMV eingehen. Für eine gesamtfiskalische Kosten-Nutzen-Bewertung wäre noch der Beitrag zur Lohnsteuer bzw. zur Sozialversicherung, der Beitrag zum BIP und die aus dem Beschäftigungseffekt zu kalkulierenden Multiplikatoreffekte aufgrund der zusätzlichen Konsum- und sonstigen Ausgaben heranzuziehen. Eine derartige Berechnung würde insgesamt einen **positiven Saldo für die österreichische Arbeitsmarktpolitik** ergeben.

### 4.2.2. Ausgaben im Rahmen der passiven Arbeitsmarktpolitik

Der Gesamtaufwand für Lohnersatzleistungen entwickelte sich in den vergangenen 3 Jahren nicht in vollständiger Analogie zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit. So stiegen die insgesamt „passiven“ Ausgaben 1988 gegenüber dem Vorjahr trotz sinkender Arbeitslosigkeit um 1,7 % an. Dieser relative Anstieg ist vor allem auf erhöhte Aufwendungen für Leistungen der Notstandshilfe, der Sonderunterstützung und bei Mutterschaft bei gleichzeitig verringerten Ausgaben für Arbeitslosengeldzahlungen zurückzuführen. Der weitere Rückgang der Arbeitslosigkeit 1989 gegenüber 1988 war begleitet von einer Verringerung der Gesamtausgaben für passive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen um ca. 2 %. Die ebenfalls rückläufigen Leistungen der Notstandshilfe blieben jedoch über dem Niveau von 1987, jene der Sonderunterstützung fielen nur geringfügig darunter, während die Leistungen bei Mutterschaft weiter anstiegen. **Mit dem**

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****GESAMTAUSGABEN**

**enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit Im Jahre 1990 erhöhten sich auch wieder Insgesamt die „passiven“ Ausgaben um 11,3 % gegenüber 1989, wobei 74 % dieses Anstiegs allein auf vermehrte Arbeitslosengeldzahlungen entfielen.** Das für das Jahr 1990 kennzeichnende starke Ansteigen des Arbeitskräftepotentials findet auch seinen Niederschlag in einer gegenüber 1989 sinkenden Leistungsbezieherquote. Betrug der Anteil der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher an den vorgemerkten Arbeitslosen 1989 noch 86,3%, so sank dieser 1990 auf 85,7 % ab.

**Struktur der Ausgaben Im Rahmen der passiven AMP in Mio S.**

Programm	1987	1988	1989	1990	BVA 1991
P91 Leistungen bei Arbeitslosigkeit	15.917,79	16.111,32	15.526,00	17.097,75	18.574,55
TP911 Arbeitslosengeld	8.744,39	8.261,09	8.002,66	9.661,74	11.031,10
TP912 Notstandshilfe	3.260,42	3.542,38	3.364,79	3.620,19	3.910,00
TP913 Sonderunterstützung	2.396,36	2.506,33	2.212,09	1.916,88	1.687,65
TP916 Ausgl.Fonds d. PV-Träger	1.514,46	1.799,12	1.944,37	1.896,90	1.944,00
P92 Leistungen bei Mutterschaft	3.719,90	3.893,82	4.119,51	4.747,03	6.023,77
TP 921 Karenzurlaubsgeld	3.066,00	3.229,28	3.353,90	3.676,41	4.903,50
P93 Pensionsvorschüsse	84,87	49,66	18,36	53,86	60,00
Insgesamt	19.722,56	20.054,80	19.663,87	21.898,64	24.658,32
Gesamtausgaben der AMV in Mio S	1987	1988	1989	1990	BVA 1991
Summe aller HP 1–9	25.715,90	24.609,49	24.581,59	27.541,96	32.042,22

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## LEISTUNGSBEZIEHER

## Vorgemerkte Arbeitslose und Bezieher von Lohnersatzleistungen (Jahresdurchschnitte)

	1988			1989			1990		
	insg	m.	w.	insg.	m.	w.	insg	m.	w.
Vorg. Alose	158.631	89.829	68.802	149.177	81.001	68.176	165.795	89.032	76.762
davon:									
Leistungsbez.	135.067	78.428	56.639	128.822	71.507	57.315	142.190	75.906	66.286
(AL)	89.318	52.551	36.765	86.271	48.959	37.312	98.071	54.523	43.548
(NH)	45.749	25.877	19.873	42.551	22.548	20.003	44.120	21.382	22.738
Leistungsb.insg.	213.148	94.735	118.413	205.672	85.886	119.787	221.206	88.809	132.399
davon: (AL+NH s.o.)									
Karenzurlaubsg.	44.059	-	44.059	44.715	-	44.715	46.328	83	46.245
Sondernotstandsh.	10.618		10.618	11.292		11.292	14.020		14.020
Pensionsvorsch.	6.932	4.719	2.213	6.365	4.246	2.120	6.450	4.219	2.231
Sonderunterstütz.	16.295	11.436	4.859	14.154	9.848	4.307	11.904	8.311	3.593
Arbeitsstiftung-Schulung	177	152	25	324	286	38	314	290	24
Leistungsbezieherquote	85,0 %			86,3 %			85,7 %		



### 4.3. Aktivitäten zur Verbesserung der Beratung, Information und Vermittlung

#### 4.3.1. Verbesserung der Informierung und Vermittlung von Rat- und Arbeitsuchenden und Dienstgebern

Eine wichtige Grundlage für die Tätigkeit im Arbeitsmarktservice ist die „**Anweisung '88**“, die sich in systematischer Weise sowohl mit der Betreuung der Rat- und Arbeitsuchenden als auch mit der Betreuung der Betriebe und offenen Stellen befaßt.

Schwerpunkt der Umsetzung dieser umfassenden Anleitung für die Durchführung des AMS war die Instruktion der MitarbeiterInnen auf Landesarbeitsamts- und Arbeitsamts-Ebene, wobei Fragen der Beratung und Vermittlung von Rat- und Arbeitsuchenden ebenso im Mittelpunkt der Bemühungen standen wie die Betriebsbetreuung und Betreuung der offenen Stellen. Im Rahmen dieses Schwerpunktes wird

- der Erstberatung und Erstinformation über Besetzungsmöglichkeiten und
- dem Ausbau der Auftragszentrale als Anlaufstelle für den Betrieb besonderes Augenmerk geschenkt.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Selbstbedienung für Rat- und Arbeitsuchende werden **Selbstbedienungsautomaten im Arbeitsmarktservice**, kurz SAMSOMAT genannt, eingesetzt. Von diesen Automaten können alle bei den österreichischen Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen, die zur Veröffentlichung freigegeben wurden, nach verschiedenen Kriterien abgerufen, bei Bedarf Inserate ausgedruckt und Kontakt mit dem Auftraggeber aufgenommen werden.

Weiters werden Samsomaten auch Informationen über Lehrstellen, Kursmöglichkeiten und Berufe geben. Es ist geplant, Anspruchsvoraussetzungen für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und dessen Nebengesetzen sowie die Voraussetzungen für die Bewilligung von Beihilfen nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz von den Selbstbedienungsgeräten abrufbar zu machen. Die Geräte sind vorerst in Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung aufgestellt.

**Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Betrieben** ist längerfristig ein **umfassender Datenverbund vorgesehen**, über den Betriebe ihren Bedarf an Arbeitskräften selbst formulieren und direkt über Datenleitung an die Arbeitsmarktverwaltung melden können. Ebenso soll die Rückmeldung der Betriebe, daß die Stellen bereits abgedeckt oder keine weiteren BewerberInnen mehr erforderlich sind, über Datenleitung erfolgen.

#### 4.3.2. Verbesserung der Unterstützung bei der Berufswahl durch die Einrichtung von Berufsinformationszentren (BIZ) und Berufsinformationsstellen (BIST)

Die Arbeitsmarktverwaltung baut ein Netz von **Berufsinformationszentren** in Österreich auf. Dort, wo kein entsprechender Bedarf oder keine entsprechenden Ressourcen für die Einrichtung von BIZ vorhanden sind, soll in Zukunft die Errichtung dieses Netzes durch den Aufbau von

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## BERATUNG UND INFORMATION

**Berufsinformationsstellen**, die sich dadurch charakterisieren, daß sie ausgewählte Teilleistungen eines BIZ anbieten und direkt in Arbeitsämtern intalliert werden, Unterstützung finden.

Jugendlichen, aber auch Erwachsenen wird so bei der Berufswahl und Karriereplanung Hilfestellung geboten. Hier können sie sich ohne Voranmeldung und ohne Zeitdruck selbst informieren. Das Informationsangebot ist so aufgebaut, daß es die Eigeninitiative der BenutzerInnen fördert und den Wissensstand aller am Prozeß der Berufsentscheidung Beteiligten erhöht.

Die Berufsinformationszentren erfüllen ihre Aufgaben einer umfassenden Information mittels unterschiedlichster und **modernster Informationsmedien**, so beispielsweise

- einer umfassenden Bibliothek mit schriftlichen berufskundlichen Informationsmaterialien
- Videoinstallationen für berufskundliche Filme
- Personalcomputer zur Durchführung EDV-unterstützter Berufsinteressentests und zur Nutzung von Berufsinformationssystemen

Die Einrichtung von BIZ bzw. BIST wird aber durch eine Reihe von Problemen behindert und entscheidend verzögert. Dazu zählen die **mangelnde Budget- und Personalautonomie** der Arbeitsmarktverwaltung, aber auch lang dauernde und komplizierte Anmietungsverfahren, da andere Ministerien eingeschalten werden müssen.

Trotz dieser Probleme konnten bisher bereits in fünf Bundesländern an sechs Standorten Berufsinformationszentren eingerichtet werden. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß sich die Berufsinformationszentren einer sehr hohen Akzeptanz erfreuen und sowohl von Jugendlichen als auch von Erwachsenen stark in Anspruch genommen werden. Die Bemühungen der Arbeitsmarktverwaltung konzentrieren sich auf einen raschen Ausbau dieser Einrichtung, um eine bundesweite, flächendeckende Berufsinformation sicherzustellen.

### 4.3.3. Zusammenarbeit mit den Schulbehörden zur Verbesserung der Unterstützung der Berufswahl

Bisher setzte die Expertenunterstützung bei der Berufswahl (Bildungsberatung, Berufsberatung) erst am Ende der Schulpflicht ein. **Berufsorientierung** muß aber schon einige Jahre **vor dem Eintritt ins Berufsleben** beginnen. Je besser die Jugend vorbereitet wird, desto reibungsloser werden Entscheidungsprozesse, die im Laufe eines Arbeitslebens immer wieder anstehen, ablaufen können.

In den bereits an den AHS in Knittelfeld und Judenburg laufenden **Pilotprojekten** wurde daher gemeinsam von Schule und AMV ein Modell entwickelt, das die Zusammenarbeit eines/einer Berufsorientierungspädagog/e/in als neutrale Person im „Teamteaching“ mit einer interessierten Kontaktlehrkraft der Schule und ExpertInnen der AMV vorsieht. Dies geschieht auf der Basis der regionalen wirtschaftlichen Gegebenheiten und mit Hilfe beruflicher Schulungseinrichtungen.

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## SCHULUNG UND AUSBILDUNG

Das Modell wird vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales gemeinsam getragen. Es fand sowohl bei Eltern, SchülerInnen und Lehrkräften größten Anklang und wird an weiteren Schulen angeboten werden (z.B. im Bezirk Deutschlandsberg, in Mürzzuschlag, Eisenerz, Graz, Weiz und Voitsberg).

Darüberhinaus ist für 1991/92 ein Projekt in Wien geplant, welches Berufsorientierung und nachschulische Betreuung für SonderschülerInnen zum Inhalt hat. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben bedarf es allerdings berufskundlich bestens ausgebildeter, vor allem aber auch mit alternativen pädagogischen und persönlichkeitsbildenden Arbeitsmethoden vertrauter PädagogInnen. Die Arbeitsmarktverwaltung bildet, beginnend mit dem Schuljahr 1990/91, arbeitslose Personen mit pädagogisch/psychologisch/soziologischer Grundausbildung zu BerufsorientierungspädagogInnen aus.

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst wird parallel dazu **Lehrkräfte zu Berufsorientierungslehrkräften** weiterbilden, sodaß es in absehbarer Zeit ein flächendeckendes Angebot hinsichtlich der Unterstützung der Berufsorientierung geben wird.

### 4.4. Verbesserung der Schulungsmaßnahmen

#### 4.4.1. Anpassung der Bildungsmaßnahmen an den technischen und gesellschaftlichen Wandel

Der rasante technische Fortschritt stellt für alle Anbieter von Qualifikationsmaßnahmen eine tägliche Herausforderung dar. Die Arbeitsmarktverwaltung arbeitet deshalb an der ständigen Weiterentwicklung ihres Ausbildungsangebotes. Dies bedeutet, daß einerseits in traditionelle Ausbildungen **neue fachliche Inhalte eingefügt** werden, andererseits vollkommen **neue Schulungsmaßnahmen**, wie z.B. Ausbildungen zum Mechatroniker, Kunststofftechniker usw., ins Programm aufgenommen werden.

Neue gesellschaftliche Entwicklungen wie das steigende Umweltbewußtsein der Bevölkerung bringen auch einen Bedarf an neuen Qualifikationen mit sich. Für solche neue Berufsfelder, wie z.B. Umwelt- und Energieberater, hat sich die Arbeitsmarktverwaltung die Aufgabe gestellt, entsprechend qualifizierte Fachkräfte auszubilden, bzw. in Zukunft auch entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen vorzusehen.

Neue Qualifikationen bringen automatisch neue Anforderungen für die Ausbildner mit sich. Die Weiterbildung besonders im sozialpädagogischen Bereich wird von der Arbeitsmarktverwaltung gefördert.

Ein **neues Organisationsmodell** für Arbeitsmarktausbildungen wird zur Zeit im Schulungszentrum Fohnsdorf erprobt: das Modulsystem. Dieses bietet dem Schulungsteilnehmer die

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## SCHULUNG UND AUSBILDUNG

---

Möglichkeit des wöchentlichen Einstiegs in jede gewünschte Ausbildung. Lange Wartezeiten auf den Beginn eines bestimmten Kurses werden somit hinfällig.

### 4.4.2. Optimierung der Qualifikationsplanung

Um eine Kooperation aller am Ausbildungssystem Beteiligten zu erreichen, wurden bei allen Landesarbeitsämtern „Beiräte für Qualifikationsfragen“ eingerichtet. Dieses Beratungsgremium setzt sich regelmäßig mit Fragen der **lokalen Qualifikationsplanung**, des zweckdienlichen Einsatzes von Ausbildungsstätten, der technischen Entwicklung und des regionalen Forschungsbedarfes auseinander.

Die **Individuelle Qualifikationsplanung** soll im Rahmen eines Pilotversuches ab Herbst 91 in Wien verbessert werden. Das „Bildungsplanungs- und Animationszentrum BILANZ“ soll Bildungsinteressierten sowohl Sofortinformationen über Aus- und Weiterbildungsangebote geben, aber auch noch Unschlüssigen die Chance bieten, sich im Rahmen eines Bildungsplanungsseminars mit verschiedenen Qualifikationsmöglichkeiten auseinanderzusetzen.

### 4.4.3. Förderung der Schulung

Die Fragen der **Qualifizierung** sind für die optimale Nutzung wirtschaftlicher Chancen insgesamt und für die persönliche Entwicklung des einzelnen im Arbeitsleben gleichermaßen von Bedeutung. Die Planung, Einführung und Anwendung neuer Technologien (Mikroelektronik, Kommunikations- und Informationstechnologien) sowie die weiterschreitende Internationalisierung der Märkte bedeuten auch für Österreich in den kommenden Jahren eine große Herausforderung, deren Bewältigung wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wachstumsprozeß und damit für eine positive Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung darstellt.

Andererseits sind bestehende Qualifikationsdefizite – keine Ausbildung oder nicht abgeschlossene Ausbildung, zu einseitige, firmenspezifische Ausbildung, fehlende Weiterbildung angesichts technologischer Veränderungen – eine der Ursachen für das Nichtzustandekommen neuer Beschäftigungsverhältnisse?

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales leistet nun, soweit es im Rahmen seines Wirkungsbereiches möglich ist, einen **Beitrag zur Verbesserung der Qualifikationsstrukturen** und hat eine Ausbildungs-offensive initiiert. Gefördert werden schulische Ausbildungen, kursmäßige Schulungen (z.B. Lehrgänge), Trainingsmaßnahmen, Selbstlernprogramme („Fernkurse“) und bei Vorliegen eines entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Interesses auch betriebliche Schulungen – und zwar sowohl zur Schaffung neuer als auch zur Sicherung bestehender Beschäftigungsverhältnisse (Schulung von Beschäftigten).

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****SCHULUNG UND AUSBILDUNG**

Sowohl Einrichtungen als auch Betrieben können in solchen Fällen **Zuschüsse** bis zur Höhe des ihnen entstehenden Personal- und Sachaufwandes gewährt werden (bis zu 50 %, wenn Betriebe Maßnahmen im eigenen Interesse und nicht über Ersuchen der AMV durchführen). Den TeilnehmerInnen an diesen Veranstaltungen kann zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes sowie zur Abdeckung der mit der Schulung verbundenen Kosten eine Beihilfe gewährt werden, wenn ohne diese die Durchführung der Ausbildung in Frage gestellt wäre.

**Förderung der Schulung**

Beihilfe	geförderte Personen	
	1989	1990
Deckung des Lebensunterhaltes	27.686	29.975
Kosten in Mio. S	657,0	809,4
Schulung in Betrieben	7.837	7.414
Kosten in Mio. S	186,5	180,2
Schulung in Einrichtungen	29.758	39.462
Kosten in Mio. S	436,7	574,4

**4.5. Förderung der Lehrausbildung**

Die Maßnahmen im Bereich der Lehrausbildung sind von einem deutlichen Wandel gekennzeichnet. So ist die Bedeutung der Ausbildungsbeihilfe zur Erlangung eines Ausbildungsplatzes für Lehrstellensuchende angesichts der demographischen Entwicklung und der gestiegenen Schulbesuchsnäigung von Jugendlichen dieser Altersgruppe und dem dadurch verringerten Angebot potentieller Lehrlinge in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Demgegenüber haben die Maßnahmen und Beihilfen zur Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen für spezifische Personengruppen an Bedeutung gewonnen. Dazu zählen die **Förderung der Lehrausbildung von arbeitsmarktmäßig besonders benachteiligten Jugendlichen und bei Verlust der Lehrstelle** (Jugendliche mit psychischer, physischer oder geistiger Behinderung und mit sozialer Fehlanpassung, Abgänger/innen von allgemeinen Sonderschulen, Ausländer/innen der 2. Generation), die **Förderung der Ausbildung von Mädchen in Lehrberufen mit geringem Frauenanteil** und die **Förderung der Lehrausbildung von Personen über 19 Jahre** (Personen ohne oder mit nicht mehr verwertbarer Ausbildung, Frauen, die wegen Betreuungs- oder Sorgerepflicht länger vom Arbeitsmarkt abwesend waren, integrierte AusländerInnen, physisch, psychisch oder geistig Behinderte und sozial Fehlangepasste). Beihilfenempfänger sind Betriebe, die diese Personen als Lehrlinge aufnehmen.

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****SCHULUNG UND AUSBILDUNG**

Da bei Personen über 19 Jahre der Lebensunterhalt durch die Lehrlingsentschädigung in der Regel nicht gedeckt werden kann, wird in diesen Fällen eine Beihilfe in Höhe des Differenzbetrages zwischen Lehrlingsentschädigung und dem Mindestkollektivvertragslohn einschließlich anteiliger Lohnnebenkosten gewährt.

**Förderung der Lehrausbildung**

Beihilfe	Anzahl der geförderten Ausbildungsplätze			Kosten in Mio.S
	m	w	insg.	
arbeitsmarktmäßig benachteiligte Jugendliche und Verlust der Lehrstelle	532	365	897	17,0
Mädchen in Berufen mit geringem Frauenanteil	—	309	309	6,9
Ausbildung von Personen über 19 Jahre	88	74	162	12,3
Lehrwerkstätten (auslaufend)	240	6	246	6,4
Ausbildungsbeihilfe*	1.826	1.408	3.234	17,2

Berichtszeitraum: 1. 7. 1989 - 30. 6. 1990  
außer: \* 1. 1. 1990 - 31. 12. 1990

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****MOBILITÄTS- UND ARBEITSANTRITTS Hilfen****4.6. Förderung der regionalen Mobilität und des Arbeitsantrittes**

Ziel der im Berichtszeitraum gesetzten Maßnahmen zur Förderung der regionalen Mobilität war es, Arbeitsuchenden die Aufnahme oder Aufrechterhaltung einer Beschäftigung oder die Ausbildung an einem anderen Ort als ihrem Wohnort zu erleichtern und damit die Anpassung von Angebot und Nachfrage in räumlicher Hinsicht zu unterstützen.

**Förderung der regionalen Mobilität**

Beihilfe	Anzahl der Begehren	
	1989	1990
Vorstellungs- und Bewerbungsbeihilfe	8.137	6.438
Reisekostenbeihilfe	3.213	2.211
Pendelbeihilfe	532	518
Heim- und Wohnplatzbeihilfe	210	271
Trennungs-, Übersiedlungs-, Niederlassungs- und Startbeihilfe	26	22
Kosten in Mio. S	9,3	9,3

Die zweite Gruppe von Förderungen, die diesem Bereich zuzurechnen ist, soll den unmittelbaren Arbeitsantritt erleichtern, wo dies etwa durch bestehende Betreuungspflichten oder finanzielle Belastungen behindert wird. Da, wie die Statistik belegt, das Vorhandensein von Betreuungspflichten für Kinder in Verbindung mit fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten bzw. ungünstigen Öffnungszeiten von Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen eines der Haupthindernisse für die Beschäftigungsaufnahme insbesondere von Frauen darstellt, ist das wichtigste Instrument dieser Förderkategorie die **Kinderbetreuungsbeihilfe**.

**Förderung des Arbeitsantrittes**

Beihilfe	Anzahl der Begehren	
	1989	1990
Kinderbetreuungsbeihilfe	2.385	4.139
Arbeitsausstattungsbeihilfe	535	453
Überbrückungsbeihilfe	1.905	1.828
Kosten in Mio. S	24,8	60,5



**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****BEHINDERTE****4.7. Spezielle Maßnahmen für Behinderte**

Im Rahmen des Konzeptes der Arbeitsmarktverwaltung für die Gestaltung und den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente kommt der Betreuung Behinderter besondere Bedeutung zu.

Bei den Landesarbeitsämtern und bei größeren Arbeitsämtern sind **Spezialisten für die Betreuung Behinderter** eingesetzt. Ansonsten wird versucht, den Bedarf Behinderter an spezieller Beratung und Betreuung sowie arbeitsmarktmäßiger Rehabilitation im Rahmen der Tätigkeit der Fachbediensteten des Arbeitsmarktservice zu befriedigen.

Die Vielfalt der Stellen, die sich mit Behindertenproblemen befassen, erfordert die **Koordination** der Betreuung Behinderter. Aus diesem Grunde wurde bei allen Landesarbeitsämtern ein ständiger **Rehabilitationsausschuß** institutionalisiert, in dem alle mit Rehabilitation befaßten Stellen vertreten sind.

Entsprechend dem Rehabilitationskonzept des BMAS für eine wirksame Eingliederung von Behinderten in das Arbeitsleben wird primär die Beschäftigung auf dem offenen Arbeitsmarkt angestrebt. Sofern dies jedoch nicht möglich ist, die Behinderten aber in der Lage sind, Arbeit zu leisten, soll ihnen in Geschützten Werkstätten die Möglichkeit dazu gegeben werden.

**Maßnahmen für Behinderte**

	geförderte Personen/Aufwand	
	1989	1990
Mobilitätsförderung	27731	24355
(Ausbildung; regionale Mobilität; Kinderbetreuung)		
Aufwand in Mio S	361	516
Arbeitsbeschaffung	3566	3540
Aufwand in Mio S	79	90
Lehrausbildung und Berufsvorbereitung	423	493
Aufwand in Mio S	13	13

1990 wurde das Arbeitstrainingszentrum für psychisch Behinderte in Graz in Betrieb genommen. In der Einrichtung „Jugend am Werk“ in Mürzzuschlag wurden erstmals Ausbildungsmaßnahmen für behinderte Jugendliche durchgeführt.

Weiters konnte ein **Arbeitstrainingszentrum (ATZ)** in Salzburg errichtet werden, nachdem Einigung mit dem Trägerverein und den Kostenträgern erzielt werden konnte. Die Eröffnung erfolgte am 1. März 1991.

#### 4.8. Spezielle Maßnahmen für Frauen

Die AMV baut seit 1989 das Angebot für arbeitssuchende Frauen aus, insbesondere in den Bereichen Information und Beratung, Höherqualifizierung, Unterstützung bei Kinderbetreuungspflichten, Hilfestellungen für Mädchen bei der Berufswahl, Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im gemeinnützigen Bereich sowie bei der Vermittlung auch in Form der Einschulungs- und Einstellungsbeihilfen.

Die im Sozialbericht 1989 angeführten Instrumente wurden und werden somit weiter eingesetzt.

1990 wurden darüber hinaus mit dem Ziel der Weiterentwicklung von Maßnahmen Fachtagungen für die MitarbeiterInnen in den LAÄ durchgeführt. Themen dieser Veranstaltungen waren Qualifizierungsmodelle für Frauen und Maßnahmen der AMV für junge Frauen.

Im ersten Halbjahr 1991 wurde zusätzlich damit begonnen, Weiterbildungsveranstaltungen für die Frauenreferentinnen der Arbeitsämter durchzuführen, für Herbst 1991 sind weitere geplant. Ebenso fand im Juni 1991 eine Fortbildungswoche für die Frauenreferentinnen der Landesarbeitsämter statt.

Ziel dieser Veranstaltungen sowie der Aktivitäten der Frauenreferentinnen der Landesarbeitsämter ist es, die seit 1978 bestehenden Programme in der Gesamtorganisation verstärkt bekannt zu machen bzw. entsprechend zu verankern.

Auch wenn die Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt ihre Ursache in der gesellschaftlichen Diskriminierung von Frauen hat, und daher die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben nur durch gesamtgesellschaftliche Maßnahmen erreicht werden kann, so wird sich die Arbeitsmarktverwaltung auch in den kommenden Jahren verstärkt der Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Frauen annehmen.

Die Aktivitäten zur Verbesserung der Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt entsprechen aber nicht nur einem sozialpolitischen Anliegen, sondern sind angesichts der demographisch bedingten **Verknappung insbesondere des qualifizierten Arbeitskräftepotentials** in erster Linie arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Notwendigkeiten.

Daß sich diese Erkenntnis bislang noch nicht durchgesetzt hat, zeigt sich an den **vielfältigen Problemen**, von denen Frauen und Mädchen im Arbeitsleben betroffen sind:

So etwa bei der Kinderbetreuung: Die AMV bietet zwar Anreize zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, diese werden jedoch von den zuständigen Stellen bzw. Trägern von Betreuungseinrichtungen kaum genutzt.

Ebenso zeigt sich, **daß Betriebe noch immer nicht bereit sind, Frauen die gleichen Chancen wie Männern zu eröffnen:** Trotz eines Überangebotes an Lehrstellen können sich viele Lehrbetriebe nicht dazu entschließen, auch Mädchen auszubilden. Wie die Erfahrung der bestehenden Mädchenprojekte zeigt, sind oftmals langwierige Bemühungen notwendig, um ein Mädchen in einem untypischen Beruf unterzubringen.

Auf der anderen Seite führen **traditionelle Rollenklischees** dazu, daß Mädchen nicht zur Wahl eines nichttraditionellen Berufes ermutigt und hierbei unterstützt werden, sodaß sich noch immer ca. 2/3 der Mädchen in den drei für sie typischen Lehrberufen (Friseurin, Verkäuferin, Bürokräft) ausbilden lassen.

Frauen, die nach einer familiär bedingten Unterbrechung wieder einer Berufstätigkeit nachgehen wollen, treffen auf eine Vielzahl von **Hindernissen bei der Arbeitsplatzsuche**; das geringste Problem bildet dabei die Nachqualifizierung, um die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten aufzufrischen. Zusätzlich zu restriktiven Vorstellungen und Praktiken, durch welche die Berufspalette für Frauen eingeschränkt wird, scheitert die Vermittlung oft daran, daß seitens der Betriebe Frauen mit 40, 35 und manchmal sogar mit 30 Jahren als zu alt eingestuft und nicht mehr aufgenommen werden.

Weiters könnten bei Mitfinanzierung durch andere Gebietskörperschaften eine Vielzahl von neuen Projekten entstehen, durch die zum einen zusätzliche Arbeitsplätze für Frauen, die schwer vermittelbar sind, geschaffen und zum anderen gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten bewerkstelligt würden.

#### **4.9. Initiativen für ältere Arbeitnehmerinnen**

Seit Juli 1988 nimmt die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte zu. Im Jahr 1990 lagen die Arbeitslosenquoten zwar in allen Altersgruppen über dem Vorjahresniveau, jedoch verschärfte sich im Verlauf dieser Entwicklung die Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitskräfte in zunehmendem Maße; so waren 1990 **in den Altersgruppen der 50- bis 54jährigen und der 55- bis 59jährigen Zuwachsraten von 38 % und 35,7 %** zu verzeichnen. Sind ältere Arbeitskräfte einmal arbeitslos geworden, so gestaltet sich für sie die Rückkehr ins Beschäftigungssystem unvergleichlich schwieriger als für jüngere Arbeitsuchende.

Die Gründe dafür sind vielfältig und lassen sich nicht auf einem einzelnen isolierbaren Faktor zurückführen. Neben dem generell hohen Angebot an Arbeitskräften und dadurch möglicher Substitutionsprozesse und dem strukturellen Wandel der Wirtschaft, der das rasche „Veralten“ von Kenntnissen und Fertigkeiten älterer Arbeitskräfte mitbedingt, sind ein **verändertes Einstellungs- und Freisetzungsverhalten der Betriebe** als weitere Gründe zu nennen. Eine Sonderauswertung für das Jahr 1990 zeigt beispielsweise, daß bei den Älteren der Anteil jener

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****ÄLTERE ARBEITNEHMER**

ArbeitnehmerInnen, die keinen oder nur Pflichtschulabschluß vorzuweisen haben, weit über dem Vergleichswert für alle Arbeitslosen liegt.

**Arbeitslose nach Ausbildung und Alter  
(Prozentanteile)**

	Bis 49 Jahre		50 Jahre und älter	
	1987	1990	1987	1990
Pflichtschule	50,8	47,0	61,3	55,7
Lehre	32,9	33,3	28,3	33,0
Fachschule	7,0	7,2	4,0	4,7
Matura	6,5	7,8	5,0	4,8
Akademie/Universität	3,0	4,7	1,4	1,8

Dazu kommen häufig noch negative gesundheitliche Folgen eines arbeitsreichen Lebens und im allgemeinen gegenüber jüngeren Arbeitskräften meist höhere Entlohnungsansprüche und -erfordernisse.

Die Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitskräfte kann aktuell und längerfristig nur dann entscheidend verbessert werden, wenn jene Faktoren, die die Teilnahme von älteren ArbeitnehmerInnen am Erwerbsleben bedingen, in einer Weise beeinflußt werden, daß sowohl die Beibehaltung der Beschäftigung als auch der Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit im Falle der Arbeitslosigkeit oder einer vorübergehenden Erwerbspause gefördert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales folgende **beschäftigungspolitische Strategien**:

- Die Präventivstrategie als ein Bündel von Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, das Risiko für ältere Arbeitskräfte, arbeitslos zu werden, weitestgehend zu minimieren.
- Die Strategie wirksamer Reaktion im Falle von Arbeitslosigkeit als ein Bündel von Maßnahmen, die ältere ArbeitnehmerInnen wirkungsvoll bei der Wiedereingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt unterstützen.
- Die Strategie der Verknüpfung von Unterstützung der Wiederbeschäftigung bei gleichzeitiger Stabilisierung des erreichten sozialen und materiellen Standards.

#### **4.10. Initiativen für Asylwerber**

Im April 1990 wurde zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Soziales und dem Bundesminister für Inneres ein Ressortübereinkommen über die Integration von anerkannten Flüchtlingen und AsylwerberInnen in den Arbeitsmarkt geschlossen, das die **arbeits-**

## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## MASSNAHMEN FÜR LANGZEITARBEITSLOSE

**marktmäßige Integration** von anerkannten Konventionsflüchtlings sowie von Ausländern, die vor dem 1. April 1990 einen Asylantrag gestellt hatten, regelt. Von der Arbeitsmarktverwaltung wurden im Rahmen dieses Ressortübereinkommens **intensive Vermittlungsaktivitäten** gesetzt sowie Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Weiters wurden im Dezember 1990 im Einvernehmen mit dem Innenministerium und den Sozialpartnern berufliche Integrationsmaßnahmen für rumänische Staatsbürger, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt worden war und die von Abschiebung bedroht waren, eingeleitet. Zur Unterstützung dieser Integrationsmaßnahmen wurden von der Arbeitsmarktverwaltung **Flüchtlingsbetreuungsstellen** eingerichtet. Aufgrund dieser Maßnahmen gelang es, den Großteil der betroffenen Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Im Juli 1990 wurde das **Ausländerbeschäftigungsgesetz novelliert** und damit erstmals eine gesetzliche Regelung getroffen, unter welchen Bedingungen für AsylwerberInnen Beschäftigungsbewilligungen erteilt werden können.

Gemäß diesen gesetzlichen Rahmenbedingungen wurde im April 1991 eine Regelung für die Betreuung von ausländischen Rat- und Arbeitsuchenden sowie von Betrieben und offenen Stellen für ausländische Arbeitskräfte im Arbeitsmarktservice getroffen. Darin werden auch Asylwerber berücksichtigt.

### 4.11. Spezifische Instrumente der Arbeitsmarktverwaltung

#### 4.11.1. Beratungs- und Betreuungseinrichtungen

Kennzeichen der derzeitigen Entwicklung am Arbeitsmarkt sind zum einen auf Makroebene regionale und branchenmäßige Ungleichgewichte, die angesichts der mit der Annäherung an die Europäische Gemeinschaft verbundenen Strukturanpassungsprozesse noch verstärkt werden dürften, und zum anderen auf sozialer Ebene die spezifischen persönlichen Probleme, die aus Qualifikationsmängeln und der bloßen Zugehörigkeit Rat- und Arbeitsuchender zu bestimmten Personengruppen mit ungünstigem Arbeitsmarktstatus (Ältere, Frauen mit Beschäftigungsproblemen, Langzeitarbeitslose, psychisch oder physisch Behinderte oder sozial fehlangepaßte Personen) resultieren und somit jene Faktoren darstellen, die einer (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt entgegenstehen.

Die Lösung dieser zumeist hochkomplexen, regionalen und/oder personenspezifischen Problemlagen wird damit zu einer Voraussetzung für erfolgreiche Vermittlungsbemühungen der Arbeitsmarktverwaltung. Gleichzeitig ist klar, daß diese Aufgaben nicht von den BeraterInnen des Arbeitsmarktservice im Zuge ihrer allgemeinen Vermittlungstätigkeiten wahrgenommen werden können. Im Arbeitsmarktförderungsgesetz ist daher die **Ergänzung der Tätigkeit der Arbeitsmarktverwaltung durch die Heranziehung spezifischer Einrichtungen** ausdrücklich vorgesehen.

Aufgabe der regional verankerten **Arbeitsmarktbetreuung** ist in diesem Zusammenhang die Verbesserung der Beschäftigungslage in Regionen durch das Aufzeigen neuer, notwendigerweise oft unkonventioneller Lösungsansätze bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bzw. die Hilfestellung beim Ausbau der für die Beschäftigungsaufnahme

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****MASSNAHMEN FÜR LANGZEITARBEITSLOSE**

erforderlichen sozialen Infrastruktur (z.B. Kinderbetreuung). Die **Gründungsberatung** ergänzt diese Tätigkeit vor allem im betriebswirtschaftlichen Bereich, wenn aus Initiativen funktionsstüchtige Unternehmen werden sollen, sowie durch die Mitarbeit im wichtigen Hilfsprogramm der Arbeitsmarktverwaltung für Strukturanpassungsprozesse, den Arbeitsstiftungen und stiftungsähnlichen Maßnahmen. Die Hilfestellung für Personen, die aufgrund tatsächlicher oder auch nur vermuteter persönlicher Merkmale am Arbeitsmarkt diskriminiert werden, steht im Mittelpunkt der Aufgaben der **arbeitsmarktpolitischen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen**, die zur Zeit primär für Frauen mit besonderen Beschäftigungsproblemen, AusländerInnen, Langzeitarbeitslose und Behinderte eingesetzt werden.

Die Wahrnehmung dieser komplexen Aufgabenbereiche durch die zum Teil seit 1983 bestehenden Beratungsstellen bzw. auf regionaler Ebene durch die Institute für Arbeitsmarktbetreuung sowie die Gründungsberatung ist daher eine unerläßliche Ergänzung zum Leistungsangebot der Arbeitsmarktverwaltung und Teil eines modernen, sozialstaatlichen Versorgungsangebotes, wie es auch von vergleichbaren Ländern angeboten wird.

**4.11.2. Aktion 8000**

Ausgehend von der Idee, daß es beschäftigungspolitisch sinnvoller und gesellschaftspolitisch wünschenswerter ist, öffentliche Mittel für die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen in gesellschaftlich nützlichen Bereichen einzusetzen als sie für rein finanzielle Unterstützungsleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe) auszugeben (und damit gleichzeitig auf die aus der zusätzlichen Beschäftigung resultierenden Steuern und Sozialabgaben zu verzichten), wurde 1983 die Aktion 8000 ins Leben gerufen.

**Im Rahmen dieses international vielfach gelobten Programmes werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von öffentlichen (Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände) oder privaten (Vereine) gemeinnützigen Einrichtungen gefördert**, die die Durchführung gesellschaftlich nützlicher Arbeiten bzw. Dienstleistungen zum Gegenstand haben. Zusätzliche Arbeitsplätze werden im Rahmen der Aktion 8.000 vor allem im Bereich des Ausbaus sozialer Dienstleistungen, des Umweltschutzes und der Umweltsanierung, der Stadt- und Dorferneuerung, von Kulturprojekten, des Recyclings und der Abfallentsorgung, des sanften Tourismus und der Kinderbetreuung geschaffen.

Im Rahmen der Aktion 8.000 fördert die Arbeitsmarktverwaltung in der Regel 100 % der Lohn- und Lohnnebenkosten für einen Zeitraum von sechs Monaten (Länder, Gemeinden) bzw. acht Monaten (private gemeinnützige Träger) bei einer zumindest 12-monatigen Beschäftigungsdauer. **Zielgruppen** sind Jugendliche bis 25 Jahre, die länger als sechs Monate, und Personen über 25 Jahre, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind. Darüber hinaus können bei projektorientierten Maßnahmen auch Zuschüsse für die Beschäftigung von Schlüsselkräften und für die Abdeckung des Sachaufwandes gewährt werden. Spezifische Regelungen gibt es für die

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****MASSNAHMEN FÜR LANGZEITARBEITSLOSE**

Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie für die Förderung von Abfall- und UmweltberaterInnen.

**AKTION 8000****Verteilung der geförderten Personen nach Tätigkeitsfeldern im Jahr 1990**

Tätigkeitsfeld	Anzahl	Prozent
soziale Dienstleistungen	2082	43,8 %
Kinderbetreuung	740	15,6 %
Wissenschaft, Kunst, Kultur	678	14,3 %
Stadt-/Dorferneuerung, Fremdenverkehr	503	10,6 %
Umweltschutz	160	3,4 %
sonstige	590	12,3 %
Gesamt *)	4753	100 %

\*) Anmerkung: ohne Verlängerungen 4587 Förderfälle

**4.11.3. Arbeitsstiftungen und stiftungsähnliche Maßnahmen**

Aufgrund der Auswirkungen des ökonomischen Strukturwandels in Österreich (Anpassungsprobleme der verstaatlichten Stahlindustrie, nationale und internationale Konzentrationsprozesse, EG-Binnenmarkt ab 1993, etc.) sind Schließungen von Unternehmen oder Unternehmensteilen und regional bedeutsame Kündigungswellen – trotz derzeit guter Konjunkturlage – verstärkt zu erwarten.

1988 wurde durch eine Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes generell die Möglichkeit der Errichtung von Arbeitsstiftungen geschaffen. Dadurch ist es prinzipiell **allen privaten und verstaatlichten Unternehmen, die einen größeren Personalabbau** vornehmen, möglich, gekündigten MitarbeiterInnen durch ein abgestimmtes Maßnahmenpaket (Outplacement – Berufsorientierung – Qualifizierung – Unternehmensgründung) den Wiedereinstieg in den Arbeitsprozeß zu erleichtern. Dieses Maßnahmenpaket kann in Fällen, in denen eine Arbeitsstiftung nach ALVG nicht realisiert werden kann, z.B. wenn die Vorgängerfirma nicht mitfinanziert oder wegen Insolvenz nicht mehr existiert, als **stiftungsähnliche Maßnahme** im Rahmen einer integrierten Gesamtkonzeption nach AMFG gefördert werden.

Die Arbeitsmarktverwaltung unterstützt die TeilnehmerInnen an den Maßnahmen der Arbeitsstiftung durch Gewährung von Arbeitslosengeld während der Dauer der Teilnahme an den Stiftungsmaßnahmen, d.h. maximal für zwei, in Ausnahmefällen für drei Jahre.



## ARBEITSMARKTVERWALTUNG

## BETRIEBLICHE FÖRDERUNGEN

Um in Zukunft auch kleinen und mittleren Unternehmungen, denen es an Know-how und an den betriebsinternen Möglichkeiten zur Initiierung einer Arbeitsstiftung fehlt, die Durchführung derartiger Maßnahmen zu ermöglichen, werden die Beratungsaktivitäten entsprechend ausgebaut.

### 4.12. Betriebliche Förderungsmaßnahmen

Nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz können **Beihilfen zur Schaffung oder zur Erhaltung von Arbeitsplätzen** bereitgestellt werden. Je nach den Gegebenheiten des einzelnen Falles können Darlehen, Zinsenzuschüsse, Zuschüsse oder Haftungsübernahmen dem förderungswerbenden Betrieb gewährt werden.

Hauptkriterien für die Beurteilung von Förderungsbegehren sind die arbeitsmarktpolitische Ausgangssituation in der betreffenden Region, die betriebswirtschaftliche Beurteilung sowie die volkswirtschaftliche Bedeutung des jeweiligen Projektes. Im Hinblick auf die Annäherung Österreichs an die EG wurde verstärkt Augenmerk auf die einschlägigen EG-Bestimmungen gelegt.

Bei der Abwicklung von Sanierungsfällen wurde größter Wert darauf gelegt, nur Projekte, bei denen **eine reale Sanierungschance** erkennbar war, nach Maßgabe eines zukunftsorientierten und realistischen Sanierungskonzeptes zu unterstützen.

Um Arbeitslosigkeit nicht erst entstehen zu lassen, bzw. einen beschäftigungspolitischen Akzent durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu setzen, wurden **Förderungsmittel** in verstärktem Maße **in offensiver Weise** eingesetzt und so Betriebsansiedlungs- bzw. -ausweitungsprojekte unterstützt.

Der Vorteil des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums liegt darin, daß in Zusammenarbeit mit anderen Förderungseinrichtungen ein speziell für den zu fördernden Einzelfall zugeschnittenes Förderungspaket entwickelt werden kann, das der jeweils arbeitsmarktpolitischen Ausgangssituation in bestmöglicher Weise Rechnung trägt.

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****BETRIEBLICHE FÖRDERUNGEN****Ausbezahlte Förderungen gem. §§ 27, 35 (TP 311, 313, 331) und § 39a (TP 349)  
in den Jahren 1988 - 90 (ohne Kurzarbeitsbeihilfe)**

	<b>Förderung</b>	<b>Firmen</b>	<b>Arbeitskräfte</b>
<b>1988</b>			
311, 313, 331	50.576.041,-	24	3.417
349	492.743.906,-	5	5.405
	<u>543.319.947,-</u>	<u>29</u>	<u>8.822</u>
<b>1989</b>			
311, 313, 331	60.470.703,-	43	5.025
349	272.573.232,-	9	6.880
	<u>333.043.935,-</u>	<u>52</u>	<u>11.905</u>
<b>1990</b>			
311, 313, 331	184.260.302,-	30	6.841
349	88.069.601,-	9	6.832
	<u>272.329.903,-</u>	<u>39</u>	<u>13.673</u>
<b>Gesamt</b>			
1988	543.319.947,-	29	8.822
1989	333.043.935,-	52	11.905
1990	272.329.903,-	39	13.673
	<u>1,148.693.785,-</u>	<u>120</u>	<u>34.400</u>

**Bewilligungen 1. Quartal 1991**

311, 313, 331	35.500.000,-	5	875
349	98.000.000,-	1	600
	<u>133.500.000,-</u>	<u>6</u>	<u>1.475</u>

### 4.13. Schlechtwetterentschädigung und produktive Arbeitsplatzförderung

#### 4.13.1. Die Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz (BSchEG 1957), BGBl. Nr.129/1957 in der Fassung, BGBl. Nr.639/1982, regelt die Entschädigung für die Arbeiter, die infolge von Witterungseinflüssen einen Arbeits- und damit verbundenen Lohnausfall erleiden.

Der Aufwand für Leistungen nach dem Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz wird vorschußweise vom Bund bestritten und durch einen Beitrag der Dienstgeber und der Dienstnehmer (Schlechtwetterentschädigungsbeitrag) sowie durch einen allfälligen Beitrag aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gedeckt. Der Schlechtwetterentschädigungsbeitrag beträgt 1,4 % des Arbeitsverdienstes im Sinne der maßgeblichen Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr.189/1955 in der geltenden Fassung.

**Die sozial- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Schlechtwetterentschädigung Im Baugewerbe** besteht darin, daß Bauarbeiter eine Entschädigung für entgangenen Lohn wegen witterungsbedingt ausgefallener Arbeitszeiten erhalten und somit – kontinuierlich und unabhängig von Witterungsverhältnissen – in Beschäftigung gehalten werden können.

#### 4.13.2. Beihilfen zur Abgeltung der Wintermehrkosten

Das Arbeitsmarktförderungsgesetz ermöglicht die Gewährung von **Beihilfen an Unternehmen der Bauwirtschaft bzw. der Land- und Forstwirtschaft** zur Erleichterung der Arbeit während der Wintermonate, um Winterarbeitslosigkeit zu vermeiden (§ 27 Abs. 1 lit. b in Verbindung mit § 28a AMFG).

Ziel der Wintermehrkostenbeihilfe in der Bauwirtschaft (Produktive Arbeitsplatzförderung, kurz: Bau-PAF) ist die möglichst nahe Heranführung der Winterbeschäftigung der Arbeiter in der Bauwirtschaft an das Niveau der Sommerbeschäftigung. Dies geschieht durch die Abgeltung der Mehrkosten, die Unternehmen der Bauwirtschaft durch die Ausführung von Arbeiten in den Wintermonaten entstehen.

Ziel der Wintermehrkostenbeihilfe in der Land- und Forstwirtschaft ist die Abgeltung der Mehrkosten, die durch die Ausführung von – zusätzlichen – Arbeiten in der Land- bzw. Forstwirtschaft in den Wintermonaten entstehen. Dieses Förderungsinstrument soll gleichfalls eine kontinuierliche Durchbeschäftigung während des ganzen Jahres ermöglichen.

Nach Abschluß der laufenden Beratungen der Sozialpartner über ein Jahresarbeitszeitmodell **soll das Instrumentarium** der Winterarbeitsförderung im Rahmen einer Gesamtreform sowohl

in der Bauwirtschaft wie in der Land- und Forstwirtschaft **auf eine grundlegende neue Basis gestellt werden**, um die Winterdurchbeschäftigung zu forcieren.

## 5. Ausländerbeschäftigung

Die Ausländerbeschäftigungspolitik hat durch Veränderungen wirtschaftlicher und politischer Art weiter an Bedeutung gewonnen und ist verstärkt ins Interesse der Öffentlichkeit getreten. **Die Lösung damit entstandener Probleme wird allerdings dadurch erschwert, daß verschiedene Politikbereiche hinsichtlich der Zulassung von Ausländern zum österreichischen Arbeitsmarkt zusammenfließen:**

- Der eher **kurzfristige Aspekt der Versorgung des Inländischen Arbeitsmarktes** mit aktuell benötigten Arbeitskräften, der aber oftmals aus zwingenden sozialen und humanitären Gründen zum Nachzug der Familien, der dauernden oder zumindest langfristigen Niederlassung von Ausländern in Österreich und damit zum Entstehen weiterer Ausländergenerationen mit allen sich daranknüpfenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgabenstellungen führt;
- der **langfristige Aspekt der bewußten Einwanderungspolitik aus demographischen Gründen**
- und schließlich der einem völlig anderen Bereich zuzuordnende Gesichtspunkt der Asylpolitik.

Die demokratischen Veränderungen in Osteuropa und die damit verbundene Öffnung der Grenzen hat auch die Arbeitsmarktverwaltung vor neue Herausforderungen gestellt. Nachdem bestehende Ausreisebeschränkungen weggefallen sind, ist es zu einem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte nach Österreich gekommen. Die Ursachen dafür liegen insbesondere in bestehenden Unterschieden hinsichtlich Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie eklatanten Kaufkraftdisparitäten. Zugleich ist im Zuge der beginnenden wirtschaftlichen Umstrukturierungen in den ehemaligen kommunistischen Staaten eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beobachten, wobei zu erwarten ist, daß sich diese Entwicklung fortsetzen wird.

Angesichts der Öffnung der Grenzen zu den östlichen Nachbarländern läge der Schluß nahe, der Zuwachs des ausländischen Arbeitskräfteangebots ginge auf diese Länder zurück und die Bewegung aus den traditionellen Gastarbeiterländern habe sich, dem Trend der Jahre zuvor entsprechend, stabilisiert. Tatsächlich geht jedoch **nur ein Drittel des Zuwachses auf den Zuzug aus den östlichen Nachbarländern zurück, zwei Drittel entfallen auf Angehörige der traditionellen Herkunftsländer**. Diese Entwicklung ist u. a. dadurch erklärbar, daß die Zulassungspolitik gegenüber den traditionellen Gastarbeitern, insbesondere dem Familiennachzug, in den Jahren zuvor eher restriktiv, und somit ein Nachholbedarf gegeben war.

Neben den zahlreichen, meist als Touristen einreisenden, ausländischen Arbeitnehmern wurde

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG**

Österreich zusätzlich mit Personen konfrontiert, die aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen mußten und um Asyl ansuchten. Die **Zahl der Asylanträge von Bürgern östlicher Staaten** ist allerdings mit der fortschreitenden Liberalisierung und Demokratisierung in diesen Ländern, ausgenommen Rumänien, **stark zurückgegangen** und dürfte in absehbarer Zeit arbeitsmarktpolitisch keine größere Bedeutung haben.

Während einerseits die Ausländerbeschäftigungspolitik durch eine **kontrollierte Bewilligungspraxis für Neuzugänge** zum österreichischen Arbeitsmarkt Verschlechterungen der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen durch billige ausländische Arbeitskräfte zu verhindern versucht, führt die praktizierte Politik offener Grenzen unter den geänderten Voraussetzungen in Osteuropa zu einem erleichterten Zugang von Ausländern, insbesondere aus den östlichen Nachbarländern.

Im Vordergrund der **Novelle 1990 zum Ausländerbeschäftigungsgesetz** stehen auch daher die Einführung einer absoluten Obergrenze der Ausländerbeschäftigung, der Ausbau des Integrationsprinzips, verbesserte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung sowie eine wesentliche Verfahrensbeschleunigung.

Da alle Integrationsbemühungen letztlich auch von der Bereitschaft der österreichischen Bevölkerung abhängen, Ausländer als gleichberechtigte Partner in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu akzeptieren, ist eine sozial verantwortliche Ausländerbeschäftigungspolitik aufgerufen, vermeintliche oder tatsächliche Konkurrenzsituationen, vor allem in bezug auf Arbeitsplätze, nicht entstehen zu lassen. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz sieht deshalb nunmehr eine **absolute Obergrenze** der Ausländerbeschäftigung im Ausmaß von zehn Prozent des Arbeitskräftepotentials vor, wobei unterhalb dieser Grenze durch die Einführung von Landeshöchstzahlen spezifischen regionalen Anforderungen Rechnung getragen werden kann.

Der verstärkten Orientierung am Integrationsprinzip entspricht ein **System unterschiedlicher Integrationsabstufungen**. Während für den Neuzugang von Ausländern auf den österreichischen Arbeitsmarkt grundsätzlich eine für einen konkreten Arbeitsplatz zu erteilende Beschäftigungsbewilligung notwendig ist, soll mit der erstmals eingerichteten Arbeitserlaubnis die Autonomie und Flexibilität des Ausländers am Arbeitsmarkt erhöht werden. Durch die bisher streng strenge Bindung an einen bestimmten Arbeitsplatz war der Ausländer auch bei schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses gezwungen. Die Neuregelung gestattet einem ausländischen Arbeitnehmer – bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zum Erhalt einer Arbeitserlaubnis – die Arbeitsaufnahme auf einem beliebigen Arbeitsplatz innerhalb des Bundeslandes, in dem er zuvor mit einer Beschäftigungsbewilligung tätig war.

Den besonderen Integrationsbemühungen dient vor allem der **erleichterte Erwerb des Befreiungsscheines** durch die Herabsetzung der erforderlichen Beschäftigungszeit auf fünf Jahre innerhalb der letzten acht Jahre.

**ARBEITSMARKTVERWALTUNG****AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG**

Die Novelle hat auch die **Kontrollmöglichkeiten** für die Organe der Arbeitsmarktverwaltung, insbesondere hinsichtlich der gesetzlichen Verankerung des Zutrittsrechts der Kontrollorgane zum Betrieb sowie der Parteistellung der Landesarbeitsämter im Verwaltungsstrafverfahren, wesentlich erweitert.

Das neue System der Ausländerbeschäftigung in Österreich wird durch Vorschriften betreffend die Verfahrensbeschleunigung ergänzt. Über Anträge auf Beschäftigungsbewilligung und Sicherungsbescheinigung ist vom Arbeitsamt binnen vier Wochen und vom Landesarbeitsamt binnen acht Wochen zu entscheiden.

Zur **Förderung der Integration ausländischer Arbeitskräfte** in den österreichischen Arbeitsmarkt wurden im Rahmen eines eigenen Förderungsprogrammes Beihilfen zur Förderung der beruflichen Mobilität (Höherqualifizierung, Arbeitsmarktausbildung), der regionalen Mobilität und des Arbeitsantrittes, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten sowie zur Förderung der Lehrausbildung und Berufsvorbereitung gewährt. Aufgrund des zu erwartenden weiteren Zustromes ausländischer Arbeitskräfte wurde die Dotierung des Hauptprogrammes 6 auch für dieses Jahr wiederum erhöht.

In Ergänzung der „Anweisung 1988“, die die Grundsätze und Richtlinien für die **Betreuungstätigkeit** im Arbeitsmarktservice darstellt, wurde unter Berücksichtigung des novellierten Ausländerbeschäftigungsgesetzes ein Konzept für die aktive Betreuung von Ausländern durch das Arbeitsmarktservice erarbeitet. Die aktive Betreuung umfaßt Beratung, Vormerkung, Vermittlung, die Durchführung von Kursmaßnahmen (Deutsch-, Integrations-, Qualifizierungskurse) sowie eine verstärkte Einbeziehung externer Ausländer-/Flüchtlingsberatungsstellen zur Lösung sozialer Probleme.

## **VERSORGUNGS-, SOZIALHILFE- UND BEHINDERTENANGELEGENHEITEN**

<b>1. Vorsorge für pflegebedürftige Personen .....</b>	<b>247</b>
<b>2. Leistungen aus den Versorgungsgesetzen .....</b>	<b>248</b>
2.1 Kriegsopferversorgung .....	248
2.2 Heeresversorgung .....	249
2.3 Opferfürsorge .....	249
2.4 Verbrechensoferentschädigung.....	250
2.5 Ehrenabgaben- und Hilfsfondsgesetze .....	250
<b>3. Beratungs- und Serviceleistungen .....</b>	<b>251</b>
3.1 Sozialservice .....	251
3.2 Zentrale Hilfsmittelberatungsstelle .....	251
3.3 Kummer-Nummer .....	252
3.4 Beratungsdienste für entwicklungsgestörte Kinder und Jugendliche .....	252
<b>4. Behinderteneinstellungsgesetz.....</b>	<b>253</b>
4.1. Zahl, Alter und Behinderungsgrad der begünstigten Personen.....	253
4.2. Anzahl der Pflichtstellen und deren Besetzung .....	254
4.3. Höhe der vorgeschriebenen Ausgleichstaxen .....	255
4.4. Prämien für die Dienstgeber.....	255
4.5. Lohnzuschüsse und Sonderprogramme.....	255
4.6. Geschützte Werkstätten .....	256
4.7. Fürsorgemaßnahmen .....	256
4.8. Förderungsausgaben und Gebarung des Ausgleichstaxfonds .....	258
<b>5. Förderungen von Organisationen der freien Wohlfahrtspflege.....</b>	<b>259</b>
<b>6. Angelegenheiten der allgemeinen Sozialhilfe und der Behindertenhilfe.....</b>	<b>259</b>
<b>7. Bundesbehindertengesetz.....</b>	<b>260</b>
<b>8. Internationale Angelegenheiten .....</b>	<b>262</b>



## BEHINDERTEN- UND VERSORGUNGSFRAGEN      VORSORGE FÜR PLEGEBEDÜRFTIGE

### 1.

## **Vorsorge für pflegebedürftige Personen**

Aufgrund einer EntschlieÙung des Nationalrates vom 27. September 1988 wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema "Vorsorge für pflegebedürftige Personen" eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe hat in der Sitzung vom 22. Mai 1990 ihre Ergebnisse zu einem Bericht zusammengefaÙt, der der Bundesregierung und dem Nationalrat vorgelegt wurde (s.a. Bericht über die soziale Lage 1989).

In weiterer Folge haben Verhandlungen zwischen Bund und Ländern mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen Regelung der Pflegevorsorge stattgefunden.

### **Grundsätze**

Bisher wurde über folgende Grundsätze Übereinstimmung erzielt:

- Die bundeseinheitliche Regelung der Pflegevorsorge sollte eine **Kombination aus Sach- und Geldleistungen** sein.
- Ein **nach dem tatsächlichen Pflegebedarf abgestuftes Pflegegeld** soll das bisherige System des Hilflosenzuschusses und vergleichbarer Leistungen ersetzen und ergänzen.
- Ein **flächendeckendes Angebot ambulanter Dienstleistungen** und qualitativ hochwertiger Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen soll geschaffen werden.
- Die Betroffenen sollen frei zwischen Betreuung zu Hause oder in Heimen entscheiden können. Die **weiterbestehenden Heime sollen klein, dezentral** und in die Wohngemeinden integriert sein und müssen einem bundeseinheitlichen Standard entsprechen.
- Darüberhinaus soll es eine **sozialrechtliche Absicherung der Pflegepersonen** geben.

### **Vorarbeiten für ein Modell zur Schaffung eines bundeseinheitlichen Pflegegeldes**

Zur Umsetzung dieser Vorschläge arbeitet derzeit eine Expertengruppe im Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Modell für ein bundeseinheitliches Pflegegeld aus. Die Gruppe besteht aus Vertretern der beteiligten Bundesministerien, der Länder, des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger sowie Vertretern der Sozialpartner und der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation als Dachorganisation der Interessenvertretungen behinderter Menschen.

## 2.

# Leistungen aus den Versorgungsgesetzen

## 2.1. Kriegsopferversorgung

### Änderung des Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957.

Durch das Versorgungsrechts-Änderungsgesetz 1990 und das Sozialrechts-Änderungsgesetz 1990 wurde auch das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 (KOVG 1957) geändert.

Entsprechend der außerordentlichen Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze in der Sozialversicherung wurden **die erhöhten Zusatzrenten** für beschädigte und die erhöhten Waisenrenten nach dem KOVG 1957 in gleicher Weise angehoben, weil diese Versorgungsleistungen so wie die Ausgleichszulagen der Deckung des Lebensunterhaltes dienen. Hinsichtlich der vergleichbaren Leistungen für Witwen und Eltern nach dem KOVG 1957 wirkte sich die außerordentliche Erhöhung der ASVG-Ausgleichszulagenrichtsätze unmittelbar aus, weil diese Leistungen durch Verweisungen auf das ASVG an den jeweiligen Ausgleichszulagenrichtsatz gebunden sind.

### Anpassung des Versorgungswesens an die Sozialversicherung

Zur Anpassung des Versorgungswesens an den Bereich der Sozialversicherung (49. Novelle zum ASVG) wurden die Versorgungsleistungen nach dem KOVG 1957 ab 1. Jänner 1990 um 1 vH zusätzlich erhöht. Bezieher einer vom Einkommen abhängigen Leistung erhielten zur **Abgeltung der erhöhten Heizkosten** eine einmalige Zuwendung von 1.000,— S.

### Finanzieller Aufwand für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene und Anzahl der Rentenempfänger

Im Jahre 1990 betrug der finanzielle Rentenaufwand für 60.463 Kriegsbeschädigte und 61.676 Hinterbliebene insgesamt **5.750,3 Mill. S.**

### RENTENAUFWAND FÜR KRIEGBESCHÄDIGTE UND HINTERBLIEBENE

Jahr *	Beschädigte		Hinterbliebene		insgesamt	
	Kopfzahl	Aufwand * in Mill. S	Kopfzahl	Aufwand * in Mill. S	Kopfzahl	Aufwand in Mill. S
1989	63.486	2.551,5	64.554	3.103,2	128.040	5.654,7
1990	60.463	2.568,4	61.676	3.181,9	122.139	5.750,3
Veränderung in %	-4,8	+0,7	-4,5	+2,5	-4,6	+1,7

\*) jeweils am Jahresende

**BEHINDERTEN- UND VERSORGUNGSFRAGEN****HEERESVERSORGUNG, OPFERFÜRSORGE****2.2. Heeresversorgung****Verweisungen auf das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957**

Aufgrund von Verweisungen auf das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 kommen die für den Bereich der Kriegsopferversorgung beschlossenen außerordentlichen Leistungserhöhungen auch den bedürftigen Versorgungsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz (HVG) zugute.

Bezüglich der weiteren legislatischen Änderungen gelten sinngemäß die Ausführungen im Kapitel "Kriegsopferversorgung".

**Finanzieller Aufwand für Beschädigte und Hinterbliebene und Anzahl der Rentenempfänger**

Im Jahre 1990 betrug der finanzielle Rentenaufwand für 1.227 Beschädigte und 108 Hinterbliebene in der Heeresversorgung insgesamt **74,071 Mill. S.**

**2.3. Opferfürsorge****Anzahl der Rentenempfänger**

Die Zahl der Empfänger wiederkehrender Geldleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz (Renten- und Beihilfenempfänger) hat sich im Berichtsjahr von 3.552 Personen im Jänner 1990 auf **3.418 Personen** im Jänner 1991 verringert (- 3,8% ; 1989 - 1,4 %). Von diesen 3.418 Personen sind 1.928 Selbstopfer und 1.490 Hinterbliebene. In den Jahren vor 1988 entfiel der wesentliche Teil des absoluten Abganges auf die Selbstopfer. Demgegenüber sank im Jahre 1988 die Zahl der Selbstopfer geringer als die Zahl der Hinterbliebenen und hat 1989 sogar zugenommen. Dies war durch die mit BGBl. Nr. 197/1988 herbeigeführte Ausweitung des rentenberechtigten Personenkreises begründet.

Im Jahre 1990 entfiel der wesentliche Teil des absoluten Abganges wieder auf die Selbstopfer. Die Änderungsrate des Personenkreises der Selbstopfer, deren Zahl von 2.001 auf 1.928 gesunken ist, betrug demnach im Jahre 1990 - 3,6 %. Zum Vergleich: - 6,8 % im Jahre 1987, - 2,7 % im Jahre 1988 und + 2,6 % im Jahre 1989.

Von den 3.418 Rentenempfängern stehen 2.005 Personen, das sind 58,7 % im Bezug von einkommensabhängigen Versorgungsleistungen. Zum Vergleich: 1987 54,4 %, 1988 55,4 % und 1989 57,8 % aller Rentenempfänger. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Angehörigen des anspruchsberechtigten Personenkreises bereits größtenteils Pensionsempfänger sind, wovon wieder ein beträchtlicher Teil Pensionen bezieht, deren Höhe unter den Einkommensgrenzen des Opferfürsorgegesetzes liegt.

**Finanzieller Aufwand für Beschädigte und Hinterbliebene**

Im Jahre 1990 betrug der finanzielle Rentenaufwand für 1.928 Beschädigte und 1.490 Hinterbliebene insgesamt **221,5 Mill. S**

**BEHINDERTEN- UND VERSORGUNGSFRAGEN****VERBRECHENSOPFERENTSCHÄDIGUNG****2. 4. Verbrechensofferentschädigung**

Das Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen steht seit 1. September 1972 in Kraft.

**Anspruchsberechtigter Personenkreis**

Hilfeleistungen werden österreichischen Staatsbürgern erbracht, die durch ein mit Vorsatz begangenes Verbrechen oder als unbeteiligte Dritte an einer solchen verbrecherischen Handlung eine Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung erlitten haben und dadurch in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind.

**Art der finanziellen Leistungen**

Die Hilfe erstreckt sich auf den **Ersatz des Verdienstentganges** bis zum Vierfachen des jeweiligen Richtsatzes nach § 293 ASVG und die Übernahme der Kosten für Heilfürsorge, orthopädische Versorgung sowie Rehabilitation. Außerdem können nach Maßgabe der Bestimmungen des Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957 Pflege- und Blindenzulagen bewilligt werden. Im Falle der Tötung des Opfers wird den Hinterbliebenen der Unterhaltsentgang bis zu dem oben genannten Ausmaß ersetzt und erforderlichenfalls Heilfürsorge und orthopädische Versorgung gewährt. Die Bestattungskosten werden demjenigen ersetzt, der sie geleistet hat.

**Finanzieller Aufwand**

Im Jahre 1990 betrug der finanzielle Aufwand für den anspruchsberechtigten Personenkreis insgesamt **8,5 Mill. S.**

**Anzahl der Fälle**

Bis 31. Dezember 1990 wurden 1.262 Hilfeleistungen gewährt, davon entfielen 402 Fälle auf den Ersatz des Verdienst- bzw. Unterhaltsentganges.

**2.5. Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz**

Mit dem Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz vom 23. März 1988, BGBl. Nr. 197, wurde für hilfsbedürftige Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung ein Hilfsfonds errichtet, aus dem ihnen einmalige Zuwendungen geleistet werden können. Aus diesem Fonds können auch gemeinnützige private Einrichtungen Zuwendungen erhalten.

**Anzahl der Empfänger von Zuwendungen und finanzieller Aufwand**

Bis zum 31. Dezember 1990 wurden aufgrund dieses Bundesgesetzes an **3.523 Personen Zuwendungen** aus dem Hilfsfonds **in der Höhe von 22,9 Mill.S** geleistet.

### **3.**

## **Beratungs- und Serviceleistungen**

### **3.1. Sozial-Service des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Landesinvalidenämter**

Die starke Zersplitterung der Zuständigkeit im Behindertenwesen erschwert es Hilfesuchenden immer wieder, jene Stelle zu finden, die ihnen wirksame Hilfe zu leisten vermag. Um Abhilfe zu schaffen, wurde beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein SOZIAL-SERVICE als bundesweit agierendes Dokumentations- und Informationszentrum eingerichtet.

Weiters wurden bei allen Landesinvalidenämtern Sozial-Servicestellen als Informations- und Beratungszentren eingerichtet. Das Informationsangebot dieser Sozial-Servicestellen bei den Landesinvalidenämtern haben im Jahr 1990 15.083 Personen in Anspruch genommen.

### **3.2. Zentrale Hilfsmittelberatungsstelle**

Beim Sozial-Service wurde eine Zentrale Hilfsmittelberatungsstelle für behinderte Menschen aufgebaut.

#### **Adressatenkreis**

Diese Einrichtung steht folgendem Personenkreis zur Verfügung:

- Behinderten Menschen und ihren Angehörigen
- Fachleuten auf dem Gebiet der Rehabilitation (Ergotherapeuten, Ärzten, Sozialarbeitern etc.)
- Institutionen, Vereinen, Verbänden
- allen anderen auf dem Gebiet der Behindertenarbeit tätigen Personen.

#### **Dokumentation der Hilfsmittel**

Von den Mitarbeitern der Beratungsstelle wurde in Zusammenarbeit mit Herstellern, Wiederverkäufern und Fachleuten der Rehabilitation eine umfassende Dokumentation der auf dem Markt befindlichen Hilfsmittel erstellt. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß hier unter Hilfsmittel nicht nur die "klassischen" Hilfsmittel der orthopädischen Versorgung verstanden werden, sondern im besonderen Maße auch alle jene Produkte des allgemeinen Marktes, die aufgrund ihrer Beschaffenheit für behinderte Menschen besonders geeignet sind.

Diese Dokumentation erfolgt nach einem Klassifikationsschema, das die Hilfsmittel nach Lebensbereichen untergliedert (z.B. Haushalt, Körperpflege, Fortbewegung, Arbeitsplatz etc.).

## BEHINDERTEN- UND VERSORGUNGSFRAGEN      BERATUNGS- UND SERVICELEISTUNGEN

Die so gesammelten Fakten wurden einer **Datenbank** eingespeichert, die so gestaltet ist, daß nunmehr in einer ersten Ausbaustufe eine dezentrale Abfragemöglichkeit in allen Bundesländern und zwar im jeweiligen Landesinvalidenamt gestattet ist.

Eine weitere Dezentralisierung der Informationsmöglichkeit wird nach dem jeweiligen Stand der Datenübertragungstechnik (z.B. BTX) angestrebt.

### **3.3. Kummer-Nummer**

Die "Kummer-Nummer" ist eine **gemeinsame Aktion des ORF/Ö3, der Caritas Wien und dem Sozial-Service** (Beratungs-, Dokumentations- und Informationszentrum des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales).

Die Aufgabenstellung der "Kummer-Nummer" ist es, nicht nur Menschen, die anonym bleiben können, bei der Lösung sozialer Fragen und Probleme behilflich zu sein, sondern vor allem das Verständnis für soziale Problemstellungen in der Bevölkerung zu verbessern (Abbau von Schwellenängsten, Motivation zur Selbsthilfe). Schwerpunktsetzungen, private Initiativen, Gründungen von Selbsthilfegruppen usw. konnten durch die Tätigkeit der "Kummer-Nummer" initiiert bzw. durchgeführt werden.

### **3.4. Beratungsdienste für entwicklungsgestörte Kinder und Jugendliche**

Im Jahre 1976 wurde in Zusammenarbeit mit dem Land **Burgenland** ein Beratungsdienst für entwicklungsgestörte Kinder und Jugendliche geschaffen, der unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. Andreas R e t t steht. Damit wurde eine kontinuierliche Begleitung des früh erfaßten Säuglings und Kindes bis zum 19. Lebensjahr ermöglicht, die einen wesentlichen Bestandteil für die Vorbereitung und Durchführung einer späteren beruflichen und sozialen Integration der Behinderten bildet.

Das Beratungsteam besteht aus Fachleuten der Bereiche Medizin, Psychologie und Sozialarbeit. Die Aufgabenstellung umfaßt Vorsorgeuntersuchungen für Risikosäuglinge, medizinische und psychologische Diagnostik sowie Erziehungs- und Sozialberatung, Herstellung von Kontakten mit Rehabilitationsträgern und Therapeuten sowie periodische Nachkontrollen.

Im Jahre 1987 wurde in Zusammenarbeit mit dem Land **Steiermark** ein Beratungsdienst für entwicklungsgestörte Kinder und Jugendliche für die Bezirke Hartberg und Leibnitz errichtet und im Jahre 1989 auf die Bezirke Radkersburg, Weiz und Feldbach ausgeweitet. Dieser Beratungsdienst steht unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Univ. Prof. Dr. Ronald K u r z .

Für das zweite Halbjahr 1991 ist geplant, ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Land im Bundesland **Salzburg** einen solchen Beratungsdienst einzurichten.

**4.****Behinderteneinstellungsgesetz****Zielsetzung**

Diesem Bundesgesetz liegt die sozialpolitische Zielvorstellung zugrunde, den behinderten Menschen eine möglichst **umfassende Eingliederung in Beruf und Gesellschaft** zu bieten, wobei die berufliche Rehabilitation und die Integration in das allgemeine Erwerbsleben im Vordergrund stehen.

**Adressatenkreis**

Die Bestimmungen des Behinderteneinstellungsgesetzes umfassen sowohl für begünstigte Behinderte als auch für deren Dienstgeber Hilfen und Förderungen

**4.1. Zahl, Alter, Behinderungsgrad der begünstigten Personen**

Der Schutz des Behinderteneinstellungsgesetzes erstreckt sich zum Stichtag 1. Jänner 1991 auf **46.092 begünstigte Behinderte**, was eine Steigerung gegenüber 1. 1. 1990 von ca. 3000 Personen bedeutet. Ca. 42000 Personen sind "Zivilbehinderte", ca. 3000 Personen Arbeitsunfallgeschädigte und ca. 1500 Personen Empfänger von Leistungen der Kriegsopfer-Heeresversorgungs- und Opferfürsorgegesetze.

40 % der begünstigten Behinderten sind unter 40 Jahre, 30 % zwischen 40 und 50 Jahre und 30 % über 50 Jahre.

2 % der begünstigten Behinderten haben einen geringeren **Behinderungsgrad** als 50 v.H., ca. 40 % einen Behinderungsgrad von 50 v.H., ca. 20 % einen von 60 v.H., ca. 30 % einen zwischen 70 % und 90 % v.H. und ca. 8 % einen von 100 %.

**Auftellung der erfaßten begünstigten Behinderten nach der Höhe des Grades der Behinderung zum Stichtag 1. Jänner 1991**

Grad der Behinderung	Anzahl
30 v. H.	591
40 v. H.	344
50 v. H.	17.019
60 v. H.	9.553
70 v. H.	7.998
80 v. H.	5.678
90 v. H.	1.440
100 v. H.	3.469
Insgesamt	46.092

## 4.2. Anzahl der Pflichtstellen und deren Besetzung

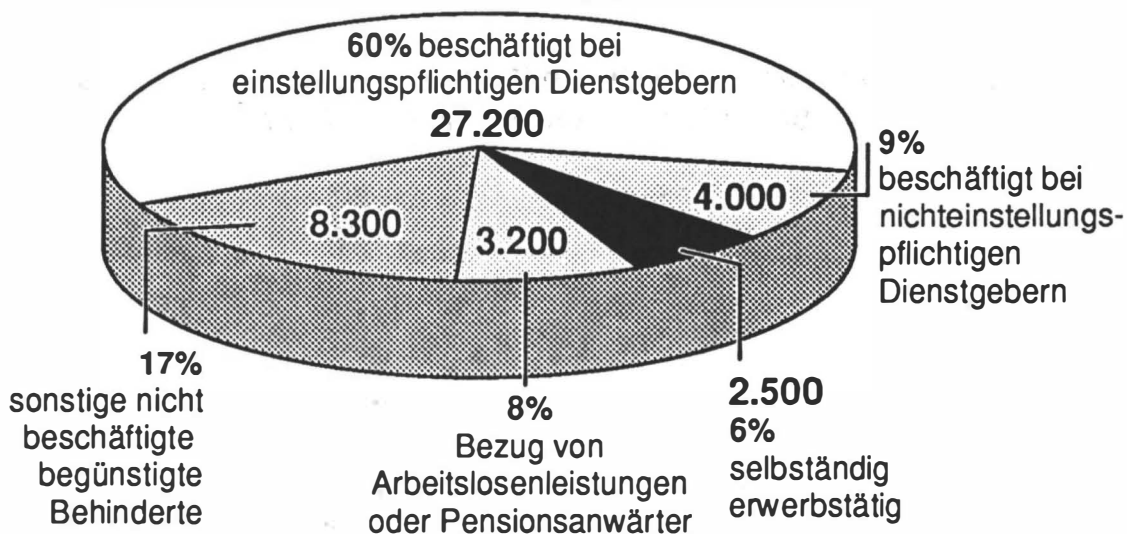
Das Behinderteneinstellungsgesetz verpflichtet jeden Dienstgeber, der 25 oder mehr Dienstnehmer beschäftigt, auf je 25 Dienstnehmer mindestens einen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz begünstigten Behinderten zu beschäftigen (§ 1 Abs.1).

Kommt ein Dienstgeber diesem gesetzlichen Auftrag nicht oder nicht vollständig nach, so hat er für jeden nicht besetzten Pflichtplatz die Ausgleichstaxe zu entrichten. Diese wird jährlich im nachhinein von den Landesinvalidenämtern vorgeschrieben (§ 9 Abs.1). Die **Ausgleichstaxe** betrug im Jahre 1989 monatlich S 1.560 und im Jahre 1990 S 1620.

Im Jahre 1989 wurden bei den der Einstellungsverpflichtung unterliegenden Dienstgebern (ohne Gebietskörperschaften) im Statistikmonat August insgesamt **41.710 Pflichtstellen** errechnet, von denen 21.749 durch beschäftigte Behinderte besetzt und **19.961 nicht besetzt** waren.

Diese Zahlen zeigen, daß eine beträchtliche Anzahl der einstellungspflichtigen Betriebe die Bezahlung der Ausgleichstaxe einer Beschäftigung von begünstigten Behinderten vorzieht. Diese Zahlen geben aber nur zum Teil ein Bild über die tatsächlichen Beschäftigungschancen von begünstigten Behinderten, da einige einstellungspflichtige Dienstgeber mehr begünstigte Behinderte aufgenommen haben, als ihnen Pflichtstellen zugeordnet werden und außerdem 4000

**Beschäftigungsstatus der  
begünstigten Behinderten  
Oktober 1990**





**BEHINDERTEN- UND VERSORGUNGSFRAGEN****BEHINDERTENEINSTELLUNGSGESETZ**

begünstigte Behinderte in nichteinstellungspflichtigen Betrieben beschäftigt sind. **Von den ca. 45.000 begünstigten Behinderten sind ca. 75 % erwerbstätig, 8 % arbeitslos oder Pensionsanwärter und ca. 17 % nicht erwerbstätig und nicht durch die Arbeitslosenversicherung erfaßt.**

Für den Bund und die Länder liegen lediglich Daten aus dem Jahre 1988 vor. Beim **Bund** waren **von 6.821 Pflichtstellen 2.090 nicht besetzt**. Eine Gesamtbetrachtung der **Länder** - von denen im Jahre 1988 keines seiner Beschäftigungspflicht zur Gänze nachgekommen ist - ergibt eine **Pflichtzahl von 5.061, wovon 1.553 offen** blieben.

#### **4.3. Höhe der vorgeschriebenen Ausgleichstaxen**

Entsprechend der Zahl der nicht besetzten Pflichtstellen wurden den Dienstgebern für das Jahr 1990 **Ausgleichstaxen** im Betrag von vorläufig rund **460 Mill. S** von den Landesinvalidenämtern vorgeschrieben.

Die eingehenden Ausgleichstaxen fließen dem mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Ausgleichstaxfonds zu, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales verwaltet wird.

#### **4.4. Prämien für Dienstgeber**

Nichteinstellungspflichtige Dienstgeber erhalten für jeden beschäftigten begünstigten Behinderten und einstellungspflichtige Dienstgeber für jeden über die Pflichtzahl hinaus beschäftigten begünstigten Behinderten eine Prämie in Höhe von 75 v.H. der jeweils festgesetzten Ausgleichstaxe. Diese **Prämie betrug** im Jahre 1989 monatlich 1.170 S und im Jahre **1990 1.215 S**. Ferner erhalten Dienstgeber für jeden beschäftigten, in Ausbildung stehenden begünstigten Behinderten eine Prämie in voller Höhe der Ausgleichstaxe.

Für 1990 wurden **an ca. 6.000 Dienstgeber Prämien im Gesamtbetrag von etwa 140 Mill.S** gewährt. Diese Prämien gebühren einerseits für die Beschäftigung von mehr begünstigten Behinderten als der gesetzlichen Einstellungspflicht entspricht (bzw. für die Beschäftigung von behinderten Lehrlingen), andererseits für die Erteilung von Arbeitsaufträgen an Einrichtungen, in denen überwiegend schwerbehinderte Menschen tätig sind.

#### **4.5. Lohnzuschüsse und Sonderprogramme**

Die gesetzlichen Förderungsmöglichkeiten hinsichtlich Lohnzuschüsse zeigen im Bereich des Ausgleichstaxfonds seit Jahren steigende Tendenzen. So z.B. wurden 1990 an **Lohnzuschüssen 68 Mio.S** aufgewendet, dies bedeutet **gegenüber 1989 eine 34 %ige Ausgabensteigerung**. Eine weitere Untersuchung zeigt, daß sich diese Steigerung nicht nur aus der jährlichen Anpassung der Löhne und Gehälter ergibt, sondern darüber hinaus jährlich mehr Dienstgeber

## BEHINDERTEN- UND VERSORGUNGSFRAGEN

## BEHINDERTENEINSTELLUNGSGESETZ

(1591: + 14 % gegenüber 1989) für mehr beschäftigte begünstigte Behinderte (2428: + 19 % gegenüber 1989) derartige Leistungen beansprucht haben.

Seit dem 1. Jänner 1989 besteht die Möglichkeit der Förderungsvergabe an Dienstgeber im Rahmen der Sonderprogramme zur Verbesserung der beruflichen Eingliederung Behinderter. Mit Hilfe dieser Projekte sollen unter Bedachtnahme auf regionale und wirtschaftliche Erfordernisse zusätzliche Arbeits- oder Ausbildungsplätze für behinderte Menschen geschaffen werden. Bisher wurden rund 20 Sonderprogramme verwirklicht, in deren Rahmen rund **150 zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze** für behinderte Menschen eingerichtet werden konnten.

### 4.6. Geschützte Werkstätten

Zum 1. Oktober 1990 standen in den geschützten Werkstätten in Wien (Tannhäuserplatz), in St. Pölten, in Wr. Neustadt, in Stadtschlaining im Burgenland, in Graz und in Kapfenberg/Diemlach, in Klagenfurt (Fischlstraße und Gutenbergstraße), in Mittenwald bei Villach und in Wolfsberg im Lavanttal, in Linz, in Salzburg und in Bruck/Glocknerstraße sowie im Vomp in Tirol insgesamt rund 1.170 Dienstnehmer, davon rund **930 behinderte Arbeitnehmer**, in Beschäftigung bzw. in Ausbildung.

#### Finanzierung der geschützten Werkstätten

Die Zahlen aus der folgenden Tabelle geben für den Ausgleichstaxfonds nur einen Teil der Kosten wieder. Für die Errichtung, den Ausbau und die maschinelle Ausstattung sowie den laufenden Betrieb wurden im Jahre 1989 vom Ausgleichstaxfonds insgesamt ca. 100 Mio. S aufgewendet. Was die Abgeltung der rein behinderungsbedingten Mehrkosten (ca. 47 Mio. S) betrifft, so gab es dabei eine finanzielle Kooperation mit der Arbeitsmarktverwaltung und den Ländern, wobei auf den Ausgleichstaxfonds 43 %, die Länder 37 % und die Arbeitsmarktverwaltung 20 % der Kostentragung entfielen.

### 4.7. Fürsorgemaßnahmen

Für Zwecke der Erholungsfürsorge, sonstige Fürsorgemaßnahmen und auch für maschinelle Ausstattungen wurden im Jahre 1990 aus Mitteln des Ausgleichstaxfonds insgesamt **85,8 Mill. S** an die Kriegsopferverbände Österreichs und andere Behindertenorganisationen gewährt.

## BEHINDERTEN- UND VERSORGUNGSFRAGEN      BEHINDERTENEINSTELLUNGSGESETZ

# **Geschützte Werkstätten** **Subventionsleistungen nach Bundesländern 1989**

Bundesland	Ausgleichstaxfonds		Arbeitsmarktver- waltung		Land		Insgesamt		Durchschnittl. Beschäftigten- zahl		Durchschnittl. Subventions- leistungen pro Beh. u. Monat
	in Mill. S	%	in Mill. S	%	in Mill. S	%	in Mill. S	%	Gesamt	davon Behinderte	
<b>Wien</b>	<b>4,505</b>	<b>39,0</b>	<b>1,561</b>	<b>13,5</b>	<b>5,473</b>	<b>47,4</b>	<b>11,539</b>	<b>100</b>	<b>102</b>	<b>79</b>	<b>12.172</b>
<b>Niederösterreich</b>											
(GW St. Pölten)	6,074	46,4	4,004	30,6	3,002	23,0	13,080	100	135	107	10.187
(GW Wr. Neustadt)	2,326	43,4	2,224	41,5	0,807	15,1	5,357	—	49	37	12.065
<b>Burgenland</b>	<b>2,409</b>	<b>56,3</b>	<b>0,936</b>	<b>21,9</b>	<b>0,932</b>	<b>21,8</b>	<b>4,277</b>	<b>100</b>	<b>34</b>	<b>29</b>	<b>12.290</b>
<b>Oberösterreich</b>	<b>3,974</b>	<b>43,4</b>	<b>0,622</b>	<b>6,8</b>	<b>4,567</b>	<b>49,8</b>	<b>9,163</b>	<b>100</b>	<b>83</b>	<b>67</b>	<b>11.397</b>
<b>Salzburg</b>	<b>7,050</b>	<b>46,3</b>	<b>1,064</b>	<b>7,0</b>	<b>7,118</b>	<b>46,7</b>	<b>15,232</b>	<b>100</b>	<b>147</b>	<b>126</b>	<b>10.074</b>
<b>Steiermark</b>	<b>8,074</b>	<b>35,5</b>	<b>8,226</b>	<b>36,2</b>	<b>6,418</b>	<b>28,3</b>	<b>22,718</b>	<b>100</b>	<b>186</b>	<b>141</b>	<b>13.427</b>
<b>Kärnten</b>	<b>8,583</b>	<b>46,2</b>	<b>0,002</b>	<b>0,0</b>	<b>10,000</b>	<b>53,8</b>	<b>18,585</b>	<b>100</b>	<b>181</b>	<b>150</b>	<b>10.325</b>
<b>Tirol</b>	<b>3,949</b>	<b>36,6</b>	<b>3,888</b>	<b>36,0</b>	<b>2,957</b>	<b>27,4</b>	<b>10,794</b>	<b>100</b>	<b>78</b>	<b>69</b>	<b>13.036</b>
<b>Vorarlberg</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>46,944 +)</b>	<b>42,4</b>	<b>22,527</b>	<b>20,3</b>	<b>41,274</b>	<b>37,3</b>	<b>110,745</b>	<b>100</b>	<b>995</b>	<b>805</b>	<b>11.464</b>

+ ) Dieser Betrag betrifft lediglich die Abgeltung der behinderungsbedingten Mehrkosten im laufenden Betrieb, ohne Darlehen

**BEHINDERTEN- UND VERSORGUNGSFRAGEN****BEHINDERTENEINSTELLUNGSGESETZ****4.8. Förderungsausgaben und Gebarung des Ausgleichstaxfonds**
**AUFGLIEDERUNG DER FÖRDERUNGSAusgaben  
 DES AUSGLEICHSTAXFONDS LAUT BILANZ IN MILL. S  
 (GESAMTES BUNDESgebiet)**

J a h r	1 9 8 9	1 9 9 0
1. Subventionen (ohne Überweisungen gem. § 6(5)OFG)	44,866	85,794
2. Prämien an Dienstgeber (Behindertenbeschäftig.)	83,598	96,112
3. Aufwand für Verkaufsträge (§ 5 IEinstG)	28,006	39,655
4. Technische Arbeitshilfen	2,794	3,593
5. Zuschüsse zur Arbeitsplatzausstattung und Behindertentelefonanlagen	0,570	2,726
6. Lohnzuschüsse an Dienstgeber	49,641	67,637
7. Förderungen gem. § 6 IEinstG	4,779	4,396
8. Fahrtkostenzuschüsse für Rollstuhlfahrer	6,869	7,776
9. PKW-Zuschüsse	7,907	11,065
10. Zuschüsse f. Wohnraumbeschaffung u. mobile Behelfe	2,616	5,149
11. Hör-, orth-, proth- u. sonst. Behelfe	3,552	8,459
12. Studien-, Schüler- u. Lehrlingsbeihilfen	5,649	5,775
13. Sonstige Fürsorgeleistungen	5,808	12,286
14. Aushilfen und Studienbeihilfen OFG	10,861	10,184
15. Aufwand für geschützte Werkstätten Lehrwerkstätten u. sonstige Zentren (SUMME)	(97,472)	(79,638)
a) Errichtungskosten	44,146	7,631
b) Investitionen für Einrichtung	3,723	13,474
c) jährliche ordentliche Abgangsdeckung	48,312	55,575
d) sonstige Ausgaben	1,291	2,958
16. Aufwand für Sonderprogramme		3,964
<b>SUMME Förderungsausgaben</b>	<b>354,988</b>	<b>440,245</b>

## 5. Förderungen von Organisationen der freien Wohlfahrtspflege

Die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege erbringen auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialhilfe und der Behindertenhilfe äußerst wertvolle, vielseitige, umfangreiche und meist die öffentliche Hand wesentlich entlastende Leistungen. Ihre verdienstvolle Tätigkeit stellt eine unentbehrliche Ergänzung der Fürsorgeeinrichtungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden dar. Die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege erhielten im Jahre 1990 Zuschüsse in Form von **Subventionen** im Gesamtbetrag von **14,1 Mill. S.**

Im Rahmen dieser Förderungsmaßnahmen wurden insbesondere jene Pensionistenorganisationen in erheblichem Ausmaße subventioniert, die sich in steigendem Umfang der verbesserten **Betreuung älterer Menschen** widmen, wobei ihre Hauptaktivitäten der Bekämpfung der Einsamkeit alter Menschen dienen.

## 6. Angelegenheiten der allgemeinen Sozialhilfe und der Behindertenhilfe

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales war um eine Harmonisierung der oft stark voneinander abweichenden landesgesetzlichen Regelungen über Sozialhilfe bemüht. Darüber hinaus wirkte es im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für Sozialhilfe und Jugendwohlfahrtspflege bei der Prüfung und Lösung wichtiger Fragenkomplexe mit und war auch in zahlreichen Fällen bei der Rückführung hilfsbedürftiger Österreicher aus dem Ausland und bei der Übernahme in die heimatische Fürsorge eingeschaltet.

Auf dem Gebiet der Behindertenhilfe bemüht sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales um eine Koordinierung der Maßnahmen des Bundes, der Länder und anderer Rehabilitationssträger und leistete den Selbsthilfeeinrichtungen der Behinderten wertvolle Unterstützung.

### Finanzieller Aufwand aus Mitteln des Nationalfonds

Aus Mitteln des Nationalfonds wurden im Jahre 1990 Zuwendungen in Höhe von **6,9 Mill. S** gewährt. Im Rahmen des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte wurden auch zahlreichen **dauernd stark gehbehinderten Menschen** jene Mehrleistung abgegolten, die ihnen durch die Erhöhung der Umsatzsteuer von 20 % auf 32 % bei der Lieferung von Kraftfahrzeugen entstanden sind. Die dafür aufgewendeten Mittel betrugen im Jahre 1990 **29,8 Mill. S** und wurden zur Gänze vom Bund ersetzt.

## 7.

### Bundesbehindertengesetz

Die Rechtslage im Bereich des Behindertenwesens ist sehr zersplittert und unübersichtlich. Mit dem Bundesgesetz über die Beratung, Betreuung und besondere Hilfe für behinderte Menschen (Bundesbehindertengesetz - BBG), BGBl. Nr. 283/90, wird daher **ein erster Schritt gesetzt, die behindertenrechtlichen Regelungen auf Bundesebene in einem Gesetz zusammenzufassen.**

Das Bundesbehindertengesetz enthält im wesentlichen folgende Regelungen:

- Bestimmungen über die **Koordinierung der Rehabilitationsleistungen** verankern die bestehende Praxis im Gesetz und machen sie für den Staatsbürger zugänglich;
- der beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingerichtete **Invalidenfürsorgebeirat** wird zu einem umfassenden Bundesbehindertenbeirat ausgebaut;
- die **Sozial-Servicestellen** der Landesinvalidenämter und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die **Zentrale Hilfsmittelberatungsstelle** und die **Beratungsdienste für Kinder und Jugendliche** bei den Landesinvalidenämtern werden **gesetzlich verankert**;
- ein **einheitlicher Behindertenpaß** auf Bundesebene wird eingeführt, dessen Geltung durch entsprechende Vereinbarungen mit den Ländern auf alle behinderten Menschen in Österreich ausgedehnt werden kann;
- die **Fahrpreismäßigungen** für bestimmte Gruppen behinderter Menschen werden gesetzlich verankert;
- die besondere Hilfe für behinderte Menschen aus dem **"Nationalfonds"** sowie der **Rückersatz der erhöhten Umsatzsteuer** bei Ankauf eines Kraftfahrzeuges, die bisher im Nationalfondsgesetz enthalten waren, werden **in das Bundesbehindertengesetz übernommen.**

Der Gesetzesentwurf wurde allen für eine Begutachtung in Frage kommenden Stellen übermittelt. Aufgrund der eingelangten Stellungnahmen wurde der Entwurf in einer Reihe von Punkten überarbeitet. Der Entwurf wurde in der Folge nochmals mit dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Vertretern der Länder und der Interessenvertretungen sowie mit den beteiligten Bundesministerien diskutiert.

Nach Abschluß dieser Verhandlungen wurde der Gesetzesentwurf im April 1990 als Regierungsvorlage im Nationalrat eingebracht. Am 17. Mai 1990 wurde das Bundesbehindertengesetz vom Nationalrat beschlossen und trat am 1. Juli 1990 in Kraft.

## Behindertenpaß

Die Einführung eines einheitlichen Ausweises für behinderte Menschen wurde von den Behindertenverbänden schon seit längerer Zeit gefordert. Bis zum Inkrafttreten des Bundesbehindertengesetzes (BBG) gab es auf Bundesebene lediglich Ausweise für einzelne Gruppen behinderter Menschen wie z.B. die Ausweise nach § 14a des Behinderteneinstellungsgesetzes für begünstigte Behinderte.

Nunmehr wurde auf der Grundlage des § 40 BBG ein **einheitlicher Behindertenpaß** für alle jene Schwerbehinderten geschaffen, für die eine Zuständigkeit des Bundes gegeben ist.

Durch die Bestimmung des § 40 Abs. 2 BBG ist die Möglichkeit eingeräumt, durch den Abschluß von Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern auch jene behinderten Menschen einzubeziehen, für die gemäß Artikel 15 B-VG die Länder zuständig sind.

Die Verordnung über die Ausstellung von Behindertenpässen trat mit 1. März 1991 in Kraft.

## Fahrpreisermäßigung für Behinderte

In Entsprechung der Entschliebung des Nationalrates vom 27. September 1988 wurde ab 1. Jänner 1989 neben Schwerkriegsbeschädigten und Zivilblinden auch Personen, für die eine erhöhte Familienbeihilfe bezogen wird, sowie Beziehern eines Pflegegeldes oder eines Hilflosenzuschusses eine Fahrpreisermäßigung auf den Eisenbahnlinien der Österreichischen Bundesbahnen eingeräumt.

Ab 1. Jänner 1990 können auch **Bezieher von Versehrtenrenten** nach einer Minderung der Erwerbstätigkeit von mindestens 70 v.H., **Versorgungsberechtigte** nach dem Heeresversorgungsgesetz ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 v.H. und **begünstigte Behinderte** im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes ab einem Grad der Behinderung von 70 v.H. diese **Fahrpreisermäßigung** in Anspruch nehmen (§ 48 BBG).

## 8.

### Internationale Angelegenheiten

Durch die Teilnahme Österreichs an den Aktivitäten des Ausschusses für Rehabilitation und Eingliederung Behinderter im Rahmen des **Europarates** (Teilabkommen) hatte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wichtige Tätigkeiten durchzuführen, die der schrittweisen Harmonisierung der einschlägigen Gesetzgebung und Verwaltung in den beteiligten Staaten dienen und den internationalen Erfahrungsaustausch fördern.

Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales oblag auch der Verbindungsdienst zum **UN-Zentrum für soziale Entwicklung** und humanitäre Angelegenheiten.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales förderte und unterstützte das **Europäische Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt**, das seine Tätigkeit auf ganz Europa erstreckt. Das gemeinsam mit den Vereinten Nationen in Wien errichtete Institut führte im Jahre 1990 zahlreiche internationale Projekte durch und organisierte mehrere Seminare und Studiengruppen im In- und Ausland. Gefördert wurde auch der **Internationale Rat für soziale Wohlfahrt**, der 1978 als international non-governmental organisation sein Hauptquartier von New York nach Wien verlegt hatte.

Österreichischen Fachkräften wurde durch die Verleihung von Stipendien des Europarates bzw. nach dem Austauschprogramm für Studienbesuche der Vereinten Nationen die Möglichkeit zu Studien auf dem Gebiete der Sozialarbeit im Ausland gegeben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales war mit der Durchführung der Vorarbeiten sowie mit der **Betreuung ausländischer Stipendiaten** der Vereinten Nationen und des Europarates bei ihrem Studienaufenthalt in Österreich befaßt.



## **ARBEITSRECHT UND ALLGEMEINE SOZIALPOLITIK**

<b>1. Legistische Maßnahmen .....</b>	<b>264</b>
1.1. Arbeitsvertragsrecht .....	264
1.1.1. Betriebspensionsgesetz .....	264
1.1.2. Karenzurlaubserweiterungsgesetz .....	264
1.1.3. Entgeltfortzahlungsgesetz .....	264
1.1.4. Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz .....	264
1.1.5. Landarbeitsgesetz .....	264
1.1.6. Gleichbehandlungsgesetz .....	265
1.1.7. Verordnungen zum Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz .....	265
1.1.8. Journalistengesetz .....	265
1.1.9. Dienstfreistellungsgesetz .....	266
1.1.10. Arbeitsvertragsrechtsgesetz .....	266
1.1.11. Heimarbeitsgesetz .....	266
1.1.12. Arbeitsruhegesetz .....	267
1.1.13. Arbeitsruhegesetz-Verordnung .....	267
1.1.14. Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz .....	267
1.1.15. Arbeitszeitgesetz .....	267
1.1.16. AETR .....	268
1.1.17. Mutterschutzgesetz .....	268
1.1.18. Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz .....	268
1.2. Kollektives Arbeitsrecht .....	269
1.2.1. Arbeitsverfassungsgesetz .....	269
1.2.2. Arbeiterkammergesetz .....	269
<b>2. Internationale Sozialpolitik .....</b>	<b>269</b>
2.1. Organisation der Vereinten Nationen (UNO) .....	269
2.2. Internationale Arbeitsorganisation (IAO) .....	270
2.3. Europarat .....	270
2.4. EWR-Verhandlung und künftiger EG-Beitritt .....	270
<b>3. Administrative Maßnahmen .....</b>	<b>271</b>
3.1. Betriebspensionsgesetz .....	271
3.2. Gleichbehandlungskommission .....	271
3.3. Kollektive Rechtsgestaltung .....	272
3.4. Bundeseinigungsamt .....	272
3.4.1. Kollektivvertragsfähigkeit (Zu- bzw. Aberkennung) .....	272
3.4.2. Satzungserklärungen .....	273
3.4.3. Mindestlohntarife .....	273
3.4.4. Lehrlingsentschädigungen .....	273
3.4.5. Gutachten zu Kollektivverträgen .....	273
<b>4. Arbeit und Arbeitsbeziehungen .....</b>	<b>274</b>

# 1. Legistische Maßnahmen

## 1.1. Arbeitsvertragsrecht

### 1.1.1. Betriebspensionsgesetz

Über das Betriebspensionsgesetz (BPG), BGBl. Nr. 282/1990, und das Pensionskassengesetz (PKG), BGBl. Nr. 281/1990, die mit 1.7.1991 in Kraft getreten sind, wurde bereits im Sozialbericht 1989 (S 668) berichtet. Die in der Folge erforderlichen administrativen Maßnahmen werden an anderer Stelle dargestellt.

### 1.1.2. Karenzurlaubserweiterungsgesetz

Die für Mütter und Väter neu geschaffenen Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern wie der **zweijährige Karenzurlaub** und die **Teilzeitbeschäftigung** wurden im Sozialbericht 1989 ausführlich dargelegt (S 671f).

Eine Novelle zum Beamten-Dienstrechtsgesetz und anderen dienstrechtlichen Vorschriften, BGBl. Nr. 277/1991, mit der auch das Eltern-Karenzurlaubsgesetz und das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wurden, hat die Bestimmungen über die Teilzeitbeschäftigung auch für Bundesbedienstete nachvollzogen. Diese Änderung tritt mit 1.7.1991 in Kraft.

### 1.1.3. Entgeltfortzahlungsgesetz

Über die Novelle zum Entgeltfortzahlungsgesetz, BGBl. Nr. 300/1990, die eine erstattungswirksame Vordienstzeitenanrechnung bei Umstrukturierung von Unternehmen vorsieht, wurde bereits im Sozialbericht 1989 (S 675) berichtet.

### 1.1.4. Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz

Das neue Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz wurde am 17. Mai 1990 beschlossen und unter der Nr. 298 im Bundesgesetzblatt kundgemacht. Es ist gegenüber den Ländern am 10. September 1990 in Kraft getreten. Derzeit werden die Ausführungsgesetze der Länder erlassen.

Die wesentlichen **Neuerungen des Gesetzes** wie Anrechnungsmöglichkeiten gewerblicher Lehrzeiten, Erleichterung der Ausbildung für Nebenerwerbsbauern, Ersatz der Lehrzeit durch erfolgreichen Besuch bestimmter Schulen, gesetzliche Grundlage für die Absolvierung einer Anschlußlehre sowie die einheitliche Berufsbezeichnung „Facharbeiter/in“ wurden im Sozialbericht 1989 (S 675f) ausführlich dargestellt.

### 1.1.5. Landarbeitsgesetz

Mit Art. IX des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1991, BGBl. Nr. 157, wurden die **Abfertigungsbestimmungen** des Landarbeitsgesetzes abgeändert. Künftig behält der Dienstnehmer auch dann den Anspruch auf Abfertigung, wenn er wegen Inanspruchnahme einer Pension aus

## ARBEITSRECHT

## ARBEITSVERTRAGSRECHT

einem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit aus einer gesetzlichen Pensionsversicherung das Dienstverhältnis selbst auflöst.

Die Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 411/1990, (Sozialbericht 1989, S 677) brachte weitere **Änderungen des Betriebsverfassungsrechtes**. Diese Änderungen **sollen** durch eine in Vorbereitung befindliche Novelle zum Landarbeitsgesetz auch **In das Landarbeitsrecht übernommen werden**, soweit sie hiefür von Bedeutung sind. Im wesentlichen handelt es sich um die Beseitigung des sogenannten „Sperrechtes“ des Betriebsrates gegen die Anfechtung einer Kündigung aus verpönten Motiven, die Senkung der Zahl der Unterstützungsunterschriften für Wahlkandidaturen und die Einführung eines einheitlichen Stimmzettels für die Betriebsratswahl. Darüber hinaus werden auch Überlegungen angestellt, ob und inwieweit die Regelungen des Betriebspensionsgesetzes in das Landarbeitsrecht übernommen werden können.

#### 1.1.6. Gleichbehandlungsgesetz

Mit dem am 14. Juli 1990 in Kraft getretenen Bundesgesetz, BGBl. Nr. 410, wurde das Gleichbehandlungsgesetz novelliert. Über die Neuregelungen, deren Ziel die Ausweitung des **Gleichbehandlungsgebotes** und die Verbesserung der **Durchsetzung des Anspruches** auf Gleichbehandlung ist, wurde bereits im Sozialbericht 1989, S 678f, berichtet.

#### 1.1.7. Verordnungen zum Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz

Mit der mit 1. Jänner 1991 in Kraft getretenen Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, BGBl. Nr. 791/1990, wurde der **Zuschlag zum Lohn für den Sachbereich der Abfertigungsregelung neu festgesetzt**. Die mit 30. April 1990 in Kraft getretene Verordnung zum BUAG wurde im Sozialbericht 1989, S 679, angeführt.

#### 1.1.8. Journalistengesetz

Die Beratungen mit den Sozialpartnern (Sozialbericht 1989, S 680f) über die **Rechtsfolgen der Veräußerung** (Übertragung) eines Medienunternehmens(–dienstes), **und Herausgeberwechsel sowie einer Änderung der grundlegenden Richtung eines Medienunternehmens(–dienstes)** für angestellte Journalisten brachten weitgehende Übereinstimmung; Detailfragen sind noch offen.

Hinsichtlich der „**ständigen freien Mitarbeiter**“ werden folgende Problembereiche für regelungsbedürftig erachtet:

- Schriftliche Aufzeichnung des Vertragsinhaltes;
- eine der Urlaubsregelung nachgebildete Bestimmung über eine arbeitsfreie Zeit;
- Wettbewerbsklausel und Wettbewerbsverbot;
- Entgeltansprüche und Entgeltfortzahlung;
- Regelung hinsichtlich der Beendigung des Auftragsverhältnisses analog zu Kündigungsbestimmungen und Regelung der sich aus der Beendigung ergebenden Ansprüche;
- Regelung der vorzeitigen Beendigung bei der Übertragung des Medienunternehmens, bei Herausgeberwechsel und Änderung der grundlegenden Richtung;

## ARBEITSRECHT

## ARBEITSVERTRAGSRECHT

- Fürsorgepflicht;
- Zeugnis;
- Mutterschutz und Elternkarenzurlaub.

Die Regelungsmöglichkeiten für freie Mitarbeiter im Journalistengesetz werden durch das Wesen des Vertrages als Werkvertrag sehr eingeschränkt sein.

### 1.1.9. Dienstfreistellungsgesetz

Den Anfang 1990 ausgesendeten **Entwurf** eines Dienstfreistellungsgesetzes (DFG) (Sozialbericht 1989, S 681f) **hat die Arbeitgeberseite vor allem aus Kostengründen abgelehnt**, weil insbesondere eine Kumulierung gesetzlicher und kollektivvertraglicher Ansprüche befürchtet wurde. Eine Sichtung der bestehenden Kollektivvertragsansprüche hat allerdings ergeben, daß sowohl die demonstrativen Aufzählungen in den Kollektivverträgen der Angestellten als auch die taxativen Aufzählungen in Arbeiterkollektivverträgen eine solche **Vielzahl von Freistellungsgründen** enthalten, daß für weitere Ansprüche kaum ein Spielraum offen bleibt. **Kostenfolgen** würden sich daher in **engen Grenzen** halten.

### 1.1.10. Arbeitsvertragsrechtsgesetz

Die noch bestehenden gesetzlichen Regelungen, die zwischen Arbeitern und Angestellten differenzieren, erscheinen sachlich nicht mehr gerechtfertigt. In weiten Bereichen ist weder mit der Qualifikation der Tätigkeit noch mit der Stellung im Produktionsprozeß eine Unterscheidung zu begründen. Die Arbeiter sind insbesondere im Fall der Kündigung und der Dienstfreistellung aus wichtigen persönlichen Gründen schlechter gestellt als die Angestellten. Es werden daher derzeit Überlegungen angestellt, **inwieweit die Rechtsstellung der Arbeiter an die der Angestellten angepaßt werden kann**; dies insbesondere deshalb, weil im Bereich des Arbeitnehmervertragsrechtes nur rudimentäre Regelungen im ABGB und der Gewerbeordnung 1859 bestehen. Es wird daher überprüft, welche Bestimmungen des Angestelltengesetzes in ein Arbeitsvertragsrechtsgesetz für Arbeiter übernommen werden können, wobei allenfalls für eine gewisse Übergangsfrist manche Regelungen wie etwa die Kündigungsfristen kollektivvertragsdispositiv gestaltet werden können.

### 1.1.11. Heimarbeitsgesetz

Auf der Grundlage eines vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten Arbeitsentwurfes wurden 1991 die Sozialpartnergespräche über eine Novellierung des Heimarbeitsgesetzes wieder aufgenommen (Sozialbericht 1989, S 687).

Schwerpunkte der Diskussion sind die Einführung einer **Abfertigungsregelung** sowie die **Neuregelung der Beendigung des Heimarbeitsverhältnisses**. In der Novelle soll auch das System der Ausgabe- und Abrechnungsnachweise neu gestaltet werden; darüber wurde in früheren Sozialpartnergesprächen bereits Einigung erzielt.

## ARBEITSRECHT

## ARBEITSVERTRAGSRECHT

### 1.1.12. Arbeitsruhegesetz

Die Novelle zum Arbeitsruhegesetz, BGBl. Nr. 413/1990, brachte eine Neufassung der **Sonderbestimmungen des § 17 für Messen und messeähnliche Veranstaltungen**, wobei die Beschäftigung von Arbeitnehmern bei Publikumsmessen in die Ausnahmeregelung hinsichtlich der Wochenend- und Feiertagsarbeit einbezogen wurde (Sozialbericht 1989, S 673f).

Um den Messeveranstaltern während der Sommerzeit eine Wahlmöglichkeit für die Beschäftigung der Arbeitnehmer zu eröffnen, sieht eine weitere Novelle zum Arbeitsruhegesetz und zum Öffnungszeitengesetz, BGBl. Nr. 158/1991 vor, daß Arbeitnehmer entweder in der Zeit von 9 bis 18 Uhr oder von 10 bis 19 Uhr beschäftigt werden dürfen. Der gewählte Zeitraum gilt jedoch für alle Arbeitnehmer bzw. alle Verkaufsstellen einer Messe und muß für die gesamte Dauer der Messe beibehalten werden.

### 1.1.13. Arbeitsruhegesetz-Verordnung

Über die Novellen BGBl. Nr. 171/1990 und 341/1990 wurde bereits im Sozialbericht 1989 berichtet (S 674f).

Im Berichtszeitraum wurden drei weitere Verordnungen erlassen, die **Ausnahmen von Arbeitsruhe an Wochenenden und Feiertagen** für folgende Tätigkeiten vorsehen:

Industrielle Gewinnung von Pflanzenrohölen und Herstellung von Papiermaschinensieben, BGBl. Nr. 790/1990;

Verarbeitung von Naturfasern, BGBl. Nr. 252/1991;

Abrechnen der Eintrittskarten, Einzahlung der Eintrittsgebühren auf Bankkonten, Wechseln von Valuten und Devisen sowie Ausgabe von Gedenkmedaillen während der Alpinen Skiweltmeisterschaften in Saalbach, BGBl. Nr. 35/1991.

### 1.1.14. Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz

Der Sozialbericht 1989, S 683f, enthält Ausführungen über den im Juni 1990 eingebrachten Initiativantrag zum NSchG, die Abänderung dieses Initiativantrages betreffend die Einschränkung auf die Altersstaffelung für den Bezug des Sonderruhegeldes und über die Entschließung des Nationalrates E 162.

Aufgrund dieser Entschließung wurden im Frühjahr 1991 die Sozialpartnerverhandlungen wieder aufgenommen.

Grundlagen der Gespräche sind der Entwurf einer Novelle zum NSchG aus dem Jahre 1986, der im Juni 1990 eingebrachte Initiativantrag Nürnberger sowie eine Forderungsliste der Arbeitnehmervertreter. Das Ziel der Beratungen ist die Verbesserung der bestehenden Maßnahmen des NSchG sowie die **Einbeziehung weiterer Arbeitnehmergruppen**. In mehreren Sitzungen wurde bisher die Möglichkeit einer Senkung des Arbeitgeberbeitrages beraten und versucht, die **Kriterien für die Schwerarbeit** neu zu formulieren.

### 1.1.15. Arbeitszeitgesetz

Die Sozialpartnerverhandlungen über eine Neugestaltung des Arbeitszeitrechts wurden im ersten Halbjahr 1991 nach internen Beratungen der Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeit-

**ARBEITSRECHT****ARBEITSVERTRAGSRECHT**

nehmer wieder aufgenommen. Dabei sollen in **jenen Punkten, in denen bereits eine Annäherung erreicht wurde (Durchrechnung der Normalarbeitszeit, Gleitzeit, Höchstgrenzen der Arbeitszeit, Verbesserung der Aufzeichnungspflichten, Neufassung der Strafbestimmungen etc.)**, eine endgültige Einigung erzielt und auch die offenen Fragen, insbesondere die arbeitsrechtliche Bewertung der Reisezeit geklärt und Regelungen für Teilzeitbeschäftigte getroffen werden.

Keine Einigung besteht bisher bezüglich der Sonderbestimmungen für soziale Dienste sowie über die Anpassung des Geltungsbereichs an die Bundesverfassung durch Einbeziehung der Betriebe der Gebietskörperschaften und Gemeindeverbände.

In einer Enquete am 8.2.1990 zum Thema „Arbeitnehmerschutz und Patientenwohl“ wurde vorgeschlagen, über **Arbeitszeitregelungen für Krankenanstalten** in einer eigenen Arbeitsgruppe zu beraten. Dieser Anregung folgend hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die in mehreren Gesprächen Arbeitszeitregelungen für alle Krankenanstalten unabhängig vom Rechtsträger beraten hat. Derzeit werden im Bundesministerium für Arbeit und Soziales verschiedene Regelungsmodelle überprüft. Nach Abschluß der allgemeinen Beratungen über das Arbeitszeitgesetz wird die Arbeitsgruppe wieder einberufen werden.

**1.1.16. AETR**

Ende Jänner 1991 hat das Inlandstransportkomitee der ECE auf seiner 53. Tagung in Genf die Änderung des AETR beschlossen. Durch die Änderung werden die **Lenkzeiten sowie die täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten** der EG-Verordnung Nr. 3820/85 in das AETR übernommen. Darüber hinaus wird auch das EG-Kontrollgerät (EG-VO Nr. 3821/85) zwingend vorgeschrieben.

Aufgrund dieser Entwicklung werden die bisher in einer Arbeitsgruppe erzielten Ergebnisse über die innerstaatliche Durchführung des AETR im Hinblick auf die neuen Bestimmungen überarbeitet und angepaßt.

**1.1.17. Mutterschutzgesetz**

Die **Gespräche** über eine Änderung des Mutterschutzgesetzes wurden im ersten Halbjahr 1990 **unterbrochen**, da zunächst eine Einigung über das Karenzurlaubserweiterungsgesetz erzielt werden sollte. Zum Inhalt der beabsichtigten Novelle siehe Sozialbericht 1989, S 683f.

Das BMAS beabsichtigt, im Herbst 1991 neuerlich Gespräche mit den Sozialpartnern aufzunehmen.

**1.1.18. Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz**

Im Frühjahr 1991 fand im Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Sozialpartnergespräch über eine Änderung der **Sonntagsarbeit für Jugendliche im Gastgewerbe** statt. So sollte die Beschäftigung von Jugendlichen auch an aufeinanderfolgenden Sonntagen zugelassen werden, wenn weiterhin die Hälfte der Sonntage arbeitsfrei bleibt.

Aufgrund zahlreicher ungelöster Fragen im Bereich des Gastgewerbes konnte jedoch keine Einigung erzielt werden.



## ARBEITSRECHT

## KOLLEKTIVES ARBEITSRECHT

### 1.2. Kollektives Arbeitsrecht

#### 1.2.1. Arbeitsverfassungsgesetz

Das Arbeitsverfassungsgesetz wurde im Berichtszeitraum mehrere Male geändert. Die umfangreichsten Änderungen erfolgten durch die ArbVG-Novelle BGBl. Nr. 411/1990 (siehe Sozialbericht 1989, S 677f) wie die **Verbesserung der Mitwirkungsrechte der Belegschaft bei Umstrukturierungsmaßnahmen**, die Neuerungen in Betriebsratswahlverfahren und den **Wegfall des „Sperrechts“ des Betriebsrates bei Motivkündigungen**.

Im Zusammenhang mit dem **Rechnungslegungsgesetz**, BGBl. Nr. 475/1990, wurden die wirtschaftlichen Informationsrechte des Betriebsrates, insbesondere die Pflicht des Betriebsinhabers zur Übermittlung der Bilanz, an die Neuregelung angepaßt.

Die Änderungen des Arbeitsverfassungsgesetzes bedingten die Novellierung der Betriebsratswahlordnung 1974, der Betriebsrats-Geschäftsordnung 1974, der Betriebsratsfonds-Verordnung 1974 und der Verordnung über die Entsendung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat. Die Novellierungen erfolgen mit der Verordnung BGBl. Nr. 690/1990.

#### 1.2.2. Arbeiterkammergesetz

Auf der Grundlage des Arbeitsübereinkommens zwischen SPÖ und ÖVP und der Regierungserklärung vom Dezember 1990 wurde der Entwurf eines neuen Arbeiterkammergesetzes erstellt, der nach Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens der parlamentarischen Behandlung zugeführt werden soll.

Dieser Entwurf enthält **folgende Schwerpunkte**:

- Ausbau der Rechte der einzelnen Kammerzugehörigen
- Vereinfachung des Wahlverfahrens zur Wahl der Vollversammlung
- Stärkung der inneren Demokratie und Kontrolle
- klare Determinierung der Finanzgebarung einschließlich der Funktionsgebühren
- Verbesserung der externen Kontrolle.

## 2. Internationale Sozialpolitik

Sozialpolitische Entwicklungen und Tendenzen auf internationaler Ebene haben auch auf die Gestaltung der Sozialpolitik in Österreich Einfluß. Daher wird die Tätigkeit des BMAS im Rahmen verschiedener internationaler Organisationen kurz dargestellt:

### 2.1. Organisation der Vereinten Nationen (UNO)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im Berichtszeitraum an der Behandlung sozialer Fragen mitgewirkt. Die Arbeiten an den im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrates in Ausarbeitung befindlichen **Abkommen über den Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter** und ihrer Familien wurden fortgeführt.

## 2.2. Internationale Arbeitsorganisation (IAO)

Österreich war im Berichtszeitraum auf der **77. und 78. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz** sowie bei den Beratungen des Ausschusses für die Forst- und Holzwirtschaft durch dreigliedrige Delegationen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierungsvertreter) repräsentiert. Auf der 77. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1990 wurden ein Übereinkommen und eine Empfehlung über die **Sicherheit bei der Verwendung chemischer Stoffe bei der Arbeit**, ein Übereinkommen und eine Empfehlung über die **Nacharbeit** sowie ein Protokoll zum Übereinkommen über die **Nacharbeit der Frauen** aus dem Jahre 1948 angenommen. Die Diskussionen über die Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit führten zur Annahme von abschließenden Schlußfolgerungen. Die Beratungen über die Arbeitsbedingungen in Hotels, Gaststätten und ähnlichen Betrieben werden auf der nächsten Konferenz im Hinblick auf die Annahme von Internationalen Urkunden fortgesetzt werden.

Von der im April 1991 abgehaltenen **zweiten Tagung des Ausschusses für die Forst- und Holzwirtschaft** wurden die Themen technologischer Wandel in der Holzwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Ausbildungserfordernisse und der Beschäftigungsgelegenheiten sowie Arbeitnehmerschutz in der Forstwirtschaft erörtert.

Auf der 78. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1991 wurden ein Übereinkommen und eine Empfehlung über die **Arbeitsbedingungen in Hotels, Gaststätten** und ähnlichen Betrieben angenommen. Die Beratungen über die Anwendung moderner landwirtschaftlicher Technologie wurden mit Schlußfolgerungen abgeschlossen. Die Diskussionen über den Schutz der Forderungen der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit ihres Arbeitgebers werden auf der nächsten Konferenz mit dem Ziel der Annahme von diesbezüglichen Internationalen Urkunden fortgeführt werden.

## 2.3. Europarat

Im Rahmen des **Leitungskomitees für Beschäftigung und Arbeit** wurden die Berichte über die Durchführung der Entschließung betreffend den Schutz junger Menschen am Arbeitsplatz geprüft sowie mit der Ausarbeitung eines Empfehlungsentwurfes betreffend die Koordinierung von Diensten des Arbeitsmarktes, von Sozialdiensten und Diensten des Unterrichtswesens begonnen. Des weiteren beteiligten sich österreichische Delegierte an den Arbeiten des Ausschusses zur **Verbesserung der Europäischen Sozialcharta** und des Regierungsexperten-ausschusses zur Überprüfung der Durchführung der Europäischen Sozialcharta.

## 2.4. EWR-Verhandlung und künftiger EG-Beitritt

Die Berichte und Stellungnahmen im Zusammenhang mit den EWR-Verhandlungen und dem Beitrittsansuchen Österreichs zur EG betrafen insbesondere **folgende Themenbereiche:**

- Gleichbehandlung von Männern und Frauen;
- Schutz Schwangerer und junger Mütter;
- Nachweis des Arbeitsverhältnisses;
- atypische Arbeitsverhältnisse;
- europäischer Betriebsrat und Mitbestimmung in der europäischen Aktiengesellschaft;
- Sozialvorschriften im Straßenverkehr;
- Insolvenz des Arbeitgebers.



### 3. Administrative Maßnahmen

#### 3.1. Betriebspensionsgesetz

Nach dem Inkrafttreten des Betriebspensionsgesetzes (BPG) und des Pensionskassengesetzes (PKG) am 1.7.1990 wurde im Herbst 1990 der notwendige Inhalt der nach § 3 Abs. 2 und 3 BPG vom Bundesminister für Arbeit und Soziales zu genehmigenden **Vertragsmuster abgeklärt** und die **Vertragsgestaltung** – soweit möglich – **standardisiert**. Bis Ende 1990 wurden insgesamt 13 Vertragsmuster genehmigt. Antragsteller waren Kleinunternehmer und Selbständige, die für ihre Arbeitnehmer (zumeist nur einer) von der Möglichkeit der Pensionskassenfinanzierung betrieblicher Pensionszusagen Gebrauch machen wollten. Die auf Betriebsvereinbarungen beruhenden **Versorgungszusagen** sind dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales nicht mitzuteilen, da bei Vorhandensein eines Betriebsrates Pensionskassenabschlüsse ohne Einschaltung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erfolgen können.

Die **Bereitschaft der Arbeitgeber zum Abschluß von Pensionskassenverträgen ist bisher gering**. Als Grund dafür wird von den Pensionskassen insbesondere das Gleichbehandlungsgebot des BPG angegeben. Von Arbeitgeberseite und Pensionskassenvertretern wird der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und von Arbeitnehmerseite vertretene kollektive Ansatz des Gleichbehandlungsgebotes bei Pensionskassenfinanzierung in Frage gestellt.

Selbst hinsichtlich der **Übertragung bestehender Leistungszusagen** auf Pensionskassen veranlaßt die neue Rechtslage die Arbeitgeber eher zum Zuwarten als zu einem raschen Pensionskassenabschluß. Bisher war das Informationsbedürfnis über die verschiedenen Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge (Höherversicherung, direkte Leistungszusagen, über Pensionskassen oder Lebensversicherungen finanzierte Pensionszusagen) und über die betriebswirtschaftlichen sowie steuerrechtlichen Auswirkungen der unterschiedlichen Finanzierungsinstrumente größer als der aktuelle Handlungsbedarf.

#### 3.2. Gleichbehandlungskommission

Zwischen 1.1.1990 bis 31.1.1991 wurde bei der Gleichbehandlungskommission **ein Antrag** eingebracht. Diesen Antrag, der eine Ungleichbehandlung im Einzelfall zum Gegenstand hat, hat die Kommission durch Entscheidung erledigt. Die beiden Ende des Jahres 1989 noch offenen Anträge, die sich ebenfalls auf eine Ungleichbehandlung im Einzelfall beziehen, wurden im Jahr 1990 abgeschlossen. Ein Antrag wurde durch Entscheidung der Kommission erledigt. In dem anderen Fall hat der Arbeitgeber dem Begehren der Antragstellerin aufgrund der Intervention der Kommission entsprochen.

Im Berichtszeitraum fanden drei Plenarsitzungen der Gleichbehandlungskommission statt. Die Gleichbehandlungskommission befaßte sich neben der Behandlung von Anträgen auch mit der Studie über differenzierende Bestimmungen in österreichischen Kollektivverträgen.

Im Berichtszeitraum fanden weiters zwei Sitzungen von Arbeitsausschüssen statt. Ein Arbeitsausschuß behandelte die Überprüfung der Einhaltung des Gleichbehandlungsgebotes in Kollektivverträgen. Der andere Ausschuß befaßte sich mit einem Antrag und führte zur Klärung des Sachverhaltes eine Betriebsbesichtigung durch.

**ARBEITSRECHT****ADMINISTRATIVE MASSNAHMEN**

Durch die **Novelle zum Bundesministerlengesetz**, BGBl. Nr. 45/1991, wurden die **Angelegenheiten der Gleichbehandlungskommission** mit Wirksamkeit vom 1. Februar 1991 **aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes übertragen**. Die Gleichbehandlungskommission ist somit ab 1. Februar 1991 beim Bundeskanzleramt errichtet.

**3.3. Kollektive Rechtsgestaltung**

Die Regelung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen im Wege der kollektiven Rechtsgestaltung wird in erster Linie durch Abschluß von Kollektivverträgen durch die kollektivvertragsfähigen Körperschaften der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber vorgenommen.

Nach den Bestimmungen des Arbeitsverfassungsgesetzes wurden im Berichtszeitraum – 1. Jänner 1990 bis 30. Juni 1991 – bei dem für die Hinterlegung zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales **721 Kollektivverträge** (im Jahre 1990 460 – gegenüber 450 im Jahre 1989 – und im ersten Halbjahr 1991 261 Kollektivverträge) hinterlegt. Durch diese Kollektivverträge wird die kollektive Lohngestaltung in nahezu allen Wirtschaftsbereichen geregelt. Darüber hinaus werden durch Kollektivverträge auch zahlreiche andere arbeitsrechtliche Regelungen getroffen. Diese arbeitsrechtlichen Bestimmungen in Kollektivverträgen stellen eine wichtige Quelle für die Fortbildung des Arbeitsrechtes dar.

Die aufgrund des Heimarbeitsgesetzes 1960, BGBl. Nr. 105/1961, idgF, errichteten Heimarbeitskommissionen haben im Berichtszeitraum **66 Heimarbeitsstarife** (im Jahre 1990 29 und im ersten Halbjahr 1991 37) für Heimarbeiter und Zwischenmeister erlassen. Ferner wurden im Berichtszeitraum bei den Heimarbeitskommissionen **6 Heimarbeitsgesamtverträge** (im Jahre 1990 3 und im ersten Halbjahr 1991 3) hinterlegt und im Amtsblatt zur Wiener Zeitung kundgemacht.

Weiters wurde im Berichtszeitraum in einem Fall durch den **Entgeltberechnungsausschuß** der Heimarbeitskommission für Textilien das gebührende Entgelt für in Heimarbeit hergestellte Arbeitsstücke festgestellt. Diese Feststellung des Entgeltberechnungsausschusses wurde von der **Berufungskommission** für Heimarbeit beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgehoben und die Angelegenheit wegen mangelnder Sachverhaltsfeststellung zur neuerlichen Entscheidung an den Entgeltberechnungsausschuß zurückverwiesen.

**3.4. Bundeseinigungsamt****3.4.1. Kollektivvertragsfähigkeit (Zu- bzw. Aberkennung)**

Das BEA hat im Berichtszeitraum gemäß 4 Abs. 2 Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) einer freiwilligen Berufsvereinigung der Arbeitgeber (Österr. Hotelierversammlung) die Kollektivvertragsfähigkeit zuerkannt.

Einem Verein wurde die Kollektivvertragsfähigkeit gemäß 4 Abs. 3 ArbVG zuerkannt.

Der von einer gesetzlichen Interessenvertretung eingebrachte Antrag, einer freiwilligen Berufsvereinigung der Arbeitgeber die 1948 zuerkannte Kollektivvertragsfähigkeit abzuerkennen, wurde abgewiesen.

**ARBEITSRECHT****ADMINISTRATIVE MASSNAHMEN**

Zwei Verfahren betreffend Zuerkennung der Kollektivvertragsfähigkeit an freiwillige Berufsvereinigungen der Arbeitgeber sind noch nicht abgeschlossen.

**3.4.2. Satzungserklärungen**

Das BEA hat im Berichtszeitraum für nachstehende Bereiche **folgende Kollektivverträge zur Satzung erklärt**:

- für das Fußpfleger-, Kosmetiker- und Masseurgewerbe in Wien mit Wirkung vom 2. 1. 1990: Rahmenkollektivvertrag und Lohnvereinbarung für Fußpfleger, Kosmetiker und Masseure;
- für das graphische Gewerbe in Österreich mit Wirkung vom 30. 4. bzw. 1. 6. 1990: insgesamt 4 Kollektivverträge für Arbeiter, technische Angestellte und Lehrlinge bzw. kaufmännische Angestellte im graphischen Gewerbe;
- für das Kfz-Mechanikergewerbe in Tirol mit Wirkung vom 1. 4. bzw. 1. 7. 1990: Kollektivvertrag für das eisen- und metallverarbeitende Gewerbe; Rahmenkollektivvertrag und Gehaltsvereinbarung für Gewerbeangestellte sowie Istlohnvereinbarung;
- für das Schuhmachergewerbe in Wien mit Wirkung vom 1. 7. 1990: Rahmenkollektivvertrag und Gehaltsvereinbarung für Gewerbeangestellte;
- für das Tischlergewerbe in Niederösterreich mit Wirkung vom 1. 7. 1990: Rahmenkollektivvertrag und Gehaltsvereinbarung für Gewerbeangestellte;
- für das Taxigewerbe in Niederösterreich und Burgenland mit Wirkung vom 1. 1. 1991: Kollektivvertrag für das Taxigewerbe Wien.

**3.4.3. Mindestlohnstarife**

Das BEA hat im Berichtszeitraum folgende Mindestlohnstarife erlassen:

- für Hausbesorger und Hausbetreuer (für alle Bundesländer, insgesamt 18; Wirksamkeitsbeginn: 1. 1. 1991)
- für im Haushalt Beschäftigte (für die Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg; Wirksamkeitsbeginn: 1. 4. 1990 bzw. 1. 10. 1990 bzw. 1. 1. 1991)
- für Musik- und Gesangslehrer (für Oberösterreich; Wirksamkeitsbeginn: 1. 1. 1991)- für private Bildungseinrichtungen (für Österreich; Wirksamkeitsbeginn: 1. 1. 1991)
- für Privatkindergärten und Vereine, die Tagesmütter beschäftigen (für Österreich; Wirksamkeitsbeginn: 1. 1. 1990 bzw. 1. 1. 1991)

**3.4.4. Lehrlingsentschädigungen**

Das BEA hat mit Wirkung vom 5. 3. 1990 bzw. 4. 3. 1991 die Lehrlingsentschädigung für das Fotografengewerbe festgesetzt.

**3.4.5. Gutachten zu Kollektivverträgen**

Das BEA hat zu nachstehenden Kollektivverträgen Gutachten abgegeben:

**ARBEITSRECHT****ARBEIT UND ARBEITSBEZIEHUNGEN**

- Kollektivvertrag für das Güterbeförderungsgewerbe Österreichs (betreffend Entfernungszulage bei Inlandsreisen)
- Kollektivvertrag für Bauindustrie und -gewerbe (betreffend Arbeitszeitregelung)
- Kollektivvertrag für Naturblumenbinder- und -händlerbetriebe (betreffend Berechnung der Sonderzahlungen)
- Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte der Elektrizitätsversorgungsunternehmen Österreichs (betreffend Überstundenzuschläge bei Arbeitsleistung während Rufbereitschaft)
- Sonderregelung über Fahrtkostenvergütung und Wegegeld für Wien zum Kollektivvertrag für Bauindustrie und -gewerbe (betreffend Wegegeld).

## **4. Arbeit und Arbeitsbeziehungen**

### **Allgemeine Angelegenheiten der berufstätigen Frau**

In den genannten Aufgabenbereichen wurde die Analyse-, Informations- und Bildungsarbeit national und international fortgesetzt.

Die im Rahmen der Vereinten Nationen durchgeführte erste Überprüfung und Bewertung der Implementierung der 1985 beschlossenen **Zukunftsstrategien von Nairobi** zur Verbesserung des Status der Frau (bis zum Jahr 2000) ergab, daß die de jure Gleichstellung der Geschlechter nur einen ersten Schritt zur de facto Gleichstellung darstellt und zwischen beiden weltweit noch große Diskrepanzen bestehen. Ein Hindernis zur Beseitigung der de facto Diskriminierung liegt darin, daß ein Großteil der Frauen und Männer nicht über die Individualrechte der Frauen unterrichtet ist bzw. die gesetzlichen und administrativen Systeme, durch welche diese implementiert werden müssen, nicht voll versteht. Daraus leiteten sich Empfehlungen des VN-Wirtschafts- und Sozialrates (1990/15) ab, prioritär Frauen und Männer über die Frauenrechte hinsichtlich internationaler Konventionen und nationaler Gesetze zu informieren.

Bei der Entwicklung des Verständnisses für Internationalität angesichts des 21. Jahrhunderts dürfen die im Zusammenhang mit der Erweiterung der Menschenrechte in den letzten vier Jahrzehnten weltweit durchgesetzten persönlichen Rechte von Frau und Mann nicht außer acht gelassen werden. Daher wurden im Beratungskomitee des **Europäischen Zentrums für Hochschulausbildung** in Bukarest (15. -16. November 1990) – mit Bezug auf das Internationale Alphabetisierungsjahr 1990 – Aktivitäten zur Alphabetisierung des höheren Bildungswesens hinsichtlich der internationalen Frauenrechte veranlaßt.

Diese Rechtsbildung in internationalen Instrumenten und Normen, die sich mit der Gleichstellung der Geschlechter befassen, wurde in nationalen und internationalen Gremien verstärkt angesprochen.

Das BMAS hat eine „**Sammlung ausgewählter internationaler Instrumente zur Gleichbehandlung von Frau und Mann im Arbeitsleben**“ herausgegeben, um allen interessierten Stellen, wie Gebietskörperschaften, Interessenvertretungen, staatliche und nichtstaatliche Organisationen, einen raschen Zugang zu den relevanten Originaltexten zu eröffnen. Einleitend werden zu den internationalen Instrumenten (angenommen von der Internationalen Arbeitsorganisation, den Vereinten Nationen, dem Europarat und von Österreich ratifiziert, daher in Form der

## ARBEITSRECHT

## ARBEIT UND ARBEITSBEZIEHUNGEN

Bundesgesetzblätter) die internationale Zusammenarbeit, die Vernetzung internationaler Normen am Beispiel des Übereinkommens Nr. 100 (1951) über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit sowie das internationale Berichterstattungswesen dargelegt.

Die **Internationalen Angelegenheiten** in diesem Aufgabengebiet umfaßten Berichtlegungen (z.B. Ressortbeitrag für den Zweiten Österreichischen Bericht zur Überprüfung der Einhaltung der Konvention zur Eliminierung jeder Form von Diskriminierung der Frau) und Beteiligungen an Tagungen der Vereinten Nationen (Kommission für den Status der Frau, Kommission zur sozialen Entwicklung), des Europarates (Europäisches Komitee für die Gleichstellung von Frau und Mann) sowie an sonstigen internationalen Konferenzen.

In der Berichtsperiode wurden folgende **Projekte** abgeschlossen, die 1991 veröffentlicht werden:

● **„Wieviel weniger...? Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern In Österreich“** in deutscher und englischer Fassung – eine methodenkritische Analyse der in Österreich sukzessiv erschlossenen Datenquellen zum geschlechtsbezogenen Erwerbseinkommen.

● **„Besondere Arbeitszeitregelungen – ihre Auswirkungen auf Arbeitsbelastungen, Arbeitsorganisation und Arbeitseinkommen“**, Heft 7/1990 der Schriftenreihe über Arbeit und Arbeitsbeziehungen – eine Sekundärauswertung des Mikrozensus-Sonderprogramms 1985 „Arbeitsbedingungen“. Die Studie befaßt sich schwerpunktmäßig mit dem Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und den als störend empfundenen Umwelteinflüssen sowie beruflichen Belastungen.

● **„Entgeltformen von männlichen und weiblichen Angestellten im technischen Wandel“**, Heft 8/1990 der Schriftenreihe über Arbeit und Arbeitsbeziehungen – eine geschlechtsbezogene Interpretation von ausgewählten Studienergebnissen basierend auf einer Studie über die Auswirkungen der EDV als Arbeitsmittel auf die kollektivvertraglich normierten Entgeltformen. Diese Thematik ist für die auszubauende Gleichbehandlung von Frau und Mann im Arbeitsleben von besonderer Bedeutung, weil der zunehmende Einsatz von EDV eine Vielzahl von Arbeitsplätzen weiblicher Angestellter deutlich verändern wird bzw. bereits verändert hat.

# **ARBEITSINSPEKTION**

<b>1. Zentral-Arbeitsinspektorat .....</b>	<b>277</b>
1.1. Legistische und sonstige Rechtssetzende Maßnahmen.....	277
1.1.1. Neue Rechtsvorschriften.....	277
1.1.2. In Vorbereitung stehende Rechtsvorschriften.....	279
1.2. Administrative und sonstige Angelegenheiten .....	282
1.3. Berufskrankheiten .....	285
<b>2. Arbeitsinspektorate .....</b>	<b>287</b>
2.1. Inspektionen.....	287
2.2. Sonstige Aussendiensttätigkeiten .....	288
2.3. Beanstandungen.....	289
2.4. Strafanzeigen.....	289
2.5. Arbeitsunfälle .....	290
2.6. Gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten .....	293
<b>3. Analyse der Ergebnisse der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes.....</b>	<b>294</b>
3.1. Beanstandungen.....	294
3.2. Sonderaktionen.....	296
3.3. Heimarbeit.....	297
<b>4. Gestaltung der Arbeitsbedingungen in bezug auf den technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutz .....</b>	<b>298</b>
<b>5. Personalstand der Arbeitsinspektion .....</b>	<b>302</b>

# 1. Zentral-Arbeitsinspektorat

## 1.1. Legltsche und sonstige rechtssetzende Maßnahmen

### 1.1.1. Neue Rechtsvorschriften

#### Arbeitnehmerschutzgesetz

Durch die Novelle zum Arbeitnehmerschutzgesetz, BGBl. Nr. 650/1989, wurden insbesondere die **Mindesteinsatzzeiten des sicherheitstechnischen Dienstes und der betriebsärztlichen Betreuung**, die bisher durch Verordnung geregelt waren, in das Arbeitnehmerschutzgesetz rezipiert. Diese Vorgangsweise, die einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Rechnung trug, machte auch eine Anpassung der Verordnung über die Einrichtungen in den Betrieben für die Durchführung des Arbeitnehmerschutzes, BGBl.Nr. 2/1984, an die geänderten gesetzlichen Voraussetzungen notwendig. Durch diese legislatischen Maßnahmen wurde das bisherige System, das sich in der Praxis bewährt hatte und nach übereinstimmender Auffassung der Sozialpartner daher beibehalten werden sollte, nicht geändert.

#### MAK-Werte-Liste 1990

Die wesentlichsten Änderungen der MAK-Werte-Liste 1990 sind folgende: Die **Herabsetzung der Grenzwerte** für Asbest, soweit Asbest als Arbeitsstoff überhaupt noch in Betracht kommt und nicht durch andere Stoffe ersetzt werden muß; die z.T. drastischen Senkungen der Grenzwerte für weitere 32 Stoffe, wie z.B. Salpetersäure, Stickstoffdioxid und Ammoniak, sowie die Neuaufnahme von Grenzwerten für 39 weitere Stoffe, für die es bislang in Österreich keine Angaben über deren höchstzulässige Konzentration gab; weiters wurden die Grenzwerte für Holzstaubarten vereinheitlicht.

#### Asbestverordnung

Mit dem Inkrafttreten der Asbestverordnung, BGBl. Nr. 324/1990, wurden **rigorose Beschränkungen** hinsichtlich des Inverkehrbringens, Herstellens und Verwendens asbesthaltiger Stoffe, Zubereitungen und Fertigwaren erlassen, die weitreichender sind als die bisher lediglich auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes existierenden Einschränkungen bezüglich der Verwendung von Asbest. Ausnahmen von dieser Verordnung sind nur in sehr engem Umfang und unter besonderen Voraussetzungen möglich.

### Elektrotechnikverordnung 1990

Die Elektrotechnikverordnung 1990 - ETV 1990 ersetzt die Elektrotechnikverordnung 1989 - ETV 89. Die Neufassung dieser Verordnung war erforderlich, um zahlreiche **neue „Bestimmungen für die Elektrotechnik“**, an deren Ausarbeitung auch Vertreter des Zentral-Arbeitsinspektorates mitwirkten und die auch Bestimmungen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Arbeitnehmern vor Gefahren enthalten, die nicht durch den elektrischen Strom bedingt sind, verbindlich zu erklären. Artikel II dieser Verordnung stützt sich auf § 24 Abs. 1 bis 3 des Arbeitnehmerschutzgesetzes.

### Richtlinien zur Durchführung der besonderen ärztlichen Untersuchungen nach § 8 ANSchG

Die Richtlinien zur Durchführung der besonderen ärztlichen Untersuchung nach der Verordnung BGBl. Nr. 39/1974 über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten wurden im Rahmen von Expertenberatungen unter **Berücksichtigung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse** überarbeitet, und zwar in bezug auf eine Reihe von besonderen ärztlichen Untersuchungen, so z.B. die Untersuchungen bei Einwirkung von Blei, Kadmium, Benzol, Staub, Isocyanaten. Das neue Konzept berücksichtigt die Stofflut in der Arbeitswelt ebenso wie die hauptsächlich auftretenden Berufserkrankungen.

### Allgemeine Maschinen- und Geräte-Sicherheitsverordnung

Mit 1. Juli 1990 trat die Allgemeine Maschinen- und Geräte-Sicherheitsverordnung (AMGSV) in Kraft. Diese Verordnung wurde zwar ausschließlich aufgrund der Gewerbeordnung 1973 erlassen, ist jedoch auch für den Arbeitnehmerschutz von besonderer Bedeutung, weil § 37 AAV diese Verordnung für den Bereich des Arbeitnehmerschutzrechtes rezipiert und vorsieht, daß Maschinen und Geräte grundsätzlich nur dann verwendet werden dürfen, wenn sie den Anforderungen der AMGSV entsprechen. Die AMGSV stellt eine **Zwischenlösung** bis zum Inkrafttreten einer EG-konformen Maschinen-Sicherheitsverordnung dar.

### Berggesetz-Novelle 1990

Die Berggesetz-Novelle 1990, BGBl. Nr. 355, beinhaltet insbesondere die **Einbeziehung weiterer mineralischer Rohstoffe** in die Liste der grundeigenen mineralischen Rohstoffe (z.B. Tone und Kalkstein mit einer bestimmten Eignung), wodurch zahlreiche Betriebe mehr unter das Berggesetz fallen, z.B. Tongruben, Quarz- und Kalksteinbrüche etc. Zur Wahrnehmung des Arbeitnehmerschutzes ist gemäß § 200a Z 2 des Berggesetzes 1975 weiterhin das Arbeitsinspektorat berufen. Für diese Betriebe findet das Arbeitnehmerschutzgesetz nur mehr



## ARBEITSINSPEKTION

## LEGISTISCHE MASSNAHMEN

im Rahmen des § 206 des Berggesetzes 1975 Anwendung. Über die Auslegung dieser Neuregelung bestehen unterschiedliche Auffassungen zwischen der Obersten Bergbehörde und dem Zentral-Arbeitsinspektorat. So wird insbesondere von den Bergbehörden die Auffassung vertreten, daß für zahlreiche Zementwerke und Ziegelwerke nunmehr das Berggesetz gilt; vom Zentral-Arbeitsinspektorat wird jedoch die Auffassung vertreten, daß die Voraussetzungen des Berggesetzes (§ 2 Abs. 1 und § 132) in diesen Fällen nicht vorliegen. Das Zentral-Arbeitsinspektorat ist daher darum bemüht, die daraus resultierenden Probleme durch eine klare legistische Lösung eindeutig zu klären.

### 1.1.2. In Vorbereitung stehende Rechtsvorschriften

#### Neues Arbeitsinspektionsgesetz

Das Arbeitsinspektionsgesetz 1974 bedarf in mehreren Punkten einer Anpassung an geänderte Verwaltungsverfahrensvorschriften, außerdem ist eine Anpassung an die geltende Kompetenzlage vorzunehmen. Darüber hinaus sollen Unklarheiten z.B. betreffend die Zuständigkeit und die Vorgangsweise bei Übertretungen beseitigt werden. Die **Befugnisse** der Arbeitsinspektion haben sich in mehrfacher Hinsicht als **nicht ausreichend** bzw. nicht den Bedürfnissen der Praxis entsprechend erwiesen, z.B. das Recht auf Erlassung von Verfügungen bei unmittelbar drohender Gefahr. Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat daher den Entwurf für ein neues Arbeitsinspektionsgesetz erstellt, das eine wirksamere Durchsetzung des Arbeitnehmerschutzes ermöglichen soll. Dieser Entwurf wurde im Mai 1991 zur allgemeinen Begutachtung ausgesendet und soll noch im Herbst 1991 der parlamentarischen Behandlung zugeleitet werden.

Dieser Entwurf eines neuen Arbeitsinspektionsgesetzes enthält vor allem folgende Änderungen gegenüber dem geltenden Arbeitsinspektionsgesetz 1974:

Der **Kontrolle der Arbeitsinspektion** sollen jene Bereiche unterstellt werden, für die derzeit keine Arbeitsaufsicht besteht, ohne daß dafür sachliche Gründe vorliegen. Dies betrifft die privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten sowie die Verwaltungsstellen der Kirchen und Religionsgesellschaften.

Bei Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften soll das Arbeitsinspektorat weiterhin sowohl mit Aufforderung an den Arbeitgeber als auch mit Strafanzeige vorgehen können. **Diese Aufforderungen haben aber künftig schriftlich zu erfolgen.** Außerdem werden nähere Kriterien dafür festgelegt, ob mit Strafanzeige oder mit Aufforderung (dem sogenannten „I-Befund“) vorzugehen ist. Für den Fall einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leben und Gesundheit von Arbeitnehmern wird dem Arbeitsinspektorat die Befugnis eingeräumt, die erforderlichen Maßnahmen sofort ohne vorherige Bescheiderlassung zu setzen.

## ARBEITSINSPEKTION

## LEGISTISCHE MASSNAHMEN

Die **Verfahrensbestimmungen** werden an die geänderten **Verwaltungsverfahrensvorschriften** angepaßt, insbesondere wird auf die **unabhängigen Verwaltungssenate** Bedacht genommen. Die örtliche Zuständigkeit der Arbeitsinspektion wird umfassend geregelt.

Häufig übertragen Arbeitgeber die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit für die Einhaltung von Arbeitnehmerschutzvorschriften auf Arbeitnehmer. Diese **Verantwortungsdelegation** soll künftig auf leitende Angestellte beschränkt werden. Außerdem wird für eine solche Delegation der Verantwortung eine Meldung an das Arbeitsinspektorat vorgesehen.

### Arbeitnehmerschutzgesetz

Die Vorarbeiten für eine umfassende Novellierung des Arbeitnehmerschutzgesetzes wurden fortgesetzt. Das Arbeitnehmerschutzgesetz soll durch diese Novelle weiter ausgebaut werden, und zwar insbesondere in bezug auf: entscheidende **Ausweitung der Verpflichtung zur Errichtung betriebsärztlicher Betreuungen und sicherheitstechnischer Dienste**; gefährliche Arbeitsstoffe und Arbeitsverfahren (stärkere Betonung des Verursacherprinzips und Beweislastumkehr); Bewilligungspflicht von Betrieben; **Festlegung von Qualitätsstandards** für überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren und sicherheitstechnische Dienste; Bildschirmarbeitsplätze.

Eine Punktation über alle internen Vorschläge zur Novellierung des Arbeitnehmerschutzgesetzes wird derzeit erarbeitet. Diese Auflistung aller Änderungsvorschläge soll nach Abschluß des internen Meinungsbildungsprozesses mit den Sozialpartnern diskutiert und erst danach ein konkreter Entwurf ausgearbeitet werden.

### Bauarbeiter-Schutzverordnung

Eine im Zentral-Arbeitsinspektorat eingerichtete Arbeitsgruppe hat den Entwurf für eine neue Bauarbeiter-Schutzverordnung grundlegend überarbeitet. Der neue Entwurf wurde aufgrund der Stellungnahmen der Interessenvertretungen und der Ergebnisse mehrjähriger Verhandlungen und eingehender Beratungen im Rahmen der Arbeitnehmerschutzkommission erstellt. Außerdem wurde besonderes Augenmerk auf Übersichtlichkeit und Klarheit gelegt. Im Rahmen des zuständigen Ausschusses der Arbeitnehmerschutzkommission wurde die Bauarbeiter-Schutzverordnung einer letzten eingehenden Überarbeitung unterzogen. Der **Entwurf** dieser Verordnung, die eine **Vorschrift** aus dem Jahr 1954 ersetzen soll, **berücksichtigt** unter anderem **die technischen Veränderungen** im Bauwesen, die durch die Verwendung gefährlicher Arbeitsstoffe auch im Bauwesen zunehmenden Gefahren für die Arbeitnehmer, die Erfahrungen der Arbeitsinspektorate, insbesondere betreffend die Unfallverhütung, **und nimmt** außerdem **auf die bestehenden EG-Regelungen** Bedacht. Auch aktuelle Probleme, wie **Arbeiten im Bereich von Deponien** und Arbeiten mit Asbest, **finden im Entwurf Berücksichtigung**, um

## ARBEITSINSPEKTION

## LEGISTISCHE MASSNAHMEN

die Arbeitsbedingungen für Bauarbeiter merklich zu verbessern und die Unfallgefahren deutlich zu verringern.

### **Anpassung des Arbeitnehmerschutzrechtes an das EG-Recht**

Die zahlreichen **EG-Vorschriften** auf dem Sektor des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzrechtes **sollen - sofern sie für die Arbeitnehmer günstiger sind als die österreichischen Vorschriften** - im Zusammenhang mit den Integrationsbestrebungen Österreichs bis Ende 1992 **in nationale Vorschriften umgesetzt sein**, wozu umfangreiche Novellierungsarbeiten erforderlich sein werden.

Die einschlägigen EG-Regelungen wurden einer vergleichenden Untersuchung mit den österreichischen Vorschriften unterzogen. Darauf aufbauend wurde eine Puktation aller zur Adaptierung des nationalen Rechtes erforderlichen Änderungsschritte erstellt, um ein Konzept zur legislatischen Umsetzung erarbeiten zu können, das die Grundlage für die Erstellung konkret ausformulierter Entwürfe bilden soll.

### **Gentechnologie**

Grundsätzlich **sind die Arbeitnehmerschutzbestimmungen auch auf gentechnische Verfahren anwendbar**. Aufgrund der Besonderheiten gentechnologischer Prozesse ist es jedoch **zweckmäßig, spezifische Arbeitnehmerschutzbestimmungen vorzusehen**. Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat daher ein Konzept zur legislatischen Lösung dieses Problemkreises im Arbeitnehmerschutzrecht erarbeitet, das die Grundlage für eine Diskussion auf breiter Basis darstellen soll. Gleichzeitig hat das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz den Entwurf eines Gentechnologiegesetzes zum Schutz der Gesamtbevölkerung gegen schädliche Einwirkungen solcher Verfahren zur Begutachtung ausgesendet. Nach Überarbeitung des Konzepts des Zentral-Arbeitsinspektorates für spezifische Arbeitnehmerschutzregelungen aufgrund der Beratungen über das allgemeine Gentechnologiegesetz, wurde dieses Konzept allen betroffenen bzw. interessierten Stellen zu einer ersten Stellungnahme übermittelt.

### **Verordnung über die Kennzeichnung gefährlicher Arbeitsstoffe in den Betrieben**

Im Zentral-Arbeitsinspektorat wird auch an einem Entwurf einer Verordnung über die Kennzeichnung gefährlicher Arbeitsstoffe in den Betrieben gearbeitet. Das Chemikaliengesetz nimmt jene Stoffe, die in Betrieben verwendet werden, von seinen Kennzeichnungsverpflichtungen grundsätzlich aus, weil man ursprünglich der Auffassung war, daß die in den

## ARBEITSINSPEKTION

## ADMINISTRATIVE MASSNAHMEN

Arbeitnehmerschutzvorschriften bereits vorgesehenen Kennzeichnungsbestimmungen ausreichen würden. Die Praxis hat jedoch die **Notwendigkeit** gezeigt, die **Kennzeichnungsbestimmungen des Chemikallengesetzes z.T. auch in das Arbeitnehmerschutzrecht zu rezipieren**.

### Fachausbildung für Sicherheitstechniker

Eine bessere Ausbildung der Sicherheitstechniker stellt einen wesentlichen Beitrag zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten dar. Durch eine Änderung des Arbeitnehmerschutzgesetzes soll daher vorgesehen werden, daß **künftig die Angehörigen des sicherheitstechnischen Dienstes eine 12-wöchige Fachausbildung absolvieren müssen**. Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat entsprechende Entwürfe erstellt, die die Grundlage für Verhandlungen mit den betroffenen Interessenvertretungen und Institutionen bilden sollen.

### 1.2. Administrative und sonstige Angelegenheiten

#### Rufbereitschaft

Beginnend mit 2. April 1991 wurde im Bereich der Arbeitsinspektion eine **Rufbereitschaft zur Sicherstellung der Erreichbarkeit von Arbeitsinspektoren auch außerhalb der Dienstzeit** eingerichtet. Aufgrund einer internen „Radl-Dienst-Einteilung“ ist ein Arbeitsinspektor in jedem Arbeitsinspektorat mittels Mobiltelefon auch während der Nachtstunden und am Wochenende erreichbar, um bei Arbeitsunfällen oder in Fällen sonstiger unmittelbarer Gefährdungen von Leben und Gesundheit von Arbeitnehmern sofort agieren zu können.

#### Statistische Auswertung bestimmter Unfälle

Die statistische Auswertung der der Arbeitsinspektion gemeldeten Arbeitsunfälle ergab eine **starke Häufung der Unfälle mit den Unfallursachen „Absturz von Personen“, „Herabfallen von Gegenständen“, „Umfallen von Gegenständen“ und „Wegfliegen von Stücken“**. Diese Unfallursachen wurden im Rahmen einer Sonderaktion daher näher darauf untersucht, ob bestimmte unfallbegleitende Umstände besonders häufig anzutreffen sind.

Bei „**Absturz von Personen**“ fiel die überproportionale Häufigkeit der Kombination mit zum Teil ungeeigneten erhöhten Standplätzen auf (41,1 %). Persönliches Fehlverhalten (16,9 %) hatte hier einen hohen Anteil am Unfallgeschehen. Auch die Rate an Unfällen durch Absturz von Kraftfahrzeugen und Anhängern (10,9 %) fällt hoch aus.

Die Unfallursache „**Umfallen von Gegenständen**“ hatte einen sehr hohen Anteil bei

## ARBEITSINSPEKTION

## ADMINISTRATIVE MASSNAHMEN

Transportarbeiten (42,6 %), im Zusammenhang mit Fahrzeugen (4,4 %) und mit Flurförderzeugen (2,2 %); das ergibt für Transport im weiteren Sinn 49,2 %.

Beim „**Wegfliegen von Stücken**“ stehen als vermeidbare unfallbegleitende Umstände die fehlende oder mangelhafte Schutzausrüstung im Zusammenhang mit persönlichem Fehlverhalten (Nichtbenutzung der bereitgestellten Schutzausrüstung) im Vordergrund (22,5 %).

Allgemein war festzustellen, daß persönliches Fehlverhalten häufig einen wichtigen unfallbegleitenden Umstand darstellt. Es wäre daher verstärkt darauf zu achten, daß die Unterweisung der Arbeitnehmer in einer für sie verständlichen und effizienten Form erfolgt.

Transportvorgänge spielen im Unfallgeschehen eine wichtige Rolle; den Vorschriften für betriebsinternen Verkehr sollte daher vermehrt Aufmerksamkeit zugewendet werden. Insbesondere sollte auch dem Zustand der Fahrzeuge (z.B. Lenker- und Beifahrersitze) und der Transportwege vermehrt Beachtung geschenkt werden. Besonders sollte jedenfalls darauf geachtet werden, daß nur von jenen Arbeitnehmern motorisch angetriebene Fahrzeuge gelenkt werden dürfen, die über die notwendigen Fachkenntnisse (allenfalls Zeugnis oder Führerschein) verfügen und denen vom Arbeitgeber eine Fahrbewilligung erteilt wurde.

Die **fehlende oder ungeeignete persönliche Schutzausrüstung** rangierte ebenfalls an vorderer Stelle in der Reihe der unfallbegleitenden Umstände. Dies zeigt deutlich die Notwendigkeit, Mittel der persönlichen Schutzausrüstung sowohl hinsichtlich Vorhandensein als auch hinsichtlich Eignung genau zu kontrollieren. Durch ergonomische Gestaltung dieser Hilfsmittel müßte der Tragekomfort und damit die Akzeptanz erhöht werden.

### Schwerpunktaktionen

Im Jahr 1990 wurden mehrere Schwerpunktaktionen, zum Teil österreichweit, zum Teil regional begrenzt, durchgeführt.

Eine **Schwerpunktaktion „Arbeitszeitprobleme im Bauwesen“** wurde in Gesamtösterreich durchgeführt, wobei zum Teil gravierende Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes vor allem im Zusammenhang mit Dekadenarbeit und dem Arbeitszeitmodell Lange Woche - Kurze Woche festgestellt wurden.

Beschränkt auf das Land Kärnten wurde eine Schwerpunktaktion in bezug auf Übertretungen des Arbeitsruhegesetzes im Baubereich, und zwar vor allem in Kleinbetrieben, durchgeführt. Dabei wurden 247 Baustellen überprüft, wobei auf 27 Baustellen Arbeitnehmer gesetzwidrig während der Zeit der Arbeitsruhe beschäftigt wurden. Auf zwei Baustellen wurde die unerlaubte Beschäftigung von polnischen und tschechischen Gastarbeitern festgestellt und dem Landesarbeitsamt gemeldet.

**ARBEITSINSPEKTION****ADMINISTRATIVE MASSNAHMEN**

Weitere **Schwerpunktaktionen** wurden vor allem **Im Gastgewerbe und Im Handel** durchgeführt (siehe dazu auch Analyse der Ergebnisse der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes).

**Arbeitsgruppe zur Erstellung eines flächendeckenden Netzes arbeitsmedizinischer Zentren unter Beteiligung der AUVA**

Diese vom Herrn Bundesminister eingesetzte Arbeitsgruppe, die Konzepte zur Umsetzung der Regierungserklärung in diesem Punkt ausarbeiten soll, trat im Mai 1991 zu einer ersten Sitzung zusammen. Dabei wurde vereinbart, zunächst die Ergebnisse der **Studie „Qualitätsstandards für arbeitsmedizinische Zentren“** abzuwarten, die vom Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen erstellt wird, und gleichzeitig eine Bedarfserhebung sowohl durch die AUVA als auch durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales durchzuführen. Diese Entscheidungsgrundlagen werden im Sommer 1991 vorliegen.

**Studie zur Ermittlung von Qualitätsstandards für überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren**

Diese **Studie** wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz durchgeführt und **soll die Grundlage für entsprechende Vorschriften im Arbeitnehmerschutzgesetz bieten**, das derzeit für die Erlangung einer Ermächtigung zum Betrieb eines arbeitsmedizinischen Zentrums zwar Anforderungen in bezug auf die Ausbildung und Qualifikation der Ärzte, nicht jedoch auf die apparative und sonstige Ausstattung solcher Zentren festlegt.

**Studie über die Belastung und Gefährdung von Tankwarten durch Benzol**

Das Zentral-Arbeitsinspektorat hat das Arbeits- und Sozialmedizinische Zentrum Mödling und den Arbeitsmedizinischen Dienst Linz beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Arbeitsinspektionsärzten eine Studie über die Belastung und Gefährdung von Tankwarten durch Benzol zu erstellen. Diese Studie wird im Sommer 1991 abgeschlossen sein und dient dem **Zweck, optimale Vorsorgeuntersuchungsmethoden für Benzolbelastungen zu finden** und überdies die Schutzmaßnahmen je nach den Ergebnissen dieser Studie zu verbessern.

**Fachtagung „Maximale Arbeitsplatzkonzentrationen: Werte ohne Grenzen - Grenzen ohne Wert“**

Diese Tagung fand im Juni 1990 statt und wurde von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales,



**ARBEITSINSPEKTION****BERUFSKRANKHEITEN**

Zentral-Arbeitsinspektorat, veranstaltet. Die Tagung hat einem Kreis von Betroffenen (Arbeitnehmer und deren Vertreter), Experten aus Wissenschaft und Praxis sowie Politikern und Journalisten Funktion und Zielsetzung, aber auch Grenzen von Arbeitsplatzgrenzwerten im allgemeinen und insbesondere die Bedeutung der österreichischen MAK-Werte-Liste für die Gesundheit der Arbeitnehmer dargelegt. Die Dokumentation dieser Tagung, die noch im Jahr 1991 erscheinen soll und deren Kosten vom Zentral-Arbeitsinspektorat übernommen wurden, wird dazu dienen, diese Informationen einem größeren Kreis zugänglich zu machen und eine praktische Hilfe für alle jene sein, die mit Arbeitsstoffen und deren Grenzwerten umzugehen haben.

**Studie „Auswertung der Untersuchungen nach § 8 des Arbeitnehmerschutzgesetzes“**

Die jährlich rund 80 000 Untersuchungsergebnisse arbeitsmedizinischer Untersuchungen aufgrund des Arbeitnehmerschutzgesetzes werden durch die Arbeitsinspektionsärzte zwar sehr intensiv bearbeitet, eine bundesweite Auswertung des Datenmaterials erfolgte bislang mangels ausreichender Personalkapazität jedoch nicht. Einem Institut wurde die Auswertung dieser Befunde übertragen. Ein erster Zwischenbericht liegt bereits vor, die Studie wird voraussichtlich im Sommer 1991 abgeschlossen werden können.

**Allgemeine Bundesbediensteten-Schutzverordnung**

Das Zentral-Arbeitsinspektorat wirkt an den Vorarbeiten zur Novellierung der Allgemeinen Bundesbediensteten-Schutzverordnung durch das Bundeskanzleramt mit. Durch diese Novelle soll eine weitgehende Angleichung der technischen und arbeitshygienischen Regelungen zum Schutz der Bundesbediensteten an das Niveau der für Betriebe in der Privatwirtschaft geltenden Regelungen erreicht werden.

**1.3. Berufskrankheiten**

(Vergleichswerte des Vorjahres werden in Klammern angegeben oder gesondert ausgewiesen)

Im Jahr 1990 wurden dem Zentral-Arbeitsinspektorat **1 003 (1 123) Personen** gemeldet, die eine Erkrankung erlitten hatten, welche gemäß § 177 ASVG als **Berufskrankheit** gilt und vom Träger der Unfallversicherung als beruflich verursacht anerkannt wurde. 993 Erkrankungen wurden gemäß § 177 Abs. 1 und 10 Erkrankungen gemäß § 177 Abs. 2 ASVG als Berufskrankheiten anerkannt. Davon betroffen waren 704 (768) erwachsene und 5 (13) jugendliche Arbeitnehmer sowie 231 (269) erwachsene und 63 (73) jugendliche Arbeitnehmerinnen. Zehn der gemeldeten Erkrankungen verliefen tödlich.

Bislang wurden nur beruflich bedingte Erkrankungen und Todesfälle von Arbeitnehmern gezählt, die noch im Berufsleben standen. Ab 1990 werden nunmehr auch alle jene Berufskrankheiten und Todesfälle statistisch erfaßt, welche erst nach Beendigung der beruflichen Tätigkeit als

**ARBEITSINSPEKTION****BERUFSSKRANKHEITEN**

berufsbedingt anerkannt wurden. Diese statistische Erweiterung führt insbesondere bei den bösartigen Erkrankungen durch Asbest und den dadurch bedingten Todesfällen aufgrund der hohen Latenzzeit dieser Erkrankung zu einer erheblichen Steigerung.

**Häufigkeit der Berufserkrankungen (bei mehr als 10 Fällen je Krankheit):**

durch Lärm verursachte Hörschäden.....	471	(545)
Hauterkrankungen .....	366	(425)
Asthma bronchiale .....	45	(43)
Infektionskrankheiten, Tropenkrankheiten, von Tieren auf Menschen übertragene Krankheiten.....	39	(44)
durch chemisch-irritativ oder toxisch wirkende Stoffe verursachte Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lunge.....	23	(17)
Silikosen oder Silikatosen, Siliko-Tuberkulosen, Asbestosen, bösartige Neubildungen der Lunge und des Rippenfells durch Asbest.....	17	(16)

**Am häufigsten traten Berufserkrankungen in der Wirtschaftsklasse XIII (Erzeugung und Verarbeitung von Metallen)** mit 312 Erkrankungsfällen, in der Wirtschaftsklasse XX (Körperpflege und Reinigung; Bestattungswesen) mit 122, in der Wirtschaftsklasse XIV (Bauwesen) mit 119, in der Wirtschaftsklasse VIII (Be- und Verarbeitung von Holz; Musikinstrumenten- und Spielwarenerzeugung) mit 80 und in der Wirtschaftsklasse XXII (Gesundheits- und Fürsorgewesen) mit 70 Erkrankungsfällen auf.

1990 wurden **471 (545) Gehörschäden durch Lärmelwirkung** gemeldet; 8 (11) davon betrafen Arbeitnehmerinnen. In 36 (32) Fällen verursachte der Hörverlust zumindest eine mittelgradige Schwerhörigkeit, d.h. eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von zumindest 20 %. 213 (232) der Meldungen, also fast die Hälfte, entfielen auf die Wirtschaftsklasse XIII.

**Die Zahl der gemeldeten Hauterkrankungen** betrug 366 (425); 117 (128) erwachsene, 5 (10) jugendliche Arbeitnehmer sowie 183 (216) erwachsene und 61 (71) jugendliche Arbeitnehmerinnen waren davon betroffen. In 82 (71) Fällen verursachten die Erkrankungen eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von zumindest 20%. 118 Erkrankungsfälle, d.s. 32% der gemeldeten Hauterkrankung, entfielen auf das Friseurgewerbe.

Im Berichtsjahr wurden ferner 38 (40) Fälle von Infektionskrankheiten gemeldet. 35 Erkrankte kamen aus dem medizinischen Arbeitsbereich. Bei sechs Arbeitnehmern sowie 11 Arbeitnehmerinnen verursachte die Schwere der Erkrankungen eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von zumindest 20 %. 24 Erkrankte, d.s. 63 % der gemeldeten Fälle von Infektionskrankheiten, waren Frauen.



**ARBEITSINSPEKTION****INSPEKTIONEN**

Im Jahr 1990 wurden 17 (16) Fälle von Staublungenerkrankungen gemeldet. Von diesen Meldungen entfielen 5 (11) auf Silikosen oder Silikatosen, 4 (2) auf Siliko-Tuberkulosen, 2 (0) auf Asbeststaublungenerkrankungen (Asbestosen) sowie 6 (2) Meldungen auf Erkrankungen durch bösartige Neubildungen der Lunge und des Rippenfells durch Asbest. Von den sechs Erkrankten verstarben fünf an den Folgen dieser Berufskrankheit.

Im Berichtsjahr wurden 10 (3) Erkrankungen von Arbeitnehmern bekanntgegeben, die gemäß der „Generalklausel“ des § 177 Abs. 2 ASVG als Berufskrankheiten anerkannt wurden. Vier dieser Erkrankungsfälle verliefen tödlich.

## 2. Arbeitsinspektorate

(Vergleichswerte des Vorjahres werden in Klammern angegeben oder gesondert ausgewiesen)

### 2.1. Inspektionen

Am Ende des Jahres 1990 waren bei den 20 Arbeitsinspektoraten insgesamt 176 346 (157 485) Betriebe (einschließlich Bundesdienststellen) und auswärtige Arbeitsstellen EDV-mäßig zur Inspektion vorgemerkt. Des weiteren wurden bis zum Ende des Berichtsjahres insgesamt 47 495 (37 612) Betriebe, die keine Arbeitnehmer beschäftigt hatten, EDV-mäßig erfaßt und in Evidenz geführt. Im folgenden werden auswärtige Arbeitsstellen als selbständige Betriebe gezählt.

Nach der Anzahl der jeweils beschäftigten Arbeitnehmer verteilten sich die vorgemerkten Betriebe auf die sieben Betriebsgrößengruppen wie folgt:

#### Verteiler der (EDV-mäßig erfaßten) vorgemerkten Betriebe

Jahr	1 – 4	5 – 19	Betriebe mit				1001 u. m.
			20 – 50	51 – 250	251 – 750	751 – 1000	
			Arbeitnehmern/innen				
1989	86749	52785	11173	5907	707	60	104
1990	101096	56634	11607	6103	736	60	110
Zunahme	14347	3849	434	196	29	0	6
Abnahme	-	-	-	-	-	0	-

Im Vergleich zum Stand des Jahres 1986 mit 189 111 vorgemerkten Betrieben bedeuten diese Zahlen eine EDV-mäßige Erfassung im Ausmaß von 93,25 %.

**ARBEITSINSPEKTION****INSPEKTIONEN**

Im Berichtsjahr wurden von den Arbeitsinspektoren in **66 464 (76 355) Betrieben 70 074 (80 913) Inspektionen durchgeführt. Dies entspricht einem Anteil von 37,7 % (48,5 %) der EDV-mäßig erfaßten Betriebe.** Der Rückgang der Inspektionen ist neben der personellen Unterdotierung der Arbeitsinspektion auf das Bestreben zurückzuführen, die jeweilige Überprüfung bezüglich der Einhaltung der zum Schutz der Arbeitnehmer erlassenen gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Verfügungen entsprechend dem Grundsatz „Qualität vor Quantität“ umfassend durchzuführen und festgestellte Übertretungen konsequent weiterzuverfolgen, sowie auf den ständig steigenden zeitlichen Aufwand im Rahmen behördlicher Bewilligungsverfahren (Anrainerrechte, Umweltschutz etc.).

**Zahl der (EDV-mäßig vorgemerkten) inspizierten Betriebe;  
Prozentsatz von den vorgemerkten Betrieben**

Zahl der inspizierten Betriebe mit . . . . Arbeitnehmern/innen

Jahr	1 – 4	5 – 19	20 – 50	51 – 250	251 – 750	751 – 1000	1001 u. m.
1989	35533	28234	7546	4316	585	51	90
1990	30285	24795	6867	3850	530	52	85
in % von den vorgemerkten Betrieben							
1989	41,0	53,5	67,5	73,1	82,7	85,0	86,5
1990	30,0	43,8	59,2	63,1	72,0	86,7	77,3

**Durch die Inspektionstätigkeit wurden im Jahr 1990 insgesamt 1 320 026 (1 463 775) Arbeitnehmer/ArbeitnehmerInnen erfaßt.**

## 2.2. Sonstige Außendiensttätigkeiten

Angabe betrifft

Berichtsjahr	1990	1989
--------------	------	------

Teilnahme an kommissio- nellen Verhandlungen .....	20.672 .....	20.234
---	--------------	--------

Erhebungen, insgesamt .....	85.447 .....	78.805
-----------------------------	--------------	--------

Die **Gesamtzahl der Amtshandlungen im Außendienst betrug** im Berichtsjahr **176.193 (179.952)**. Hierfür wurden 31.677 (29.920) Reisetage aufgewendet, und zwar 13.293 (12.692) für Tätigkeiten am Amtssitz und 18.384 (17.228) für Amtshandlungen außerhalb des Amtssitzes.

**ARBEITSINSPEKTION****STRAFANZEIGEN****2.3. Beanstandungen****Angabe betrifft****Berichtsjahr****1990****1989****Beanstandungen technisch****und arbeitshygienisch**.....116.791.....121.501**Beanstandungen****Verwendungsschutz**.....21.537.....17.307

Davon:

Beanstandungen Beschäftigung

von Kindern und Jugendlichen .....4.434.....4.666

Beanstandungen Beschäftigung

von weiblichen Arbeitnehmern .....268.....127

Beanstandungen Mutterschutz.....1.916.....1.698

Beanstandungen Arbeitszeit .....12.586.....8.653

**Beanstandungen insgesamt**(techn., arbeitshygien.,  
Verwendung, Heimarbeit,

Kfz-Straßenkontrollen).....146.033.....145.565

**2.4. Strafanzeigen****1990****1989****Anzeigen technisch und arbeitshygienisch**.....1.982.....1.527

Rechtskräftig abgeschlossene Strafverfahren .....1.065.....780

Beantragtes Strafausmaß in ÖS .....17.848.400,— .....12.339.810,—

Verhängtes Strafausmaß .....8.334.810,— .....4.093.100,—

**Anzeigen Verwendungsschutz**.....3.029.....3.894

Rechtskräftig abgeschlossene

Strafverfahren .....2.132.....1.957

Beantragtes Strafausmaß in ÖS .....45.917.150,— .....47.099.000,—

Verhängtes Strafausmaß .....12.046.000,— .....9.668.300,—

## ARBEITSINSPEKTION

## ARBEITSUNFÄLLE

## 2.5. Arbeitsunfälle

	1990	1989
<b>Arbeitsunfälle in Betrieben und auf Arbeitsstellen</b> .....	94.015	94.393
<b>davon tödl. Arbeitsunfälle</b> .....	91	94

Im Berichtsjahr haben sich im unmittelbaren Zusammenhang mit der Berufstätigkeit, nämlich in Betrieben und auf auswärtigen Arbeitsstellen, **94 015 (94 393) Arbeitsunfälle im engeren Sinn** ereignet, von denen **91 (94) tödlich** verliefen.

Insgesamt **gelangten der Arbeitsinspektion im Jahr 1990 103 906 (104 644) Unfälle zur Kenntnis, von denen 177 (188) einen tödlichen Verlauf nahmen.** Außerhalb des Betriebes oder der Arbeitsstelle ereigneten sich 9 891 (10 251) Unfälle, von denen 86 (94) tödlich waren. Somit entfielen 9,52 % (9,80 %) aller Unfälle und **48,59 % (50,00 %) aller tödlichen Unfälle auf keine Arbeitsunfälle im engeren Sinn.** Bei den Unfällen, die sich nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb ereigneten, handelt es sich zu 78,26 % (77,83 %) um Wegunfälle; bei den tödlichen Unfällen dieser Art liegt der Anteil bei 72,09 % (69,14 %).

Im Berichtsjahr wurden 4 202 (4 042) Erhebungen von Unfällen und Berufserkrankungen sowie 35 (39) kommissionelle Unfallerhebungen durchgeführt.

## Analyse des Unfallgeschehens

Eine Analyse der in Betrieben und auf Arbeitsstellen gemeldeten Unfälle hat **in folgenden Branchen** Schwerpunkte ergeben:

	1990	1989
1. Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	27 979 (29,8 %)	28 037 (29,7 %)
2. Bauwesen	21 301 (22,7 %)	21 729 (23,3 %)
3. Be- und Verarbeitung von Holz; Musikinstrumenten- und Spielwarenerzeugung	6 100 (6,5 %)	5 862 (6,2 %)
4. Handel; Lagerung	6 075 (6,5 %)	6 405 (6,8 %)
Unfälle (Gesamtzahl)	94 015	94 393

**ARBEITSINSPEKTION****ARBEITSUNFÄLLE**

Die Verteilung blieb damit praktisch unverändert. Berücksichtigt man den Arbeitnehmeranteil (in Betrieben der jeweiligen Wirtschaftsklassen festgestellte Arbeitnehmer im Verhältnis zur Gesamtzahl der in den Betrieben bzw. auf den auswärtigen Arbeitsstellen erhobenen Arbeitnehmer), ergibt sich folgendes besonderes Bild:

**Erzeugung und Verarbeitung von Metallen:**

23 % der Arbeitnehmer erlitten 29,8 % der Unfälle und 12,1 % der tödlichen Unfälle.

**Bauwesen:**

10 % der Arbeitnehmer erlitten 22,7 % der Unfälle und 47,3 % der tödlichen Unfälle.

**Be- und Verarbeitung von Holz; Musikinstrumenten- und Spielwarenerzeugung:**

4 % der Arbeitnehmer erlitten 6,5% der Unfälle und 5,5% der tödlichen Unfälle.

**Handel; Lagerung:**

13 % der Arbeitnehmer erlitten 6,5 % der Unfälle und 2,2 % der tödlichen Unfälle:

Diese Analyse bestätigt einmal mehr die weit überdurchschnittlichen Gefahren im Bauwesen, wobei insbesondere der hohe Anteil an tödlichen Unfällen auffällt.

Eine **Auswertung nach Unfallursachen** zeigt folgende Häufungen:

Absturz von Personen	4 981
Transportarbeiten	7 084
Ausgleiten, Stolpern, Fallen	16 003
Klemmen, Quetschen	9 047
scharfe und spitze Gegenstände	18 989
Herabfallen von Gegenständen	6 466
Wegfliegen von Stücken	4 035
	<hr/>
	66 603 (= 70,9 % aller Unfälle)

**Einzelne bemerkenswerte Unfälle****Schwerste Verletzungen durch vom Seitenstapler herabstürzende Bretter**

Ein Arbeitnehmer transportierte auf einem Seitenstapler einen Stapel 5 m langer Bretter mit einem Einzelgewicht von ca. 25 - 30 kg und einem Gesamtgewicht von über 1 000 kg. Der Stapel wurde etwa in der Mitte durch einen 50 mm breiten Spanngurt aus Kunststoff-

**ARBEITSINSPEKTION****ARBEITSUNFÄLLE**

Textilgewebe mit einem Metallspannschloß zusammengehalten. Durch eine unvorsichtige Fahrbewegung rutschte der Bretterstapel von den Gabeln und wurde anschließend nach gewaltsamem Unterfahren wieder auf die Gabeln geschoben und ca. 1 m hoch gehoben. Dabei hing jedoch ein Teil der Bretter, vom Gurt gehalten, über die Gabelspitzen hinaus. Als der Staplerfahrer in hockender Stellung unmittelbar vor der Last deren Lage kontrollieren wollte, brach das Spannschloß. Die herabstürzenden Bretter begruben den Arbeitnehmer von den Beinen her bis ca. zur Hälfte der Oberarme, wobei er eine Verschiebung der Brustwirbel mit Querschnittlähmung erlitt. Das Spannschloß war offensichtlich beim gewaltsamen Unterfahren des Stapels beschädigt worden und hatte nach dem Wiederaufnehmen der Last dem Druck der überhängenden Bretter nicht standgehalten.

**Tödlicher Absturz durch ungeeigneten Gerüstbelag**

Entsprechend den Bestimmungen des § 19 Abs. 3 der Bauarbeiter-Schutzverordnung, BGBl. Nr. 267/1954, müssen Gerüstlagen einen Belag aus mindestens 5 cm dicken oder solchen **Pfosten** haben, deren Dicke infolge Abnutzung um nicht mehr als 5 mm geringer ist. Von einem Unternehmen war im Zuge der Montage und Komplettierung von Lichtkuppeln ein einhängbares Stahlgerüst errichtet worden. Als Gerüstbelag waren sowohl 5 cm dicke Pfosten als auch eine nur 3 cm starke Schalttafel verwendet worden. Als ein Arbeitnehmer aus nur ca. 0,95 m Höhe auf diese Schalttafel sprang, brach diese und er stürzte ca. 7,5 m tief ab. Er erlitt dabei tödliche Verletzungen. Den Bestimmungen des § 19 Abs. 3 der zitierten Verordnung wird auf Baustellen immer wieder zuwidergehandelt. Der Grund, warum immer wieder Schalttafeln anstelle von Pfosten als Gerüstbelag verwendet werden, liegt vor allem auch in der irrigen Annahme, daß hinsichtlich der Tragfähigkeit bzw. Festigkeit zwischen einer Schalttafel und einem Pfosten kein Unterschied besteht. Die Tatsache, daß nicht nur aufgrund der unterschiedlichen Stärke, sondern allein schon durch den Materialaufbau (geleimtes Holz bei der Schalttafel und gewachsenen Holz beim Pfosten) ein großer Festigkeitsunterschied gegeben ist, wollen die meisten Bauarbeiter nicht wahrhaben.

**Hornhautverbrennungen durch UV-Strahlen**

Bei Reparaturarbeiten am Nachgärschrank der Semmelstraße durch zwei Monteure der Herstellerfirma der Betriebseinrichtung gemeinsam mit dem Haustechniker des Unternehmens, wurde die Wirkung der zur Bakterienbekämpfung im Schrank montierten UV-Lampe nicht beachtet. Da nur ein kleiner Teil der Fördereinrichtung durch diese Öffnungen bearbeitet werden kann, wurde der Hauptschalter des Gerätes nicht ausgeschaltet, um die Transporteinrichtung jeweils ein Stück nachstellen zu können. Weil bei eingeschaltetem Gerät auch die UV-Lampe während der gesamten Reparaturzeit wirksam war, kam es zu Hornhautverbrennungen an den Augen aller drei Arbeitnehmer.

**ARBEITSINSPEKTION****ARBEITSUNFÄLLE****Herabstürzende Zwischendecke**

Zwei Arbeitnehmer führten im Auftrag des Hauseigentümers in dessen zur Zeit unbewohnten Wohnhaus Renovierungsarbeiten durch. Dabei trugen sie eine 12 cm starke Zwischenmauer im ausgebauten Dachgeschoß ab, auf der die Zwischendecke aufgelagert war. Die Zwischendecke stürzte herab und verletzte einen Arbeitnehmer tödlich, den anderen leicht. Der Unfall wäre vermeidbar gewesen, wenn die Arbeiten unter Aufsicht einer fachkundigen Person durchgeführt worden wären, die sich vor Beginn der Arbeiten vergewissert hätte, ob die Zwischenwand tragend ausgeführt worden war, und danach die Arbeitsweise (Abtrag der Decke vor dem Abtrag der Zwischenwand) festgelegt hätte.

**Montagearbeiten**

In der Werkshalle einer Stahlbaufirma saß ein Spenglerlehrling zur Durchführung von Montagearbeiten in ca. 6 m Höhe rittlings auf der Kranbahnschiene eines flurgesteuerten 5-t-Laufkrans. Als der Kranführer der Stahlbaufirma den Kran in Bewegung setzte, wurde der Lehrling vom Kopfträger des Laufkrans erfaßt, gegen eine Stütze gedrückt und schwer verletzt. Der Unfall wäre – abgesehen davon, daß das Arbeiten auf der Kranbahn in 6 m Höhe unter die Beschäftigungsverbote für Jugendliche fällt – bei entsprechender Koordination zwischen den beiden Unternehmen vermeidbar gewesen. Es hätte durch geeignete organisatorische und technische Maßnahmen sichergestellt werden müssen, daß die Kranbahn erst betreten wird, nachdem der Laufkran dauerhaft, z.B. durch Abschalten und Versperren des Kranhauptschalters, außer Betrieb gesetzt wurde.

**2.6. Gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten**

Aufgrund der Verordnung über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten wurden im Berichtsjahr in 4 162 (5 076) Betrieben 78 896 (86 684) Arbeitnehmer auf ihre gesundheitliche Eignung für bestimmte Tätigkeiten untersucht.

**Verteilung der Untersuchungen nach Einwirkungen bzw. Tätigkeiten:**

Lärm.....	35 931	(41 988)
chemisch-toxische Arbeitsstoffe .....	30 588	(30 724)
quarz-, asbest- oder sonstige silikathaltige Staube, Thomas- schlackenmehl, Aluminiumstaub, Metallstaub bei der Herstellung von Hartmetallen.....	8 912	(10 162)
den Organismus besonders belastende Hitze, Tragen von Atemschutzgeräten, Tätigkeiten in Gasrettungsdiensten .....	2 589	(2 912)
Stoffe, die Hautkrebs verursachen können.....	876	(898)

Die untersuchten Arbeitnehmer kamen vor allem aus der Wirtschaftsklasse XIII (Erzeugung und Verarbeitung von Metallen) mit 36 104 (41 434), der Wirtschaftsklasse XI (Erzeugung und Verarbeitung von Chemikalien, Gummi und Erdöl) mit 10 128 (9 527), der Wirtschaftsklasse VIII (Be- und Verarbeitung von Holz) mit 7 277 (9 023), der Wirtschaftsklasse XII (Erzeugung von Stein- und Glaswaren) mit 4 538 (4 012) und der Wirtschaftsklasse V (Erzeugung von Textilien und Textilwaren) mit 3 375 (3 439) untersuchten Arbeitnehmern.

Aufgrund ärztlicher Untersuchungen gemäß der Verordnung über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten wurden 164 (114) Arbeitnehmer aus 85 (46) Betrieben als für solche Tätigkeiten nicht geeignet beurteilt, davon wurden 11 (1) Arbeitnehmer nach der Strahlenschutzverordnung für eine Tätigkeit unter Einwirkung ionisierender Strahlen als nicht geeignet erklärt. In 18 (22) Fällen mußte das Verbot der Weiterbeschäftigung bescheidmäßig ausgesprochen werden.

### **3. Analyse der Ergebnisse der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes**

#### **3.1. Beanstandungen**

1990 wurden insgesamt 21 537 Beanstandungen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes (ohne Straßen- und Grenzkontrollen) festgestellt, das entspricht gegenüber 1989 einer Steigerung um 28 %. Der Anstieg betrifft vor allem das Arbeitszeitgesetz, das Mutterschutzgesetz und das Arbeitsruhegesetz.

Die Beanstandungen konzentrieren sich auf wenige Branchen, und zwar auf das Gastgewerbe, den Handel und das Bauwesen. Gerade in diesen Bereichen sind die Beanstandungen gegenüber 1989 deutlich gestiegen, obwohl durch die Kontrollen der Arbeitsinspektion wesentlich weniger Betriebe und wesentlich weniger Arbeitnehmer erfaßt wurden.

**Von den 21 537 Beanstandungen entfallen:**

- 12 586 auf das **Arbeitszeitgesetz**,
- 4 434 auf das **Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen**,
- 1 916 auf das **Mutterschutzgesetz** und
- 1 313 auf das **Arbeitsruhegesetz**.

Bei Kontrollen auf den Straßen und an den Grenzübergängen wurden im Berichtsjahr 4 756 Beanstandungen betreffend die Beschäftigung von Lenkern und Beifahrern festgestellt.



## ARBEITSINSPEKTION

## VERWENDUNGSSCHUTZ

### Mißstände im Gastgewerbe

**Das Gastgewerbe weist nach wie vor mit Abstand die meisten Beanstandungen auf:** Auf diesen Bereich entfielen im Berichtsjahr 7 100 Beanstandungen, das sind ca. ein Drittel aller Beanstandungen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes. Das Gastgewerbe liegt bei den Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes, des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen und des Arbeitsruhegesetzes an der Spitze, bei den Übertretungen des Mutterschutzgesetzes an der zweiten Stelle. Im Gastgewerbe werden also alle wesentlichen Vorschriften des Verwendungsschutzes massiv übertreten.

Die Mißstände zeigen sich besonders deutlich bei einem Vergleich mit der Zahl der erfaßten Betriebe und Arbeitnehmer: 1990 wurden 7 977 Gastgewerbebetriebe mit 59 584 Arbeitnehmern/innen kontrolliert, d.s. 14,34 % der von der Arbeitsinspektion insgesamt kontrollierten Betriebe bzw. 4,8 % der durch die Kontrollen erfaßten Arbeitnehmer/innen. Auf diesen Bereich entfallen aber 32,97 % der festgestellten Übertretungen. **Die Beanstandungen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes im Gastgewerbe sind 1990 gegenüber 1989 um 15 % gestiegen**, obwohl wesentlich weniger Betriebe kontrolliert wurden. Zugenommen haben vor allem Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes und des Arbeitsruhegesetzes, gesunken sind die Übertretungen des Kinder- und Jugendschutzes.

### Anstieg der Beanstandungen im Handel

Auf Handel und Lagerung entfielen im Berichtsjahr 5 058 **Beanstandungen** auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes, das entspricht gegenüber 1989 einem **Anstieg um 52 %**. Zugenommen haben vor allem die Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes, des Mutterschutzgesetzes, des Arbeitsruhegesetzes und des Bundesgesetzes über die Nachtarbeit der Frauen. Diese Entwicklung erscheint besonders bedenklich, wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der kontrollierten Handelsbetriebe gegenüber 1989 um 13,86 % gesunken ist.

Die Zunahme der **Übertretungen** im Handel muß zweifellos auch **im Zusammenhang mit den geänderten Rahmenbedingungen auf dem Gebiet der Öffnungszeiten** gesehen werden und zeigt, daß eine Verlängerung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten häufig eine Übertretung von Arbeitnehmerschutzvorschriften zur Folge hat.

### Beschäftigung von Lenkern

Anläßlich von Betriebskontrollen wurden 1990 insgesamt 1 580 Übertretungen der Sonderbestimmungen des Arbeitszeitgesetzes betreffend Lenker und Beifahrer festgestellt.

Die Arbeitsbedingungen für Lenker und Beifahrer wurden außerdem im Rahmen von gemeinsamen Kontrollen mit den Organen der öffentlichen Sicherheit auf den Straßen und an den Grenzübergängen kontrolliert. Durch diese **Kontrollen** wurden 1990 **insgesamt 9 737**

**ARBEITSINSPEKTION****VERWENDUNGSSCHUTZ**

**Fahrzeuge** erfaßt. In **4 756 Fällen** erfolgten **Beanstandungen**, insbesondere das **Nichtführen** der Fahrtenbücher, die **Überschreitung** der zulässigen Lenkzeiten und Einsatzzeiten sowie die **Nichteinhaltung** der Lenkpausen, Ruhepausen und Ruhezeiten. Auf in Österreich zugelassene Fahrzeuge entfielen 1 986 Beanstandungen: in 1 541 Fällen wurde das vorgeschriebene Fahrtenbuch nicht geführt, in 364 Fällen eine Überschreitung der zulässigen Lenkzeit festgestellt (davon in 17 Fällen eine Lenkzeit über 14 Stunden) in 315 Fällen eine Überschreitung der zulässigen Einsatzzeit. In 90 Fällen wurden derart krasse Übertretungen festgestellt, daß die Lenker von den Organen der öffentlichen Sicherheit an der Weiterfahrt gehindert werden mußten.

**Bei der Beschäftigung von Lenkern** bestehen nach wie vor **krasse Mißstände**, die sowohl aus der Sicht des Arbeitnehmerschutzes als auch aus der Sicht der Verkehrssicherheit bekämpft werden müssen. Gerade in diesem Bereich bieten aber die bestehenden Rechtsvorschriften keine ausreichenden Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. So zeigt sich immer häufiger, daß eine Kontrolle der Lenk- und Einsatzzeit durch das Fehlen von Fahrtenbüchern vereitelt wird. Eine Verbesserung in diesem Bereich kann allerdings nicht allein durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes erreicht werden, sondern nur durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen auf dem Gebiet des Kraftfahrrechtes bzw. des Verkehrsrechtes einerseits und dem Gebiet des Arbeitszeitrechtes andererseits. So wäre – entsprechend der Rechtslage in anderen Ländern – sowohl bei Überschreitung der zulässigen Lenkzeiten oder Nichteinhaltung der Ruhezeit als auch bei fehlenden Nachweisen über die geleistete Lenkzeit ein zwangsweises Abstellen der Fahrzeuge durch Organe der öffentlichen Sicherheit eine wirksame Sanktion und ein wesentlicher Beitrag zur Hebung der Verkehrssicherheit und zum Schutz der betroffenen Arbeitnehmer.

### **3.2. Sonderaktionen**

In der Zeit von Mitte Mai 1990 bis Ende Juni 1990 wurden in ganz Österreich im Rahmen einer Sonderaktion **1 170 Handelsbetriebe besonders überprüft**, wobei in 530 Betrieben **Übertretungen** des Verwendungsschutzes festgestellt wurden. Diese Überprüfung hat ergeben, daß in **zahlreichen Handelsbetrieben keine dem Arbeitszeitgesetz entsprechenden Arbeitszeitaufzeichnungen** geführt wurden, insbesondere werden regelmäßig Vor- und Abschlußarbeiten nicht als Arbeitszeit erfaßt und auch nicht entsprechend entlohnt. Außerdem wurde festgestellt, daß in Handelsbetrieben häufig am Samstagnachmittag und an Sonntagen Arbeitnehmer zu Inventurarbeiten herangezogen werden, was eine **Übertretung** des Arbeitsruhegesetzes darstellt. Weiters hat diese Aktion ergeben, daß in Handelsbetrieben Dienstnehmerinnen entgegen dem Bundesgesetz über die Nacharbeit der Frauen nach 20.00 Uhr mit Regalbetreuungsarbeiten etc. beschäftigt werden.

In Kärnten hat das Arbeitsinspektorat im Sommer 1990 Handelsbetriebe in Saisonorten während der Wochenend- und Feiertagsruhe schwerpunktmäßig überprüft. Diese Kontrollen erfaßten 55 Handelsbetriebe, die am Samstagnachmittag bzw. Sonntag offengehalten haben. Dabei wurden

**ARBEITSINSPEKTION****VERWENDUNGSSCHUTZ**

zahlreiche Übertretungen festgestellt, z.B. in 80 % der Betriebe die Nichteinhaltung der Wochenendruhe, in 16 % die Nichteinhaltung der Feiertagsruhe und in 38 % die Nichtgewährung der Wochenruhe.

Auch im Sommer 1990 wurde besonderes Gewicht auf die **Kontrolle der Gastgewerbebetriebe** gelegt, wobei vor allem die Beschäftigungsbedingungen für Ferienpraktikanten überprüft wurden. In etwa der Hälfte der kontrollierten Betriebe wurden Übertretungen auf dem Gebiet des Verwendungsschutzes festgestellt, in manchen Bundesländern sogar in 70 % der Betriebe. Besonders häufig waren Verletzungen des Sonntagsarbeitsverbotes und des Nachtarbeitsverbotes für Jugendliche zu beanstanden. Die Pflichtpraktikanten waren jedoch nahezu ausnahmslos als Arbeitnehmer bei der Sozialversicherung angemeldet, was eine wesentliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren darstellt und sicher auch auf die verstärkte Kontrolltätigkeit in diesem Bereich zurückzuführen ist.

**3.3. Heimarbeit**

Im Jahr 1990 waren bei den Arbeitsinspektoraten **742 Auftraggeber, 7 313 Heimarbeiter und 50 Zwischenmeister** vorgemerkt. Die Zahl der vorgemerkten Auftraggeber und Zwischenmeister ist, wie die folgende Tabelle zeigt, gegenüber den Vorjahren deutlich gesunken.

Jahr	Auftraggeber	Heimarbeiter	Zwischenmeister
1988	880	8 726	111
1989	810	7 155	88
1990	742	7 313	50

**Überprüfungstätigkeit der Arbeitsinspektion im Bereich Heimarbeit**

Jahr	Überprüfte		Anzahl der von den überprüften Auftraggebern beschäftigten		
	Auftraggeber	Heimarbeiter	Zwischenmeister		
				männlich	weiblich
1988	549	1 363	26	288	4 291
1989	485	1 063	20	279	4 052
1990	418	843	17	169	3 630

**ARBEITSINSPEKTION****TECHNISCHER ARBEITNEHMERSCHUTZ**

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Arbeitsinspektion im Bereich Heimarbeit stellt die **Wahrnehmung des Entgeltschutzes** dar. Im Jahr 1990 wurden von den Arbeitsinspektoraten 168 (184) Auftraggeber zu **Nachzahlungen in Gesamthöhe von S 1 919 872,69 (S 2 041 945,34)** veranlaßt, sodaß auf einen Auftraggeber ein durchschnittlicher Nachzahlungsbetrag von S 11 427,91 (S 11 097,53) entfiel.

**Beanstandungen auf dem Gebiet der Heimarbeit**

	1988	1989	1990
<b>insgesamt</b>	<b>1 669</b>	<b>1 515</b>	<b>1 319</b>
davon Listenführung	44	35	20
Bekanntgabe der Arbeits- und Lieferungsbedingungen	55	41	37
Abrechnungsnachweise	404	342	298
Entgeltschutz	1 010	961	818

## **4. Gestaltung der Arbeitsbedingungen in bezug auf den technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutz**

In einem **Sportbooterzeugungsbetrieb** konnte man durch die **konstruktive Umgestaltung der Bootskörperformen und Anordnung von Absaugungen** erreichen, daß beim Laminierungsvorgang im Arbeitsbereich der MAK-Wert für Styrol unterschritten wird. Bei der konstruktiven Umgestaltung hat man die notwendigen Bootskörperdurchbrüche, wie z.B. Fenster, Mastführung etc, für die Anbringung der Flansche für die Bootskörperabsaugung verwendet. Durch diese Maßnahme können die Styroldämpfe unmittelbar an der Entstehungsstelle erfaßt und über Bodenkanäle abgeleitet werden.

In einem **Stahlwerk** wurde ein **Automat zum Ausspritzen** von Strangguß-Verteilerrinnen mit Feuerfestmaterial aufgestellt. Das Aufbringen der Feuerfestmasse, entweder bei Neuzustellung oder bei Reparatur, erfolgte bisher mittels eines Spritzschlauches, welcher händisch geführt wurde. Die Masse wurde mit einer Pumpe aus einem Mischbehälter mit Rührwerk dem Spritzschlauch zugeführt. Das Führen des Spritzschlauches sowie das Beschicken waren arbeitsaufwendig und belastend, Mischungsverhältnis und Wandstärke der Schicht waren weitgehend vom Geschick der Bedienungsperson abhängig. Schwankungen dieser beiden Faktoren führten nicht nur zur Verringerung der Standzeit, sondern damit verbunden auch zu erhöhten Gefährdungen für die Arbeitnehmer. Der Spritzautomat führt nun diese Arbeitsvorgänge programmgesteuert mit

**ARBEITSINSPEKTION****TECHNISCHER ARBEITNEHMERSCHUTZ**

geringsten Toleranzen aus. Der Arbeitsaufwand besteht aus dem Füllen des Trockenbunkers; sodann muß die Rinne in der passenden Position abgestellt, sowie das gewünschte Programm eingegeben und gestartet werden. Mischung, Transport und auch die exakte Führung des Spritzschlauches erfolgt ohne weitere händische Manipulation. Die Anlage bringt eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Einige **Käsereibetriebe** tätigten erhebliche Investitionen in die Automatisierung des Betriebsablaufes. Dazu war die Installierung zahlreicher, nicht serienmäßiger Förder- und Transportanlagen, sowie das Aufstellen prototypenhafter Maschinen erforderlich. Diese neu konstruierten Anlagen und Betriebsmittel wiesen teilweise erhebliche Mängel in sicherheitstechnischer Hinsicht auf. Vom Arbeitsinspektorat wurden diese Mängel erhoben, sodaß die Liefer- und Montagefirmen verpflichtet werden konnten, noch vor der endgültigen Übergabe der Anlagen die sicherheitstechnischen Mängel zu beheben.

In einer **Strick- und Wirkwarenfabrik**, welche auch eine Färberei umfaßt, wurde im **Chemikalienlager** der Färberei ein neuer Lagerraum für flüssige Komponenten eingerichtet. Dieser Raum ist für die jeweiligen Komponenten in einzelne Boxen gegliedert. Die Boxen besitzen eine wannenförmige Ausgestaltung und sind mit Türen der Brandschutzklasse T 90 abgeschlossen. Die Beschickung erfolgt mittels eines Elektrozuges, wobei die Paletten mit den Fässern auf eine Ausrollvorrichtung aufgesetzt werden. Diese Ausrollvorrichtung besitzt eine teleskopartig ausgestaltete Auszieheinrichtung, sodaß die Fässer ohne erheblichen Kraftaufwand in die Boxen zurückgeschoben werden können. Durch diese Maßnahme ist sowohl die Schwere der Arbeit als auch die **Brandgefahr** wesentlich vermindert worden.

Die **gefahrlose Entsorgung von Sonderabfällen aus Krankenanstalten** stellt immer ein **besonderes Problem** dar, da sowohl beim Sammeln der Sonderabfälle in den Krankenanstalten selbst, beim Transport und insbesondere auch bei der Entsorgung ein Kontakt mit den Abfällen nie auszuschließen ist. Bei dem einzigen derzeit für die Verbrennung von Sonderabfällen aller Art in Österreich geeigneten Entsorgungsbetrieb wurde mit hohem Aufwand eine Erweiterung vorgenommen, die ausschließlich der Entsorgung von Sonderabfällen aus medizinischen Bereichen dient. Die Anlage arbeitet vollautomatisch, wobei der gesamte Betriebsablauf von einer zentralen Stelle aus fernüberwacht wird. Es werden nur solche Behälter für Sonderabfälle angenommen, welche normgemäß, durchstichsicher und bruchfest ausgeführt sind, wobei ein Öffnen der Behälter nicht mehr möglich ist. Diese Behälter gelangen nun über automatisch bediente Speicherbereiche, Transport- und Hebesysteme unmittelbar in die Drehrohröfen. Aus arbeitshygienischer Sicht ist somit eine optimale Sicherheit gegen Infektionsgefahr gewährleistet, da während des gesamten Entsorgungsablaufes ein händisches Eingreifen nicht mehr erforderlich ist.

In einem **Chemiebetrieb** werden laufend größere Mengen von organischen Lösungsmitteln und damit versetzten Fertigprodukten in Tankfahrzeuge und Kesselwaggons abgefüllt. Gaspengel-

**ARBEITSINSPEKTION****TECHNISCHER ARBEITNEHMERSCHUTZ**

leitungen zur Rückführung der Dämpfe in die Lagerbehälter sind zwar vorhanden, die meisten der oft aus Ostländern stammenden Kesselwaggons und viele Tankfahrzeuge verfügen jedoch über keine entsprechenden Anschlüsse. Bei einer Überprüfungsverhandlung wurde vom Firmenvertreter ein kegelförmiges Aufsatzstück aus Metall mit Anschlußverschraubungen für Füll- und Gaspendelleitung vorgezeigt. Es wurde mitgeteilt, daß der mit Moosgummi beklebte Kegel auf Tanköffnungen mit verschiedenen Durchmessern aufgesetzt werden könne, wodurch ein Befüllen mittels Gaspendelleitung ohne Entweichen von Dämpfen in die Atemluft möglich sei. **In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat wurden technische Verbesserungen durchgeführt**, sodaß dieses Aufsatzstück nunmehr tatsächlich auf der Tanköffnung leicht und sicher fixiert werden kann. Sein gasdichter Sitz konnte durch Messungen mit dem Gasspürgerät nachgewiesen werden.

Im Zuge des Wiederaufbaues einer durch Brand zerstörten Rollen-Offset-Druckerei wurden die neu aufgestellten leistungsstarken drei **Druckmaschinen**, in deren unmittelbarer Nähe ein **Dauerschallpegel von bis zu 94 dB(A)** erreicht wird, mit einer **schalldämmenden Umhausung** ausgestattet, die eine Lärminderung am außerhalb der Umhausung befindlichen Steuerpult auf **74 dB(A)** bewirkt und damit ein Tragen des Gehörschutzes nur mehr beim fallweise erforderlichen Betreten der „Maschinenhäuser“ notwendig ist.

In einem **Zulieferbetrieb der Automobilindustrie mit über 200 weiblichen Arbeitnehmern** werden Bestandteile der elektrischen Ausrüstung (Kabelbäume) hergestellt. Der Zusammenbau der Komponenten erfolgt an Bändern auf sogenannten Montagebrettern. Die auf Rollen gelagerten Bretter werden nach dem Montagetakt zum nächsten Arbeitsplatz weitergeschoben. Aus dem Fertigungsablauf und der räumlichen Anordnung der verschiedenen Komponenten- und Kleinteilebehälter ergab sich oberhalb der waagrecht angeordneten Montagebretter ein relativ großer Greifraum. Die Arbeitnehmer mußten daher bei einer weitgehend **statischen Rumpffposition** eine vorgebeugte bzw. auch überstreckte Körperhaltung einnehmen, die wiederum zu **häufigen Krankheitsbeschwerden im Stützapparat** sowie im Schulterbereich führte. **Nach einer ergonomischen Analyse der Arbeitsplatzsituation mit dem Arbeitsinspektionsarzt wurde eine Anpassung des Hauptarbeitsfeldes an unterschiedliche Körpergrößen verlangt.** Gleichzeitig sollte eine Verkleinerung des Greifraumes mit einer Differenzierung der Griffweite nach ihrer Häufigkeit vorgenommen werden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Realisierung ergonomischer Erkenntnisse auch nach den zu erwartenden positiven Auswirkungen auf den Komplex Arbeitsplatz-Leistung-Gesundheit beurteilt werden muß. **Das Unternehmen hat inzwischen einen Großteil der Bandanlagen umgebaut.** Die Montagebretter können in einem Winkel zwischen 30 Grad und 50 Grad geneigt werden. Die besondere Anordnung der Gelenkpunkte ermöglicht gleichzeitig auch eine Anpassung an die günstigste Arbeitshöhe und durch den Wegfall des Körperschattens eine bessere Ausleuchtung des Arbeitsfeldes. Die Abänderungen an den Bandanlagen erlauben eine aufrechte und entspannte Körperhaltung, sodaß insgesamt auch ein günstiger Einfluß auf die bei Schicht- und Akkordarbeit auftretende spezifische Belastungssituation erwartet werden kann. Nach ersten

**ARBEITSINSPEKTION****TECHNISCHER ARBEITNEHMERSCHUTZ**

Erfahrungen wird die geänderte Arbeitsplatzgestaltung positiv aufgenommen und sind die Beschwerden deutlich geringer. Von seiten des Arbeitsinspektionsarztes ist beabsichtigt, etwaige Auswirkungen auf die Krankenstandstatistik zu beobachten.

In einem **metallverarbeitenden Betrieb zur Herstellung von Bohrgestängen** werden dieselben mit einem wachsartigen Korrosionsschutz angeliefert bzw. nach der Bearbeitung wieder damit versehen. Für die Verarbeitung im Betrieb ist eine fettfreie Oberfläche notwendig. Bisher wurden die Werkstücke in einer Perchlorethylenanlage gereinigt. Nunmehr erfolgt diese Reinigung in einer Heißwasseranlage bei 90 Grad C. Durch Eintauchen der Teile (über Hallenkran) in das Bad bei einer Verweilzeit von ca. 15 Minuten wird das Wachs von der Oberfläche gelöst, gelangt auf die Badoberfläche und wird über einen Abscheider vom Wasser getrennt. Beim Hochheben wird mit Hochdruck Heißwasser auf die Teile gespritzt, um die noch nicht gelösten Wachsreste zu entfernen. Eine Randabsaugung verhindert das Entweichen des Wasserdampfes in die Werkshalle. Das Wachs kann nach Entfernen des Wasseranteiles (wird extern durchgeführt) wieder zum Wachsen von Werkstücken verwendet werden. **Durch diese neue Anlage wird die Geruchsbelästigung und mögliche Gesundheitsgefährdung der Arbeitnehmer durch Perchlorethylen vermieden.**

Bei der Überprüfung einer auswärtigen Arbeitsstelle mußte festgestellt werden, daß **Schutzgerüste im Schutzabstand einer Hochspannungsfreileitung** angebracht waren. Da für die Arbeitnehmer im Fall eines Absturzes eine drohende Gefahr für Leben und Gesundheit bestand, wurde eine sofortige Sperre des Baustellenbereiches im Sinne des § 7 Abs. 3 ArbStG 1974 verfügt. Nach anfänglichen Widerständen erreichte das Arbeitsinspektorat letztlich die Freischaltung der betroffenen Hochspannungsfreileitung durch das zuständige Energieversorgungsunternehmen, wodurch die drohende Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer rasch abgewendet werden konnte.

Für die Beschickung der Tafelblechschere, der Plasmaschneid- und Stanzanlage mit Blechtafeln wurden in einem Dosenwerk **Vakuumhebergeräte** eingesetzt. Durch diese Betriebseinrichtungen entfällt der Transport der Blechtafeln mittels Kran, **wodurch sich Erleichterungen für die Arbeitnehmer ergeben**, da das händische Anschlagen der Blechtafeln mittels Seilen bzw. Ketten nicht mehr notwendig ist. Außerdem kam es beim Anhängen von Blechtafeln immer wieder zu schweren Schnittverletzungen durch die scharfen Kanten der Blechteile.

Im Zuge der Errichtung einer **Schienenfließadjustage in einem Walzwerk** wurde der **Zu- und Abtransport zu einer Rollenrichtmaschine mechanisiert**. Bisher wurde das Walzgut, vorwiegend Schienen in den unterschiedlichsten Längen, Profilen und Metergewichten, mittels Kran vom Kühlbett auf eine Ablage am Einlaufende zur Rollenrichtmaschine gehoben. Mittels Seilwinden, Drehschlüssel und primitiven Hebevorrichtungen mußten die Profile ausschließlich händisch in die richtige Einlaufposition zur Richtmaschine gebracht werden und über nicht angetriebene Rollen in die Maschine eingeführt werden. Der Abtransport der gerichteten Profile erfolg-



**ARBEITSINSPEKTION****PERSONALSTAND**

te über Rollgang, Querschlepper und Kran zur weiteren Bearbeitung. Auch bei diesen Arbeitsabläufen war es notwendig, immer wieder händisch einzugreifen. Diese Tätigkeiten waren unergonomisch und vor allem extrem unfallgefährlich. Nunmehr werden die Schienen über ein Hubkühlbett in gleichmäßigen Abständen in den Aktionsbereich eines hydraulischen, in allen Raumachsen beweglichen, vor der Rollrichtmaschine montierten Manipulator gebracht. Dieser bringt die Schiene in die richtige Einlaufposition und führt sie auch in die Richtmaschine ein. Rollgänge bringen die Schiene nach dem Richtvorgang im direkten Materialfluß zu weiteren Bearbeitungs-, Kontroll- und Prüfeinrichtungen. Die Anlage läuft weitgehendst automatisiert und wird aus einem Steuerstand, teilweise auch über Videoeinrichtungen überwacht. Die Unfallsituation hat sich entscheidend geändert. Waren bisher durchschnittlich zwei bis drei **Unfälle pro Monat** zu verzeichnen, so ist für die vergleichbaren Arbeitsabläufe die Zahl praktisch auf **Null gesunken**.

In einem Betrieb der **granitverarbeitenden Industrie**, der als staubschutztechnisch saniert gegolten hatte, wurde nach drei Jahren eine arbeitshygienische Routineüberprüfung durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, daß bereits seit zwei Jahren Arbeiten an besonders großen Werkstücken vorgenommen wurden, deren Umfang über die bisher bekannte Tätigkeit weit hinausging. An mehreren Arbeitsplätzen wurde eine bedeutend erhöhte Staubentwicklung festgestellt. Die erforderlichen Maßnahmen zur Hintanhaltung der Gefahr von Silikoseerkrankungen wurden eingeleitet. Dieser Fall zeigt deutlich, daß auch auf dem Gebiet der Arbeitshygiene der **zeitliche Abstand zwischen den einzelnen Betriebsüberprüfungen im allgemeinen zu groß** ist und welche Bedeutung der Aufstockung des Personalstandes der Arbeitsinspektion im Interesse der Arbeitnehmer Österreichs zukommt.

## **5. Personalstand der Arbeitsinspektoren**

Der Personalstand der Arbeitsinspektion in den Arbeitsinspektoraten betrug am Ende (Stichtag 31. Dezember) des Jahres 1990 (1989) **277 (270) Arbeitsinspektoren/Arbeitsinspektorinnen**. Davon gehörten 77 (76) dem höheren technischen Dienst an, 13 (12) waren Arbeitsinspektionsärzte/Arbeitsinspektionsärztinnen, 165 (156) gehörten dem gehobenen und 22 (26) dem Fachdienst an.

Im Zentral-Arbeitsinspektorat waren am Ende des Jahres 1990 (1989) 10 (10) Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des höheren technischen Dienstes, 2 (2) Ärztinnen, 7 (6) Juristen/Juristinnen, 8 (7) Bedienstete des gehobenen Dienstes, 2 (2) Bedienstete des Fachdienstes sowie 7 (7) Kanzleikräfte tätig.



## ALLGEMEINE GRUNDLAGENARBEIT

---

### ALLGEMEINE GRUNDLAGENARBEIT

Die Allgemeine Grundlagenarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erfolgt vor allem in den Schwerpunkten der **Erarbeitung von Konzepten sowie Gutachten und anderen Unterlagen allgemeinen sozialpolitischen Inhalts**, der Konzeption, Vergabe und Betreuung von Forschungsvorhaben, der Redigierung und Veröffentlichung des Sozialberichts und von Forschungsergebnissen. Weiters werden Förderungen von Projekten und Initiativen mit sozialen Zielsetzungen durchgeführt.

Die Grundsatzabteilung wirkt in **Arbeitsgruppen und Beiräten** mit, die sich u.a. mit EG-Fragen, sozialer Technologieentwicklung, statistischen Fragen, Forschungspolitik, Altersvorsorge, Familienpolitik und Pflegevorsorge beschäftigen. Weiters wurde in internationalen sozialpolitischen Arbeitsgruppen, wie z.B. in der OECD, mitgearbeitet.

Die Arbeiten hinsichtlich **europäischer Integration** umfaßten folgende Aufgabenbereiche: Vorbereitung der sozialpolitischen Belange des EWR-Vertrages und die Mitwirkung an den EWR-Verhandlungen, insbesondere im Rahmen der Verhandlungsgruppe IV (flankierende Maßnahmen) bei den EFTA-EG-Verhandlungen sowie die Vorbereitungsarbeiten für einen österreichischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Rahmen des „avis“-Verfahrens.

Arbeitsschwerpunkt war dabei die Koordination der Aufgabengebiete des Sozialressorts, die Koordination mit anderen Ressorts und die Vertretung bei Außenamt und Bundeskanzleramt.

**Das Sozialressort ist in vielen Bereichen sowohl vom EWR als auch den EG-Integrationsbestrebungen betroffen:** technischer Arbeitnehmerschutz, Arbeitsrecht, Gleichbehandlung, Armut und Behinderte, einzelne Bereiche der Arbeitsmarktpolitik sowie der Behindertenpolitik. In Zusammenarbeit zwischen der Grundsatzabteilung, den Fachsektionen und den Sozialpartnern wurden die österreichischen Positionen für den Sozialbereich inhaltlich erarbeitet und im Rahmen der EWR-Verhandlungen vertreten.

Darüberhinaus wurden Fragen der Teilnahme an EG-Programmen im Forschungs-, Ausbildungs- und Sozialbereich sowie Finanzierungs- und Ausbildungsaspekte behandelt. Um den Informationsfluß sicherzustellen, wurde eine **Dokumentation für den EG-, EFTA- und EWR-Bereich sowie für Osteuropa-Aktivitäten** des Ressorts und das GATT aufgebaut.

Im Bereich Osteuropa bestand die Tätigkeit der Grundsatzabteilung bisher hauptsächlich im Aufbereiten von Informationen für das Bundeskanzleramt.

1990 wurde u.a. eine **Untersuchung über hilfs- und pflegebedürftige Menschen** abgeschlossen und in der Schriftenreihe „Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“ (Nummer 35) veröffentlicht. Ein Ergebnis der Studie ist, daß der von den Betroffenen gewünschte Umfang der nicht durch Haushalts- und Familienangehörige abdeckbaren Pflegedienste mehr

## GRUNDLAGENARBEIT FÜR FRAUENFRAGEN

---

als doppelt so hoch als das bisherige Angebot an außerstationären Haushalts- und Pflegediensten sein soll. Neben einer bedarfsgerechten Regelung der Pflege- und Hilfosengelder wird ein massiver Ausbau der mobilen Dienste eines der wichtigsten sozialpolitischen Aufgabengebiete der 90er Jahre sein.

Weiters wurde 1990 und in der ersten Jahreshälfte 1991 folgende Forschungsprojekte vergeben und betreut: „Die Entwicklung der Sozialausgaben in Österreich“, „Die Sozialpolitik in der EG und ihre Auswirkungen auf Österreich“, eine Studie über den Einfluß von sozialen Aspekten und Erwerbsbiographie auf das Pensionsanfallsalter, „Die Entwicklung der Einkommen 1989“, „Die soziale, rechtliche und ökonomische Lage von Zeitungskolporteurs“, „Die Kosten von reformierten Pflegegeldregelungen“, „Die betriebliche und private Altersvorsorge in Österreich“ und „Die soziale Lage behinderter Menschen in Österreich“.

## GRUNDLAGENARBEIT FÜR FRAUENFRAGEN

Die Abteilung für grundsätzliche Angelegenheiten der Frauen, die als Stabsabteilung beim Bundesminister eingerichtet ist, erarbeitet **Konzepte, Stellungnahmen und andere Unterlagen, sie ist im Bildungs- und Informationsbereich, in der Dokumentation und Forschung** zu gleichstellungs- und frauenspezifischen Fragen des Sozialressorts tätig und gibt Publikationen heraus. Sie berät und unterstützt Fraueninitiativen und -projekte, einschließlich Modellprojekten. Sie besorgt auch die **Koordination der Frauenpolitik im Bundesministerium für Arbeit und Soziales**. Ein wesentliches Ziel der Tätigkeit ist die Integration der Frauenbelange in alle entscheidenden Fachbereiche und Entwicklungsprozesse des Ressorts, d. h. zum Beispiel Mitgestaltungsmöglichkeiten zugunsten der Frauen bei neuen Programmen etwa der experimentellen Arbeitsmarktpolitik. Diese angestrebte Mitgestaltung erfordert, daß ein funktionierendes Netz von Expertinnen auf allen Entscheidungsebenen zur Verfügung steht bzw. aufgebaut wird. Die Erweiterung eines solchen Netzes über den status quo hinaus ist ein wesentlicher Schwerpunkt.

Die Mitarbeit im Ständigen Arbeitskreis der Frauenreferentinnen der Landesarbeitsämter konzentrierte sich auf die Bewertung und **Weiterentwicklung der Aktion „Arbeitsmarktverwaltung für Frauen“**. Dieser Arbeitskreis, der bei der Abteilung für grundsätzliche Angelegenheiten der Frauen eingerichtet worden war, ist seit Herbst 1990 beim neu geschaffenen „Referat für Planung, Entwicklung und Koordinierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für Frauen“ (Frauenreferat der Arbeitsmarktverwaltung) angesiedelt.

Auf dem Gebiet des **Arbeitsrechtes** wurde begonnen, einen Katalog von änderungsbedürftigen geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Bestimmungen zu erstellen, Diskussions- und Änderungsvorschläge wie auch Lösungsmöglichkeiten zu kontroversiellen Themen zu erarbeiten. Zu diesem Thema wurde außerdem gemeinsam mit der Verwaltungsakademie und

## GRUNDLAGENARBEIT FÜR FRAUENFRAGEN

---

ExpertInnen des Bundesministeriums und anderer Institutionen ein Seminar veranstaltet, „Sonderseminar der Verwaltungsakademie: Auswirkungen der verfassungsrechtlichen Gleichheit von Frauen und Männern auf das Arbeits- und Sozialrecht“. Weiters wurde die Vorbereitung einer Publikation zum „Frauenarbeitsrecht“ in Angriff genommen; darin behandelte Themen sind z. B. Gleichheitsgrundsatz und positive Differenzierungen, Arbeitszeitfragen wie Teilzeitarbeit, Flexibilisierung, Nachtarbeit, Sittlichkeitsschutz und sexuelle Belästigung.

**Grundlagenarbeiten für die Pensionsreform**, Auswertungen des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes zum Pensionsanfallsalter, Erstellung von Maßnahmenkatalogen zur beschleunigten Herbeiführung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Begleitsubventionen für Frauenprojekte und einmalige Förderungen von Kinderbetreuungsinitiativen erfolgten im Rahmen des **Förderungsprogramms für Frauenprojekte und -initiativen**, welches weitergeführt wurde: Durch Beratung und Gewährung von Start- bzw. Begleitsubventionen wurden Projekte unterstützt, die das Ziel haben, zur Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beizutragen oder die selbst (im Projekt) Arbeitsplätze schaffen, Modellprojekte, die im Vorfeld der Arbeitsmarktverwaltung angesiedelt sind, z. B. zur Beratung und Erprobung neuer Maßnahmen, Projekte zur Vernetzung, Information und Adaption von Maßnahmen für Frauen wie auch z. B. Selbsthilfezentren, Frauenwerkstätten, Kultur- und Bildungsinitiativen von Frauen. Zahl der Förderfälle 1990: 76, davon 13 Kinderbetreuungsinitiativen.

Zu den Aktivitäten im Informations- und Bildungsbereich zählt auch die **Veranstaltung von Tagungen und Seminaren**. Sieben Seminare wurden veranstaltet: Drei jeweils dreitägige „Frauseminare“, gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung, zum Thema Institutionalisierung von Frauenarbeit, Teilnehmerkreis: vor allem Landes- und Gemeinde-Frauenbeauftragte, sowie Fraueninitiativen und ÖGB-Frauenvertreterinnen. „Frauenreferentinnen-Seminare für die Arbeitsämter“, gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung. Seminar „Frauen im Arbeitsrecht“ (s. oben). Tagung „Beruf: Ungelernt. Arbeitsbiographien von Frauen“, gemeinsam mit der Sektion Frauenforschung und der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (25. Jänner 1990). Werkstätte ArbeiterInnenbildung zum Thema „Europa heute - Vielfalt oder graue Festung“, im Februar 1991.

Seit April 1990 wird etwa einmal monatlich eine „**Frauen - Information**“ zu **aktuellen sozialpolitischen**, insbesondere für Frauen relevanten **Fragen** erstellt. Sie dient der raschen Kurzinformation, aber auch dazu, Probleme aufzuwerfen und Standpunkte zur Diskussion zu stellen. Themen waren beispielsweise Implikationen aus dem VfGH-Urteil zum unterschiedlichen Pensionsanfallsalter von Frauen und Männern, Übersicht über Regelungen des sog. Familienpakets, Neuerungen wie z. B. Anspruch auf Wochengeld und Karenzurlaubsgeld bei befristeten Dienstverhältnissen, Entwicklung der Pensionen der Frauen, Einkommensentwicklung, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, etc.

## GRUNDLAGENARBEIT FÜR FRAUENFRAGEN

---

In der Abteilung wurde eine **EDV-unterstützte Literaturdokumentation zu frauen- und ressortspezifisch relevanten Fragen** aufgebaut. Themenschwerpunkte: Berufstätigkeit, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Familie, Recht, Beschäftigungspolitik, Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, Einkommen, Bildung, Qualifikation, neue Technologien, Forschung etc.

### Forschungsarbeiten:

Die Zahl der ledigen wie auch der geschiedenen oder auch vom Partner getrennt lebenden Frauen mit Kindern hat in den letzten Jahrzehnten international zugenommen. Die länderspezifisch sehr großen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung alleinstehender Mütter bildeten den Anlaß für eine OECD-Studie, an der sich neben Österreich auch Schweden, Finnland, die USA, Canada, Australien, Großbritannien und die Niederlande beteiligten, über „**Faktoren, die die Erwerbsbeteiligung alleinstehender Mütter beeinflussen**“. Dazu wurden Erwerbsquoten, Arbeitszeiten, Einkommenssituation, Bildungsstand und andere sozialökonomische Merkmale alleinerziehender Frauen untersucht, Unterstützungsleistungen der öffentlichen Hand, arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften, Unterhaltsansprüche, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Frauen und Kinderbetreuungsmöglichkeiten dargestellt. Der Österreich-Bericht wurde publiziert (siehe unten), die gesamte internationale Vergleichsstudie dürfte im Herbst abgeschlossen sein.

In dem abgeschlossenen Projekt „**Frauenbeschäftigung und Betriebsübernahmen**“ wurden anlässlich von stattgefundenen Betriebsübernahmen die Auswirkungen für die Situation von Arbeitnehmerinnen in ausgewählten Betrieben untersucht. Die Fallstudien zeigten angesichts forcierter „Modernisierungsstrategien“ bedeutende und komplexe Auswirkungen auf die Frauen auf, u. a. hinsichtlich Arbeitsplatzverlust, Weiterbeschäftigung und Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, (technischer) Qualifikation, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung; die zentrale Frage scheint zu sein, ob und wie diese Probleme überhaupt gesehen und die Interessen der Frauen berücksichtigt werden. Unzureichende bzw. fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, schwindende Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, das Nachtarbeitsverbot als Vorwand für die „Wegrationalisierung“ von Frauenarbeitsplätzen, die Nichteinbeziehung von Frauen in die Weiterbildungsmaßnahmen der Betriebe bilden einige der aufgezeigten Problematiken, die gleichstellungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitisch, aber auch strukturpolitisch negative Tendenzen anzeigen.

Im Rahmen des Projekts „**Förderung von Frauen im Beruf**“ wurde zunächst eine umfangreiche Sammlung und Evaluierung von Weiterbildungsmaßnahmen und -modellen für Frauen im In- und Ausland durchgeführt. Darauf aufbauend und aufgrund von Interviews wurden drei Konzepte für Bildungsmaßnahmen erstellt, und zwar: eine „Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Weiterbildung von Frauen“, ein „EDV-Lernzentrum für Frauen“ und die Weiterbildungsmaßnahme „Managementkompetenz für Frauen in Betrieb und Verwaltung“. Abgeschlossen wurde auch ein Projekt über Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit bei

## GRUNDLAGENARBEIT FÜR FRAUENFRAGEN

---

Schichtarbeit und anderen Arbeitszeitformen, unter Berücksichtigung von ArbeitnehmerInneninteressen (siehe Sozialbericht 89).

Das gemeinsam mit der Grundsatzabteilung und der Arbeitsmarktverwaltung durchgeführte Projekt **„Die Sozialpolitik der Europäischen Gemeinschaft und ihre Auswirkungen auf Österreich Im Falle eines Beitritts“** untersucht in einem frauenspezifischen Teil die gleichstellungspolitischen Kompetenzen der EG und die Entwicklung der EG-Politik in diesem Bereich. Diesbezügliche Rechtsbestimmungen in der EG im Vergleich zu Österreich und die Umsetzung in den einzelnen EG-Mitgliedsstaaten werden untersucht, weiters die EG-Programme zur Gleichstellung und Förderung der Frauen, deren Umsetzung und Auswirkung.

Neu begonnen wurde auch ein Forschungsprojekt über **Umfang und Auswirkungen geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse**, ein Bereich, für den bisher praktisch keine systematischen Informationen vorliegen. Unterhalb der sog. „Geringfügigkeitsgrenze“ (ab 1. Jänner 1991 S 2.772,— monatlich) besteht keine Versicherungspflicht in der Kranken- und Pensionsversicherung. Nach ersten Auswertungen von Meldungen zur Unfallversicherung (die nicht das ganze Ausmaß wiedergeben) hat sich im Untersuchungszeitraum von fünf Jahren die Zahl der geringfügig Beschäftigten um ungefähr ein Drittel erhöht. Die überwiegende Mehrzahl sind Frauen. Neben der Darstellung der sozialversicherungsrechtlichen und arbeitsrechtlichen Situation soll das Forschungsprojekt vor allem Aufschluß über Verbreitung und Struktur geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, über die berufliche und soziale Situation geringfügig Beschäftigter sowie sozialpolitische und ökonomische Konsequenzen und Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation liefern.

Für das laufende Forschungsprojekt **„Interessen von Frauen im Betrieb“** wurden sechs Fallstudien durchgeführt (in den Bereichen Handel, Banken, Elektroindustrie, Bekleidungsindustrie). Die jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten, Probleme, Interessen und Aktivitäten der Frauen wurden erhoben, um Bedingungen der Hemmung bzw. Förderung dieser Interessen herauszuarbeiten und Veränderungsansätze zu entwickeln.

Das mehrjährige Forschungsprogramm der Abteilung für grundsätzliche Angelegenheiten der Frauen sieht als Schwerpunkte vor: Arbeitszeitfragen und (prekäre) Beschäftigungsformen; Arbeitsbedingungen nach Branchen, Berufen; Einkommensfragen; Bildungs-, Ausbildungs-, Weiterbildungsfragen; spezifische sozialpolitische Probleme und soziale Gruppen; soziale Absicherung der Frauen.

Folgende **Publikationen** erschienen: In der Reihe „Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“ wurden im Frühjahr 1990 die Nummer 28, „Arbeitszeitformen von Frauen und Männern in ausgewählten Wirtschaftsklassen. Entwicklungstendenzen der Schicht-, Nacht- und Wochendarbeit“, sowie im Frühjahr 1991 die Nummer 30, „Alleinerzieherinnen. Ein Bericht zu ihrer sozialen Lage und Erwerbssituation“, herausgegeben. In der Reihe „Gleichbehandlung

## GRUNDLAGENARBEIT FÜR FRAUENFRAGEN

---

ist das Ziel“ erschien im Frühjahr 1990 die Nummer 18, „Weiterbildungsseminare für die Frauenprojektarbeit, Anregungen und Informationen“. Die Ergebnisse des Projekts „Vergessene Frauenarbeitsbereiche“ erschienen im Focus Verlag (Wien, 1991). Publikation gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang/Strobl „Frauseminar, Teil 1: Frauen in Institutionen“. „Frauenarbeit im Sozialressort“, in: „Auf glattem Parkett“, Wien 1991; „Mythen in der sozialen Sicherheit“, in: „Geld und Leben“, Wien 1990; „Frauenarbeit und Gewerkschaft“, in: „Auf eigene Rechnung“, Wien 1990; „20 Jahre Frauenbewegung in Österreich - einige rechtliche Auswirkungen, eine Chronologie“, in: „Frauen melden sich zu Wort“, Innsbruck 1990.



# **Beiträge der Interessensvertretungen**

## **BEITRÄGE DER INTERESSENVERTRETUNGEN**

<b>Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft .....</b>	<b>310</b>
<b>Österreichischer Arbeiterkammertag .....</b>	<b>318</b>
<b>Österreichischer Gewerkschaftsbund .....</b>	<b>323</b>
<b>Vereinigung Österreichischer Industrieller .....</b>	<b>330</b>
<b>Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs.....</b>	<b>334</b>
<b>Österreichischer Landarbeiterkammertag .....</b>	<b>339</b>

Diese Beiträge wurden von den Interessenvertretungen  
verfaßt und stellen deshalb nicht unbedingt die  
Meinung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales dar



## BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

### Lohn- und Kollektivvertragspolitik

Beim Unterausschuß für Lohnfragen der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen hat der Österreichische Gewerkschaftsbund im Jahr 1990 insgesamt 154 (gegenüber 147 im Jahre 1989) Freigabebeanträge eingebracht, von denen elf die Landwirtschaft betrafen. Mit 14 Freigabebeanträgen (1989 waren es 13) hatte sich die Paritätische Kommission zu befassen und zwar einmal wegen Nichteinigung und in 13 Fällen wegen einvernehmlicher Abtretung durch den Lohnunterausschuß.

Auf dem Lohnsektor wirkte sich der Kollektivvertragsabschluß für die Arbeiter des industriellen Eisen- und Metallsektors vom November 1989 (7% KV, 5,5% Ist) auf die Kollektivvertragsabschlüsse, vor allem jedoch auf die Ist-Lohnabschlüsse der ersten Jahreshälfte 1990 so wie in den vergangenen Jahren aus. Hiefür **typische Kollektivvertragsabschlüsse** um die Jahreswende waren die für die Arbeiter und Angestellten des Handels (5,8% KV, Aufrechterhaltung der Zahlungen), für die Arbeiter im Mineralölgroßhandel (6,5-7,5 KV, 5,5% Ist) sowie für die Dienstnehmer der ÖMV-Handels AG (6,9% KV, 5,5% Ist). Im Geld-, Kreditsektor wurde ein analoger Kollektivvertragsabschluß im Ausmaß von 5,5 bis 5,7% KV=Ist abgeschlossen, aus dem Verkehrsbereich wären für die erste Jahreshälfte 1990 die Kollektivvertragsabschlüsse für die privaten Autobusbetriebe (1. 1. 90: 5% KV), für die Arbeiter und Angestellten im Güterbeförderungsgewerbe (1. 1. 1990: 4,5% KV), für die Angestellten der Kraftfahrtschulen (1. 4. 1990: 6,9% KV, Aufrechterhaltung der Überzahlungen, Mindestgehalt S 10.000,-) sowie für die Arbeiter und Angestellten im Speditionsgewerbe (1. 4. 1990: 5,7% KV, Aufrechterhaltung der Überzahlungen) zu nennen. In diese Zeit fielen auch die Kollektivvertragsabschlüsse für das Baugewerbe und die Bauindustrie, für das Bauhilfs- und Baunebengewerbe sowie für das Holzverarbeitende Gewerbe (1. 5. 1990: 7,9% KV bzw. 7,4% KV). Von den Kollektivvertragsabschlüssen im Bereich der Industrie wären vor allem jene für die chemische Industrie (1. 5. 90: 7,3% KV, 5,7% Ist, mindestens S 800,-), für die Holzverarbeitende Industrie (1. 5. 90: 7,5% KV, 5,6% Ist), für die Stein- und keramische Industrie (1. 5. 90: 7,5% KV, 5,5% Ist) sowie für die Glasindustrie (1. 6. 90: 7% KV, 5,5% Ist) zu nennen. Um die Jahresmitte wurden dann für die Fleischwarenindustrie (1. 7. 90: 5,77% KV), für die Brotindustrie (1. 8. 90: 5,2% KV), die Mühlenindustrie (1. 8. 90: 5,9% KV) sowie für die Zuckerindustrie (1. 9. 90: 5,9% KV) Kollektivvertragsabschlüsse wirksam. Man kann daher sagen, daß sich die Kollektivvertragsabschlüsse im Jahr 1990 von Jahresbeginn an bis zum Spätherbst etwa auf derselben Höhe bewegten. Erst bei den im Herbst stattgefundenen Kollektivvertragsverhandlungen für die Arbeiter des industriellen und gewerblichen Eisen-Metall-Sektors wurde dann ein weiterer richtungsweisender Kollektivvertragsabschluß im Ausmaß von 8% KV und 6,3% Ist per 1. November 1990 erzielt. Diesem Kollektivvertragsabschluß haben sich dann auch die Angestellten des industriellen Eisen-Metall-Sektors vollinhaltlich ange-

## INTERESSENVERTRETUNGEN      BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

schlossen, die Angestellten der übrigen Industriebereiche mit geringfügigen Abweichungen. Da Österreich im Jahr 1990 eine Steigerung des Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt mit 3,3% aufwies, führten die beschriebenen Erhöhungen der Löhne und Gehälter zu einer **beträchtlichen Realloohnerhöhung**. Diese Lohn- und Gehaltserhöhungen werden zusammen mit zu erwartenden Lohnabschlüssen für das Jahr 1991, die sich am relativ hohen Kollektivvertragsabschluß des industriellen und gewerblichen Eisen-Metall-Sektors orientieren werden, zu einer weiteren Erhöhung des Verbraucherpreisindex im kommenden Jahr auf rund 4,5% führen.

Im Jahr 1990 setzte sich der Trend zu **kollektivvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen in eingeschränkter Form fort**. So wurde neben der Textilindustrie, über die bereits im letzten Jahresbericht berichtet wurde und die eine Verkürzung auf 38,5 Stunden pro Woche ab 1. 1. 1990 vorsah, auch für die glasbe- und glasverarbeitende Industrie eine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden pro Woche ab 1. 1. 1990 und für die Geflügelindustrie auf 38,5 Stunden ab 1. 7. 1990 vorgesehen. Darüber hinaus wurde im Jahr 1990 für die folgenden Branchen eine Arbeitszeitverkürzung vereinbart, die jedoch erst im Jahre 1991 bzw. 1992 in Kraft tritt: Eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden tritt ab 1. 1. 1991 für die Spiritus- und Hefeindustrie, die Fleischwarenindustrie, die Großbrauereien sowie für die Firma Kelly in Kraft. Für die Futtermittelindustrie, die alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie sowie für die Essig- und Essenzindustrie tritt eine 38,5-stündige Wochenarbeitszeit am 1. 7. 1991 in Kraft. Für die Teigwarenindustrie gilt eine 39-stündige Wochenarbeitszeit ab 1. 1. 1991, für die Kühlhäuser eine 38,5-stündige Wocheneinsatzzeit ab 1. 5. 1991, für die Suppenindustrie eine 38-stündige Wochenarbeitszeit ab 1. 1. 1991 und für die Klein- und Mittelstandsbrauereien eine 38,5-stündige Wochenarbeitszeit ab 1. 1. 1992.

### **MAK-Werte 1990**

Zur Jahresmitte 1990 übermittelte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales der Bundeswirtschaftskammer eine umfangreiche Zusammenstellung von chemischen Stoffen und Verbindungen, für die in der Bundesrepublik Deutschland entweder keine oder höhere Grenzwerte vorgesehen waren, mit dem Wunsch, daß diese in die österreichische MAK-Wertliste aufgenommen werden. Nach langwierigen Verhandlungen, die bis zum Jahresende andauerten, kam es schließlich dazu, da der **Antrag auf Senkung von 22 Grenzwerten**, für die in westlichen Ländern von den deutschen und österreichischen Werten abweichende niedrigere Grenzwerte bestehen, **einstimmig angenommen** wurde. Die Einführung von MAK-Werten für 31 Stoffe, für die bislang in der deutschen und in der österreichischen MAK-Wertlisten keine Grenzwerte festgelegt waren, wurde **mit der Gegenstimme der Bundeskammer angenommen**. Gleichfalls gegen die Stimme der Bundeskammer wurde die Rückstufung von b-Dichlorbenzol aus der Gruppe III A2 in die Gruppe III B der krebserregenden Arbeitsstoffe beschlossen. Außerdem wurde für Holzstaub allgemein ein TRK-Wert von 2 mg/m<sup>3</sup> für Neuanlagen bzw. von 5 mg/m<sup>3</sup> für Altanlagen unter Beibehaltung der Fußnote 8 in der MAK-Wertliste 1989 mit der Stimme der Bundeskammer beschlossen. Die MAK-Wertliste 1990 ist schließlich in der Sondernummer 1/90 der amtlichen Nachrichten Arbeit, Gesundheit, Soziales von 28. Dezember 1990 kundgemacht worden.

## INTERESSENVERTRETUNGEN      BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

### **Sozialversicherung der Unselbständigen**

Im wesentlichen war die Bundeswirtschaftskammer an den Vorarbeiten zu einer 49. ASVG-Novelle und zum Sozialrechts-Änderungsgesetz 1990 beteiligt.

Insbesondere konnte erreicht werden, daß bei der **neugeschaffenen Pensionsbemessungsgrundlage** nach § 238 a ASVG (§ 122 a GSVG) die Prüfung der Günstigkeit auch dann stattzufinden hat, wenn nach dem Ausscheiden aus einem Dienstverhältnis nach dem 50. bzw. 45. Lebensjahr eine selbständige Erwerbstätigkeit, die die Pflichtversicherung begründet, mit geringeren Einkünften ausgeübt wird.

Weiters wurde die **Anpassung der Renten und Pensionen neu geregelt**. Der künftige Anpassungsfaktor hat nun nicht nur die volkswirtschaftliche Lage, sondern auch die Pensionsbelastungsquote, längerfristige Entwicklungen dieser Quote und für die Anpassung bedeutsame aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen.

In der sozialen Krankenversicherung wurde die Verfallsfrist bei Erstattungsansprüchen und Kostenzuschüssen zu Gunsten der Versicherten auf 3,5 Jahre ausgedehnt.

**Neu geregelt** wurde auch der **Anfall von Hinterbliebenenpensionen**. So ist bei einem doppelt verwaisten Kind nur noch ein Antrag auf Waisenpension nach einem Elternteil erforderlich, der rechtswirksam den Anspruch auf Waisenpension oder Waisenrente nach beiden Elternteilen auslöst.

Nicht verhindert werden konnte die Einführung von **Ersatzzeiten** in der Pensionsversicherung für **jene Zeiten**, in denen der Anspruch auf **Arbeitslosengeld wegen des Bezuges einer Urlaubsentschädigung oder Urlaubsabfindung geruht hat**. Der Gesetzgeber hat aber verfügt, daß aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung für die Abgeltung dieser Ersatzzeiten der Beitragssatz von 7,5 auf 7,6% erhöht wurde.

Ferner wirkten Vertreter der Bundeskammer in einer Arbeitsgruppe des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen „Soziale Sicherung im Alter“ an Reformvorschlägen für die soziale Pensionsversicherung mit. Einige Vorschläge davon sind bereits in das Arbeitsübereinkommen der beiden Regierungsparteien vom Dezember 1990 aufgenommen worden.

Mit der Problematik der sozialen Krankenversicherung befaßte sich ein eigener Arbeitskreis in der Bundeswirtschaftskammer. Seine Vorschläge wurden bei den Koalitionsverhandlungen eingebracht. Außerdem wirkten Vertreter der Bundeskammer bei einem gleichartigen Arbeitskreis des Sozialministeriums sowie bei den Verhandlungen und der Abfassung des Berichtes einer Arbeitsgruppe dieses Ministeriums über die Neuordnung der Pflegesicherung in Österreich mit.

## INTERESSENVERTRETUNGEN      BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

### **Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft**

Im Berichtsjahr ist vor allem die Mitwirkung der Bundeskammer an den Vorarbeiten zu einer **17.GSVG-Novelle** zu erwähnen, wobei getrachtet werden mußte, daß die Verbesserungen im ASVG auch zur Gänze ins GSVG aufgenommen wurden.

Weiters konnte die Bundeskammer nach langen Jahren eine **Beseitigung der Härtefälle in der Wanderversicherung** erreichen, die sich dadurch ergeben haben, daß sich die Zeiten eines Neubeginns eines Gewerbes bei der Pensionsbemessung nachteilig auswirkten, weil früher während der ersten 3 Jahre der selbständigen Tätigkeit nur eine sehr niedrige Anfängerbeitragsgrundlage bestand.

Mit einer Regelung in der 17. Novelle zum GSVG und parallel dazu auch im ASVG und BSVG wurde bestimmt, daß über Antrag – der übrigens unbefristet gestellt werden kann – jene **Beitragsgrundlagen eines Neubeginns** ohne Nachzahlung **zu erhöhen sind, wenn das tatsächliche Einkommen** in diesen Jahren **höher war, als die Anfängermindestbeitragsgrundlage**. Auch bisherige Pensionsbezieher können von dieser Regelung Gebrauch machen. Höhere Pensionsansprüche sind für sie rückwirkend ab 1. 7. 1990 wirksam.

Weiters wurde über Antrag der Bundeskammer die **Pflichtversicherung für persönlich haftende Gesellschafter einer Offenen Erwerbsgesellschaft bzw. einer Kommandit-Erwerbsgesellschaft** in der Kranken- und Pensionsversicherung im GSVG und in der Unfallversicherung im ASVG verankert, um jeden Zweifel darüber auszuschließen.

Anläßlich der Beratungen zum Familienpaket konnte die Schaffung einer **Teilzeitbeihilfe für selbständig erwerbstätige Mütter und Bäuerinnen** erreicht werden. Diese Leistung wird in der halben Höhe des Karenzurlaubsgeldes für Unselbständige und unter ähnlichen Voraussetzungen bis maximal 2 Jahre nach der Geburt eines Kindes erbracht. Die Ruhensgründe für diese Leistung sind allerdings strenger gefaßt als bei den unselbständig Erwerbstätigen. Es konnte aber erreicht werden, daß diese Leistung ohne gesonderten Beitrag der Versicherten zur Gänze aus Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds finanziert wird.

In der **gewerblichen Krankenversicherung** beginnen die bereits 1987 und 1988 gesetzten Sanierungsmaßnahmen zu greifen. Es konnte für 1990 erstmals nach Jahren von erheblichen Abgängen wieder ein Mehrertrag in Aussicht gestellt werden. So wurden daher auch einige freiwillige Leistungen, wie etwa Kurkostenzuschüsse, wieder angehoben. Auch der Anstieg der Pflichtversicherten durch die gute konjunkturelle Entwicklung hat zu einer Konsolidierung beigetragen.

Unverändert **hoch** ist aber die **Pensionsbelastungsquote** (Relation von Aktiven: Pensionisten im Jahre 1990: 1000 : 722). Erstmals konnte im Berichtsjahr die durchschnittliche Höhe der Alterspension geringfügig jene der Arbeiter und Angestellten überflügeln. Ursachen hiefür sind

## INTERESSENVERTRETUNGEN      BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

einerseits eine relativ hohe Mindestbeitragsgrundlage, aber auch der Wegfall von früheren niedrigeren Pensionen und die Zuerkennung von neuen Pensionen mit höheren Beitragsgrundlagen. Nach einer statistischen Erhebung der Sozialversicherung liegt das faktische Pensionsanfallsalter der gewerblich Selbständigen um ca. 3 Jahre über jenem der unselbständig Erwerbstätigen. Vor allem bei den Frauen ist eine Weiterarbeit nach dem 60. Lebensjahr gar keine Seltenheit, sodaß sich mehr Versicherungszeiten auch in höheren Leistungsansprüchen auswirken.

Neuerlich hat die Bundeskammer auch eine Verbesserung der Situation erwerbsunfähiger gewerblich Selbständiger vor dem 55. Lebensjahr und eine Milderung der Ruhensbestimmungen für Gewerbetreibende gefordert. Weiters hat sie eine Anhebung des täglichen Wochengeldes nach dem Betriebshilfegesetz von S 250,- auf S 300,- verlangt. Bis Jahresende 1990 hat das Sozialministerium aber diesem Anliegen noch nicht entsprochen.

### **Das Familienpaket – Karenzurlaub für Vater und Mutter**

Wiederholt wurde in den letzten Jahren die Forderung nach Einführung eines Karenzurlaubes für Väter erhoben. Sowohl die seinerzeitige kleine Koalitionsregierung SPÖ/FPÖ als auch die ÖVP brachten im Nationalrat entsprechende Initiativanträge ein. Lange Verhandlungen zwischen den Parteien sowie den Sozialpartnern brachten kein Ergebnis zustande. Die familienpolitische Forderung nach Verlängerung des Karenzurlaubes hat eine Einigung wesentlich erschwert.

Vielleicht unter Berücksichtigung des Wahljahres 1990 haben sich dann die Koalitionspartner SPÖ und ÖVP am 14. November 1989 auf das sogenannte „Familienpaket“ geeinigt.

Bereits am 1. Jänner 1990 ist der 1. Teil dieses Pakets in Kraft getreten, die den wahlweisen Karenzurlaub auch für Väter bis zum 1. Geburtstag des Kindes eingeführt hat (Eltern-Karenzurlaubsgesetz, BGBl. 561/89).

Der 2. Teil des Familienpaketes sollte diese Ansprüche noch wesentlich ausbauen:

- Verlängerung des wahlweisen Karenzurlaubes für Vater und Mutter bis zum 2. Geburtstag des Kindes,
- Alternativ zum 2. Karenzurlaubsjahr sollten die Eltern einen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung haben,
- Anwendung des Kündigungsschutzes für beide Elternteile bis 4 Wochen nach dem 2. Geburtstag des Kindes.

Den Sozialpartnern wurde aufgetragen, „nähere Details“ zu diesem Familienpaket zu erarbeiten. Angesichts der klaren Vorgabe der Koalitionsparteien hat sich für die Kammerorganisation natürlich die Frage gestellt, ob man sich in Verhandlungen einlassen oder ob das Familienpaket als

## INTERESSENVERTRETUNGEN      BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

ganzes abgelehnt werden soll. Da bei den Regierungsparteien der Wunsch bestand, das Gesetz einstimmig durchzubringen, also eine gewisse Konzessionsbereitschaft in Einzelfragen zu erwarten war, hat sich die Bundeskammer schließlich doch zu Verhandlungen mit der Arbeitnehmerseite entschlossen, deren Ergebnis jedenfalls diese Entscheidung bestätigt hat. Natürlich hat sich am Grundsatz des wahlweisen Karenzurlaubes bis zum 2. Geburtstag des Kindes nichts geändert, aber

- der **Kündigungsschutz** während des 2. Karenzurlaubsjahres wurde wesentlich abgeschwächt,
- **frühe Anmeldetermine** sollen in Betrieben die Personalplanung erleichtern,
- der **Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung** an Stelle des 2. Karenzurlaubsjahres ist **gefallen**,
- Betriebe erhalten in Zukunft eine **Wiedereinstellungsbeihilfe**,
- auch selbständige Mütter erhalten künftig ein Karenzurlaubsgeld.

Nach dieser Einigung ist der 2. Teil des Familienpaketes mit Zustimmung der Wirtschaft als „Karenzurlaubserweiterungsgesetz“ (BGBl. Nr. 408/90) im Parlament beschlossen worden.

### **Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes**

Im Zusammenhang mit dem Karenzurlaubserweiterungsgesetz wurde auch das Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. Nr. 108/1979 geändert. Insbesondere wurde darin bestimmt, daß **niemand auf Grund des Geschlechts** bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses, bei der Festsetzung des Entgelts, bei der Gewährung freiwilliger Sozialleistungen, bei Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung auf betrieblicher Ebene, beim beruflichen Aufstieg, bei den sonstigen Arbeitsbedingungen und bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses **diskriminiert werden darf**. Bei Verletzung dieses Gleichbehandlungsgebotes ist der Arbeitgeber zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den der Stellenwerber dadurch erleidet, daß er darauf vertrauen konnte, die Begründung des Arbeitsverhältnisses werde nicht wegen einer solchen Verletzung unterbleiben. Außerdem hat der Arbeitnehmer bei Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes Anspruch auf Gewährung der betreffenden Leistungen. In Zukunft dürfen auch Arbeitsplätze weder öffentlich noch innerhalb des Betriebes nur für Männer oder nur für Frauen ausgeschrieben werden, es sei denn, daß ein bestimmtes Geschlecht die unabdingbare Voraussetzung für die Ausübung der vorgesehenen Tätigkeit ist.

Neu geschaffen wurde die Stelle einer **Anwältin für Gleichbehandlungsfragen** und deren Stellvertreterin, die vom Bundesminister für Arbeit und Soziales nach Anhörung der Interessenvertretungen für unbestimmte Zeit und auf Widerruf zu bestellen sind. Diese ist berechtigt, an den



## INTERESSENVERTRETUNGEN      BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Sitzungen der Gleichbehandlungskommission und ihrer Arbeitsausschüsse teilzunehmen. Neu ist auch, daß der Bundesminister für Arbeit und Soziales dem Nationalrat jährlich einen Bericht über die Vollziehung des Gleichbehandlungsgesetzes vorzulegen hat.

### **Arbeitsverfassungsgesetz**

Es ist schon lange Ziel der Arbeitnehmervertretungen, in Konzernen einen eigenen Konzernbetriebsrat einzuführen. Die Bundeskammer hat stets die Meinung vertreten, daß ein eigener Konzernbetriebsrat nicht nötig sei. Mit der Novelle des Arbeitsverfassungsgesetzes vom 27. Juni 1990 wurde in Konzernen im Sinne des § 15 des Aktiengesetzes 1965 oder des § 115 des Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Möglichkeit geschaffen, eine Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte zu bilden. Dabei ist auf die verhältnismäßige Vertretung der wahlwerbenden Gruppen, der Gruppen der Arbeiter und Angestellten und der einzelnen Unternehmen Bedacht zu nehmen. Diese Arbeitsgemeinschaft hat gegenüber der Konzernleitung lediglich das Recht auf Information und Beratung in allen Angelegenheiten, welche die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Arbeitnehmer von mehr als einem Unternehmen des Konzerns betreffen. Es ist also gelungen, den Wunsch der Arbeitnehmerseite nach einem starken Konzernbetriebsrat wesentlich zu entschärfen.

### **Ausländerbeschäftigung**

Im Jahresdurchschnitt 1990 waren in Österreich 217.611 Ausländer unselbständig beschäftigt, womit der bisherige Höchststand aus dem Jahre 1973 fast erreicht wurde.

Der Zuwachs von ausländischen Arbeitnehmern beträgt gegenüber dem Vorjahr 50.229 oder 30% (1989: 16.466 oder 10,9%). Die Steigerung der insgesamt in Österreich unselbständig Beschäftigten beläuft sich im Vergleich zum Vorjahr auf ca. 67.000. Daraus kann geschlossen werden, daß der Großteil der neu geschaffenen Arbeitsplätze mit Ausländern besetzt werden mußte.

### **3. Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975**

Mit 1. Oktober 1990 trat die 3. Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz in Kraft.

Die Neuregelung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes umfaßt insbesondere folgende Bereiche:

1. Zur leichteren Integration ausländischer Arbeitskräfte wurde die „**Arbeitserlaubnis**“ eingeführt, auf die ein Ausländer Anspruch hat, wenn er in den letzten 14 Monaten insgesamt 52 Wochen ordnungsgemäß mit einer Beschäftigungsbewilligung beschäftigt war. Die Arbeitserlaubnis berechtigt den Ausländer zur Aufnahme jeder Beschäftigung innerhalb eines Bundeslandes.

## INTERESSENVERTRETUNGEN      BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Des weiteren wurden die **Voraussetzungen** für die Erlangung eines **Befreiungsscheines** unter anderem insofern **erleichtert**, als künftig bereits nach 5 jähriger Beschäftigung innerhalb der letzten 8 Jahre ein Befreiungsschein mit 5 jähriger Gültigkeitsdauer (bisher 3 Jahre) ausgestellt wird.

2. Die **Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens** – über Anträge auf Beschäftigungsbewilligung ist vom Arbeitsamt binnen 4 Wochen und vom Landesarbeitsamt binnen 8 Wochen zu entscheiden – stellt eine weitere Erleichterung bei der Einstellung von Ausländern dar, weil der Arbeitgeber nach Ablauf der genannten Fristen einen Ausländer beschäftigen darf und Anspruch auf eine diesbezügliche Bescheinigung hat („vorläufige Beschäftigungsbewilligung“).
3. Zur Sicherstellung der Kontrolle des Arbeitsmarktes wurde eine auf die Jahre 1991 und 1992 befristete **Obergrenze** (Bundeshöchstzahl) der **Ausländerbeschäftigung** eingeführt. Demnach darf die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten und arbeitslosen Ausländer den Anteil von 10% am österreichischen Arbeitskräftepotential (Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten und arbeitslosen Inländer und Ausländer) nicht übersteigen.

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales wurde in dieser Novelle zur Sicherung der Bundeshöchstzahl ermächtigt, für die einzelnen Bundesländer bestimmte Höchstzahlen (Landeshöchstzahlen) für beschäftigte und arbeitslose Ausländer durch Verordnung festzusetzen. Der Sozialminister machte von dieser Möglichkeit Gebrauch und legte für 1991 für alle Bundesländer unterschiedliche Landeshöchstzahlen fest (BGBl. 754/1990).

4. Ferner wurde das Kontrollsystem zur wirksameren **Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung** weiter ausgebaut.
5. Ein weiterer Aspekt der Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz war die Legalisierung von ausländischen Schwarzarbeitern. Ausländer, die einen legalen Wohnsitz seit dem 1. 4. 1990 nachweisen konnten, hatten Anspruch auf eine Beschäftigungsbewilligung. Dies war die erste derartige „**Auffang**“-**Aktion** in Österreich, vergleichbar mit wiederholten Regelungen in Frankreich, Italien und den USA. Von dieser bis 31. 10. 1990 befristeten Aktion haben **ca. 30.000 Ausländer** Gebrauch gemacht.



# ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

## 1. Arbeitsrecht und Arbeitnehmerschutz

Im Bereich des Arbeitsrechts konnten im Jahre 1990 auf Initiative der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer einige wesentliche Verbesserungen erreicht werden:

Die **Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes** gewährleistet die Sicherung der Mitbestimmung bei Umstrukturierungen von Unternehmungen. Weiters wurden vor allem die Befugnisse der Arbeitsgemeinschaften der Betriebsräte in Konzernen ausgedehnt. Der österreichische Arbeiterkammertag betrachtet die Neuregelung als weiteren Schritt in Richtung Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Gleichzeitig zeigt z.B. die aktuelle Diskussion um die Mitbestimmung in internationalen Konzernen, daß weitere Reformschritte im Bereich des Arbeitsverfassungsrechtes erforderlich sein werden.

Die Schaffung eines **Betriebspensionsgesetzes** bedeutet (in Verbindung mit dem Pensionskassengesetz) eine neue Weichenstellung im Bereich der beruflichen Altersvorsorge. Die allgemein bessere arbeitsrechtliche Absicherung betrieblicher Pensionszusagen einerseits und die Förderung der Auslagerung der hierfür erforderlichen Gelder in Richtung Pensionskassen anderseits werden dazu beitragen, betriebliche Pensionsleistungen in Hinkunft auch in Österreich auf eine sichere Basis zu stellen. Die Forderungen der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer haben vielfach Niederschlag in den Gesetzestexten gefunden. Manche Forderungen, wie etwa nach Unverfallbarkeit neu erworbener Anwartschaften aus direkten Leistungszusagen auch bei Arbeitnehmerkündigung scheiterten allerdings am Widerstand der Arbeitgeberseite.

Bereits Mitte 1989 präsentierten ÖGB und AK im Rahmen einer Enquete neue Vorstellungen zum Thema „Gleichbehandlung von Mann und Frau im Arbeitsleben“. In der **Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz** fanden etliche Forderungen der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer Berücksichtigung. Die wesentlichsten Neuregelungen liegen in der Ausdehnung des Gleichbehandlungsgrundsatzes auf alle Phasen des Arbeitsvertrages, in der Einführung von Schadenersatzregelungen bei Gesetzesverletzungen und in der Installierung einer Anwältin für Gleichbehandlungsfragen.

Die Forderung nach einer umfassenden Novellierung des **Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes** konnte bisher nicht umgesetzt werden. Gefordert wird im wesentlichen die Einbeziehung weiterer Arbeitnehmergruppen in das Gesetz und eine Neuordnung der Kriterien für den Begriff Schwerarbeit. Im April 1990 kam es auf Betreiben der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer wohl zu einer EntschlieÙung des Nationalrates in diese Richtung, infolge des Auslaufens der Legislaturperiode konnte der Initiativantrag im Parlament allerdings nicht mehr behandelt werden.

1990 war eine weitere Zunahme der Inanspruchnahme des **Beratungsservices der Arbeiterkammern** zu verzeichnen. In Wien wurden 25.698 auskunftssuchende Arbeitnehmer allein in der Abteilung Arbeitsrecht verzeichnet (1989: 24.240). Die Zahl der ratsuchenden jugoslawischen (5.631) und türkischen (2.939) Arbeitnehmer blieb im wesentlichen konstant. Neben der persönlichen Vorsprache gibt es in der Wiener Arbeiterkammer im Tagesdurchschnitt 300 – 400 telefonische Anfragen im Bereich Arbeitsrecht.

Immer häufiger sind **Verletzungen von Vorschriften über die Arbeitszeit und die Arbeitsruhe** festzustellen. Nach wie vor gibt es das Bestreben vieler Arbeitgeber, Arbeitsverträge durch „Pseudo-Werkverträge“ zu ersetzen. Festzustellen ist ferner ein Trend in Richtung Abbau von Sozialleistungen in den Betrieben. Die meisten Anfragen betreffen nach wie vor die Beendigung des Arbeitsverhältnisses und die damit verbundenen Rechtsprobleme.

Im Bereich des **Arbeitnehmerschutzes** konzentrieren sich die Anfragen auf die ergonomisch richtige Ausgestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen, auf die Zurverfügungstellung persönlicher Schutzausrüstung sowie in zunehmenden Maße auf mögliche gesundheitsgefährdende Auswirkungen von Chemikalien.

## **2. Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung**

Der Beschäftigtenboom im Jahre 1990 ist in erster Linie auf eine Zunahme der beschäftigten Ausländer zurückzuführen. Im gesamtösterreichischen Schnitt war eine 30%ige Steigerung der Beschäftigtenzahlen bei dieser Personengruppe zu verzeichnen (so lag diese Quote z.B. in Niederösterreich bei 43,7%, in Oberösterreich bei 68,6%, in Wien bei 17,8%).

Die 1990 beschlossene **Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz** zielt auf die Ermöglichung einer schrittweisen Integration ausländischer Arbeitskräfte in Österreich ab (Beschäftigungsbewilligung – Arbeiterlaubnis – Befreiungsschein). Weiters soll die Kontrolle des Arbeitsmarktes gesichert werden und grundsätzlich unüberschreitbare Höchstzahlen in Österreich beschäftigter Ausländer festgelegt werden. Ferner wurden Maßnahmen zur wirksamen Verfolgung der illegalen Beschäftigung verankert.

Die Neuregelungen orientieren sich weitgehend an den Forderungen von ÖGB und österreichischer Arbeiterkammertag – diese lauteten im wesentlichen:

- **kontrollierter Neuzugang** mit Beschleunigung des Zulassungsverfahrens;
- entscheidende **Bekämpfung der illegalen Beschäftigung**;
- verstärkte **Integration der schon länger im Inland beschäftigten Ausländer** und geplante (sozial verträgliche) Einwanderungspolitik.

Allerdings muß erwähnt werden, daß das Bemühen, die illegale Beschäftigung einzudämmen,

durch die eingeschränkten personellen Kapazitäten und die sehr schwierige Gestaltung der Verwaltungsstrafverfahren in seiner Wirksamkeit begrenzt bleiben mußte. Die diesbezüglichen Maßnahmen der Arbeitsämter wurden von der Arbeiterkammer unterstützt.

Im Jahre 1990 wurde auch das Arbeitslosenversicherungsrecht erneut novelliert. Die Neuregelungen entsprechen weitgehend Forderungen der Arbeiterkammer (z.B. Erhaltung der Bemessungsgrundlage für Männer ab dem 50., Frauen ab dem 45. Lebensjahr bei Aufnahme einer niedriger entlohnnten Beschäftigung). Die vom Österreichischen Arbeiterkammertag erhobene Forderung nach Einführung einer Mindestsicherung im Bereich des Arbeitslosenversicherungsrechtes bleibt hingegen unerfüllt.

### 3. Sozialversicherung, Sozialhilfe, soziale Dienste

Eine zentrale sozialpolitische Aufgabe der Gegenwart ist die **Wahrung einer angemessenen Altersversorgung**. Grundsätzliches Ziel der gesetzlichen Alterssicherung muß es nach Auffassung der Arbeiterkammer bleiben, die Sicherung des Lebensstandards der Arbeitnehmer nach Ausscheiden aus dem Arbeitsleben weitgehend zu gewährleisten. Neben dem Prinzip der Lebensstandardsicherung sollte auch in Zukunft das Versicherungsprinzip und in verstärktem Maße auch das Sozialprinzip Beachtung finden. Zur Sicherung der Finanzierbarkeit der Altersversorgungssysteme müssen die Zuzahlungen des Bundes (aus Steuermitteln) zumindest im bisherigen anteilmäßigen Ausmaß außer Streit gestellt werden. Langfristig hält der Österreichische Arbeiterkammertag eine verstärkte Finanzierung der Pensionen aus Steuermitteln für wünschenswert. Künftige Reformschritte sollten zu einer Annäherung der unterschiedlichen Alterssicherungssysteme führen.

Im Bereich der Gesundheitspolitik ist fürs erste die **Finanzierung der Krankenanstalten** zu sichern. Gleichzeitig müssen allerdings auch neue Wege beschritten werden (Ausbau der Hauskrankenpflege, Forcierung von Prävention und Rehabilitation, Eindämmung krankmachender Faktoren in der Arbeitswelt, etc). Besonderer Stellenwert wird von seiten der Arbeiterkammer der **Schaffung einer bundesweiten Pflegesicherung** eingeräumt. Die Betreuung pflegebedürftiger Personen ist vielfach unzureichend und wird oftmals unter Bedingungen erbracht, die nicht annehmbar sind. Letzteres gilt beispielsweise für die vielfach nicht vorhandene arbeits- und sozialrechtliche Absicherung des Pflegepersonals.

Im Zuge der 49. ASVG-Novelle wurde eine gewisse sozialrechtliche Verbesserung für Personen, die ein im gemeinsamen Haushalt lebendes behindertes Kind pflegen, vorgenommen. Die Altersgrenze der Kinder wurde von 27 auf 30 erhöht. Vom Österreichischen Arbeiterkammertag wurde allerdings darauf hingewiesen, daß auch nach Überschreitung des 30. Lebensjahres des Kindes ein **Bedarf nach einer begünstigten Selbstversicherung der Pflegeperson** besteht.

Sämtliche **Arbeiterkammern bieten Rechtsberatung** auch in sozialversicherungsrechtlichen Fragen. Darüber hinaus werden Sozialgerichtsfälle vor Gericht vertreten. So wurden in Ober-

## INTERESSENVERTRETUNGEN

## ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

österreich 1588 Sozialgerichtsfälle im Jahre 1980 neu übernommen. Mehr als 6.000 rat- und hilfesuchende Arbeitnehmer sprachen 1990 in der Abteilung Sozialversicherung der Arbeiterkammer Oberösterreich vor.

### 4. Berufsausbildung

Die vom österreichischen Arbeiterkammertag erstellte **Lehrlingsstatistik 1989** („Lehrlinge in Österreich“) bietet ein umfassendes und detailliertes Zahlenmaterial zur Berufsausbildung. Die Studie zeigt unter anderem, daß die Lehrlingsgesamtzahl zwischen 1979 und 1989 um etwa 24% gesunken ist. Die Begründung hierfür liegt vor allem in der demographischen Entwicklung, aber auch z.B. in der sinkenden Attraktivität der Lehrlingsausbildung im Vergleich zu weiterführenden Schulen.

Im Jahre 1990 kam es nicht zuletzt auf Initiative der Arbeiterkammer zu einer **Novellierung der Ausbildungsvorschriften** und Prüfungsordnungen der kaufmännischen Lehrberufe. Durch die Schaffung von Zusatzprüfungsregelungen zwischen den kaufmännischen Lehrberufen ergibt sich eine erhöhte Mobilität auf dem Arbeitsmarkt. Eine wesentliche Verbesserung konnte für die Rechtstellung der Ferialpraktikanten im Hotel- und Gastgewerbe erreicht werden. Als Regelvertrag für Pflichtpraktikanten hat in Zukunft der Arbeitsvertrag mit allen arbeits- und sozialrechtlichen Konsequenzen zu gelten.

Der **Lehrlings- und Jugendschutz** nimmt im Serviceangebot der Arbeiterkammern einen wesentlichen Platz ein. So wurde z.B. durch das Tätigwerden der Arbeiterkammer Kärnten den dortigen Lehrlingen bzw. Jugendlichen ein Gesamtbetrag von S 900.734,94 gesichert (teils auf außergerichtlichem, teils auf gerichtlichem Wege).

Von der Arbeiterkammer Wien wurden 1990 an 530 Personen aus Familien mit geringem Einkommen Lehrausbildungsbeihilfen bezahlt (S 650,— pro Monat).

Umfangreiche Angebote der Arbeiterkammern gibt es auch im Bereich der **Aus- und Fortbildung Erwachsener**. So bildet die Technisch-Gewerbliche Abendschule der Arbeiterkammer Wien in einem zweijährigen Abendlehrgang in 5 Bereichen Werkmeister aus. 1.200 Facharbeiter haben 1990 an dieser Ausbildung teilgenommen.

### 5. Familienpolitik

In Zusammenhang mit der Aufhebung der geltenden geschlechtsspezifischen Pensionsalterregelungen im ASVG durch den VfGH vertritt der Österreichische Arbeiterkammertag im wesentlichen folgende Position:

Eine **Angleichung des Pensionsanfallsalters kann nur im Gleichklang mit Leistungsverbesserungen im Pensionsrecht erfolgen**, die die Doppel- und Dreifachbelastung der unselb-

## INTERESSENVERTRETUNGEN

## ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

ständig erwerbstätigen Frauen berücksichtigten. Frauenspezifische Belastungen der Berufstätigkeit wie z.B. Streß und Monotonie der Akkordarbeit, Nachtarbeit im sozialen Sicherheitsbereich usw. sowie Belastungen, die aus der Rollenzuweisung entstehen (Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen usw.) müssen berücksichtigt werden.

Bei einer Neuregelung muß dem Vertrauensgrundsatz besondere Bedeutung beigemessen werden. Frauen, die im Vertrauen auf die Rechtslage mit einem bestimmten Pensionsanfallsalter rechnen konnten, dürfen nicht durch überhastete Reformen enttäuscht werden.

Eine zentrale familienpolitische Bedeutung kommt den Neuregelungen im **Karenzurlaubserweiterungsgesetz** zu. Aufbauend auf dem 1. Teil des Familienpakets wurden durch dieses Gesetz weitere beträchtliche Verbesserungen zugunsten berufstätiger Eltern erreicht. Die wesentlichste Änderung stellt die Verlängerung des Karenzurlaubes bis zum 2. Geburtstag des Kindes sowie wahlweise die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung bis zum zweiten bzw. dritten Geburtstag des Kindes dar.

Die neuen Regelungen tragen der **langjährigen Forderung von Arbeitnehmerseite nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf** Rechnung. Nach wie vor unbefriedigend ist dies bezüglich allerdings in vielen Gebieten Österreichs die Versorgungssituation mit familienergänzenden Einrichtungen (Kindergärten, Tagesheime, etc.).

## 6. Sozialwissenschaftliche Arbeiten

Folgende sozialpolitisch relevante Forschungsprojekte wurden auf der Ebene des Österreichischen Arbeiterkammertages im Jahre 1990 begonnen, fortgeführt oder abgeschlossen:

**Studie über „Neue Arbeitszeitstrukturen“.** Die Arbeit basiert auf Befragungen von Arbeitnehmern, Betriebsräten und Betriebsleitern, auf der Auswertung von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen sowie auf Spezialuntersuchungen zur sozial- und arbeitsmedizinischen Problematik bestimmter Arbeitszeitstrukturen. Das Projekt befindet sich im Stadium der Berichtsabfassung.

**Umfangreiche Arbeiten** gibt es ferner zu folgenden Themen:

„Modellversuch Ladenöffnungszeiten – Effekte und Reaktionen“ (teilweise abgeschlossen), „Techniker im technischen Wandel“ (im Stadium der Berichtsabfassung) und „Psychosoziale Arbeitsbelastungen im Fluglotsendienst“ (Projekt laufend). In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde ein Forschungsprojekt über die „Entwicklung eines Rahmenkonzeptes zur beruflichen Integration Haftentlassener“ eingeleitet (ein Zwischenbericht liegt bereits vor).

Auch auf Landesebene wurden etliche sozialwissenschaftliche Arbeiten erstellt. Erwähnt sei die von der Arbeiterkammer Wien durchgeführte Erhebung über die „Praxis von Verwaltungsstrafen im Arbeits- und Sozialrecht“. Es handelt sich um eine Erhebung über Anzeigenhäufigkeit, Anzeigeninhalt und Anzeigenverfolgung sowie über die Art und über die interessenpolitische Tendenz der ergangenen Verwaltungsstrafen im Bereich Wien. Das Projekt befindet sich im Stadium der Berichtsabfassung.

In Wien wurden weiters Studien zu den Themen „Lebens- und Berufssituation von Leiharbeitskräften“ und „Neue Technologieformen und Arbeitsunfälle“ erstellt.

## ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Aufgrund seiner statutarisch festgelegten Aufgaben hat der österreichische Gewerkschaftsbund in Zusammenarbeit mit den ihm angehörenden Gewerkschaften und den Kammern für Arbeiter und Angestellte die Interessen der Arbeitnehmer in Österreich vertreten.

Diese Interessenvertretungsaufgabe erfolgte mit dem Ziel, die arbeits- und sozialrechtliche Stellung der Arbeitnehmer zu sichern und weiter bedarfsgerecht auszubauen.

Auch im Jahr 1990 konnten wiederum zahlreiche sozialpolitische Zielsetzungen verwirklicht bzw. vorbereitet werden. So konnten etwa durch die **49. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz** wiederum eine kräftige Erhöhung der Pensionen und Ausgleichszulagen erzielt werden. Auch die Wahrung der Bemessungsgrundlage in der Pensionsversicherung für ältere Arbeitslose ist in dieser Novelle enthalten.

Durch ein **Betriebspensionsgesetz** und ein **Pensionskassengesetz** wurde für Arbeitnehmer die Möglichkeit geschaffen, bestehende Ansprüche auf neue rechtliche Grundlagen zu stellen und besser abzusichern. Für die Vereinbarung neuer Betriebspensionen gibt es nun klare rechtliche Grundlagen.

Eine Novelle zum **Arbeitsverfassungsgesetz** – vor allem als Antwort auf die in letzter Zeit zunehmende Umstrukturierung von Unternehmen – sichert die Qualität der Mitbestimmung in den neuen Unternehmensformen stärker ab.

Durch den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte auf den österreichischen Arbeitsmarkt ist es zu einem starken Anstieg des Arbeitskräfteangebotes und als Folge zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit trotz Rekordbeschäftigung gekommen.

Eine **Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz** hat in einigen wesentlichen Bereichen neue Grundlagen geschaffen. Insbesondere wurde zur Sicherstellung der Kontrolle des Arbeitsmarktes sowie der Akzeptanz der Ausländerbeschäftigung durch die Bevölkerung eine grundsätzlich unüberschreitbare Höchstzahl beschäftigter und arbeitsloser Ausländer festgelegt. Nach dem ersten Teil des sog. „Familienpaketes“, das den wahlweisen Karenzurlaub für Mütter und Väter vorsieht, konnte 1990 durch das **Karenzurlaubserweiterungsgesetz** der zweite Teil verwirklicht werden. Das Gesetz sieht tiefreichende Änderungen zugunsten berufstätiger Eltern mit Kleinkindern vor – wie etwa die Ausweitung des wahlweisen Karenzurlaubes auf zwei Jahre, sowie wahlweise die Möglichkeit der Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung bis zum zweiten bzw. bis zum dritten Geburtstag des Kindes.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichbehandlung von Mann und Frau im Arbeitsleben konnte durch die **Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz** erzielt werden. Sie brachte im wesentlichen eine Ausdehnung der Diskriminierungstatbestände auf die Begründung des Arbeitsverhältnisses, den beruflichen Aufstieg, auf die sonstigen Arbeitsbedingungen sowie auf die Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Durch eine **Novelle zum Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz** wurde erreicht, daß das derzeit geltende Alter für das Sonderruhegeld weiter in Geltung bleibt. Eine Entschließung des Nationalrates sieht die Vorberatung einer inhaltlich umfangreichen Novelle durch die Sozialpartner vor.

Als weitere wichtige sozialpolitische Verbesserung des Jahres 1990 wäre noch die Neuschaffung eines „**Bundesbehindertengesetzes**“ zu nennen, das die geltenden bundesrechtlichen Bestimmungen zusammenfaßt.

Diese nur beispielhaft angeführten Verbesserungen des arbeits- und sozialrechtlichen Niveaus zeigen, daß der Weg einer aktiven Sozialpolitik im Interesse der Arbeitnehmer dieses Landes zügig fortgesetzt wird.

## KOLLEKTIVVERTRAGSPOLITIK

Der Branchenkollektivvertrag ist einer der wichtigsten Grundlagen der arbeits- und sozialrechtlichen Stellung der Arbeitnehmer in Österreich.

Die Bedeutung des Kollektivvertrages wird gerade angesichts differenzierter Regelungen in einigen Bereichen – etwa in der Arbeitszeit – immer größer.

Die wichtigsten Funktionen des Kollektivvertrages können nur erfüllt werden, wenn weiterhin der **Grundsatz gilt, wonach die wesentlichen Arbeitsbedingungen für einen Wirtschaftszweig einheitlich festgelegt werden**. Eine Verlagerung der Regelungskompetenz auf Betriebsebene ist nur dort sozialpolitisch vertretbar, wo es um die Ausfüllung von gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Rahmenbedingungen geht. Bei anderen Mindest-Arbeitsbedingungen ist eine solche Verlagerung deshalb abzulehnen, weil der wirtschaftliche Druck auf die Arbeitnehmervertretungen in kleineren Einheiten zunimmt und daher geringere Durchsetzungschancen bestehen.

Die Anwendbarkeit von Kollektivverträgen muß sich aufgrund der objektiv feststellbaren wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens ergeben und darf nicht einseitig vom Arbeitgeber oder durch die Handelskammer bestimmt werden.

Nach diesen grundsätzlichen Zielsetzungen gewerkschaftlicher Kollektivvertragspolitik noch kurz einige Zahlenangaben:

In konsequenter Fortsetzung einer erfolgreichen Vertragspolitik wurden **im Berichtsjahr 559 Vereinbarungen** getroffen, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in Österreich weiter verbessert haben (166 Bundeskollektivverträge, 315 Landeskollektivverträge, 38 Betriebsvereinbarungen, 2 Heimarbeitsverträge und 38 Mindestlohtarife oder Entgeltverordnungen).

## LOHNPOLITIK

Die **Lohnunterschiede** zwischen den Arbeitnehmergruppen sind **in Österreich relativ hoch**. Dies hängt auch mit Strukturproblemen zusammen. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, durch ihre Lohnpolitik in den einzelnen Bereichen eine besondere Berücksichtigung der Bezieher niedriger Einkommen zu gewährleisten. Die Realisierung der im Frühjahr 1990 erhobenen **Forderung nach einem Mindestlohn von Schilling 10.000,-** ist ein wichtiger Beitrag für eine ausgleichende Einkommensentwicklung, die auch strukturpolitisch wünschenswert ist.

Im Verlauf des Jahres 1990 konnte diese Forderung bereits in zahlreichen Branchen verwirklicht werden.



## INTERESSENVERTRETUNGEN

## ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Insgesamt stand die Lohn- und Gehaltspolitik auch 1990 im Einklang mit dem gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen, insbesondere mit einer Politik für ein hohes Beschäftigungsniveau. Die Gewerkschaften haben auch 1990 bewiesen, daß sie im Sinne ihres Zieles – nämlich des absoluten Vorranges für ein hohes Beschäftigungsniveau – Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation genommen haben.

Die **Lohneinkommenszuwächse** lagen 1990 **brutto** (je Beschäftigten) mit **5,6%** und **netto** (Masseneinkommen) mit **6,1%** **weit über der Inflationsrate (3,1%)** und führten somit zu einer kräftigen Steigerung der Realeinkommen.

### STREIKSTATISTIK

Im Jahre **1990** gab es in Österreich **neun Streiks**, das waren um zwei mehr als 1989, ebenfalls erhöht haben sich die Zahl der Streikenden und die Streikdauer: 1990 streikten **5.274 Arbeitnehmer** (1989: 3.715 Arbeitnehmer) **70.962 Stunden** (1989: 23.887 Stunden und 45 Minuten). Die höhere Zahl der Streikenden und die längere Streikdauer sind auf einen mehrere Bundesländer erfassenden Streik der Beschäftigten in der Steirerbrau AG und auf einen bundesweiten Warnstreik der Bediensteten der Finanzlandesdirektionen und Zollämter zurückzuführen. Dies geht aus der vom ÖGB geführten Streikstatistik hervor.

Die durchschnittliche Streikdauer pro Teilnehmer betrug 13 Stunden und 27 Minuten (1989: 6 Stunden und 26 Minuten). 1990 beteiligten sich an einem Streik 0,18% aller Arbeitnehmer (1989: 0,13%). Auf jeden Arbeitnehmer Österreichs entfielen 87 Streiksekunden (1989: 50 Streiksekunden).

Im Jahr 1990 gab es einen bundesweiten Warnstreik der 2.715 Bediensteten in den Finanzlandesdirektionen und Zollämtern, die insgesamt 13.575 Stunden streikten. Dieser Warnstreik und zwei Streiks in einer Wiener Universitätsklinik, in der insgesamt 75 Ärzte 1.470 Stunden streikten, entfielen auf die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Weiters waren drei Streiks im Bereich der Gewerkschaft der Privatangestellten (51 Angestellte mit 514 Stunden), zwei Streiks im Bereich der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr (54 Arbeiter mit 48 Stunden) ein Streik im Bereich der Lebens- und Genußmittelarbeiter (1.567 Arbeiter mit 37.608 Stunden) und ein Streik im Bereich der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie (812 Arbeiter mit 17.747 Stunden) zu verzeichnen. Die Aufschlüsselung der Streiks nach Bundesländern ergab, daß in der Steiermark die meisten Streikstunden registriert wurden. Die Ergebnisse im einzelnen (die mehrere oder alle Bundesländer betreffenden Streiks wurden berücksichtigt und scheinen daher in jedem Bundesland als ein Streik auf):

Es entfielen auf das Burgenland ein Streik (19 Arbeitnehmer mit 95 Stunden), auf Kärnten zwei Streiks (296 Arbeitnehmer mit 3.399 Stunden), auf Niederösterreich drei Streiks (201 Arbeitnehmer mit 1.273 Stunden), auf Oberösterreich drei Streiks (1.196 Arbeitnehmer mit 20.275 Stunden), auf Salzburg drei Streiks (334 Arbeitnehmer mit 1.418 Stunden), auf die Steiermark zwei Streiks (1.608 Arbeitnehmer mit 32.968 Stunden), auf Tirol zwei Streiks (240 Arbeitnehmer mit 1.637 Stunden), auf Vorarlberg ein Streik (184 Arbeitnehmer mit 920 Stunden) und auf Wien sechs Streiks (1.196 Arbeitnehmer mit 8.977 Stunden).



## INTERESSENVERTRETUNGEN

## ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

19,2 Prozent der Streiks – bezogen auf die Streikdauer – wurden wegen Lohnforderungen geführt, 53,7 Prozent wegen Ausgliederung des Fuhrparks und 27,1 Prozent wegen Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, Kündigung oder Arbeitszeitverkürzung. **Alle Streiks waren erfolgreich** und wurden **Im Einvernehmen mit der Gewerkschaft** durchgeführt.

### RECHTSSCHUTZTÄTIGKEIT

Auch im Jahre 1990 haben die Gewerkschaften eine erfolgreiche Rechtsschutztätigkeit aufzuweisen. Bei den Streitfällen handelte es sich in erster Linie um Lohn- oder Gehaltsdifferenzen, Überstundenzahlungen, Auflösung des Dienstverhältnisses, Urlaubsangelegenheiten, Sonderzahlungen, Abfertigung, Ansprüche nach dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz und dem Entgeltfortzahlungsgesetz und anderes mehr. Insgesamt konnten **für Arbeitnehmer** (durch Vergleiche oder Urteile, nach dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz sowie durch Interventionen) **insgesamt 1,15 Milliarden S** erstritten werden.

Die von den Gewerkschaften der Eisenbahner und der Post- und Fernmeldebediensteten geleistete Rechtshilfe ist infolge der Besonderheit des Öffentlichen Dienstes in Zahlen kaum faßbar und deshalb in den obigen Zahlen nicht enthalten.

### MITGLIEDERSTAND

Auch im Jahr 1990 ist es durch die vielen Aktivitäten der Gewerkschaften und ÖGB-Landesexekutiven **gelingen, den Mitgliederstand des ÖGB stabil zu halten** und ihn – so wie im Vorjahr – ein wenig zu erhöhen. So wies der ÖGB am 31. Dezember 1990 1,644.841 Mitglieder aus, das sind um 433 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Aufgrund des gestiegenen Beschäftigtenstandes im Vorjahr ist der Mitgliederzuwachs nicht überzubewerten, sondern man muß erkennen, daß sich die **Organisationsdichte verringert** hat. Da der Beschäftigtenzuwachs aber überwiegend im Bereich der Teilzeitbeschäftigten und der Gastarbeiter erfolgte – also in jenen Bereichen, die organisatorisch sehr schwer zu erfassen sind und einer sehr langen und intensiven Betreuung bedürfen –, hat sich in den nächsten Jahren unsere Organisationsarbeit auf diese Bereiche zu konzentrieren.

Sehr deutlich hat sich im vergangenen Jahr auch gezeigt, daß vor allem **neuzugewanderte und jüngere Gastarbeiter** sowie im besonderen jene Gastarbeiter, die aus Osteuropa nach Österreich kommen, **den Gewerkschaften kritisch gegenüberstehen**, weil sie aufgrund ihrer Erfahrungen mit den staatlichen Gewerkschaften in ihren Heimatländern geprägt sind. Der ÖGB muß daher verstärkt aufklärend wirken und den ausländischen Arbeitskräften Informationsmaterial in der jeweiligen Muttersprache zur Verfügung stellen.

Der **Mitgliederstand der Gewerkschaftsjugend** ist nach wie vor **rückläufig**: Mit Jahresende 1990 wies die Gewerkschaftsjugend einen Mitgliederstand von 73.277 aus, das sind um 2.123 Mitglieder weniger als 1989. Insgesamt machte der Anteil der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder am

Gesamtmitgliederstand nur mehr 4,5 Prozent aus. 1987 hatte er noch 5,1 Prozent betragen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen betrug am 31. Dezember 1990 512.253, das sind um 1.333 Mitglieder oder 0,3 Prozent mehr als Ende Dezember 1989. Der **Frauenanteil am Gesamtmitgliederstand** betrug somit **31,1 Prozent**.

## ARBEITSMARKTPOLITIK

Wie in den vergangenen Jahren hat der Österreichische Gewerkschaftsbund durch seine Vertreter im Beirat für Arbeitsmarktpolitik und dessen Ausschüssen das Hauptaugenmerk auf die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen gerichtet. Dabei wurde darauf geachtet, daß insbesondere bei der Vergabe von Arbeitsmarktförderungsmitteln der gewünschte beschäftigungspolitische Erfolg tatsächlich erzielt wurde. Auch bezüglich der Ausländerbeschäftigung konnten, wie in den vergangenen Jahren, mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern entsprechende Vereinbarungen getroffen werden. Aufgrund dieser Kontingente wurden im Jahre 1990 im Durchschnitt 60.727 Ausländer beschäftigt.

Allgemein bereitet jedoch in diesem Zusammenhang der starke Zustrom ausländischer Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt zunehmend Sorge.

Die **Folgen dieses Angebotdruckes** haben sich im Verlauf des Jahres 1990 verstärkt und äußern sich in folgenden Erscheinungen:

- \***Anstelgen der Arbeitslosenrate** bei gleichzeitiger starker Ausweitung der Beschäftigung
- \***Zunahme der illegalen Beschäftigung**
- \*Ausbildung einer **negativen Lohndrift**.

Der österreichische Gewerkschaftsbund hat in diesem Zusammenhang eine **wirksamere Regelung des Neuzuganges ausländischer Arbeitskräfte** sowie wirkungsvolle Maßnahmen bei der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung **gefordert**. Er hat sich jedoch auch für eine stärkere Integration schon länger hier ansässiger Ausländer ausgesprochen. Oberstes Ziel soll die Wiedererreichung der Vollbeschäftigung sein.

Die Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz hat diesen Grundsätzen großteils Rechnung getragen. Es gilt nun, diese Grundsätze wirksam in die Tat umzusetzen.

Auch die Strukturentwicklung **beiden Arbeitslosen** bereitet zunehmend Sorge. Sie ist von einem **hohen Anteil an Problemgruppen** gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund spricht sich der österreichische Gewerkschaftsbund für eine längerfristig ausgerichtete Qualifizierungspolitik, für eine Politik der Weiterentwicklung der Serviceorganisation zur besseren Beratung und Vermittlung, aber auch für den Ausbau der Vermittlungsunterstützung und der Arbeitsbeschaffung zur Wiedereingliederung benachteiligter Personengruppen aus.

## ARBEITSZEITPOLITIK

Die entsprechend den Beschlüssen des 10. und 11. Bundeskongresses des österreichischen Gewerkschaftsbundes praktizierte Politik der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist

zünftig voranzutreiben. **Mittlerweile konnte für mehr als 1,1 Millionen Arbeitnehmer die 38- bzw. 38,5-Stundenwoche erreicht werden.** Im graphischen Gewerbe und bei Tageszeitungen wurde bereits die 37- bzw. die 36-Stundenwoche erreicht.

Bis das Ziel eines Generalkollektivvertrages über die Einführung der 35-Stundenwoche erreicht werden kann, sind alle anderen Möglichkeiten weiter auszuschöpfen, um diesem Ziel zumindest schrittweise näherzukommen. Dabei sind alle rechtlichen Mittel – Gesetz, Generalkollektivvertrag, Branchenkollektivvertrag, Betriebsvereinbarung – zu nützen. Insbesondere die branchenweise Arbeitszeitverkürzung ist als sinnvolle Übergangsphase zu betrachten, in der die Arbeitszeitreduktion angepaßt an die Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen durchgeführt werden kann und der Lohnausgleich mit den spezifischen Bedürfnissen der Lohnpolitik in den unterschiedlichen Branchen in Übereinstimmung zu bringen ist. Am Ende dieses Weges sollte jedenfalls eine einheitlich verkürzte Normalarbeitszeit für alle Arbeitnehmer stehen.

## FRAUENARBEIT

Im Mittelpunkt der diesjährigen Frauenarbeit standen die Bereiche „Benachteiligung der Frau im Berufsleben“ und in diesem Zusammenhang die Arbeiten anlässlich der **Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes**. Mit dieser Novelle konnten wichtige Forderungen der ÖGB-Frauen verwirklicht werden.

- \* Die Realisierung des **zweiten Teiles des sog. Familienpaketes** (Karenzurlaubserweiterungsgesetz) bildete selbstverständlich ebenso einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt im Jahr 1990. Im Vergleich zum ersten Teil enthält dieser noch tiefgreifendere Änderungen zugunsten berufstätiger Eltern mit Kleinkindern und stellt auch einen bedeutsamen Schritt hin zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar.
- \* Die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** ist ein allgemeiner Themenschwerpunkt – nicht nur in diesem Jahr. Denn nach wie vor wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als ein Privatproblem der einzelnen Frau angesehen und nicht als gesellschaftliche Aufgabe, die sie zweifellos ist.
- \* Einen wichtigen Schwerpunkt in der Frauenarbeit des Jahres 1990 bildete die **ÖGB-Forderung nach Einführung des 10.000 Schilling-Mindestlohnes**. Gerade Frauen sind in den niederen kollektivvertraglichen Lohngruppen überproportional vertreten und profitieren von der Verwirklichung dieser ÖGB-Forderung im besonderen Maße.

## JUGENDARBEIT

Bei der Jugendbeschäftigung mußte im Jahre 1990 eine negative Entwicklung verzeichnet werden. In der Altersgruppe der 15- bis 19jährigen Jugendlichen waren im Jahresdurchschnitt 5.037 Jugendliche arbeitslos. Dies bedeutet ein Plus von 6% gegenüber 1989. Dagegen waren im Jahresdurchschnitt 13.749 Lehrstellen sofort verfügbar. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach wie vor regionale und strukturelle Probleme bei der Jugendbeschäftigung und beim Lehrstellenmarkt bestehen.

## INTERESSENVERTRETUNGEN

## ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Bezeichnend ist auch, daß ungefähr die Hälfte dieser arbeitslosen Jugendlichen Menschen ein Lehrverhältnis abgeschlossen haben und **durch eine unzureichende bzw. falsche Berufsausbildung zur Arbeitslosigkeit verurteilt** sind.

Das zeigt die **Notwendigkeit einer dringenden Reform der Berufsausbildung** auf, wie sie von der österreichischen Gewerkschaftsjugend schon seit langer Zeit gefordert wird. Es bestehen immer noch starke strukturelle Unterschiede und Probleme.

Die Zahl der Lehrstellensuchenden sank im Vergleich zum Vorjahr um 151, die Zahl der offenen Lehrstellen nahm hingegen um 22.04 zu. Innerhalb einzelner Regionen und Branchen gibt es zwar insbesondere für Mädchen Schwierigkeiten in der Vermittlung von Lehrstellen; trotzdem besteht insgesamt gesehen ein **Überhang von offenen Lehrstellen** gegenüber Lehrstellensuchenden.

Als Konsequenz der Entwicklung, die aus der Lehrlingsstatistik ersichtlich wird, wurde im Rahmen einer Pressekonferenz eine Aufwertung der dualen Berufsausbildung mit Hilfe neugeordneter und fachlich verbesserter Ausbildungsvorschriften sowie einer tatsächlichen Integration von qualitativ hochstehenden Kenntnissen und Fertigkeiten (Mikroelektronik, Bürokommunikation usw.) in die Ausbildung gefordert. Damit könnten Fehlsteuerungen verhindert werden. Weiters wurden die Durchlässigkeit für Lehrabsolventen hinsichtlich des weiterführenden Schulwesens, eine weitere qualitative und organisatorische Verbesserung des Berufsschulunterrichts sowie die Einrichtung von zwischen- und überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen gefordert.

### INTERNATIONALE SOZIALPOLITIK

In der Zeit vom 6. Juni bis 27. Juni 1990 fand in Genf die 77. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz statt. Vom österreichischen Gewerkschaftsbund haben an der Konferenz Präsident Friedrich Verzetnitsch, Gertraud Wawersich, Dr. Richard Leutner, Mag. Franz Friehs und Wolfgang Neumeier als Delegierte bzw. Stellvertretende Delegierte sowie Dr. Christoph Klein und Dr. Neda als Technischer Berater teilgenommen.

---

**INTERESSENVERTRETUNGEN      VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER**

---

## **VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER**

Die Arbeit des Jahres 1990 war wie auf den meisten anderen so auch auf sozialpolitischem Gebiet von den Nationalratswahlen geprägt. Dies wirkte sich inhaltlich insofern aus, als die Wirtschaftsverbände in verstärktem Maße mit wahlkampfwirksamen populären Vorschlägen konfrontiert wurden und bemüht sein mußten, durch Einwirkung auf die Koalitionsverhandlungen diese Forderungen in eine für die Wirtschaft akzeptable Form zu bringen, und im äußeren Arbeitsablauf insofern, als die Arbeit an aktuellen legislativen Maßnahmen nach dem Sommer faktisch zum Erliegen kam und durch eine Phase abgelöst wurde, in der der Arbeitsschwerpunkt in der Formulierung der Position gegenüber der neuen Regierung bestand sowie in der Aufgabe, die Berücksichtigung der Wirtschaftsinteressen im Regierungsübereinkommen durch Teilnahme an den Koalitionsverhandlungen sicherzustellen.

### **ARBEITSRECHT**

Schwerpunkt im Bereich des Arbeitsrechtes waren umfangreiche familienpolitische Maßnahmen, die als „**Familienpaket**“ in zwei Teilen zu Jahresbeginn und zur Jahresmitte in Kraft traten. Dabei war die Vorgangsweise der Koalitionspartner, alle wesentlichen Grundsätze ohne Einbindung der Sozialpartner politisch zu verhandeln und den Sozialpartnern dann die Detailregelungen zuzuweisen, aus Sicht der Arbeitgeber höchst unbefriedigend, auch wenn letztlich Einigung erzielt wurde und sogar gegenüber den Vorgaben der Regierung Erleichterungen für die Wirtschaft erreicht werden konnten.

Der erste Teil des Familienpaketes brachte die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Karenzurlaubes und des Karenzurlaubsgeldes durch männliche Arbeitnehmer aus Anlaß der Geburt, aber auch der Adoption oder Pflegeübernahme eines Kindes, sowie die Möglichkeit, den Karenzurlaub unter bestimmten Voraussetzungen und Beschränkungen zwischen Vater und Mutter zu teilen.

Mit dem zweiten Teil wurde der Karenzurlaub für Geburten nach dem 30. 6. 1990 auf zwei Jahre erweitert sowie als Alternative dazu der Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung für beide Elternteile im zweiten Lebensjahr des Kindes oder für einen Elternteil im zweiten und dritten Lebensjahr geschaffen. Die erforderlichen Änderungen erfolgten vor allem im Eltern-Karenzurlaubsgesetz und im Mutterschutzgesetz; ferner erfuhren auch das Angestelltengesetz und die Urlaubsgesetze Anpassungen und es wurde eine Regelung über Wiedereinstellungshilfen geschaffen.

Am 1. 8. 1990 trat eine **Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz** in Kraft, deren Hauptziel die Absicherung der Mitbestimmungsbefugnisse nach der Aufspaltung von Unternehmen und der Zusammenfassung der rechtlich verselbständigten Teile zu Konzernen war. Zu diesem Zweck waren schon zuvor mit dem Betriebspensionsgesetz Bestimmungen in Kraft gesetzt worden, die Möglichkeiten der Kompetenzübertragung an Arbeitsgemeinschaften von Betriebsräten in Kon-

## INTERESSENVERTRETUNGEN      VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

zernen vorsehen. Weitere wichtige Punkte der Novelle umfassen die Beseitigung des Sperrechtes des Betriebsrates bei Motivkündigungen, die Erleichterung der Schaffung von Betriebsräten durch die Herabsetzung des Anwesenheitsquorums für den Fall einer Einberufung einer Betriebsversammlung durch eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer, die Vorschreibung eines einheitlichen Stimmzettels bei Betriebsratswahlen und die Erweiterung der Mitwirkungsrechte in Tendenzbetrieben. Ferner erfolgten Änderungen des Arbeitsverfassungsgesetzes im Zuge des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes und durch das Rechnungslegungsgesetz.

Eine Novelle zum **Gleichbehandlungsgesetz** brachte eine Erweiterung des Diskriminierungsverbotes aufgrund des Geschlechts auf alle Belange im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis, das Verbot von kollektivvertraglichen Kriterien der Arbeitsbeurteilung, die geeignet sind, zu Diskriminierungen zu führen, die Möglichkeit der Förderungsgewährung durch den Bund für Sondermaßnahmen zur beschleunigten Herbeiführung der De-facto-Gleichberechtigung, einen Anspruch auf Schadenersatz bei Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes insbesondere bei der Begründung von Arbeitsverhältnissen, eine Modifizierung der Beweislast und die Einsetzung einer Anwältin für Fragen der Gleichbehandlung.

Zu erwähnen sind schließlich Novellen kleineren Umfangs zum Arbeitsruhegesetz, Entgeltfortzahlungsgesetz und zum Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz.

### **SOZIALE SICHERHEIT**

Die für die Wirtschaft bedeutsamsten Schwerpunkte der zur Jahresmitte in Kraft getretenen **49. ASVG-Novelle** waren die Erhaltung der Bemessungsgrundlage für die Pension, wenn nach dem 50. (bei Frauen 45.) Lebensjahr auf eine geringer entlohnte Beschäftigung gewechselt wird, sowie die Vollversicherungspflicht für Ferialpraktikanten. Weitergehende Vorschläge des Sozialministeriums, die für die Unternehmen mit untragbaren administrativen Belastungen verbunden gewesen wären, insbesondere die Pflicht zur Meldung bereits am ersten Tag einer Beschäftigung, konnten verhindert werden.

Über das ganze Berichtsjahr erstreckten sich die Arbeiten einer Arbeitsgruppe des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen zum Thema der langfristigen Finanzierung der Pensionsversicherung. Da in den Fragen der wichtigsten Empfehlungen für zu ergreifende Maßnahmen die Vorstellungen der in der Arbeitsgruppe vertretenen Sozialpartnerorganisationen zu weit differierten, verzögerte sich die Herausgabe der vorgesehenen gemeinsamen Studie bisher. Im Zug der Arbeiten wurden die bisher aussagekräftigsten Prognosen über die finanzielle Situation der österreichischen Pensionsversicherung bis zum Jahr 2030 erstellt, die jedenfalls zum Ausgangspunkt weiterer Überlegungen gemacht werden sollten.

Zwei gegen Ende des Berichtsjahres ergangene **Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs** sind von besonderer Bedeutung für die Pensionsversicherung: die **Aufhebung des unterschiedlichen Pensionsalters für Männer und Frauen** und die **Aufhebung der Ruhensbestimmungen**. Während im Fall der Ruhensbestimmungen unverzüglich Verhandlungen mit dem Ziel, die bisherige, uneffiziente Stichtagsregelung zu verbessern und damit die Umfunktionie-

## INTERESSENVERTRETUNGEN      VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

zung der Pension zur reinen Altersprämie zu verhindern, aufgenommen wurden, sind Gespräche über eine verfassungskonforme Neuregelung des Pensionsalters so zu führen, daß diese am 1. 12. 1991 in Kraft treten kann.

Auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde im Berichtsjahr neuerlich novelliert. Wiederum konnte die **Einführung eines Mindeststandards verhindert** werden. Wichtigste Punkte der Novelle waren die Vereinheitlichung der Nettoersatzquote des Arbeitslosengeldes am früheren Arbeitseinkommen mit 58% und die Sicherung der Höhe des Arbeitslosengeldes bei Aufnahme einer geringer entlohten Beschäftigung nach dem 50. (Frauen 45.) Lebensjahr.

### **BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE**

Nach jahrelangen Verhandlungen wurden im Berichtsjahr die Rechtsgrundlagen für eine wirk-  
same betriebliche Altersversorgung, vor allem im Weg von Pensionskassen, geschaffen. Das **Betriebspensionsgesetz** regelt dabei die Rahmenbedingungen arbeits- und sozialrechtlicher Art und verfolgt das Hauptziel, den Arbeitnehmer, der von seinem Arbeitgeber eine Altersversorgung zugesagt bekommen hat, vor dem Verlust seiner Anwartschaften und Ansprüche zu schützen. Zu diesem Zweck wurden vor allem die weitgehende Möglichkeit, seine Anwartschaften bei Wechsel des Arbeitsplatzes „mitzunehmen“, geschaffen, und die Möglichkeiten des Arbeitgebers, eine einmal erteilte Zusage zu widerrufen oder einzuschränken, stark beschränkt.

Bedauerlicherweise **konnte das neue Recht der Betriebspensionen** hinsichtlich des Bereichs der Pensionskassen **bisher kaum in die Wirklichkeit umgesetzt werden**, da zunächst administrative Probleme bei der Konzessionserteilung und Genehmigung der Geschäftspläne für Pensionskassen und danach vorwiegend interessenpolitisch motivierte Auslegungsprobleme des Betriebspensionsgesetzes, die vor allem das Gleichbehandlungsgebot betrafen, bremsend wirkten. Die Arbeitgeberseite war bemüht, durch eine wissenschaftliche Behandlung der anstehenden Probleme zur Klärung beizutragen.

### **ARBEITSMARKT**

Die bereits im Jahr 1989 eingetretene Entwicklung eines Auseinanderklaffens von Konjunktur und Arbeitsmarkt setzte sich im Berichtsjahr verstärkt fort. Trotz ungebrochen guter Konjunktur stieg zwar die Arbeitslosenrate von 5,0% auf 5,4% im Jahresschnitt 1990 an, doch konnte wieder ein **Beschäftigungsrekord mit über 3 Millionen unselbständig Beschäftigten** erzielt werden.

Zunehmend haben sich die **älteren Arbeitskräfte zur Problemgruppe** auf dem Arbeitsmarkt entwickelt. Die Vereinigung österreichischer Industrieller hat daher zusätzlich zu einer Arbeitsgruppe, die sich der speziellen Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt gewidmet hat und ihre Tätigkeit im Berichtsjahr abgeschlossen hat, eine Arbeitsgruppe zur Analyse der Arbeitsmarktprobleme älterer Menschen und zur Erarbeitung eines entsprechenden Maßnahmenkatalogs eingesetzt.

Ein besonderer Schwerpunkt im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Berichts-



## INTERESSENVERTRETUNGEN      VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

jahr, dem vor allem unter dem Eindruck der Öffnung der Grenzen zu den östlichen Nachbarn Bedeutung zukam, war eine **Neuregelung des Bereiches der Ausländerbeschäftigung**. Hierbei konnten einerseits Schritte der Liberalisierung erreicht werden, etwa durch die Einführung einer Arbeitserlaubnis als „Zwischenstufe“ zwischen Beschäftigungsbewilligung und Befreiungsschein, oder die Möglichkeit der vorläufigen Beschäftigungsaufnahme bei Nichterledigung des Antrags auf Beschäftigungsbewilligung innerhalb der vorgesehenen Verfahrensdauer. Ein wichtiger Liberalisierungsansatz war durch die Übergangsbestimmungen gegeben, die die Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen an bereits vor dem 1. April 1990 in Österreich befindliche Ausländer ohne Prüfung der Arbeitsmarktsituation vorsah. Andererseits brachten die (inzwischen genützte) Möglichkeit des Arbeitsministers zur Festlegung von Landeshöchstzahlen sowie die absolute Bundeshöchstgrenze Restriktionen, die von der Industrie mit Nachdruck abgelehnt wurden.

Gegen Ende des Berichtsjahres verlagerte sich der Schwerpunkt der Diskussion auf die **überfällige Neuorganisation der Arbeitsmarktverwaltung**. Nach grundlegenden Vorarbeiten der Vereinigung Österreichischer Industrieller und einer Präsentation eines Reorganisationsmodells einschließlich der Zulassung privater Arbeitsvermittler im Frühjahr 1990 konnte erreicht werden, daß im Regierungsübereinkommen eine Reform der Arbeitsmarktpolitik als vorrangige Arbeitsaufgabe aufgenommen wurde.

### **INTERNATIONALE SOZIALPOLITIK**

Wichtigstes Thema der jährlichen Internationalen Arbeitskonferenz war im Berichtsjahr der **Bereich der Nachtarbeit**. Haupterfolg war dabei die Verabschiedung eines Protokolls, das das bisherige Abkommen insofern abändert, als es der innerstaatlichen Gesetzgebung ermöglicht, bei einer Sozialpartnereinigung Schwankungen in der Definition des Nachtzeitraumes und Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot zuzulassen. Die Vereinigung Österreichischer Industrieller verfolgte auch im Berichtsjahr laufend die im Rahmen der europäischen Integration relevanten neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik und setzte in diesem Rahmen die Mitarbeit in der interministeriellen Arbeitsgruppe über die Soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft, in der UNICE und einer Sozialpartnergruppe der EG in Brüssel fort.

### **ELEKTRONIK UND ARBEITSWELT**

Die Ergebnisse der **Umfrage bei mehr als 300 Unternehmen über den Anwendungsstand der Mikroelektronik** in Produktion, Verfahren und Produkten wurde zu Beginn des Jahres 1990 veröffentlicht. Dadurch konnte abermals aufgezeigt werden, daß der Einsatz moderner Technik positive Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsicherheit und die Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte hat.



---

**INTERESSENVERTRETUNGEN    PRÄSIDENTENKONF. D. LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN**

---

## **PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS**

Auf dem Gebiet der **bäuerlichen Sozialpolitik** sind im Berichtsjahr neuerlich **wesentliche Verbesserungen** durchgesetzt worden. An erster Stelle ist das **Karenzgeld für Bäuerinnen** (Teilzeitbeihilfe) zu nennen. Mit diesem sozialpolitischen Erfolg ist der Berufsvertretung im Jahr 1990 nach mehr als 15-jährigen Vorarbeiten und Bemühungen (Erarbeitung von Konzepten und Vorschlägen, Forderungen an die zuständigen Bundesminister und Verhandlungen) ein wesentlicher Ausbau des Mutterschutzes für unsere Bäuerinnen gelungen.

Neben der **Reduzierung des auf die Ausgleichszulage zur Bauern-Pension anzurechnenden Ausgedinges** ab 1. 1. 1990 ist die **zusätzliche Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes** zum 1. 1. 1990, 1. 7. 1990 und 1. 1. 1991 anzuführen. Damit konnte eine wesentliche Verbesserung für Ausgleichszulagenempfänger bzw. Bezieher kleiner Pensionen erreicht werden.

Im vergangenen Jahr wurde der grundsätzliche **Beschluß der Präsidentenkonferenz** gefaßt, **eine spezielle Bäuerinnen-Pension** als Absicherung der berufstätigen Bäuerin einzuführen. Die Arbeiten zur Erstellung eines Konzeptes wurden intensiviert.

In das Arbeitsübereinkommen der Koalitionsparteien für die neue Regierungsperiode wurden wichtige Anliegen aufgenommen: Weitere Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes, weitere Reduzierung des fiktiven Ausgedinges, die Bäuerinnen-Pension und die Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung.

### **Bauern-Pensionsversicherung**

Die 15. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz brachte eine weitere Erhöhung aller Pensionen um 1% für 1990 und eine Ausgleichszulagenerhöhung um S 140,- für Alleinstehende und S 200,- für Verheiratete pro Monat. Das entspricht einer Erhöhung um 2,6%. Der **Ausgleichszulagenrichtsatz** wurde damit im Jahr 1990 **um insgesamt 8,4% erhöht**.

**Ab 1. 1. 1991** wurden die Pensionen allgemein um 5%, die Richtsätze für **Ausgleichszulagen** **um durchschnittlich 7,6%** erhöht, sodaß der Richtsatz für Alleinstehende S 6.000,- und für Ehepaare S 8.600,- beträgt. Diese Erhöhungen kommen den bäuerlichen Pensionisten (unter Anrechnung des fiktiven Ausgedinges) ebenfalls zugute.

Die Arbeiten zur Einführung einer speziellen Bäuerinnen-Pension wurden aufgenommen. Wichtig ist dabei, Nachteile und Beitragsmehrbelastungen, insbesondere im Bereich der Mindestbeitragsgrundlage, zu vermeiden.

## INTERESSENVERTRETUNGEN    PRÄSIDENTENKONF. D. LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN

Die Präsidentenkonferenz arbeitete ja auch an der Studie Pensionsreform des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen mit. Hauptschwerpunkte dieser Studie sind unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung bis zum Jahr 2030 Struktur, Harmonisierung und Sicherung der Finanzierung der Pensionsversicherung.

### **Bauern-Krankenversicherung**

Die **Finanzierung der Bauern-Krankenversicherung bereitet** der Präsidentenkonferenz und den für die Sozialversicherungsanstalt der Bauern Verantwortlichen seit geraumer Zeit **große Sorgen**, weil diese Sparte der sozialen Sicherheit der Bauern aus strukturbedingten Gründen (hoher Pensionistenanteil) seit 1985 zunehmende Gebarungsabgänge aufweist. Die Präsidentenkonferenz führte intensive Beratungen über verschiedene Möglichkeiten zur Sicherung der Finanzierung der Bauern-Krankenversicherung durch. In Frage kämen dabei die Erhöhung des Beitrages des Bundes zur Krankenversicherung der Pensionisten auf ein ebenso kosten-deckendes Maß wie im ASVG oder die Refundierung der vor Jahren durch den Bund aus der Bauern-Krankenversicherung für die Pensionsversicherung abgezweigten Beträge (750 Mio S). Die Präsidentenkonferenz ersuchte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales dringend um Novellierung des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes mit dem Ziel, die Liquidität und Finanzierung der Bauern-Krankenversicherung auch ab 1991 zu sichern.

Abgelehnt wurde eine Verschlechterung der Richtlinien über die Befreiung von der Rezeptgebühr speziell für die Selbständigen.

Im Arbeitskreis „Strukturreform der Krankenversicherung“ des Bundesministers für Arbeit und Soziales arbeitete die Präsidentenkonferenz mit und trat auch hier für die finanzielle Sicherung der Bauern-Krankenversicherung ohne unzumutbare Mehrbelastung der immer weniger werdenden beitragszahlenden Betriebsführer sowie für eine vernünftige Strukturreform der Krankenversicherung ohne Beitragserhöhungen ein: Sinnvolle Reformen im Spitalswesen, leistungsorientiertere Honorierung, Vereinheitlichung von Kostenbeteiligungen der Versicherten.

### **Karenzgeld für Bäuerinnen – „Teilzeitbeihilfe“**

Mit dem Karenzurlaubserweiterungsgesetz vom 27. 6. 1990, BGBl. Nr. 408/1990, als dem mit 1. Juli 1990 in Kraft getretenen 2. Teil des „Familienpaketes“ der Regierungsparteien wurde die gesetzliche Grundlage für den Bezug von Karenzgeld für Bäuerinnen nach Wochengeldbezug bis zum vollendeten 2. Lebensjahr des Kindes (22 Monate) geschaffen.

Ab September 1990 erhalten verheiratete S 2.340,- und alleinstehende Bäuerinnen S 3.480,- als sogenannte „Teilzeitbeihilfe“ pro Monat. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich aus dem Familienlastenausgleichsfonds ohne Beitragsleistung der Bauern für diese Maßnahme. Für die Teilzeitbeihilfe der Bäuerinnen werden jährlich rund 200 Mio S aufgewendet. Die Leistung ent-

## INTERESSENVERTRETUNGEN    PRÄSIDENTENKONF. D. LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN

spricht 50% des Karenzurlaubsgeldes für Unselbständige. Die Beträge der Teilzeitbeihilfe werden jährlich ab 1. 1. 1991 um den Pensionsanpassungsfaktor erhöht. Anspruchsvoraussetzung ist, daß die Mutter mit ihrem neugeborenen Kind in Hausgemeinschaft lebt und das Kind überwiegend selbst pflegt.

Die Präsidentenkonferenz hat sich in Sozialpartnerverhandlungen und Interventionen an den Bundeskanzler, den Vizekanzler und die Familienministerin massiv und letztlich erfolgreich für diesen großen Schritt zur Verbesserung des Mutterschutzes für Bäuerinnen eingesetzt.

Für Dienstnehmer brachte das Karenzurlaubserweiterungsgesetz neben der Verlängerung des Karenzurlaubes einen entsprechenden Kündigungs- und Entlassungsschutz und die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung nach Vereinbarung mit dem Arbeitgeber auch im dritten Lebensjahr des Kindes mit Anspruch auf Teilkarenzurlaubsgeld.

### **Allgemeine Sozialversicherung**

In der Stellungnahme vom 2. 4. 1990 zum Entwurf der 49. ASVG-Novelle begrüßte die Präsidentenkonferenz die Verbesserung der Pensionsanpassung. Im einzelnen sprach sie sich

- \* vehement gegen die Einbeziehung praktischer Ausbildungszeiten von Schülern und Studenten in die Vollversicherung aus,
- \* betonte, daß das Praktikum für junge Menschen aus den Oststaaten in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen ihres Studiums erleichtert und nicht erschwert werden sollte und
- \* lehnte die Beseitigung der Dynamisierung der Geringfügigkeitsgrenze ab.

Im Gesetz, BGBl. Nr. 408/1990, wurde die Dynamisierung der Geringfügigkeitsgrenze beibehalten. Die Vollversicherungspflicht der Praktikanten konnte nicht verhindert werden.

### **Arbeitsmarktpolitik**

- \* **Beihilfenverlängerungsgesetz:** Zum Entwurf einer Änderung dieses Bundesgesetzes wurde mit Stellungnahme vom 23. 11. 1990 die weitere Verlängerung dieser bevorzugten Arbeitsmarktförderung für Großbetriebe, besonders der verstaatlichten Industrie, um drei Jahre bis 1993 abgelehnt.
- \* **Beirat für Arbeitsmarktpolitik:** Im Interesse der Nebenerwerbsbauern und des ländlichen Raumes wurden **arbeitsmarktpolitische Förderungsansuchen von Betrieben im ländlichen Raum** unterstützt.

## INTERESSENVERTRETUNGEN    PRÄSIDENTENKONF. D. LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN

- \* **Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz**, BGBl. Nr. 450/1990: In der Stellungnahme vom 11. 4. 1990 zum Entwurf und bei Sozialpartnerverhandlungen wurde versucht, praxisgerechte Regelungen zu erreichen, die sicherstellen, daß auch land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die erforderlichen ausländischen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.
- \* **Landeshöchstzahlenverordnung**, BGBl. Nr. 754/1990 und 755/1990: In der Stellungnahme der Präsidentenkonferenz vom 19. 11. 1990 zum Entwurf der Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales zur Höchstzahl für die Beschäftigung von Ausländern wurde eine ausreichende Beschäftigungsreserve für alle Bundesländer verlangt.
- \* Zur Bekämpfung von Winterarbeitslosigkeit in der Land- und Forstwirtschaft trat die Präsidentenkonferenz für eine **verbesserte produktive Arbeitsplatzförderung (PAF)** ein.

### **Arbeitslosenversicherung**

Die Präsidentenkonferenz hat sich auch 1990 in mehreren Initiativen bemüht, eine **Anhebung der Einheitswertgrenze für Nebenerwerbsbauern** für den Bezug auf Arbeitslosengeld wenigstens auf 60.000,- zu erreichen. Dieses Anliegen konnte dem Grund nach in das Arbeitsübereinkommen der neuen Bundesregierung aufgenommen werden. Bei Verhandlungen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales über weitere Wünsche zur Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, besonders für kleine Leistungsbezieher, wurde dafür eingetreten, vor weiteren Verbesserungen Erfahrungen über die erst im August 1989 eingeführten Verbesserungen zu sammeln, um unbegründete Begünstigungen zu vermeiden.

### **Arbeitsrecht**

Im **Karenzurlaubserweiterungsgesetz**, BGBl. Nr. 408/1990, wurden neben einem 2. Karenzjahr Kündigungsbeschränkungen und die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung verankert. Die Präsidentenkonferenz konnte bei der parlamentarischen Behandlung der Materie vorangegangenen Sozialpartnerverhandlungen gemeinsam mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft für kleinere Betriebe Erleichterungen erreichen:

- \* **Kündigungsmöglichkeit** des Dienstgebers im 2. Karenzjahr bei Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung,
- \* **kein absoluter Anspruch des Dienstnehmers auf Teilzeitarbeit**, sondern grundsätzlich Vereinbarung mit Klagemöglichkeit des Arbeitnehmers bei Nichteinigung mit dem Arbeitgeber (Abweisung der Klage, wenn der Arbeitgeber die Teilzeitbeschäftigung aus sachlichen Gründen verweigert hat),

## INTERESSENVERTRETUNGEN    PRÄSIDENTENKONF. D. LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN

- \* Arbeitgeber, mit bis zu 10 Beschäftigten erhalten für 3 Monate 66% des Bruttolohnes des wiederbeschäftigten Arbeitnehmers als „**Wiedereinstellungsbeihilfe**“ und
- \* Arbeitgeber mit bis zu 50 Beschäftigten erhalten 40% des Bruttolohnes, Arbeitgeber über 50 Beschäftigte erhalten Schulungsbeihilfen.

## ÖSTERREICHISCHER LANDARBEITERKAMMERTAG

### Arbeitsmarkt

Der seit Jahren ständig anhaltende **Trend eines leichten Rückganges in der Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer kam** im abgelaufenen Jahr praktisch **zum Stillstand**. Zum Stichtag Ende Juli 1990 waren insgesamt 42.109 Personen unselbständig in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Im Jahre 1988 waren es 42.718 und 1989 42.148.

Wie auch schon in den Vorjahren gab es bei den Arbeitern einen deutlichen Rückgang, und zwar von 27.175 im Jahre 1989 auf 26.241 im Jahre 1990 (das ist ein Minus von 3,4%). Die Zahl der Angestellten hingegen hat erheblich zugenommen, und zwar von 14.973 im Jahre 1989 auf 15.868 im Jahre 1990; das ist ein Plus von rund 6%).

Eine Aufschlüsselung nach Berufsgruppen bei den Arbeitern zeigt, daß im Berichtsjahr ebenso wie in den vergangenen Jahren die **Forst- und Sägearbeiter** mit 6.432 die zahlenmäßig stärkste Berufsgruppe bildeten, gefolgt von den **Landarbeitern** (ohne Saisonarbeiter) mit 5.845 und den **Genossenschaftsarbeitern, Kraftfahrern und Handwerkern** mit 5.325. Bei den Angestellten ist die bei weitem stärkste Berufsgruppe die der **Lagerhausangestellten**.

Die in der Land- und Forstwirtschaft saisonal bedingte **Arbeitslosigkeit** wies im Winter 1989/90 überwiegend **geringere Werte auf als im Jahr davor**. Dabei fielen die Spitzenwerte der Arbeitslosigkeit naturgemäß in die Monate Dezember, Jänner und Februar, es war aber auch im November und im März eine relativ hohe Zahl von Arbeitslosen zu verzeichnen, was auf eine längere Dauer der Arbeitslosigkeit schließen läßt. Im Dezember 1989 stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 4.253 auf 8.394 (1988: 8.892) und erreichte im Jänner 1990 mit 9.160 (1989: 9.087) den Höchststand. Im Februar 1990 waren 8.945 (1989: 9.087) und im Monat März 1990 4.947 (1989: 5.708) Land- und Forstarbeiter arbeitslos. Hingegen war mit 2.660 Arbeitslosen die Situation im April 1990 ungünstiger als im Vorjahr (2.478) und ebenso im Mai 1990, wo noch 1.761 (1989: 1.624) Land- und Forstarbeiter ohne Arbeit waren.

### Lohnentwicklung

Die Landarbeiterkammern wirken in den meisten Bundesländern an den Kollektivvertragsverhandlungen mit und sind zum Teil ausschließliche Kollektivvertragspartner auf Arbeitnehmerseite. Es gab im Berichtsjahr bei fast allen Kollektivverträgen Lohnerhöhungen, wobei die meisten **Abschlüsse zwischen 4,0% und 5,7%** lagen.

Die Löhne der Dienstnehmer in bäuerlichen Betrieben wurden in Tirol und Vorarlberg um 3,7%

## INTERESSENVERTRETUNGEN

## ÖSTERREICHISCHER LANDARBEITERKAMMERTAG

bis 4,1%, in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und in der Steiermark zwischen 4,8% und 5,2% angehoben und im Burgenland und in Niederösterreich zwischen 5,5% und 6,4%. Die Löhne der Gutsarbeiter wurden in Tirol und Vorarlberg ebenfalls um 3,7% bis 4,1% angehoben, in den übrigen Bundesländern wurden sie zwischen 4,5% und 5,1% erhöht. Bei den Forst- und Sägearbeitern betrug die Erhöhung der Kollektivvertragslöhne 4,8% bis 5,2%. Die Bezüge der Gutsangestellten wurden um durchschnittlich 5,6% (Tirol 4%) angehoben.

Der Wert der freien Station wurde von den Finanzlandesdirektionen für 1990 mit S 2.400,- festgesetzt.

### Berufsausbildung

Mit **4.191** lag die Zahl der **Lehrlinge** in der Land- und Forstwirtschaft im Berichtsjahr unter dem Wert des Vorjahres (1989: 4.851). Der Anteil der männlichen Lehrlinge war mit 2.738 (1989: 3.348) fast doppelt so groß wie die Zahl der weiblichen Lehrlinge, die 1.453 (1989: 1.503) ausmachte. Die Zahl der Heimlehrlinge ging von 3.499 im Jahre 1989 auf 2.857 im Berichtsjahr zurück; eine Fremdlehre absolvierten 1.334 (1989: 1.962) Burschen und Mädchen. Am stärksten sind die Fremdlehrlinge in der Sparte Gartenbau vertreten, die meisten Heimlehrlinge finden sich nach wie vor in der allgemeinen Landwirtschaft, wo die Ausbildung fast ausnahmslos im elterlichen Betrieb erfolgt.

Mit **2.453** war im Jahre 1990 bei den **Facharbeiter- und Gehilfenprüfungen** eine leichte Abnahme gegenüber 1989 (2.523) zu verzeichnen. Im einzelnen wurden in der Landwirtschaft 1.222 (1989: 1.201), in den Sondergebieten der Landwirtschaft 865 (1989: 957) und in der Forstwirtschaft 366 (1989: 365) Facharbeiter- bzw. Gehilfenprüfungen abgelegt.

Eine leichte Zunahme war bei den Meisterprüfungen zu verzeichnen. Insgesamt haben im Berichtsjahr 821 Facharbeiter bzw. Gehilfen die Meisterprüfung abgelegt, davon 428 im Fachgebiet Landwirtschaft. Im Jahre 1989 waren es 768, davon 439 im Fachgebiet Landwirtschaft.

### Förderungswesen

Eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Tätigkeit der Landarbeiterkammern stellt die Mitwirkung bei der **Förderung des Landarbeitereigenheimbaues** dar: Insgesamt wurden im Jahre **1990 240 Eigenheime** (1989: 249) mit einem Gesamtvolumen von 23,9 Mill. S (1989: 24,2 Mill. S) an Zuschüssen und rund 115 Mill. S (1989: 114 Mill. S) an Darlehen von Bund und Ländern gefördert. Hievon wurden im Rahmen der Agrarinvestitionskreditaktion an 118 (1989: 121) Bewerber zinsverbilligte Darlehen in der Höhe von 27 Mill. S (1989: 28 Mill. S) gewährt. Dazu kommen noch erhebliche Beträge aus Kammermitteln. Insgesamt war zur Finanzierung der 240 Eigenheime ein Betrag von 309 Mill. S erforderlich.



## INTERESSENVERTRETUNGEN

## ÖSTERREICHISCHER LANDARBEITERKAMMERTAG

Für die Berufsausbildung wurden zur Gewährung von **Beihilfen zur Erleichterung des Besuches von Kursen und Lehrgängen** 1990 insgesamt 3,8 Mill. S (1989: 3,25 Mill. S) an Bundesmittel und rund 2,6 Mill. S (1989: 2,8 Mill. S) an Landes- und Kammermittel aufgewendet. Damit konnten insgesamt **8.507** (1989: 9.225) **Personen gefördert** werden.

Im Rahmen der Treueprämienaktion zur Ehrung langjähriger Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft standen im Jahre 1990 1,3 Mill. S (1989: 1,4 Mill. S) an Bundesmittel und S 786.000.– (1989: S 765.000.–) an Landes- und Kammermittel zur Verfügung. Damit konnten im Berichtsjahr 702 (1989: 825) Dienstnehmer für ihre langjährige Berufstätigkeit geehrt werden.

### Zeckenschutzimpfaktion

Wie in den Jahren zuvor, wurden auch im Jahre 1990 von den Landarbeiterkammern in Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt Zeckenschutzimpfaktionen für besonders gefährdete Personen durchgeführt. Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 1.500 land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmer geimpft, die meisten davon, nämlich 624, in Niederösterreich.

### Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen

Im Jahre 1990 sind dem Österreichischen Landarbeiterkammertag **126 Bundesgesetz- und Verordnungsentwürfe zur Begutachtung** übermittelt worden. Darüber hinaus nahmen die Landarbeiterkammern zu den jeweiligen Landesgesetzen und Verordnungen Stellung.

Der **Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz** sowie das Landarbeitsgesetz geändert wurden, beruhte auf einer in Sozialpartnergesprächen weitestgehend akkordierten Vorlage und fand die volle Zustimmung des Österreichischen Landarbeiterkammertages. Insbesondere begrüßt wurde die **Einbeziehung der landwirtschaftlichen Lagerhaltung in die Liste der Lehrberufe**, was ja bekanntlich ein langjähriges Anliegen der Dienstnehmerseite gewesen ist.

Zu den Bestimmungen im einzelnen:

Zu § 3 Abs. 1:

Unbeschadet der im § 11 dem Ausführungsgesetzgeber zugewiesenen Möglichkeit, Bestimmungen zu erlassen, um dem Facharbeiter besondere Fähigkeiten in einzelnen Fachgebieten zu bescheinigen, sollte nochmals ernsthaft geprüft werden, ob es nicht zweckmäßig wäre, die immer mehr an Bedeutung gewinnende Landschaftspflege in irgend einer Form in die Liste der Lehrberufe aufzunehmen.

Da in den letzten Jahren die Zahl der reinen Forstgärten dramatisch zurückgegangen ist und der Schwerpunkt der Tätigkeit der Forstgartenfacharbeiter(innen) daher bei der Kulturpflege und der Erstdurchforstung liegt, wurde angeregt, die Bezeichnung des Lehrberufes von „Forstgartenwirtschaft“ in „**Forstgarten- und Forstpflégewirtschaft**“ abzuändern.

**INTERESSENVERTRETUNGEN****ÖSTERREICHISCHER LANDARBEITERKAMMERTAG**

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das **Ausländerbeschäftigungsgesetz** geändert wird, nahm der österreichische Landarbeiterkammertag Stellung wie folgt:

Die beabsichtigte Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes wird durchaus begrüßt und lediglich die einschränkende Bemerkung gemacht, daß die Liberalisierungen nicht dazu führen dürfen, daß die Beschäftigungslage der inländischen Arbeitskräfte gefährdet wird. In diesem Sinne finden auch die Bestimmungen zur Eindämmung der Schwarzarbeit von ausländischen Arbeitnehmern die vorbehaltlose Zustimmung des österreichischen Landarbeiterkammertages.

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert wird, wurde die **Erhöhung der im § 12 Abs. 6 lit. b fixierten Einheitswertgrenze von S 54.000,-**, die schon seit längerem keine Erhöhung mehr erfahren hat, **verlangt**.

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wurde (**49. Novelle zum ASVG**), nahm der österreichische Landarbeiterkammertag Stellung wie folgt:

Zu Art. I, Z. 19 (§ 80 Abs. 2):

Die geplante Neufassung des § 80 Abs. 2 erscheint bedenklich. Sie birgt die Gefahr des leichtfertigen Umganges mit Steuermitteln mit sich.

Zu Art. IV, Z. 3 (§ 238 a):

Im Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Bemessungsgrundlage für ältere Dienstnehmer soll auf ein Problem hingewiesen werden, welches Forstarbeiter, die nebenbei eine Kleinlandwirtschaft mit einem Einheitswert von knapp über S 33.000,- führen und demzufolge nach dem Bauernsozialversicherungsgesetz versicherungspflichtig werden bzw. sind, betrifft. Nach der geltenden Rechtslage sind die Beitragszeiten nach dem BSVG in die Bemessungszeit und auch in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen und bewirken dadurch einen beträchtlichen Abfall hinsichtlich jener Pensionsbemessungsgrundlage, welche Forstarbeiter erzielen, die während der Arbeitslosigkeit keinen Beitrag nach dem BSVG leisten. Dies bedeutet, daß Versicherte mit höheren Beitragszahlungen – wie im Beispiel aufgezeigt – eine geringere Pension erhalten als Versicherte mit geringeren Beitragsleistungen. Es wird daher eine Änderung des § 238 Abs.4 dahingehend vorgeschlagen, daß während Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld die Pflichtversicherung nach dem BSVG bei der Ermittlung der Bemessungszeit bzw. der Bemessungsgrundlage außer Betracht zu bleiben hat.

# **Tabellenanhang**

## Arbeitsmarktlage 1990

Definitionen .....	346
Tabelle 1: Wohnbevölkerung insgesamt nach Altersgruppen .....	348
Tabelle 2: Männliche Wohnbevölkerung nach Altersgruppen .....	349
Tabelle 3: Weibliche Wohnbevölkerung nach Altersgruppen .....	350
Tabelle 4: Erwerbspersonen insgesamt nach Alter 1981-1990 .....	351
Tabelle 5: Männliche Erwerbspersonen nach Alter 1981-1990 .....	352
Tabelle 6: Weibliche Erwerbspersonen nach Alter 1981-1990 .....	353
Tabelle 7: Erwerbsquoten insgesamt nach Alter 1981-1990 .....	354
Tabelle 8: Erwerbsquoten der Männer nach Alter 1981-1990 .....	355
Tabelle 9: Erwerbsquoten der Frauen nach Alter 1981-1990 .....	356
Tabelle 10: Entwicklung der Selbständigen 1981-1990 .....	357
Tabelle 11: Angebot an unselbständigen Arbeitskräften nach dem Geschlecht 1981-1990 .....	358
Tabelle 12: Angebot an unselbständigen Arbeitskräften nach dem Geschlecht und Altersgruppen 1990 .....	359
Tabelle 13: Angebot an unselbständigen Arbeitskräften nach Geschlecht und Bundesländern 1990 .....	360
Tabelle 14: Unselbständig Beschäftigte nach dem Geschlecht 1981-1990 .....	361
Tabelle 15: Unselbständig Beschäftigte nach Geschlecht und Altersgruppen 1990 .....	362
Tabelle 16: Unselbständig Beschäftigte nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen (Sektoren, zusammengefaßte Wirtschaftsklassen) 1990 .....	363
Tabelle 17: Unselbständig Beschäftigte nach Geschlecht und Bundesländern 1990 .....	364
Tabelle 18: Ausländerbeschäftigung; Unselbständig Beschäftigte, vorgemerkte Arbeitslose und Arbeitslosenquote nach Geschlecht 1981-1990 .....	365
Tabelle 19: Ausländerbeschäftigung; Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen, Befreiungsscheinen und Arbeitserlaubnissen 1990 .....	366
Tabelle 20: Vorgemerkte Arbeitslose nach dem Geschlecht 1981-1990 .....	367
Tabelle 21: Arbeitslosenquoten nach dem Geschlecht 1981-1990 .....	368
Tabelle 22: Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und Altersgruppen 1990 .....	369
Tabelle 23: Arbeitslosenzahlen nach Staatszugehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen 1990 .....	370
Tabelle 24: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Altersgruppen 1990 .....	371
Tabelle 25: Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung 1990 .....	372



Tabelle 26 :	Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung 1990.....	373
Tabelle 27 :	Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und Berufen (Bereiche, Berufsabteilungen, wichtige Berufsobergruppen) 1990 .....	374
Tabelle 28 :	Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Berufen (Bereiche, Berufsabteilungen, wichtige Berufsobergruppen) 1990 .....	375
Tabelle 29 :	Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen (Sektoren, Abteilungen, wichtige zusammengefaßte Wirtschaftsklassen) 1990.....	376
Tabelle 30 :	Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen (Sektoren, Abteilungen, wichtige zusammengefaßte Wirtschaftsklassen) 1990.....	377
Tabelle 31 :	Summe der Zugänge an Arbeitslosen nach Geschlecht und Berufen (Bereiche, Berufsabteilungen, wichtige Berufsobergruppen) 1990 .....	378
Tabelle 32 :	Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen nach Vormerkdauer (Prozentanteile), Geschlecht, Alter und Berufen (Bereiche, Abteilungen) 1990 .....	379
Tabelle 33 :	Abgang an vorgemerkten Arbeitslosen nach Verweildauer, Geschlecht, Alter und Berufen (Bereiche, Abteilungen) 1990 .....	380
Tabelle 34 :	Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und Bundesländern .....	381
Tabelle 35 :	Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Bundesländern 1990 .....	382
Tabelle 36 :	Leistungsbezieher im Jahre 1990: Betroffenheit, Gesamtdauer und Durchschnittsbestand - Relativveränderung gegenüber dem Vorjahr .....	383
Tabelle 37 :	Ungleiche Lasten der Arbeitslosigkeit 1990 .....	384
Tabelle 38 :	Gemeldete offene Stellen 1981 - 1990 sowie nach Bundesländern 1990.....	385
Tabelle 39 :	Gemeldete offene Stellen nach Berufsbereichen (Sektoren, Berufsabteilungen, wichtigen Berufsobergruppen) 1990 .....	386
Tabelle 40 :	Abgang an gemeldeten offenen Stellen nach Laufzeit und Berufen 1990 .....	387
Tabelle 41 :	Lehrstellenmarkt 1981-1990 .....	388
Tabelle 42 :	Internationale Arbeitslosenquoten 1989 und 1990 .....	389
Tabelle 43 :	Schichtung der Arbeitslosengeldbezieher nach der Auszahlungssumme in Schilling pro Monat 1990.....	390
Tabelle 44 :	Schichtung der Notstandshilfebezieher nach der Auszahlungssumme in Schilling pro Monat 1990.....	391

Graphik 1 :	Angebotsentwicklung 1989/90 relativ nach Geschlecht und Staatszugehörigkeit (%) .....	392
Graphik 2 :	Veränderung der unselbständig Beschäftigten 1989/90 nach Geschlecht und Staatszugehörigkeit (%).....	393
Graphik 3 :	Veränderung der unselbständig Beschäftigten 1989/90 nach Geschlecht und Wirtschaftssectoren (in %).....	394
Graphik 4 :	Beschäftigte und vorgemerkte Ausländer.....	395
Graphik 5 :	Unselbständig beschäftigte Ausländer in Österreich / Jahresdurchschnitt 89/90.....	396
Graphik 6 :	Entwicklung der unselbständig beschäftigten Ausländer im Jahresdurchschnitt von 1981 bis 1990 Österreich .....	397
Graphik 7 :	Relativveränderung der Arbeitslosenzahlen 1989/90 nach Geschlecht und Staatszugehörigkeit (%).....	398
Graphik 8 :	Arbeitslosenzahlen nach Berufsbereichen 1989/90 .....	399
Graphik 9 :	Relativveränderung der Arbeitslosenzahlen 1989/90 nach Wirtschaftssectoren bzw. -abteilungen (%) .....	400
Graphik 10 :	Veränderung der Zugänge an Arbeitslosen 1989/90 nach Geschlecht und Berufsbereichen (%) .....	401
Graphik 11 :	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen nach Geschlecht und Altersgruppen 1990.....	402
Graphik 12 :	Veränderung der Durchschnittsverweildauer 1989/90 nach Geschlecht und Altersgruppen (in Tagen) .....	403
Graphik 13 :	Durchschnittsverweildauer nach Berufsbereichen in Tagen 1989/90 .....	404
Graphik 14 :	Arbeitslose 1989-1990.....	405
Graphik 15 :	Arbeitslosenquote 1990.....	405
Graphik 16 :	Gemeldete offene Stellen nach gewünschter abgeschlossener Ausbildung in Österreich 1990 .....	406
Graphik 17 :	Abgang an gemeldeten offenen Stellen nach dem Anteil der höchstens dreimonatigen Laufzeit nach Berufsabteilungen 1990 in % .....	407

**DEFINITIONEN:**

**Unselbständiges Arbeitskräftepotential:** Summe aus unselbständig Beschäftigten und vorgemerkten Arbeitslosen

**Arbeitslosenquote:** Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen bezogen auf das unselbständige Arbeitskräftepotential (in %)

**Vormerkdauer:** Aus der Bestandsmenge an vorgemerkten Arbeitslosen zu einem bestimmten Statistikstichtag wird für jede Person die Zeitspanne zwischen dem Beginn der Arbeitslosigkeit und dem jeweiligen Statistikstichtag in Tagen ermittelt, wobei Unterbrechungen bis zu 28 Tagen unberücksichtigt bleiben

**Verweildauer:** Aus der Abgangsmenge an vorgemerkten Arbeitslosen innerhalb eines bestimmten Zeitraums wird für jeden Abgang die Zeitspanne zwischen dem Beginn und dem Ende einer Arbeitslosigkeitsepisode in Tagen ermittelt, wobei Unterbrechungen bis zu 28 Tagen unberücksichtigt bleiben

**Betroffenheit:** Als "betroffen" gilt eine Person, wenn sie mindestens mit einer Episode in dem betreffenden Jahr im Register aufscheint

**Durchschnittsbestand (Sonderauswertung Leistungsbezieher):** Der "Durchschnittsbestand" standardisiert die Bewegung des Registers auf Jahresbasis. Er gibt die jahresdurchschnittliche Zahl der Personen an, die an einem Tag im Jahr Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bezogen haben. Der Durchschnittsbestand wird nach folgender Formel berechnet:

$$B = (N \cdot D) / 365 \text{ bzw. } 366$$

wobei  $B = \text{Durchschnittsbestand}$   
 $D = \text{Gesamtdauer}$   
 $N = \text{Betroffenheit}$

**Gesamtdauer:** Die in Tagen angeführte durchschnittliche Dauer (unter Einrechnung von krankheitsbedingten Unterbrechungen) aller Arbeitslosigkeitsepisoden in einem Jahr für die jeweils betrachtete Population

**Median:** Der Median ist jener Wert, über bzw. unter dem jeweils 50 Prozent einer Verteilung liegen. Er entspricht dem 5. Dezil

**Dezile:** Mit "Dezil" ist jeweils die Grenze einer 10%-Gruppe von Personen (z.B. gereiht nach der Gesamtdauer) gemeint

**Gini-Koeffizient:** Maß für die Ungleichheit einer Verteilung. Je stärker der Gini-Koeffizient von Null abweicht, desto ungleicher ist die Verteilung



**Betroffenheitsquote (Inzidenz der Arbeitslosigkeit):** Zahl der von Arbeitslosigkeit Betroffenen in % des Arbeitskräftepotentials

**Bisherige Laufzeit einer offenen Stelle:** Aus der Bestandsmenge an sofort verfügbaren offenen Stellen zu einem bestimmten Statistikstichtag wird für jede offene Stelle die Zeitspanne zwischen dem gewünschten Eintrittsdatum und dem Stichtagsdatum in Tagen ermittelt

**Abgeschlossene Laufzeit einer offenen Stelle:** Aus der Abgangsmenge an offenen Stellen innerhalb eines bestimmten Zeitraums wird für jede abgehende Stelle die Zeitspanne zwischen dem gewünschten Eintrittsdatum und dem Ergebnisdatum, das den Abgangszeitpunkt einer Stelle definiert, in Tagen ermittelt

**Stellenandrangsziffer:** Anzahl der vorgemerkten Arbeitslosen pro gemeldeter offener Stelle

**Verfügbarkeit:** Vorgemerkte Lehrstellensuchende bzw. gemeldete offene Lehrstellen gelten als sofort verfügbar, wenn das gewünschte Eintrittsdatum kleiner oder gleich dem Stichtagsdatum ist

Tabelle 1: Wohnbevölkerung insgesamt nach Altersgruppen (Jahresdurchschnitte 1981 - 1990)

Jahr	im Alter von ..... bis unter ..... Jahre									zusammen	<i>derunter:</i>
	0 - 15	15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 +		15 - 65(60)
1981	1.509.519	658.894	610.028	1.044.189	998.578	837.539	449.655	312.839	1.143.388	<b>7.564.629</b>	<b>4.723.632</b>
1982	1.477.603	654.041	626.383	1.057.588	1.022.094	823.932	441.454	353.242	1.117.748	<b>7.574.085</b>	<b>4.765.687</b>
1983	1.439.068	644.663	637.688	1.057.752	1.044.874	812.118	433.443	392.270	1.089.966	<b>7.551.842</b>	<b>4.785.187</b>
1984	1.404.723	633.842	650.777	1.070.638	1.044.783	823.809	427.795	419.242	1.076.942	<b>7.552.551</b>	<b>4.816.463</b>
1985	1.378.120	619.233	658.900	1.092.103	1.021.551	856.628	423.066	427.295	1.080.771	<b>7.557.667</b>	<b>4.840.506</b>
1986	1.356.534	601.653	660.026	1.121.010	998.245	889.195	419.090	423.906	1.095.944	<b>7.565.603</b>	<b>4.859.556</b>
1987	1.339.114	581.448	656.617	1.153.886	987.636	911.678	414.901	416.573	1.113.879	<b>7.575.732</b>	<b>4.877.844</b>
1988	1.330.843	556.865	652.241	1.188.475	987.161	928.741	408.596	410.155	1.133.004	<b>7.596.081</b>	<b>4.897.079</b>
1989	1.328.966	531.937	645.526	1.224.466	988.299	949.786	399.083	405.600	1.149.942	<b>7.623.605</b>	<b>4.918.591</b>
1990	1.343.555	519.199	646.801	1.270.910	1.011.728	965.749	388.840	403.108	1.168.358	<b>7.718.248</b>	<b>4.987.098</b>

Quelle: ÖSTAT, Demographische Indikatoren für Österreich 1961 - 1990

Tabelle 2: Männliche Wohnbevölkerung nach Altersgruppen (Jahresdurchschnitte 1981 - 1990)

Jahr	im Alter von ..... bis unter ..... Jahre									zusammen	<u>darunter:</u>
	0 - 15	15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 +		15 - 65
1981	771.791	333.936	306.985	525.662	504.277	414.014	186.115	124.749	410.431	<b>3.577.960</b>	<b>2.395.738</b>
1982	755.424	332.035	315.648	531.269	515.817	409.684	187.245	140.195	398.241	<b>3.585.558</b>	<b>2.431.893</b>
1983	735.093	328.197	321.002	529.496	526.102	404.403	190.121	154.649	385.484	<b>3.574.547</b>	<b>2.453.970</b>
1984	717.355	323.504	327.826	535.130	525.495	410.226	194.544	164.819	378.564	<b>3.577.463</b>	<b>2.481.544</b>
1985	703.817	316.536	332.423	545.398	513.483	426.437	198.345	169.025	377.858	<b>3.583.322</b>	<b>2.501.647</b>
1986	693.344	307.985	333.628	559.816	501.404	442.562	200.871	170.337	382.181	<b>3.592.128</b>	<b>2.516.603</b>
1987	684.557	297.845	332.683	576.292	495.653	453.614	201.156	171.678	387.930	<b>3.601.408</b>	<b>2.528.921</b>
1988	680.818	285.281	331.743	593.925	494.822	461.859	198.917	175.000	393.984	<b>3.616.349</b>	<b>2.541.547</b>
1989	680.444	272.708	329.479	612.877	494.713	472.026	194.233	179.494	399.400	<b>3.635.374</b>	<b>2.555.530</b>
1990	689.282	266.899	332.110	639.678	506.658	480.024	188.902	183.871	406.244	<b>3.693.668</b>	<b>2.598.142</b>

Quelle: ÖSTAT, Demographische Indikatoren für Österreich 1961 - 1990

Tabelle 3: Weibliche Wohnbevölkerung nach Altersgruppen (Jahresdurchschnitte 1981 - 1990)

Jahr	im Alter von ..... bis unter ..... Jahre									zusammen	<i>darunter:</i>
	0 - 15	15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 +		15 - 60
1981	737.728	324.958	303.043	518.527	494.301	423.525	263.540	188.090	732.957	<b>3.986.669</b>	<b>2.327.894</b>
1982	722.179	322.006	310.735	526.319	506.277	414.248	254.209	213.047	719.507	<b>3.988.527</b>	<b>2.333.794</b>
1983	703.975	316.466	316.686	528.256	518.772	407.715	243.322	237.621	704.482	<b>3.977.295</b>	<b>2.331.217</b>
1984	687.368	310.338	322.951	535.508	519.288	413.583	233.251	254.423	698.378	<b>3.975.088</b>	<b>2.334.919</b>
1985	674.303	302.697	326.477	546.705	508.068	430.191	224.721	258.270	702.913	<b>3.974.345</b>	<b>2.338.859</b>
1986	663.190	293.668	326.398	561.194	496.841	446.633	218.219	253.569	713.763	<b>3.973.475</b>	<b>2.342.953</b>
1987	654.557	283.603	323.934	577.594	491.983	458.064	213.745	244.895	725.949	<b>3.974.324</b>	<b>2.348.923</b>
1988	650.025	271.584	320.498	594.550	492.339	466.882	209.679	235.155	739.020	<b>3.979.732</b>	<b>2.355.532</b>
1989	648.522	259.229	316.047	611.589	493.586	477.760	204.850	226.106	750.542	<b>3.988.231</b>	<b>2.363.061</b>
1990	654.273	252300	314.691	631.232	505.070	485.725	199.938	219.237	762.114	<b>4.024.580</b>	<b>2.388.956</b>

Quelle: ÖSTAT, Demographische Indikatoren für Österreich 1961 - 1990

Tabelle 4: Erwerbspersonen 1) insgesamt nach Alter 1981 bis 1990

im Alter von ..... bis unter ..... Jahre										
Jahr	15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 +	15 - 60(65)	zusammen
1981	338.373	451.674	805.220	796.014	622.294	234.494	61.186	27.098	<b>3.286.336</b>	<b>3.336.353</b>
1982	324.064	463.487	802.211	818.444	611.113	227.402	62.281	25.598	<b>3.284.801</b>	<b>3.334.600</b>
1983	315.251	473.430	805.301	831.676	604.590	219.778	57.708	22.170	<b>3.285.258</b>	<b>3.329.904</b>
1984	309.026	481.269	818.466	816.916	621.552	214.171	54.449	20.627	<b>3.293.858</b>	<b>3.336.476</b>
1985	306.714	489.518	838.675	803.359	639.280	205.426	49.298	20.238	<b>3.312.872</b>	<b>3.352.508</b>
1986	305.301	492.399	862.779	791.796	657.822	200.045	48.207	19.927	<b>3.339.900</b>	<b>3.378.276</b>
1987	287.027	490.361	889.124	786.848	683.167	187.986	45.642	19.070	<b>3.352.087</b>	<b>3.389.225</b>
1988	270.911	487.969	921.617	782.596	700.911	180.498	40.644	17.166	<b>3.370.119</b>	<b>3.402.312</b>
1989	262.346	481.543	957.314	786.437	717.867	175.800	40.232	16.628	<b>3.408.067</b>	<b>3.438.167</b>
1990	259.855	482.221	1.002.833	820.224	726.416	170.094	39.142	15.370	<b>3.489.123</b>	<b>3.516.155</b>

1) Definiert als Summe der selbständig Beschäftigten, der Mithelfenden, der unselbständig Beschäftigten und der Arbeitslosen

Quelle: BMAS, Arbeitsmarktvorschau 1991 (Arbeitsmarktprognose des WIFO) sowie neuere Daten des WIFO

Tabelle 5: Männliche Erwerbspersonen 1) nach Alter 1981 bis 1990

im Alter von ..... bis unter ..... Jahre										
Jahr	15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 +	15 - 65	zusammen
1981	183.616	241.457	480.449	488.330	383.777	145.477	38.267	16.291	<b>1.961.373</b>	<b>1.977.664</b>
1982	175.779	247.661	477.957	500.205	377.799	145.710	38.080	14.845	<b>1.963.191</b>	<b>1.978.036</b>
1983	171.339	252.097	477.028	501.739	372.053	145.377	35.232	13.397	<b>1.954.865</b>	<b>1.968.262</b>
1984	168.149	256.483	481.663	491.190	378.847	142.438	32.458	12.664	<b>1.951.228</b>	<b>1.963.892</b>
1985	165.913	259.250	491.157	480.135	388.528	138.990	29.900	11.799	<b>1.953.873</b>	<b>1.965.672</b>
1986	164.773	259.558	504.250	471.013	398.405	136.288	29.758	11.608	<b>1.964.045</b>	<b>1.975.653</b>
1987	154.993	257.832	520.817	464.604	411.821	131.196	27.574	11.311	<b>1.968.837</b>	<b>1.980.148</b>
1988	148.960	257.423	536.959	459.501	419.404	126.776	25.617	9.626	<b>1.974.640</b>	<b>1.984.266</b>
1989	145.897	251.434	554.372	461.933	425.904	124.306	26.760	8.822	<b>1.990.606</b>	<b>1.999.428</b>
1990	144.894	253.208	583.780	479.559	430.027	118.658	27.480	8.107	<b>2.037.606</b>	<b>2.045.713</b>

1) Definiert als Summe der selbständig Beschäftigten, der Mithelfenden, der unselbständig Beschäftigten und der Arbeitslosen

Quelle: BMAS, Arbeitsmarktvorschau 1991 (Arbeitsmarktprogno des WIFO) sowie neuere Daten des WIFO

Tabelle 6: Weibliche Erwerbspersonen 1) nach Alter 1981 bis 1990

Jahr	im Alter von ..... bis unter ..... Jahre								15 - 60	zusammen
	15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 +		
1981	154.757	210.217	324.771	307.684	238.517	89.017	22.919	10.807	<b>1.324.963</b>	<b>1.358.689</b>
1982	148.285	215.826	324.254	318.239	233.314	81.692	24.201	10.753	<b>1.321.610</b>	<b>1.356.564</b>
1983	143.912	221.333	328.273	329.937	232.537	74.401	22.476	8.773	<b>1.330.393</b>	<b>1.361.642</b>
1984	140.877	224.786	336.803	325.726	242.705	71.733	21.991	7.963	<b>1.342.630</b>	<b>1.372.584</b>
1985	140.801	230.268	347.518	323.224	250.752	66.436	19.398	8.439	<b>1.358.999</b>	<b>1.386.836</b>
1986	140.528	232.841	358.529	320.783	259.417	63.757	18.449	8.319	<b>1.375.855</b>	<b>1.402.623</b>
1987	132.034	232.529	368.307	322.244	271.346	56.790	18.068	7.759	<b>1.383.250</b>	<b>1.409.077</b>
1988	121.951	230.546	384.658	323.095	281.507	53.722	15.027	7.540	<b>1.395.479</b>	<b>1.418.046</b>
1989	116.449	230.109	402.942	324.504	291.963	51.494	13.472	7.806	<b>1.417.461</b>	<b>1.438.739</b>
1990	114.961	229.013	419.053	340.665	296.389	51.436	11.662	7.263	<b>1.451.517</b>	<b>1.470.442</b>

1) Definiert als Summe der selbständig Beschäftigten, der Mithelfenden, der unselbständig Beschäftigten und der Arbeitslosen

Quelle: BMAS, Arbeitsmarktvorschau 1991 (Arbeitsmarktprogno­se des WIFO) sowie neuere Daten des WIFO



Tabelle 7: Erwerbsquoten 1) insgesamt nach Alter 1981 bis 1990

Jahr	im Alter von ..... bis unter ..... Jahre								15 - 65(60)	15 - 65 2)
	15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 +		
1981	51,4	74,0	77,1	79,7	74,3	52,1	19,6	2,4	69,6	67,9
1982	49,5	74,0	75,9	80,1	74,2	51,5	17,6	2,3	68,9	67,0
1983	48,9	74,2	76,1	79,6	74,4	50,7	14,7	2,0	68,7	66,3
1984	48,8	74,0	76,4	78,2	75,4	50,1	13,0	1,9	68,4	65,8
1985	49,5	74,3	76,8	78,6	74,6	48,6	11,5	1,9	68,4	65,8
1986	50,7	74,6	77,0	79,3	74,0	47,7	11,4	1,8	68,7	66,1
1987	49,4	74,7	77,1	79,7	74,9	45,3	11,0	1,7	68,7	66,2
1988	48,6	74,8	77,5	79,3	75,5	44,2	9,9	1,5	68,8	66,3
1989	49,3	74,6	78,2	79,6	75,6	44,1	9,9	1,4	69,3	66,8
1990	50,0	74,6	78,9	81,1	75,2	43,7	9,7	1,3	70,0	67,5

1) Definiert als Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Wohnbevölkerung

2) Anteil aller Erwerbspersonen an der 15- bis unter 65-jährigen Wohnbevölkerung

Quelle: BMAS, Arbeitsmarktvorschau 1991 (Arbeitsmarktprognose des WIFO) sowie neuere Daten des WIFO

Tabelle 8: Erwerbsquoten 1) der Männer nach Alter 1981 bis 1990

Jahr	im Alter von ..... bis unter ..... Jahre								15 - 65	15 - 65 2)
	15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 +		
1981	55,0	78,7	91,4	96,8	92,7	78,2	30,7	4,0	<b>81,9</b>	<b>82,5</b>
1982	52,9	78,5	90,0	97,0	92,2	77,8	27,2	3,7	<b>80,7</b>	<b>81,3</b>
1983	52,2	78,5	90,1	95,4	92,0	76,5	22,8	3,5	<b>79,7</b>	<b>80,2</b>
1984	52,0	78,2	90,0	93,5	92,4	73,2	19,7	3,3	<b>78,6</b>	<b>79,1</b>
1985	52,4	78,0	90,1	93,5	91,1	70,1	17,7	3,1	<b>78,1</b>	<b>78,6</b>
1986	53,5	77,8	90,1	93,9	90,0	67,8	17,5	3,0	<b>78,0</b>	<b>78,5</b>
1987	52,0	77,5	90,4	93,7	90,8	65,2	16,1	2,9	<b>77,9</b>	<b>78,3</b>
1988	52,2	77,6	90,4	92,9	90,8	63,7	14,6	2,4	<b>77,7</b>	<b>78,1</b>
1989	53,5	76,3	90,5	93,4	90,2	64,0	14,9	2,2	<b>77,9</b>	<b>78,2</b>
1990	54,3	76,2	91,3	94,7	89,6	62,8	14,9	2,0	<b>78,4</b>	<b>78,7</b>

1) Definiert als Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Wohnbevölkerung

2) Anteil aller Erwerbspersonen an der 15- bis unter 65-jährigen Wohnbevölkerung

Quelle: BMAS, Arbeitsmarktvorschau 1991 (Arbeitsmarktprognose des WIFO) sowie neuere Daten des WIFO

Tabelle 9: Erwerbsquoten 1) der Frauen nach Alter 1981 bis 1990

Jahr	im Alter von ..... bis unter ..... Jahre								15 - 60	15 - 65 2)
	15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 +		
1981	47,6	69,4	62,6	62,2	56,3	33,8	12,2	1,5	56,9	54,0
1982	46,1	69,5	61,6	62,9	56,3	32,1	11,4	1,5	56,6	53,3
1983	45,5	69,9	62,1	63,6	57,0	30,6	9,5	1,2	57,1	53,0
1984	45,4	69,6	62,9	62,7	58,7	30,8	8,6	1,1	57,5	53,0
1985	46,5	70,5	63,6	63,6	58,3	29,6	7,5	1,2	58,1	53,4
1986	47,9	71,3	63,9	64,6	58,1	29,2	7,3	1,2	58,7	54,0
1987	46,6	71,8	63,8	65,5	59,2	26,6	7,4	1,1	58,9	54,3
1988	44,9	71,9	64,7	65,6	60,3	25,6	6,4	1,0	59,2	54,7
1989	44,9	72,8	65,9	65,7	61,1	25,1	6,0	1,0	60,0	55,6
1990	45,6	72,8	66,4	67,4	61,0	25,7	5,3	1,0	60,8	56,4

1) Definiert als Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Wohnbevölkerung

2) Anteil aller Erwerbspersonen an der 15- bis unter 65-jährigen Wohnbevölkerung

Quelle: BMAS, Arbeitsmarktvorschau 1991 (Arbeitsmarktprognose des WIFO) sowie neuere Daten des WIFO

Tabelle 10: Entwicklung der Selbständigen 1) 1981 bis 1990

Jahr	LANDWIRTSCHAFT			GEWERBLICHE WIRTSCHAFT 2)		
	Stand 3)	Veränderung gegen- über dem Vorjahr absolut	in %	Stand 3)	Veränderung gegen- über dem Vorjahr absolut	in %
1981	251.400 4)	- 4.600	- 1,8	226.700 4)	- 900	- 0,4
1982	246.600	- 4.800	- 1,9	225.800	- 900	- 0,4
1983	242.900	- 3.700	- 1,5	224.900	- 900	- 0,4
1984	237.600	- 5.300	- 2,2	223.900	- 1.000	- 0,4
1985	230.500	- 7.100	- 3,0	222.900	- 1.000	- 0,4
1986	223.200	- 7.300	- 3,2	222.900	0	+ 0,0
1987	214.400	- 8.800	- 3,9	225.000	+ 2.100	+ 0,9
1988	206.700	- 7.700	- 3,6	226.500	+ 1.500	+ 0,7
1989	197.800	- 8.900	- 4,3	228.900	+ 2.400	+ 1,1
1990	189.500	- 8.300	- 4,2	232.200	+ 3.300	+ 1,4

1) Einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen

2) Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen

3) Fortschreibung des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

4) Volkszählungsergebnis, Abgrenzung gemäß Sozialversicherung

Quelle: BMAS: Arbeitsmarktvorschau 1991 (Arbeitsmarktprognose des WIFO) sowie  
neuere Daten des WIFO

Tabelle 11: Angebot an unselbständigen Arbeitskräften 1) nach dem Geschlecht 1981 bis 1990

Jahr 2)	B e s t a n d			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	a b s o l u t		r e l a t i v (%)		
					männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1981	2.867.852	1.711.189	1.156.663	+ 25.954	+ 12.493	+ 13.462	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,2
1982	2.871.696	1.713.858	1.157.838	+ 3.844	+ 2.669	+ 1.175	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
1983	2.862.105	1.705.264	1.156.841	- 9.591	- 8.594	- 997	- 0,3	- 0,5	- 0,1
1984	2.874.975	1.709.391	1.165.584	+ 12.870	+ 4.127	+ 8.743	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,8
1985	2.899.104	1.715.968	1.183.136	+ 24.129	+ 6.577	+ 17.552	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,5
1986	2.932.175	1.729.353	1.202.822	+ 33.071	+ 13.385	+ 19.686	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,7
1987	2.949.825	1.735.448	1.214.377	+ 17.650	+ 6.095	+ 11.555	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,0
1988	2.969.110	1.745.264	1.223.846	+ 19.285	+ 9.816	+ 9.469	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,8
1989	3.011.468	1.763.028	1.248.440	+ 42.358	+ 17.764	+ 24.594	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,0
1990	3.094.457	1.807.813	1.286.642	+ 82.989	+ 44.785	+ 38.202	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,1

1) definiert als Summe aus unselbständig Beschäftigten und vorgemerkten Arbeitslosen

2) Jahresdurchschnitte definiert als Zwölfmonatsdurchschnitte der entsprechenden Monatsendbestände

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (unselbständig Beschäftigte)  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (vorgemerkte Arbeitslose)

Tabelle 12: Angebot an unselbständigen Arbeitskräften 1) nach dem Geschlecht und Altersgruppen 1990

ALTER (in Jahren)	B e s t a n d 2)			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	a b s o l u t			r e l a t i v ( % )		
				insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
15 - 18	195.394	110.528	84.866	- 6.189	- 2.509	- 3.679	- 3,1	- 2,2	- 4,2
19 - 24	537.406	279.494	257.912	+ 1.008	+ 1.614	- 605	+ 0,2	+ 0,6	- 0,2
25 - 29	488.190	281.150	207.041	+ 22.463	+ 12.501	+ 9.964	+ 4,8	+ 4,7	+ 5,1
30 - 39	781.921	462.061	319.859	+ 38.446	+ 21.527	+ 16.917	+ 5,2	+ 4,9	+ 5,6
40 - 49	691.413	410.572	280.841	- 819	- 3.686	+ 2.868	- 0,1	- 0,9	+ 1,0
50 - 54	256.814	160.089	96.724	+ 32.480	+ 18.436	+ 14.043	+ 14,5	+ 13,0	+ 17,0
55 - 59	117.277	86.896	30.381	- 2.907	- 2.260	- 647	- 2,4	- 2,5	- 2,1
60 und älter	26.041	17.024	9.018	- 1.495	- 836	- 657	- 5,4	- 4,7	- 6,8
<b>insgesamt</b>	<b>3.094.457</b>	<b>1.807.813</b>	<b>1.286.642</b>	<b>+ 82.989</b>	<b>+ 44.785</b>	<b>+ 38.202</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>+ 2,5</b>	<b>+ 3,1</b>

1) definiert als Summe aus unselbständig Beschäftigten und vorgemerkten Arbeitslosen

2) gebildet als Durchschnitt über 12 Monatsendbestände

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (unselbständig Beschäftigte)  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (vorgemerkte Arbeitslose)

Tabelle 13: Angebot an unselbständigen Arbeitskräften 1) nach Geschlecht und Bundesländern 1990

Bundesland	Bestand 2)			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
				absolut			relativ (%)		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Burgenland	74.360	42.641	31.718	+ 2.919	+ 1.538	+ 1.381	+ 4,1	+ 3,7	+ 4,6
Kärnten	196.703	116.080	80.623	+ 3.242	+ 971	+ 2.270	+ 1,7	+ 0,8	+ 2,9
Niederösterreich	490.292	295.737	194.555	+ 16.822	+ 8.737	+ 8.085	+ 3,6	+ 3,0	+ 4,3
Oberösterreich	516.403	312.971	203.431	+ 17.023	+ 9.912	+ 7.110	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,6
Salzburg	205.612	119.269	86.344	+ 4.987	+ 2.352	+ 2.636	+ 2,5	+ 2,0	+ 3,1
Steiermark	425.027	256.637	168.390	+ 10.803	+ 6.073	+ 4.729	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,9
Tirol	247.808	148.395	99.414	+ 5.711	+ 3.196	+ 2.516	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,6
Vorarlberg	128.699	76.198	52.501	+ 4.109	+ 2.321	+ 1.789	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,5
Wien	809.556	439.887	369.669	+ 17.378	+ 9.689	+ 7.689	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1
<b>insgesamt</b>	<b>3.094.457</b>	<b>1.807.813</b>	<b>1.286.642</b>	<b>+ 82.989</b>	<b>+ 44.785</b>	<b>+ 38.202</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>+ 2,5</b>	<b>+ 3,1</b>

1) definiert als Summe aus unselbständig Beschäftigten und vorgemerkten Arbeitslosen

2) Jahresdurchschnitte gebildet über die 12 Monatsendbestände

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (unselbständig Beschäftigte)  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (vorgemerkte Arbeitslose)



Tabelle 14: Unselbständig Beschäftigte nach dem Geschlecht 1981 - 1990

Jahr 1)	B e s t a n d			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	a b s o l u t			r e l a t i v (%)		
				insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1981	2.798.557	1.673.181	1.125.377	+ 9.821	+ 1.028	+ 8.793	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,8
1982	2.766.350	1.648.732	1.117.618	- 32.207	- 24.449	- 7.759	- 1,2	- 1,5	- 0,7
1983	2.734.729	1.625.445	1.109.285	- 31.621	- 23.287	- 8.333	- 1,1	- 1,4	- 0,7
1984	2.744.506	1.628.792	1.115.714	+ 9.777	+ 3.347	+ 6.429	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,6
1985	2.759.657	1.631.814	1.127.844	+ 15.151	+ 3.022	+ 12.130	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,1
1986	2.780.204	1.640.497	1.139.707	+ 20.547	+ 8.683	+ 11.863	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,1
1987	2.785.358	1.640.433	1.144.924	+ 5.154	- 64	+ 5.217	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,5
1988	2.810.478	1.655.435	1.155.044	+ 25.120	+ 15.002	+ 10.120	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
1989	2.862.291	1.682.027	1.180.264	+ 51.813	+ 26.592	+ 25.220	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,2
1990	2.928.662	1.718.781	1.209.880	+ 66.371	+ 36.754	+ 29.616	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,5

1) Jahresdurchschnitte definiert als Zwölfmonatsdurchschnitte der entsprechenden Monatsendbestände

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Tabelle 15: Unselbständig Beschäftigte nach Geschlecht und Altersgruppen 1990

ALTER (in Jahren)	B e s t a n d 1)			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	a b s o l u t männlich	weiblich	insgesamt	r e l a t i v (%) männlich	weiblich
15 - 18	190.357	108.272	82.085	- 6.475	- 2.820	- 3.655	- 3,3	- 2,5	- 4,3
19 - 24	504.371	262.587	241.784	- 705	+ 642	- 1.347	- 0,1	+ 0,2	- 0,6
25 - 29	458.509	266.094	192.415	+ 19.336	+ 10.992	+ 8.344	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,5
30 - 39	741.557	440.479	301.077	+ 34.327	+ 19.723	+ 14.603	+ 4,9	+ 4,7	+ 5,1
40 - 49	659.402	392.841	266.561	- 2.634	- 4.397	+ 1.764	- 0,4	- 1,1	+ 0,7
50 - 54	240.848	151.937	88.910	+ 28.895	+ 17.136	+ 11.758	+ 13,6	+ 12,7	+ 15,2
55 - 59	108.515	80.116	28.400	- 4.705	- 3.554	- 1.150	- 4,2	- 4,2	- 3,9
60 und älter	25.103	16.455	8.648	- 1.669	- 968	- 700	- 6,2	- 5,6	- 7,5
insgesamt	2.928.662	1.718.781	1.209.880	+ 66.371	+ 36.754	+ 29.616	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,5

1) gebildet als Durchschnitt über 12 Monatsendbestände

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Tabelle 16: Unselbständig Beschäftigte nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen (Sektoren, zusammengefaßte Wirtschaftsklassen) 1990

WIRTSCHAFTSSEKTOREN	insgesamt	Bestand 1)		insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			relativ (%)	
		männlich	weiblich		absolut	männlich	weiblich	insgesamt	männlich weiblich
Primärsektor	27.915	19.091	8.824	+ 16	+ 53	- 37	+ 0,1	+ 0,3	- 0,4
Sekundärsektor 2)	1.085.113	801.959	283.154	+ 17.572	+ 14.730	+ 2.842	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,0
Tertiärsektor	1.767.597	881.459	886.138	+ 48.378	+ 21.336	+ 27.041	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,1
<b>ZUSAMMENGEFASSTE WIRTSCHAFTSKLASSEN</b>									
I Land- und Forstwirtschaft	27.915	19.091	8.824	+ 16	+ 53	- 37	+ 0,1	+ 0,3	- 0,4
II Energie- und Wasserversorgung	32.988	27.973	5.015	- 168	- 129	- 39	- 0,5	- 0,5	- 0,8
III Bergbau; Steine- und Erdengewinnung	19.242	17.243	1.999	- 590	- 573	- 17	- 3,0	- 3,2	- 0,8
IV Erz. von Nahrungsmitteln und Getränken; Tabak	94.964	54.970	39.994	- 120	- 226	+ 105	- 0,1	- 0,4	+ 0,3
V Erz. von Textilien und Textilwaren	39.620	16.490	23.130	+ 274	+ 319	- 45	+ 0,7	+ 2,0	- 0,2
VI Erz. von Bekleidung, Bettwaren und Schuhen	42.901	8.001	34.900	+ 907	+ 163	- 1.070	- 2,1	+ 2,1	- 3,0
VII Erz. und Verarb. von Leder und Lederersatzstoffen	3.271	1.284	1.987	- 30	+ 29	- 60	- 0,9	+ 2,3	- 2,9
VIII Be- und Verarb. von Holz, Musikinstr., Spielwaren	86.381	68.405	17.976	+ 1.992	+ 1.089	+ 904	+ 2,4	+ 1,6	+ 5,3
IX Erz. und Verarb. von Papier und Pappe	22.254	16.896	5.359	- 408	- 334	- 73	- 1,8	- 1,9	- 1,3
X Druckerei und Vervielfältigung; Verlagswesen	35.982	21.806	14.176	+ 961	+ 449	+ 512	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,7
XI Erz. und Verarb. von Chemikalien, Gummi und Erdöl	70.340	48.919	21.421	+ 415	+ 362	+ 52	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2
XII Erz. von Stein- und Glaswaren	34.617	26.986	7.631	+ 1.077	+ 901	+ 176	+ 3,2	+ 3,5	+ 2,4
XIII Erz. und Verarb. von Metallen	372.776	289.994	82.783	+ 6.676	+ 5.228	+ 1.450	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
XIV Bauwesen	229.777	202.993	26.784	+ 8.399	+ 7.453	+ 946	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,7
XV Handel; Lagerung	411.678	193.239	218.439	+ 16.026	+ 8.729	+ 7.297	+ 4,1	+ 4,7	+ 3,5
XVI Beherbergungs- und Gaststättenwesen	126.034	48.731	77.303	+ 2.987	+ 2.001	+ 986	+ 2,4	+ 4,3	+ 1,3
XVII Verkehr; Nachrichtenübermittlung	219.299	178.932	40.367	+ 4.364	+ 2.699	+ 1.666	+ 2,0	+ 1,5	+ 4,3
XVIII Geld- und Kreditwesen; Privatversicherung	108.244	58.501	49.742	+ 3.956	+ 1.617	+ 2.338	+ 3,8	+ 2,8	+ 4,9
XIX Realitätenwesen; Rechts- und Wirtschaftsdienste	93.739	44.696	49.043	+ 6.712	+ 3.778	+ 2.934	+ 7,7	+ 9,2	+ 6,4
XX Körperpflege und Reinigung; Bestattungswesen	55.002	11.751	43.251	+ 2.025	+ 673	+ 1.352	+ 3,8	+ 6,1	+ 3,2
XXI Kunst; Unterhaltung und Sport	26.454	16.105	10.349	+ 1.055	+ 598	+ 457	+ 4,2	+ 3,9	+ 4,6
XXII Gesundheits- und Fürsorgewesen	100.575	20.778	79.798	+ 4.073	+ 971	+ 3.103	+ 4,2	+ 4,9	+ 4,0
XXIII Unterrichts- und Forschungswesen	122.110	52.941	69.169	+ 126	- 104	+ 231	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3
XXIV Gebietskörpersch.; Sozialvers., Interessenvertr.	468.495	249.996	218.499	+ 7.612	+ 405	+ 7.207	+ 1,7	+ 0,2	+ 3,4
XXV Haushaltung	5.097	228	4.869	- 286	- 11	- 275	- 5,3	- 4,6	- 5,3
XXVI Hauswartung	30.870	5.562	25.309	- 275	- 18	- 256	- 0,9	- 0,3	- 1,0
Wirtschaftsklassen insgesamt	2.880.625	1.702.509	1.178.115	+ 65.965	+ 36.120	+ 29.845	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,6
Präsenzdiener 3)	16.242	16.242	0	+ 605	+ 605	0	+ 3,9	+ 3,9	0
Karenzurlaubsgeldbezieher 3)	31.795	30	31.765	- 200	+ 30	- 230	- 0,6		- 0,7
<b>INSGESAMT</b>	<b>2.928.662</b>	<b>1.718.781</b>	<b>1.209.880</b>	<b>+ 66.370</b>	<b>+ 36.754</b>	<b>+ 29.616</b>	<b>+ 2,3</b>	<b>+ 2,2</b>	<b>+ 2,5</b>

1) gebildet als Durchschnitt über die 12 Monatsendbestände

2) zusammengefaßte Wirtschaftsklassen II - XIV bzw. Wirtschaftsabteilungen 1 - 6

3) mit aulrechtem Beschäftigungsverhältnis

Tabelle 17: Unselbständig Beschäftigte nach Geschlecht und Bundesländern 1990

Bundesland	Bestand 1)			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	absolut			relativ (%)		
				insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Burgenland	68.720	39.365	29.354	+ 2.379	+ 1.433	+ 946	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,3
Kärnten	182.962	108.948	74.014	+ 2.793	+ 974	+ 1.818	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,5
Niederösterreich	463.621	281.698	181.923	+ 12.883	+ 6.978	+ 5.905	+ 2,9	+ 2,5	+ 3,4
Oberösterreich	493.437	301.137	192.300	+ 13.455	+ 8.109	+ 5.346	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9
Salzburg	198.580	115.502	83.079	+ 4.583	+ 2.173	+ 2.411	+ 2,4	+ 1,9	+ 3,0
Steiermark	397.866	242.012	155.854	+ 8.926	+ 5.281	+ 3.644	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4
Tirol	235.971	142.005	93.966	+ 4.847	+ 2.826	+ 2.021	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2
Vorarlberg	125.111	74.434	50.677	+ 3.432	+ 1.949	+ 1.484	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,0
Wien	762.395	413.681	348.714	+ 13.075	+ 7.033	+ 6.042	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8
<b>insgesamt</b>	<b>2.928.662</b>	<b>1.718.781</b>	<b>1.209.880</b>	<b>+ 66.371</b>	<b>+ 36.754</b>	<b>+ 29.616</b>	<b>+ 2,3</b>	<b>+ 2,2</b>	<b>+ 2,5</b>

1) Jahresdurchschnitte gebildet über die 12 Monatsendbestände

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Tabelle 18: Ausländerbeschäftigung;  
Unselbständig Beschäftigte, vorgemerkte Arbeitslose und Arbeitslosenquote nach Geschlecht 1981 - 1990

Jahr	Unselbständig Beschäftigte			Vorgemerkte Arbeitslose			Arbeitslosenquote		
	insgesamt	männlich 1)	weiblich 1)	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich 1)	weiblich 1)
1981	171.773	-	-	6.056	4.787	1.270	3,4	-	-
1982	155.988	95.068	60.920	10.208	8.467	1.747	6,1	8,2	2,8
1983	145.347	87.452	57.895	9.533	7.466	2.067	6,2	7,9	3,4
1984	138.710	83.974	54.736	7.961	5.994	1.968	5,4	6,7	3,5
1985	140.206	84.669	55.537	8.139	5.970	2.169	5,5	6,6	3,8
1986	145.963	88.226	57.737	8.967	6.371	2.597	5,8	6,7	4,3
1987	147.382	89.514	57.868	10.297	7.191	3.107	6,5	7,4	5,1
1988	150.915	93.041	57.874	9.984	6.896	3.088	6,2	6,9	5,1
1989	167.381	103.189	64.191	10.564	7.266	3.298	5,9	6,6	4,9
1990	217.611	141.218	76.393	18.351	12.984	5.367	7,8	8,4	6,6

Veränderung zum Vorjahr:

1989/1990 abs.	+ 50.230	+ 38.029	+ 12.202	+ 7.787	+ 5.718	+ 2.069	-	-	-
in %	+ 30,0	+ 36,9	+ 19,0	+ 73,7	+ 78,7	+ 62,7	-	-	-

1) Für den Zeitraum 1981 - 1987 Hochrechnung der geschlechtsspezifischen unselbständig Beschäftigten jeweils aus dem Durchschnitt Jänner, Juli; 1988 Hochrechnung aus dem Durchschnitt Jänner und Juli bis Dezember

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 19: Ausländerbeschäftigung;  
Erteilungen von Beschäftigungsbewilligungen, Befreiungsscheinen und Arbeitserlaubnissen 1990

Erteilungen	insgesamt	Männer	Frauen
<b>Beschäftigungsbewilligungen</b>	286.081	198.782	87.299
Veränderung 1989/90 absolut	+ 121.686	+ 93.764	+ 27.922
in %	+ 74,0	+ 89,3	+ 47,0
darunter Erstanträge	103.395	74.503	28.892
<b>Befreiungsscheine</b>	30.677	20.234	10.443
Veränderung 1989/90 absolut	- 8.943	- 3.727	- 5.216
in %	- 22,6	- 15,6	- 33,3
<b>Arbeitserlaubnisse</b> ( ab 10/1990 )	1.184	1.004	180

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 20: Vorgemerkte Arbeitslose nach dem Geschlecht 1981 bis 1990

Jahr	B e s t a n d			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	a b s o l u t		r e l a t i v ( % )		
					männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1981	69.295	38.008	31.286	+ 16.134	+ 11.464	+ 4.669	+ 30,3	+ 43,2	+ 17,5
1982	105.346	65.126	40.220	+ 36.051	+ 27.118	+ 8.934	+ 52,0	+ 71,3	+ 28,6
1983	127.376	79.819	47.556	+ 22.030	+ 14.693	+ 7.336	+ 20,9	+ 22,6	+ 18,2
1984	130.469	80.599	49.870	+ 3.093	+ 780	+ 2.314	+ 2,4	+ 1,0	+ 4,9
1985	139.447	84.155	55.292	+ 8.978	+ 3.556	+ 5.422	+ 6,9	+ 4,4	+ 10,9
1986	151.972	88.856	63.116	+ 12.525	+ 4.701	+ 7.824	+ 9,0	+ 5,6	+ 14,2
1987	164.468	95.015	69.453	+ 12.496	+ 6.159	+ 6.337	+ 8,2	+ 6,9	+ 10,0
1988	158.631	89.829	68.802	- 5.837	- 5.186	- 651	- 3,5	- 5,5	- 0,9
1989	149.177	81.001	68.176	- 9.454	- 8.828	- 626	- 6,0	- 9,8	- 0,9
1990	165.795	89.032	76.762	+ 16.618	+ 8.031	+ 8.586	+ 11,1	+ 9,9	+ 12,6

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales



Tabelle 21: Arbeitslosenquoten nach dem Geschlecht 1981 bis 1990

Jahr	Arbeitslosenquote ( % )			Veränderung gegenüber dem Vorjahr ( in % - Punkten )		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1981	2,4	2,2	2,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4
1982	3,7	3,8	3,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,8
1983	4,5	4,7	4,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6
1984	4,5	4,7	4,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2
1985	4,8	4,9	4,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4
1986	5,2	5,1	5,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5
1987	5,6	5,5	5,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
1988	5,3	5,1	5,6	- 0,3	- 0,4	- 0,1
1989	5,0	4,6	5,5	- 0,3	- 0,5	- 0,1
1990	5,4	4,9	6,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ( unselbständig Beschäftigte )  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales ( vorgemerkte Arbeitslose )

Tabelle 22: Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und Altersgruppen 1990

ALTER (in Jahren)	Arbeitslosenzahl			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
				a b s o l u t			r e l a t i v ( % )		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
15 - 18	5.037	2.256	2.781	+ 286	+ 311	- 24	+ 6,0	+ 16,0	- 0,9
19 - 24	33.035	16.907	16.128	+ 1.713	+ 972	+ 742	+ 5,5	+ 6,1	+ 4,8
25 - 29	29.681	15.056	14.626	+ 3.127	+ 1.509	+ 1.620	+ 11,8	+ 11,1	+ 12,5
30 - 39	40.364	21.582	18.782	+ 4.119	+ 1.804	+ 2.314	+ 11,4	+ 9,1	+ 14,1
40 - 49	32.011	17.731	14.280	+ 1.815	+ 711	+ 1.104	+ 6,0	+ 4,2	+ 8,4
50 - 54	15.966	8.152	7.814	+ 3.585	+ 1.300	+ 2.285	+ 29,0	+ 19,0	+ 41,3
55 - 59	8.762	6.780	1.981	+ 1.798	+ 1.294	+ 503	+ 25,8	+ 23,6	+ 34,0
mind. 60	938	569	370	+ 174	+ 132	+ 43	+ 22,8	+ 30,2	+ 13,1
<b>insgesamt</b>	<b>165.795</b>	<b>89.032</b>	<b>76.762</b>	<b>+ 16.618</b>	<b>+ 8.031</b>	<b>+ 8.586</b>	<b>+ 11,1</b>	<b>+ 9,9</b>	<b>+ 12,6</b>
15 - 24	38.073	19.164	18.909	+ 2.001	+ 1.284	+ 717	+ 5,5	+ 7,2	+ 3,9
Lehrstellen- suchende	3.138	1.290	1.848	+ 30	+ 135	- 105	+ 1,0	+ 11,7	- 5,4
15 - 24 ( inkl. Lehrstellen- suchende)	41.210	20.454	20.757	+ 2.030	+ 1.419	+ 613	+ 5,2	+ 7,5	+ 3,0

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 23: Arbeitslosenzahlen nach Staatszugehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen 1990

ALTER (in Jahren)	Arbeitslosenzahl			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	a b s o l u t			r e l a t i v (%)		
				insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
<b>INLÄNDER:</b>									
15 - 18	3.934	1.580	2.354	- 268	- 51	- 217	- 6,4	- 3,1	- 8,4
19 - 24	29.962	14.794	15.168	- 153	- 407	+ 253	- 0,5	- 2,7	+ 1,7
25 - 29	26.711	12.958	13.753	+ 1.526	+ 262	+ 1.265	+ 6,1	+ 2,1	+ 10,1
30 - 39	34.765	17.699	17.066	+ 2.102	+ 357	+ 1.745	+ 6,4	+ 2,1	+ 11,4
40 - 49	28.366	15.063	13.303	+ 629	- 109	+ 738	+ 2,3	- 0,7	+ 5,9
50 - 54	14.845	7.276	7.569	+ 3.281	+ 1.057	+ 2.224	+ 28,4	+ 17,0	+ 41,6
55 - 59	8.136	6.278	1.858	+ 1.616	+ 1.137	+ 478	+ 24,8	+ 22,1	+ 34,6
mind. 60	725	401	324	+ 99	+ 67	+ 32	+ 15,8	+ 20,1	+ 11,0
<b>insgesamt</b>	<b>147.444</b>	<b>76.049</b>	<b>71.396</b>	<b>+ 8.831</b>	<b>+ 2.314</b>	<b>+ 6.518</b>	<b>+ 6,4</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+ 10,0</b>
<b>AUSLÄNDER:</b>									
15 - 18	1.103	676	426	+ 555	+ 361	+ 192	+ 101,3	+ 114,6	+ 82,1
19 - 24	3.071	2.112	959	+ 1.865	+ 1.378	+ 487	+ 154,6	+ 187,7	+ 103,2
25 - 29	2.971	2.098	873	+ 1.602	+ 1.247	+ 355	+ 117,0	+ 146,5	+ 68,5
30 - 39	5.600	3.883	1.717	+ 2.018	+ 1.447	+ 570	+ 56,3	+ 59,4	+ 49,7
40 - 49	3.645	2.668	977	+ 1.186	+ 819	+ 366	+ 48,2	+ 44,3	+ 59,9
50 - 54	1.121	876	245	+ 304	+ 243	+ 61	+ 37,2	+ 38,4	+ 33,2
55 - 59	626	503	123	+ 182	+ 157	+ 25	+ 41,0	+ 45,4	+ 25,5
mind. 60	214	168	46	+ 76	+ 65	+ 11	+ 55,1	+ 63,1	+ 31,4
<b>insgesamt</b>	<b>18.351</b>	<b>12.984</b>	<b>5.367</b>	<b>+ 7.787</b>	<b>+ 5.718</b>	<b>+ 2.069</b>	<b>+ 73,7</b>	<b>+ 78,7</b>	<b>+ 62,7</b>

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 24: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Altersgruppen 1990

ALTER (in Jahren)	Arbeitslosenquote ( % )			Veränderung 1989/1990 ( in % - Punkten )		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
15 - 18	2,6	2,0	3,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1
19 - 24	6,1	6,0	6,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
25 - 29	6,1	5,4	7,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
30 - 39	5,2	4,7	5,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5
40 - 49	4,6	4,3	5,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
50 - 54	6,2	5,1	8,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,4
55 - 59	7,5	7,8	6,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7
mind. 60	3,6	3,3	4,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7
<b>insgesamt</b>	<b>5,4</b>	<b>4,9</b>	<b>6,0</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 0,5</b>
<b>15 - 24</b>	<b>5,2</b>	<b>4,9</b>	<b>5,5</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 0,3</b>
15 - 24 ( inkl. Lehrstellen- suchende)	5,6	5,2	6,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ( unselbständig Beschäftigte (grenzjahrgangsbereinigt) )  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales ( vorgemerkte Arbeitslose )

Tabelle 25: Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung 1990

Ausbildungsstufen	Arbeitslosenzahl			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	a b s o l u t			r e l a t i v ( % )		
				insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Kein Abschluß, Pflichtschule	79.993	40.221	39.773	+ 9.761	+ 4.787	+ 4.975	+ 13,9	+ 13,5	+ 14,3
Lehre, Meisterprüfung	59.940	38.588	21.352	+ 4.338	+ 2.120	+ 2.219	+ 7,8	+ 5,8	+ 11,6
Berufsbildende mittlere Schule	9.914	2.270	7.644	+ 733	+ 122	+ 611	+ 8,0	+ 5,7	+ 8,7
Allgemeinbildende höhere Schule	4.705	2.251	2.454	+ 503	+ 304	+ 199	+ 12,0	+ 15,6	+ 8,8
Berufsbildende höhere Schule	5.283	2.752	2.531	+ 645	+ 320	+ 325	+ 13,9	+ 13,2	+ 14,7
Universität, Akademie u.ä.	4.445	2.126	2.320	+ 249	+ 153	+ 97	+ 5,9	+ 7,8	+ 4,4
Ungeklärte Ausbildung	1.514	824	689	+ 387	+ 224	+ 162	+ 34,3	+ 37,3	+ 30,7
insgesamt	165.795	89.032	76.762	+ 16.618	+ 8.031	+ 8.586	+ 11,1	+ 9,9	+ 12,6

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 26: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung 1990 1) 1a)

Ausbildungsstufen	Arbeitslosenquote ( % )			Veränderung 1989/1990 ( in % - Punkten )		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Kein Abschluß, Pflichtschule	9,4	9,2	9,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Lehre, Meisterprüfung	4,5	4,0	5,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3
Berufsbildende mittlere Schule	3,0	1,9	3,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Allgemeinbildende höhere Schule	3,0	2,8	3,2	+ 0,0	+ 0,2	- 0,4
Berufsbildende höhere Schule	2,6	2,3	3,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Universität, Akademie u.ä.	2,1	1,7	2,6	+ 0,0	- 0,1	- 0,1
insgesamt 1b)	5,4	4,9	6,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
offizielle Quote 2)	5,4	4,9	6,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5

1) Quotenberechnung auf Basis der unselbständig Beschäftigten des Mikrozensus (Jahresdurchschnitte 1989, 1990 (vorläufig) );

1a) unselbständig Beschäftigte ohne Anstaltsbevölkerung für die ausbildungsspezifischen Quoten

1b) unselbständig Beschäftigte insgesamt für die Gesamtquote

2) Quotenberechnung auf der Basis der unselbständig Beschäftigten des Hauptverbandes (Jahresdurchschnitte 1989,1990)

Quelle: ÖSTAT ( Mikrozensus 1989,1990 (vorläufig) )

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 27: Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und Berufen (Bereiche, Berufsabteilungen, wichtige Berufsobergruppen) 1990

B e r u f e	Arbeitslosenzahl			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	a b s o l u t männlich	weiblich	rel a t i v (%) insgesamt	männlich	weiblich
<b><u>Berufsbereiche:</u></b>									
Saisonberufe 1)	45.830	29.341	16.489	+ 2.846	+ 1.534	+ 1.312	+ 6,6	+ 5,5	+ 8,6
Nichtsaisonberufe	119.793	59.581	60.212	+ 13.652	+ 6.411	+ 7.241	+ 12,9	+ 12,1	+ 13,7
davon: Produktionsberufe 2)	49.692	34.019	15.673	+ 6.843	+ 4.114	+ 2.729	+ 16,0	+ 13,8	+ 21,1
Dienstleistungsberufe 3)	70.101	25.562	44.539	+ 6.809	+ 2.297	+ 4.512	+ 10,8	+ 9,9	+ 11,3
<b><u>Berufsabteilungen:</u></b>									
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	4.193	2.719	1.475	+ 208	+ 115	+ 94	+ 5,2	+ 4,4	+ 6,8
Produktionsberufe	69.049	53.232	15.817	+ 7.555	+ 4.824	+ 2.731	+ 12,3	+ 10,0	+ 20,9
Handels- und Verkehrsberufe	21.849	10.481	11.367	+ 1.969	+ 789	+ 1.180	+ 9,9	+ 8,1	+ 11,6
Dienstleistungsberufe i.e.S.	34.602	9.732	24.870	+ 3.347	+ 985	+ 2.362	+ 10,7	+ 11,3	+ 10,5
Technische Berufe	3.714	3.132	582	+ 446	+ 332	+ 114	+ 13,6	+ 11,9	+ 24,4
Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe	22.859	6.593	16.266	+ 2.165	+ 666	+ 1.500	+ 10,5	+ 11,2	+ 10,2
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	9.357	3.033	6.324	+ 807	+ 235	+ 573	+ 9,4	+ 8,4	+ 10,0
unbestimmt	172	111	61	+ 121	+ 87	+ 33	+237,3	+362,5	+117,9
<b>Insgesamt</b>	<b>165.795</b>	<b>89.032</b>	<b>76.762</b>	<b>+ 16.618</b>	<b>+ 8.031</b>	<b>+ 8.586</b>	<b>+ 11,1</b>	<b>+ 9,9</b>	<b>+ 12,6</b>
<b><u>Ausgewählte Berufsobergruppen:</u></b>									
Bauberufe	19.357	19.213	144	+ 712	+ 709	+ 2	+ 3,8	+ 3,8	+ 1,4
Metallarbeiter/Elektriker	17.850	14.594	3.257	+ 2.588	+ 1.970	+ 619	+ 17,0	+ 15,6	+ 23,5
Hilfsberufe allgemeiner Art	13.249	8.328	4.921	+ 2.560	+ 1.501	+ 1.060	+ 23,9	+ 22,0	+ 27,5
Handelsberufe	15.240	4.896	10.344	+ 1.382	+ 356	+ 1.026	+ 10,0	+ 7,8	+ 11,0
Hotel-, Gaststätten-, Küchenberufe	22.280	7.409	14.871	+ 1.926	+ 710	+ 1.217	+ 9,5	+ 10,6	+ 8,9
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe	22.337	6.254	16.083	+ 2.128	+ 637	+ 1.491	+ 10,5	+ 11,3	+ 10,2

1) Land- und forstwirtschaftliche Berufe, Bau- und Fremdenverkehrsberufe

2) ohne Bauberufe

3) ohne Fremdenverkehrsberufe

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales



Tabelle 28: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Berufen (Bereiche, Berufsabteilungen, wichtige Berufsobergruppen) 1990 1)

B e r u f e	Arbeitslosenquote ( % )			Veränderung 1989/1990 ( in % - Punkten )		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
<b><u>Berufsbereiche:</u></b>						
Saisonberufe 2)	12,4	11,4	14,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,1
Nichtsaisonberufe	4,4	3,8	5,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
davon: Produktionsberufe 3)	5,6	4,8	9,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,1
Dienstleistungsberufe 4)	3,9	3,0	4,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
<b><u>Berufsabteilungen:</u></b>						
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	10,7	10,2	11,8	+ 0,6	+ 1,4	- 1,9
Produktionsberufe	6,5	6,0	8,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,0
Handels- und Verkehrsberufe	4,7	3,9	5,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Dienstleistungsberufe i.e.S.	10,0	10,7	9,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7
Technische Berufe	2,8	2,7	3,6	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1
Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe	3,3	2,1	4,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	2,9	2,9	2,9	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2
<b>insgesamt</b>	5,4	4,9	6,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
offizielle Quote 5)	5,4	4,9	6,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
<b><u>Ausgewählte Berufsobergruppen:</u></b>						
Bauberufe	10,4	10,5	-	+ 0,3	+ 0,4	-
Metallarbeiter/Elektriker	4,0	3,6	8,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,9
Hilfsberufe allgemeiner Art	15,1	15,9	14,0	+ 0,0	- 1,2	+ 1,6
Handelsberufe	5,8	5,1	6,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4
Hotel-, Gaststätten-, Küchenberufe	15,2	15,5	15,1	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,5
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe	3,9	2,9	4,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2

1) Quotenberechnung auf Basis der unselbständig Beschäftigten des Mikrozensus ( 1989, 1990 (vorläufig) )

2) Land- und forstwirtschaftliche Berufe, Bau- und Fremdenverkehrsberufe

3) ohne Bauberufe

4) ohne Fremdenverkehrsberufe

5) Quotenberechnung auf Basis der unselbständig Beschäftigten des Hauptverbandes ( 1989, 1990 )

Quelle: ÖSTAT (Mikrozensus 1989, 1990 (vorläufig) ), Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 29: Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen ( Sektoren, Abteilungen, wichtige zusammengefaßte Wirtschaftsklassen ) 1990

Wirtschaftszweige	Arbeitslosenzahl			Veränderung gegenüber dem Vorjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	absolut			relativ (%)		
				insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
<b><u>Wirtschaftssektoren:</u></b>									
Primärsektor	3.826	2.519	1.307	+ 134	+ 57	+ 77	+ 3,6	+ 2,3	+ 6,3
Sekundärsektor 1)	67.202	48.789	18.413	+ 4.926	+ 2.443	+ 2.483	+ 7,9	+ 5,3	+ 15,6
Tertiärsektor	83.171	31.105	52.067	+ 7.497	+ 2.330	+ 5.169	+ 9,9	+ 8,1	+ 11,0
<b><u>Wirtschaftsabteilungen:</u></b>									
Land- und Forstwirtschaft	3.826	2.519	1.307	+ 134	+ 57	+ 77	+ 3,6	+ 2,3	+ 6,3
Energie- und Wasserversorgung	166	113	53	+ 1	- 3	+ 4	+ 0,6	- 2,6	+ 8,2
Bergbau; Steine- und Erdengewinnung	762	838	124	+ 4	- 25	+ 29	+ 0,5	- 3,8	+ 30,5
Verarb. Gewerbe; Industrie	40.611	23.797	16.814	+ 4.450	+ 2.164	+ 2.285	+ 12,3	+ 10,0	+ 15,7
Bauwesen	25.663	24.240	1.422	+ 471	+ 305	+ 164	+ 1,9	+ 1,3	+ 13,0
Handel; Lagerung	25.773	9.669	16.104	+ 2.491	+ 754	+ 1.737	+ 10,7	+ 8,5	+ 12,1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	25.641	8.581	17.060	+ 2.159	+ 706	+ 1.453	+ 9,2	+ 9,0	+ 9,3
Verkehr; Nachrichtenübermittlung	4.951	3.618	1.333	+ 403	+ 211	+ 192	+ 8,9	+ 6,2	+ 16,8
Geld- und Kreditwesen	6.410	2.561	2.849	+ 337	+ 114	+ 223	+ 6,6	+ 4,7	+ 8,5
Persönliche, soziale, öffentliche Dienste	21.396	6.675	14.721	+ 2.107	+ 543	+ 1.564	+ 10,9	+ 8,9	+ 11,9
<b>insgesamt aus Wirtschaftsklassen 2)</b>	<b>154.199</b>	<b>82.412</b>	<b>71.787</b>	<b>+ 12.557</b>	<b>+ 4.829</b>	<b>+ 7.729</b>	<b>+ 8,9</b>	<b>+ 6,2</b>	<b>+ 12,1</b>
Schulabgänger	2.247	859	1.388	- 491	- 117	- 373	- 17,9	- 12,0	- 21,2
sonstige	9.349	5.762	3.587	+ 4.551	+ 3.320	+ 1.231	+ 94,9	+ 136,0	+ 52,2
<b>Insgesamt</b>	<b>165.795</b>	<b>89.032</b>	<b>76.762</b>	<b>+ 16.618</b>	<b>+ 8.031</b>	<b>+ 8.586</b>	<b>+ 11,1</b>	<b>+ 9,9</b>	<b>+ 12,6</b>
<b><u>Ausgewählte Wirtschaftsklassen:</u></b>									
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	18.354	12.563	5.791	+ 2.278	+ 1.368	+ 910	+ 14,2	+ 12,2	+ 18,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	4.951	3.618	1.333	+ 403	+ 211	+ 192	+ 8,9	+ 6,2	+ 16,8
Körperpflege, Reinigung, Bestattung	5.255	992	4.263	+ 583	+ 102	+ 482	+ 12,5	+ 11,5	+ 12,7
öffentliche Dienste	5.837	2.326	3.511	+ 512	+ 124	+ 387	+ 9,6	+ 5,6	+ 12,4

1) Einschließlich Energie- und Wasserversorgung

2) Es werden nur die vor der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung gestandenen Arbeitslosen nach ihrer früheren Wirtschaftsklassenzugehörigkeit erfaßt.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 30: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen (Sektoren, Abteilungen, wichtige zusammengefaßte Wirtschaftsklassen) 1990

Wirtschaftszweige	Arbeitslosenquote ( % )			Veränderung 1989/1990 ( in %-Punkten)		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
<b><u>Wirtschaftssektoren:</u></b>						
Primärsektor	12,1	11,7	12,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7
Sekundärsektor 1)	5,8	5,7	6,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,7
Tertiärsektor	4,5	3,4	5,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
<b><u>Wirtschaftsabteilungen:</u></b>						
Land- und Forstwirtschaft	12,1	11,7	12,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7
Energie- und Wasserversorgung	0,5	0,4	1,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Bergbau; Steine- und Erdengewinnung	3,8	3,6	5,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,3
Verarb. Gewerbe; Industrie	4,8	4,1	6,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8
Bauwesen	10,0	10,7	5,0	- 0,2	- 0,2	+ 0,4
Handel; Lagerung	5,9	4,8	6,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	16,9	15,0	18,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,1
Verkehr; Nachrichtenübermittlung	2,2	2,0	3,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Geld- und Kreditwesen	2,6	2,4	2,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1
Persönliche, soziale, öffentliche Dienste	2,6	1,8	3,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3
<b>insgesamt aus Wirtschaftsklassen 2)</b>	<b>5,1</b>	<b>4,6</b>	<b>5,7</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 0,4</b>
<b>insgesamt</b>	<b>5,4</b>	<b>4,9</b>	<b>6,0</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 0,5</b>
<b><u>Ausgewählte Wirtschaftsklassen:</u></b>						
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	4,7	4,2	6,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2,2	2,0	3,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Körperpflege, Reinigung, Bestattung	8,7	7,8	9,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7
öffentliche Dienste	1,2	0,9	1,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1

1) Einschließlich Energie- und Wasserversorgung

2) Es werden nur die vor der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung gestandenen Arbeitslosen nach ihrer früheren Wirtschaftsklassenzugehörigkeit erfaßt ( d.h. ohne Schulabgänger, Berufsrückkehrer/-Innen u.a.m.). Für die Quotenberechnung wird die um Karenzurlaubsgeldbezieherinnen und Präsenzdienler reduzierte Gesamtbeschäftigtenzahl verwendet.

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (unselbständig Beschäftigte;  
Durchschnitt über 12 Monatsendbestände)  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (vorgemerkte Arbeitslose)

Tabelle 31: Summe der Zugänge an Arbeitslosen nach Geschlecht und Berufen (Bereiche, Berufsabteilungen, wichtige Berufsobergruppen) 1990

B e r u f e	Summe der Zugänge an Arbeitslosen			Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	a b s o l u t		r e l a t i v ( % )			
					männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
<b><u>Berufsbereiche:</u></b>										
Saisonberufe 1)	195.080	127.699	67.381	+ 9.510	+ 8.219	+ 1.291	+ 5,1	+ 6,9	+ 2,0	
Nichtsaisonberufe	340.994	182.164	158.830	+ 30.470	+ 18.902	+ 11.568	+ 9,8	+ 11,6	+ 7,9	
davon: Produktionsberufe 2)	182.301	112.890	69.411	+ 17.500	+ 12.485	+ 5.095	+ 13,0	+ 12,4	+ 14,8	
Dienstleistungsberufe 3)	188.893	69.274	119.419	+ 12.910	+ 6.437	+ 6.473	+ 7,3	+ 10,2	+ 5,7	
<b><u>Berufsabteilungen:</u></b>										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	15.199	10.741	4.458	+ 1.314	+ 1.198	+ 116	+ 9,5	+ 12,6	+ 2,7	
Produktionsberufe	232.540	192.721	39.819	+ 22.801	+ 17.678	+ 5.123	+ 10,9	+ 10,1	+ 14,8	
Handels- und Verkehrsberufe	62.794	31.374	31.420	+ 4.032	+ 2.444	+ 1.588	+ 6,9	+ 8,4	+ 5,3	
Dienstleistungsberufe i.e.S.	132.392	43.366	89.026	+ 4.745	+ 2.445	+ 2.300	+ 3,7	+ 6,0	+ 2,7	
Technische Berufe	10.053	8.587	1.466	+ 1.418	+ 1.155	+ 263	+ 16,4	+ 15,5	+ 21,9	
Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe	57.719	14.973	42.746	+ 3.762	+ 1.651	+ 2.111	+ 7,0	+ 12,4	+ 5,2	
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	25.377	8.101	17.276	+ 1.908	+ 550	+ 1.358	+ 8,1	+ 7,3	+ 8,5	
unbestimmt	584	318	266	+ 277	+ 168	+ 109	+ 90,2	+ 112,0	+ 69,4	
<b>insgesamt</b>	<b>536.658</b>	<b>310.181</b>	<b>226.477</b>	<b>+ 40.257</b>	<b>+ 27.289</b>	<b>+ 12.968</b>	<b>+ 8,1</b>	<b>+ 9,6</b>	<b>+ 6,1</b>	
<b><u>Ausgewählte Berufsobergruppen:</u></b>										
Bauberufe	80.239	79.831	408	+ 5.241	+ 5.213	+ 28	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,4	
Metallarbeiter/Elektriker	54.048	47.785	6.263	+ 6.714	+ 5.658	+ 1.058	+ 14,2	+ 13,4	+ 20,3	
Hilfsberufe allgemeiner Art	39.020	25.376	13.644	+ 6.991	+ 4.853	+ 2.138	+ 21,8	+ 23,6	+ 18,6	
Handelsberufe	40.432	12.179	28.253	+ 1.889	+ 892	+ 1.177	+ 4,8	+ 6,0	+ 4,3	
Hotel-, Gaststätten-, Köchenberufe	99.842	37.127	62.515	+ 2.955	+ 1.808	+ 1.147	+ 3,1	+ 5,1	+ 1,9	
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe	56.382	14.085	42.277	+ 3.671	+ 1.548	+ 2.123	+ 7,0	+ 12,3	+ 5,3	

1) Land- und forstwirtschaftliche Berufe, Bau- und Fremdenverkehrsberufe

2) ohne Bauberufe

3) ohne Fremdenverkehrsberufe

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 32: Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen nach Vormerkdauer 1) (Prozentanteile), Geschlecht, Alter und Berufen (Bereiche, Abteilungen) 1990

Alter (in Jahren) Berufe	Vormerkdauer (Prozentanteile)				Prozent	insgesamt absolut
	bis unter 3 Monate	3 bis unter 6 Monate	6 bis unter 12 Monate	1 Jahr und länger		
15 - 18	80,7	14,8	4,0	0,6	100	5.037
19 - 24	71,8	17,8	7,3	3,0	100	33.035
25 - 29	59,6	20,1	11,5	8,8	100	29.681
30 - 39	55,4	20,0	12,1	12,5	100	40.364
40 - 49	49,2	19,8	13,6	17,3	100	32.011
50 - 54	37,2	18,3	17,7	26,8	100	15.966
55 - 59	31,4	17,0	18,3	33,3	100	8.762
mind. 60	32,0	17,2	16,7	34,2	100	938
<b>Insgesamt</b>	<b>55,8</b>	<b>19,1</b>	<b>12,0</b>	<b>13,1</b>	<b>100</b>	<b>165.795</b>
männlich	59,2	17,4	10,4	13,1	100	89.032
weiblich	52,0	21,0	13,8	13,2	100	76.762

Prozentanteilveränderung 1989/1990 (in %-Punkten)						
15 - 24	- 1,1	+ 0,7	+ 0,6	- 0,2	-	-
25 - 49	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	- 1,4	-	-
mind. 50	- 4,1	- 0,7	+ 1,7	+ 3,1	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>- 1,3</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 0,0</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Vormerkdauer (Prozentanteile)						
<u>Berufsbereiche:</u>						
Saisonberufe 2)	72,0	15,4	6,6	6,0	100	45.830
Nichtsaisonberufe	49,6	20,2	14,4	15,8	100	119.793
davon: Produktionsberufe 3)	52,0	19,4	13,5	15,2	100	49.882
Dienstleistungsberufe 4)	47,9	20,8	15,1	16,2	100	70.101
<u>Berufsabteilungen:</u>						
Land- und forstwirtsch. Berufe	69,4	18,7	6,0	5,9	100	4.193
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	57,9	18,1	11,3	12,7	100	69.049
Handels- und Verkehrsberufe	51,2	20,5	13,9	14,4	100	21.849
Dienstleistungsberufe i. e. S.	62,9	17,4	10,2	9,5	100	34.602
Technische Berufe	46,8	19,6	15,3	18,3	100	3.714
Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe	45,1	20,9	16,0	18,0	100	22.859
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	48,4	21,0	15,6	15,0	100	9.357
<b>Insgesamt 5)</b>	<b>55,8</b>	<b>19,1</b>	<b>12,0</b>	<b>13,1</b>	<b>100</b>	<b>165.795</b>

1) Abgeschriebene Dauer der Arbeitslosigkeit der Monatsendbestände (gerechnet vom Zugang bis zum jeweiligen Monatsstichtag); Kurzunterbrechungen der Vormerkung bis zu 28 Tage werden überbrückt, wobei die Unterbrechungszeit miteingerechnet wird.

2) Land- und forstwirtschaftliche Berufe, Bau- und Fremdenverkehrsberufe

3) ohne Bauberufe

4) ohne Fremdenverkehrsberufe

5) inklusive Arbeitslose ohne genauere Berufsangabe (Kategorie "unbestimmt")

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

**Tabelle 33: Abgang an vorgemerkten Arbeitslosen nach Verweildauer 1), Geschlecht  
Alter und Berufen (Bereiche, Abteilungen) 1990**

Alter (in Jahren) Berufe	Durchschnittsverweildauer (in Tagen)			Veränderung 1989/1990 2) (in Tagen)		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
15 - 18	59	59	60	+ 2	+ 3	+ 2
19 - 24	72	66	79	- 1	- 2	- 1
25 - 29	98	85	117	- 6	- 7	- 4
30 - 39	112	101	129	- 10	- 12	- 8
40 - 49	129	123	136	- 8	- 12	- 4
50 - 54	154	143	169	+ 4	- 2	+ 13
55 - 59	182	189	165	+ 7	+ 4	+ 18
mind. 60	224	229	217	+ 4	- 3	+ 13
<b>Insgesamt</b>	<b>103</b>	<b>96</b>	<b>113</b>	<b>- 4</b>	<b>- 7</b>	<b>+ 0</b>
<b>Berufsbereiche:</b>						
Saisonberufe 3)	79	78	82	- 2	- 3	+ 1
Nichtsaisonberufe	117	109	125	- 6	- 10	- 3
davon: Produktionsberufe 4)	108	101	130	- 9	- 9	- 6
Dienstleistungsberufe 5)	124	123	124	- 4	- 11	- 1
<b>Berufsabteilungen:</b>						
Land- und forstwirtsch. Berufe	93	87	108	- 4	- 3	- 3
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	99	93	130	- 7	- 7	- 6
Handels- und Verkehrsberufe	117	112	121	- 4	- 11	+ 1
Dienstleistungsberufe l. e. S.	88	76	94	+ 1	- 2	+ 2
Technische Berufe	123	121	133	- 13	- 14	- 9
Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe	131	144	126	- 5	- 16	- 2
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	123	126	121	- 2	+ 3	- 5
<b>Insgesamt 6)</b>	<b>103</b>	<b>96</b>	<b>113</b>	<b>- 4</b>	<b>- 7</b>	<b>+ 0</b>

1) Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit der Abgänge (gerechnet vom Zugang bis zum Abgang); Kurzunterbrechungen der Vormerkung bis zu 28 Tage werden überbrückt, wobei die Unterbrechungszeit mittlerechnet wird.

2) Aufgrund einer im Jahre 1990 durchgeführten genaueren Berechnung der höheren Verweildauern ergeben sich für 1989 im nachhinein teilweise etwas höhere Werte als im Vorjahresbericht publiziert (mit entsprechender Auswirkung auf die Vorjahresveränderung).

3) Land- und forstwirtschaftliche Berufe, Bau- und Fremdenverkehrsberufe

4) ohne Bauberufe

5) ohne Fremdenverkehrsberufe

6) inklusive Arbeitslose ohne genauere Berufsangabe (Kategorie "unbestimmt")

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 34: Arbeitslosenzahlen nach Geschlecht und Bundesländern 1990

Bundesland	Arbeitslosenzahl			Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	a b s o l u t		r e l a t i v (%)			
					männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
Burgenland	5.640	3.276	2.364	+ 540	+ 105	+ 435	+ 10,6	+ 3,3	+ 22,6	
Kärnten	13.741	7.132	6.609	+ 449	- 3	+ 452	+ 3,4	+ 0,0	+ 7,3	
Niederösterreich	26.671	14.039	12.632	+ 3.939	+ 1.759	+ 2.180	+ 17,3	+ 14,3	+ 20,9	
Oberösterreich	22.966	11.834	11.131	+ 3.568	+ 1.803	+ 1.764	+ 18,4	+ 18,0	+ 18,8	
Salzburg	7.032	3.767	3.265	+ 404	+ 179	+ 225	+ 6,1	+ 5,0	+ 7,4	
Steiermark	27.161	14.625	12.536	+ 1.877	+ 792	+ 1.085	+ 7,4	+ 5,7	+ 9,5	
Tirol	11.837	6.390	5.448	+ 864	+ 370	+ 495	+ 7,9	+ 6,1	+ 10,0	
Vorarlberg	3.588	1.764	1.824	+ 677	+ 372	+ 305	+ 23,3	+ 26,7	+ 20,1	
Wien	47.161	26.206	20.955	+ 4.303	+ 2.656	+ 1.647	+ 10,0	+ 11,3	+ 8,5	
insgesamt	165.795	89.032	76.762	+ 16.618	+ 8.031	+ 8.586	+ 11,1	+ 9,9	+ 12,6	

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales



Tabelle 35: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Bundesländern 1990

Bundesland	Arbeitslosenquote ( % )			Veränderung 1989/1990 ( in % - Punkten )		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Burgenland	7,6	7,7	7,5	+ 0,5	+ 0,0	+ 1,1
Kärnten	7,0	6,1	8,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3
Niederösterreich	5,4	4,7	6,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9
Oberösterreich	4,4	3,8	5,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Salzburg	3,4	3,2	3,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Steiermark	6,4	5,7	7,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4
Tirol	4,8	4,3	5,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4
Vorarlberg	2,8	2,3	3,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Wien	5,8	6,0	5,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4
<b>insgesamt</b>	<b>5,4</b>	<b>4,9</b>	<b>6,0</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 0,5</b>

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (unselbständig Beschäftigte)  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (vorgemerkte Arbeitslose)

Tabelle 36: Leistungsbezieher im Jahre 1990: Betroffenheit, Gesamtdauer und Durchschnittsbestand -  
Relativveränderung gegenüber dem Vorjahr

	Betroffenheit 1)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in %)	Gesamtdauer 2)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in %)	Durchschnitts- bestand	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in %)
<b>Alle Personen</b>	<b>476.328</b>	<b>+ 5,4</b>	<b>115,4</b>	<b>+ 5,8</b>	<b>150.537</b>	<b>+ 11,5</b>
Männer	276.252	+ 3,6	105,5	+ 3,7	79.836	+ 7,4
Frauen	200.076	+ 8,0	129,0	+ 8,0	70.701	+ 16,6
Angestellte	126.031	+ 8,2	135,8	+ 5,0	46.881	+ 13,7
Arbeiter	350.297	+ 4,4	108,0	+ 5,9	103.656	+ 10,6
bis 18	10.437	+ 13,6	66,6	+ 17,0	1.904	+ 32,9
19 - 24	115.425	+ 2,1	83,8	+ 6,0	26.501	+ 8,2
25 - 29	90.197	+ 5,3	106,8	+ 3,5	26.386	+ 9,1
30 - 39	113.969	+ 5,8	117,3	+ 2,9	36.639	+ 8,9
40 - 49	84.050	+ 1,9	132,4	+ 3,6	30.496	+ 5,7
50 - 54	37.388	+ 16,6	166,2	+ 10,2	17.024	+ 28,4
55 - 59	21.722	+ 13,4	171,9	+ 12,4	10.233	+ 27,5
60 und älter	3.140	+ 15,0	157,5	+ 11,0	1.355	+ 27,7
Burgenland	18.428	+ 1,8	99,2	+ 6,1	5.007	+ 8,0
Kärnten	48.746	+ 3,5	99,8	+ 4,4	13.324	+ 8,1
Niederösterreich	74.152	+ 5,3	118,6	+ 7,7	24.096	+ 13,4
Oberösterreich	67.047	+ 8,0	112,0	+ 8,9	20.569	+ 17,6
Salzburg	30.103	+ 4,4	85,2	+ 4,3	7.026	+ 8,9
Steiermark	78.104	+ 4,0	113,6	+ 4,4	24.318	+ 8,6
Tirol	48.846	+ 3,7	89,2	+ 5,8	11.944	+ 9,8
Vorarlberg	13.668	+ 13,8	89,1	+ 12,7	3.335	+ 28,2
Wien	97.234	+ 6,5	153,6	+ 4,0	40.919	+ 10,7
Saison	167.153	+ 3,1	94,1	+ 4,2	43.116	+ 7,4
Produktion	134.990	+ 4,7	120,2	+ 7,0	44.443	+ 12,0
Dienstleistungen	174.185	+ 8,2	132,0	+ 5,5	62.979	+ 14,2
Inländer	435.312	+ 3,6	118,1	+ 6,3	140.797	+ 10,1
Ausländer	41.016	+ 28,8	86,7	+ 6,9	9.740	+ 37,7

1) Betroffene Personen, die mindestens einmal im Jahr eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung  
(Arbeitslosengeld und/oder Notstandshilfe) bezogen.

2) Durchschnittliche Gesamtdauer des Leistungsbezuges (bzw. der Arbeitslosigkeit) im Kalenderjahr  
für die jeweils betrachtete Population.

Quelle: IWS - ARBEITSLOS, Stand April 1991

Tabelle 37: Ungleiche Lasten der Arbeitslosigkeit 1990

Dezilverteilung der Gesamtdauer (Betroffene) 1990	Mittelwert der Gesamtdauer	Betroffenheit (Personen) a Dezil	AL - Tage im Kalenderjahr	Jahres- durchschnitts- bestand	% - Anteil an Gesamt- bestand	J D B kumuliert	% - Anteil kumuliert	"Arbeitslosenquote" (Leistungsbezieher)						
1. Dezil 20	10,67	x	47.632,8	=	508.242	: 365	=	1.392	0,9	1.392	0,9	0,0	(0,05)	
2. Dezil 35	27,71	x	47.632,8	=	1.319.905	: 365	=	3.616	2,4	5.008	3,3	0,1	(0,12)	
3. Dezil 54	44,48	x		=		:	.	=	5.805	3,9	10.813	7,2	0,2	(0,19)
4. Dezil 70	61,67	x		=		:	.	=	8.048	5,3	18.861	12,5	0,3	(0,26)
5. Dezil 89	79,34	x		=		:	.	=	10.354	6,9	29.215	19,4	0,3	(0,34)
6. Dezil 109	97,51	x		=		:	.	=	12.725	8,5	41.940	27,9	0,4	(0,41)
7. Dezil 137	122,21	x		=		:	.	=	15.949	10,6	57.889	38,5	0,5	(0,52)
8. Dezil 177	152,92	x		=		:	.	=	19.956	13,3	77.845	51,7	0,6	(0,65)
9. Dezil 273	214,52	x		=		:	.	=	27.995	18,6	105.840	70,3	0,9	(0,91)
"10. Dezil" 365(366)	342,50	x		=		:	.	=	44.697	29,7	150.537	100,0	1,5	(1,45)
			476.328,0						150.537	100,1			4,9 %	4,9 %

Quelle: IWS - ARBEITSLOS (Leistungsbezieher), BMAS (eigene Berechnungen)

**Tabelle 38: Gemeldete offene Stellen 1981 - 1990 sowie  
nach Bundesländern 1990**

Jahr	Offene Stellen Bestände	Veränderung zum Vorjahr	
		absolut	in %
1981	25.320	- 11.150	- 30,6
1982	17.276	- 8.044	- 31,8
1983	15.181	- 2.095	- 12,1
1984	17.166	+ 1.985	+ 13,1
1985	22.273	+ 5.107	+ 29,8
1986	24.693	+ 2.420	+ 10,9
1987	26.836	+ 2.143	+ 8,7
1988	31.184	+ 4.348	+ 16,2
1989	45.599	+ 14.415	+ 46,2
1990	55.622	+ 10.023	+ 22,0

Bundesland	Offene Stellen Bestände 1990	Veränderung 1989/90	
		absolut	in %
Burgenland	1.818	+ 260	+ 16,7
Kärnten	4.043	+ 683	+ 20,3
Niederösterreich	9.837	+ 2.659	+ 37,0
Oberösterreich	9.818	+ 627	+ 6,8
Salzburg	4.336	+ 610	+ 16,4
Steiermark	7.380	+ 1.978	+ 36,6
Tirol	3.747	+ 233	+ 6,6
Vorarlberg	2.752	- 46	- 1,6
Wien	11.891	+ 3.019	+ 34,0
Österreich	55.622	+ 10.023	+ 22,0

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

**Tabelle 39: Gemeldete offene Stellen nach Berufsbereichen  
(Sektoren, Berufsabteilungen, wichtigen Berufsobergruppen) 1990**

B e r u f e	Offene Stellen Bestände insgesamt	Veränderung 1989/90	
		absolut	relativ ( % )
<b>Saison/Nichtsaizon:</b>			
Saisonberufe 1)	16.496	+ 2.812	+ 20,5
Nichtsaizonberufe	39.126	+ 7.211	+ 22,6
davon: Produktionsberufe 2)	20.126	+ 3.208	+ 19,0
Dienstleistungsberufe 3)	19.000	+ 4.003	+ 26,7
<b>Abteilungen:</b>			
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	1.026	+ 248	+ 31,9
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	26.469	+ 4.918	+ 22,8
Handels- und Verkehrsberufe	7.375	+ 1.181	+ 19,1
Dienstleistungsberufe i.e.S.	14.045	+ 2.140	+ 18,0
Technische Berufe	1.556	+ 187	+ 13,7
Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe	3.308	+ 832	+ 33,6
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	1.842	+ 516	+ 38,9
<b>Gesamt</b>	<b>55.622</b>	<b>+ 10.023</b>	<b>+ 22,0</b>
<b>Ausgewählte Berufsobergruppen:</b>			
Bauberufe	6.343	+ 1.710	+ 36,9
Metallberufe	9.657	+ 1.652	+ 20,6
Handelsberufe	5.308	+ 581	+ 12,3
Hotel-, Gaststätten-, Küchenberufe	9.127	+ 854	+ 10,3
Reinigungsberufe	3.281	+ 1.031	+ 45,8
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe	3.128	+ 798	+ 34,2

1) Land- und forstwirtschaftliche Berufe, Bau- und Fremdenverkehrsberufe

2) ohne Bauberufe

3) ohne Fremdenverkehrsberufe

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 40: Abgang an gemeldeten offenen Stellen nach Laufzeit und Berufen 1990 1)

B e r u f e	Abgänge insgesamt ( absolut )	Anteile der Laufzeiten in %				Durchschnittliche abgeschlossene Laufzeit in Tagen
		bis unter 1 Monat	1 bis unter 3 Monate	3 bis unter 6 Monate	6 Monate und länger	
Abteilungen:						
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	4.964	38,7	35,2	17,5	8,5	71
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	106.676	44,8	27,1	15,5	12,6	79
Handels- und Verkehrsberufe	27.737	40,9	33,6	14,8	10,7	80
Dienstleistungsberufe i.e.S.	93.974	52,6	29,1	12,6	5,8	53
Technische Berufe	4.109	24,4	33,0	22,0	20,6	121
Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe	19.255	53,1	31,2	10,3	5,4	53
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	5.691	46,7	29,5	14,6	9,2	71
Gesamt	262.407	47,4	29,1	14,1	9,4	68
Ausgewählte Berufsobergruppen:						
Bauberufe	24.894	39,8	28,9	18,3	13,0	81
Metallberufe	27.359	34,3	27,9	19,2	18,6	108
Handelsberufe	16.770	37,3	32,6	16,3	13,7	93
Hotel-, Gaststätten-, Küchenberufe	68.642	54,6	29,5	11,4	4,6	48
Reinigungsberufe	17.060	46,9	27,5	16,2	9,5	69
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe	18.804	53,2	31,5	10,3	5,1	51

1) Laufzeitdefinition: Zeitdauer zwischen gewünschtem Eintrittsdatum und Abgang ( durch Besetzung, Wegfall );  
Jahressumme der Abgänge und durchschnittliche abgeschlossene Laufzeit in Tagen 1990

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Tabelle 41: Lehrstellenmarkt

Jahr	Lehrstellen- eintritte 1) per 31.12.	in % des Geburts- jahrganges 1)	Lehrstellen- suchende 2) Ende Dezember	Lehrstellen- suchende 3) im Jahr gesamt	Index Lehrstellen- suchende	Offene Lehrstellen 2) Ende Dezember	Offene Lehrstellen 3) im Jahr gesamt	Index Offene Lehrstellen
1981	57.399	44,6	2.097	59.496	100	2.928	60.327	100
1982	55.164	43,3	3.123	58.287	98	1.379	56.543	94
1983	55.047	43,6	3.951	58.998	99	1.245	56.292	93
1984	54.189	44,6	3.988	58.177	98	1.297	55.486	92
1985	52.781	47,0	3.400	56.181	94	1.986	54.767	91
1986	49.793	45,9	3.059	52.852	89	3.478	53.271	88
1987	48.228	46,4	2.634	50.862	85	4.659	52.887	88
1988	46.438	47,4	2.343	48.781	82	6.603	53.041	88
1989	45.625	46,8	2.105	47.730	80	11.051	56.676	94
1990	44.845	47,8	2.256	47.101	79	13.255	58.100	96

1) Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft; der %-Anteil am Geburtsjahrgang kommt den Berechnungen eines genaueren Altersgruppen - Mix ( ÖIBF ) am nächsten.

2) Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

3) Lehrstelleneintritte plus Lehrstellensuchende bzw. offene Lehrstellen Ende Dezember



Tabelle 42: Internationale Arbeitslosenquoten 1989 und 1990

**Europäische Gemeinschaft 1)**

Land	Arbeitslosenquoten ( % )	
	1990	1989
Belgien	8,1	8,5
Dänemark	7,9	7,7
BRD - West	5,1	5,5
Griechenland	7,5	7,5
Spanien	16,1	17,1
Frankreich	9,0	9,4
Irland	15,6	16,0
Italien	9,8	10,7
Luxemburg	1,6	1,8
Niederlande	8,1	8,7
Portugal	4,6	4,8
UK	6,4	7,0
<b>EG</b>	<b>8,3</b>	<b>8,9</b>

**OECD 2)**

Land	Arbeitslosenquoten ( % )	
	1990	1989
EG - Länder	8,4	9,0
Österreich	3,3	3,2
Finnland	3,4	3,5
Island	2,3	1,7
Norwegen	5,3	5,1
Schweden	1,6	1,4
Schweiz	0,6	0,6
Türkei	10,2	10,2
<b>OECD - Europa</b>	<b>8,0</b>	<b>8,5</b>

1) Quelle: EUROSTAT, monatlich

2) Quelle: OECD Economic Outlook 48, Dezember 1990

Tabelle 43:

**SCHICHTUNG DER ARBEITSLOSEN GRENZLEHNER  
NACH DER AUSZAHLUNGSSUMME  
IN SCHILLING PRO MONAT  
1990**

Die Dezile sind die Grenzeinkommen, die je zwei benachbarte Zehn-Prozent-Gruppen von (nach der Höhe der Auszahlungssumme geschichteten) Arbeitslosen trennen.

	Insgesamt	Männer	Frauen	Inländer	Ausländer	bis 18 Jahre	19-24 Jahre
1.Dezil	4615	5300	3806	4570	4935	2158	4525
2.Dezil	5245	6123	4655	5222	5497	2802	5093
3.Dezil	5834	6751	5106	5800	6017	3605	5335
4.Dezil	6401	7353	5406	6382	6507	4395	5730
5.Dezil	7018	7952	5790	7017	7022	4849	6151
6.Dezil	7705	8587	6252	7723	7606	5124	6612
7.Dezil	8486	9327	6789	8505	8235	5468	7144
8.Dezil	9471	10258	7572	9522	9063	5939	7837
9.Dezil	10947	11391	8933	11020	10250	6709	8835
Mittelwert	7328	8132	6128	7332	7298	4611	6399
Ginikoeffizient	0.186	0.161	0.181	0.188	0.164	0.214	0.156

	25-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	55-59 Jahre	60 und älter
1.Dezil	4948	4919	4653	4568	4845	3904
2.Dezil	5555	5724	5463	5365	5740	5076
3.Dezil	6132	6360	6172	6066	6623	5496
4.Dezil	6659	7027	6875	6746	7442	6079
5.Dezil	7230	7732	7634	7461	8195	6794
6.Dezil	7821	8467	8407	8178	8961	7506
7.Dezil	8485	9289	9292	9024	9797	8202
8.Dezil	9293	10287	10337	10063	10891	9210
9.Dezil	10522	11387	11408	11356	11444	10974
Mittelwert	7418	7935	7831	7635	8158	7030
Ginikoeffizient	0.164	0.179	0.190	0.189	0.181	0.205

Datenbasis: IWS-ARBEITSLOS, Stand April 1991

Tabelle 44:

**SCHICHTUNG DER ~~WIRTSCHAFTS~~LOSEZIEHER  
NACH DER AUSZAHLUNGSSUMME  
IN SCHILLING PRO MONAT  
1990**

Die Dezile sind die Grenzeinkommen, die je zwei benachbarte Zehn-Prozent-Gruppen von (nach der Höhe der Auszahlungssumme geschichteten) Arbeitslosen trennen.

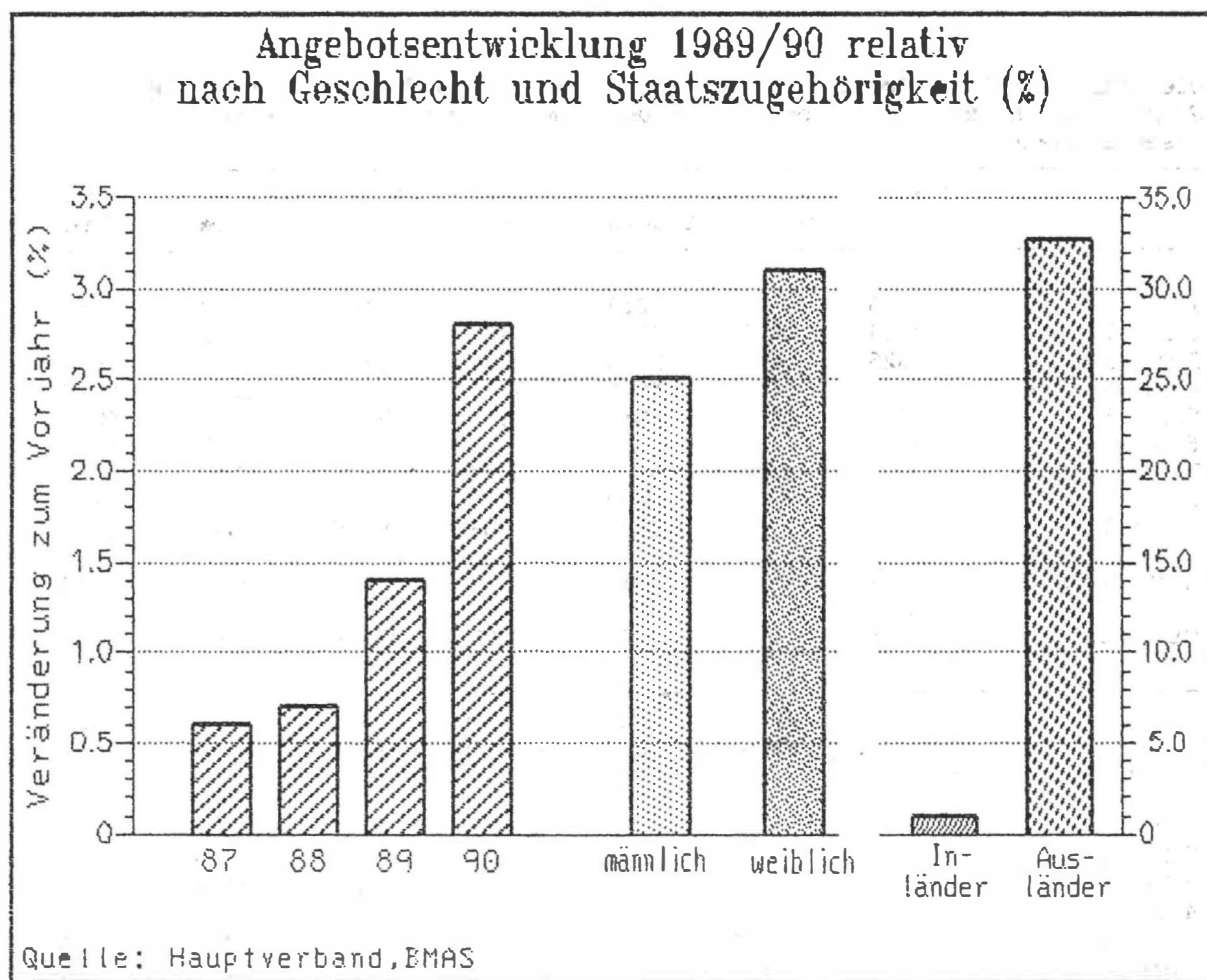
	Inge- samt	Männer	Frauen	In- länder	Aus- länder	bis 18 Jahre	19-24 Jahre
1.Dezil	2726	3841	2215	2730	2482	1650	2166
2.Dezil	3854	4828	3166	3856	3656	1950	3061
3.Dezil	4625	5248	3923	4625	4622	2265	3848
4.Dezil	5055	5707	4508	5055	5069	2667	4427
5.Dezil	5473	6224	4914	5472	5575	3244	4827
6.Dezil	5973	6830	5332	5971	6130	3927	5080
7.Dezil	6608	7539	5759	6604	6893	4384	5422
8.Dezil	7492	8480	6392	7486	7777	4848	5896
9.Dezil	8968	9904	7521	8958	9345	5346	6784
Mittelwert	5691	6521	4917	5689	5801	3412	4644
Ginikoeffizient	0.228	0.196	0.235	0.227	0.246	0.246	0.216

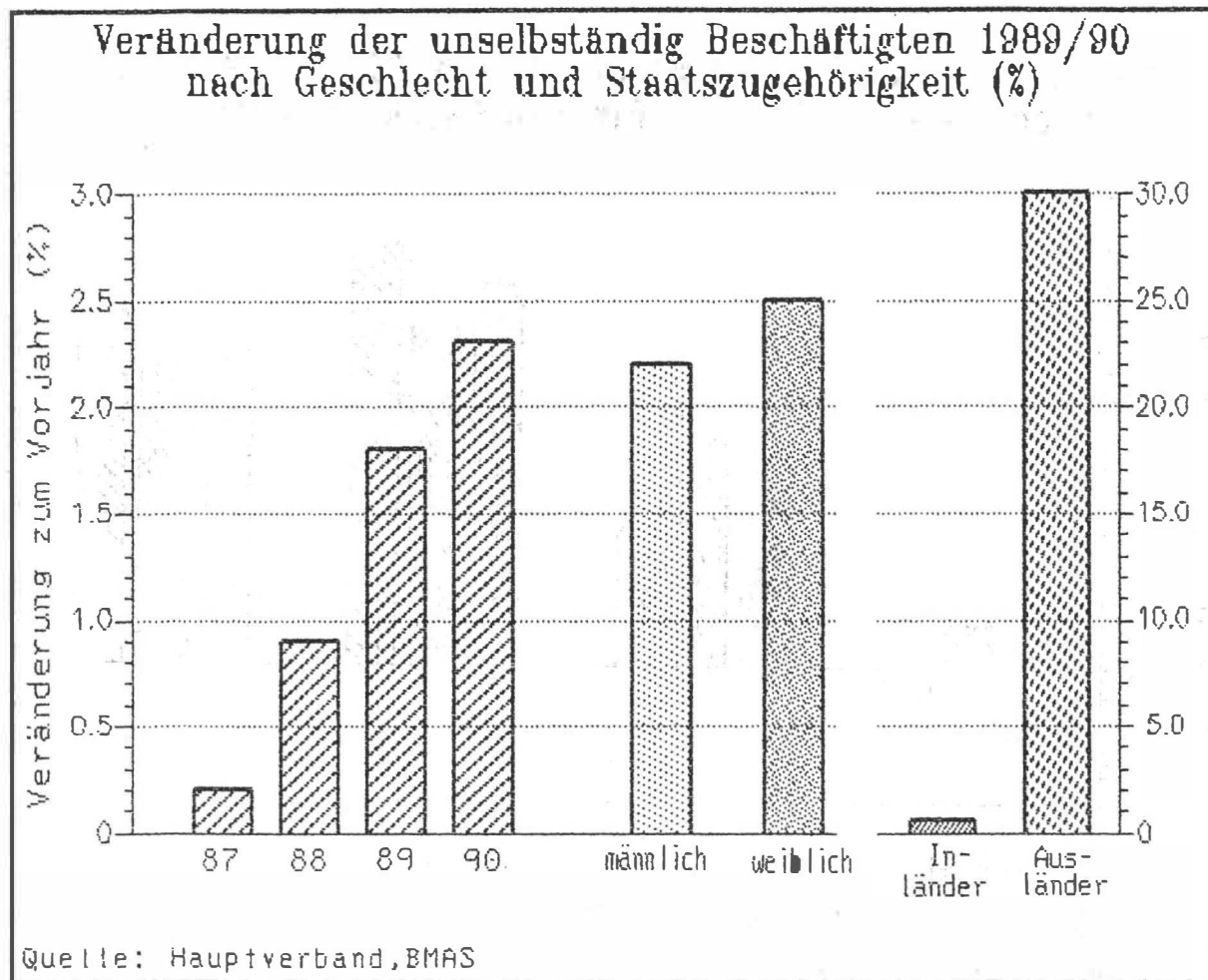
	25-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	55-59 Jahre	60 und älter
1.Dezil	2698	3235	3130	2661	2592	1901
2.Dezil	3745	4327	4313	3911	3859	2913
3.Dezil	4499	4935	4963	4697	4656	3982
4.Dezil	4943	5406	5472	5191	5223	4760
5.Dezil	5327	5867	6014	5718	5763	5265
6.Dezil	5688	6408	6637	6315	6444	5758
7.Dezil	6164	7061	7422	7028	7232	6570
8.Dezil	6836	7951	8418	8043	8380	7768
9.Dezil	7977	9384	9938	9670	9945	9609
Mittelwert	5358	6095	6277	5921	6029	5449
Ginikoeffizient	0.211	0.211	0.223	0.238	0.246	0.280

Datenbasis: IWS-ARBEITSLOS, Stand April 1991

Graphik 1

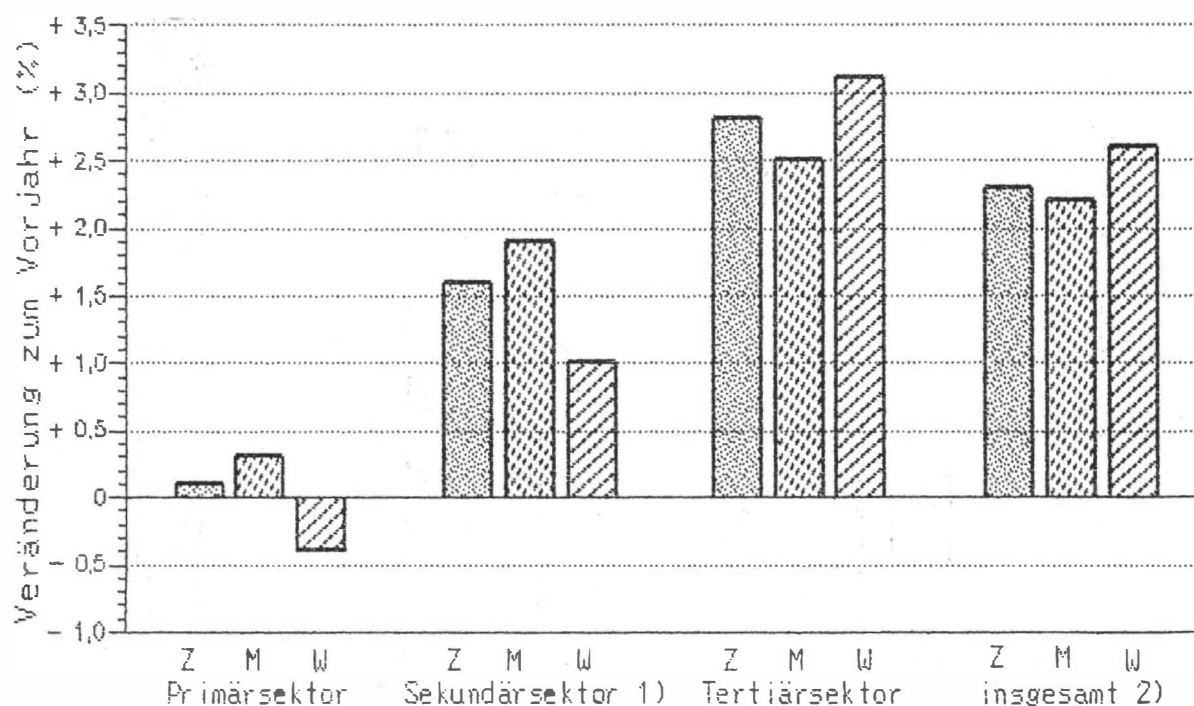


Graphik 2



Graphik 3

### Veränderung der unselbständig Beschäftigten 1989/90 nach Geschlecht und Wirtschaftssectoren (in %)

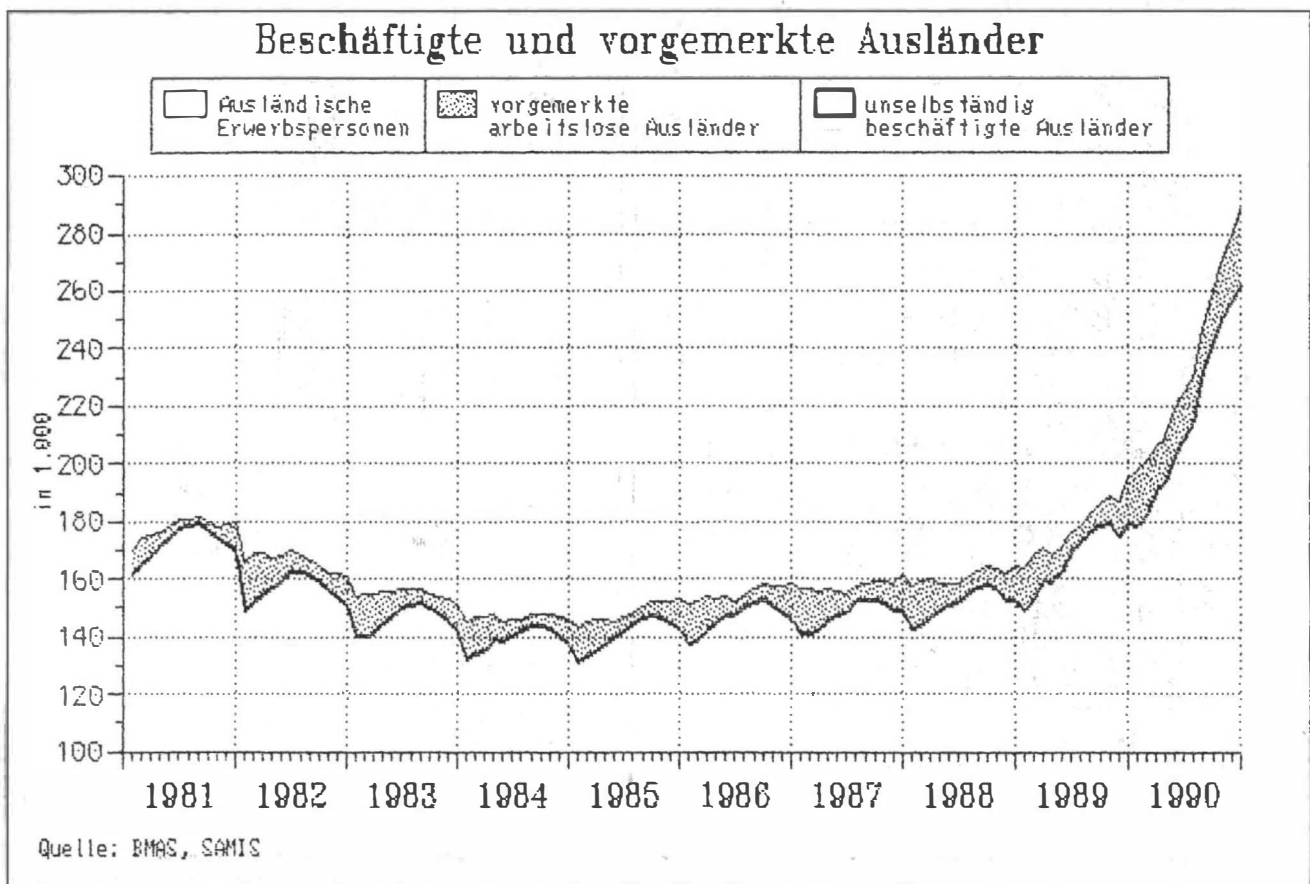


1) Wirtschaftsabteilungen 1-6, d.h. Energie- und Wasserversorgung

2) ohne Präsenzdienster und Karenzurlaubsgeldbezieher mit aufrechter Beschäftigungsverhältnis

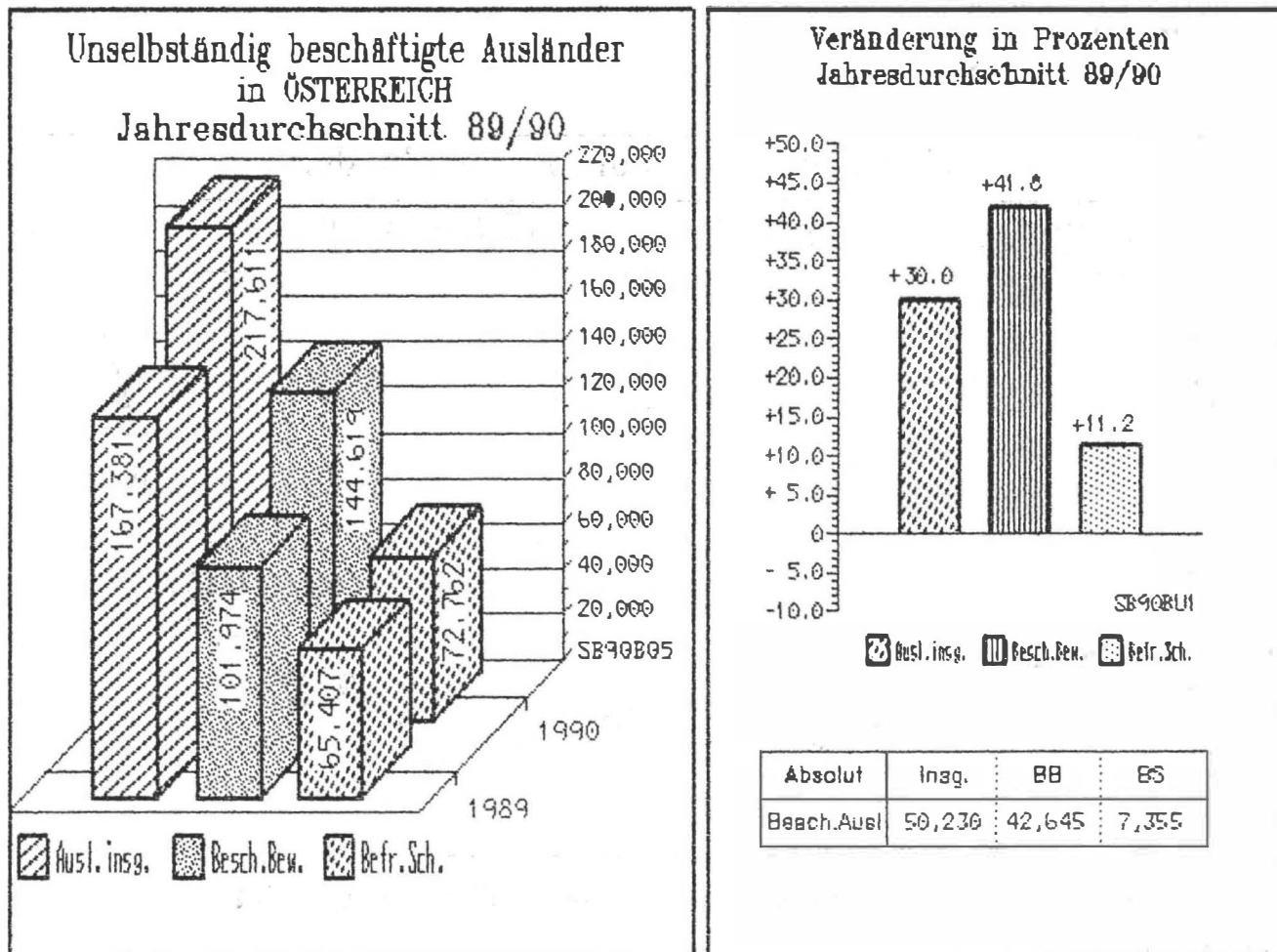
Quelle: Hauptverband

Graphik 4

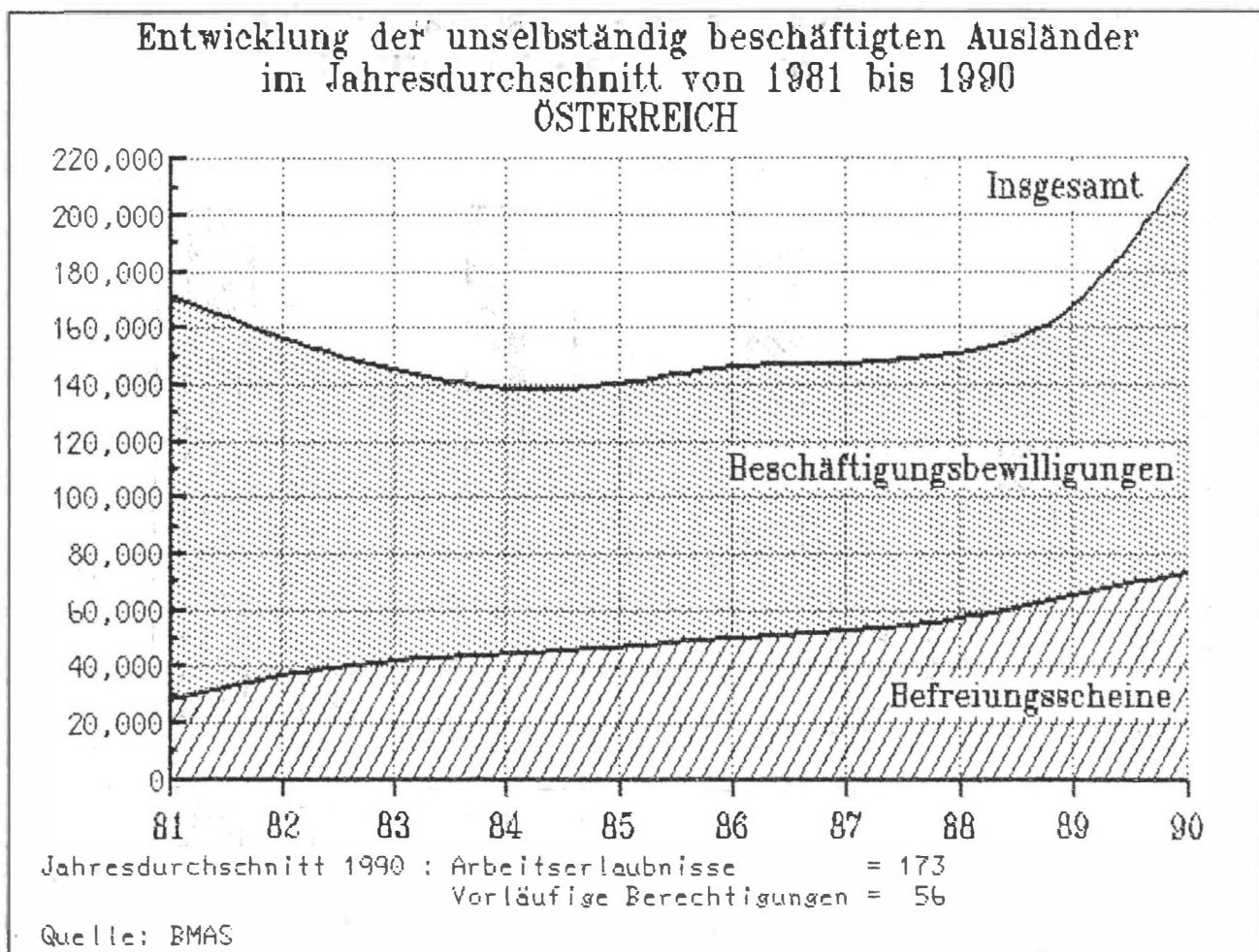




Graphik 5

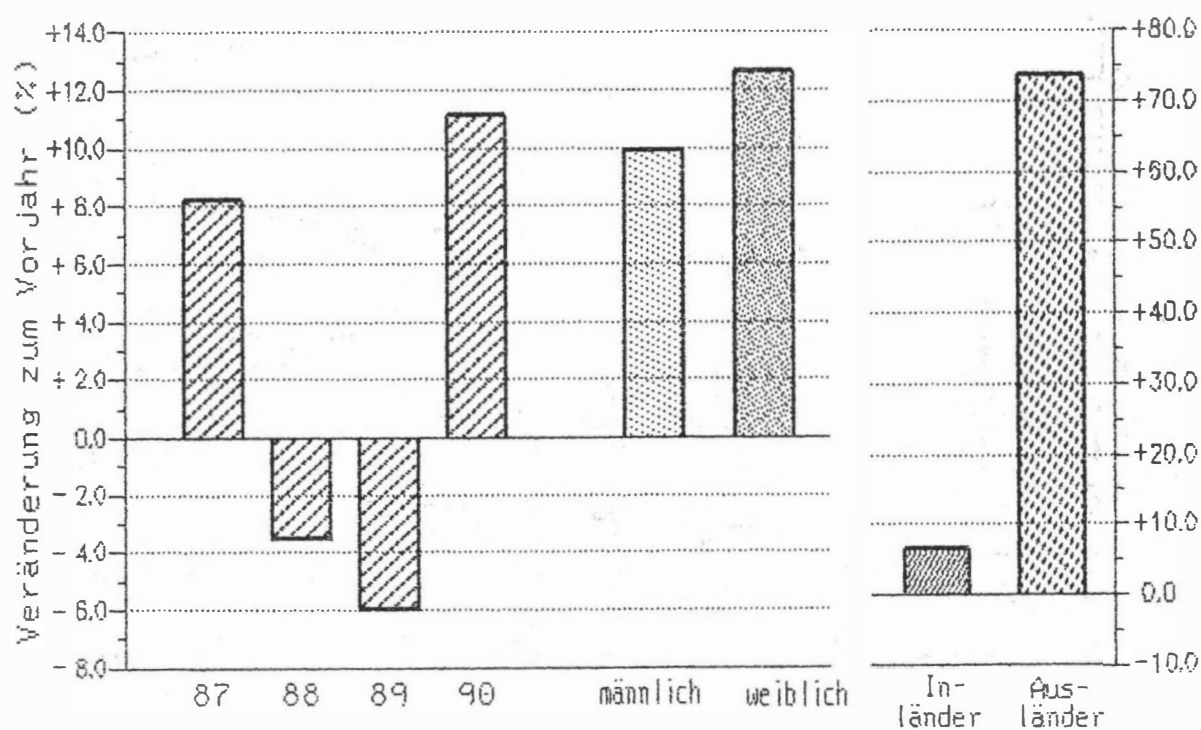


Graphik 6



Graphik 7

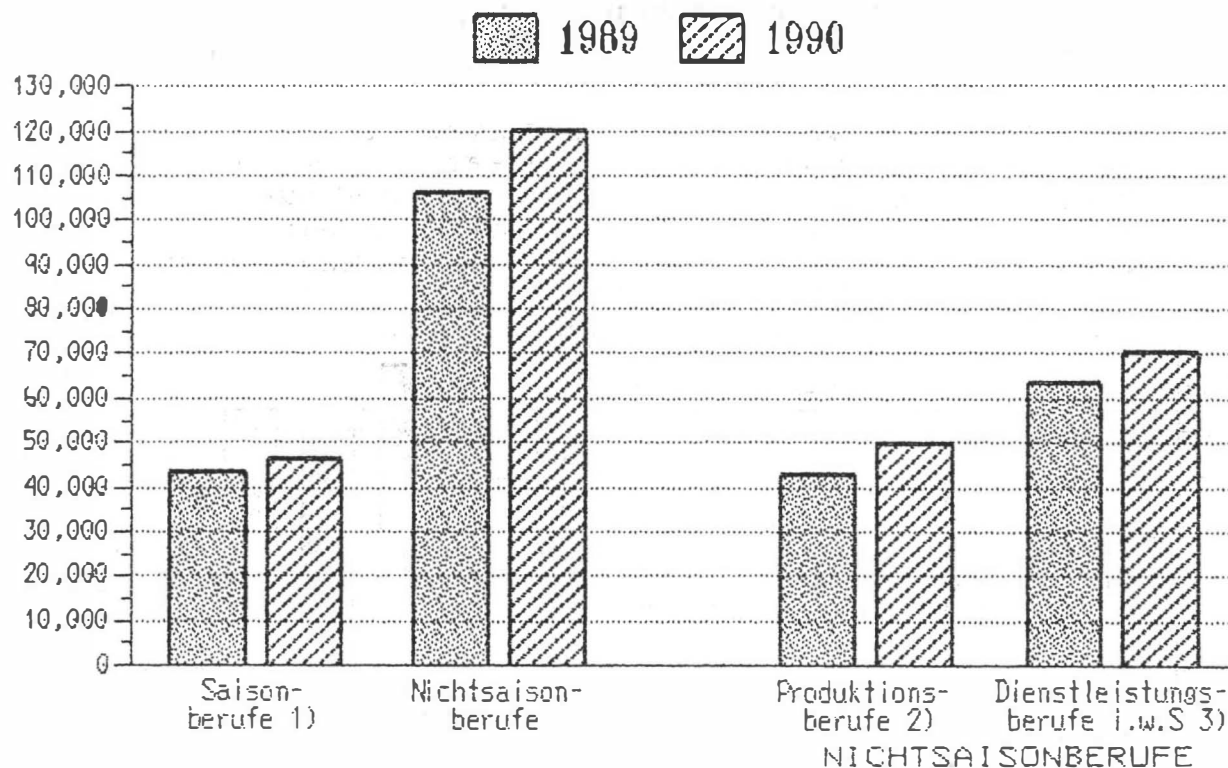
### Relativveränderung der Arbeitslosenzahlen 1989/90 nach Geschlecht und Staatszugehörigkeit (%)



Quelle: BMAS

Graphik 8

## Arbeitslosenzahlen nach Berufsbereichen 1989/90



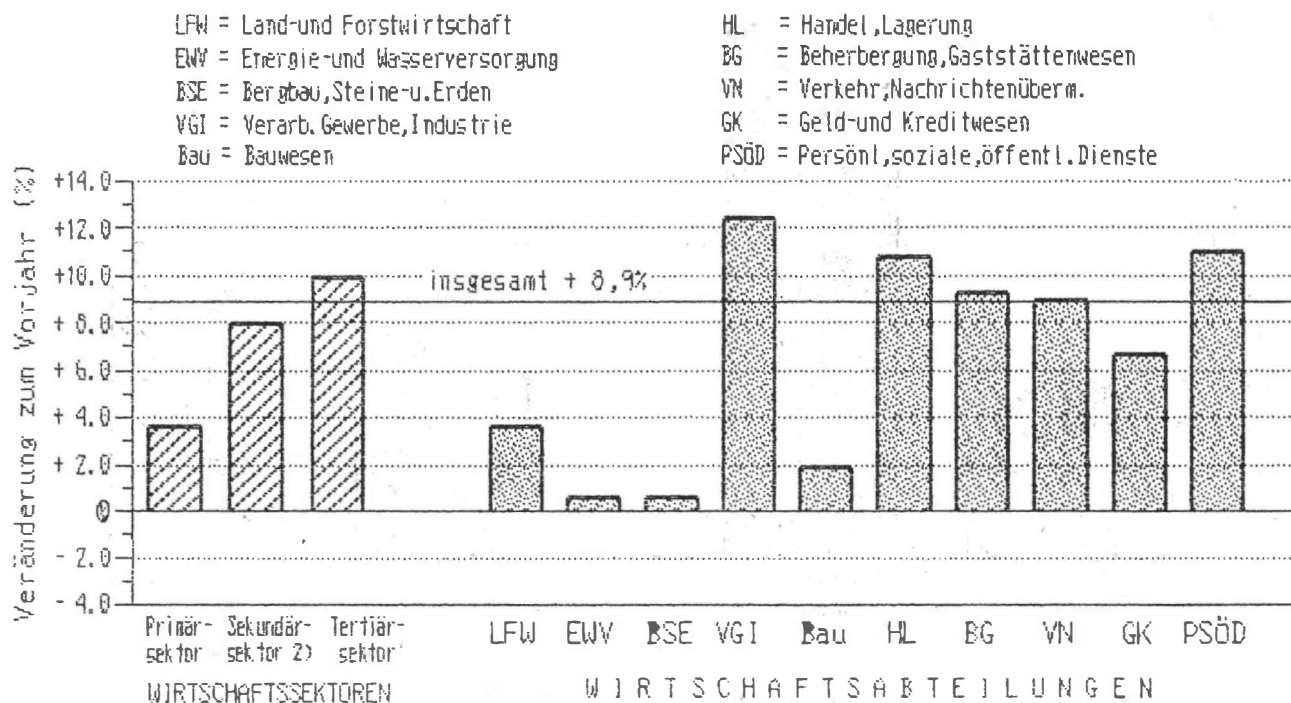
1) Land -u. forstwirtsch. Berufe, Bauberufe, Fremdenverkehrsberufe

2) ohne Bauberufe    3) ohne Fremdenverkehrsberufe

Quelle: BMAS

Graphik 9

### Relativveränderung der Arbeitslosenzahlen 1989/90 nach Wirtschaftssectoren bzw -abteilungen (%) 1)



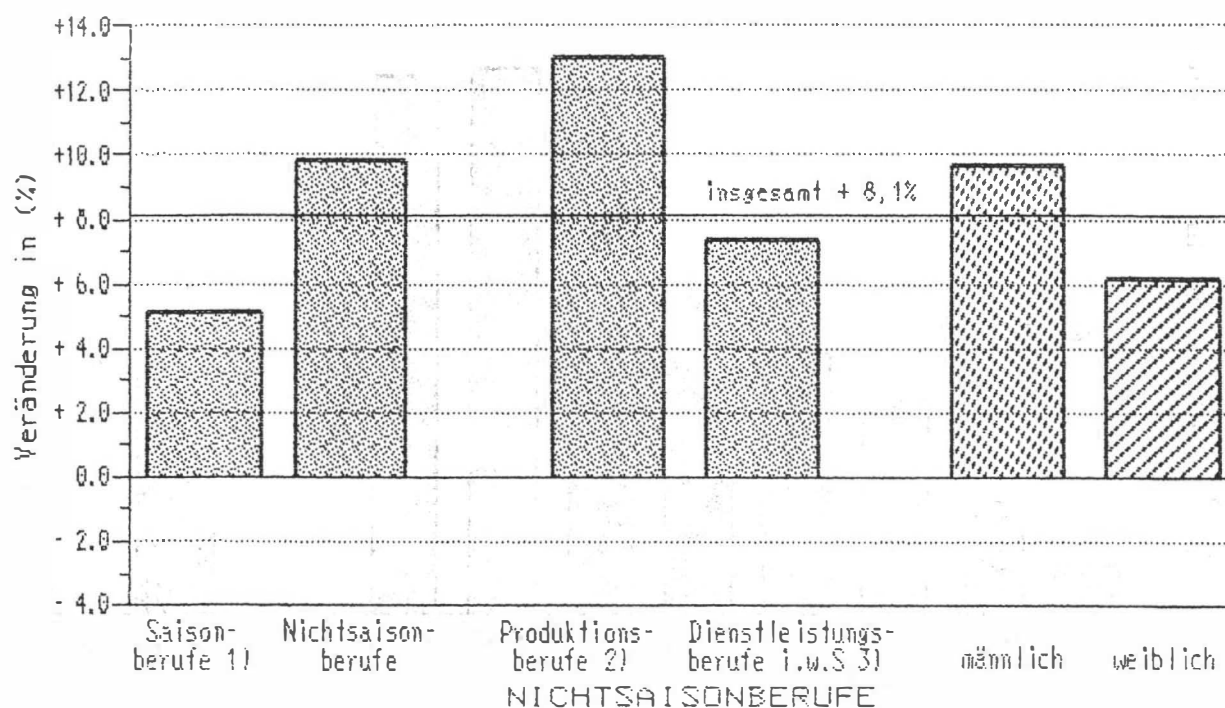
1) Vorgemerkte Arbeitslose ohne vorher nicht in Beschäftigung gestandene Personen (Schulabgänger, Berufsrückkehrer/-innen u.a.)

2) Einschließlich Energie- und Wasserversorgung

Quelle: BMAS

Graphik 10

### Veränderung der Zugänge an Arbeitslosen 1989/90 nach Geschlecht und Berufsbereichen (%)



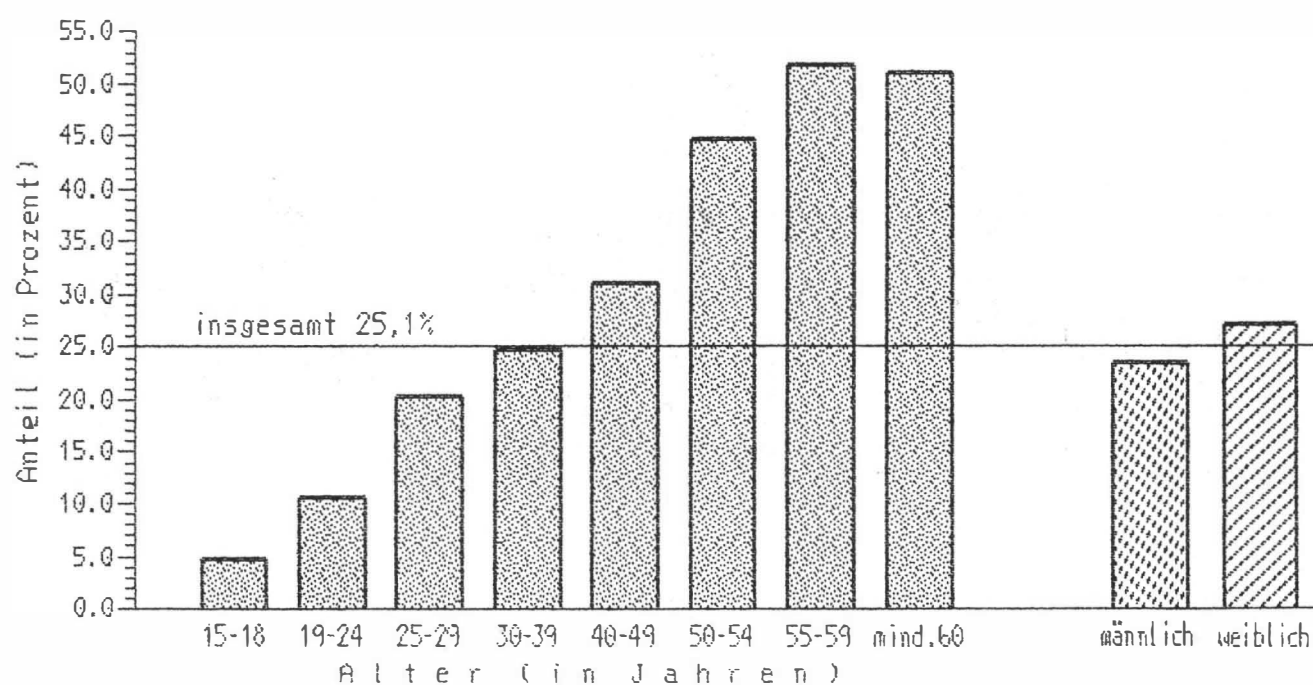
1) Land -u. forstwirtsch. Berufe, Bauberufe, Fremdenverkehrsberufe

2) ohne Bauberufe      3) ohne Fremdenverkehrsberufe

Quelle: BMAS

Graphik 11

### Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen nach Geschlecht und Altersgruppen 1990 1)

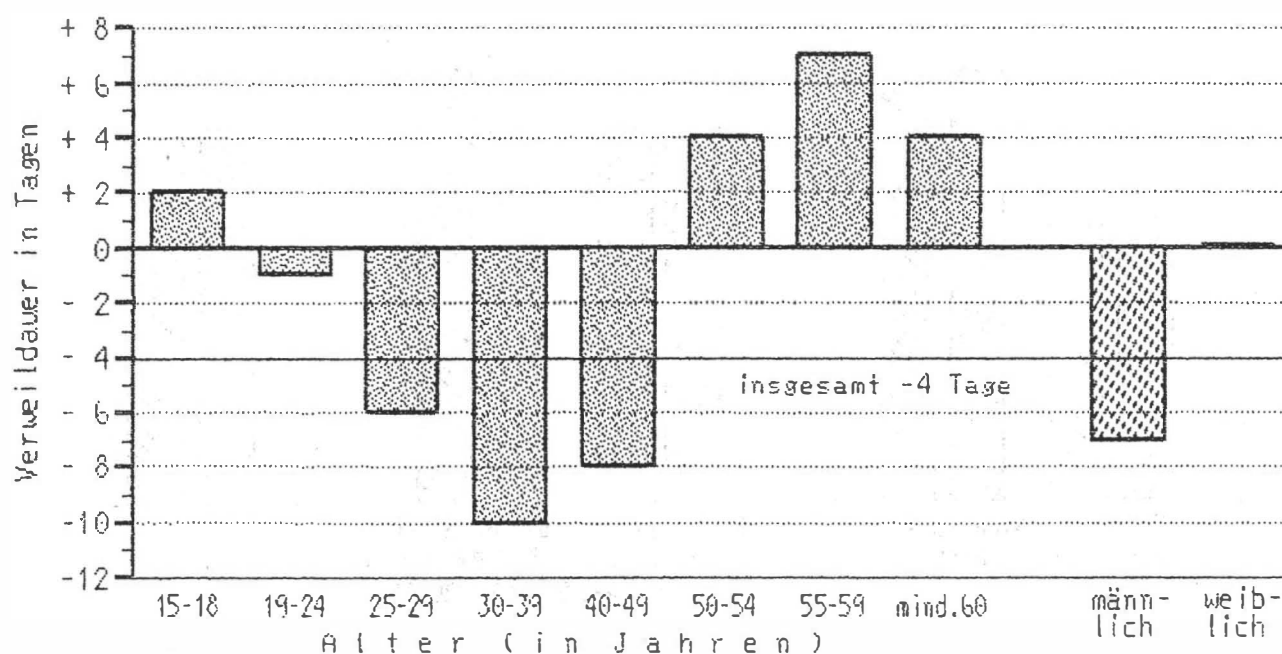


1) ermittelt aus der Vormerkdaueraufgliederung des Bestandes (Durchschnitt aus 12 Monatsbeständen)  
 Vormerkdauerdefinition: Abgeschnittene Dauer der Arbeitslosigkeit vom Zugang bis zum  
 jeweiligen Monatsstichtag

Quelle: BMAS

Graphik 12

### Veränderung der Durchschnittsverweildauer 1989/90 nach Geschlecht und Altersgruppen (in Tagen) 1)



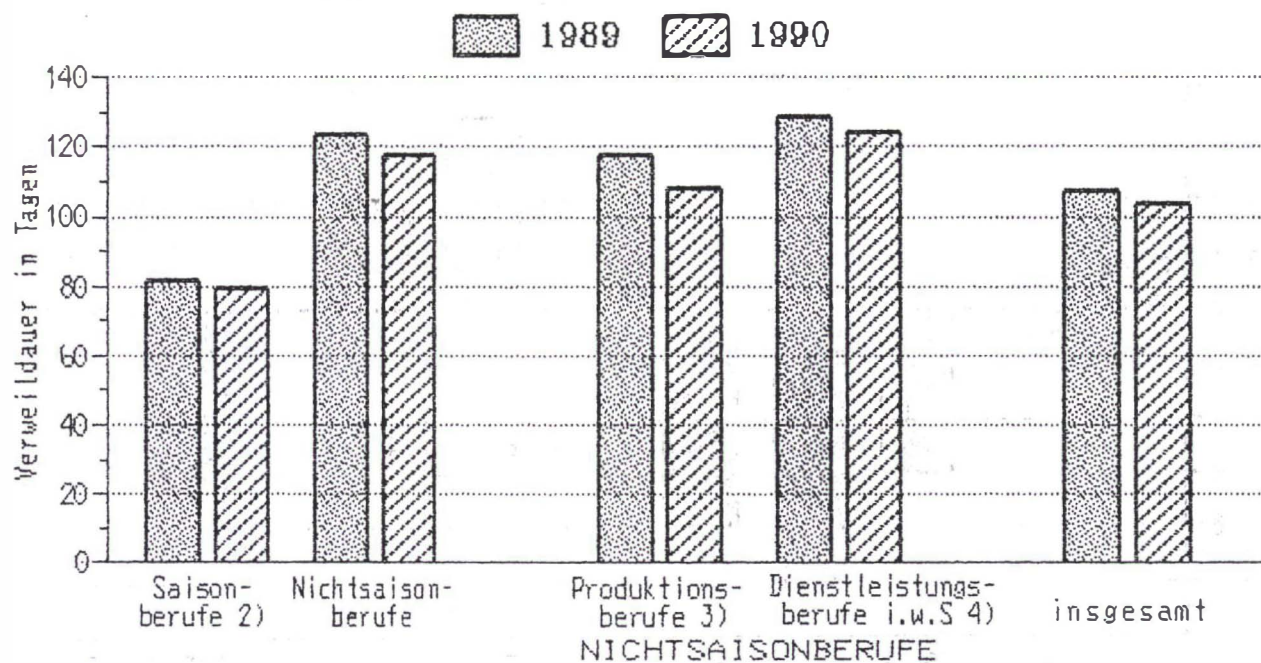
1) Verweildauerdefinition: Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit der Abgänge gerechnet vom Zugang bis zum Abgang (12 - Monatsdurchschnitt)

Quelle: BMAS



Graphik 13

### Durchschnittsverweildauer nach Berufsbereichen in Tagen 1989/90 1)



1) Verweildauerdefinition: Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit der Abgänge gerechnet vom Zugang bis zum Abgang (12 Monatsdurchschnitt)

2) Land -u. forstwirtsch. Berufe, Bauberufe, Fremdenverkehrsberufe

3) ohne Bauberufe 4) ohne Fremdenverkehrsberufe

Quelle: BMAS





## REGIONALE ARBEITSLOSIGKEIT

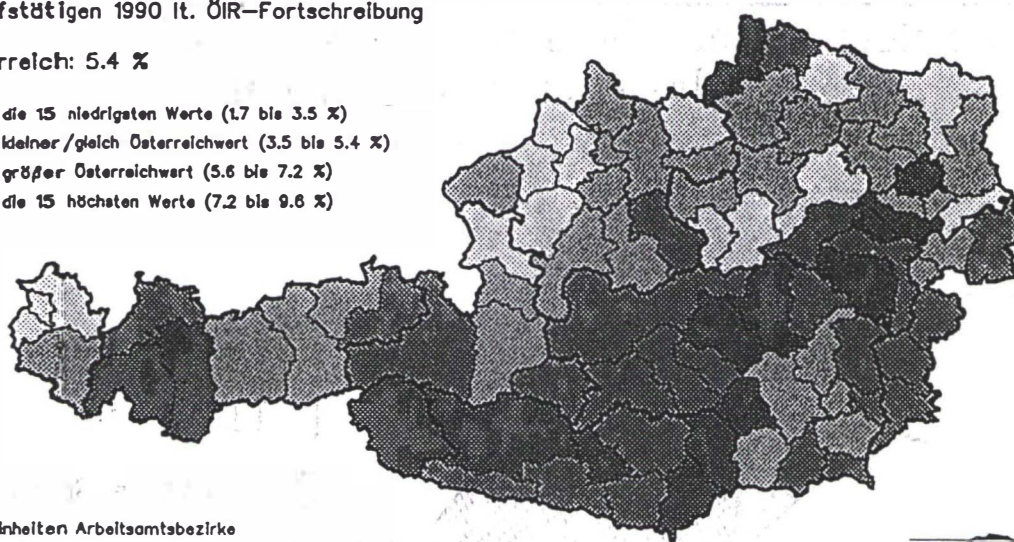
Graphik 14

## ARBEITSLOSENQUOTE 1990

Arbeitslose in Prozent der unselbständig  
Berufstätigen 1990 lt. ÖIR-Fortschreibung

Österreich: 5.4 %

-  die 15 niedrigsten Werte (1.7 bis 3.5 %)
-  kleiner / gleich Österreichwert (3.5 bis 5.4 %)
-  größer Österreichwert (5.6 bis 7.2 %)
-  die 15 höchsten Werte (7.2 bis 9.6 %)



Raumeinheiten Arbeitsamtsbezirke

Quelle: BMAS

ÖIR-Fortschreibung der Berufstätigen 1990







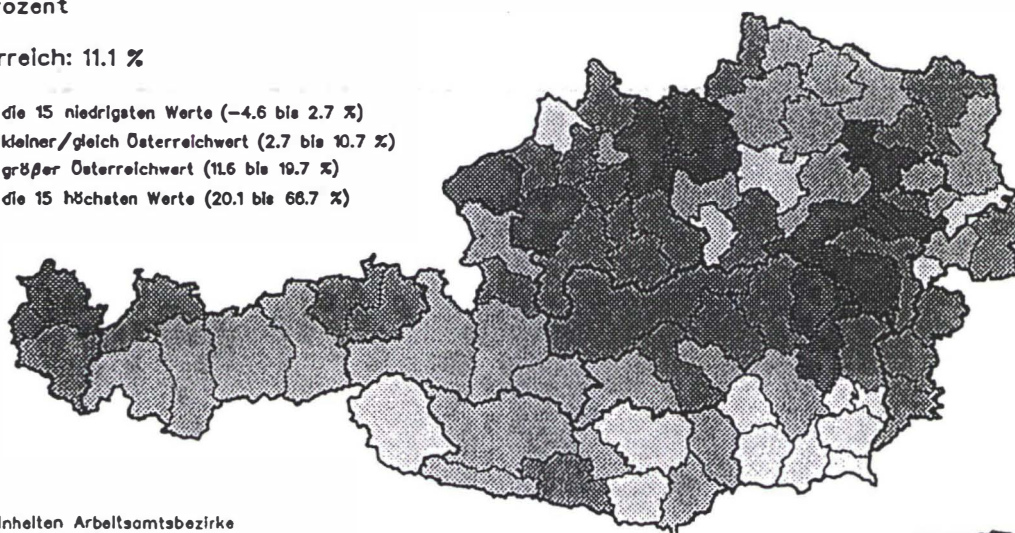
Graphik 15

## ARBEITSLOSE 1989-1990

Veränderung der Zahl der Arbeitslosen  
in Prozent

Österreich: 11.1 %

-  die 15 niedrigsten Werte (-4.6 bis 2.7 %)
-  kleiner / gleich Österreichwert (2.7 bis 10.7 %)
-  größer Österreichwert (11.6 bis 19.7 %)
-  die 15 höchsten Werte (20.1 bis 66.7 %)

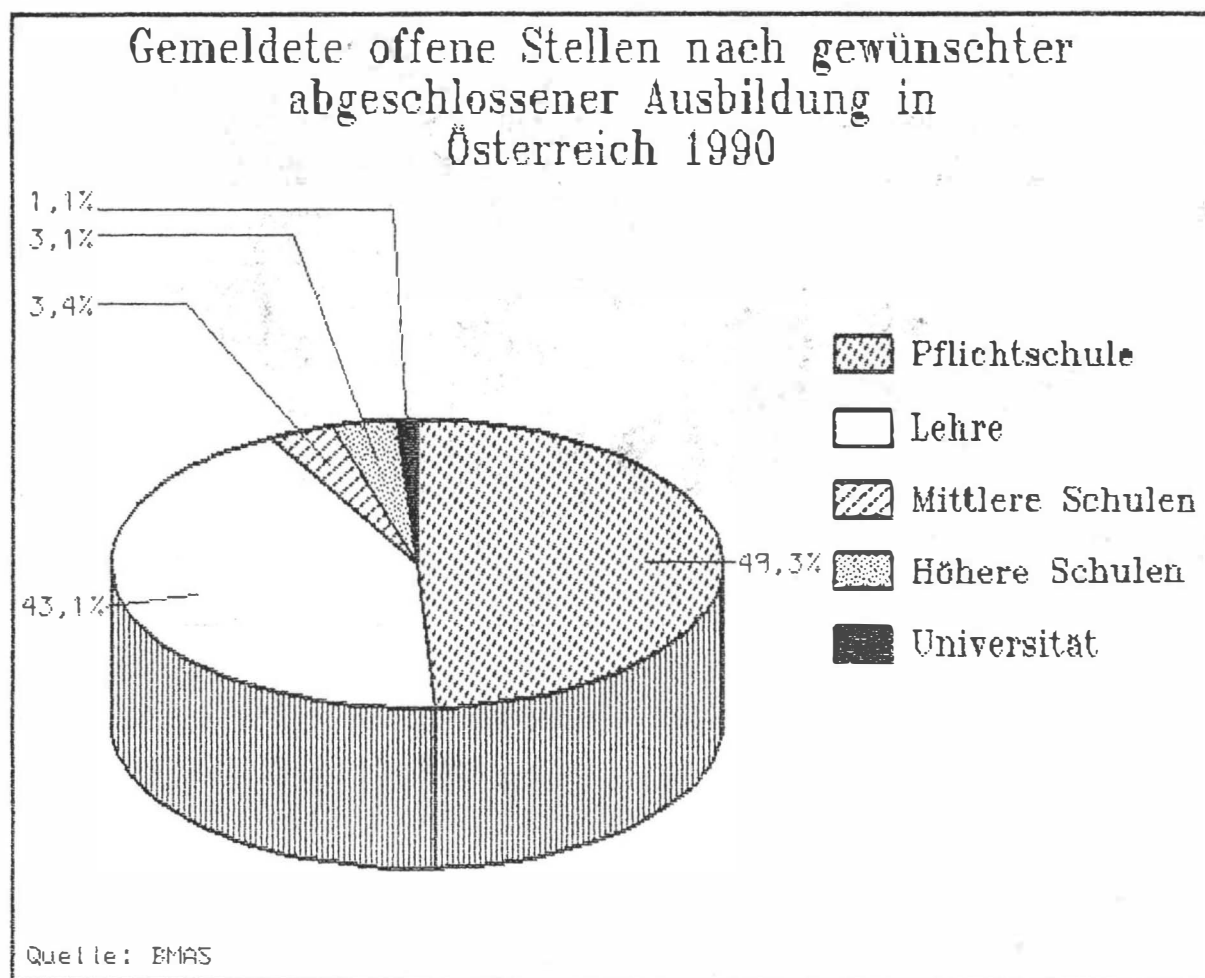


Raumeinheiten Arbeitsamtsbezirke

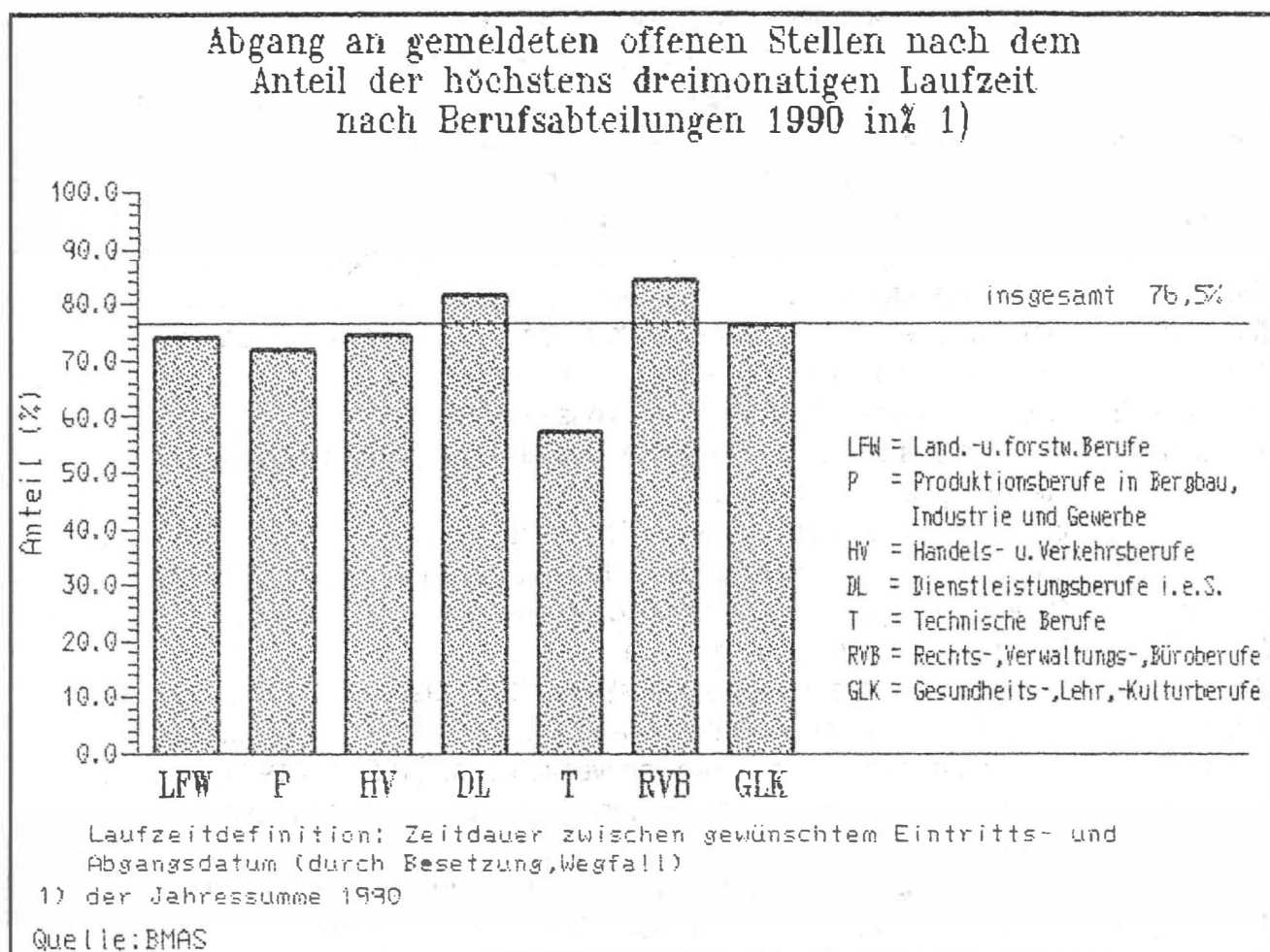
Quelle: BMAS



Graphik 16



Graphik 17





## Soziale Sicherheit 1990

Übersicht 1:	Sozialausgaben 1980 -1990.....	410
Übersicht 2:	Gebbarungsergebnisse in der Sozialversicherung insgesamt .....	411
Übersicht 3:	Ausgaben der Sozialversicherung im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt und zum Bundesbudget .....	412
Übersicht 4:	Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung nach Versicherungszweigen im Jahre 1990.....	413
Übersicht 5:	Gebbarungsergebnisse in der Krankenversicherung .....	414
Übersicht 6:	Beitragszahlende Krankenversicherte nach Kategorien .....	415
Übersicht 7:	Geschützte Personen in der Krankenversicherung 1990 .....	416
Übersicht 8:	Gebbarungsergebnisse nach Krankenversicherungsträgern .....	417
Übersicht 9:	Gebbarungsergebnisse in der Unfallversicherung .....	418
Übersicht 10:	Rentenbezieher und Durchschnittsrenten in der Unfallversicherung .....	419
Übersicht 11:	Zusammentreffen von Unfallrente und Pension .....	420
Übersicht 12:	Gebbarungsergebnisse in der Pensionsversicherung.....	421
Übersicht 13:	Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung (1955 bis 1995).....	422
Übersicht 14:	Gebbarungsergebnisse des Jahres 1990 in der Pensionsversicherung der Unselbständigen und in der Pensionsversicherung der Selbständigen .....	423
Übersicht 15:	Bundesmittel nach Pensionsversicherungsträgern .....	424
Übersicht 16:	Entwicklung der Belastungsquote .....	425
Übersicht 17:	Das volkswirtschaftliche Pensionskonto 1989/1990.....	426
Übersicht 18:	Die wichtigsten Beitragssätze in %.....	427
Übersicht 19:	Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung (1955 bis 1995).....	428
Übersicht 20:	Pensionsstände nach Versicherungsträgern und Pensionsarten Jahresdurchschnitt 1990 .....	429
Übersicht 21:	Pensionsstand nach Geschlecht und Pensionsart (Dezember 1990) .....	430
Übersicht 22:	Pensionsleistungen und durchschnittliche Pensionshöhe (Dezember 1990).....	431
Übersicht 23:	Durchschnittspensionen im Dezember 1990 nach PV-Trägern und Geschlecht (in Schilling) .....	432
Übersicht 24:	Pensionsquantile der Pensionsleistungen im Jahr 1990 (inkl. Zulagen und Zuschüsse) .....	433
Übersicht 25:	Pensionsquantile der Pensionsleistungen im Jahr 1990 (ohne Zulagen und Zuschüsse).....	434
Übersicht 26:	Durchschnittliche Pensionshöhe mit und ohne Auslandspensionen (Dezember 1990) .....	435
Übersicht 27:	Durchschnittliche Pensionsleistung bei Bezug einer Pension und bei Bezug von zwei Pensionen .....	436
Übersicht 28:	Ausgleichszulagenbezieher nach Pensionsver- sicherungsträgern und Pensionsarten (absolut).....	437

## TABELLENANHANG

409

## SOZIALE SICHERHEIT 1990

Übersicht 29:	Ausgleichszulagenbezieher nach Pensionsversicherunsträgern und Pensionsarten (in Prozent des Pensionsstandes) Dezember 1990 .....	438
Übersicht 30:	Hilflosenzuschußbezieher nach Pensionsversicherungsträgern und Pensionsarten (absolut) Dezember 1990 .....	439
Übersicht 31:	Hilflosenzuschußbezieher nach Pensionsversicherungsträgern und Pensionsarten (in % des Pensionsstandes) Dezember 1990 .....	440
Übersicht 32:	Zahl der Neuzugangspensionen im Jahre 1990 .....	441
Übersicht 33:	Durchschnittliches Pensionszugangsalter Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit .....	442
Übersicht 34:	Durchschnittliches Pensionszugangsalter Direktpensionen (Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit) .....	443
Übersicht 35:	Zahl der Neuzugänge an Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit) sowie deren Anteil an den Direktpensionen .....	444
Übersicht 36:	Erledigte Pensionsanträge im Jahr 1990 .....	445
Übersicht 37:	Durchschnittspensionen des Pensionsneuzuganges 1990 nach PV-Trägern und Geschlecht in Schilling .....	446
Übersicht 38:	Pensionsquantile des Pensionsneuzuganges im Jahr 1990 (ohne Zulagen und Zuschüsse) .....	447
Übersicht 39:	Durchschnittliches Pensionsabgangsalter bei Abgang wegen Todes (Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit) .....	448
Übersicht 40:	Durchschnittliches Pensionsabgangsalter bei Abgang wegen Todes Direktpensionen (= Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit) .....	449
Übersicht 41:	Anpassungsfaktor, Erhöhung der Ausgleichszulagen Aufwertungszahl .....	450
Übersicht 42:	Ausgleichszulagenrichtsätze .....	451
Übersicht 43:	Feste Beträge .....	452
Übersicht 44:	Entwicklung der Pensionsanpassungsfaktoren, Ausgleichszulagenrichtsätze und Preisindices .....	453
Übersicht 45:	Ruhebezüge (ohne ÖBB und PTV) Gesamt .....	454
Übersicht 46:	Ruhebezüge (ohne ÖBB und PTV) Männer .....	456
Übersicht 47:	Ruhebezüge (ohne ÖBB und PTV) Frauen .....	457
Übersicht 48:	Ruhebezüge (Durchschnittsbruttopensionen) ohne ÖBB und PTV .....	458
Übersicht 49:	Pensionierungsalter der Ruhestandsbeamten (Neuanfälle im Jahre 1990) .....	459
Übersicht 50:	Ruhegenußbezüge und Versorgungsbezüge der Landesbediensteten im Burgenland (in öS) .....	460
Übersicht 51:	Ruhegenußbezüge und Versorgungsbezüge der Landesbediensteten in Kärnten (in öS) .....	461

Übersicht 1S o z i a l a u s g a b e n 1980 - 1990

	Sozialausgaben in Mio.S	Steigerung zum Vorjahr in %	Sozial- quote 1)
1980	257.449	+ 5,6	25,9
1985	364.603	+ 6,4	27,0
1989	448.324	+ 4,5	26,8
1990 <sup>2)</sup>	481.044	+ 7,3	26,6

1) Sozialausgaben in Prozent des BIP

2) Bundesvoranschlag

Quelle: WIFO

übersicht 2Gebbarungsergebnisse in der Sozialversicherung insgesamt

Beträge in 1000 Schilling

B e z e i c h n u n g	1989	1990 <sup>1)</sup>	Änderung in %
Gesamteinnahmen	263,092.887	281,522.210	+ 7,00
Beiträge für Versicherte	174,090,060	187,281.653	+ 7,58
Beiträge aus dem Aus- gleichsfonds	25,827.702	31,982.933	+ 23,83
Beiträge des Bundes (§ 80 ASVG, § 34 GSVG, § 31 BSVG)	47,971.930	45,551.588	- 5,05
Sonstige Einnahmen	15,203.195	16,706.036	+ 9,89
Gesamtausgaben	262,177.634	279,920.383	+ 6,77
Leistungsaufwand	250,909.391	267,898.530	+ 6,77
Sonstige Ausgaben	11,268.243	12,021.853	+ 6,69
S a l d o	915.253	1,601.827	

1) vorläufige Gebahrungsergebnisse

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger,  
eigene Berechnungen



Übersicht 3

Ausgaben der Sozialversicherung im Vergleich zum  
Bruttoinlandsprodukt und zum Bundesbudget

Jahr	Brutto- inlands- produkt	Bundes- budget	Mittel der Sozialversicherung		
			Mill.S	in Prozent von	
				Spalte 2	Spalte 3
	Millionen Schilling				
1	2	3	4	5	6
1970	375.880	101.584	44.897	11,9	44,2
1975	656.120	196.697	88.600	13,5	45,0
1980	994.700	306.492	148.507	14,9	48,5
1985	1.348.420	464.673	211.814	15,7	45,6
1989	1.673.430	540.664	263.093	15,7	48,7
1990 <sup>1)</sup>	1.809.850	564.424	281.522	15,6	49,9

1) vorläufig

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;  
 Österreichisches Statistisches Zentralamt;  
 eigene Berechnungen

Übersicht 4

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung  
nach Versicherungszweigen  
im Jahre 1990

	Kranken- versicherung	Pensions- versicherung	Unfall- versicherung	Soz. vers. insgesamt
E i n n a h m e n in Mio.S	73.901	197.511	10.111	281.522
davon Beiträge in Mio.S	64.995	144.326 <sup>1)</sup>	9.363	218.684
davon Beiträge in %	87,9	73,1	92,6	77,7
A u s g a b e n in Mio.S	73.387	197.465	9.068	279.920
davon Leistungen an Versicherte in Mio.S	68.671	191.516	7.712	267.899
davon Leistungen an Versicherte in %	93,6	97,0	85,0	95,7
S a l d o in Mio.S	+ 514	+ 46	+ 1.043	+ 1.602
Anteil der Beiträge an den Vers.Leistungen in %	94,6	75,4	121,4	81,6

<sup>1)</sup> einschließlich Beiträge aus dem Ausgleichsfonds

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger,  
eigene Berechnungen

Übersicht 5Gebärungsergebnisse in der Krankenversicherung

Beträge in 1000 Schilling

B e z e i c h n u n g	1989	1990 <sup>1)</sup>	Änderung in %
Gesamteinnahmen	68,787.193	73,900.597	+ 7,43
Beiträge für Versicherte	60,662.027	64,995.369	+ 7,14
Bundesbeitrag	753.407	751.820	- 0,21
Sonstige Einnahmen	7,371.759	8,153.408	+ 10,60
Gesamtausgaben	68,693.283	73,387.093	+ 6,83
Ärztliche Hilfe	17,933.332	19,147.807	+ 6,77
Heilmittel (Arzneien)	9,187.917	9,880.793	+ 7,54
Heilbehelfe (Hilfsmittel)	1,591.295	1,754.268	+ 10,24
Zahnbehandlung, Zahnersatz	5,684.337	5,960.518	+ 4,86
Anstaltspflege, Hauskrankenpflege	16,561.622	17,227.736	+ 4,02
Überweisung an den Sonderfonds <sup>2)</sup>	4,089.818	4,671.294	+ 14,22
Krankenunterstützung	3,021.366	3,277.782	+ 8,49
Mutterschaftsleistungen	3,379.983	3,759.184	+ 11,22
Gesundheitsförderung			
Krankheitsverhütung	1,153.074	1,162.596	+ 0,83
Jugendl.- u. Gesundenuntersuchung <sup>3)</sup>	427.405	455.663	+ 6,61
Bestattungskostenbeitrag	119.541	119.673	+ 0,11
Fahrtspesen, Transportkosten	1,163.291	1,253.434	+ 7,75
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	2,437.936	2,610.169	+ 7,06
Sonstige Ausgaben	1,914.556	2,054.424	+ 7,31
Zuweisung an Rücklagen	27.810	51.752	+ 86,09
S a l d o	+ 93.910	+ 513.504	

1) vorläufige Gebärungsergebnisse

2) gemäß § 447f ASVG

3) einschließlich "Sonstige Maßnahmen" zur Erhaltung der Volksgesundheit

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;  
eigene Berechnungen

Übersicht 6Beitragszahlende Krankenversicherte nach Kategorien <sup>1)</sup>

	absolut			Anteile in %
	1980	1989	1990	1990
Erwerbstätige	3,020.537	3,049.458	3,110.223	61,1
Unselbständige	2,723.220	2,784.980	2,850.334	56,0
Arbeiter	1,382.077	1,299.747	1,325.131	26,0
Angestellte	1,077.173	1,200.621	1,241.277	24,4
Beamte	263.970	284.612	283.926	5,6
Selbständige	297.317	264.478	259.889	5,1
Gewerbtreibende	149.510	149.113	149.406	2,9
Bauern <sup>2)</sup>	147.807	115.365	110.483	2,2
Arbeitslose	61.546	146.745	156.444	3,1
Pensionisten und Rentner	1,596.889	1,707.136	1,717.497	33,7
Kriegshinterbliebene	20.666	12.236	11.469	0,2
freiwillig Versicherte	99.624	94.244	95.284	1,9
<b>i n s g e s a m t</b>	<b>4,799.262</b>	<b>5,009.819</b>	<b>5,090.917</b>	<b>100,0</b>

1) Versicherungsverhältnisse

2) einschließlich pflichtversicherte Angehörige

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;  
eigene Berechnungen

Übersicht 7Geschützte Personen in der Krankenversicherung  
1990

	absolut	in % der Wohnbevölkerung
Beitragszahler	4,720.000	61,4
mitversicherte Angehörige	2,700.000	35,1
durch Krankenfürsorge- anstalten geschützte Personen	200.000	2,6
insgesamt	7,620.000	99,1

Quelle: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 8Gebbarungsergebnisse nach Krankenversicherungsträgern

Beträge in 1000 Schilling

	1989	1990 <sup>1)</sup>
Krankenversicherungs- träger nach dem ASVG	- 212.710	557.281
- Gebietskrankenkassen	- 338.359	412.861
- Betriebskrankenkassen	109.986	105.485
- VA d.österr.Bergbaues	4.561	4.680
- VA d.österr.Eisenbahnen - Abteilung A	11.102	34.255
Krankenversicherungs- träger nach dem B-KUVG	537.234	84.589
- VA d.österr.Eisenbahnen - Abteilung B	49.311	82.270
- VA d.öffentl.Bediensteten	487.923	2.319
SVA d.gewerbl.Wirtschaft	- 81.938	45.614
SVA d.Bauern	- 148.676	- 173.980
alle Krankenversicherungs- träger	93.910	513.504

<sup>1)</sup> vorläufige Gebahrungsergebnisse

Quelle: Hauptverband der österr.Sozialversicherungsträger

Übersicht 9Gebbarungsergebnisse in der Unfallversicherung

Beträge in 1000 Schilling

B e z e i c h n u n g	1989	1990 <sup>1)</sup>	Änderung in %
Gesamteinnahmen	9,469.448	10,110.641	+ 6,77
Beiträge für Versicherte	8,755.837	9,362.934	+ 6,93
Bundesbeitrag gem. § 31 BSVG	250.629	253.630	+ 1,20
Sonstige Einnahmen	462.982	494.077	+ 6,72
Gesamtausgaben	8,589.065	9,067.967	+ 5,58
Rentenaufwand	4,329.853	4,529.266	+ 4,61
Unfallheilbehandlung	2,109.064	2,255.401	+ 6,94
Sonstige Leistungen	864.461	927.566	+ 7,30
Auszahlungsgebühren	6.847	6.619	- 3,33
Verwaltungsaufwand	723.962	794.685	+ 9,77
Sonstige Ausgaben	547.210	554.080	+ 1,26
Zuweisung an Rücklagen	7.668	350	- 95,44
S a l d o	+ 880.383	+ 1,042.674	

1) vorläufige Gebaarungsergebnisse

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;  
eigene Berechnungen

Übersicht 10Rentenbezieher und Durchschnittsrenten in der Unfallversicherung

	Zahl der Renten			Durchschnittsrenten		
	1989	1990	Differenz in %	1989 in Schilling	1990	Differenz in %
Renten insgesamt	112.890	113.206	+ 0,28	2.534	2.666	+ 5,21
Versehrtenrenten	90.459	91.160	+ 0,77	2.276	2.397	+ 5,32
bis 49 v.H.	79.638	80.375	+ 0,93	1.694	1.792	+ 5,79
50 - 99 v.H.	9.055	8.999	- 0,62	5.388	5.665	+ 5,14
Vollrenten 100 v.H.	1.766	1.786	+ 1,13	12.556	13.126	+ 4,54
Witwen(Witwer)renten	16.322	16.246	- 0,47	3.873	4.086	+ 5,50
Waisenrenten	6.040	5.733	- 5,08	2.777	2.938	+ 5,80
Eltern(Geschwister)- renten	69	67	- 2,90	2.221	2.363	+ 6,39

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger  
eigene Berechnungen



Übersicht 11Zusammentreffen von Unfallrente und Pension

	Männer	Frauen	Männer und Frauen
in Schilling			
Rente	2.866	2.875	2.869
Pension	9.270	5.424	7.627
gesamtes Einkommen	12.136	8.299	10.496

Quelle: Hauptverband der österreichischen  
Sozialversicherungsträger

Übersicht 12Gebbarungsergebnisse in der Pensionsversicherung

Beträge in 1000 Schilling

B e z e i c h n u n g	1989	1990 <sup>1)</sup>	Änderung in %
Gesamteinnahmen	184,836.246	197,510.972	+ 6,86
Beiträge für Versicherte <sup>2)</sup>	130,297.722	144,325.707	+ 10,77
Bundesbeitrag	46,967.894	44,546.138	- 5,16
Ersätze für Ausgleichszulagen	6,376.136	7,381.393	+ 15,77
Sonstige Einnahmen	1,194.494	1,257.734	+ 5,29
Gesamtausgaben	184,895.286	197,465.323	+ 6,80
Pensionsaufwand	157,416.634	167,766.965	+ 6,58
Ausgleichszulagen	6,376.136	7,381.393	+ 15,77
Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	2,457.165	2,553.307	+ 3,91
Beiträge zur KV der Pensionisten	11,752.071	12,517.457	+ 6,51
Sonstige Leistungen	1,291.026	1,296.427	+ 0,42
Auszahlungsgebühren	71.437	68.067	- 4,72
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	4,003.732	4,242.268	+ 5,96
Sonstige Ausgaben	1,432.660	1,637.332	+ 14,29
Zuweisung an Rücklagen	94.425	2.107	- 97,77
S a l d o	- 59.040	+ 45.649	

1) vorläufige Gebahrungsergebnisse

2) einschließlich Überweisung aus dem Ausgleichsfonds

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;  
eigene Berechnungen

Übersicht 13

Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung  
(1955 bis 1995)

	Gesamtaufwendungen der PV einschließl. Ausgleichszulagen	Bundesmittel (Bundesbeiträge u. Ausgleichszulagen)	Anteil der Bundesmittel an den Gesamtauf- wendungen
	Mio.S	Mio.S	%
1955 <sup>1)</sup>	4.158	891	21,4
1960	8.320	1.983	23,8
1965	17.543	5.296	30,2
1970	30.156	9.430	31,3
1975	59.665	20.200	33,9
1980	100.056	22.286	22,3
1985	148.316	41.087	27,7
1990	197.441	51.184	25,9
1991 <sup>2)</sup>	213.011	56.570	26,6
1992	225.427	62.634	27,8
1993	237.391	63.765	26,9
1994	250.241	65.456	26,2
1995	265.257	68.044	25,7

1) von 1955 bis 1990 tatsächliche Werte

2) von 1991 bis 1995 geschätzte Werte

Quelle: eigene Berechnungen für den Beirat für die  
Renten- und Pensionsanpassung

## Übersicht 14

Gebbarungsergebnisse des Jahres 1990  
in der Pensionsversicherung der Unselbständigen  
und in der Pensionsversicherung der Selbständigen

	Pensionsversicherung der		
	Unselbständigen	Selbständigen	insgesamt
	in Millionen Schilling		
E i n n a h m e n insgesamt	165.773	31.738	197.511
Beiträge für Versicherte	105.525	7.398	112.923
Beiträge an den Ausgleichsfonds	30.194	1.209	31.402
Beiträge des Bundes	24.793	19.753	44.546
Ausgleichszulagenersätze	4.121	3.261	7.381
sonstige Einnahmen	1.141	117	1.258
A u s g a b e n insgesamt	165.687	31.779	197.465
Pensionsaufwand	142.860	24.907	167.767
Ausgleichszulagenaufwand	4.121	3.261	7.381
Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	2.094	459	2.553
Beiträge zur KV der Pensionisten	10.583	1.934	12.517
sonstige Leistungen	1.284	12	1.296
Verwaltungsaufwand	3.355	888	4.242
sonstige Ausgaben	1.389	316	1.706
S a l d o	+ 86	- 40	+ 46

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

## Übersicht 15

Bundesmittel nach Pensionsversicherungsträgern

	1 9 8 9			1 9 9 0 *)		
	Gesamtausgaben S	Bundesmittel <sup>1)</sup> S	in % der Gesamtausgaben	Gesamtausgaben S	Bundesmittel S	in % der Gesamtausgaben
Gesamte Pens.Vers.	184,780.307	53,344.030	28,87	197,346.542	51,927.531	26,31
PV der Unselbständigen	155,438.583	32,481.068	20,90	165,686.752	28,913.697	17,45
PVA d.Arbeiter	83,872.279	23,261.441	27,73	89,005.392	21,107.402	23,71
VA d.ö.Eisenbahnen	1,608.877	358.362	22,27	1,702.517	333.266	19,57
PVA d.Angestellten	65,966.636	7,144.361	10,83	70,790.871	5,826.985	8,23
VA d.ö.Bergbaues	3,990.791	1,716.904	43,02	4,187.972	1,646.044	39,30
PV der Selbständigen	29,341.724	20,862.962	71,10	31,659.790	23,013.834	72,69
SVA d.gew.Wirtschaft	15,841.469	10,803.186	68,20	16,919.612	11,775.034	69,59
SVA d.Bauern	13,500.255	10,059.776	74,52	14,740.178	11,238.800	76,25

\*) vorläufige Gebarungsergebnisse

1) Bundesbeitrag und Ausgleichszulagen

Quelle: Hauptverband der österr.Sozialversicherungsträger;  
eigene Berechnungen

Übersicht 16Entwicklung der Belastungsquote <sup>1)</sup>

	PVA der Arbeiter	PVA der Angestellten	SVA der Bauern	SVA der gew.Wirtschaft	gesamte PV
1970	549	312	542	525	487
1975	584	278	763	685	504
1980	605	296	903	701	522
1985	687	359	986	728	585
1989	706	379	1.025	714	598
1990	696	374	1.047	703	590

<sup>1)</sup> Belastungsquote: auf 1.000 Pensionsversicherte entfallen  
..... Pensionen

Quelle: Hauptverband der österr.Sozialversicherungsträger

Übersicht 17

Das volkswirtschaftliche Pensionskonto 1989/1990  
Mrd.S

Ausgaben	1989	1990 *)	Änderung in %	Einnahmen	1989	1990 *)	Änderung in %
Pensions- und Rentenaufwand	256,25	272,99	6,5	Beiträge für Versicherte	142,69	154,00	7,9
PV Unselbst. 1)	147,70	157,65	6,7	PV Unselbst. 4)	118,92	129,06	8,5
PV Selbständige	27,92	30,10	7,8	PV Selbständige	8,34	8,37	0,4
Unfallversicherung	4,33	4,53	4,6	Unfallversicherung	4,33	4,53	4,6
Bund 2)	42,37	45,00	6,2	Bund 2)	6,43	6,96	8,2
Länder, Gemeinden 2)	25,33	26,84	6,0	Länder, Gemeinden 2)	4,53	4,94	9,1
Sonst.öffentl.Rechtsträger	2,44	2,60	6,6	Sonst.öffentl.Rechtsträger	0,14	0,14	0,0
Kriegsopfer- und Heeres- versorgung (Bund) 3)	6,16	6,27	1,8	Pensionsübernahme der öffentl.Rechtsträger	65,20	68,67	5,3
				Bund	42,11	44,31	5,2
				Länder, Gemeinden	20,79	21,91	5,4
				Sonst.öffentl.Rechtsträger	2,30	2,45	6,5
				Beiträge des Bundes zur PV	55,94	54,51	- 2,6
				Unselbständige 1)	34,96	31,40	- 10,2
				Selbständige	20,98	23,11	10,2
Sonst.Ausgaben d.PV-Träger	9,39	9,84	4,8	Sonst.Einnahmen d.PV-Träger	1,75	5,70	225,7
Gesamtausgaben	265,64	282,83	6,5	Gesamteinnahmen	265,58	282,88	6,5
Saldo: Einnahmenüberschuß	- 0,06	+ 0,05	-				
<u>Memorandum:</u>				<u>Memorandum:</u>			
Anteil des Pensions- und Rentenaufwandes (in %)				Anteil an den Gesamteinnahmen (in %)			
am BIP	15,3	15,1	- 0,2	Beiträge für Versicherte	53,7	54,4	0,7
an den lfd.Ausgaben d.Staates	47,4	48,4	+ 2,3	Pensionsübernahmen d.öffentl. Rechtsträger	24,6	24,3	- 0,3
an den lfd.Einnahmen der privaten Haushalte	20,9	20,4	- 0,5	Beiträge des Bundes zur PV	21,1	19,3	- 1,8
				Sonst.Einnahmen der PV-Anstalten	0,7	2,0	1,3

\*) vorläufige Werte

1) Einschließlich Sonderruhegeld nach dem NSchG

2) Hoheitsverwaltung und Betriebe

3) Einschließlich Opferfürsorge und Kleinrentnerentschädigung

4) Einschließlich Beitrag nach dem NSchG

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

## Übersicht 18

Die wichtigsten Beitragssätze

	(in %)					
	1 9 9 0			1 9 9 1		
	in-ges-samt	Dienst-geber-anteil	Dienst-nehmer-anteil	in-ges-samt	Dienst-geber-anteil	Dienst-nehmer-anteil
<u>Arbeiter und Angestellte (ASVG)</u>						
Krankenversicherung						
Arbeiter, die dem EFZG nicht unterliegen	7,5	3,75	3,75	7,5	3,75	3,75
Arbeiter, die dem EFZG unterliegen	6,3	3,15	3,15	6,3	3,15	3,15
Angestellte	5,0	2,5	2,5	5,0	2,5	2,5
Unfallversicherung <sup>1)</sup>	1,4	1,4	-	1,4	1,4	-
Pensionsversicherung						
Beitrag <sup>2)</sup>	18,5	9,25	9,25	18,5	9,25	9,25
Zusatzbeitrag <sup>3)</sup>	4,3	3,3	1,0	4,3	3,3	1,0
Arbeitslosenversicherung <sup>4)</sup>	4,6	2,3	2,3	4,4	2,2	2,2
Familienlastenausgleichsfonds	4,5	4,5	-	4,5	4,5	-
<u>Beamte (B-KVG)</u>						
Krankenversicherung	6,3	3,15	3,15	6,3	3,15	3,15
Zuschlag für erweiterte Heilbehandlung	0,4	0,4	-	0,4	0,4	-
Unfallversicherung	0,47	0,47	-	0,47	0,47	-
Pensionsbeitrag lt. PG	9,75	9,75	-	10,0	10,0	-
<u>Gewerbetreibende (GSVG)</u>						
Krankenversicherung	7,7	-	-	7,7	-	-
Pensionsversicherung	12,5	-	-	12,5	-	-
<u>Bauern (BSVG)</u>						
Krankenversicherung	4,8	-	-	4,8	-	-
Pensionsversicherung	12,5	-	-	12,5	-	-

1) ab 1.7.1991 1,3 %

2) lt. § 51 ASVG

3) lt. § 51a ASVG

4) ab 1.8.1990 4,4 %



Übersicht 19Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung(1955 bis 1995)

	Gesamtaufwendungen der PV einschließl. Ausgleichszulagen	Bundesmittel (Bundesbeiträge u. Ausgleichszulagen)	Anteil der Bundesmittel an den Gesamtauf- wendungen
	Mio.S	Mio.S	%
1955 <sup>1)</sup>	4.158	891	21,4
1956	4.722	439	9,3
1957	5.636	816	14,5
1958	6.406	1.469	22,9
1959	7.460	1.853	24,8
1960	8.320	1.983	23,8
1961	10.227	2.962	29,0
1962	12.221	3.566	29,2
1963	13.773	4.128	30,0
1964	15.515	4.913	31,7
1965	17.543	5.296	30,2
1966	19.947	6.497	32,6
1967	22.420	7.567	33,8
1968	24.859	8.474	34,1
1969	27.571	9.012	32,7
1970	30.156	9.430	31,3
1971	34.610	10.785	31,2
1972	39.189	12.077	30,8
1973	43.733	13.035	29,8
1974	51.107	15.955	31,2
1975	59.665	20.200	33,9
1976	70.657	22.829	32,3
1977	76.659	26.092	34,0
1978	84.584	21.624	25,6
1979	92.248	23.850	25,9
1980	100.056	22.286	22,3
1981	108.415	24.130	22,3
1982	118.695	31.040	26,2
1983	128.939	38.161	29,6
1984	139.089	40.156	28,9
1985	148.316	41.087	27,7
1986	157.956	44.008	27,9
1987	168.415	50.854	30,2
1988	175.151	52.171	29,8
1989	184.686	53.344	28,9
1990 <sup>2)</sup>	197.442	52.316	26,5

1) von 1955 bis 1989 tatsächliche Werte

2) 1990 vorläufige Werte

Quelle: eigene Berechnungen

## Übersicht 20

Pensionsstände  
nach Versicherungsträgern und Pensionsarten  
Jahresdurchschnitt 1990

	PVA der Arbeiter	VA d.österr. Eisenbahnen	PVA der Ang.	VA d.österr. Bergbaues	SVA d.gew. Wirtschaft	SVA der Bauern	VA d.österr. Notariates	alle PV-Träger
Pensionen aus dem Vers.falld.gemin- derten Arbeitsfähig- keit bzw. d.dauernden Erwerbsunfähigkeit	226.651	2.920	59.042	6.473	18.884	63.981	8	377.959
Alterspensionen 1)	366.812	5.545	274.045	9.367	73.943	66.466	96	796.274
davon vorzeitige Alterspens. bei Arbeitslosigkeit	9.762	32	4.310	99	35	24	-	14.262
vorzeitige Alterspens. bei langer Vers.dauer	41.467	545	40.562	1.232	7.554	9.802	-	101.162
Witwenpensionen	247.974	6.561	101.179	10.805	45.120	43.719	177	455.535
Witwerpensionen	9.860	115	6.091	36	1.689	2.658	-	20.449
Waisenspensionen	34.006	498	12.737	695	4.019	6.671	25	58.651
PENSIONEN insgesamt	885.303	15.639	453.094	27.376	143.655	183.495	306	1,708.868

1) einschließlich Knappschaftssold und Höherversicherungspensionen  
 Quelle: Hauptverband der österr.Sozialversicherungsträger  
 eigene Berechnungen

Übersicht 21Pensionsstand nach Geschlecht und Pensionsart

Stand Dezember 1990

	M ä n n e r		F r a u e n		Männer + Frauen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Alterspensionen 1)	355.405	44,3	446.400	55,7	801.805	100
davon vorzeitige Alterspensionen bei Arbeitslosigkeit	2.525	17,3	12.057	82,7	14.582	100
vorzeitige Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer	73.927	73,2	26.999	26,8	100.926	100
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit	215.159	56,3	166.982	43,7	382.141	100
Witwenpensionen	-	0,0	455.645	100,0	455.645	100
Witwerpensionen	21.387	100,0	-	0,0	21.387	100
Waisenpensionen	29.023	50,3	28.664	49,7	57.687	100
a l l e P e n s i o n e n 2)	620.974	36,1	1.097.691	63,9	1.718.665	100

1) inkl. Höhrversicherung und Knappschaftssold

2) inkl. Notare

Quelle: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger  
eigene Berechnungen

Übersicht 22Pensionsleistungen und durchschnittliche Pensionshöhe  
(Stand Dezember 1990)

	Stand der Pensionen	Änderung zum Dezember 1989 Prozent	durchschnittl.Höhe der Pensionsleistung 2) Schilling	Änderung zum Dezember 1989 Prozent
<u>PV der Unselbständigen</u>				
Alterspensionen 1)	660.409	+ 1,8	9.096	+ 4,7
davon Alterspensionen ohne vorzeitige Alterspensionen	562.291	+ 2,1	8.515	+ 5,1
vorzeitige Alterspensionen bei Arbeitslosigkeit	14.521	+ 5,0	6.625	+ 4,5
vorzeitige Alterspensionen bei langer Vers.dauer	83.597	- 0,8	13.435	+ 4,3
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	298.057	+ 1,9	7.573	+ 5,9
Witwen(Witwer)pensionen	383.479	+ 0,2	5.339	+ 5,7
Waisenspensionen	47.166	- 3,2	2.328	+ 7,6
<u>PV der Selbständigen</u> 3)				
Alterspensionen	140.038	- 0,8	7.562	+ 7,4
davon Alterspensionen ohne vorzeitige Alterspensionen	122.648	- 1,0	7.319	+ 7,6
vorzeitige Alterspensionen	17.390	+ 0,3	9.276	+ 6,4
Erwerbsunfähigkeitspensionen	84.084	+ 3,0	5.400	+ 8,3
Witwen(Witwer)pensionen	93.553	+ 0,2	4.867	+ 8,9
Waisenspensionen	10.521	- 3,8	2.805	+ 10,4

1) ohne Knappschaftssold

2) ohne Höherversicherung

3) inkl. Notare

Quelle: Hauptverband der österr.Sozialversicherungsträger

## Übersicht 23

## Durchschnittspensionen im Dezember 1990

nach PV-Trägern und Geschlecht (inkl. AZ, KZ, HZ)  
in Schilling

	Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit				Alterspensionen				Witwen(Witwer)pensionen				Waisen- pensionen	
	Männer	%)	Frauen	%)	Männer	%)	Frauen	%)	Männer	%)	Frauen	%)	M+W	%)
PVA d.Arbeiter	8.386	5,4	4.793	5,8	10.119	4,5	5.271	4,7	1.693	5,7	4.970	6,0	2.199	8,3
VA d.ö.Eisenb.	8.121	6,1	5.210	6,7	10.975	3,7	6.657	4,9	2.186	4,3	4.176	6,8	2.234	8,9
PVA d.Ang.	12.253	5,5	6.504	5,1	14.766	5,1	8.978	3,9	2.749	4,6	6.681	5,6	2.585	5,3
VA d.ö.Bergb. <sup>1)</sup>	11.692	5,8	7.128	5,6	14.962	5,6	8.892	3,9	2.884	2,3	6.969	5,9	3.941	9,7
PV nach dem ASVG	9.180	5,4	5.210	5,8	12.165	5,5	6.873	4,5	2.102	5,5	5.488	5,9	2.328	7,6
SVA d.g.Wirtschaft	8.593	6,7	4.624	6,3	10.986	6,5	6.977	5,8	2.229	5,9	5.399	7,0	2.720	8,6
SVA d. Bauern	7.133	9,9	3.435	7,1	7.320	9,6	3.785	8,0	1.071	5,7	4.602	12,2	2.839	11,5
gesamte PV <sup>2)</sup>	8.889	5,9	4.782	5,8	11.533	5,8	6.676	4,9	1.979	5,6	5.395	6,4	2.413	8,2

\* ) Steigerung gegenüber Vorjahr in Prozent  
 1) ohne Knappschaftslohn

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;  
 eigene Berechnungen

## Übersicht 24

Pensionsquantile der Pensionsleistungen im Jahr 1990  
(inklusive Zulagen und Zuschüsse)

Gesamte Pensionsversicherung

in Schilling

Einkommens- dezil	Pensionen wegen gem. Arbeit(Erwerb)sfähigkeit		Alterspensionen		Witwen/Witwerpensionen		Waisen- pensionen	Alle Pensionen
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	MM + FF	MM + FF
10 %	3.057	1.493	4.500	2.268	799	1.994	719	1.823
20 %	5.342	2.350	7.698	3.421	1.184	3.097	1.166	3.234
25 %	5.714	2.754	8.355	3.952	1.338	3.660	1.337	3.920
30 %	6.368	3.143	9.094	4.475	1.457	4.213	1.482	4.604
40 %	7.718	3.857	10.439	5.482	1.638	5.178	1.779	5.604
50 %	8.624	4.602	11.721	6.085	1.846	5.627	2.025	6.562
60 %	9.888	5.415	13.106	7.087	2.142	6.203	2.219	7.867
70 %	11.165	5.749	14.706	8.155	2.538	7.191	2.715	9.025
75 %	11.903	6.288	15.575	8.792	2.799	7.739	3.064	9.928
80 %	12.735	6.911	16.553	9.632	3.127	8.100	3.553	10.983
90 %	15.020	8.157	19.157	12.472	4.230	9.185	5.762	14.284
Anzahl	215.151	166.982	355.309	446.400	21.387	455.473	57.661	1.718.363

Quelle: eigene Berechnungen

## Übersicht 25

Pensionsquantile der Pensionsleistungen im Jahr 1990  
(ohne Zulagen und Zuschüsse)

Gesamte Pensionsversicherung

in Schilling

Einkommens- quantil dezil	Pensionen wegen gem. Arbeit(Erwerb)sfähigkeit		Alterspensionen		Witwen/Witwerpensionen		Waisen- pensionen MM + FF	Alle Pensionen MM + FF
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
10 %	1.837	1.278	2.621	1.582	577	1.286	503	1.348
20 %	3.491	1.769	5.679	2.800	861	2.195	817	2.341
25 %	4.230	2.063	6.927	3.308	1.016	2.511	938	2.809
30 %	4.924	2.352	7.968	3.753	1.158	2.812	1.068	3.277
40 %	6.316	2.868	9.653	4.596	1.428	3.445	1.307	4.242
50 %	7.757	3.380	11.132	5.469	1.688	4.110	1.525	5.286
60 %	9.202	3.944	12.637	6.413	1.982	4.817	1.759	6.531
70 %	10.683	4.624	14.340	7.590	2.351	5.616	2.032	8.199
75 %	11.482	5.027	15.283	8.318	2.586	6.077	2.196	9.241
80 %	12.360	5.515	16.288	9.226	2.875	6.610	2.397	10.435
90 %	14.728	7.040	18.967	12.174	3.780	8.186	3.007	13.941
Anzahl	215.151	166.982	355.288	446.387	21.387	455.473	57.661	1.718.329

Quelle: eigene Berechnungen

## Übersicht 26

Durchschnittliche Pensionshöhe  
mit und ohne Auslandspensionen

(Stand Dezember 1990)

	Pensionsversicherung der Unselbständigen		Pensionsversicherung der Selbständigen	
	ohne Auslandspensionen	mit	ohne Auslandspensionen	mit
Schilling				
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit	8.197	7.573	5.407	5.400
Alterspensionen	9.857	9.096	7.594	7.562
Witwenpensionen	6.001	5.488	5.068	5.038
Witwerpensionen	2.171	2.102	1.522	1.521
Waisenpensionen	2.562	2.328	2.825	2.805
a l l e P e n s i o n e n	8.146	7.496	6.112	6.087

Quelle: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger



## Übersicht 27

Durchschnittliche Pensionsleistung <sup>1)</sup>  
bei Bezug einer Pension und bei Bezug von zwei Pensionen

(Stand Dezember 1990)

	Männer	Frauen	Männer + Frauen
	S c h i l l i n g		
<u>Bezug einer Pension</u>			
Alterspension	11.523	7.002	9.321
Invaliditäts(Erwerbsunfähigkeits)pension	8.945	5.097	7.544
Witwen(Witwer)pension	2.352	5.543	5.464
<u>Bezug von zwei Pensionen</u>			
Alterspension + Witwen(Witwer)pension	13.532	11.271	11.458
Alterspension	11.510	5.806	6.276
Witwen(Witwer)pension	2.022	5.465	5.182
Invaliditäts(Erwerbsunfähigkeits)pension + Witwen(Witwer)pension	10.971	8.900	9.041
Invaliditäts(Erwerbsunfähigkeits)pension	9.203	4.011	4.365
Witwen(Witwer)pension	1.768	4.889	4.676

<sup>1)</sup> einschließlich Zulagen und Zuschüsse

Quelle: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger

## Übersicht 28

Ausgleichszulagenbezieher  
nach Pensionsversicherungsträgern und Pensionsarten

absolut

Dezember 1990

	Alters- pensionen		Pensionen aus dem Vers.fall der gem.Arbeitsfähigk. bzw.der dauernden Erwerbsunfähigkeit		Witwen- pensionen	Witwer- pensionen	Waisen- pensionen *)	Pensionen insgesamt
	M	F	M	F	F	M	M + F	M + F
PVA der Arbeiter	6.230	27.021	21.473	25.204	60.912	168	8.615	149.623
VA d.österr.Eisenb.	23	239	137	149	814	-	95	1.457
PVA der Angestellten	430	2.262	1.240	2.398	4.652	59	1.021	12.062
VA d.österr.Bergb.	29	24	158	66	1.844	-	207	2.328
SVA d.gew.Wirtschaft	4.652	4.492	2.478	1.547	13.351	67	980	27.567
SVA d.Bauern	15.107	7.611	11.178	5.920	26.990	68	3.044	69.918
Pens.vers. insgesamt	26.471	41.649	36.664	35.284	108.563	362	13.962	262.955

\*) keine Aufteilung nach dem Geschlecht möglich

Quelle: Hauptverband der österr.Sozialversicherungsträger,  
eigene Berechnungen

## Übersicht 29

Ausgleichszulagenbezieher  
nach Pensionsversicherungsträgern und Pensionsarten

in Prozent des Pensionsstandes

Dezember 1990

	Alters- pensionen		Pensionen aus dem Vers.fall der gem.Arbeitsfähigk. bzw.der dauernden Erwerbsunfähigkeit		Witwen- pensionen	Witwer- pensionen	Waisen- pensionen *)	Pensionen insgesamt
	M	F	M	F	F	M	M + F	M + F
PVA der Arbeiter	4,1	12,5	15,6	27,8	24,6	1,6	25,9	16,8
VA d.österr.Eisenb.	1,0	7,3	7,1	14,2	12,6	-	19,4	9,3
PVA der Angestellten	0,0	1,4	3,9	8,4	4,6	0,9	8,0	2,6
VA d.österr.Bergb.	0,0	2,7	2,7	11,9	17,2	-	30,4	8,5
SVA d.gew.Wirtschaft	11,6	13,3	24,7	17,1	29,5	3,8	24,7	19,2
SVA d.Bauern	41,4	25,7	40,3	15,9	61,7	2,5	46,6	38,0
Pens.vers. insgesamt	7,5	9,3	17,4	21,1	23,8	1,7	24,2	15,3

\*) keine Aufteilung nach dem Geschlecht möglich

Quelle: Hauptverband der österr.Sozialversicherungsträger  
eigene Berechnungen

## Übersicht 30

Hilflosenzuschußbezieher  
nach Pensionsversicherungsträgern und Pensionsarten

absolut

Dezember 1990

	Alters- pensionen		Pensionen aus dem Vers.fall der gem.Arbeitsfähigk. bzw.der dauernden Erwerbsunfähigkeit		Witwen- pensionen	Witwer- pensionen	Waisen- pensionen *)	Pensionen insgesamt
	M	F	M	F	F	M	M + F	M + F
PVA der Arbeiter	18.431	20.511	18.668	16.997	50.308	302	4.255	129.472
VA d.österr.Eisenb.	218	479	248	200	1.413	9	83	2.650
PVA der Angestellten	7.427	10.064	3.454	4.486	13.834	72	912	40.249
VA d.österr.Bergb.	863	86	825	124	3.088	-	195	5.181
SVA d.gew.Wirtschaft	5.469	5.285	1.863	1.497	9.015	73	694	23.896
SVA d.Bauern	6.431	5.328	3.901	3.360	13.038	76	1.990	34.124
Pens.vers. insgesamt	38.839	41.753	28.959	26.664	90.696	532	8.129	235.572

\*) keine Aufteilung nach dem Geschlecht möglich

Quelle: Hauptverband der österr.Sozialversicherungsträger  
eigene Berechnungen

## Übersicht 31

Hilflosenzuschußbezieher  
nach Pensionsversicherungsträgern und Pensionsarten

in Prozent des Pensionsstandes

Dezember 1990

	Alters- pensionen		Pensionen aus dem Vers.fall der gem.Arbeitsfähigk. bzw.der dauernden Erwerbsunfähigkeit		Witwen- pensionen	Witwer- pensionen	Waisen- pensionen *)	Pensionen insgesamt
	M	F	M	F	F	M	M + F	M + F
PVA der Arbeiter	12,0	9,5	13,5	18,8	20,3	3,0	12,8	14,6
VA d.österr.Eisenb.	9,5	14,7	12,8	19,1	21,9	7,4	17,0	17,0
PVA der Angestellten	6,5	6,2	11,0	15,8	13,6	1,1	7,2	8,8
VA d.österr.Bergb.	10,2	9,5	14,1	22,3	28,7	-	28,6	19,0
SVA d.gew.Wirtschaft	13,6	15,7	18,6	16,5	19,9	4,4	17,5	16,6
SVA d.Bauern	17,6	18,0	14,1	9,0	29,9	2,7	30,5	18,5
Pens.vers. insgesamt	10,9	9,4	13,5	16,0	19,9	2,5	14,1	13,7

\*) keine Aufteilung nach dem Geschlecht möglich

Quelle: Hauptverband der österr.Sozialversicherungsträger  
eigene Berechnungen

Übersicht 32Zahl der Neuzugangspensionen im Jahre 1990

	Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit			A l t e r s p e n s i o n			Witwen(Witwer)pension			Waisenpension
	Männer	Frauen	Männer u. Frauen	Männer	Frauen	Männer u. Frauen	Männer	Frauen	Männer u. Frauen	Männer u. Frauen
PVA der Arbeiter	13.169	4.546	17.715	10.308	9.924	20.232	1.786	11.819	13.605	3.480
VA d.öst.Eisenbahnen	218	63	281	136	111	247	32	174	206	39
PVA der Angestellten	2.056	2.047	5.103	7.480	8.666	16.146	1.203	5.418	6.621	1.734
VA d.öst.Bergbaues	268	13	281	520	16	536	13	437	450	60
PV nach dem ASVG	16.711	6.669	23.380	18.444	18.717	37.161	3.034	17.848	20.882	5.313
SVA der gew.Wirt.	959	376	1.335	2.390	1.417	3.807	277	2.418	2.695	421
SVA der Bauern	1.963	1.969	3.932	1.771	1.139	2.910	444	2.204	2.648	421
gesamte Pens.vers.	19.633	9.014	28.647	22.605	21.273	43.878	3.755	22.470	26.225	6.155

Quelle: eigene Berechnungen

Übersicht 33

Durchschnittliches Pensionszugangsalter  
Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit

	PVA der Arbeiter		PVA der Angestellten		ASVG		SVA der gew.Wirtschaft		SVA der Bauern		gesamte Pens.vers.	
	IP	AP	IP	AP	IP	AP	IP	AP	IP	AP	IP	AP
<u>Männer</u>												
1970	54,8	62,3	58,3	64,6	55,3	63,1	61,4	68,3	60,8	67,2	56,6	64,2
1975	54,6	62,9	57,0	64,4	55,0	63,5	60,4	66,2	59,7	66,7	56,6	64,3
1980	52,9	61,7	55,4	62,7	53,3	62,1	58,1	65,3	56,1	62,3	53,9	62,5
1985	53,5	61,4	55,3	62,5	53,9	62,0	57,6	63,8	56,3	61,2	54,3	62,1
1989	53,2	61,9	54,4	61,9	53,4	61,9	56,8	63,4	56,1	61,0	53,8	62,0
1990	53,4	62,2	54,1	61,9	53,5	62,1	56,8	63,3	56,1	61,0	53,9	62,1
<u>Frauen</u>												
1970	55,7	60,5	53,7	61,0	55,3	60,7	60,9	65,7	60,6	63,1	56,6	61,5
1975	56,0	60,7	53,6	61,2	55,4	60,9	60,0	64,6	58,7	62,6	56,5	61,5
1980	53,9	59,3	53,6	59,1	53,8	59,2	59,5	62,9	57,4	61,0	55,1	59,5
1985	53,4	59,0	53,2	59,4	53,4	59,2	59,7	62,6	57,6	60,2	54,8	59,5
1989	51,8	59,4	49,8	59,4	51,2	59,4	55,5	62,3	57,5	59,6	52,8	59,6
1990	51,4	59,6	49,3	59,5	50,8	59,6	55,1	62,3	57,4	59,5	52,4	59,7

Quelle: eigene Berechnungen

Übersicht 34Durchschnittliches PensionszugangsalterDirektpensionen (=Alterspensionen plus Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit)

	PVA der Arbeiter	PVA der Angestellten	ASVG	SVA der gew.Wirtschaft	SVA der Bauern	gesamte Pens.vers.
<u>Männer</u>						
1970	59,8	63,4	60,8	66,5	65,0	61,9
1975	59,9	63,1	60,9	65,2	63,4	61,8
1980	57,5	61,0	58,5	63,8	59,7	59,2
1985	56,4	60,4	57,9	62,2	58,4	58,3
1989	56,8	59,6	57,6	61,5	58,5	58,0
1990	57,3	59,7	58,0	61,4	58,4	58,3
<u>Frauen</u>						
1970	59,3	59,8	59,4	64,9	62,1	60,4
1975	59,2	59,9	59,5	63,5	60,8	60,1
1980	57,8	58,2	58,0	61,9	58,6	58,3
1985	56,9	58,2	57,5	61,8	58,3	57,9
1989	56,8	57,4	57,1	60,9	58,2	57,5
1990	57,0	57,5	57,2	60,8	58,2	57,5

Quelle: eigene Berechnungen



Übersicht 35

Zahl der Neuzugänge an Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit  
sowie deren Anteil an den Direktpensionen

	PVA der Arbeiter		PVA der Angestellten		ASVG		SVA der gew.Wirtschaft		SVA der Bauern		gesamte Pens.vers.	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
<u>Männer</u>												
1970	6.329	35,9	1.444	19,1	8.265	31,7	1.217	26,7	836	35,4	10.318	32,0
1975	6.210	35,8	1.603	18,0	8.296	30,5	888	17,9	2.962	47,5	12.146	31,6
1980	8.818	47,7	2.117	23,3	11.508	40,3	756	21,1	1.638	42,2	13.902	38,6
1985	14.867	63,4	3.867	28,8	19.215	50,8	946	25,8	2.417	56,0	22.578	49,3
1989	13.636	58,8	3.161	30,2	17.341	50,1	991	29,4	1.945	50,4	20.277	48,5
1990	13.169	56,1	3.056	29,0	16.711	47,5	959	28,6	1.963	52,6	19.633	46,5
<u>Frauen</u>												
1970	3.853	28,2	890	17,1	4.812	25,2	522	18,3	759	38,8	6.093	26,4
1975	4.073	30,3	1.356	18,1	5.524	25,9	710	24,6	1.811	46,1	8.045	28,6
1980	4.923	27,8	1.959	15,0	6.958	22,4	708	28,0	2.410	66,0	10.076	27,1
1985	6.416	37,6	2.920	19,8	9.435	29,4	748	28,5	3.398	73,2	13.581	34,5
1989	4.822	33,0	2.072	20,3	7.001	28,0	409	20,9	2.094	63,9	9.504	31,4
1990	4.546	31,4	2.047	19,1	6.669	26,2	376	52,6	1.969	63,4	9.014	29,7

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger,  
eigene Berechnungen

## Übersicht 36

## Erledigte Pensionsanträge im Jahr 1990

	im Jahr 1990 erledigte Pensionsanträge	d a v o n				Abtretungen, Umwandlungen u. sonst. Erl.	in % der Anträge
		Zuerkennung	in % der Anträge	Ablehnungen	in % der Anträge		
Pens.vers. insgesamt *)	148.158	105.845	71,44	25.540	17,24	16.773	11,32
Direkte Pensionen *)	111.330	73.439	65,97	23.116	20,76	14.775	13,27
Hinterbliebenenpensionen	36.828	32.406	87,99	2.424	6,58	1.998	5,43
PV der Unselbständigen	121.519	87.065	71,65	24.052	19,79	10.402	8,56
Versicherungsfall							
der geminderten Arbeitsfähigkeit	42.815	22.348	52,20	16.327	38,13	4.140	9,67
des Alters	49.067	38.772	79,02	5.460	11,13	4.835	9,85
des Todes	29.637	25.945	87,54	2.265	7,64	1.427	4,81
PV der Selbständigen *)	26.639	18.780	70,50	1.488	5,59	6.371	23,92
Versicherungsfall							
der dauernden Erwerbsunfähigkeit	11.067	5.415	48,93	980	8,86	4.672	42,22
des Alters *)	8.381	6.904	82,38	349	4,16	1.128	13,50
des Todes	7.191	6.461	89,85	159	2,21	571	7,94

\*) inkl. Hüftversicherung und Notare  
Quelle: eigene Berechnungen

## Übersicht 37

Durchschnittspensionen des Pensionsneuzuganges 1990nach PV-Trägern und Geschlecht (inkl. AZ, KZ, HZ)  
in Schilling

	Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit				Alterspensionen				Witwen(Witwer)pensionen				Waisen- pensionen	
	Männer	%)	Frauen	%)	Männer	%)	Frauen	%)	Männer	%)	Frauen	%)	M+W	%)
PVA d.Arbeiter	8.578	3,5	4.459	4,4	9.549	-2,3	4.534	-1,0	1.673	8,3	4.856	5,6	1.699	3,8
VA d.ö.Eisenb.	8.940	9,0	5.988	14,7	9.572	5,3	6.357	7,5	2.127	-7,4	5.368	19,6	1.309	-21,7
PVA d.Ang.	13.289	3,7	6.888	2,4	15.444	2,9	7.878	3,4	2.885	4,2	7.377	5,5	2.447	5,2
VA d.ö.Bergb.	12.843	4,2	6.616	4,0	15.228	7,0	7.583	3,7	2.847	-8,5	7.416	4,6	3.598	9,9
PV nach dem ASVG	9.513	3,5	5.223	4,1	12.100	0,1	6.098	2,3	2.164	6,6	5.689	5,8	1.961	4,8
SVA d.g.Wirtschaft	9.503	5,3	5.283	5,1	12.921	4,1	7.735	1,8	2.294	6,0	5.907	4,8	2.266	3,4
SVA d. Bauern	8.282	7,3	3.543	4,8	8.352	7,5	3.781	1,0	1.023	2,2	4.527	10,4	1.806	20,1
gesamte PV	9.389	3,9	4.859	4,3	11.893	1,2	6.083	2,1	2.038	6,2	5.599	6,2	1.972	6,0

\*) Steigerung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;  
eigene Berechnungen

Übersicht 38Pensionsquantile des Pensionsneuzuganges im Jahr 1990  
(ohne Zulagen und Zuschüsse)

## Gesamte Pensionsversicherung

in Schilling

Einkommens- dezil	Pensionen wegen gem. Arbeit(Erwerb)sfähigkeit		Alterspensionen		Witwen/Witwerpensionen		Waisen- pensionen	Alle Pensionen
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	MM + FF	MM + FF
10 %	1.905	1.628	1.091	1.274	546	1.049	452	1.018
20 %	4.129	2.292	4.369	2.416	846	2.299	826	2.109
25 %	5.019	2.601	6.173	2.860	1.000	2.872	970	2.683
30 %	5.882	2.901	8.265	3.277	1.147	3.418	1.120	3.253
40 %	7.661	3.447	10.736	4.096	1.420	4.389	1.418	4.431
50 %	9.165	4.013	12.546	4.984	1.704	5.199	1.654	5.739
60 %	10.487	4.686	14.285	6.111	2.004	6.012	1.933	7.342
70 %	11.869	5.473	16.304	7.406	2.399	6.896	2.237	9.369
75 %	12.572	5.915	17.392	8.174	2.640	7.387	2.433	10.539
80 %	13.419	6.441	18.517	9.098	2.921	8.004	2.697	11.866
90 %	15.634	8.199	20.315	12.219	3.819	9.542	3.326	15.655
Anzahl	19.633	9.014	22.559	21.299	3.755	22.470	6.155	104.885

Quelle: eigene Berechnungen

Übersicht 39

Durchschnittliches Pensionsabgangsalter bei Abgang wegen Todes  
Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit

	PVA der Arbeiter		PVA der Angestellten		ASVG		SVA der gew.Wirtschaft		SVA der Bauern		gesamte Pens.vers.	
	IP	AP	IP	AP	IP	AP	IP	AP	IP	AP	IP	AP
<u>Männer</u>												
1970	68,3	74,7	71,4	74,9	69,0	74,8	66,8	78,0	66,2	78,5	68,8	76,2
1975	70,6	75,0	72,5	76,0	71,0	75,3	69,0	78,5	66,7	79,1	70,6	76,5
1980	70,1	76,0	70,4	76,7	70,3	76,3	70,4	78,2	68,7	79,7	70,1	77,1
1985	68,8	77,4	68,2	77,3	68,9	77,3	70,1	78,8	69,7	80,5	69,0	78,0
1989	67,8	77,9	67,4	77,8	68,0	77,9	70,8	79,4	71,0	81,0	68,5	78,5
1990	67,6	78,2	66,3	78,1	67,6	78,1	72,2	79,5	71,1	81,0	68,2	78,6
<u>Frauen</u>												
1970	72,5	77,5	71,5	74,2	72,3	76,8	68,5	79,4	65,1	78,6	72,0	77,7
1975	75,1	78,0	73,5	76,0	74,9	77,5	72,2	80,2	67,4	80,1	74,5	78,4
1980	75,8	78,3	73,2	77,3	75,3	78,0	73,2	81,0	69,1	80,9	74,8	78,9
1985	76,5	79,3	72,2	77,1	75,7	78,6	74,8	81,8	71,8	82,5	75,3	79,5
1989	77,3	80,0	71,2	78,2	76,1	79,4	77,0	82,2	74,4	83,2	75,9	80,2
1990	77,1	80,3	71,0	78,4	75,8	79,6	77,7	82,1	75,2	83,8	75,8	80,3

Quelle: eigene Berechnungen

Übersicht 40Durchschnittliches Pensionsabgangsalter bei Abgang wegen TodesDirekt pensionen (= Alters pensionen plus Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. dauernder Erwerbsunfähigkeit)

	PVA der Arbeiter	PVA der Angestellten	ASVG	SVA der gew. Wirtschaft	SVA der Bauern	gesamte Pens. vers.
<u>Männer</u>						
1970	71,5	73,7	72,1	75,8	76,9	76,4
1975	72,9	75,0	73,4	76,6	76,7	76,6
1980	73,4	75,2	73,9	76,8	76,8	76,8
1985	73,6	75,1	74,0	77,2	77,3	77,3
1989	73,6	75,5	74,2	77,9	77,6	77,7
1990	73,6	75,4	74,2	78,2	77,8	78,0
<u>Frauen</u>						
1970	75,2	73,0	74,8	78,3	77,8	78,0
1975	76,7	75,0	76,3	79,2	78,8	79,0
1980	77,2	76,0	76,9	79,8	78,8	79,2
1985	78,2	75,8	77,6	80,6	79,7	80,0
1989	79,1	76,6	78,3	81,3	80,2	80,7
1990	79,2	76,7	78,4	81,3	80,9	81,1

Quelle: eigene Berechnungen

Übersicht 41ANPASSUNGSFAKTORERHÖHUNG DER AUSGLEICHSZULAGENAUFWERTUNGSZAHL

im Jahre

1989            1990            1991

Anpassungsfaktorfür die Anpassung der in den  
§§ 108 g und 108 h ASVG ange-

führten Renten und Pensionen ... 1,021            1,030\*\*)            1,050

alljährliche prozentuelle

Erhöhung der Ausgleichszulagen

für Alleinstehende .....	2,6 %	Erhöhung um absolute Beträge*)
für Verheiratete .....	2,6 %	

Aufwertungszahl (ermittelt auf

Grund des § 108 a ASVG) ..... 1,026            1,025            1,043

Übersicht 42AUSGLEICHSZULAGENRICHTSÄTZE

ab dem				
1.1.	1.1.	1.7.	1.1.	
1989x)	1990xx)	1990xx)	1991xx)	

Die Richtsätze für die Bemessung der Ausgleichszulagen wurden wie folgt festgesetzt:

1) für Pensionaberechtigte aus eigener Pensionsversicherung:				
a) wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben .....	7.354 S	7.784 S	7.984 S	8.600 S
b) wenn die Voraussetzungen nach a) nicht zutreffen .....	5.134 S	5.434 S	5.574 S	6.000 S
2) für Pensionaberechtigte auf Witwen(Witwer)pension .....	5.134 S	5.434 S	5.574 S	6.000 S
3) für Pensionaberechtigte auf Waisepension:				
a) bis zur Vollendung des 24.Lebensjahres .....	1.904 S	2.029 S	2.081 S	2.240 S
falls beide Elternteile verstorben sind .....	2.860 S	3.048 S	3.127 S	3.366 S
b) nach Vollendung des 24.Lebensjahres .....	3.382 S	3.604 S	3.697 S	3.980 S
falls beide Elternteile verstorben sind .....	5.099 S	5.434 S	5.574 S	6.000 S
Erhöhung des Richtsatzes für Pensionaberechtigte aus eigener Pensionsversicherung für jedes Kind (§ 252 ASVG), dessen Nettoeinkommen den Richtsatz für einfach verwaiste Kinder bis zur Vollendung des 24.Lebensjahres (siehe oben) nicht erreicht .....	548 S	580 S	585 S	640 S

x) Erhöhung um 2,6 %

xx) Erhöhung um absolute Beträge



Übersicht 43FESTE BETRÄGE

	ab dem 1.1. 1989	1.1. 1990	1.7. 1990	1.1. 1991
<u>Ruhe der Pension</u>				
gemäß § 94 Abs.1 und 2 ASVG (bis 31.3.1991)				
a) unterer Grenzbetrag				
für Direkt pensionen (eigene PV) ..	3.790 S	8.000 S	**)	8.344 S
für Witwen(Witwer) pensionen .....	7.057 S	8.000 S	**)	8.344 S
b) oberer Grenzbetrag				
für Direkt pensionen (eigene PV) ..	8.289 S	14.000 S	**)	14.602 S
für Witwen(Witwer) pensionen .....	12.135 S	14.000 S	**)	14.602 S
<u>Erhöhung der Ruhensgrenze</u>				
gemäß § 94 Abs.4 ASVG:				
Absetzbetrag für jedes Kind .....	1.817 S	1.862 S		1.942 S
<u>Kinderzuschuß gemäß § 262 Abs.2 ASVG</u>				
in der Pensionsversicherung:				
Mindestbetrag .....	244 S	251 S	254 S	267 S
Höchstbetrag .....	650 S	650 S	650 S	650 S
<u>Hilflosenzuschuß (§ 105a ASVG):</u>				
Mindestbetrag .....	2.542 S	2.618 S	2.644 S	2.776 S
Höchstbetrag .....	2.784 S	2.826 S	2.840 S	2.911 S
<u>Geringsfügigkeitsgrenzen</u>				
a) für die Ausnahme aus der Vollver- sicherung gemäß § 5 Abs.1 Z.2 und Abs.2 ASVG .....	2.593 S	2.658 S		2.772 S
b) für Entgelt aus Beschäftigung bei Inanspruchnahme der vorzeitigen Alterspension bei langer Ver- sicherungsdauer gemäß § 253b Abs.1 lit.d ASVG .....	2.593 S	2.658 S		2.772 S
<u>Einkommensgrenzen in der</u>				
Krankenversicherung für				
a) den Anspruch auf Familiengeld gemäß § 152 Abs.1 ASVG .....	3.104 S	3.182 S		3.319 S
b) die Annahme der Erwerbslosigkeit im Sinne des § 122 Abs.2 Z.2 und Abs.4 ASVG .....	3.104 S	3.182 S		3.319 S
<u>Rezeptgebühr *</u>				
gemäß § 136 Abs.3 ASVG .....	25 S	26 S		27 S
<u>Mindestbetrag der Kostenbeteiligung *</u>				
bei Heilbehelfen (§ 137 Abs.2 ASVG) und Hilfsmitteln (§ 154 Abs.1 ASVG)	186 S	191 S		199 S

\* Soweit nicht wegen besonderer sozialer Schutzbedürftigkeit eine Ausnahme vorgesehen ist!

\*\* Ab dem 1.7.1990 ruhten 40 v.H. der Pension mit 25 v.H. des Betrages, um den Pension und Erwerbseinkommen 14.000 S übersteigen, höchstens jedoch mit dem Betrag des Erwerbseinkommens.

## Übersicht 44

Entwicklung der Pensionsanpassungsfaktoren,  
Ausgleichszulagenrichtsätze und Preisindices  
 (Basis: 1970 = 100)

Pensionen aus der gesetzl. Pensionsversicherung				Pensionen im öffentl. Dienst	P r e i s i n d i c e s	
	Pension	Ausgleichszulagen-Richtsätze für			Pensionistenindex	Verbraucherpreisindex
		Alleinstehende	Verheiratete			
1970	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1971	107,10	113,00	113,00	106,1	105,39	104,70
1972	115,03	125,46	125,46	113,1	112,64	111,30
1973	125,38	137,61	141,76	121,8	121,40	119,74
1974	140,49	155,20	159,87	134,4	131,68	131,13
1975	159,47	177,33	182,71	150,3	143,72	142,17
1976	180,44	200,69	206,72	162,4	155,18	152,61
1977	193,07	218,65	225,16	164,6	164,45	160,96
1978	206,39	236,39	243,44	177,8	170,51	166,70
1979	219,81	252,91	260,45	185,3	176,92	172,87
1980	232,12	267,05	275,03	193,0	187,53	183,83
1981	243,95	283,10	292,65	205,0	201,18	196,35
1982	256,64	302,37	312,52	217,3	212,89	207,04
1983	270,76	319,04	329,70	226,9	219,71	213,91
1984	281,58	334,10	344,56	235,7	232,94	226,09
1985	290,88	345,11	355,96	246,8	240,44	233,30
1986	301,06	357,19	368,40	257,3	245,58	237,22
1987	312,50	372,17	383,87	264,7	246,67	240,61
1988	316,25	382,59	394,62	269,7	249,38	245,42
1989	326,67	392,54	404,88	277,6	254,12	251,55
1990	339,74	420,80	434,03	289,5	261,24	259,85
1991 <sup>1)</sup>	356,72	458,68	473,53	308	271,68	271,54

1) vorläufige Werte

Quelle: eigene Berechnungen

Ruhebezüge" (ohne ÖBB und PTV), (1.12.1990)

Männer und Frauen zusammen

Übersicht 45

	Anzahl der Personen	Durch- <sup>6)</sup> schnitts- brutto	Durch- <sup>6)</sup> schnittl. Pens.- anfalls- alter	1. Quartil <sup>2)</sup>		2. Quartil <sup>3)</sup>		3. Quartil <sup>4)</sup>	
				Brutto- verdienst bis öS	Durch- schnittl. Pens.- anfalls- alter	Brutto- verdienst bis öS	Durch- schnittl. Pens.- anfalls- alter	Brutto- verdienst bis öS	Durch- schnittl. Pens.- anfalls- alter
Allgemeine Verwaltung	19.287	23.751	59	16.710	54	20.217	59	28.079	60
A	2.471	45.834	62	37.382	61	46.306	62	54.967	62
B	6.116	26.727	60	23.686	57	26.760	60	30.692	61
C	6.014	18.070	59	16.541	58	18.564	59	19.685	60
D	2.375	13.869	58	12.386	55	14.202	59	15.413	60
E	349	11.052	58	10.311	53	10.970	57	11.892	60
Handwerkli.Verwendung	1.682	13.563	58	12.058	56	13.472	57	14.891	59
Richter/Staatsanwälte	653	51.303	62	42.684	58	>45.000	>60	>45.000	>60
ordentl.Univ(Hochschul-) Professoren	444	63.459	68	60.000	66	>60.000	-	>60.000	-
Universitätsassistenten	77	35.966	59	30.625	45	>30.000	-	>30.000	-
Bundeslehrer	6.298	37.034	60	32.475	56	37.740	60	43.564	61
Beamte der Schulaufsicht	279	44.723	63	40.000	63	>45.000	>60	>45.000	>60
Wachebeamte	14.523	20.631	59	18.847	46	21.058	59	23.216	60
Berufsoffiziere	912	33.051	61	27.462	55	31.715	61	37.345	62
GESAMT	46.843	25.009	59	17.527	54	21.716	59	30.058	60

Witwen- / Witwerbezüge, (1.12.1990)

GESAMT	26.597	12.701	63	8.134	-	11.157	-	15.000	-
--------	--------	--------	----	-------	---	--------	---	--------	---

Quelle: Personalinformationssystem des Bundes (PIS)

**Fußnoten zu Übersicht 45, 46 und 47**

- 1) Der hier ausgewiesene Ruhebezug besteht aus dem Ruhegenuß und den nach dem Pensionsgesetz 1965 gebührenden Zulagen (z.B. Hilflosenzulage, Ruhegenußzulage aus der Wachdienstzulage, Nebengebührendzulage etc.), ausgenommen jedoch die Haushaltszulage. Bei der Bemessung des Ruhegenusses sind die nach den einschlägigen Rechtsvorschriften als ruhegenußfähig erklärten Zulagen (z.B. Verwendungszulage, Verwaltungsdienstzulage etc.) berücksichtigt. Entsprechendes gilt auch für die Witwen- bzw. Witwerversorgungsbezüge.
- 2) Das unterste Viertel der Empfänger von Ruhebezügen erhält weniger als ... öS.
- 3) Das zweite Viertel der Empfänger von Ruhebezügen erhält weniger als ... öS. Oder mit anderen Worten: Die Hälfte der Empfänger von Ruhebezügen erhält weniger bzw. mehr als ... öS (Median).
- 4) Das dritte Viertel der Empfänger von Ruhebezügen erhält weniger als ... öS bzw. das oberste Viertel der Empfänger von Ruhebezügen erhält mehr als ... öS.
- 5) Im Personalinformationssystem des Bundes wird das Pensionsanfallsalter erst seit einigen Jahren für die Pensionseintritte erfaßt und umfaßt jetzt ca. die Hälfte der Empfänger von Ruhebezügen. Das in den Tabellen angegebene Pensionsanfallsalter gilt also konkreterweise nur für die Personen, die seit Beginn der 80er Jahre in den Ruhestand eingetreten sind.
- 6) Die Summe aller Ruhebezüge dividiert durch die Zahl der Ruhebezugsempfänger.
- 7) In der Gesamtzahl sind auch Ruhebezüge aus anderen Rechtsordnungen inkludiert: z.B. ca. 1000 Ruhebezüge auf Grund des Tabak-Pensionsstatus und ca. 500 Ruhebezüge auf Grund der Salinenpensionsordnung.

Übersicht 46

Ruhebezüge<sup>1)</sup> (ohne ÖBB und PTV), (1.12.1990)  
Männer

	Anzahl der Personen	Durch- <sup>6)</sup> schnitts- brutto	Durch- <sup>5)</sup> schnittl. Pens.- anfalls- alter	1. Quartil <sup>2)</sup>		2. Quartil <sup>3)</sup>		3. Quartil <sup>4)</sup>	
				Brutto- verdienst bis öS	Durch- schnittl. Pens.- anfalls- alter	Brutto- verdienst bis öS	Durch- schnittl. Pens.- anfalls- alter	Brutto- verdienst bis öS	Durch- schnittl. Pens.- anfalls- alter
Allgemeine Verwaltung	14.518	25.417	60	17.737	56	21.701	60	30.159	61
A	2.207	46.789	62	38.494	61	47.596	62	55.604	63
B	5.084	27.376	60	24.381	59	27.460	60	31.407	61
C	3.750	18.628	60	17.201	59	18.569	60	20.070	61
D	1.227	14.363	59	13.274	58	14.526	60	15.696	61
E	288	11.093	59	10.387	53	11.084	57	11.952	60
Handwerkli.Verwendung	1.508	13.807	58	12.339	55	13.697	58	14.980	59
Richter/Staatsanwälte	640	51.566	62	42.857	58	>45.000	61	>45.000	62
ordentl.Univ(Hochschul-) Professoren	409	64.210	68	60.436	66	>60.000	-	>60.000	-
Universitätsassistenten	55	36.761	60	32.000	41	40.357	58	45.357	63
Bundeslehrer	3.663	39.569	61	35.585	59	39.906	60	44.800	61
Beamte der Schulaufsicht	252	44.881	63	40.071	63	44.571	63	49.071	63
Wachebeamte	14.407	20.664	59	18.888	54	21.078	59	23.226	60
Berufsoffiziere	912	33.051	61	27.462	55	31.795	61	37.345	62
GESAMT	37.943	25.573	60	18.254	55	21.969	60	29.795	60

Witwerbezüge, (1.12.1990)

GESAMT	162	9.190	64	-	-	-	-	-	-
--------	-----	-------	----	---	---	---	---	---	---

Quelle: Personalinformationssystem des Bundes (PIS)

Übersicht 47**Ruhebezüge<sup>1)</sup> (ohne ÖBB und PTV), (1.12.1990)****Frauen**

	Anzahl der Personen	Durch- <sup>6)</sup> schnitts- brutto	Durch- <sup>6)</sup> schnittl. Pens.- anfalls- alter	1. Quartil <sup>2)</sup>		2. Quartil <sup>3)</sup>		3. Quartil <sup>4)</sup>	
				Brutto- verdienst bis öS	Durch- schnittl. Pens.- anfalls- alter	Brutto- verdienst bis öS	Durch- schnittl. Pens.- anfalls- alter	Brutto- verdienst bis öS	Durch- schnittl. Pens.- anfalls- alter
Allgemeine Verwaltung	4.769	18.677	58	14.286	51	17.435	58	21.166	59
A	264	37.855	60	31.731	59	37.025	60	43.958	61
B	1.032	23.530	58	20.958	56	23.782	58	26.539	59
C	2.264	17.145	58	15.764	55	17.440	58	18.905	59
D	1.148	13.342	57	11.621	53	13.302	57	14.959	59
E	61	10.861	56	10.000	55	10.577	56	11.400	57
Handwerkli. Verwendung	174	11.442	58	10.158	55	10.930	58	12.368	59
Richter/Staatsanwälte	13	38.340	49	> 35.000	-	> 35.000	-	> 35.000	-
ordentl. Univ(Hochschul-) Professoren	35	54.681	67	> 35.000	-	> 35.000	-	> 35.000	-
Universitätsassistenten	22	33.977	57	30.000	-	> 35.000	-	> 35.000	-
Bundeslehrer	2.635	33.509	59	29.094	54	35.333	59	38.613	61
Beamte der Schulaufsicht	27	43.241	63	> 35.000	-	> 35.000	-	> 35.000	-
Wachbeamte	116	16.436	53	12.400	-	16.667	-	20.375	-
Berufsoffiziere	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>GESAMT</b>	<b>8.900</b>	<b>22.605</b>	<b>58</b>	<b>14.367</b>	<b>54</b>	<b>19.373</b>	<b>58</b>	<b>31.225</b>	<b>59</b>

**Witwenbezüge, (1.12.1990)**

<b>GESAMT</b>	<b>26.435</b>	<b>12.722</b>	<b>63</b>	<b>8.156</b>	<b>-</b>	<b>11.172</b>	<b>-</b>	<b>15.025</b>	<b>-</b>
---------------	---------------	---------------	-----------	--------------	----------	---------------	----------	---------------	----------

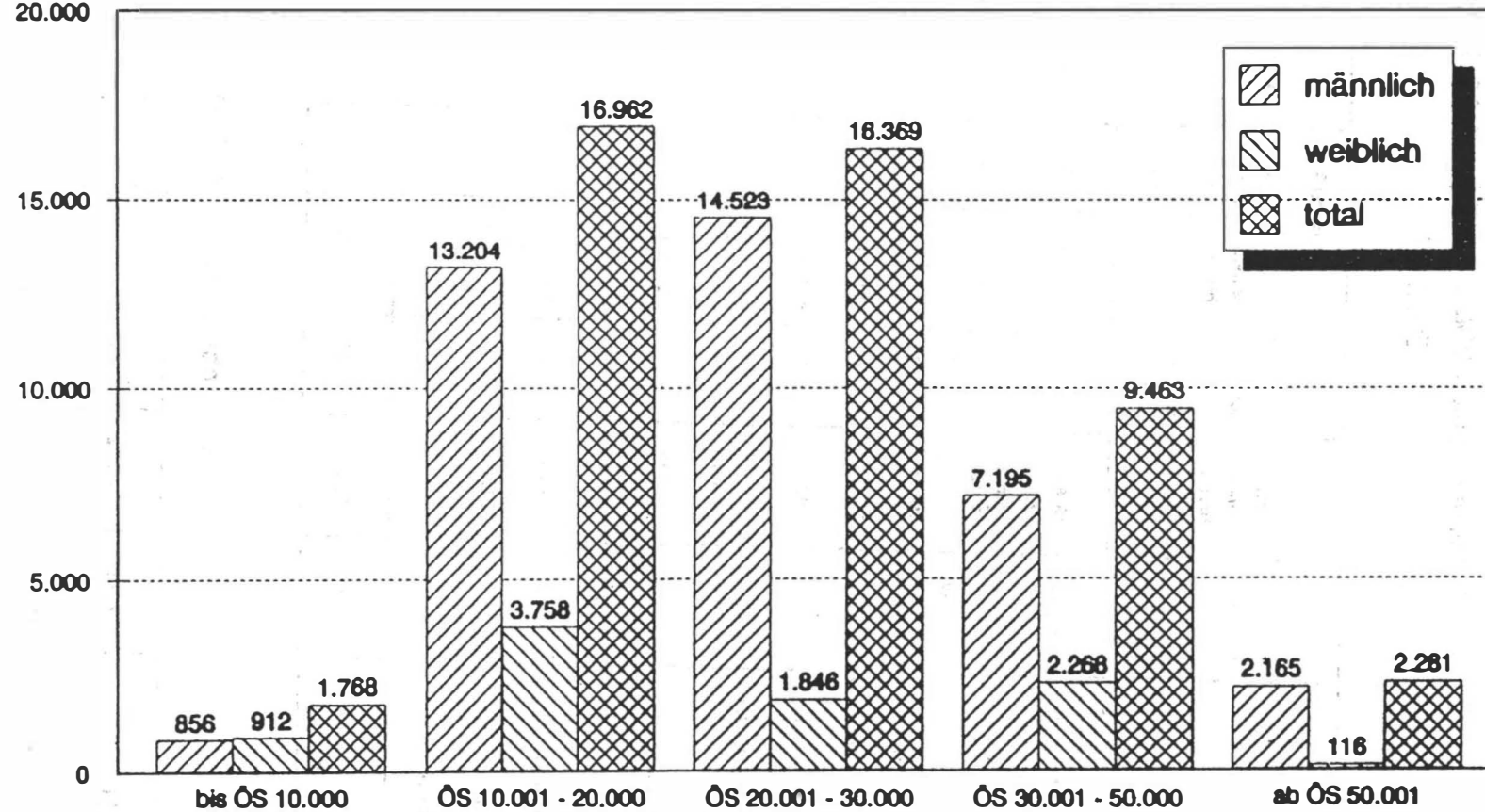
Quelle: Personalinformationssystem des Bundes (PIS)



# ***Ruhebezüge (Durchschnittsbruttopensionen), ohne ÖBB und PTV zum 1. Dezember 1990***

Zahl der Personen

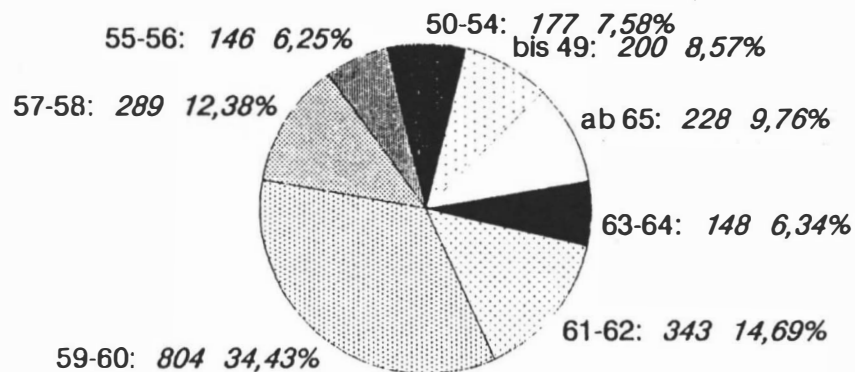
20.000



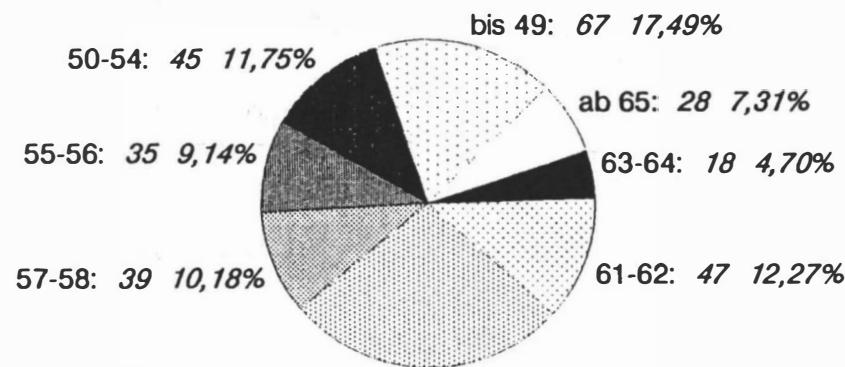
Quelle: Personalinformationssystem des Bundes

übersicht 48

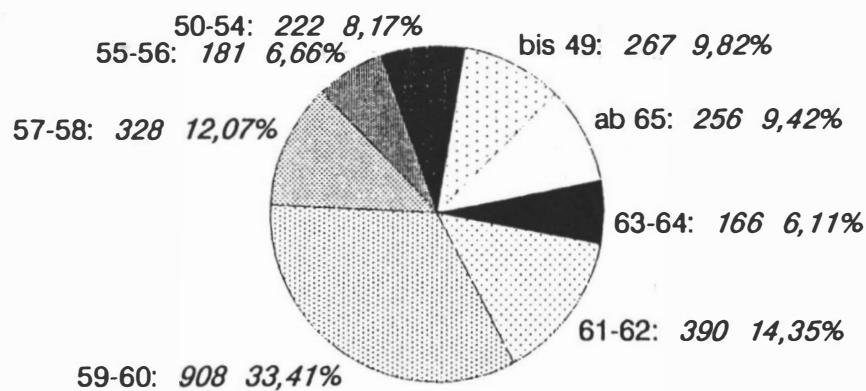
# **Pensionierungsalter der Ruhestandsbeamten Neuanfälle im Jahre 1990** (ohne ÖBB und PTV)



**MÄNNER**



**FRAUEN**



**GESAMT**

Quelle: Personalinformationssystem des Bundes



übersicht 50

## RUHEGENUSSBEZÜGE DER LANDESBEDIENSTETEN BURGENLAND (IN ÖS)

	Anzahl	φ Bezug	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Beamte der allg. Verwaltg.	303	30.570	21.570	27.300	37.460
- männlich	261	32.310	22.520	30.390	38.920
- weiblich	42	19.820	17.290	20.420	22.290

## VERSORGUNGSBEZÜGE DER LANDESBEDIENSTETEN BURGENLAND (IN ÖS)

	Anzahl	φ Bezug	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Beamte der allg. Verwaltg.	166	14.750	10.050	13.400	18.890

Quelle: Amt der Burgenländischen Landesregierung; eigene Berechnungen.

Übersicht 51

## RUHEGENUSSBEZÜGE DER LANDESBEDIENSTETEN KÄRNTEN (IN ÖS)

	Anzahl	φ Bezug	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Verwaltungsbeamte	730	30.410	21.740	26.910	37.850
- männlich	551	32.780	23.350	31.850	40.430
- weiblich	179	23.110	19.680	22.330	26.580
Pragmatisierte Lehrer	1.705	27.580	24.870	27.770	31.320
- männlich	682	31.670	28.260	31.070	35.110
- weiblich	1.023	24.850	22.430	25.240	28.010

## VERSORGUNGSBEZÜGE DER LANDESBEDIENSTETEN KÄRNTEN (IN ÖS)

	Anzahl	φ Bezug	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Verwaltungsbeamte	452	15.310	9.650	13.980	20.310
Pragmatisierte Lehrer	464	13.870	8.630	16.430	18.490

Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung; eigene Berechnungen.

## Einkommen 1990

Tabelle 1:	Netto-Nationalprodukt .....	463
Tabelle 2:	Lohnquote .....	464
Tabelle 3:	Einkommensentwicklung 1989/1990 .....	465
Tabelle 4:	Effektivverdienste .....	466
Tabelle 5:	Lohnrunde 1989 .....	467
Tabelle 6:	Tariflohnentwicklung nach Branchen und sozialrechtlicher Stellung .....	468
Tabelle 7:	Tariflohnentwicklung nach Branchen und Qualifikationsstufen .....	469
Tabelle 8:	Einkommensvorteile der Männer gegenüber den Frauen unter Weglassen der weiblichen Teilzeitbeschäftigten (in %) .....	470
Tabelle 9:	Angestelltengehälter nach Wirtschaftsklassen 1990 .....	471
Tabelle 10:	Brutto-Einkommen der unselbständig Beschäftigten 1990 nach Dezilen .....	472
Tabelle 11:	Arbeiterlöhne nach Wirtschaftsklassen 1990 .....	473
Tabelle 12:	Einkommenszuwächse der Unselbständig Beschäftigten 1989/90 nach Quartilen .....	474
Tabelle 13:	Lohnzuwächse der österreichischen und ausländischen Arbeiter 1989/90 in ausgewählten Wirtschaftsklassen .....	475
Tabelle 14:	Lohnzuwächse der Arbeiter 1989/90 nach der Staatsbürgerschaft .....	476
Tabelle 15:	Abweichung der Löhne ausländischer Arbeiter(innen) vom Lohnniveau der Österreicher(innen) nach Staatsangehörigkeit .....	477
Tabelle 16:	Abweichung der Löhne ausländischer Arbeiter(innen) vom Lohnniveau der Österreicher(innen) nach Wirtschaftsklassen .....	478
Tabelle 17:	Brutto-Einkommen der Beamten der Bahn/Post 1990 nach Dezilen .....	479
Tabelle 18:	Verteilung von Männern und Frauen nach Schulbildung und beruflicher Tätigkeit .....	480
Tabelle 19:	Industrielle Lohnstruktur .....	481
Tabelle 20:	Branchenspezifische Lohnhierarchie in der Industrie .....	482
Tabelle 21:	Branchenspezifische Lohnhierarchie 1990 nach Qualifikationsstufen (Indexwerte) .....	483
Tabelle 22:	Verteilung der Aktiveinkommen der Postbediensteten .....	484
Tabelle 23:	Bezüge der Aktiven Landesbediensteten in Kärnten (in öS) insgesamt .....	485
Tabelle 24:	Bezüge der Aktiven Landesbediensteten in Kärnten (in öS) Männer .....	486
Tabelle 25:	Bezüge der Aktiven Landesbediensteten in Kärnten (in öS) Frauen .....	487
Tabelle 26:	Bezüge der Aktiven Landesbediensteten im Burgenland (in öS) insges. ....	488
Tabelle 27:	Bezüge der Aktiven Landesbediensteten im Burgenland (in öS) Männer .....	489
Tabelle 28:	Bezüge der Aktiven Landesbediensteten im Burgenland (in öS) Frauen ....	490
Tabelle 29:	Einkünfte (nach Ausgleich mit Verlusten) nach Einkunftsarten .....	491
Tabelle 30:	Verteilung der Einkommensteuerpflichtigen (Einkommen vor und nach Steuern) 1988 .....	492

## TABELLENANHANG

463

## EINKOMMEN 1990

Tabelle 1: Netto-Nationalprodukt

	Mrd.S.		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	1989	1990	1989	1990
Brutto-Entgelte für unselbständige Arbeit <sup>1)</sup>	875.845	942.660	6.5	7.6
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften <sup>2)</sup>	95.309	99.921	12.8	4.8
Sonstige Einkünfte aus Besitz u. Unternehmung <sup>3)</sup>	302.227	340.788	5.1	12.8
Einkünfte des Staates aus Besitz u. Unternehmung	33.339	35.789	8.5	7.3
Zinsen für die Staatsschuld	-66.410	-72.890	7.5	9.8
Zinsen für Konsumentenschulden	-22.735	-30.213	18.6	32.9
Netto-Nationalprodukt zu Faktorkosten <sup>4)</sup>	1,217.575	1,316.055	6.4	8.1

1) Löhne und Gehälter einschließlich Arbeitgeberbeiträge

2) Einschließlich indirekte Steuern

3) Einkommen der privaten Haushalte aus Besitz und Unternehmung und statistische Differenz.

4) Volkseinkommen: BIP zu Marktpreisen minus Abschreibungen, minus indirekte Steuern, plus Subventionen, plus Saldo der Faktoreinkommen aus dem/an das Ausland.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

Tabelle 2: Lohnquote

Jahr	Brutto-Lohnquote <sup>1)</sup>	Bereinigte Brutto-Lohnquote <sup>2)</sup>	Netto Lohnquote <sup>3)</sup>	Bereinigte Netto-Lohnquote <sup>4)</sup>
1970	64.0	70.3	52.3	52.3
1971	66.5	71.9	54.5	53.7
1972	66.7	71.1	54.9	53.2
1973	69.4	72.4	57.4	54.5
1974	70.0	72.4	57.7	54.2
1975	73.3	75.4	60.2	56.4
1976	72.3	74.1	58.2	54.2
1977	73.6	74.6	58.6	54.0
1978	75.8	76.4	58.4	53.6
1979	74.0	74.3	56.6	52.0
1980	74.0	74.1	56.2	51.5
1981	75.9	75.9	57.5	52.6
1982	74.0	74.0	55.5	50.7
1983	72.9	72.9	54.3	49.8
1984	72.7	72.6	53.7	49.2
1985	72.6	72.2	53.4	48.7
1986	72.8	72.1	53.8	48.9
1987	72.9	72.1	54.0	49.0
1988	71.9	70.8	52.0	47.0
1989	71.9	70.6	53.2	47.8
1990	71.6	70.0	52.7	47.2

1) Brutto-Lohnsumme dividiert durch nominelles Nettonationalprodukt zu Faktorkosten.

2) Brutto-Lohnquote bereinigt gegenüber Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur (=Lohnquote dividiert durch Index der Quote der unselbständigen Beschäftigten an den Erwerbstätigen) auf Basis 1983.

3) Netto-Lohnsumme dividiert durch Nettonationalprodukt zu Faktorkosten minus direkte Steuern der privaten Haushalte und Kapitalgesellschaften plus Lohnsteuerzahlungen der Pensionisten; vorläufige Werte.

4) Netto-Lohnquote bereinigt gegenüber Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur (=Lohnquote dividiert durch Index der Quote der unselbständigen Beschäftigten an den Erwerbstätigen) auf Basis 1983; vorläufige Werte.

Quelle: WIFO; Eigene Berechnungen.

## TABELLENANHANG

465

## EINKOMMEN 1990

Tabelle 3: Einkommensentwicklung 1989/1990

	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Index 1983=100
	1989	1990	1990
Leistungseinkommen <sup>1)</sup>	6.6	7.8	145.7
Transfereinkommen <sup>2)</sup>	4.4	7.1	148.2
Brutto-Masseneinkommen <sup>3)</sup>	5.8	7.6	146.5
Abzüge <sup>4)</sup>	-4.4	12.5	148.7
Netto-Masseneinkommen <sup>5)</sup>	8.6	6.4	145.9
Netto-Masseneinkommen, real	5.9	3.2	120.8
Verfügbares persönliches Einkommen <sup>6)</sup>	7.1	7.8	150.9
Verfügbares persönliches Einkommen, real	4.4	4.5	124.9

1) Einkommen aus unselbständiger Arbeit

2) Pensionen, Renten, Unterstützungen, Beihilfen und sonstige einseitige Barleistungen an private Haushalte.

3) Leistungseinkommen plus Transfereinkommen

4) Lohnsteuer einschließlich aller Zuschläge, Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, Pensionsbeiträge der Beamten, Wohnbauförderungsbeitrag, Arbeitslosenversicherungsbeiträge.

5) Bruttomasseneinkommen minus Abzüge

6) Nach Abzug der Zinsen für die Konsumentenschuld

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO; eigene Berechnungen.

## TABELLENANHANG

466

## EINKOMMEN 1990

Tabelle 4: Effektivverdienste

	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Index 1983=100
	1989	1990	1990
<b>GESAMTWIRTSCHAFT</b>			
Leistungseinkommen je Beschäftigten			
brutto	4.7	5.4	136.7
brutto, real	2.1	2.1	113.2
<b>INDUSTRIE</b>			
Monatsverdienste			
brutto, je Beschäftigten	4.7	7.5	141.7
brutto, je Arbeiter	4.4	7.2	139.3
brutto, je Angestellten	5.0	7.6	142.8
brutto, je Beschäftigten ohne Sonderzahlungen	4.9	6.9	141.8
Stundenverdienste			
brutto, je Arbeiter	4.5	7.2	139.1
ohne Sonderzahlungen	4.7	6.6	139.2
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>			
Stundenverdienste			
brutto, je Arbeiter	1.2	5.1	126.5

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO; eigene Berechnungen.

Tabelle 5: Lohnrunde 1989

Kollektivvertragsabschlüsse			
Wichtige Arbeitnehmergruppen	Zeitpunkt	nach ...	Erhöhung
		Monaten	in %
<b>BEDIENSTETE</b>			
Bund	Jänner	12	3.0
<b>ARBEITER</b>			
Bekleidungsindustrie	Februar	13	6.1
Textilindustrie	April	12	4.6
Druck	April	12	6.0
Stein- und keramische			
Industrie	Mai	12	7.5
Baugewerbe	Mai	12	6.8
Gastronomie-, Hotel- und			
Beherbergungsbetriebe	Mai	12	6.8
Chemische Industrie	Mai	12	7.3
Papierindustrie	Juli	12	7.3
Ges. Eisen- und			
Metallindustrie	November	12	7.9
<b>ANGESTELLTE</b>			
Handel	Jänner	12	5.8
Geld-, Kreditwesen	Februar	12	5.6
Vesicherungswesen	April	12	6.0
Textilindustrie	April	12	4.4
Baugewerbe	Mai	12	6.0
Chemische Industrie	November	12	8.0
Papierindustrie	November	12	8.0
Ges. Eisen- und			
Metallindustrie	November	12	8.0

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.



Tabelle 6: Tariflohnentwicklung nach Branchen und sozialrechtlicher Stellung

	Arbeiter <sup>1)</sup>			Angestellte <sup>3)</sup>			Öffentlich Bedienstete		
	% gegen das		Index	% gegen das		Index	% gegen das		Index
	Vorjahr	1986=100		Vorjahr	1986=100		Vorjahr	1986=100	
	1989	1990	1990	1989	1990	1990	1989	1990	1990
Gewerbe	3.5	6.1	117.2	3.2	5.7	116.1			
Baugewerbe	2.9	6.4	117.2	2.6	5.9	116.0			
Industrie <sup>2)</sup>	4.1	6.6	118.4	5.0	6.6	119.2			
Handel	3.8	5.8	115.9	3.8	5.8	116.0			
Verkehr	3.2	4.8	114.4	3.2	4.7	114.6	4.2	4.9	114.0
Fremdenverkehr	3.5	5.8	117.1	2.8	3.8	113.6			
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	-	-	-	3.5	6.0	116.3			
Land- und Forst- wirtschaft	3.0	4.7	114.3	3.2	4.9	114.4			
Öffentl. Dienst	-	-	-	-	-	-	3.9	4.5	113.2
Insgesamt	3.7	6.2	117.4	3.9	5.9	116.8			

1) Wochenlöhne

2) Inklusive Bauindustrie und Elektrizitätswerke

3) Monatsgehälter

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

**Tabelle 7: Tariflohnentwicklung nach Branchen und Qualifikationsstufen <sup>1)</sup>**

	Facharbeiter			angelernte Arbeiter			Hilfsarbeiter			Arbeiter
	% gegen das		Index	% gegen das		Index	% gegen das		Index	Index
	Vorjahr	1986=100	1989	Vorjahr	1986=100	1989	Vorjahr	1986=100	1989	1986=100
Gewerbe	3.7	6.2	117.3	3.5	6.0	117.1	3.2	6.0	116.9	117.2
Industrie <sup>2)</sup>	4.2	6.7	118.7	4.0	6.6	118.4	3.6	6.4	117.6	118.4
Handel	3.8	5.8	115.9	3.7	5.8	116.0	3.8	5.8	115.9	115.9
Verkehr	2.9	4.9	113.7	3.1	4.8	114.3	3.2	5.0	115.3	114.4
Fremden- verkehr	3.5	6.0	117.0	3.6	5.9	117.3	3.5	5.5	117.1	117.1
Land- und Forstwirt- schaft	2.9	4.3	113.6	3.1	5.0	114.9	2.9	4.9	114.4	114.3
Insgesamt	3.8	6.3	117.7	3.8	6.2	117.4	3.5	5.9	116.8	117.4

1) Wochenlöhne

2) Inklusive Bauindustrie und Elektrizitätswerke

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

**Tabelle 8:**  
**Einkommensvorteile der Männer gegenüber den Frauen unter Weglassen**  
**der weiblichen Teilzeitbeschäftigten (In %)**

	Unselbständig Beschäftigte <sup>1)</sup>	Arbeiter <sup>2)</sup>	Staatsbürgerschaft Österreich <sup>2)</sup>	andere <sup>1)</sup>	Angestellte <sup>2)</sup>
1. Quartil <sup>3)</sup>	28	33	37	17	31
Median <sup>4)</sup>	30	40	42	23	48
3. Quartil <sup>5)</sup>	31	43	46	25	47 <sup>*)</sup>

- 1) Weglassen der untersten 20 % der Einkommensverteilung der Frauen  
2) Weglassen der untersten 25% der Einkommensverteilung der Frauen  
3) 25 % verdienen weniger, 75% verdienen mehr  
4) 50 % verdienen weniger, 50 % verdienen mehr  
5) 75 % verdienen weniger, 25 % verdienen mehr  
\*) Berechnet für das 7. Dezil (70 % verdienen weniger, 30 % verdienen mehr)

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; ÖSTAT Mikrozensus; eigene Berechnungen.

Tabelle 9: Angestelltegehälter nach Wirtschaftsklassen 1990

Wirtschaftsklassen	Beschäftigte mit einer Wochen- arbeitszeit über 40 Std. in %	ANGESTELLTE			
		Meßzahlen alle Wirtschafts- klassen = 100		Beschäftigte mit einer Wochenarbeitszeit unter 36 Std. über 40 Std. in %	
		Männer		Frauen	
Land- und Forstwirtschaft	—	85.4	84.9	—	—
Energie- und Wasserversorgung	—	122.6	138.4	—	—
Bergbau; Steine, Erden	—	139.21 <sup>1)</sup>	127.3	—	—
Nahrungsmittel	—	108.7	93.3	(24.5)	—
Textil	—	105.1	103.4	—	—
Bekleidung	—	94.5	87.0	—	—
Leder	—	84.3	89.5	—	—
Holz	—	96.1	2.4	(25.8)	—
Papier	—	136.9 <sup>1)</sup>	122.9	—	—
Druck	—	117.7	112.9	(22.6)	—
Chemie	(6.6)	120.9	126.3	(20.1)	—
Stein- und Glaswaren	—	114.5	108.2	—	—
Metalle	6.4	115.5	109.6	14.6	(3.4)
Bau	(11.0)	110.7	92.8	30.9	—
Handel	93.4	89.7	83.7	23.5	2.9
Gastgewerbe	(25.0)	69.2	89.7	(11.0)	19.8
Verkehr	(10.0)	70.5	91.5	14.2	(5.1)
Geld- und Kreditwesen	7.6	103.7	121.5	11.9	—
Rechts- u. Wirtschaftsdienste	12.6	93.3	93.2	22.4	—
Körperpflege u. Reinigung	—	87.5	86.3	(18.3)	—
Kunst; Unterhaltung u. Sport	—	102.4	10.1	(19.4)	—
Gesundheits- u. Fürsorgewesen	19.7	89.3	98.9	23.6	7.6
Unterrichts- u. Forschungswesen	(6.3)	72.8	92.1	28.0	—
Gebietskörperschaften	10.0	79.7	112.1	14.9	—
Haushaltung	—	75.4	74.3	—	—
Alle Wirtschaftsklassen (Medianeinkommen in öS)	9.4	27.331	16.481	20.6	3.9

Bei den in Klammern gesetzten Werten liegt die hochgerechnete Zahl der betreffenden Gruppe unter 3.000.  
Werte, die auf Gruppengrößen unter 1.000 beruhen, werden nicht mehr ausgewiesen.

1) Gemessen am 4. Dezil.

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; ÖSTAT Mikrozensus-Grundprogramm

Tabelle 10: Brutto-Einkommen<sup>1)</sup> der unselbständig Beschäftigten 1990 nach Dezillen

...% verdienen <sup>1)</sup> im Monat weniger als ... Schilling	Unselbständig Beschäftigte <sup>2)</sup>				Arbeiter			Angestellte			Beamte <sup>3)</sup>	
	insges.	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
SCHILLING												
10	9.571	13.083	7.383	8.932	12.257	6.414	9.543	13.593	8.102	15.885	16.084	15.255
20	12.390	15.603	9.771	11.514	14.514	8.460	12.674	17.574	10.809	17.488	17.533	17.320
25	13.555	16.571	10.648	12.453	15.338	9.293	14.090	19.196	11.763	18.156	18.142	18.228
30	14.604	17.458	11.453	13.333	16.098	9.951	15.378	20.824	12.728	18.843	18.747	19.302
40	16.504	19.179	12.957	14.939	17.542	11.150	17.767	23.976	14.658	20.394	20.155	21.246
50	18.378	21.077	14.544	16.491	18.970	12.231	20.426	27.331	16.481	22.309	22.019	23.077
60	20.530	23.333	16.245	18.138	20.492	13.332	23.415	30.630	18.469	24.532	24.320	25.131
70	23.206	26.152	18.320	20.004	22.257	14.530	27.285	33.142	20.907	27.179	27.104	27.321
75	24.880	27.992	19.679	21.116	23.301	15.210	29.494	.)	22.245	28.923	29.033	28.737
80	26.929	30.070	21.340	22.406	24.495	16.005	31.852	.)	23.894	30.860	31.089	30.216
90	32.562	.)	26.341	26.007	27.840	18.194	.)	.)	28.901	.)	.)	.)
Zahl d. Personen	3,084.466	1,792.271	1,292.195	1,487.502	972.309	515.193	1,328.037	614.178	713.859	288.301	221.001	67.300

\*) Die Höchstbeitragsgrundlage 1990 von 28.800 S ergibt, entsprechend der Darstellung incl. Sonderzahlungen, hier eine ausweisbare Obergrenze von 33.600 S.

- 1) Sozialversicherungsbeitragspflichtiges Monateinkommen einschließlich der Sonderzahlungen (= ein Zwölftel des Jahreseinkommens) ohne Lehrlinge.
- 2) Personen, die zwei Versicherungsverhältnisse aus der Kombination Beamter-Angestellte oder Arbeiter aufweisen, sind nur mit ihren Beamtenbezügen erfaßt.
- 3) Ohne pragmatisierte Bedienstete der Gemeinde Wien und einiger kleinerer Gruppen von Bediensteten.

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

## TABELLENANHANG

473

## EINKOMMEN 1990

Tabelle 11: Arbeiterlöhne nach Wirtschaftsklassen 1990

Wirtschaftsklassen	ARBEITER				
	Beschäftigte mit einer Wochenarbeitszeit über 40 Std. in %	Meßzahlen alle Wirtschaftsklassen = 100 in %		Beschäftigte mit einer Wochenarbeitszeit unter 36 Std. über 40 Std. in %	
	Männer		Frauen		
Land- und Forstwirtschaft	(15.2)	80.7	92.5	(26.2)	—
Energie- und Wasserversorgung	—	127.7	105.6	—	—
Bergbau; Steine, Erden	—	127.7	119.4	—	—
Nahrungsmittel	(7.5)	104.7	103.6	—	—
Textil	—	89.6	99.7	(14.3)	—
Bekleidung	—	72.5	87.9	9.5	(3.4)
Leder	—	71.9	85.4	—	—
Holz	(3.1)	87.1	105.4	—	—
Papier	—	127.0	109.4	—	—
Druck	—	122.8	110.0	—	—
Chemie	—	113.6	111.9	(12.4)	—
Stein- und Glaswaren	—	112.3	119.6	—	—
Metall	2.0	110.3	124.3	11.9	—
Bau	2.8	101.1	100.3	—	—
Handel	5.8	87.5	92.6	30.9	—
Gastgewerbe	24.2	73.0	96.6	14.1	13.9
Verkehr	14.6	92.4	102.0	(33.4)	—
Geld- und Kreditwesen	—	94.4	55.1	(69.0)	—
Rechts- u. Wirtschaftsdienste	—	83.4	79.2	(58.0)	—
Körperpflege u. Reinigung	—	70.6	80.4	33.3	—
Kunst; Unterhaltung u. Sport	—	62.1	85.8	—	—
Gesundheits- u. Fürsorgewesen	—	87.2	105.2	28.0	—
Unterrichts- u. Forschungswesen	—	86.1	86.3	50.2	—
Gebietskörperschaften	—	100.1	114.4	49.2	—
Haushaltung	—	25.9	50.8	57.8	—
Alle Wirtschaftsklassen (Medianeinkommen in öS)	4.7	18.970	12.231	24.6	4.2

Bei den in Klammern gesetzten Werten liegt die hochgerechnete Zahl der betreffenden Gruppe unter 3.000.

Werte, die auf Gruppengrößen unter 1.000 beruhen, werden nicht mehr ausgewiesen.

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; ÖSTAT Mikrozensus-Grundprogramm.

**Tabelle 12: Einkommenszuwächse der Unselbständig Beschäftigten 1989/90 nach Quartilen**

Veränderung der Brutto-Einkommen in %

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeiter			Angestellte			Beamte		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
1. Quartil	5.1	4.6	5.3	5.3	4.2	5.0	5.6	6.0	5.6	5.0	5.1	4.9
Median	5.1	5.1	5.8	4.9	4.8	5.6	5.7	5.9	5.8	5.9	5.7	5.9
3. Quartil	5.5	5.3	5.7	5.3	5.1	5.4	5.1	5.2*)	5.9	5.5	5.6	5.2

\*) Errechnet am 6. Dezil

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen

**Tabelle 13: Lohnzuwächse der österreichischen und ausländischen Arbeiter 1989/90  
In ausgewählten Wirtschaftsklassen**

Ausgewählte Wirtschaftsklassen <sup>1)</sup>	Veränderung der Zahl der Arbeiter in %				Zunahme der Arbeiterlöhne in %											
					1. Quartil				Median				3. Quartil			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen <sup>2)</sup>	Männer	Frauen <sup>3)</sup>	Männer	Frauen <sup>4)</sup>	Männer	Frauen <sup>3)</sup>	Männer	Frauen <sup>4)</sup>	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Ö <sup>3)</sup>	A <sup>4)</sup>	Ö <sup>3)</sup>	A <sup>4)</sup>	Ö <sup>3)</sup>	A <sup>4)</sup>	Ö <sup>3)</sup>	A <sup>4)</sup>	Ö <sup>3)</sup>	A <sup>4)</sup>	Ö <sup>3)</sup>	A <sup>4)</sup>	Ö <sup>3)</sup>	A <sup>4)</sup>	Ö <sup>3)</sup>	A <sup>4)</sup>
Land- und Forstwirtschaft	-4	60	-5	26	5	0	1	7	5	-	4	1	5	-1	5	5
Nahrungsmittel	-2	54	-3	24	7	-3	6	5	7	-1	6	3	6	-0	6	2
Textil	-6	21	-7	21	6	2	5	-0	6	2	5	2	7	3	6	3
Bekleidung	-4	95	-9	72	5	-6	7	4	5	-10	7	-1	5	-12	7	-2
Holz	-1	90	4	46	7	-1	7	6	7	-5	7	4	7	-6	6	3
Chemie	-1	35	0	28	7	-0	6	5	5	-1	6	5	5	0	6	4
Metall	-2	53	-3	23	7	0	8	5	7	-1	7	3	7	-1	7	5
Bau	-2	72	1	70	7	1	5	6	7	-0	7	6	7	-1	7	5
Handel	2	52	2	35	7	-0	7	2	7	-0	6	4	8	0	6	4
Gastgewerbe	1	49	-0	41	7	4	6	5	7	2	6	4	8	3	6	3
Körperpflege u. Reinigung	-1	46	-2	26	7	2	8	4	8	3	7	4	7	2	7	4
Alle Wirtschaftsklassen	-0	54	-1	33	6	2	5	4	6	-0	6	2	6	-1	6	1

1) In diesen 11 Wirtschaftsklassen waren im Jahr 1990 rund 95 % der ausländischen Arbeiter beschäftigt.

2) Nach den Ergebnissen des Mikrozensus ging der Anteil der ausländischen Arbeiterinnen mit einer Wochenarbeitszeit zwischen 13 und 35 Stunden 1989/90 von 23,6 % auf 18,9 % zurück.

3) Österreicher(innen)

4) Ausländer(innen)

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.



**Tabelle 14: Lohnzuwächse der Arbeiter 1989/90 nach der Staatsbürgerschaft**

Staatsbürgerschaft	Zunahme der Arbeiterlöhne in %					
	1. Quartil		Median		3. Quartil	
	Männer	Frauen <sup>1)</sup>	Männer	Frauen <sup>1)</sup>	Männer	Frauen
Deutschland	5	10	6	8	6	8
Tschechoslowakei	4	11	-0	4	-6	1
Jugoslawien	2	3	1	2	0	2
Polen	9	5	4	2	2	-1
Rumänien	0	8	-2	4	-3	2
Türkei	-1	4	-2	5	-0	5
Ungarn	9	7	10	12	7	7
Alle Ausländer	2	4	-0	2	-1	1
Österreich	6	5	6	6	6	6

1) Nach den Ergebnissen des Mikrozensus ging der Anteil der ausländischen Arbeiterinnen mit einer Wochenarbeitszeit zwischen 13 und 35 Stunden 1989/90 von 23.6% auf 18.9% zurück

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

## TABELLENANHANG

477

## EINKOMMEN 1990

**Tabelle 15: Abweichung der Löhne ausländischer Arbeiter(Innen) vom Lohnniveau der Österreicher(innen) nach Staatsangehörigkeit**

Staatsbürgerschaft	Zahl der Arbeiter nach Staatsangehörigkeit (absolut)		Abweichung vom mittleren Lohn der Österreicher(innen) in %					
			1. Quartil		Median		3. Quartil	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen <sup>a</sup>	Männer	Frauen <sup>b</sup>	Männer	Frauen
Deutschland	2.461	1.804	-11	1	-9	-1	-7	-2
Tschechoslowakei	4.492	1.381	-21	1	-24	-10	-27	-12
Jugoslawien	60.852	37.129	-14	9	-15	1	-16	1
Polen	8.124	2.503	-21	-16	-23	-17	-24	-17
Rumänien	4.869	1.715	-23	-2	-28	-15	-30	-18
Türkei	37.136	11.639	-21	-1	-21	-9	-20	-13
Ungarn	5.561	1.387	-19	-2	-23	-16	-26	-20
Alle Ausländer	134.375	62.160	-19	4	-20	-4	-19	-5

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

**Tabelle 16: Abweichung der Löhne ausländischer Arbeiter(Innen) vom Lohnniveau der Österreicher(Innen) nach Wirtschaftsklassen**

Wirtschaftsklassen	Ausländeranteile in %		Abweichung vom mittleren Lohn der Österreicher(innen) in %	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Land- und Forstwirtschaft	24	13	-23	6
Energie- und Wasserversorgung	1	1	-16	-17
Bergbau; Steine, Erden	5	2	-24	-48
Nahrungsmittel	12	12	-20	3
Textil	36	18	-0	8
Bekleidung	31	11	-34	-9
Leder	24	8	-11	-1
Holz	11	9	-13	1
Papier	8	10	-26	4
Druck	8	5	-16	3
Chemie	13	11	-19	6
Stein- und Glaswaren	11	5	-14	0
Metall	11	9	-16	1
Bau	17	12	-16	17
Handel	15	10	-14	4
Gastgewerbe	27	18	-20	-3
Verkehr	10	6	-8	5
Geld- und Kreditwesen	7	2	-11	23
Rechts- u. Wirtschaftsdienste	9	14	-10	-7
Körperpflege u. Reinigung	32	23	-21	-10
Kunst; Unterhaltung u. Sport	15	10	-15	-3
Gesundheits- u. Fürsorgewesen	98	-19	-0	
Unterrichts- u. Forschungswesen	6	7	-13	16
Gebietskörperschaften	3	5	-15	14
Haushaltung	41	24	-55	-52
Alle Wirtschaftsklassen	14	12	-20	-4

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

## TABELLENANHANG

479

## EINKOMMEN 1990

**Tabelle 17: Brutto-Einkommen der Beamten von  
Bahn/Post 1990 nach Dezilen**

... % verdienen <sup>1)</sup> im Monat weniger als .. Schilling	Verkehr, Nachrichtenübermittlung		
	insgesamt	Männer	Frauen
10	15.882	16.018	14.994
20	17.216	17.319	15.797
25	17.746	17.853	16.238
30	18.258	18.398	16.708
40	19.325	19.441	17.623
50	20.426	20.571	18.551
60	22.007	22.143	19.833
70	23.937	24.081	21.503
75	25.184	25.321	22.498
80	26.559	26.678	23.935
90	30.464	30.572	28.447
<b>Zahl der Personen</b>	<b>103.287</b>	<b>96.790</b>	<b>6.497</b>

1) Sozialversicherungsbeitragspflichtiges Monatseinkommen einschließlich der Sonderzahlungen (= ein Zwölftel des Jahreseinkommens).

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Tabelle 18: Verteilung von Männern und Frauen nach Schulbildung und beruflicher Tätigkeit

Berufsschicht	Frauen						Männer					
	Pflicht- schule o. Lehr- abschl.	Pflicht- schule m. Lehr- abschl.	Berufs- bild. mittl. Schule	Allgem.- bild. höhere Schule	Berufs- bild. höhere Schule	Hoch- schule/ Univer- sität	Pflicht- schule o. Lehr- abschl.	Pflicht- schule m. Lehr- abschl.	Berufs- bild. mittl. Schule	Allgem.- bild. höhere Schule	Berufs- bild. höhere Schule	Hoch- schule/ Univer- sität
	<b>Arbeiter</b>						<b>Arbeiter</b>					
Personen ab 15 Jahren insgesamt (in 1.000)	213.0	99.7	13.3	(2.6)	(2.0)	-	227.9	550.4	25.6	5.4	8.4	-
	(in %)											
Hilfsarbeiter (ausgen. Land- u. Forstwirt.)	43.8	18.2	27.6	-	-	-	28.4	3.3	(4.3)	-	-	-
Hilfsarbeiter in der Land- u. Forstwirt.												
Angelernte Arbeiter	53.5	29.1	42.4	(58.5)	-	-	62.3	19.5	20.5	(41.5)	(20.7)	-
Facharbeiter	(1.2)	51.2	28.5	-	(49.1)	-	5.4	69.8	51.6	(37.4)	42.3	-
Vorarbeiter oder Meister	-	(1.2)	-	-	-	-	(1.0)	6.7	23.4	-	(28.2)	-
	<b>Angestellte</b>						<b>Angestellte</b>					
Personen ab 15 Jahren insgesamt (in 1.000)	72.0	194.1	128.7	40.0	45.2	15.7	30.9	170.7	66.2	37.1	78.7	50.1
	(in %)											
Angestellter; Hilfstätigkeit	54.1	10.9	5.6	(3.1)	(3.1)	-	44.4	11.2	(2.3)	(4.8)	-	-
Angestellter; gelernte Tätigk.	27.9	65.5	24.4	14.1	11.1	-	21.8	37.3	13.7	(4.4)	4.4	-
Angestellter; mittl. Tätigkeit	15.8	20.3	62.1	49.5	50.9	(6.8)	18.8	29.2	43.2	21.6	13.7	(3.8)
Angestellter; höhere Tätigk.	(2.1)	2.8	6.5	28.7	30.4	20.5	11.5	14.9	28.8	44.4	44.8	12.0
Angestellter; hochquali- fizierte Tätigkeit	-	-	(1.0)	(3.6)	(4.2)	53.1	-	3.7	6.4	15.3	26.7	52.8
Angestellter; führende Tätigkeit	-	-	-	-	-	(13.5)	-	3.7	5.6	9.5	9.6	29.6

Bei den in Klammern gesetzten Werten liegt die hochgerechnete Zahl der betreffenden Gruppe unter 3.000.

Werte, die auf Gruppengrößen unter 1.000 beruhen, werden nicht mehr ausgewiesen.

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus, Jahresdurchschnitt 1989.

## TABELLENANHANG

481

## EINKOMMEN 1990

Tabelle 19: Industrielle Lohnstruktur

ARBEITER	1980	Stundenverdienste insgesamt = 100	1990
		1989	
Facharbeiter	116	114	113
besonders qualifizierte angelernte Arbeiter	107	107	106
qualifizierte angelernte Arbeiter	98	95	95
sonstige angelernte Arbeiter	86	85	86
Hilfsarbeiter, schwer	85	82	83
Hilfsarbeiter, leicht	78	78	78
Insgesamt	100	100	100

ANGESTELLTE	1980	Monatsgehälter insgesamt = 100	1990
		1989	
Verwendungsgruppe			
I	44	46	46
II	55	53	53
III	74	73	72
IV	103	102	102
V	146	143	143
VI	219	211	212
Insgesamt	100	100	100

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Tabelle 20: DIE BRANCHENSPEZIFISCHE LOHNHIERARCHIE IN DER INDUSTRIE

September 1980 und September 1990

	Stundenlöhne in S				Rang				Index	
	KV	1980 Ist	KV	1990 Ist	1980 KV	1990 KV	1980 Ist	1990 Ist	1980 = 100 KV	Ist
Papiererzeugung	48.51	61.26	87.52	108.35	2	3	1	1	180	177
Eisenhütten	40.82	63.41	73.37	108.04	10	1	10	2	180	170
Chemische Industrie	43.27	62.22	77.44	105.81	6	2	4	3	179	170
Bergbau	40.94	56.93	72.97	105.19	9	7	11	4	178	185
Gas- und Fernheizung	44.26	60.71	81.84	103.06	3	4	2	5	185	170
Fahrzeug	40.68	60.09	74.74	98.98	12	5	8	6	184	165
Maschinen	41.16	57.77	74.79	95.13	8	6	7	7	182	171
Metall	40.81	55.58	73.55	93.62	11	8	9	8	180	168
Stein- und Keramik	43.53	55.11	76.35	91.28	5	9	5	9	175	166
Elektro	40.22	53.64	71.92	89.88	13	12	12	10	179	168
Glas	43.86	51.92	76.00	87.76	4	13	6	11	173	169
Nahrungs- und Genußmittel	48.77	53.70	77.66	86.50	1	11	3	12	159	161
Gießerei	38.63	54.72	69.25	85.06	14	10	17	13	179	155
Eisen- und Metallwaren	38.44	50.96	69.33	84.15	15	16	15	14	180	165
Säge	42.86	51.84	69.68	80.99	7	15	13	15	163	156
Papier- und Pappeverarb.	38.08	45.76	69.67	80.57	16	17	14	16	183	176
Holz	40.94	51.85	66.86	79.79	9	14	16	17	163	154
Textil	34.46	44.79	56.60	75.28	17	18	18	18	164	168
Lederverarbeitung	32.25	43.39	48.41	68.38	19	19	21	19	150	158
Ledererzeugung	30.36	41.06	49.23	63.23	20	20	20	20	162	154
Bekleidung	32.98	39.54	50.84	60.95	18	21	19	21	154	154
Insgesamt	41.28	55.09	72.35	91.21					175	166
Bau	47.55	59.33	79.51	92.37					167	156
Insgesamt, inklusive Bau		41.81	55.45	72.94	91.33					174

165

Quelle: Lohnerhebung in der Industrie Österreichs der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, eigene Berechnungen.

**Tabelle 21: DIE BRANCHENSPEZIFISCHE LOHNHIERARCHIE 1990 NACH QUALIFIKATIONSSTUFEN  
(Indexwerte)**

	Fach- arbeiter	bes.qualif. angelernte Arbeiter	qualifiz. angelernte Arbeiter	sonstige angelernte Arbeiter	Hilfs- arbeiter, schwer	Hilfs- arbeiter leicht	Insgesamt
Fahrzeug	105	100	99	102	-	103	98
Chemische Industrie	121	114	-	120	-	112	116
Bergbau	107	113	122	122	-	125	117
Eisenhütten	110	114	115	121	-	116	117
Papierherzeugung	112	111	119	110	130	117	116
Gas- und Fernheizung	100	92	92	99	-	110	111
Maschinen	99	95	99	103	-	106	106
Metall	100	96	100	100	-	95	104
Gießerei	101	98	106	100	-	101	101
Glas	113	105	100	100	101	85	105
Stein- und Keramik	97	103	108	123	112	108	103
Elektro	98	93	98	102	-	94	97
Nahrungs- u. Genußmittel	98	93	106	90	97	97	94
Eisen- und Metallwaren	95	91	96	100	-	99	94
Holz	87	81	-	-	103	102	91
Papier- und Pappeverarb.	93	86	88	86	90	93	87
Säge	83	82	97	-	93	95	88
Textil	91	88	90	95	93	90	83
Lederverarbeitung	78	74	81	84	81	-	75
Lederherzeugung	82	-	96	83	75	78	70
Bekleidung	65	68	68	76	82	81	66
Bau	100	100	102	99	101	97	103
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Lohnerhebung in der Industrie Österreichs der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, eigene Berechnungen



**Tabelle 22: Verteilung der Aktiveinkommen der Postbediensteten**

	Anzahl	Durchschnitts- einkommen	Durchschnitts- alter	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Postbeamte	46.980	20.760	40	16.580	19.110	23.310
männlich	39.688	21.330	41	16.950	19.460	23.710
weiblich	7.292	17.670	37	14.910	17.170	20.840
Vertragsbe- dienstete I+II	18.475	11.870	31	8.120	13.320	15.430
männlich	9.390	13.710	25	12.460	14.470	16.430
weiblich	9.085	9.960	37	6.290	10.210	13.950

Quelle: Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung; eigene Berechnungen.

## TABELLENANHANG

485

EINKOMMEN 1990

**Tabelle 23: Bezüge der Aktiven Landesbediensteten in Kärnten (In öS)  
Insgesamt**

	Anzahl	Ø Einkommen	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Verwaltungsbeamte <sup>1)</sup>	1.495	29.410	19.600	25.720	35.310
Verw. Gruppe A	368	46.730	35.400	45.080	54.990
B	591	30.070	23.320	28.410	34.890
C	525	21.290	16.760	19.730	24.760
D	117	17.080	14.820	16.130	19.130
E	-	-	-	-	-
Beamte in handwerk- licher Verwendung	74	22.610	18.580	20.880	24.400
Pragmatisierte Lehrer	4.144	25.770	21.220	24.780	29.020
Vertragsbedienstete <sup>2)</sup> im Entl. Schema I	830	17.380	14.500	16.320	19.500
Vertragsbedienstete im Entl. Schema II	1.162	17.220	14.500	17.480	19.880
Vertragslehrer I/L	790	21.490	17.480	19.200	23.380
Vertragslehrer II/L	876	14.330	10.120	17.350	18.630
Landeskrankenanstalten	5.459	22.440	16.100	19.980	24.460
- Ärzte	651	43.910	31.830	41.460	53.190
- Pflege- und med. techn. Personal	2.815	22.150	19.260	21.610	24.620
- Verwaltungs- u. Betriebspersonal	1.993	15.840	13.930	15.460	17.060

1) Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung; ohne Landeskrankenanstalten

2) Ohne Vertragsbedienstete der Landeskrankenanstalten

Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung; eigene Berechnungen.

## TABELLENANHANG

486

EINKOMMEN 1990

**Tabelle 24: Bezüge der Aktiven Landesbediensteten in Kärnten (In öS)  
Männer**

	Anzahl	Ø Einkommen	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Verwaltungsbeamte <sup>1)</sup>	1.110	32.010	21.960	28.570	37.880
Verw. Gruppe A	329	47.890	36.500	46.360	55.680
B	474	30.920	23.800	29.490	35.700
C	272	23.480	18.070	23.220	27.340
D	74	17.420	14.540	16.490	19.870
E	-	-	-	-	-
Beamte in handwerk- licher Verwendung	73	22.700	18.600	20.890	24.420
Pragmatisierte Lehrer	1.360	29.620	24.680	28.040	33.290
Vertragsbedienstete <sup>2)</sup> im Entl. Schema I	393	19.000	15.300	17.590	21.330
Vertragsbedienstete im Entl. Schema II	848	19.240	16.830	18.690	20.930
Vertragslehrer I/L	320	24.350	18.260	21.720	28.050
Vertragslehrer II/L	259	11.740	5.630	11.110	18.560
Landeskrankenanstalten	1.502	27.760	16.940	20.960	34.080
- Ärzte	457	46.290	34.430	44.150	55.690
- Pflege- und med. techn. Personal	454	21.870	18.080	20.990	24.530
- Verwaltungs- u. Betriebspersonal	591	17.960	15.070	16.860	19.600

1) Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung; ohne Landeskrankenanstalten

2) Ohne Vertragsbedienstete der Landeskrankenanstalten

Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung; eigene Berechnungen.

## TABELLENANHANG

487

EINKOMMEN 1990

**Tabelle 25: Bezüge der Aktiven Landesbediensteten in Kärnten (In öS)  
Frauen**

	Anzahl	Ø Einkommen	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Verwaltungsbeamte <sup>1)</sup>	385	21.910	16.560	19.640	25.160
Verw. Gruppe A	39	36.980	28.060	34.640	40.050
B	117	26.650	20.880	25.030	32.860
C	253	18.930	16.120	17.950	21.700
D	43	16.490	14.910	15.490	18.050
E	-	-	-	-	-
Beamte in handwerk- licher Verwendung	1	.	.	.	.
Pragmatisierte Lehrer	2.784	23.890	20.360	23.240	26.730
Vertragsbedienstete <sup>2)</sup> im Entl. Schema I	437	15.920	13.910	15.570	17.820
Vertragsbedienstete im Entl. Schema II	314	11.750	10.140	12.540	14.230
Vertragslehrer I/L	470	19.590	17.230	18.480	20.500
Vertragslehrer II/L	617	15.420	13.710	17.720	18.650
Landeskrankenanstalten	3.957	20.420	15.770	19.640	23.450
- Ärzte	194	38.300	28.010	37.260	46.100
- Pflege- und med. techn. Personal	2.361	22.200	19.380	21.660	24.650
- Verwaltungs- u. Betriebspersonal	1.402	14.940	13.650	15.060	16.310

1) Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung; ohne Landeskrankenanstalten

2) Ohne Vertragsbedienstete der Landeskrankenanstalten

Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung; eigene Berechnungen.

## TABELLENANHANG

488

EINKOMMEN 1990

**Tabelle 26: Bezüge der Aktiven Landesbediensteten im Burgenland (In öS)  
Insgesamt**

	Anzahl	Ø Einkommen	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Beamte d. allg. Verwaltg. <sup>1)</sup>	605	30.860	21.290	28.060	36.400
Verw. Gruppe A	168	44.430	33.500	41.480	53.740
B	256	29.220	24.650	28.910	33.580
C	168	21.080	17.510	20.520	23.660
D	13	14.420	13.700	14.490	16.270
E	-	-	-	-	-
Beamte in handwerk- licher Verwendung	23	27.340	22.570	25.810	32.430
Pragmatisierte Lehrer	37	35.880	28.960	32.360	43.650
Vertragsbedienstete im Entl. Schema I <sup>1)</sup>	604	17.500	13.990	16.560	20.370
Vertragsbedienstete im Entl. Schema II <sup>1)</sup>	871	17.090	15.920	17.550	19.100
Vertragslehrer I/L	39	20.520	13.790	21.180	27.490
Kranken-/Pflegeanstalten					
- VB-I	927	22.620	18.530	20.370	23.590
- VB-II	353	16.560	15.250	16.010	17.260

1) Landesbedienstete ohne Landeskranken- und Pflegeanstalten

Quelle: Amt der Burgenländischen Landesregierung; eigene Berechnungen.

## TABELLENANHANG

489

## EINKOMMEN 1990

**Tabelle 27: Bezüge der Aktiven Landesbediensteten im Burgenland (In öS)  
Männer**

	Anzahl	Ø Einkommen	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Beamte d. allg. Verwaltg. <sup>1)</sup>	502	32.780	23.160	29.850	38.060
Verw. Gruppe A	156	45.440	34.870	42.540	54.370
B	221	30.270	25.330	29.840	34.370
C	118	21.790	18.960	21.170	25.050
D	7	15.200	14.100	14.490	16.470
E	-	-	-	-	-
Beamte in handwerk- licher Verwendung	23	27.340	22.570	25.810	32.430
Pragmatisierte Lehrer	25	38.490	31.520	34.510	44.000
Vertragsbedienstete im Entl. Schema I1)	240	20.120	16.490	19.630	23.380
Vertragsbedienstete im Entl. Schema II1)	722	18.140	16.730	18.040	19.400
Vertragslehrer I/L	20	19.580	10.390	18.660	30.260
Kranken-/Pflegeanstalten					
- VB-I	261	27.490	19.530	22.280	29.650
- VB-II	81	18.540	16.260	18.350	20.030

1) Landesbedienstete ohne Landeskranken- und Pflegeanstalten

Quelle: Amt der Burgenländischen Landesregierung; eigene Berechnungen.

**Tabelle 28: Bezüge der Aktiven Landesbediensteten im Burgenland (In öS)  
Frauen**

	Anzahl	Ø Einkommen	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil
Beamte d. allg. Verwaltg. <sup>1)</sup>	103	21.510	16.820	19.510	25.920
Verw. Gruppe A	12	31.360	22.530	26.310	37.360
B	35	22.540	18.590	24.590	27.350
C	50	19.390	16.530	17.900	20.590
D	6	13.500	11.940	14.180	15.960
E	-	-	-	-	-
Beamte in handwerk- licher Verwendung	-	-	-	-	-
Pragmatisierte Lehrer	12	30.450	27.180	29.980	34.470
Vertragsbedienstete im Entl. Schema I <sup>1)</sup>	364	15.770	13.450	15.010	17.620
Vertragsbedienstete im Entl. Schema II <sup>1)</sup>	149	12.040	9.680	10.980	15.070
Vertragslehrer I/L	19	21.520	16.800	21.180	25.910
Kranken-/Pflegeanstalten					
- VB-I	666	20.720	18.350	19.970	22.160
- VB-II	272	15.970	15.090	15.810	16.640

1) Landesbedienstete ohne Landeskranken- und Pflegeanstalten

Quelle: Amt der Burgenländischen Landesregierung; eigene Berechnungen.

**Tabelle 29: Einkünfte (nach Ausgleich mit Verlusten) nach Einkunftsarten**

Einkunftsarten	Anteil der Fälle <sup>1)</sup> in % aller erfaßten Fälle		Anteil der Einkünfte (nach Ausgleich mit Verlusten)		Durchschnittliche Einkünfte je Fall	
	1987	1988	1987	1988	1987	1988
Land- und Forstwirtschaft	5.4	5.6	1.2	1.2	42.210	43.020
selbständige Arbeit	10.0	10.0	16.9	17.8	301.020	320.280
Gewerbebetrieb	22.0	21.8	30.2	29.8	224.860	229.540
nichtselbständige Arbeit	37.1	37.2	43.2	43.1	222.940	226.530
Kapitalvermögen	7.0	7.1	3.1	2.9	80.140	76.870
Vermietung und Verpachtung	13.0	12.8	3.3	3.2	38.130	39.120
Sonstige Einkünfte	5.5	5.7	2.2	2.1	75.390	70.580

1) Zahl der erfaßten Fälle der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten übersteigt die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen bei weitem. Das bedeutet, daß beim überwiegenden Teil der Veranlagten das steuerpflichtige Einkommen aus zumindest zwei Einkunftsquellen stammt.

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1987, 1988; Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.



**Tabelle 30: Verteilung der Einkommensteuerpflichtigen  
Einkommen vor und nach Steuern 1988**

Schichtung der Einkommen- steuerpflichtigen nach der Einkommenshöhe	Anteil am gesamten steuerpflichtigen Einkommen in %	
	vor Steuer	nach Steuer
unterstes Zehntel	1.7	2.5
2. Zehntel	2.6	3.7
3. Zehntel	3.3	4.5
4. Zehntel	4.1	5.3
5. Zehntel	5.0	6.2
6. Zehntel	6.0	7.2
7. Zehntel	7.5	8.5
8. Zehntel	9.8	10.3
9. Zehntel	14.3	16.0
oberstes Zehntel	45.7	35.8
oberstes Hundertstel	17.0	12.5
Statistische Kennzahlen	vor Steuer	nach Steuer
Variationskoeffizient	2.706	2.092
Gini-Koeffizient	542	443
Atkinson-Koeffizient (E=2)	563	435

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1988 Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

